

Hagen Steinhauer

**Soft-autoritäre Diskurspraktiken**

# **Diskursmuster**

## Discourse Patterns

---

Herausgegeben von  
Beatrix Busse und Ingo H. Warnke

### **Band 39**

Hagen Steinhauer

# **Soft-autoritäre Diskurspraktiken**

---

Antidemokratische Normalisierung im Frankreich  
Macrons

**DE GRUYTER**

Diese Open-Access-Publikation wurde gefördert durch den Publikationsfonds der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen.

ISBN 978-3-11-170926-0  
e-ISBN (PDF) 978-3-11-170934-5  
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-170965-9  
ISSN 2701-0260  
DOI <https://doi.org/10.1515/9783111709345>



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz für die Weiterverwendung gelten nicht für Inhalte, die nicht Teil der Open-Access-Publikation sind (z. B. Grafiken, Abbildungen, Fotos, Auszüge usw.). Diese erfordern ggf. die Einholung einer weiteren Genehmigung des Rechteinhabers. Die Verpflichtung zur Recherche und Klärung liegt allein bei der Partei, die das Material weiterverwendet.

**Library of Congress Control Number: 2025945483**

#### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston ,  
Genthiner Straße 13, 10785 Berlin

Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über [www.degruyterbrill.com](http://www.degruyterbrill.com).

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

[www.degruyterbrill.com](http://www.degruyterbrill.com)

Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit:  
[productsafety@degruyterbrill.com](mailto:productsafety@degruyterbrill.com)

# Vorwort

Dieses Buch ist eine leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die ich im Jahr 2024 an der Universität Bremen eingereicht und Anfang 2025 erfolgreich verteidigt habe. Eine Dissertation entsteht nie im Alleingang – sie ist immer auch das Ergebnis vielfältiger Unterstützung, Begleitung und Inspiration. Deshalb möchte ich an dieser Stelle all jenen herzlich danken, die mich auf diesem Weg inhaltlich, ideell und persönlich unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt Ingo H. Warnke, der bereits während meines Studiums mein Interesse an Diskursanalyse geweckt hat. Bei der Konzeption dieser Arbeit stand er mir jederzeit beratend zur Seite und hat mich mit seiner disziplinären wie inhaltlichen Offenheit ermutigt, auch über die Grenzen der Linguistik hinauszugehen. Reiner Keller danke ich herzlich für die Übernahme der Zweitbegutachtung und den anregenden inhaltlichen Austausch. Constanze Spieß danke ich für ihre Bereitschaft, kurzfristig das dritte Gutachten zu übernehmen.

Ein herzliches Dankeschön gilt auch der Research Group *Soft Authoritarianisms* an der Universität Bremen. Shalini Randeria danke ich für die Möglichkeit, Teil ihrer Forschungsgruppe zu sein – sie hat mir immer wieder entscheidende intellektuelle Impulse für die Auseinandersetzung mit diesem komplexen Thema gegeben. Michi Knecht und Ingo H. Warnke danke ich für ihre Arbeit als Hosts der Gruppe sowie für ihre Unterstützung in organisatorischen und inhaltlichen Fragen. Ulrike Flader war mir eine wichtige Gesprächspartnerin, Freundin und Zuhörer:in. Für kollegialen Austausch und Unterstützung danke ich außerdem Nurhak Polat, Jens Adam und Lipin Ram. Natasha Deasy und Neele Kuder haben als studentische Mitarbeiter:innen wertvolle Beiträge zu meiner Forschung geleistet. Und nicht zuletzt danke ich Tanja Stehn, die mit ihrem Überblick und ihrer Struktur stets dafür sorgte, dass auch das Organisatorische nicht aus dem Blick geriet.

Für die finanzielle und ideelle Förderung während meines Studiums und zu Beginn der Promotionszeit danke ich der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mein Dank gilt zudem der Forschungsplattform *Worlds of Contradiction* an der Universität Bremen für das Übergangsstipendium, das mir den Einstieg in die Promotion erleichtert hat.

Ich habe in hohem Maße von der Kritik und den Rückmeldungen zahlreicher Kolleg:innen und Freund:innen profitiert. Ruth Wodak hat eine frühe Version meines ersten Kapitels gelesen und mir mit ihren Kommentaren wertvolle Anregungen gegeben, die den weiteren Verlauf der Arbeit maßgeblich beeinflusst haben. Für inhaltliche Rückmeldungen, Lektorate und motivierende Worte danke ich Christian Bär, Viviane Harkort, Fiona Makulik und Jonas Trochemowitz. Besonders hervorheben möchte ich Karen Schniedewind, die nicht nur wesentliche

Teile dieser Arbeit lektoriert hat, sondern mir überhaupt erst den Zugang zur französischen Sprache eröffnet hat.

Zu guter Letzt danke ich von Herzen Katalina Kopka – für ihre Unterstützung bei dieser Dissertation und für alles darüber hinaus.

# Inhalt

## Vorwort — V

- 1      *Blurring the lines: Liberal, konservativ oder rechtsradikal?* — 1**
  - 1.1      Rechte Hegemoniekämpfe in Frankreich — 4
  - 1.2      Was ist neu in der *Macronie*? — 8
  - 1.3      *Soft Authoritarianism*: Verwischte Grenzen zwischen Autoritarismus und Demokratie — 12
  
- 2      Theoretische Grundlagen: Diskurs, Autoritarismus und Praxis — 16**
  - 2.1      Diskursanalyse: *Mixed Methodologies* und theoretische Ausgangspunkte — 16
    - 2.1.1      Diskurs — 19
    - 2.1.2      Sprache, Wissen, Macht — 21
    - 2.1.3      Normalisierung, Strategie, Hegemonie — 23
    - 2.1.4      Verschiebung, Praktik, Positionierung — 27
  - 2.2      Autoritarismus aus interdisziplinärer Perspektive — 34
    - 2.2.1      Autoritarismus in der Sozialpsychologie — 37
    - 2.2.2      Autoritarismus in der vergleichenden Politikwissenschaft: Platzhalter zwischen Totalitarismus und liberaler Demokratie? — 51
  - 2.3      *Soft Authoritarianism*: Eine diskursanalytische Perspektive auf autoritäre Verschiebung — 61
    - 2.3.1      Antidemokratische Tendenzen — 62
    - 2.3.2      Begriffliche Vorläufer: Abgeschwächter Autoritarismus auf Staatsebene — 64
    - 2.3.3      (Autoritärer) Populismus und liberaler Antipopulismus: Repräsentationskrise und Hegemonieherstellung von rechts — 66
    - 2.3.4      *Soft Authoritarianism* als diskursanalytische Praxisperspektive — 69
  
- 3      Überblicksanalyse: Polarisierende Öffentlichkeit und krisenhafte politische Repräsentation — 75**
  - 3.1      Der autoritäre Charakter im Mediendiskurs — 80
  - 3.2      Krise der Gouvernamentalität — 89
    - 3.2.1      Kritik an der Regierung — 92
    - 3.2.2      Polizeigewalt — 97
  - 3.3      Demokratie in Gefahr — 101
    - 3.3.1      Illiberale Demokratie — 102
    - 3.3.2      Kapitalismus und Autoritarismus — 108

- 3.3.3 Autoritäre Regierungspraktiken: Die Rentenreform und die Umgehung des Parlaments — **115**
- 3.4 Zwischenfazit: Liberaler Antipopulismus und Krise der politischen Repräsentation — **125**

**4 Tiefenanalyse: *Soft Authoritarianism* als schleichende Identitätspolitik der Mehrheit — 130**

- 4.1 Der republikanische Metadiskurs — **134**
  - 4.1.1 Das Paradox der ausschließenden *laïcité* — **136**
  - 4.1.2 *Color-blind* oder blind für Rassismus? — **138**
- 4.2 Bedrohte nationale Identität: *Séparatisme* vs. *unité nationale* — **144**
  - 4.2.1 Islamistischer Separatismus vs. republikanische Rückeroberung — **146**
  - 4.2.2 *Être fraternellement autoritaire*: Eine (post)koloniale Staatsbürgerpädagogik — **153**
  - 4.2.3 Wessen Trauma? *Séparatisme* als Figur der Umkehrung — **157**
- 4.3 *Islamogauchisme*: Diskursgeschichte und Normalisierung einer Feindbildkonstruktion — **160**
  - 4.3.1 Diskursgeschichte: *Islamogauchisme* und Islamophobie — **163**
  - 4.3.2 Situativer Kontext: *Islamogauchisme* als diskursives Ereignis und soft-autoritäre Verschiebung — **178**
- 4.4 *Wokisme* als Borderline-Diskurs: Anti-Intellektualismus, Sexismus und Neoliberalismus — **202**
  - 4.4.1 Anti-Intellektualismus und Neoliberalismus — **207**
  - 4.4.2 Anti-Gender-Agenda und Ethnonationalismus — **214**
  - 4.4.3 *Wokisme* im Parlament und im Regierungsdiskurs ab 2021 — **222**
  - 4.4.4 *Wokisme* zwischen Radikalität, Kommodifizierung und Kritik — **233**

**5 *Blurred lines*: Verwischte Grenzen und Konzepte in der *Macronie* — 239**

- 5.1 Mimikry der Marginalität als soft-autoritär-identitäre diskursive Praktik — **243**
- 5.2 Autoritäre Diskurs(um)ordnung — **249**
- 5.3 Ausblick: Jenseits des identitären Determinismus — **255**

**Literaturverzeichnis — 259**

Forschungsliteratur — **259**

Medienkorpus Überblicksanalyse — **269**

Korpus Tiefenanalyse — **273**

**Register — 281**



# 1 *Blurring the lines*: Liberal, konservativ oder rechtsradikal?

Am 19. Dezember 2023 verabschiedete das Unterhaus des französischen Parlaments, die *assemblée nationale*, ein umstrittenes Gesetz zur Neuregelung von Migration, Integration und Asylrecht (Vie publique 2023). Neben der Verschärfung der Voraussetzungen für Familienzusammenführung und der erforderlichen Sprachkenntnisse für eine Aufenthaltsgenehmigung sieht das Gesetz die Abstimmung über eine Quote vor, die die jährliche Anzahl an Immigrant:innen mittels einer Obergrenze festlegt. Darüber hinaus erleichtert es die Abschiebung regulär in Frankreich lebender Ausländer:innen, die Straftaten begangen haben.

Die Neuregelung des Migrationsrechts war seit Beginn der zweiten Amtszeit Emmanuel Macrons als Präsident der Republik ein wesentlicher Programmpunkt seiner Regierung. Doch im Laufe des Gesetzgebungsprozesses, der im Februar 2023 begann, wurde schnell deutlich, dass die Änderung des Migrationsrechts nicht ohne Zugeständnisse an die konservativen und rechtsradikalen Fraktionen im Parlament vonstattengehen würde. Die Regierung unter Ministerpräsidentin Elisabeth Borne hatte bei den Parlamentswahlen 2022 ihre absolute Mehrheit verloren und war deswegen auf Stimmen der Opposition angewiesen. Bald nach der Wahl wurde deutlich, dass sie diese eher auf der rechten als der linken Seite des politischen Spektrums suchen würde. Einzelne Abgeordnete und Minister:innen stellten das bis dato bestehende Tabu infrage, im Zweifel Gesetze auch mit Stimmen des rechtsradikalen *Rassemblement national* (RN) zu verabschieden (Gatinois 2022; Sud Ouest 2022). Im Falle des Migrationsgesetzes wurde der Gesetzesentwurf nur mit Stimmen der konservativen Fraktion *Les Républicains* (LR) und des RN beschlossen, auch wenn Premierministerin Borne dies vehement abstritt (Maad et al. 2023). So wurden zentrale politische Inhalte der Rechtsradikalen in die Reform der Migrations- und Asylpolitik aufgenommen. Entsprechend reklamierte Marine Le Pen äußerst medienwirksam einen bedeutenden ideologischen Sieg für ihre Partei: das Gesetz beinhalte das von ihr vertretene Prinzip der *préférence nationale* bei der Vergabe von staatlichen Transferleistungen, also die Bevorzugung französischer Staatsbürger:innen vor Ausländer:innen (Guillou 2023).

Rechtsradikale Politik übersetzte sich in diesem Fall in einen vom Parlament angenommenen Gesetzesentwurf und wurde sogar öffentlich von Emmanuel Macron als Strategie dargestellt, der rechtsradikalen Bedrohung durch den RN zuvorzukommen. Seiner Ansicht nach stellt das Gesetz eine Niederlage für den RN dar. Um zu verhindern, dass dieser an die Macht komme, müsse man den Problemen entgegentreten, die er schüre (Lemoine 2023). Erst der *conseil constitu-*

*tionnel*, der französische Verfassungsrat, wirkte am 25.01.2024 dem endgültigen Inkrafttreten des rechtsradikalen Gesetzes entgegen und stellte fest, dass 32 der 86 Artikel nicht mit dem ursprünglichen Ziel der Gesetzesreform vereinbar seien (Conseil constitutionnel 2024). Das verabschiedete Gesetz ist damit nicht verfassungskonform und muss wieder überarbeitet werden.

Schon anderthalb Jahre zuvor hatte der rechtsradikale RN bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2022 ungekannte politische Erfolge errungen. Mit dem Rückenwind des bisher besten Ergebnisses der Kandidatin Le Pen in der Stichwahl um das Präsidentenamt und einem Rekordergebnis gewonnener Mandate in der *assemblée nationale* tritt die Partei seitdem entsprechend selbstbewusst auf. Es gelingt ihr immer deutlicher, ihre Forderungen durchzusetzen und die Regierung politisch vor sich herzutreiben. Zu dieser Entwicklung trägt auch bei, dass Präsident Macron, der 2017 mit dem Anspruch angetreten war, die Spaltung zwischen links und rechts zu überwinden, in zentralen sozialen und humanitären Fragen rechten Politiken den Vorrang gibt und linke Forderungen meist verwirft.

Der Konflikt um das Migrationsgesetz illustriert jedoch nicht nur den wachsenden Einfluss des RN auf die Regierungspolitik. Auch personell zog er erhebliche Konsequenzen nach sich. So musste Premierministerin Borne, der es nicht gelungen war, die eigene Fraktion hinter dem Gesetzesvorschlag zu vereinen, Anfang 2024 zurücktreten. Die Übernahme rechter Inhalte wirkt sich so nicht nur inhaltlich, sondern auch personell auf das politische System in Frankreich aus.

Das umstrittene Migrationsgesetz fügt sich in eine Reihe von Regelungen und Gesetzen ein, die auf scharfe Kritik seitens der Bevölkerung, dem Parlament oder internationalen Organisationen stießen. Zu nennen sind hier etwa ein Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (République française 2019), welches den Sicherheitsbehörden mehr Befugnisse bei Demonstrationen einräumt, oder das sogenannte Separatismusgesetz (République française 2021) (siehe Kap. 4.2). Als Bildungsminister hatte Gabriel Attal, der im Januar 2024 das Amt des Ministerpräsidenten von Borne übernahm, mit dem Verbot der als muslimisch verstandenen Kleidungsstücke Quamis und Abaya für Aufsehen gesorgt (Garcia et al. 2023). Die traditionelle Kleidung sei mit dem laizistischen Prinzip religiöser Neutralität nicht vereinbar und daher an den Schulen der Republik künftig verboten. Schon das seit Ende der 1980er-Jahre in Frankreich heftig diskutierte Verbot des muslimischen Kopftuchs führt regelmäßig zu Diskussionen über Säkularismus, Religionsfreiheit und Islamfeindlichkeit. Das Verbot traditioneller Kleidungsstücke wird demnach vor allem von Muslim:innen in Frankreich als weitere Verschärfung einer staatlichen Anti-Islamhaltung verstanden.

Die heftigsten Reaktionen von Opposition, Gewerkschaften und Bevölkerung rief aber die Rentenreform hervor, die Macron und Borne mit einer Mischung aus

umstrittenen Verfassungsartikeln und Geschäftsordnungsparagrafen ohne Mehrheit durch beide Kammern des Parlaments brachten und die letztlich verabschiedet wurde (siehe Kap. 3.3.3). Massenproteste und ein langanhaltender Generalstreik waren die Folge dieser Missachtung der Legislative durch die Regierung. Nur durch eine Pattsituation im Parlament blieb die Regierung Borne danach im Amt: sowohl die linke als auch konservative Opposition veranlassten eine *motion de censure* (Misstrauensantrag), mit der die Regierung abgewählt werden kann. Die Fraktionen stimmten jedoch nicht für den jeweils anderen Antrag ab, sodass keine Mehrheit zustande kam.

Diese Beispiele aus verschiedenen Politik- und Gesellschaftsbereichen werfen Schlaglichter auf Entwicklungen in Frankreich, die sowohl mit Sozialgesetzgebung als auch mit Vorstellungen nationaler Identität zusammenhängen. In Diskursen der *Nouvelle Droite*<sup>1</sup> und ihrer parteipolitischen Organisationen hat die Verknüpfung eben dieser Politikfelder einen großen Stellenwert: die rechtsradikale Parole *les nôtres avant les autres* verbindet etwa die Forderung nach Sozialleistungen und staatlicher Unterstützung mit der (ethnisch verstandenen) Zugehörigkeit zum französischen Volk – das von Le Pen oft beschworene Prinzip der *préférence nationale* bedient sich desselben Gedankens, wenn auch in neutralerer Sprache.

Die beschriebenen Entwicklungen werfen aber auch die Frage auf, wie diese Vorstellungen, die mit demokratischen und humanitären Prinzipien wie Minderheitenschutz, Religionsfreiheit und Asyl- und Menschenrechten unvereinbar scheinen, nicht nur in aller Öffentlichkeit diskutiert, sondern sogar (teilweise) in geltendes Recht übersetzt werden können. Zudem mag es durchaus paradox erscheinen, wenn Emmanuel Macron, der 2017 als liberale, demokratische und pro-europäische Alternative gegen Marine Le Pen angetreten war, die Übernahme rechtsradikaler Politik sogar als politischen Triumph präsentiert. Werden hier, wie Macron es oft und gerne darstellt, Widersprüche überwunden und scheinbar unvereinbar gegensätzliche politische Positionen vereint? Ist die Politik des *en même temps*, wie Macrons Versuch, Gegensätze aufzuheben oft betitelt wird (Palma 2023), als eine fortschrittliche Überwindung des Links-Rechts-Spektrums zu verstehen, oder bereitet sie der politischen Rechten den Weg? Ist diese in Frankreich als *Macronie* bezeichnete Regierungsweise tatsächlich eine Alternative zur Bedrohung, die der Rechtsradikalismus darstellt? Oder werden hier, bewusst oder unbewusst, Gewissheiten aufgeweicht, Grenzen verwischt und politische Tabus gebrochen, die dem RN letztlich in die Hände spielen? Um diese politischen

---

<sup>1</sup> *Nouvelle droite* ist die allgemeine Bezeichnung für politische Gruppierungen einer gesellschaftlichen rechten Bewegung, die sich seit dem Ende des zweiten Weltkriegs neu formiert.

und diskursiven Entwicklungen besser zu verstehen, lohnt ein Blick in die jüngere Geschichte Frankreichs.

## 1.1 Rechte Hegemoniekämpfe in Frankreich

Das Erstarken exkludierender politischer Ideologien ist kein Novum in der französischen Politik. In der jüngeren Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele für die Übernahme rechtsradikaler Inhalte von Politiker:innen der gemäßigten Rechten. Besonders im Bereich der Immigration kann die Geschichte der ausschließenden und rassistischen Rhetorik bis in die 1980er zurückverfolgt werden (Mondon 2013: 28–29). Das Erreichen der Stichwahl um das Präsidentenamt Jean-Marie Le Pens im Jahr 2002 markiert einen vorläufigen Höhepunkt des Erfolgs der rechtsradikalen Partei *Front national*.<sup>2</sup>

Ein Faktor für diese fortschreitende Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts ist der Einfluss der sogenannten *Nouvelle Droite*. Mit dieser Sammelbezeichnung werden üblicherweise die Gruppierungen und Parteien der neuen politischen und gesellschaftlichen Rechten bezeichnet. Die *Nouvelle Droite* hat ihren ideologischen Ursprung in Frankreich und hier wurden auch zentrale strategische Überlegungen entwickelt, vor allem die vordergründige Abgrenzung vom historischen Faschismus. Eine Schlüsselfigur in der *Nouvelle Droite* ist der Philosoph und Publizist Alain de Benoist. Bereits im Jahr 1968 gründete dieser das *Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation européenne* (GRECE), einen rechtsradikalen Theoriezirkel, der auf rechte Bewegungen weltweit einen großen intellektuellen Einfluss ausübt. De Benoists Werk beinhaltet unter anderem die strategische Lektüre der Theorien Antonio Gramscis und insbesondere dessen Theorie der Hegemonie. Demnach kann politische Macht nur erlangen, wer zuvor auf dem ideologischen und kulturellen Feld die intellektuelle Führung erringt. Alain de Benoists ([1985] 2017) rechtsradikale Adaption der Hegemonietheorie Gramscis übt einen kaum zu überschätzenden Einfluss auf die politische Vorgehensweise der *Nouvelle Droite* aus: Seine aus der Hegemonietheorie entwickelte Strategie der Metapolitik sieht vor, den sogenannten vopolitischen Raum zu erobern und später das, was als Gewissheit, als Common Sense und ‚unideologisch‘ gilt, mit den eigenen Ideen zu füllen.

Diese strategische Neuaufstellung der politischen Rechten nach dem Zweiten Weltkrieg zog die Notwendigkeit einer (vordergründigen) Abgrenzung vom histo-

---

<sup>2</sup> Bis zur Umbenennung in *Rassemblement national* im Jahr 2018 trug die Partei den Namen *Front national*.

rischen Faschismus nach sich. Indem man auf die explizite Benennung der rassistischen Ideologien der faschistischen Vorgänger verzichtet, sollen Bündnisse mit bürgerlichen Parteien ermöglicht werden. Die damit angestrebte „Hegemonialisierung des Anti-Egalitarismus“ (Jorek 2022: 81) kann als gemeinsames Ziel der *Nouvelle Droite* weltweit gelten. Hinter dieser Strategie versammeln sich ihre unterschiedlichen Organe, seien es ihre Parteien, Medien, Intellektuelle, Kulturschaffende oder aktivistische Gruppen wie die  *Génération identitaire* (GI), Thinktanks und Bildungseinrichtungen. Mit dieser metapolitischen Strategie sollen rechtsradikale Inhalte in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden, um sie vom Tabu zu befreien und als reale Alternative zum Status Quo diskutabel und salonfähig zu machen. Auf diese Weise verändert die *Nouvelle Droite* politische, moralische und ideologische Gewissheiten schleichend und schrittweise in ihrem Sinne. Ihr Projekt ist zutiefst antidemokratisch und anti-egalitär. Anstatt jedoch offen die alte biologistische Rassenideologie des Nationalsozialismus zu vertreten, stützt sie sich auf neorassistische, kulturalistische Versionen dieser Ideologie: Schlagwörter wie *Ethnopluralismus* indizieren eine Gesellschaftsvorstellung, in der ethnisch ‚reine‘ Völker in ihren angestammten Territorien getrennt voneinander existieren sollen. Der Begriff *Remigration* etwa bezeichnet die Unterbindung von Migration und sogar die Rückführung von Immigrant:innen – hier ist nichts anderes als Abschiebung und Deportation gemeint. Dass diese Art neofaschistischer Kampfbegriffe in oberflächlich neutralem Gewand ihren Eingang in die öffentliche Diskussion finden, ist bereits ein Beleg für den Fortschritt, den die *Nouvelle Droite* in Europa und darüber hinaus verzeichnen kann. Denn besonders mit der Beeinflussung des öffentlichen Sprachgebrauchs und der Übernahme des rechten Vokabulars durch Politiker:innen des Zentrums gelingt es der *Nouvelle Droite* in den letzten Jahrzehnten, wesentliche ideologische Siege für sich zu reklamieren. Sie rechnet sich mit dieser langfristigen Strategie des Hegemoniekampfes gute Erfolgchancen aus, da „der Pluralismus und der Liberalismus durch die Toleranz abweichender Meinungen geringe Selbstverteidigungskräfte“ aufweisen würden, wie Tim Jorek (2022: 82) konstatiert.

In Frankreich hat das anti-egalitäre, neorassistische Projekt der *Nouvelle Droite* längst die Grenzen des Rechtsradikalismus überwunden. Am besten verkörpert wird die Übernahme rechter, reaktionärer und disruptiver Rhetorik und Ideologie in Frankreich von der Person Nicolas Sarkozy. Der ehemalige Innen- und spätere Wirtschafts- und Finanzminister gewann 2007 die Präsidentschaftswahl mit einer Kampagne, die von reaktionärer Rhetorik gegen Arbeitslose und Immigration geprägt war. Gleichzeitig stellte er sich als Stimme des Volkes dar, als Verteidiger der hart arbeitenden Mittelschicht. Sarkozy bediente sich gleichzeitig an den rhetorischen Repertoires der extremen Rechten wie auch der extremen und gemäßigten Linken, nutzte dies aber vor allem, um eine neoliberale Agenda durch-

zusetzen, die wohlhabenden und reichen Schichten zugutekam (Mondon 2013: 31). Zudem verlagerte Sarkozy die politische Auseinandersetzung auf das Terrain der nationalen Identität. Die Schaffung eines Ministeriums für Immigration und nationale Identität<sup>3</sup> ist ein wesentlicher Meilenstein in der Normalisierung dieser Themen und ihrer Legitimierung als wichtiges Politikfeld. Bereits 2012 stellte Éric Fassin diese Entwicklungen unter Präsident Sarkozy in einen Zusammenhang mit der Schwächung demokratischer Prinzipien. Der Soziologe zeigt anhand täglicher Medienberichterstattung in einer Art Chronik, wie Immigration, Muslim:innen oder Roma als Bedrohungen für die nationale Identität dargestellt werden. Mit der Bezeichnung *démocratie précaire* weist Fassin darauf hin, dass Demokratie kein natürlich gegebener Zustand ist, sondern ständig bedroht und gefährdet ist (Fassin 2012: 54). Der Sarkozysmus in Frankreich kann als ein Moment verstanden werden, der diese Prekarität der Demokratie deutlich vor Augen führt: Sarkozy machte sich das Erstarken rechtsradikaler und identitärer Ideen zu Nutze und verstand es, Ressentiments in der Bevölkerung aufzugreifen und zu schüren. Während seiner Präsidentschaft sorgte er aber auch für landesweite Proteste und scharfe Kritik seitens der EU-Kommission, etwa als er den Entzug der Staatsbürgerschaft für straffällig gewordene Roma vorschlug (Bernard & Service International 2010).

Solche und viele weitere rassistische Diskurse rücken ein restriktives Bild nationaler Identität ins Zentrum. Tatsächlich kaschiert Sarkozys Rhetorik den ausschließenden Gehalt seiner Konzeption nationaler Identität, die er nicht als Ergebnis von Revolution und Befreiungskämpfen versteht, sondern viel eher in Opposition zu diesen. Aurélien Mondon (2013) zeigt, dass Sarkozys Verständnis nationaler Identität esoterisch und mythologisch verklärt in einer spirituellen Verbindung zwischen Seele und Land besteht. Eine solche Konzeption basiert zwar nicht auf biologischem Rassismus, passt aber zum neorassistischen Verständnis von nationaler Zugehörigkeit der *Nouvelle Droite*:

The dichotomy was not between those who had French blood and those who did not, but between those who could be French – those who ‚inherit Frenchness‘ by blood or those who become part of a ‚successful immigration‘ – and those who failed to integrate. (Mondon 2013: 34–35)

Kolja Lindner stellt vor dem Hintergrund der fortschreitenden Normalisierung einer rechtsradikalen Vorstellung von Zugehörigkeit die weitreichende These auf,

---

3 Der volle Titel der 2007 gegründeten Behörde lautet *Ministère de l'Immigration, de l'Intégration, de l'Identité nationale et du Développement solidaire* (Ministerium für Immigration, Integration, nationale Identität und solidarische Entwicklung).

dass in Frankreich der Republikanismus an sich in die Krise geraten sei. Besonders vor dem Hintergrund postkolonialer Erinnerungspolitik ist mit dem Republikanismus, der in Frankreich als universalistische Matrix des Zusammenlebens und der Zugehörigkeit gilt, gewissermaßen der Kern nationaler Identitätskonzeption berührt (Lindner 2011: 106). Koloniale Verbrechen und daraus erwachsende Verantwortung, Immigration, Zugehörigkeit und Identität bilden eine konfliktreiche Gemengelage, die von Ambivalenzen durchzogen ist. Der Sarkozysmus thematisiert diese Ambivalenzen, jedoch nur mittels einer rhetorischen Stärkung republikanischer Prinzipien. So besteht die offizielle Linie des französischen Staates in einem abstrakten Universalismus, der zwar die Gleichheit der Bürger:innen betont, jedoch die konkreten Ausschlüsse und Diskriminierungserfahrungen, etwa aufgrund von Herkunft, Religion oder Hautfarbe, nicht anerkennt.

Diese brisante Divergenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, welche die Krise des Republikanismus erzeugt, zeigt sich insbesondere am Beispiel der *laïcité*. Dieses Prinzip adressiert das Verhältnis von Politik und Religion, von Staat und Kirche. Die *laïcité* kann als ein, wenn nicht *das* wesentliche Prinzip des Republikanismus gelten: sie verweist auf den Kern des nationalen Selbstverständnisses und beinhaltet nicht nur Säkularismus und Religionsfreiheit, sondern wird auch mit Rede- und Gewissensfreiheit assoziiert. In einem Gesetz von 1905 erstmals gesetzlich verankert „erlaubt die diesem Gesetz zugrunde liegende Philosophie auch im zeitgenössischen Frankreich prinzipiell einen demokratischen Umgang mit religiöser Pluralität“ (Lindner 2017: 277). Unter Sarkozy setzte sich verstärkt eine gegen die Sichtbarkeit des Islams im öffentlichen Raum gerichtete Auslegung der *laïcité* durch. Spätestens seit seiner Präsidentschaft rückt in der französischen Debatte ein restriktives Bild nationaler Zugehörigkeit ins Zentrum, demzufolge der Islam einen Störfaktor im republikanischen, säkularen Zusammenleben darstellt. So konstatiert Lindner (2017: 276), *laïcité* könne heute „schlichtweg Islamfeindlichkeit bedeuten“.

Auch über Sarkozys Präsidentschaft hinaus setzte sich die metapolitische Verschiebung zu Gunsten der *Nouvelle Droite* im französischen Diskurs fort. Unter seinem Nachfolger François Hollande vom *Parti socialiste* (PS) erstarkte etwa die anti-genderistische Protestbewegung *La manif pour tous* (LMPT), deren Namensgebung und politische Agenda in Abgrenzung zur *mariage pour tous*, der Ausweitung der Eheschließungsrechte auf gleichgeschlechtliche Paare erfolgte. LMPT schaffte es, konservative und katholische, aber auch reaktionäre bis rechtsradikale Akteur:innen gemeinsam auf die Straße zu bringen. Es gelang der Bewegung zudem, die Opposition zur Liberalisierung des Adoptionsrechts mit dem Szenario einer bedrohten nationalen Identität zu verbinden (Govrin 2016: 62). In dieser Vorstellung steht die heteronormative, patriarchale dem Schreckensszenario der atomisierten, individualisierten Gesellschaft gegenüber, deren Identität von Ho-

mosexualität und Migration gleichermaßen bedroht sei. Anti-Immigrationsrhetorik und die Chiffre des Schutzes der Kinder vor der sogenannten ‚Gender-Ideologie‘ (Schmincke 2015) werden hier in den Dienst eines im Kern ethnosexuellen Projekts gestellt (Cervulle 2013), das nach außen hin bewusst jugendlich und offen auftritt (Stambolis-Ruhrstorfer & Tricou 2018). Eine solche Herstellung von Querverbindungen zwischen linken und rechten Politiken ist ein wesentlicher Bestandteil metapolitischer Strategie – und sie sorgt dafür, dass politische Positionen verunklart werden, Grenzen zwischen linker und rechter Politik verschwimmen.

## 1.2 Was ist neu in der *Macronie*?

Weder der reaktionäre Protest der LMPT noch die Abschiebepolitiken Sarkozys können mit einer externen, antidemokratischen Gruppierung erklärt werden, welche die Demokratie von außen bedroht. Die Unterstützung für derartige Projekte formiert sich vielmehr in der Mitte der Gesellschaft, aus ihrem Inneren heraus, ohne Regierungsbeteiligung des RN. Offenkundig gehen die Hegemoniebestrebungen der *Nouvelle Droite* und ihrer parteipolitischen Organe in Frankreich auf, denn seit Beginn der 2000er-Jahre, spätestens aber seit Sarkozys Präsidentschaft, öffnet sich die bürgerliche Rechte in Frankreich zunehmend rechtsradikalen Positionen. Das Resultat ist eine Reihe tiefgreifender Verschiebungen im öffentlichen Diskurs: Themen wie nationale Identität, Migration und Islam werden überproportional thematisiert, während Probleme wie die wachsende ökonomische Ungleichheit und erodierenden Mittelschichten, vor allem außerhalb der Metropolen, kaum politische Beachtung finden. So kommt es zu einer anhaltenden Krise politischer Repräsentation (Lindner 2017: 118–125), die Wahlerhaltungen steigen, progressive und Mitte-Links-Parteien erhalten immer weniger Zuspruch. Auch die bürgerliche Rechte verliert an Boden, während die politischen Ränder, vor allem der RN, immer mehr als legitime politische Kraft, als eine Partei wie alle anderen auch, wahrgenommen wird. Zudem kann er mit autoritärpopulistischer Rhetorik und national-identitären Forderungen den Anschein erwecken, sich um die ‚wahren Probleme des Volkes‘ zu kümmern. Der RN nutzt diese Krise der politischen Repräsentation, befeuert sie mit seiner Rhetorik zugleich, und treibt so die bürgerlichen und liberalen Parteien thematisch vor sich her. Diese Strategie trägt politische Früchte, wie das Erreichen der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl Marine Le Pens in den Jahren 2017 und 2022 zeigt.



In dieser Ausgangslage eroberte im Jahr 2017 mit Emmanuel Macron ein Politiker das Präsidentenamt, der mit seiner neu gegründeten und auf ihn zugeschnittenen *Partei La République en marche*<sup>4</sup> (LREM) versprach, die Politik zu erneuern. Die bis dato wesentlichen Parteien der Mitte, der *Parti socialiste* (PS) und die konservativen *Les Républicains* (LR) schafften es nicht, ihre Kandidat:innen in die Stichwahl zu befördern und so standen sich mit Emmanuel Macron und Marine Le Pen zwei Politiker:innen gegenüber, die sich selber als politische Außenseiter:innen und gegen das Establishment positionierten. Nicht nur im Falle Le Pens, die aus einer wohlhabenden und etablierten rechtsradikalen Dynastie stammt, sondern auch im Falle Macrons ist diese Selbstpositionierung durchaus erstaunlich. Schon unter seinem Vorgänger Hollande hatte Macron zunächst als stellvertretender Generalsekretär und dann als Wirtschafts- und Finanzminister gedient. Durch seine Ausbildung an der Elitehochschule *École nationale d'administration* (ENA) war er schon früh in den Kreis der politischen und administrativen Elite Frankreichs integriert. Dennoch stellte er sich und seine Partei erfolgreich als Kraft der Erneuerung dar und richtete sich gegen das etablierte System. So wurde er nicht nur als einzige Alternative zur rechtsradikalen Bedrohung durch den RN wahrgenommen, sondern es gelang ihm auch, zahlreiche ehemalige konservative und sozialistische Politiker:innen abzuwerben.

Die *Macronie*, wie die politische Praxis Macrons und seiner Regierung gemeinhin bezeichnet wird, stellte Frankreich zunächst vor ein Rätsel: handelte es sich hier um eine neoliberale Form der Sozialdemokratie, eine Überwindung der Trennung des Spektrums in links und rechts, um eine pro-europäische, antipopulistische Bewegung? Schon auf der Ebene dieser basalen Einordnung kann von einem *Blurring* die Rede sein, in dessen Zuge das etablierte Parteiensystem mit seinen politischen Lagern zugleich verunklart und hinter sich gelassen wird. Festzuhalten bleibt, dass während der bisherigen Präsidentschaft Macrons der Einfluss rechtsradikaler Kräfte auf den öffentlichen Diskurs in ähnlichen Bahnen verlief wie unter Sarkozy. Dies zeigen nicht nur die Debatten um die Rolle des Islam, Migration und nationale Identität, sondern auch eine zunehmend feindselige Rhetorik gegen bestimmte wissenschaftliche Disziplinen, deren Forschung verallgemeinernd dem sogenannten *wokisme* zugeordnet und republikanischen Prinzipien entgegenstellt werden (siehe Kapitel 4.4). Neben der weiter fortschreitenden Normalisierung von rechtsradikalen Positionen und Politiken können aber auch in den Praktiken des französischen Staates Entwicklungen beobachtet werden, die Freiheitsrechte entweder direkt einschränken oder infrage stellen. So wurde in Folge der islamistischen Attentate von 2015/16 noch unter Hollande ein

---

4 Im September 2022 wurde die Partei in *Rénaissance* (RE) umbenannt.

Ausnahmestand verhängt, in dessen Zuge die Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausgeweitet wurden. Im Jahr 2017, unter Macron, wurde dieser Ausnahmezustand zwar beendet, wesentliche Änderungen, die er mit sich brachte, aber in geltendes Recht überführt (Delmas-Marty 2022; Jobard 2022)

Sicherheitspolitisch ist Macrons erste Amtszeit von mehreren disruptiven Ereignissen geprägt: Ausbrüche tiefgreifender sozialer und politischer Verwerfungen finden in der Zeit zwischen 2018 und 2020 ihren Ausdruck in den Massenprotesten der Gelbwestenbewegung (*Gilets jaunes*), mehreren Generalstreiks, und der als brutal wahrgenommenen Polizeigewalt, mit der die Exekutive diesen Protesten begegnete. Die Organisation *Reporter ohne Grenzen* kritisiert in diesem Zusammenhang die teils massive Einschränkung der Pressefreiheit durch Polizeibeamte, die Journalist:innen in Gewahrsam nahmen oder ihre Ausrüstung beschlagnahmten (Reporters without borders 2019). Auch die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie wurden in der französischen Bevölkerung als autoritär und bisweilen unverhältnismäßig wahrgenommen. Diese wurden nicht zuletzt auch durch das Framing gerechtfertigt, mit den Macron der Herausforderung der Pandemie rhetorisch begegnete:

Nous sommes en guerre, en guerre sanitaire, certes: nous ne luttons ni contre une armée, ni contre une autre Nation. Mais l'ennemi est là, invisible, insaisissable, qui progresse. Et cela requiert notre mobilisation générale. (Macron 2020c)<sup>5</sup>

Macrons Bezeichnung der Pandemie als Kriegszustand, der eine allgemeine Mobilmachung erfordere, legitimiert außergewöhnliche staatliche Abwehrmaßnahmen: Ausgangssperren, Schulschließungen und polizeiliche Kontrolle begleiteten so die Lockdowns, mit denen die Ausbreitung des ‚unsichtbaren Gegners‘ eingedämmt werden sollte. In den Maßnahmen manifestierte sich aber auch das ungleiche Maß an Betroffenheit je nach sozioökonomischer Lage. Dieser Umstand führte auch zu der Wahrnehmung, dass in Sachen Freiheitseinschränkung mit zweierlei Maß gemessen werde. Gerade in den verrufenen *banlieues*, den oft sozial benachteiligten Trabantenstädten der französischen Metropolen, wirkten sich die verhängten Ausgangssperren deutlich drastischer aus, als in den privilegierten Wohngebieten – auch deshalb, weil die Polizeipräsenz hier als höher, und die Disziplinarmaßnahmen gegen die oft rassifizierten Bewohner:innen der *ban-*

---

<sup>5</sup> Dieses und alle weiteren längeren französischsprachigen Zitate werden im Folgenden in der Fußnote in der deutschen Übersetzung angegeben.

„Wir befinden uns im Krieg, wenn auch in einem gesundheitlichen. Wir kämpfen weder gegen eine Armee noch gegen eine andere Nation. Aber der Feind ist da, unsichtbar, schwer fassbar, auf dem Vormarsch. Und das erfordert unsere allgemeine Mobilmachung.“

*lieues* als Ausdruck institutionell-rassistischer Ungleichbehandlung wahrgenommen wurden.

Gewaltsame Reaktionen seitens der Polizei, etwa bei Demonstrationen und Protesten, aber auch rassistische Praktiken, besonders in den *banlieues*, sind in Frankreich seit Jahrzehnten bekannt und werden regelmäßig problematisiert (Rigouste 2012; Fassin 2015; Douillard-Lefevre 2016). Die *Macronie* steht hier ihren Vorgängern in nichts nach, und ist, durch die vielfach ausbrechenden sozialen Proteste, besonders geprägt von Fragen der Sicherheitspolitik und Polizei. So bilanziert der Polizeiforscher Fabien Jobard, Macrons erste Amtszeit sei von einer Omnipräsenz des Themas Polizei geprägt gewesen, hätte aber keinerlei Bemühungen mit sich gebracht, die tiefgreifenden Probleme dieser Institution politisch aufzugreifen (Jobard 2022: 459). Zudem zeichnet sich dieser Zeitraum durch Diskurse aus, welche die Polizeigewalt leugnen. Dies illustriert etwa die Äußerung von Innenminister Castaner, der 2019 zu Protokoll gab, er kenne keinen Polizisten oder Gendarmen, der Gelbwesten attackiert hätte – er kenne nur Polizisten und Gendarmen, die Selbstverteidigungsmittel angewendet hätten (Kempf 2019: 4).

Der islamistische Terror, der Frankreich im Jahr 2020 mit einer Serie äußerst brutaler Anschläge erschütterte, trug ebenfalls zu einer Verschärfung im Bereich der Sicherheitspolitik bei. Kritisch ist hier allerdings anzumerken, dass im Diskurs um dieses Thema, das sich um das Schlagwort *séparatisme* (Separatismus) herum gruppiert, muslimische Minderheiten und der radikale Islamismus allzu oft gleichgesetzt wurden. Die resultierenden Gesetzesverschärfungen sind teilweise einseitig gegen Muslim:innen gerichtet – die Themen Sicherheit und Religionsfreiheit bzw. nationale Identität verschwimmen hier in der Figur des islamistischen Separatismus, mit der gleichzeitig abgekapselte Parallelgesellschaften, als fremd wahrgenommene Verhaltensweisen und fundamentalistische Ideologien gemeint sein können (siehe Kap. 4.2).

Allgemein zeichnet sich die *Macronie* durch ein fortgesetztes Verschwimmen der Grenzen zwischen demokratischen und autoritären Diskursen aus – eine Entwicklung, die in Frankreich keineswegs neu ist. Dennoch ist wegen der vielen Krisen, Proteste und Notstände, die Macrons erste Amtszeit prägten, eine gewisse Beschleunigung dieser Entwicklungen festzustellen: vor allem durch Macrons unbeirrten Reformkurs in der Sozialpolitik und der Übernahme rechter bis rechtsradikaler Ideologien im Bereich der nationalen Identität sowie der Migrations- und Asylpolitik. Zudem gab es während Macrons erster Amtszeit im rechtsradikalen Parteienspektrum Bewegung. Der Journalist und Publizist Éric Zemmour gründete 2021 seine Partei *Reconquête* und trat als Kandidat zur Präsidentschaftswahl an. Zemmour vertritt unter anderem offen die rechtsradikale Forderung nach ‚Remigration‘ (Lamort 2022), also der Abschiebung als fremd oder nicht integriert wahrgenommener Personen. Mit der Etablierung seiner Partei ergibt

sich eine neue Konstellation am äußerst rechten Rand des politischen Spektrums, die es Marine le Pen und ihrem RN erlaubt, sich von Zemmours offener Islamophobie und Rassismus abzugrenzen und so in der öffentlichen Wahrnehmung als weniger radikal, oder gar gemäßigt konservativ zu erscheinen. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass die konservative Partei LR und Macrons Regierungspartei auf dem diskursiven Terrain der nationalen Identität Inhalte des RN übernehmen und damit legitimieren.

Das metapolitische Kalkül der *Nouvelle Droite*, so scheint es, profitiert stark von der neoliberalen und machtvorkalen Regierungsweise der *Macronie*. Auf diese Weise werden demokratische Prinzipien und Institutionen unter Mithilfe der Regierenden geschwächt und zur Disposition gestellt, ohne dass die antidemokratische, rassistische Ideologie der *Nouvelle Droite* offen zu Tage treten muss. Die *Macronie* zeichnet sich durch die Beschleunigung der Hegemonialisierung neurechter Ideologien aus und wird von weiten Teilen der Bevölkerung in ihrer Regierungsweise abgelehnt, wie die Massenproteste und Generalstreiks während der ersten Amtszeit illustrieren.

### 1.3 *Soft Authoritarianism*: Verwischte Grenzen zwischen Autoritarismus und Demokratie

Die hegemonialen Bestrebungen der *Nouvelle Droite*, vielfache Krisen politischer und sozialer Art und die teilweise Konvergenz der Regierungspolitik mit dem Programm des RN stellen die Demokratie in Frankreich gegenwärtig vor eine große Herausforderung. Darin ähnelt das Land vielen anderen Staaten, auch in Europa und Nordamerika. Spätestens seit den Wahlerfolgen Donald Trumps und dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich gilt es in Wissenschaft und Öffentlichkeit als gesetzt, dass die Demokratie in vielen Ländern auf dem Rückzug ist (siehe bspw. die Beiträge in Hagedorn et al. 2019). In weiten Teilen der öffentlichen Debatte wird die Bedrohung üblicherweise als Herausforderung für das demokratische System verstanden, die der sogenannte Rechtspopulismus darstellt. Diese Vorstellung eines Angriffs auf die Demokratie von den Extremen her ist insofern irreführend, als sie eine demokratische Mitte impliziert, deren Probleme einzig in der Bedrohung durch externe Feinde besteht. Eine solche Konzeption verschleiert den großen und wachsenden Rückhalt, den rechtsradikale Parteien mit ihrer neofaschistischen Politik in der Bevölkerung und der Wählerschaft generieren. Antidemokratische Parteien greifen auf demokratische Legitimation zurück, manipulieren politische Diskurse und verwischen somit schrittweise die Vorstellung dessen, was als demokratisch, erstrebenswert oder vernünftig gilt.

Solch ein Prozess der Aushöhlung der Demokratie von innen heraus gleicht oftmals eher einer schleichenden Entwicklung über Jahrzehnte als einem gewaltvollen Coup d'État mit sofortiger Übernahme der Macht und ist deswegen kompliziert nachzuvollziehen und zu analysieren. Dennoch ist gegenwärtig zu beobachten, dass Demokratien sich weltweit von innen heraus verändern. Ihre Prinzipien werden verletzt oder öffentlich immer direkter in Frage gestellt. Diskurse, die auf illiberalen Prämissen beruhen, gewinnen an Macht und Gruppierungen mit antidemokratischen Zielen generieren zunehmende Mobilisierungskraft und Attraktivität. Rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien gewinnen so beispielsweise in ganz Europa seit einigen Jahren massiv an Einfluss, bis zu dem Punkt, dass sie, wie in Österreich oder den Niederlanden, Teil von nationalen Regierungskoalitionen werden oder diese sogar anführen, wie in Italien, Polen und Ungarn. Von diesem Prozess bleiben auch die ehemals staatstragenden Parteien der Mitte (wie in Frankreich PS und LR) nicht unberührt. Sie übernehmen vielerorts Positionen und politische Inhalte von rechtsradikalen Kräften, um der sich wandelnden diskursiven Lage und dem (manipulierten oder verzerrt repräsentierten) Wählerwillen Rechnung zu tragen. So verändern sich die Agenden der politischen Parteien und damit auch die Möglichkeiten für die Wahlbevölkerung, ihre politische Sichtweise an den Wahlurnen auszudrücken. In der resultierenden Krise der politischen Repräsentation rücken sowohl der politische als auch der mediale Diskurs zunehmend nach rechts; die Bandbreite der möglichen repräsentierten Meinungen und Urteile wird verengt und verzerrt.

Die wachsende Literatur zu diesem Thema hat bereits eine Fülle an Erklärungsansätzen hervorgebracht. Begriffe wie *reactionary democracy* (Mondon & Winter 2020), *illiberal democracy* (Zakaria 1997; Wodak 2019), autoritärer Populismus (Hall 2017; Demirović 2018) oder *Post-Democracy* (Crouch 2005) wurden herangezogen, um ganz unterschiedliche Phänomene hervorzuheben (siehe Kap. 2.2.2 und 2.3.1). Das Konzept des *Soft Authoritarianism* (Randeria 2021; Adam et al. 2022; Adam et al. 2024; Steinhauer 2024) unterscheidet sich der bisherigen Literatur dadurch, dass es eine komplexe Analyse der schleichenden Verschiebungen und desorientierenden Verwischungen von ideologischen Konzepten ermöglicht, mit denen Demokratie ausgehöhlt wird. Ich bezeichne mit *Soft Authoritarianism* eine diskursanalytische Praxisperspektive auf die sprachlich-diskursiven Mittel, mit denen in Frankreich Demokratie von innen heraus geschwächt wird. Dabei gehe ich davon aus, dass verwischte ideologische Grenzen, Vermischung von Ideologemen und vormalis ungekannte politische Allianzen einen wesentlichen Effekt auf den politischen Diskurs ausüben. Zentrale liberale und egalitäre Begriffe werden in soft-autoritären Prozessen in ihr Gegenteil verkehrt, Kritik vereinmahmt und umgekehrt.

Diagnosen wie *blurring boundaries*, *overlaps* und *collusions* werden seit Kurzem herangezogen, um ideologische und politische Konvergenzen zwischen anti-genderistischen und bestimmten feministischen Gruppierungen zu beschreiben (Habed et al. 2024: 9). Ganz ähnliche Effekte prägen auch die soft-autoritäre Aus-höhlung demokratischer Gewissheiten und Institutionen in Frankreich. Im kulturellen und politischen Kampf um Hegemonie müssen möglichst viele und unterschiedliche Gruppen hinter einer Version von Gesellschaft und ihrer Verfasstheit versammelt werden – Grenzen müssen verschoben, Tabus gebrochen und Sagarkeitsfelder verändert gestellt werden, um den Status Quo an die eigenen politischen Vorstellung anzupassen. Eine zunehmende Unklarheit im politischen Feld ist dazu geeignet, unterschiedliche Gruppen hinter bestimmten ideologischen Konzepten zu vereinen. Diese Mobilisierungskraft kann zur Konfusion der politischen Lager und der Verunklarung politischer Standpunkte genutzt werden. *Blurring boundaries*, die bewusste Herbeiführung von politischen Konvergenzen ganz unterschiedlich positionierter Akteur:innen, ist eine zentrale Triebfeder der soft-autoritären Praxis rechtsradikaler Politik. Das metapolitische Projekt der *Nouvelle Droite*, so meine These, produziert und profitiert von dem zunehmenden *Blurring*, dem Verwischen von Gewissheiten und der resultierenden Desorientierung im politischen Diskurs.

Angesichts der voranschreitenden Hegemonialisierung rechtsradikaler Ideologie und Politik in Frankreich gehe ich der Frage nach, welche diskursiven Praktiken zum Zwecke der Verwischung zwischen *demokratisch* und *autoritär* eingesetzt werden. Dabei liegt der Fokus jedoch nicht auf Diskursen der *Nouvelle Droite* – deren Ideologie ist hinlänglich bekannt und ihr antidemokratischer Kern lässt sich auch durch das neue sprachliche Gewand nicht verschleiern (Meiering 2022). Ich richte meinen Blick stattdessen auf Diskurse der politischen Mitte und der Regierung: hier schlägt sich einerseits direkt der Erfolg hegemonialer Bestrebungen nieder, andererseits kann rechtsradikale Ideologie nicht ohne bewusstes oder unbewusstes Zutun von Akteur:innen in Regierungsverantwortung voranschreiten.

Die jüngere Geschichte Frankreichs zeigt immer wieder Beispiele für exkludierende, rassistische und gewaltvolle Politiken der Exekutive, die aus normativer Sicht Zweifel an der Vereinbarkeit mit liberal-demokratischen Prinzipien aufkommen lassen. Diese Beziehung zwischen demokratischem Anspruch und stellenweise illiberaler oder gar autoritärer Realität wird in dieser Arbeit empirisch und analytisch in den Blick genommen. Dabei steht die Frage im Zentrum, wie autoritäre Tendenzen innerhalb der französischen Demokratie existieren und erstarken können. Welche Akteur:innen verwischen mit welchen Praktiken unter welchen diskursiven Rahmenbedingungen die Grenze zwischen *demokratisch* und *autoritär*? Auf welche Weise werden Ideologien und Standpunkte normali-

siert, die mit liberal-demokratischen Prinzipien unvereinbar sind? Eine Analyse dieser diskursiven Praktiken der *Macronie* gibt Aufschluss über soft-autoritäre Veränderungen, mit denen die französische Demokratie im Moment konfrontiert ist.

## 2 Theoretische Grundlagen: Diskurs, Autoritarismus und Praxis

Wie wird eine demokratische Gesellschaft von innen heraus autoritärer? Diese scheinbar simple Frage zieht viele Anschlussfragen nach sich. Was ist etwa mit autoritär gemeint und wieso wird es in der Frage, anscheinend, als Gegenbegriff zur demokratisch aufgefasst? Die Verwendung des Komparativs *autoritärer* im Zusammenhang mit dem Verb *werden* deutet auf einen Prozess hin, eine Intensivierung oder Verfestigung. Das Substantiv *Gesellschaft* kann im Prinzip alles bezeichnen, was die Ebene des Individuums übersteigt, vom zivilgesellschaftlichen Verein bis hin zu Nationalstaaten oder supranationalen Organisationen.

Ich nähere mich dem komplexen Phänomen der Aushöhlung der Demokratie in Frankreich von innen über die Analyse öffentlichen Sprachgebrauchs. Politische Sprachhandlungen sind in vielfältige Bezugsrahmen eingebettet, in denen sie ihre Bedeutung und Funktion erhalten – dieser Bezugsrahmen, der Aussagen ordnet, ermöglicht und in Beziehungen setzt, ist der Diskurs. Diskurse werden von Akteur:innen praktiziert. Ihre politikbezogenen oder politischen Aussagen verstehe ich als Handlungen. Mich interessieren hier also sprachliche Handlungen, die im französischen politischen Diskurs die Funktion erfüllen, autoritäre Ideologien und Politiken zu normalisieren, das heißt, sie zu rechtfertigen, oder als plausibel oder wünschenswert und schließlich als Common Sense darzustellen.

### 2.1 Diskursanalyse: *Mixed Methodologies* und theoretische Ausgangspunkte

Der Begriff *Diskurs* wird in den verschiedenen Sozial- und Geisteswissenschaften ganz unterschiedlich operationalisiert. Mein disziplinärer und methodologischer Ausgangspunkt ist die in der germanistischen Linguistik entwickelte Diskurslinguistik (DL). Darüber hinaus berücksichtige ich auch die angrenzenden Methodologien der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) und Critical Discourse Analysis (CDA). Dieser Mix von methodologischen Zugriffen hilft dabei, das Prinzip der Triangulation in das Forschungsdesign zu integrieren: durch die je eigenen methodischen Schwerpunkte, aber auch die Wahl verschiedenster Daten wird so das Risiko reduziert, dass die Analyseergebnisse einen Bias aufweisen (Wodak 2001a: 65). Zusätzlich wird durch die Offenlegung des eigenen Standpunkts und die Reflexion der Auswahl der Daten sowie der Methoden verdeutlicht, dass diese Arbeit nicht ‚standpunktlos‘ oder ‚unvoreingenommen‘ sein kann. Vielmehr ist sie an der Offenlegung anti-demokratischer Ideologien und Bestrebungen interessiert, was sich



auch in der Wahl des Begriffsinventars, der analysierten Daten und des Analysefokus niederschlägt (siehe Kap. 2.3.1).

DL, WDA und CDA unterscheiden sich in ihrem methodischen Inventar, jedoch auch in ihren jeweils spezifischen Schwerpunktlegungen hinsichtlich ihrer Vorstellung von Diskurs. Die DL zeichnet sich durch die systematische transtextuelle Sprachanalyse aus, die im Anschluss an die Arbeit von Michel Foucault entwickelt wurde (Warnke 2007a). Durch ihre Entwicklung aus der Historischen Semantik (Busse et al. 1994) bringt sie eine Sensibilität für musterhafte, serielle sprachliche Äußerungen sowie Brüche und Diskontinuitäten mit (Bock et al. 2011; Kämper 2011). Die WDA schärft den diskursanalytischen Blick für die enge Verbindung von Sprache und Wissen und durch ihren Fokus auf Praktiken zugleich für die immensen Machtwirkungen, die der Diskurs ausübt. Die CDA ist, wie Ruth Wodak (2001b: 2) betont „fundamentally concerned with analysing opaque as well as transparent structural relationships of dominance, discrimination, power and control as manifested in language“. Ihr Interesse an der sprachlichen Konstruktion sozialer Ungleichheit, Kritik an Ideologie und Herrschaft, und nicht zuletzt Strategien anti-demokratischer Akteur:innen bietet vielfältige theoretische und empirische Anknüpfungspunkte.

Innerhalb der genannten diskursanalytischen Bereiche wurden je verschiedene Ansätze und Methodologien entwickelt. Das aus der DL stammende DIMEAN-Modell (Spitzmüller & Warnke 2011) zeichnet sich durch die Integration von intratextueller Ebene, Akteursebene und transtextueller Ebene in ein mehrdimensionales Analysemodell aus. Diskurslinguistische Arbeiten sollten alle drei Ebenen in der Analyse berücksichtigen, da Diskurse „intratextuell manifest, [...] im Feld der Akteure verankert und transtextuell strukturiert“ sind (Spitzmüller & Warnke 2011: 199). Mit dem Fokus auf diskursive Praktiken der Verschiebung und Verwischung werden diese Anforderungen erfüllt: Praktiken werden von Akteur:innen ausgeübt und können anhand von Texten (in vielfältiger medialer Ausformung und Genres) untersucht werden. Ihre politische Bedeutung erhalten sie erst im Kontext des sie umgebenden und ordnenden Diskurses, den sie wiederum mit formen. Erst durch die Verfestigung und soziale Registrierung wird aus einer lokalen Praxis eine diskursive Praktik (Spitzmüller et al. 2017).

Die CDA befasst sich hauptsächlich mit rechtsradikaler Ideologie, Nationalismus, Rassismus und deren Normalisierung. Besonders der Diskurshistorische Ansatz (DHA) ist für die Untersuchung der Diskursgeschichte, aber auch den aktuellen Verwendungskontext bestimmter Ideologievokabeln (Girnth 2015: 60–65) relevant, wie etwa Markus Rheindorf und Ruth Wodak (2018) anhand eines metadiskursiven Konflikts um den Begriff ‚Grenzzaun‘ zeigen. Der DHA hilft dabei, die Wortgebrauchsgeschichte mit ihren Umsemantisierungen und Rekontextualisierungen in

die Analyse einzubeziehen. Hier werden Texte und Äußerungen immer in sie umgebenden Kontext betrachtet, und zwar auf mehreren Ebenen:

(1) the immediate language or text internal co-text (the distinct and unique utterances of politicians); (2) the intertextual and interdiscursive relationship between utterances, texts, genres, and discourses (reformulations, recontextualization, mediatization of these utterances); (3) the language external social/sociological variables and institutional frames of a specific situational context (the detailed chronology of events); and (4) the broader sociopolitical and historical context in which the discursive practices are embedded and to which they are related [...]. (Rheindorf & Wodak 2018: 16)

Durch diese mehrdimensionale Kontextualisierung macht der DHA den oft opaken ideologischen Gehalt von Äußerungen und Ideologievokabeln anhand seiner Diskursgeschichte transparent und analysiert zugleich seine politischen Effekte in der Gegenwart. Reisigl (2014: 69) nennt unter anderem die Gesetzgebung, die Formierung von öffentlicher Meinung, Einstellungen und dem politischen Willen oder auch Verwaltung oder politische Proteste als Felder, in denen diskursive Praktiken maßgebliche Effekte erzeugen.

Nicht zuletzt ist der DHA ein explizit kritischer Ansatz. Er integriert Kritik auf drei Ebenen, wie Wodak (2001a: 64–65) ausführt: Text- oder diskursimmanente Kritik soll Inkonsistenzen und Widersprüche auf der Text- und Diskursebene aufdecken, also beispielsweise argumentative Fehlschlüsse (siehe insb. Reisigl 2014). Mit der sozio-diagnostischen Kritik legt der DHA den potentiell persuasiven, propagandistischen oder manipulativen Charakter politischen Sprachgebrauchs offen. Hier werden diskursive Praktiken im breiteren Kontext von kontextuellem Wissen, sozialen Beziehungen und politischen Ereignissen betrachtet und so ihre Funktion und Effekt mit einbezogen. Letztlich will der DHA auch prognostisch und konstruktiv kritisieren, indem etwa Forschungsergebnisse in die künftige kommunikative Praxis einfließen, Forscher:innen also im besten Fall Empfehlungen oder Leitlinien erarbeiten.

Neben der Betonung der zentralen Rolle, die Wissen als handlungsleitende Bezugsgröße in der Diskursanalyse spielt, ist die WDA vor allem durch ihre interpretatorische und hermeneutische Auslegung für diese Untersuchung relevant. Sie rückt damit, ähnlich wie die CDA, die Subjektivität der analytischen Ausgangslage der Forschenden in den Fokus. Die WDA integriert zudem Ansätze aus der Grounded-Theory-Methodologie (GTM) und versteht sich als ein hermeneutischer Forschungsrahmen, welcher dem/der Forschenden flexibel auswählbare Methoden an die Hand gibt, ohne ein vorgeschriebenes Standardprogramm der Analyse vorzuschreiben (Bock 2018: 307). Die Aufgabe des/der Interpretierenden sei es, „die in der Fülle von diskursiven Ereignissen liegende Kohärenz oder, anders formuliert, die Formationsregeln der Aussag Praxis zu entziffern und somit spezifische Diskurse

zu identifizieren“ (Truschkat 2013: 72). Dabei ist es, laut Inga Truschkat, „[c]harakteristisch für die Interpretative Analytik“ zu versuchen, „vermeintliche Selbstverständlichkeiten oder Normalitäten aufzubrechen“. Interpretative Analytik soll „die Kontingenz der Möglichkeiten“ aufzeigen und verdeutlichen, dass die als normal wahrgenommene historische Situation „nur eine von vielen möglichen ist“ (Truschkat 2013: 71).

### 2.1.1 Diskurs

Truschkats Betonung der Kontingenz der vorgefundenen Situation deutet auf den Kern einer Auffassung von Diskurs hin, die ihn zugleich als sozial konstruiert und als sozial konstitutiv versteht: in sprachlichen Praktiken realisiert, folgt er zugleich den impliziten Formationsregeln, schreibt sie aber auch fort und strukturiert so Möglichkeitsbedingungen von Aussagen.

Öffentliche sprachliche Äußerungen stehen in vielfältigen Beziehungen zueinander – sie nehmen implizit oder explizit aufeinander Bezug, antworten aufeinander, streiten einander ab, konterkarieren, bestärken oder widersprechen sich gegenseitig. Sie sind insofern intertextuell, da ihre Bedeutung oder Wirkung sich nicht anhand von Einzeltexten erschließen lässt, sondern nur im Zusammenspiel mit der sie umgebenden Kommunikation. Sprachliche Handlungen in politischen relevanten Feldern sind also einerseits abhängig von zuvor Geäußertem, andererseits formen sie jedoch wiederum die Möglichkeitsbedingungen für anschließende Kommunikationshandlungen. Die Ebene, auf der die Beziehungen und auch wissens- und machtrelevanten Konstruktionswirkungen für Akteur:innen und ihren Sprachhandlungen beschrieben werden können, ist der Diskurs. Der Diskurs besteht jedoch nicht nur aus Aussagen in Einzeltexten und deren intertextuellen Beziehungen, sondern ist, wie Ingo H. Warnke (2007b: 5) darlegt, für sich genommen eine „einzeltextübergreifende[] kommunikative[] Strukturgröße“. Der Diskursbegriff der Linguistik kann zwar an die Theoriebildung der linguistischen Pragmatik anknüpfen, erweitert aber zugleich die Systematik der Untersuchung „vom Wort über den Satz und den Text zu transtextuellen Untersuchungsphänomenen“ (Vogel 2023). Linguistische Diskursanalyse ist demnach transtextuell ausgerichtet, betrachtet Sprachgebrauch also jenseits von Einzeltexten und richtet den Blick auf Strukturen, musterhafte Formen:

Der Diskurs ist – und gerade das macht ihn zu einem unklaren, doch eminent wichtigen sprachwissenschaftlichen Gegenstand – erst dort Diskurs, wo intratextuelle Phänomene, Akteure und transtextuelle Strukturen interagieren; wo etwa die Wahl bestimmter rhetorischer Mittel in einem singulären Text auf musterhafte Formen anderer Texte verweist und damit bestimmte Diskurspositionen erkennbar werden lässt. (Spitzmüller & Warnke 2011: 187)

Mit dieser Öffnung für transtextuelle Strukturen, dem Fokus auf Akteur:innen, ihre Positionierungen und Interaktionsmuster, die in einer Vielzahl von (zunächst scheinbar disparaten) Äußerungen oder Texten auf Regelmäßigkeiten schließen lassen, erweitert die Analyse von Diskursen den Fokus der Linguistik ungemein. Sie erlaubt es etwa, ganz explizit auch politische und soziale Phänomene, ja die gesellschaftliche Bedingtheit von Sprachgebrauch sowie seine sozialkonstruktive Wirkung in den Blick zu nehmen. Michel Foucault, auf dessen Diskurskonzeption die Diskurslinguistik maßgeblich aufbaut, befasst sich in seiner Vorlesung *L'ordre du discours* (1997 [1972]: 10–11) mit den impliziten und expliziten Regeln der Selektion und Kontrolle, denen der Diskurs in jeder Gesellschaft unterliegt. So wird etwa die Anzahl der legitimen Sprecher:innen im Diskurs begrenzt, Aussagen unterliegen Regeln der Sagbarkeit wie etwa der Tabuisierung oder dem Verbots. Das, was öffentlich gesagt werden kann, ist also Produkt diskursiver Ausschluss- und Konstruktionsprozesse. Zugleich aber geht es in die Menge des Geäußerten ein und führt die immerwährende Gleichzeitigkeit von diskursiver Regulierung und Produktion fort. Die Polysemie des französischen Titels *L'ordre du discours*, die in der deutschen Übersetzung nicht abgebildet ist, verweist bereits auf die vielfachen Wirkungen des Diskurses – er ordnet, reguliert, befiehlt, strukturiert, arrangiert, verteilt oder stellt Aussagen und Akteur:innen in Sinn- und Ordnungszusammenhänge (Spitzmüller & Warnke 2011: 19).

Allein durch dieses bewusste Sprachspiel Foucaults und der damit bezeichneten Vielfältigkeit diskursiver *ordres* deutet sich an, dass sein Begriff von Diskurs alles andere als eindeutig und klar fixierbar ist. Tatsächlich ist eine häufige Kritik an der Foucault'schen Diskurskonzeption ihre große Vagheit, Unbestimmtheit oder gar Entgrenzung (Spitzmüller & Warnke 2011: 65–67). So finden sich etwa Stellen in seinem Werk, in denen er Diskurs nicht nur als „die Gesamtheit der Dinge [...], die man sagt“ und „wie man sie sagt“, beschreibt, sondern auch als das „was man nicht sagt“ – zudem sei der Diskurs auch in „Gesten, Haltungen, Seinsweisen, Verhaltensschemata und Gestaltungen von Räumen“ vorhanden: „Der Diskurs ist die Gesamtheit erzwungener und erzwingender Bedeutungen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse durchziehen“ (Foucault 2003: 164). Eine solche weitreichende Konzeption von Diskurs läuft schnell Gefahr in die Beliebigkeit abzurutschen – wenn alles unter Diskurs gefasst, oder von ihm berührt ist, worin liegt dann noch der analytische Mehrwert dieser Kategorie? Trotz berechtigter Skepsis angesichts dieses Anscheins von Allumfänglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, dass Foucaults Werk in den Sozial- und Geisteswissenschaften einen immensen Einfluss hat. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass es Diskurse im Zusammenhang mit Macht und Wissen sowie in ihrer historischen Genese zu denken erlaubt. Diese Schwerpunktlegung und wohl auch die Offenheit seines Begriffsinventars haben zu einer extrem produktiven interdisziplinären Rezeption von Foucaults Werk geführt, die bis heute anhält.

Diesem Einfluss ist es auch zu verdanken, dass Diskurse seit einigen Jahrzehnten als Analysegegenstand in den verschiedenen Sozialwissenschaften einen beliebten Fokus darstellen. Je nach disziplinärer Perspektive und konkretem Forschungsgegenstand unterscheidet sich dabei das zu Grunde gelegte Verständnis von Diskurs. Auch für die germanistische Linguistik gilt dies, wenngleich es hier, teilweise stärker als in anderen Disziplinen, Vorbehalte, Skepsis und Ablehnung gegen die Konstituierung von Diskurs als sprachwissenschaftliches Objekt gab, wie Dietrich Busse und Wolfgang Teubert (1994) in ihrem programmatischen Aufsatz darlegen. Hatten Busse und Teubert zu Beginn der 1990er-Jahre ihren Fokus auf die Untersuchung von Diskursen noch zu rechtfertigen und gegen innerdisziplinäre Beharrungskräfte zu verteidigen, so ist die Analyse von Diskursen heute in der Germanistischen Linguistik ein anerkannter Forschungsgegenstand. So ist die seit dem 90ern systematisch entwickelte Diskurslinguistik heute „in Forschung und Lehre breit etabliert und ist aus Zusammenhängen einer quellen-, text- und aussagenorientierten linguistischen Analyse kaum mehr wegzudenken“, wie Warnke (2018: IX) konstatiert. Zugleich bleibe jedoch unentschieden, was unter Diskurs verstanden wird.

Diese „Unmöglichkeit der begrifflichen Fixierung von ‚Diskurs‘“ (Spitzmüller & Warnke 2011: 18) führt dazu, dass Diskursanalysen je nach disziplinärer Verortung, Erkenntnisinteresse sowie Forschungsgegenstand eigene Schwerpunkte in ihrer Operationalisierung von Diskurs legen. Daher scheint es angebracht, im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand, Schwerpunkte und zentrale theoretische Annahmen darzulegen, die den Analysefokus und so auch die möglichen Erkenntnisse dieser Untersuchung leiten.

### 2.1.2 Sprache, Wissen, Macht

Diskursanalysen sind eines der zentralen Mittel um zu verstehen, wie „Sprachgebrauch die politische, gesellschaftliche Wirklichkeit konstituiert“, bzw. welches „Wissen‘[...] durch welche Akteure und Institutionen mit welchen sprachlichen Mitteln geschaffen, begründet und durchgesetzt“ wird (Roth et al. 2017: IX). In der Untersuchung politischen Sprachgebrauchs und seiner gesellschaftlichen Wirkungen ist daher gerade der Zusammenhang von Sprache, Wissen und Macht zentral. So kann festgehalten werden, dass Wissen nicht nur sprachlich vermittelt, sondern auch konstituiert wird – Wissen und seine Produktion sind soziale Phänomene, die in Diskursen organisiert sind. Wissen ist zudem eine wichtige handlungsleitende Kategorie. Die Feststellung, dass Wissen diskursiv konstruiert ist, führt also auch zu dem Schluss, dass Akteur:innen in ihren Handlungen durch Diskurse geleitet werden. Diskurse sind demnach sprachgebundene Ordnungen, die handlungs-

leitend wirken, indem sie Wissen produzieren. Keller bringt diesen komplexen Zusammenhang so auf den Punkt:

Diskurse lassen sich als strukturierte und strukturierende Anstrengungen verstehen, Bedeutungen bzw. allgemeiner: mehr oder weniger weit ausgreifende symbolische Ordnungen zu erzeugen, zu stabilisieren und dadurch einen verbindlichen Sinnzusammenhang, eine Wissensordnung für spezifische Praxisfelder in sozialen Kollektiven zu institutionalisieren. (Keller 2013: 27)

Diskurse schaffen demnach Wissensordnungen, zu denen Akteur:innen sich zwangsläufig verhalten müssen. Hier wird aber auch deutlich, dass Diskurse nicht nur determinierend und positionierend wirken, sondern unter Umständen auch ermächtigend und produktiv, denn Diskurse werden von Akteur:innen produziert und sind somit ein zentraler Modus sozialer Praxis. Das Feld der Politik, in dem eine Vielzahl an Sprachhandlungstypen bekannt ist, ist beispielhaft für die produktive, aber auch positionierende und (an)ordnende und mitunter ausschließende Macht, die Diskursen innewohnt. Für Foucault ist der Diskurs daher „nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault 1997 [1972]: 23). Diskurse sind also sowohl Ort als auch Operator von Kämpfen um politische Macht.

Diese konstruktivistische Sicht spiegelt sich auch in Foucaults Machtbegriff wider. Macht ist für ihn nicht als starre, hierarchische Herrschaftsbeziehung zu verstehen, sondern als eine Grundbedingung sozialer Interaktionen und Beziehungen. Macht ermöglicht Handlungen oder schränkt sie ein, schafft Positionen, von denen aus Akteur:innen Einfluss ausüben können, oder in denen sie abhängig von anderen bleiben. Foucault prägte in *Überwachen und Strafen* den Begriff der Mikrophysik der Macht – ein Gegenentwurf zur Souveränitätsmacht in der Tradition von Thomas Hobbes (Voigt 2015: 33). Darunter versteht er einen Blick auf Macht, der diese nicht als „Eigentum, sondern als Strategie“ auffasst, sie in ihren „Dispositionen, Manövern, Techniken, Funktionsweisen“ (Foucault 1977 [1975]: 38) beschreibt. Macht sei „nicht so sehr etwas, was jemand besitzt, sondern vielmehr etwas, was sich entfaltet“ (Foucault 1977 [1975]: 38). Sein Fokus in der Analyse von Macht liegt auf Beziehungen, Netzen und Effekten, nicht auf verfestigten und starren Herrschaftsformen. Diese Verschiebung in der Sichtweise auf Macht erlaubt es, die vielfältigen Beziehungen von Akteur:innen und ihre Positionierungen zueinander als Effekte von Machtbeziehungen zu verstehen. Diese werden realisiert in diskursiven Praktiken, die einerseits von Machteffekten beschränkt und ermöglicht werden, andererseits diese auch beeinflussen und verändern können. Die treibenden Kräfte sind dabei Akteur:innen, also Diskursteilnehmer:innen, deren (Sprach)-

Handlungen sie im diskursiven Netz der Machtbeziehungen positionieren, dieses aber zugleich erst ausspannen.

Ich verstehe Diskurs deswegen mit Keller (2013: 27) nicht als „abgehoben semiotisch prozessierendes System [...], sondern als soziale Praxis“, und zwar als eine soziale Praxis, die sprachgebunden und machtbezogen das politische Feld strukturiert und zentral von Akteur:innen betrieben wird. Diese Schwerpunktlegung erfolgt vor dem Hintergrund des Untersuchungsgegenstands: Die Infragestellung und Aushöhlung demokratischer Institutionen ist meines Erachtens nach eine ideologische Operation von vielen beteiligten Akteur:innen, die, wenn auch nicht immer kohärent, so doch strategisch und intentional – teils explizit, teils implizit – antidemokratisch vorgehen.

### 2.1.3 Normalisierung, Strategie, Hegemonie

Die WDA betont die zentrale Bedeutung von Wissenspolitiken: „sie sind Ausdruck des konflikthaften und umstrittenen Charakters der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“ (Keller 2013: 28). Wissen und soziale Realität sind demnach konstruierte Diskurseffekte mit weitreichenden Machtwirkungen. Ihre Konstruktion ist umstritten und konfliktreich – dies ist geradezu ein Charakteristikum. Demnach ist das, was wir als Wirklichkeit wahrnehmen, das Ergebnis diskursiver Konstruktionsprozesse, die auf der Austragung von Konflikten verschiedener Akteur:innen beruhen. Wissenspolitiken und ihre diskursive Verankerung bestimmen, was eine Gesellschaft *weiß* und prägen so auch ihre politischen Intentionen und Handlungen. In der Diskurslinguistik hat sich die Bezeichnung der Agonalität zur Beschreibung diskursiver Kämpfe etabliert. So versteht Warnke (2009: 135) Agonalität etwa als „Grundprinzip der Wissensproduktion“. Ekkehard Felder (2011: 136) fasst unter dem Begriff *agonales Zentrum* einen „sich in Sprachspielen manifestierenden Wettkampf um strittige Akzeptanz von Ereignisdeutungen, Handlungsoptionen, Geltungsansprüchen und Werten in Gesellschaften“. Er betont zudem, dass Diskurse in diesem sprachlichen Wettkampf um Bedeutung „als Orientierungsrahmen geformt und zentrale Variablen in der Aushandlungspraxis je neu justitiert und modifiziert“ werden. Das agonale Zentrum, also der Ort dieser Aushandlungspraxis ist dynamisch und veränderbar, hat „also nichts Statisches, sondern [ist] im Gegenteil stets dem diskursiven Aushandlungsprozess ausgesetzt“ (Felder 2011: 136).

Die soziale Bedeutung und Produktion von Wissen und seine konflikthafte, umkämpfte Stellung sind also sowohl in der WDA als auch in der DL als Gegenstand der Forschung verankert. Die CDA legt hier ebenfalls einen Schwerpunkt, auch wenn hier die damit verknüpfte Produktion und Kritik von Ungleichheits-

beziehungen und rechter Ideologie im Vordergrund steht. Zentral ist dabei der Begriff der Normalisierung (Krzyżanowski 2020; Wodak 2021; Krzyżanowski & Ekström 2022), ein diskursiver Prozess, mit dem in der CDA vor allem rechtsradikale Diskurse und der Prozess ihrer Akzeptanz im Mainstream der Öffentlichkeit untersucht und kritisiert werden.

Im Kontext der CDA wird in diesem Zusammenhang oft das Konzept der Hegemonie genannt, welches Antonio Gramsci in seinen Gefängnisheften maßgeblich entwickelte. Weiter entwickelt und explizit als politische Diskurstheorie ausgebaut wurde der Begriff von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau im Rahmen ihrer Radikalen Demokratietheorie (siehe etwa Laclau & Mouffe 2001). Laut Martin Nonhoff betonen Laclau & Mouffe die „antagonistische und machtförmige Natur des Sozialen – und damit dessen innere Brüchigkeit und Kontingenz“ (Nonhoff 2015: 7). Starre, geschlossene Herrschaft, im Sinne einer „befriedeten sozialen Strukturierung“, so Nonhoff weiter, sei daher undenkbar:

Längerfristig etablierbar sind Strukturierungen nur, wenn sich verschiedene gesellschaftlich-politische Kräfte unter einem gemeinsamen Ziel zusammenfinden. Doch solche Verbindungen sind fragil, immer nur vorläufig und letztlich nie objektiv gegeben: Soziale Strukturierung funktioniert somit ausschließlich im unruhigen Modus der Hegemonie. (Nonhoff 2015: 7)

Hegemonie ist die stets vorläufige, brüchige Vorherrschaft einer Version der sozialen Wirklichkeit. Sie wird, aus diskurstheoretischer Sicht, mit sprachlichen Praktiken konstruiert und ist somit auch den diskursiven Produktionsregeln unterworfen. Hegemonie unterscheidet sich von Herrschaft dadurch, dass sie überzeugt anstatt zu zwingen – hegemoniale Ideen sind zu einem gegebenen Zeitpunkt für große Teile der Öffentlichkeit unhinterfragt gültig und selbstverständlich. So beschreibt Bart Cammaerts hegemoniale Ideologien als „presented as natural, as anti-ideological, as devoid of bias. Hegemony is thus that which most consider to be common sense and thereby rendered unquestionable, beyond discussion and debate“ (Cammaerts 2022: 731).

Hegemonie, Normalisierung und die Agonalität diskursiver Konstruktionsprozesse hängen also eng miteinander zusammen. Sowohl CDA, DL als auch WDA machen Konflikt, Umstrittenheit und Agonalität als Modus der Wissensproduktion und sozialen Strukturierung aus. Dies ermöglicht es auch, den ideologischen Gehalt des widerspruchsfrei Gültigen, also des ‚Normalen‘ und des ‚Common Sense‘ zu hinterfragen und lenkt den Blick auf die diskursiven Mittel, mit denen politische Projekte und Ideologien Hegemonie erlangen. Den drei Methodologien ist gemein, dass sie das, was in einer Gesellschaft als Wissen gilt und öffentlich zur Verfügung steht, als Ergebnis umkämpfter diskursiver Konstruktionsprozesse verstehen. Dennoch ist festzustellen, dass in der Lexik zur Beschreibung dieser Produktionsprozesse auch klare Unterschiede vorherrschen. Felder betont so den Wettkampfcharakter,



das Agonale der Wissensproduktion, womit das „Konzept des Wettkampfs unter Gleichberechtigten innerhalb einer gesetzten Ordnung [...] auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse übertragen“ wird (Mattfeldt 2020). Im Kampf um Hegemonie, vor allem von rechtsradikalen Kräften und im Feld der Politik, in dem um Macht gestritten wird, stößt diese Wettkampfkonzepktion diskursiver Bedeutungsaushandlung an ihre Grenzen. Wie Wodak betont, ist gegenwärtige Normalisierung rechtsradikaler Ideologien geprägt von „anti-elitist and anti-pluralist/exclusionary rhetoric, symbolic politics [...], digital demagogu‘, ‚bad manners‘ and ‚anti-politics“ sowie „non-complying behaviours of powerful politicians“ (Wodak 2019: 197). Im gegenwärtigen Kampf um politische und ideologische Hegemonie werden Tabus gezielt gebrochen, von einem fairen Wettkampf um soziale Bedeutung, einem regelgeleiteten Kräftemessen, kann in vielen Fällen keine Rede sein. Vielmehr lassen sich im rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Spektrum Strategien ausmachen, die die eigene politische Agenda und Ideologie ohne Rücksicht auf Tabus und Normen ins Zentrum des Sagbaren befördern sollen.

Der Kampf um politische Macht wird ganz zentral mit Ideologien bestritten. Das Ziel ist es, sie im Zentrum der Öffentlichkeit zu verankern, sie sollen sich normal und selbstverständlich anfühlen, gar nicht zur Debatte stehen. Diesem Status der Hegemonie geht ein langer diskursiver Kampf voraus, der zum Ziel hat, Ideologie als unideologisch dastehen zu lassen: „Ideologie und Hegemonie sind bei [Gramsci] komplementäre Begriffe“ (Lindner 2017: 34), insofern Ideologie bei ihm in politisch-praktischer Hinsicht ein Instrument darstellt, dass den Kollektivwillen, den aktiven Konsens schafft (Lindner 2017: 35). Was dann hegemonial wird, kann nicht mehr als Ideologie identifiziert werden, sondern stimmt mit dem sogenannten Alltagsverstand überein: Will eine Bewegung Hegemonie erlangen, so muss sie „mit dem praktischen Leben verbunden sein, um nach ihrer Kritik des vorgefundenen Alltagsverstandes erneut zu einem solchen zu werden“ (Lindner 2017: 35). Dafür müssen politische Kräfte an gesellschaftlich geteilte Wissensbestände anknüpfen und unter anderem auch intellektuelle Arbeit leisten. Zwar ist das Ziel letztlich politische Macht, die Grundlagen werden jedoch vorerst nicht im engeren politischen Raum (also etwa Parteien, Parlamenten) gelegt, sondern in der Theoriebildung, der Zivilgesellschaft, im Aktivismus und in den letzten Jahrzehnten verstärkt in den sozialen Medien.

In Frankreich gründete Alain de Benoist 1968 den rechtsradikalen Theoriezirkel GRECE. Dieser neofaschistische Thinktank ist bis heute maßgeblich für die intellektuellen Grundlagen der *Nouvelle Droite*. Aus diesem rechts-intellektuellen Umfeld stammt auch eine spezifische Auslegung von Gramscis Hegemonietheorie, nämlich das Konzept der Metapolitik (siehe auch Kapitel 1.1). Besonders Autoren wie Alain de Benoist und Guillaume Faye bezeichnen damit „a culture war aimed at changing hearts and minds in the long-term“ (Cammaerts 2022: 731–732). Dieser

Kampf ist auf langfristige Transformation des politischen Diskurses ausgelegt. Cammaerts bringt diese Aneignung der Hegemonietheorie wie folgt auf den Punkt:

Metapolitics is thus very much in line with the long-term counter-hegemonic war of position, as envisaged by Gramsci, but geared towards naturalising fascist ideas and ideology rather than leftwing revolutionary ideas. (Cammaerts 2022: 732)

Die theoretischen Grundlagen werden in rechtsradikalen Medien, Kulturerzeugnissen, und im Aktivismus aufgegriffen, in sozialen Medien distribuiert und verstärkt und prägen letztlich auch den engeren politischen Raum. Zuvorderst finden sie Eingang in die Programme rechtsradikaler und neofaschistischer Parteien. Mit der zunehmenden Verankerung und Normalisierung rechtsradikaler Ideologie können anti-demokratische Ideen aber auch bis weit in die bürgerliche Öffentlichkeit gelangen. Auf diese Weise können sie sogar die Regierungspolitik prägen, ohne dass diese Übernahme weite Teile der Öffentlichkeit irritieren würde. Dieser Effekt ist in Frankreich besonders dann beobachtbar, wenn politisch hoch aufgeladene Begriffe wie *laïcité* oder *République* oder auch *démocratie* – allesamt auf Engste mit nationaler Identität verbunden – ins Zentrum des diskursiven Kampfes um soziale Bedeutung geraten (siehe Kap. 4.1).

Der Kampf um Hegemonie vollzieht sich daher nicht allein auf der Ebene der Parteienpolitik, sondern ganz zentral auch in der Besetzung von Begriffen. Welche Idee von *Demokratie* als attraktiv oder erstrebenswert gilt ist also zum einen Ergebnis von wissenspolitischen, hegemonialen Kämpfen, zum anderen aber auch in hohem Maße handlungsleitend für das politische Feld. Die liberal-demokratische Öffentlichkeit Frankreichs kann dementsprechend auch für anti-demokratische, anti-egalitäre Ziele genutzt werden, solange gewisse implizite oder explizite Regeln nicht verletzt oder bewusst ausgereizt werden, um sie zugleich sukzessive zu verschieben. In diesem Positionskampf der Ideologien nutzen rechtsradikale Akteur:innen den Anschein von Zivilität und Vernunft und vermischen ihn mit ihrer radikalen, ausgrenzenden Agenda. Michał Krzyżanowski und Per Ledin (2017: 567) zeigen anhand von Beispielen aus Österreich und Schweden, wie rechtspopulistische Akteur:innen „under the guise of civility, largely express uncivil views that are in stark contrast to liberal-democratic order“. Dabei haben diese anti-demokratischen Akteur:innen ein strategisches Interesse daran, den Rahmen des Akzeptablen auszureizen und zu testen, wie weit Tabubrüche und Normverletzungen in der liberal-demokratischen Öffentlichkeit geduldet werden. Auf diese Weise verwischen sie gleichzeitig die Grenzen zwischen dem, was als demokratisch verstanden wird und stiften Konfusion: Elitenkritik und Rhetorik, die auf den sogenannten Willen des Volkes abzielt, ist ursprünglich ein egalitäres Unterfangen. Die ideologische Verbindung des Populären mit Xenophobie und Anti-Intellektualismus, sowie die

Nutzung disruptiver Verhaltensweisen zur Störung des Status Quo erzeugt deshalb kompliziert einzuordnende Positionierungen. Mit diesen Mitteln zielen anti-demokratische Akteur:innen darauf ab, den Rahmen des Akzeptablen schrittweise zu verschieben. Das langfristige Ziel ist „the wider undermining of key norms and values of liberal societies including issues of gender, ethnic, religious and cultural diversity and equality“ (Krzyżanowski & Ledin 2017: 567). Mit dieser strategischen und enthemmten, von Wodak (2019, 2021) als *schamlose Normalisierung* bezeichneten Strategie können rechtsradikale Kräfte und ihre rechtspopulistischen parteipolitischen Entsprechungen oft auch auf affektiver Ebene ihre Wählerschaft überzeugen. Sie mobilisieren politische Affekte wie Angst (vor Fremden oder ökonomischem Abstieg) oder Ressentiment (gegenüber korrupten Eliten und Intellektuellen), um ihre Ideologie zu normalisieren und Wahlerfolge zu erzielen (Demirović 2018: 28).

### 2.1.4 Verschiebung, Praktik, Positionierung

Diese diskursiven Veränderungsprozesse und ihre Auswirkungen auf demokratische Öffentlichkeiten und Institutionen werden vor allem in der CDA empirisch untersucht. Die bereits genannten Forschungsstränge zu Normalisierung und Mainstreaming rechter Ideologie und Rechtspopulismus bieten hier eine Vielzahl an Analysen, die insbesondere Rhetorik und sprachliche Praktiken in den Blick nehmen. In der diskurslinguistischen Forschung zur Metapragmatik wurde im letzten Jahrzehnt eine Theorie diskursiver Praxis entwickelt, die soziale Konstruktions- und Registrierungsprozesse einbezieht (Spitzmüller 2013; Spitzmüller et al. 2017; Spitzmüller et al. 2021). Zudem können durch den in diesem Forschungsstrang entwickelten Zugang zu sozialer Positionierung auch auf der Akteursebene angesiedelte Verortungspraktiken in die Analyse einbezogen werden. Mein Zugang zu Praktiken der diskursiven Verschiebung bezieht diese beiden Forschungsstränge ein und wendet sie anschließend auf autoritäre Verschiebungen innerhalb des Demokratischen an (siehe Kap. 2.3)

In der Theoretisierung diskursiver Veränderungsprozesse folge ich der Terminologie Krzyżanowskis, der *discursive changes* (diskursiven Wandel) und *discursive shifts* (diskursive Verschiebungen) unterscheidet. Diskursiver Wandel bezeichnet globale, transnationale Trends im Framing öffentlicher Diskurse und ist somit auf einem Makrolevel gesellschaftlicher Veränderungen verortet (Krzyżanowski 2018: 78). Discursive shifts, also diskursive Verschiebungen, sind hingegen auf der Meso- und Mikroebene angesiedelte „local, microlevel appropriations of discursive changes“. Sie sind „actor-specific responses toward social, political, and economic macro-level transformations“ (Krzyżanowski 2018: 78). Als solche sind sie also

einerseits lokale, praktische Realisierungen von übergeordneten sozialen Wandlungsphänomenen, machen aber zugleich gewissermaßen die empirische, materielle Grundlage für die Diagnose globalen diskursiven Wandels aus – ohne lokale, beobachtbare diskursive Verschiebungen lässt sich diskursiver Wandel nicht an Daten nachweisen.

Das Verständnis des Diskurses als Machtinstrument und Ort strategischer und geplanter Handlungen macht es notwendig, Akteur:innen, ihre Positionierung sowie ihre Praktiken in die Analyse antidemokratischer Verschiebungen einzubeziehen. Dieser Zugang zum Diskurs ist in den letzten Jahren unter anderem in der metapragmatischen Diskursforschung (auch: Sprachideologieforschung) ausgebaut worden.

#### 2.1.4.1 Praxis, Praktik

Jürgen Spitzmüller, Mi-Cha Flubacher und Christian Bendl (2017: 7) unterscheiden lokale *Praxen* und „interaktionsübergreifende, diskursive Muster“, die sie als soziale *Praktiken* bezeichnen. Sie übernehmen diese Unterscheidung von Thomas Alkemeyer, Nikolaus Buschmann und Matthias Michaeler (2015: 27), die Praktiken als „typisierte und sozial intelligible Bündel nicht-sprachlicher und sprachlicher Aktivitäten“ und Praxen als „gegenwärtige[s] und kontingente[s] Vollzugsgeschehen“ verstehen. Spitzmüller et al. fügen diese praxistheoretischen Überlegungen in eine Verdichtung und Weiterentwicklung der Theorie der sozialen Positionierung aus linguistischer Sicht ein. Sie gehen von der Frage aus, „wie die lokale Praxis der Einnahme und Zuweisung von Positionen zur sozialen Praktik wird: zu einer Praktik, in der soziale Strukturen über einzelne Kommunikationsanlässe hinaus diskursiv konstituiert bzw. gepflegt bzw. transponiert werden“ (Spitzmüller et al. 2017: 8). Dieser Unterscheidung folgend verstehe ich meine Analyse diskursiver Verschiebungen als eine auf der Mikro- und Mesoebene angesiedelte Untersuchung von verfestigten Handlungsmustern, die die lokale Begrenztheit einzelner Äußerungen übersteigt. Diskursive Praktiken der Verschiebung sind also zum einen mehr als einmalig feststellbare, lokal begrenzte Handlungen – sie weisen eine Musterhaftigkeit auf, die entweder mit Blick in die Diskursgeschichte nachgewiesen werden kann, oder zu einem bestimmten Zeitpunkt seriell auftritt.

Andererseits verweist diese Verfestigung zur nachweisbaren Praktik noch nicht notwendigerweise auf Makrophänomene diskursiven Wandels. Verschiebungen lassen sich an einzelnen Diskurselementen nachweisen, die in andere Kontexte gesetzt werden und so die Art und Weise verändern, wie über sozial oder politisch relevante Fragen diskutiert wird. Im Zuge hegemonialer Projekte bestimmter politischer Kräfte kann die Menge solcher Verschiebungen im Endeffekt sozialen und politischen Wandel erzeugen. Der Fokus liegt hier jedoch nicht auf Wandel- oder

Umbruchsprozessen, sondern auf der Mikro- und Mesoebene strategischer Verschiebungspraktiken und der Übernahme radikaler Diskurselemente im Zentrum des öffentlichen Diskurses.

#### 2.1.4.2 Verschiebung

Zur genaueren Analyse dieser Prozesse stütze ich mich auf eine mehrschrittiges Modell strategischer Diskursverschiebung und Normalisierung rechtsradikaler Diskurse. Krzyżanowski entwickelt in einer Reihe von Beiträgen ein Modell, in dem er (idealtypisch) drei Phasen der Normalisierung unterscheidet: *strategic enactment*, *gradation/perpetuation*, und schließlich *normalisation* mithilfe eines anschlussfähigen *borderline discourse*. Im Verlauf dieses strategisch orchestrierten Prozesses werden alte diskursive Ordnungen graduell verdrängt und letztlich durch neue ersetzt. So werden vormals inakzeptable Sprachhandlungs- und Denkmuster nach und nach zur neuen Norm (Krzyżanowski 2020: 510).

Als erste Phase der Normalisierung beschreibt *strategic enactment* die Inkraftsetzung oder Inszenierung, in deren Zuge ein neuer Diskurs in die öffentliche Debatte eingeführt wird. Es ist auch die Phase in der „the key link [...] between the ‚global‘ level of discursive change (and transnational frames such as insecurity/threat, radicalism etc.) [...] and the context- and actor-specific discourse“ auf der lokalen, situationsspezifischen Ebene des Diskurses hergestellt wird (Krzyżanowski 2020: 508). Hier wird also ein neues Element in den Diskurs eingebracht. Dabei kann es sich um komplett neue Debatteninhalte mit neuem Vokabular handeln, oder auch um eine „recontextualization of discursive patterns from spatially and temporally different discourses“ (Krzyżanowski 2018: 78). Das Einbringen dieses neuen Diskurselements mit oft radikalen Inhalten ist dabei strategisch motiviert und Teil eines orchestrierten Vorgehens (Krzyżanowski 2018: 77). Die Wortwahl inklusive ihrer oft ambivalenten diskurshistorischen Bezüge und impliziten Argumentationsmuster sind im rechtsradikalen Diskurs also nicht dem Zufall überlassen, sondern mit einem politischen Ziel verbunden.

In der Phase der *gradation/perpetuation* wird das neue Diskurselement verbreitet und fest im öffentlichen Raum implementiert. Dies geht mit einer Ausweitung der sozialen Felder und diskursiven Räume sowie auch Genres einher, in denen das neue Diskurselement verwendet wird. Die Ausweitung begünstigt laut Krzyżanowski die Verbreitung des Diskurses und verstärkt seine argumentative bzw. persuasive Wirkung (Krzyżanowski 2020: 508–509). In dieser Phase der massenwirksamen Distribution des neuen Diskurselements spielen Medien als Agendasetter und Gatekeeper des öffentlichen Diskurses eine zentrale Rolle. Neben der Verstetigung ist aber auch eine Graduierung festzustellen. Damit werden Prozesse

bezeichnet, mit denen bereits bestehende Diskurselemente unter dem Einfluss des neuen, radikalen Diskurses graduell verändert werden (Krzyżanowski 2018: 78–79).

In der letzten Phase, der *normalisation*, ist der neue Diskurs und mit ihm das neue Denk- und Wahrnehmungsmuster erfolgreich in der Öffentlichkeit verankert und kann durch weiterführende rekontextualisierende Prozesse in neue Begriffe überführt oder auch in neutral wirkende Wörter gekleidet werden. Diese Praxis bezeichnet Krzyżanowski als Konstruktion eines Borderline-Diskurses, womit er die strategische Verknüpfung radikaler und gemäßigter Ideologien im Zuge der Normalisierung meint. Der Borderline-Diskurs bedient sich akzeptabler oder vermeintlich neutraler Termini, verbindet sie aber mit radikalen Argumentationsmustern und Ideologien (Krzyżanowski 2020: 509). Angesiedelt zwischen den Grenzen des Akzeptablen und des diskursiv Ausgeschlossenen ist der Borderline-Diskurs gewissermaßen ein strategischer Kompromiss, der rechtsradikalen Akteur:innen als Vehikel dient, um ihre Inhalte an den Mainstream-Diskurs anschlussfähig zu machen. Das Resultat ist eine Verschiebung der Diskursgrenzen und eine Normalisierung nach rechts, „whereby the mainly uncivil – rather than civil – views become a ‚norm‘ in contemporary societies and where the meaning of key social concepts [...] receives new sets of connotations especially in the form favoured by right-wing populist views“ (Krzyżanowski & Ledin 2017: 570). Cammaerts beschreibt den Borderline-Diskurs als den Ort, „where civility and uncivility meet, where mainstream politics and media and an antidemocratic extreme right cross-modulate, and where ultimately normalisation is being achieved“ (Cammaerts 2022: 733). Diese Normalisierung wäre ohne die vorangegangenen Schritte der strategischen Verschiebung nicht möglich. Zugleich ist die mehrschrittige Perspektive aus analytischer Sicht hilfreich, da die sehr verknäpften, ideologisch und argumentativ aufgeladenen Ideologievokabeln des Borderline-Diskurses vor dem Hintergrund ihrer Entstehungsgeschichte zu entschlüsseln hilft. Die idealtypische Abfolge dieser Normalisierungsphasen ist als heuristisches Instrument sehr hilfreich – dennoch sollte festgehalten werden, dass diese fein säuberlichen getrennten Abläufe im diskursiven Vollzugsgeschehen nicht ohne Weiteres identifizierbar sind. Diskursteilnehmer:innen erleben das Sich-Entfalten neuer Bedeutungen und Positionen in Echtzeit und sind sich selten der vielen sich überkreuzenden, diskurshistorischen Bezüge und Konnotationen bewusst. Die bewusst ambivalent gewählte Lexik antidemokratischer Akteur:innen, oft mit Bezug zum historischen Faschismus und die strategischen rhetorischen Anknüpfungen an Bedeutungsrepertoires aus dem linken Spektrum tragen zur zunehmenden Unklarheit bei, mit der Diskursteilnehmer:innen konfrontiert sind. Hier kommt unter anderem die rhetorische Strategie zum Tragen, die Martin Reisigl als kalkulierte Ambivalenz bezeichnet:

[E]s beruht darauf, absichtlich zweideutige, einander widersprechende Botschaften auszusenden, die dazu dienen, unterschiedliche Gruppen von AdressatInnen anzusprechen, den weltanschaulichen, politischen oder ethischen Standort des populistischen Politikers oder der populistischen Politikerin in einer bestimmten Angelegenheit nicht eindeutig zu lokalisieren oder ein bestimmtes Tabu zu brechen, ohne zur Verantwortung gezogen werden zu können. (Reisigl 2002: 168)

Bewusst eingesetzte Verunklarung der eigenen Position mit sprachlich-diskursiven Mitteln ist demnach ein genuiner Bestandteil des rechtsradikalen Repertoires der Diskursverschiebung.

#### **2.1.4.3 Politische Positionierung**

Der konflikthafte Charakter diskursiver Wissensproduktion beschreibt nicht nur einen abstrakten Clash sich widersprechender Ideologien, sondern betrifft ganz zentral auch andere Diskursakteur:innen. Es entstehen Netzwerke und Beziehungen, Allianzen und Konflikte zwischen Einzelakteur:innen oder Gruppen, Parteien, oder anderen politischen Gruppierungen. Diese Verhältnisse zwischen den Diskursakteur:innen sind Machtbeziehungen, die (auch in demokratisch verfassten Gesellschaften) Ungleichheiten, Ausschlüsse und Hierarchien beinhalten. Mit Blick auf antidemokratische Diskursverschiebungen und -verunklarungen sind gerade die Produktion dieser Ungleichheiten, Ausschlussbeziehungen und die damit einhergehenden politischen und sozialen Folgen sowie die hierfür eingesetzten sprachlichen Praktiken relevant. Diskursive Bedeutungskämpfe sind demnach auch soziale Praktiken der Stratifizierung, der Herstellung von Machtbeziehungen, der internen und externen Ausschlüsse – also Positionierungspraktiken.

Spitzmüller (2013) entwickelt im Anschluss an die Linguistic Anthropology ein diskurslinguistisches Modell der sozialen Positionierung, das soziale Registrierungsprozesse und Indexikalität einbezieht. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie „soziale Positionen und Sprachideologien diskursiv ausgehandelt, sozialsemiotisch aufgeladen und transformiert werden“ (Spitzmüller 2013: 263). Zentral ist dabei die Eigenschaft sprachlicher Zeichen, „soziale Werte, Akteurstypen und Lebensformen zu evozieren, bzw. zu kontextualisieren“ (Spitzmüller 2013: 265). Diese soziale Indexikalität von Sprachgebrauch entsteht im Prozess seiner sozialen Registrierung. Damit ist ein komplexer Konstruktionsprozess bezeichnet, in dem bestimmte Sprachgebräuche Personen- und Verhaltenstypen zugeordnet werden und in einem sogenannten Register zusammengefasst werden. Mit dem Begriff Register bezeichnet Spitzmüller (2013: 267) „kulturell verankerte Ethnokonzpte, die sprachliche Formen mit Personen- und Handlungstypen verbinden“. Sprachgebrauch steht also durch seine Organisation in Registern in einem indexikalischen Zusammenhang mit Verhaltens- und Personentypen, aber auch mit Determinanten der

sozialen Stratifizierung wie Bildungsstand, sozialer Herkunft oder Migrationsgeschichte. Sprachgebrauch indiziert und konstruiert Beziehungen zwischen Individuen und Gruppen.<sup>1</sup>

Diese sozial-ordnende Funktion von Sprachgebrauch ist auch für politische Prozesse relevant. In diesem Kontext zeigt sich außerdem deutlich, dass Sprachgebrauch Menschen nicht nur anordnet und klassifiziert, sondern diese selber auch aktiv, als Sprachverwender: innen, Sprache nutzen, um politisch und sozial wirksam zu handeln. Was im Prinzip für jeden Sprachverwendungskontext gilt, zeigt sich im politischen Feld besonders deutlich: mittels Sprache können Diskursteilnehmer:innen sich selbst und andere in Beziehungen zueinander verorten, also positionieren. Laut Mark Dang-Anh (2023b: 8) ist Positionierung allgemein „die Herstellung von Relationalität durch Sprachgebrauch“. Damit untrennbar verbunden ist ihm zufolge „die Hervorbringung sozialer Identität. Positionierungen schaffen eine Verknüpfung zwischen der persönlichen Ebene, auf der Identitäten durch Positionierungen konstituiert, stabilisiert oder umgedeutet werden, und der Ebene der Gesellschaft“, welche eben durch diese ständigen Selbst- und Fremdpositionierungen entscheidend mitgeprägt werde.

An anderer Stelle zeigt Dang-Anh anhand des historisch-politischen Kontexts einer Reichstagsrede des späteren Reichspropagandaministers der NSDAP Joseph Goebbels im Jahr 1932 diverse Praktiken der Selbst- und Fremdpositionierung, der metapragmatischen In- und Exklusion. Im Falle Goebbels' gehen diese zentral mit invektiven, pejorativen Fremdbezeichnungen einher. Besonders die strategisch eingesetzte invektive Bezeichnung der SPD als ‚Partei der Deserteure‘ durch Goebbels ist laut Dang-Anh (2023a: 29) eine wirkungsvolle pejorative Fremdpositionierung. Sie indiziert den historischen Kontext der sogenannten Dolchstoßlegende und knüpft so an Diskurse des Landesverrats, der Kriegsniederlage sowie des Antisemitismus an und verbindet all dies in einem einzelnen Positionierungsausdruck. Zugleich zeigt Dang-Anh anhand weiterer Quellen, dass der darauffolgende Tumult im Reichstag und der Sitzungsausschluss Goebbels' Teil der beabsichtigten affektiven Wirkung der Rede waren. Die Phrase ‚Partei der Deserteure‘ wurde so „in der Anschlusskommunikation über die betreffende Sitzung hinaus zu einem agonal umkämpften Schlagwort“ (Dang-Anh 2023a: 29), prägte also die mediale Berichterstattung und die politische Auseinandersetzung deutlich über den Zeitpunkt ihrer Äußerung hinaus. Die invektive Fremdpositionierung funktioniert also auch durch den strategischen Einbezug affektiv-emotionaler Reaktionen der Gegenseite und

---

1 Hierzu weise ich auf Spitzmüllers (2022: 223–292) Aufriss einer kritischen und metapragmatischen Soziolinguistik hin, die maßgeblich von Pierre Bourdieus Soziologie der Ungleichheit beeinflusst ist.



medialer Berichterstattung und Skandalisierung. Zunächst lokal und temporal begrenzte Positionierungsphrasen erhalten so im darauffolgenden diskursiven Kampf ihre soziale und politische Bedeutung. Darauf aufbauend können sie zu diskursiven Praktiken werden, wenn sie strategisch wieder aufgegriffen und im Sinne der sich verfestigenden Bedeutung weiterverwendet werden. Auf diese Weise können sie zugleich diskursverschiebend wirken, zumal dann, wenn sie in der Gradierungsphase diskursiver Verschiebung mehrere pejorative Kontexte verbinden und weitergehende, neue Bezüge herstellen. Soft-autoritäre Diskursverschiebung schließt solche invektiven und pejorativen Praktiken der Fremdpositionierung ein. Das Projekt rechter Hegemonieherstellung basiert zentral auf der Produktion von Ausschlusslinien, die mithilfe der Markierung von Fremdgruppen einhergeht. Soft-autoritäre Verschiebungen stützen sich auf solche Differenzlinien, die im Zuge der diskursiven Normalisierung einer identitären, essentialistischen Auffassung von Nation und Volk interne und externe Ausschlüsse produziert (Adam et al. 2022: 19–20).

Besonders Reaktionen und Anschlusskommunikation an pejorative Fremdpositionierungen sind maßgeblich für ihre Wirkung, denn „jede Positionierungshandlung [ist] grundsätzlich offen für Interpretationen der Beteiligten einschließlich der anwesenden Zeugen“, wie Joachim Scharloth (2018: 9) festhält. Demnach hängt es von den Interpretationen „in zeitlich, räumlich oder medial versetzten Anschlusskommunikationen“ ab, ob eine Positionierung als Herabsetzung aufgefasst wird und welche Interpretation sich durchsetzt (Scharloth 2018: 9). Eine diskursanalytische Perspektive auf Verschiebungs- und Positionierungspraktiken kann daher nicht ausschließlich politische (invektive) Positionierungsvokabeln in ihrem direkten zeitlich-räumlichen Kontext untersuchen. Ebenso wichtig ist der Anschlussdiskurs, in dem durch sprachlich vermittelte Kämpfe um Bedeutung eine hegemoniale Bewertung hergestellt wird. Scharloth nennt dies metainvektives Handeln. Diesem schreibt er das Potenzial zu, „die Grenzen zwischen invektiven und nicht-invektiven Formen und Praktiken zu verschieben“ (Scharloth 2018: 27), so also letztlich die Grenzen des sanktionierten öffentlichen Sprachgebrauchs zu verändern.

Pejorative Fremdbezeichnungen, Beleidigungen und sprachliche Gewalt sind wirkungsvolle sprachliche Praktiken der Fremdpositionierung in politischen Diskursen. Diese Praktiken zielen auf die Konstruktion von Eigen- und Fremdgruppen ab. In diesem Prozess wird, wie Constanze Spieß (2018: 42) anhand einer Analyse des deutschen und österreichischen Migrationsdiskurses zeigt, „die Eigengruppe positiv und die Fremdgruppe negativ“ bewertet. Die dafür verwendeten Fahnen- und Stigmawörter wirken zugleich positionierend und verfestigen die Vorstellung von distinkten Gruppen, die als ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘ verstanden werden können. Es ist jedoch nicht ausschließlich die Konstruktion von Eigen- und Fremdpositionierung mit (teils geplant) affektiv-emotionalisierendem Vokabular, das im

Fokus metainvektiver Debatten steht. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist ihre Funktion, „soziale Ordnungsvorstellungen entweder kritisch zu thematisieren oder als hegemonial erscheinen zu lassen“ (Scharloth 2017: 117). Metainvektivität ist demnach eine diskursive Arena, in der soziale Ordnung verhandelt und konstruiert, sowie verschoben werden kann. So betont Scharloth (2018: 18) weiter, dass metainvektive Debatten als „strategische Ressource für politische Zwecke“ dienen können. Diskursive Praktiken der Verschiebung sollten daher besonders dort gesucht werden, wo hegemoniale Projekte sich selbst als marginal darstellen und Hegemonie zu kritisieren vorgeben (Warnke et al. 2022, siehe auch Kap. 5.1)

## 2.2 Autoritarismus aus interdisziplinärer Perspektive

Demokratieabbau ohne eine formale Abkehr von der Demokratie als Legitimierungsrahmen ist ein gegenwärtiges Phänomen, das innerhalb vieler liberaler Demokratien, darunter auch Frankreich, hegemonial zu werden droht. Dieses global zu beobachtende Makrophänomen hat in den verschiedenen Gesellschafts- und Geisteswissenschaften eine Vielzahl an Erklärungsansätzen und Analyseperspektiven provoziert. Viele davon nehmen in den Blick, wie politische Kräfte demokratische Institutionen und Staatlichkeit von innen heraus schwächen und transformieren. Dabei kann der polyseme Begriff Autoritarismus, der in gewisser Weise einen Gegenentwurf zu Demokratie darstellt, analytisch hilfreich sein. Autoritarismus bezeichnet je nach disziplinärer Tradition und Kommunikationszusammenhang zunächst sehr unterschiedliche Gegenstände und Phänomene. Während in der politikwissenschaftlichen Demokratisierungsforschung Autoritarismus etwa eine Kategorie von Regimetypen bezeichnet, wird der Begriff in der Sozialpsychologie als Qualifizierung von Persönlichkeitsstrukturen verwendet. Diese vielfältigen Bedeutungen von Autoritarismus erschweren es zunächst, ihn als Analyseperspektive zu operationalisieren. Dennoch hat er auch großes analytisches und heuristisches Potential, etwa in der Qualifizierung von diskursiven Praktiken und deren Effekten (Kap. 2.2.3) oder auch als Mittel der Selbstpositionierung im politisch umstrittenen Feld der Forschung zum Demokratieverfall (Kap. 2.2.3.1).

Mit dem zunächst widersprüchlich anmutenden Terminus *Soft Authoritarianism* bezeichne ich so einerseits meine Analyseperspektive und andererseits meine Selbstpositionierung als Forscher im politisch umkämpften Feld der Auseinandersetzung über Autoritarismus und Demokratie. Denn aufkommender Autoritarismus ist zumindest zum Teil als eine erodierende Mobilisierungskraft demokratischer Ordnungen zu verstehen – eine Krise der Repräsentation, die sich in sinkender Wahlbeteiligung und Unzufriedenheit mit der Art und Weise Ausdruck verleiht, wie gegenwärtig regiert wird. In solch einer Situation versuchen rechte wie

linke Kräfte ihre Version von Demokratie durchzusetzen und diskursiv wie institutionell zu verankern. Auch wegen dieser politischen Brisanz fordert der Untersuchungsgegenstands Autoritarismus vom Forschenden die Offenlegung des eigenen Standpunkts.

*Soft Authoritarianism* stammt ursprünglich aus der Demokratisierungsforschung und diente als Regimetypklassifikation für eine Reihe von südostasiatischen, später auch zentralasiatischen Staaten. Ich verstehe mit Shalini Randeria (2021) darunter hingegen einen neuartigen Regierungsstil, der sich dadurch auszeichnet, dass er nicht offen mit der Demokratie als Legitimierungsrahmen bricht, die demokratischen Institutionen jedoch mit rechtlichen und diskursiven Mitteln dermaßen schwächt, dass zentrale Voraussetzungen liberal-demokratischer Ordnung nicht mehr erfüllt, oder ihre Notwendigkeit öffentlich mehr und mehr angezweifelt werden. Das Attribut *soft* soll dabei nicht über die realen Gewalt- und Zwangswirkungen hinwegtäuschen, die dieser autoritäre Umbau von innen mit sich bringt. Eher deutet es daraufhin, dass es fließende Übergänge und Grauzonen sind, die demokratische von autoritären Regierungsmodi, Diskursen und politischen Projekten trennen. Doch was genau versteht man eigentlich unter autoritärer Herrschaft, was ist Autoritarismus und wie lässt er sich sinnvoll von Demokratie unterscheiden? Oder grundlegender gefragt: Wie wird aus Autorität Autoritarismus?

Erich Fromm (1993 [1936]: 69) stellt sich in seinem frühen Aufsatz zum autoritären Charakter die Frage, ob es angesichts der mannigfaltigen und verwirrenden „Arten der Autorität und der Einstellung zu ihr“ überhaupt möglich sei, sie zum „Gegenstand einer psychologischen Untersuchung“ zu machen. Ähnliches gilt wohl auch für diskursanalytische Arbeiten zum selben Thema. Trotz der Vielschichtigkeit von Autoritarismus dokumentieren die frühen und wegweisenden Untersuchungen sowohl von Fromm selbst als auch von anderen Mitgliedern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung einige elementare Erkenntnisse, die auch für heutige Analyseperspektiven noch immer relevant sind. Autoritätsverhältnisse und Autoritarismus sind vielschichtig, mehrdeutig, begrifflich nicht einfach zu fixieren und daher schwierig zu untersuchen. Die Multidimensionalität von Autoritarismus prägt auch seine Rezeption in vielen unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und Gesellschaftsbereichen wie Politik, Kultur oder Medien.

Nähert man sich dem Begriff Autoritarismus von seiner alltäglichen Verwendung her, so kommen Konnotationen in den Sinn, die ein herrisches, meist männlich besetztes Persönlichkeitsmerkmal von Menschen in Machtpositionen bezeichnen, die von ihren Untergebenen Folgsamkeit fordern. Autoritäre Personen sind hart gegen sich selbst und andere, betonen die Wichtigkeit von Disziplin, Ordnung, Konventionen sowie Tradition. Empathie oder Solidarität mit vermeintlich Schwächeren findet bei autoritären Personen selten statt. In untergeordneten Positionen

folgen sie Befehlen und Anordnungen gerne oder sogar blind bis hin zur Unterwürfigkeit unter vermeintliche Autoritäten. Ein strenger Erziehungsstil, oft geprägt von Strafmaßnahmen verbaler oder sogar physischer Art gehören zur allgemeinen Vorstellung davon, was autoritäre Menschen kennzeichnet.

Im politischen und medialen Diskurs wird Autoritarismus polysem und mit unterschiedlichen Absichten verwendet. Einerseits finden sich hier Bedeutungselemente wieder, die wir aus dem Alltagsgebrauch des Wortes kennen, andererseits ist Autoritarismus aber auch ein Begriff zur Qualifizierung oder Diffamierung politischer Gegner:innen. Autoritarismus ist eine Fremdbezeichnung – autoritär sind die anderen, während die Eigengruppe in Abgrenzung dazu wahlweise als demokratisch, progressiv, liberal oder konservativ verstanden wird. Politische Setzungen beeinflussen, was als Autorität verstanden wird und wie sich auf sie bezogen wird – eher ablehnend in linken Kreisen, eher zustimmend in konservativen. Eine Schlüsselvokabel der 68er-Bewegung ist ‚anti-autoritär‘, kennzeichnend für eine Einstellung, die in revolutionärer Weise alte Gewissheiten, Konventionen und Machttraditionen beseitigen und erneuern will – also gegen überkommene Autoritäten gerichtet ist.

Neben der Alltagsverwendung verspricht auch das tradierte und kompilierte Wissen der Wortherkünfte und -bedeutungen Aufschluss über den Gegenstand Autoritarismus. Das Wort ist ein Abstraktum und bezieht sich als de-adjektivische Bildung von autoritär wiederum auf ein Abstraktum, nämlich auf Autorität. Die Etymologie ist nicht ganz unbedeutend und kann bis zu einem gewissen Grad Auskunft über bestimmte Konnotationen und Bedeutungen geben, die auch heute noch gebräuchlich sind und so das Verständnis des Konzepts prägen. Während sich im *Digitalen Wörterbuch der Deutschen Sprache* der Eintrag zu *Autoritarismus* in Verwendungsbeispielen erschöpft, findet sich zu *Autorität* ein etymologischer Artikel. Hierin wird *Autorität* als „auf einer besonderen Stellung, auf überlegenen Fähigkeiten, Kenntnissen beruhendes Ansehen“ beschrieben, „das seinem Träger einen bestimmenden Einfluß auf andere sichert“ (Pfeifer 1993). Weiter kann *Autorität* auch eine Persönlichkeit oder Institution bezeichnen, „die ein solches Ansehen genießt“ (Pfeifer 1993). Das zugehörige Adjektiv *autoritär* hingegen bezeichnet eine (aus normativer Sicht) missbräuchliche Nutzung von Autorität: „seine Autorität einseitig ausnutzend, keine abweichende Meinung duldend“ (Pfeifer 1993). Im Begriff Autoritarismus steht diese Bedeutungsebene der missbrauchten, einseitig zum eigenen Vorteil genutzten Macht der Autorität im Vordergrund. Kennzeichnend ist weiter die Missachtung der Meinung oder Subjektivität der anderen Partei in dieser asymmetrischen Beziehung. Das Suffix {ismus}, mit dem das Abstraktum aus dem Adjektiv gebildet wird, deutet auf ein ideologisch verfestigtes, starres System, eine Geisteshaltung oder auch eine fixierte Herrschaftsform hin.

Doch wie wird aus Autorität Autoritarismus? Diese Frage leitet viele frühe philosophische und sozialpsychologische Publikationen, die sich mit Gründen und Herkunft der nationalsozialistischen Terrorherrschaft befassen. Zu nennen sind hier etwa die *Studien über Autorität und Familie* des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (Horkheimer [1936] 2005), Hannah Arendts (1956) Aufsatz *Was ist Autorität?* oder Alexandre Kojèves *Der Begriff Autorität*<sup>2</sup> (Kojève & Wüschner 2020), die allesamt unter dem Eindruck des Nationalsozialismus verfasst wurden. In diesem Forschungskontext steht der Versuch im Vordergrund, soziale und psychologische Gründe dafür zu finden, dass autoritäre und totalitäre Herrschaft sich durchsetzen kann, und von Teilen der Bevölkerung sogar enthusiastisch und unvoreingenommen begrüßt und mitgetragen wird. Aber auch neuere Forschung, etwa von Björn Milbradt (2018), zu autoritären Haltungen in postfaktischen Zeiten, geht vom Begriff Autorität aus, wenn sie autoritäre politische Handlungen und Effekte untersucht. Die Grenzen zwischen Autoritätsbeziehungen und autoritärer Herrschaft sind in der soziologischen und sozialpsychologischen Autoritarismusforschung also von zentraler Bedeutung.

In der Politikwissenschaft hat sich Autoritarismus als Bezeichnung für bestimmte Regimetypen durchgesetzt, die weder demokratisch noch totalitär sind (Linz 2003). Ein Fokus liegt in diesem Fach auf hybriden Regimen, die demokratische mit autokratischen Elementen verbinden und so normative und klassifizierende Demokratiedefinitionen vor Herausforderungen stellen. Wie sind Demokratie und Autoritarismus voneinander abgrenzbar? Wann ist die Grenze überschritten, die beide trennt? Ist es aus heuristischer Sicht überhaupt sinnvoll, die Existenz einer solchen Grenze anzunehmen? Und ist der Blick auf autoritäre Regime nicht immanent geprägt von euro- und US-zentrierten, normativen oder gar präskriptiven Setzungen, die das liberal-demokratische System als Non-plus-ultra ansehen? Erschwert eine solche Sichtweise sogar den unvoreingenommenen Blick auf Autoritarismen oder autoritäre Kontexte und Politiken innerhalb westlicher liberaler Demokratien?

### 2.2.1 Autoritarismus in der Sozialpsychologie

Ausgehend von psychoanalytischen Erkenntnissen über die Prägung der menschlichen Persönlichkeit durch Erfahrungen im frühen Kindesalter und vor dem historischen Hintergrund der NS-Herrschaft in Deutschland interessiert sich die frühe

---

2 Die Abhandlung verfasste Kojève 1942 im besetzten Frankreich. Sie wurde posthum 2004 in französischer Sprache veröffentlicht und 2020 ins Deutsche übersetzt.

Sozialpsychologie für generalisierbare Strukturen von Persönlichkeit, die politisch wirksam werden. Auch Erich Fromms bereits zitierter Aufsatz zum autoritären Charakter ist ein Versuch, Charaktertypen zu beschreiben, sowie ihre Anfälligkeit für blinden Gehorsam und Unterordnung. Die klassische Studie von Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswick, Daniel Levinson und R. Nevitt Sanford (1950) zur autoritären Persönlichkeit untersucht anhand von Surveys und sozialphilosophischen Theorien, wie Faschismus und Persönlichkeitsstrukturen miteinander zusammenhängen. Das Konzept der *authoritarian personality*, insbesondere die F-Skala zur Messung der Anfälligkeit für faschistische Ideologie, wurde breit rezipiert, vielfach kritisiert und weiterentwickelt. Autoritarismus ist hier eine individuelle Disposition, bzw. ein Syndrom, das sich in persönlichen Urteilen, Einstellungen und Wertungen ausdrückt, aber gleichzeitig makrosoziale und politische Effekte nach sich zieht. Sozialisationspraktiken, familiäre Leitbilder und Erziehungsstile prägen demnach individuelle und verallgemeinerbare Persönlichkeitsstrukturen, die die Einstellung der Individuen zu politischen Ideen und Systemen beeinflussen.

Laut Christian Seipel, Susanne Rippl und Angela Kindervater (2015: 144) erweist sich Autoritarismus, verstanden als messbares Persönlichkeitsmerkmal, „in einer Vielzahl von Studien als wichtiger Prädiktor für politische Einstellungen (wie Nationalismus, Antisemitismus, Haltungen zu Krieg und Gewalt, Sexismus oder zu Homosexualität) und für politisches Handeln (Diskriminierung, Wahlverhalten)“. Hier wird die Verbindung zwischen individueller Prägung und Einstellung von Personen zu verallgemeinerbaren, sozial und politisch wirksamen Phänomenen deutlich. Gleichzeitig verweist diese Verbindung wiederum auf die Polysemie des Begriffs Autoritarismus, der hier zugleich als Bezeichnung für Erziehungsstil, Syndrom, Disposition und Hyperonym für diskriminierende Ideologien herhält.

### 2.2.1.1 Autoritarismus als Disposition und Auswirkung sozialen Lernens

In Psychologie und Psychoanalyse wird mit Autoritarismus eine individuelle Disposition der Unterwürfigkeit, Aggression gegen vermeintlich Schwächere, der Ablehnung alles Fremden und der Flucht vor der eigenen Freiheit in den vermeintlichen Schutz der Konvention bezeichnet (Six 2022). Umstritten ist, ob man Autoritarismus als generalisierbaren Charakterzug oder eher als Pathologie bezeichnen sollte (Seipel et al. 2015: 145). Sind autoritäre Dispositionen nun eher als Bündel von Symptomen zu verstehen, als krankhafte Merkmale seelischer und psychischer Verletzungen aus dem Kindesalter, oder ist diese pathologisierende Sichtweise abzulehnen und individuelle Meinungen und Urteile politisch ernst zu nehmen?

Jenseits der Frage nach der Genese der autoritären Disposition gibt es jedoch durchaus ein Set an Merkmalen, die ihr zugeschrieben werden können. Dazu

gehören etwa der Hang zu vorschneller Komplexitätsreduktion, eine niedrige Ambiguitätstoleranz und Präferenz für eindeutige Schwarz-Weiß-Schemata (Seipel et al. 2015: 145). Im Kontakt mit Neuem und Ungewohntem reagieren autoritäre Persönlichkeiten mit Angst und Unsicherheit und ziehen daher die Sicherheit der Konvention und des Vertrauten vor. Dies kann auch zu kritikloser Einfügung in soziale Hierarchien und zu ihrer Bejahung und Verteidigung führen. Erich Fromm bezeichnet den autoritären Charakter als zugleich unterwürfig und aggressiv: „Liebe zum Stärkeren [wächst] auf einer äußerst ambivalenten Gefühlsbasis. Wenn er den Mächtigeren und Stärkeren liebt, so heißt das nicht, daß er ihn nicht gleichzeitig beneidet und haßt“ (Fromm 2016: 111). Der Hass auf den Stärkeren muss jedoch verdrängt oder verschoben werden, sodass er sich in der Verachtung von „Schwächeren und Hilflosen eine Kompensation“ sucht (Fromm 2016: 112). Auch die späteren Studien zur *authoritarian personality*, die Horkheimer und Adorno mit dem emigrierten Institut für Sozialforschung und anderen Forscher:innen in den USA durchführten, vertreten diese sog. Idealisierungsthese, nach der Eltern-Idealisierung ein Resultat strenger und strafender Erziehung ist (Seipel et al. 2015: 147). Demnach wird die Aggression gegen die strafenden und unterdrückenden Eltern verdrängt, die Eltern im innerpsychischen Prozess der autoritären Persönlichkeit also vor Hass und Ablehnung geschützt. Autoritäre Charaktere lernen nicht, diese Aggression produktiv zu nutzen und wenden sie daher gegen andere Menschen und Gruppen:

[T]he authoritarian must, out of an inner necessity, turn his aggression against out-groups. He must do so, because he is psychologically unable to attack in-group authorities, rather than because of intellectual confusion regarding the source of frustration. (Adorno et al. 1950: 233)

Zentral in der Rezeption und auch der Kritik der Studien zur *authoritarian personality* ist die oft zitierte Faschismus-Skala, auch F-Skala. Mit diesem empirischen Instrument, das auf Fragebogen-Untersuchungen beruht, wurden neun Komponenten gemessen, mit denen Autoritarismus als Syndrom charakterisiert werden sollte. Zu diesen Komponenten gehören Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression, Aberglaube und Stereotypie oder Anti-Intrazeption (siehe Seipel et al. 2015: 148). In Anlehnung an die F-Skala entwickelte Bob Altemeyer das Konzept des *Right-Wing-Authoritarianism* (RWA) inklusive einer zugehörigen Messskala (RWA-Skala). Wie der Name andeutet, fokussiert Altemeyer in seiner Forschung autoritäre Tendenzen in politisch rechten Milieus. Er reduziert zudem im Vergleich zur F-Skala seine RWA-Skala auf drei Dimensionen, nämlich Konventionalismus, autoritäre Aggression und autoritäre Unterwürfigkeit (Altemeyer 1988, 2006). Neben der Reduktion der F-Skala bietet Altemeyer eine Theorie des Autoritarismus an, die einerseits in der Lerntheorie verankert ist und

andererseits auch Erklärungskraft für makrosoziale und politische Entwicklungen liefern soll. Altemeyer zufolge entscheidet sich, im Unterschied zur psychoanalytisch geprägten Forschung der Frankfurter Schule, nicht in der frühen Kindheit, ob eine Person zum Autoritären neigt, sondern eher in der Adoleszenz, also in der Phase der Abnabelung vom primären Ort der Sozialisation. In dieser Phase eröffnen sich dem Individuum neue Räume und Welten, in denen Erfahrungen gemacht werden können, die entweder die erlernte Weltsicht des sozialen Umfelds stützen oder aktualisieren und erweitern.

Eine zentrale These Altemeyers ist, dass autoritäre Personen aufgrund ihrer sozialen Lernerfahrung und Erziehung in einem konstanten Zustand der Angst leben. „[A]uthoritarian followers, when growing up, probably lived in a scarier world than most kids do, with a lot more boogeymen hiding in dark places, and they're still scared as adults“ (Altemeyer 2006: 55). Seine *dangerous world scale* misst, wie die Befragten Bedrohung und Gefahr wahrnehmen. Laut Altemeyer leben autoritäre Personen in dem Glauben, der gesellschaftliche Kollaps oder andere Katastrophen stünden ständig kurz bevor. Hier wird deutlich, dass intrapsychische Dispositionen auch Beziehungen prägen und auf soziale Sachverhalte einwirken können, denn Gefühle der Aggression gegen Out-groups können politisch gezielt genutzt und sogar angefacht werden, um daraus Kapital zu schlagen, wie Wodak (2021) in ihrem Buch *The Politics of Fear* eindrucksvoll zeigt. So ist es leicht vorstellbar, dass autoritär geprägte Individuen im politischen Spannungsfeld von individueller Freiheit und kollektiver Sicherheit eher Maßnahmen zustimmen werden, die das Gefühl der Sicherheit zu stärken versprechen – auch auf Kosten liberaler Freiheiten oder Rechte. Zusätzlich könnte die ebenfalls ausgeprägte Angst oder gar Aggression gegen Outgroups ermöglichen, dass etwa Migrationspolitiken, wenn sie als Sicherheitsrisiko dargestellt werden, bei autoritären Personen Angst und Ablehnung erzeugen.

### 2.2.1.2 Autoritarismus als Relation und (Inter)Gruppenphänomen

Autoritarismus ist nicht nur eine Bezeichnung für eine individuelle und verallgemeinerbare Disposition oder einen Sozialcharakter. Dies ist am einfachsten nachzuvollziehen, wenn man, wie es die Wortherkunft von Autoritarismus nahelegt, vom Begriff der Autorität ausgeht. Autorität setzt Beziehungen zwischen Menschen voraus. Eine Autoritätsbeziehung besteht grundsätzlich dann, wenn eine Partei aufgrund ihrer Fähigkeiten oder Kompetenz von der anderen Partei als Autorität anerkannt wird. Auf Grundlage dieser Beziehung kann auch Disziplin, Unterordnung oder Gehorsam eingefordert werden, ohne dass die in diesem Gefüge untergeordnete Partei dies notwendigerweise als Akt des Zwangs wahrnimmt – die Autoritätsperson wird als solche willentlich anerkannt, die Unterordnung ist frei-



willig. Autoritätsbeziehungen sind nicht automatisch autoritär. Wenn kein blinder Gehorsam verlangt wird, sondern die Unterordnung zweckmäßig mit dem Ziel der Anleitung zur Mündigkeit, also dem selbstständigen, auch kritischen Gebrauch des eigenen Denkens einhergeht, widerspricht sie nicht notwendigerweise demokratischen Idealen. Wird die Autorität jedoch in Frage gestellt und nicht mehr anerkannt, so ist sie zugleich wirkungslos und somit inexistent. Sie basiert auf der freiwilligen Einwilligung bei Aufrechterhaltung des möglichen Widerstandes der untergeordneten Partei.

Autoritätsverhältnisse sind daher fragil und zwiespältig, denn die Linie zum Autoritarismus ist leicht überschritten, wenn die Unterordnung nicht mehr hinterfragt werden darf oder kann. Autoritäre Beziehungen entstehen demnach, kurz gesagt, wenn in einer hierarchischen Beziehung von der oder dem Höhergestellten blinder Gehorsam und unhinterfragtes Folgeleisten eingefordert wird und der oder die Untergebene dies befolgt. Ein solches autoritäres Beziehungsgefüge kann von den Involvierten, je nach individueller Disposition, durchaus als positiv bewertet werden, sodass die Unterordnung und Beherrschung in vielen Fällen nicht als problematisch wahrgenommen wird oder sogar mit Begeisterung begrüßt werden kann. Freiwillig wird so auf die eigene Mündigkeit verzichtet und Zwangsmaßnahmen müssen in solchen Fällen gar nicht zum Einsatz kommen, da die Untergeordneten gerne und von sich aus Folge leisten. Aufgrund der Bewunderung oder gar Liebe für autoritäre Herrscher:innen ist die „autoritäre Gesellschaftsform nicht unbedingt auf die Ausübung von Zwang und Gewalt angewiesen“, auch wenn diese „als Möglichkeit [...] immer im Hintergrund präsent und denkbar sein [müssen], sofern Autorität ‚untergraben‘ werden sollte, es Akte des Widerstands oder der Widerrede gibt“, stellt Milbradt (2018: 26) fest. Dennoch sind Zwang und Gewalt „gerade *kein* reguläres Mittel von Autoritätsverhältnissen, weil jene nicht wesentlich auf Zwang oder auf Angst, sondern auf Freiwilligkeit, auf Bewunderung und Anerkennung der Autorität durch ihre Adressaten beruhen“ (Milbradt 2018: 26).

Es erscheint zunächst paradox, dass viele Personen sich ein solches Verhältnis geradezu wünschen und in ihm aufgehen. Konventionalismus und autoritäre Unterwürfigkeit sind hier als ausschlaggebende Persönlichkeitsmerkmale zu nennen, die als Prädikatoren für eine Präferenz einer solchen Herrschaftsbeziehung dienen. Autoritären Beziehungen mangelt es demnach nicht an Einwilligung in das Beherrschungsverhältnis, jedoch an der mündigen, selbstbestimmten und kritischen Überprüfung ihrer Richtigkeit oder Legitimität; „[...] der autoritäre Herrscher [ist] im Grunde auf die *Anerkennung* seiner Autorität angewiesen ist – erfolgt diese nicht, kann das Autoritätsverhältnis jederzeit beschädigt werden oder gar kollabieren“ (Milbradt 2018: 32, Herv. i. O.). Dieses Merkmal unterscheidet sie etwa von totalitären Herrschaftsverhältnissen, die auf Zwang und absoluter Kontrolle beruhen.

Das Dialektische an autoritären Beziehungen ist laut Benno Herzog, dass die Einfügung in autoritäre Beherrschung den Untergebenen eine gefühlte und reale Teilhabe an der vertikalen Machtkonstellation gibt, obwohl sie in Wirklichkeit Macht, Mündigkeit und positiven Selbstbezug aufgeben. Dennoch stützen sie die autoritäre Konstellation, da sie darin Macht über andere, also Mitglieder von Outgroups, sozial Niedriggestellte und andere untergeordnete Gruppen und Individuen erhalten:

In other words, authoritarianism relates to the interests of the dominated in a dialectical way: it acts against their legitimate interest in emancipation, autonomy, and self-determination, but at the same time, it serves some of their basic needs to be part of a power structure. (Herzog 2021: 6)

Es ist schnell ersichtlich, dass der dispositionale und der relationale Autoritarismusbegriff miteinander zusammenhängen: Individuen mit autoritärer Disposition sind eher dazu bereit, sich in autoritäre Verhältnisse zu fügen und weniger geneigt oder in der Lage, ihre Beherrschung zu problematisieren. Sie sind zudem anfällig für autoritäre Ansprache und Befehle, die sie viel wahrscheinlicher blind ausführen werden, als zum selbstständigen, mündigen Hinterfragen fähige Personen.

Autoritarismus ist also auch als Relation zu verstehen und kann daher auf Gruppen- und Intergruppenbeziehungen angewandt werden. John Duckitt (1989) bezieht die drei Dimensionen von Altemeyers (eigentlich individuell-dispositional gedachter) RWA-Skala auf die Einstellung von Individuen zu Gruppen: Jede der drei Dimension (Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit sowie Aggression) korreliert laut Duckitt direkt mit der emotionalen Identifikation eines Individuums mit der sozialen Gruppe. Je mehr Wert auf Gruppen-identifikation und Gruppenzusammenhalt gelegt wird, desto stärker sind demnach Konventionalismus, autoritäre Unterordnung und autoritäre Aggression ausgeprägt. Sie nehmen in Gruppensituationen die Gestalt von Konformität mit den Regeln der Gruppe, unbedingtem Gehorsam gegenüber dem Gruppenoberhaupt und auch Intoleranz und Bestrafung von Personen an, die sich den Gruppenregeln nicht beugen (Duckitt 1989: 71). Der relationale Begriff von Autoritarismus erlaubt es also, von der Ebene des Individuums auf übergeordnete soziale Gefüge überzugehen, da mit ihm Machtverhältnisse, Hierarchien, Über- bzw. Unterordnung in den Blick genommen werden.

Die autoritäre Liebe zur Ingroup kann ebenfalls mit Ablehnung und sogar Feindschaft und Intoleranz gegenüber Outgroups einhergehen. Um dieses Phänomen empirisch und theoretisch in den Blick zu nehmen, wurde die SDO-Skala entwickelt, die Unterordnung und Orientierung an sozialer Dominanz misst. „Als soziale Dominanzorientierung wird das Ausmaß definiert, in dem Individuen gruppenbasierte Hierarchien und die Herrschaft durch überlegene Gruppen wünschen und unterstützen“ (Seipel et al. 2015: 153). Damit ist die Befürwortung oder Ablehnung

von gesellschaftlicher Stratifizierung und Hierarchisierung gemeint, die zwischen Gruppen herrscht – so etwa die Ungleichheit aufgrund von *race* wie im Apartheidsregime in Südafrika oder während der Rassentrennung in den USA und darüber hinaus. Aber auch jenseits von Unrechtsregimen sind Gesellschaften in privilegierte und untergeordnete Gruppen aufgeteilt, etwa aufgrund des sozialen Geschlechts oder Klassenherkunft und -zugehörigkeit. John Duckitt und Chris Sibley (2010) entwickeln ein integriertes Modell, das RWA und SDO miteinander verbindet, und so persönliche Charakterstruktur und Gruppenkontext gleichermaßen in die Erklärung autoritärer Ideologien und Vorurteilen gegenüber Outgroups einbezieht. In diesem Zwei-Prozess-Modell wird abermals deutlich, dass die Trennung von Autoritarismus in dispositional und relational in ihren Effekten und Bedingungen nur theoretisch aufrecht zu erhalten ist. Strukturelle Bedingungen wie soziale Normen, Werte und Erziehungsstile prägen die Persönlichkeit und Vorurteile, deren Träger:innen zu Akteur:innen diskriminierender Handlungen werden und so makrosoziale Phänomene wie Rassismus oder Nationalismus herstellen.

### 2.2.1.3 Pathologie der Anerkennung und neoliberal-autoritäre Subjektivierung

In der Dialektik autoritärer Beziehungen deutet sich ein wesentliches Moment des Ungleichgewichts zwischen autoritären Führer:innen und Beherrschten an. Diese ungleiche Beziehung verstehe ich als Pathologie der Anerkennung, also als ein einseitiges Anerkennungsverhältnis, das nur die Herrschaft stützt und die Untergebenen abwertet und über sie verfügt, anstatt ihre demokratische Macht (oder ihren Wert als Mensch) anzuerkennen und danach zu handeln. Zwar bedarf ein solcher Stil des Regierens immer auch einer Zustimmung, es ist aber nicht davon auszugehen, dass in demokratischen Gesellschaften wie Frankreich eine absolute Einwilligung in autoritäre Beherrschung erfolgt. Autoritäre Beziehungen sind idealtypisch gedacht, treffen in Reinform höchstens auf radikalisierte Splittergruppen oder Sekten zu. Dennoch gehe ich davon aus, dass auch in größeren, heterogenen politischen Zusammenhängen autoritäre Bestrebungen seitens der Mächtigen zu finden sind und dass sie sich in der Art und Weise, wie die Bevölkerung adressiert und beherrscht wird, offenbart. Zwei zentrale Begriffe, die dabei helfen können, diese politische Beziehung in ihrer autoritärer werdenden Dynamik zu verstehen, sind *Anerkennung* und *Subjektivierung*.

Anerkennung ist ein zentrales Element menschlicher Beziehungen und Entwicklung. In der *Stanford Encyclopedia of Philosophy* wird festgehalten: „Most theories of recognition assume that in order to develop a practical identity, persons fundamentally depend on the feedback of other subjects (and of society as a whole)“ (Iser 2019). Menschen sind also bereits in ihrer Persönlichkeitsentwicklung auf die

Anerkennung anderer angewiesen, um einen positiven Selbstbezug entwickeln zu können:

According to this view, those who fail to experience adequate recognition, i.e., those who are depicted by the surrounding others or the societal norms and values in a one-sided or negative way, will find it much harder to embrace themselves and their projects as valuable (Iser 2019)

Auch über die individuelle Entwicklung hinaus wirkt sich mangelnde Anerkennung negativ auf die Selbstwahrnehmung aus: „It has been poignantly described how the victims of racism and colonialism have suffered severe psychological harm by being demeaned as inferior humans“ (Iser 2019).

Laut Axel Honneth (1994 [1992]) lassen sich drei Sphären unterscheiden, in denen Menschen Anerkennung erfahren können: die der Liebe, als Anerkennung der Person; die des Rechts, als Anerkennung als Bürger:in und die der Arbeit/Solidarität, als Anerkennung als tätiger Mensch (siehe dazu Decker et al. 2018: 163). Oliver Decker, Alexander Yendell und Elmar Brähler haben im Rahmen der Leipziger Autoritarismus-Studie untersucht, wie diese drei Sphären der Anerkennung mit Autoritarismus, Rechtsextremismus und Verschwörungsmentalität zusammenhängen. Sie stellen fest, dass „insbesondere die fehlende Anerkennung als Bürger:in stark mit der Verschwörungsmentalität und dem Rechtsextremismus korreliert“ (Decker et al. 2018: 172). Das Verhältnis des Einzelnen zum Staat und die subjektiv empfundene Anerkennung durch diesen ist also ein Einflussfaktor, der eng mit zwei wichtigen demokratiegefährdenden Einstellungen zusammenhängt.

Direkte Interaktion mit dem Staat findet typischerweise in seinen Behörden und mit seinen Exekutiv- oder Judikativorganen statt, etwa der Polizei, der Justiz oder in Arbeitsagenturen und Jobcentern. Hier machen Menschen entweder die Erfahrung von Mündigkeit und Integrität als Staatsbürger:in oder die der Abgrenzung, Demütigung oder gar Gängelung in „autoritären Institutionen“ (Decker et al. 2018: 162). Vor dem Hintergrund neoliberaler Arbeitsmarktreformen und Kürzung von Sozialleistungen sowie speziell in Frankreich der Ausweitung der Befugnisse des Sicherheitsapparates, kann es durchaus zum subjektiven Erleben von Demütigung oder Schikane kommen, also einem substantiellen Mangel an Anerkennung als Bürger:in durch den Staat. Die Beschneidung der Schutzrechte und Ansprüche der Individuen gegenüber dem Staat sind dann als Einschnitt der Anerkennung der Bürgerrechte oder Sozialleistungen und mithin als autoritär-neoliberale Adressierung der Bürger:innen zu verstehen. Eine weitere Ebene der Interaktion der Subjekte mit dem Staat ist, gerade in Frankreich, neben Kontakt mit Behörden und Organen der Exekutive, die oft direkte Ansprache der Staatsbürger:innen durch hohe Staatsvertreter:innen, oft durch den Präsidenten selbst. So wandte sich Emmanuel Macron etwa während der 2020 beginnenden Coronapandemie mehrmals direkt

per TV-Ansprache an die Bürger:innen oder führte als Reaktion auf die Gelbwestenproteste sogenannte *grands débats* ein, ein landesweites Format, um mit der Bevölkerung in Dialog zu treten. Auch hier kann die Adressierung und der Stil entweder als egalitär und auf Augenhöhe wahrgenommen werden, oder aber als arrogant, abgehoben und autoritär. Dies lässt sich im Prinzip auf alle Repräsentant:innen und Volksvertreter:innen ausweiten: Anerkennung als demokratisch gewählt und mit Befugnissen ausgestattete Machtinhaber:innen sollte idealerweise auch mit Anerkennung der Repräsentierten als mündige Bürger:innen einhergehen. Im Idealfall hieße das: Wahrung ihrer politischen und bürgerlichen Rechte, Einbezug ihrer politischen Bedürfnisse ins politische Handeln im Interesse der Bürger:innen und ihrer persönlichen Integrität. Als Beziehungsmodus, der demokratische Anerkennung beinhaltet und Bürger:innen als mündig anerkennt, könnte prototypisch der Dialog gelten. Dialog als Gesprächsmodus beinhaltet gegenseitige Anerkennung der Gesprächspartner:innen, die sich etwa im Zuhören Ausdruck verleiht. Autoritäre Ansprache durch den Staat ist, so verstanden, eine prototypisch monologische Beziehung, die Bürger:innen nur als Publikum und Legitimitätsquelle versteht, aber ihre Sichtweise nicht einbezieht, also nicht zuhört.

Laut Decker et al. (2018: 163) ist Anerkennung als demokratische Erfahrung ein komplementärer Begriff zu autoritären Dynamiken. Autoritäre Staatlichkeit ist als ein Mangel an Anerkennung als Staatsbürger:in und somit als ein Faktor zu verstehen, der in der Bevölkerung autoritäre Dynamiken befeuert. Eine Regierungsrationalität, die sowohl sozialstaatliche Leistungen herunterkürzt und zugleich die Marktanpassung sozialer Interaktionen und die Abschaffung von Solidaritätsstrukturen innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt propagiert, ist nicht geeignet, Individuen angemessen anzuerkennen. Dies wirkt auch auf Charaktertypen zurück, die sich als Reaktion auf diese Regierungsrationalität entwickeln. Der klassische autoritäre Charakter, den die Frankfurter Schule beschrieben hatte, war seinerseits auch Produkt sozialer und politischer Konstellationen, geprägt durch die Notwendigkeit entbehrungsreicher harter Arbeit, materiellem Mangel, Triebverzicht an industriellen Arbeitsplätzen und hierarchisch organisierten, patriarchalischen Beziehungen (vgl. Stögnier 2020: 268).

An die Seite des ‚alten‘ Autoritarismus und des autoritären Charakters treten gegenwärtig Formen des Autoritären, die als Reaktion auf die vielschichtig veränderte soziale Welt zu verstehen sind. Herzog zufolge ist etwa ein hedonistischer und narzisstischer Charaktertyp festzustellen, dem der positive Selbstbezug und die Fähigkeit zu tiefen, bedeutungsvollen Beziehungen fehlt. Er ist als Reaktion auf eine veränderte Art der Herrschaft zu verstehen, die unpersönlicher wird und eher einer Schwarmautorität denn einer vertikalen Machthierarchie gleicht. Das ist etwa mit der konstanten digitalen Überwachung der Individuen an vielen Arbeitsplätzen zu erklären, aber auch mit der Anerkennungsökonomie der sozialen

Medien, in der Likes und Follower dem Individuum ein flüchtiges Gefühl von Bestätigung geben. Laut Herzog ist das Subjekt dieser Schwarm-Autorität sogar noch abhängiger von externer Bestätigung, als das Subjekt klar autoritärer Strukturen (Herzog 2021: 5).

Charaktertypologien sind der Versuch, die Beziehung zwischen Macht und Subjekt zu beschreiben und zu verallgemeinern. Diese Beziehung wird in verschiedenen Kontexten erforscht, etwa in der Kritischen Theorie. Hier wird oftmals der Neoliberalismus als maßgebliche Triebkraft gegenwärtiger Transformationen des Sozialen und Regierungsrationalität verstanden. Unter Neoliberalismus verstehe ich zunächst ein Set von wirtschaftlichen Politiken, welche dem Kapital unbegrenzte Handlungsfreiheit zubilligen und seine Akkumulation begünstigen sollen, indem niedrige Steuern und Löhne, wenig staatliche Regulierung und die Privatisierung von vormals öffentlichen Gütern vorangetrieben wird. Dazu gehört auch die Abschaffung des Sozialstaats und Angriffe auf organisierte Arbeit (Brown 2018: 11–12). In Anschluss an Foucault versteht Wendy Brown Neoliberalismus zudem als eine moderne Regierungsrationalität, oder in Foucaults Terminologie Gouvernamentalität, die spezifische Subjektivierungsmodi hervorgebracht hat und so ihre Subjekte formt. Hier ist die Verbindung zur Charakterologie der Frankfurter Schule deutlich erkennbar, denn auch Sozialcharaktere werden immer in einem dialektischen Zusammenhang mit der Herrschenden sozialen und politischen Ordnung gedacht, nämlich als ihre Produkte und zugleich handelnde Akteure, die die Ordnung konstituieren und konsolidieren. Brown versteht Neoliberalismus aber nicht als fixe Ideologie, sondern als „governing rationality generating distinctive kinds of subjects, forms of conduct, and orders of social meaning and value“ (Brown 2018: 12). In dem zitierten Essay untersucht sie, wie neoliberale Gouvernamentalität und die autoritäre Umdeutung eines so zentralen, vormals emanzipatorischen Begriffs wie *Freiheit* miteinander zusammenhängen: „How and why have freedom and illiberalism, freedom and authoritarianism, freedom and legitimized social exclusion and social violence, become fused in our time?“ (Brown 2018: 11). Sie entwickelt so Grundzüge einer Theorie, die erklären soll, wie neoliberale Rationalität sich in das Gegenteil ihres Idealbilds verkehrt hat: „the neoliberal dream has inverted into its own nightmare - authoritarian political culture supported by angry, myth-mongering masses“ (Brown 2018: 34). Diese Invertierung und Fusion von Ideen kann als Effekt auch die zunehmende Verunklarung von Positionalitäten und Verwischung politischer Konzepte erzeugen. Hier liegt ein *Blurring* auf Ebene zentraler Begriffe und ideologischer Konzepte vor, welches es den Diskursteilnehmer:innen erschwert, Äußerungen und Positionierungspraktiken von Politiker:innen zu deuten und einzuordnen.

Eine Erklärung für das Ressentiment und den Ärger der weißen Mittelschicht, die in vielen liberalen Demokratien zurzeit politisch wirksam wird und sich in

Protest und Zuspruch für autoritär-populistische Parteien ausdrückt, ist in der Angst vor wirtschaftlichem Abstieg zu suchen, welche von enthemmter Kapitalakkumulation, Deregulierung und Abbau sozialstaatlicher Sicherheiten befeuert wird. Doch richtet sich die Wut und die Rebellion meist nicht gegen die ‚zergesellschaftende‘<sup>3</sup> neoliberale Rationalität, sondern gegen liberal-demokratische Institutionen und Politiker:innen, also den Staat und seine Vertreter:innen. Hier spielt ebenfalls die entmündigende Erfahrung autoritärer Staatlichkeit eine Rolle, die Bürger:innen ihre Anerkennung als Träger:innen von Rechten streitig macht.

Neben der autoritären Staatlichkeit ist neoliberale Rationalität geprägt von zunehmenden Ansprüchen an die Individuen, da Solidarität und kollektives Handeln in ihr nicht, oder aber nur emblematisch, kommodifiziert und sozial als Lifestyle registriert und somit kapitalförmig vorkommen. Arbeitssituationen sind geprägt von steigender Selbstverantwortung und Übertrag der Verantwortung auf die Arbeitnehmer:innen, die zusätzlich ständig evaluiert werden und so Normen nicht mehr nur von außen übergestülpt bekommen, sondern auch internalisieren und sich so effektiv selbst führen und ausbeuten.

Individuals are not forced into conformity; rather, they are expected to willingly work on their own selves, to internalize societal norms and behave accordingly—in brief, to become ethical human beings. (Gradin Franzén 2015: 252)

Reguläre Angestelltenverhältnisse weichen als Standard dem befristeten oder irregulären Arbeitsverhältnis. Die Individuum sollen unternehmerisch tätig sein und mit anderen konkurrieren, anstatt sich solidarisch miteinander für tolerierbare Arbeitsbedingungen und Löhne einzusetzen. Anstatt Rassismus, Sexismus oder Ableismus in der Arbeitswelt politisch zu beseitigen, wird von Seiten der Politik oft auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen gesetzt. Dort werden Diversity-Policies verabschiedet und Tokenisierung als außenwirksame Lippenbekenntnisse mit begrenztem realem Vorteil für die Lohnabhängigen vorangetrieben, während vielerorts Streiks kriminalisiert und Arbeitszeiten ausgeweitet werden. Das Konzept der Anerkennung kann in diesem Zusammenhang kritisch als bloße Form der Subjektivierung und somit herrschaftsstützende Praxis verstanden werden. Honneth evaluiert die Möglichkeit, dass jede Anerkennung ideologisch sei und die herrschende Ordnung affirmiere zwar kritisch, gesteht aber ein: „To recognize someone would then mean to encourage him by means of repeated and ritual invitations [Aufforderungen] to adopt precisely that self-conception that conforms to the established system of behavioural expectations“ (Honneth 2007: 324).

---

3 Den Gedanken des Neoliberalismus als ‚Zergesellschafter‘ übernehme ich von Éric Fassin (2019a: 27–34)

Maurits Heumann und Oliver Nachtwey (2020) zeichnen vor diesem Hintergrund die Konturen eines neuen Sozialtyps, nämlich des regressiven Rebellen. Hiermit bieten sie, ähnlich wie Brown, einen Erklärungsversuch an, der die Rebellion der Autoritären der Gegenwart als Reaktion auf die veränderte soziale Welt zu verstehen versucht. Der Ausgangspunkt ist bei beiden Forschungsansätzen die Verwunderung darüber, dass die gegenwärtige Rebellion gegen die herrschende Ordnung nicht etwa emanzipatorischer Natur ist, sondern im Gegenteil antidemokratisch, xenophob, ressentimentgeladen oder gar hasserfüllt. Brown führt zur Erklärung das Gefühl der wirtschaftlichen und politischen Entmachtung weißer Männlichkeit und Vorherrschaft an, die in einem rassistischen und sexistischen Backlash eben nicht Sozialabbau und Austeritätspolitik und soziale Ungleichheit anvisiert, sondern sich gegen die liberal-demokratische Ordnung an sich richtet. Heumann und Nachtwey identifizieren, einer ähnlichen Argumentation folgend, den Typus des regressiven Rebellen. Dieser neue Sozialcharakter hat in seinem Berufsleben „Frustrations- und Ohnmachtserfahrungen“ gemacht, welche mit „Marginalisierung, Ressentimentbildung und (politischer) Meuterei gegenüber liberalen Autoritäten und Sitten“ korrespondieren (Heumann & Nachtwey 2020: 398). Fehlende Solidaritätsstrukturen und damit Anerkennung in der Arbeitswelt sowie autoritäre Staatlichkeit führen diesen aktualisierten autoritären Charakter der Gegenwart zu einer Rebellion gegen die herrschende Ordnung. Rebellion wird, wie schon John Duckitt (1989) feststellt, typischerweise als Reaktion von nicht-autoritären auf autoritäre Strukturen verstanden, sodass es aus Sicht der etablierten Forschung lange unmöglich erschien, Rebellion als autoritär zu verstehen. Doch, wie er bemerkt, ist sie ein „extremely well documented historical phenomenon illustrated inter alia by the 20th-century fascist seizures of power in Germany, Italy, and Spain, and the events leading to the overthrow of the Allende regime in Chile.“ Duckitt bemerkt weiter: „violent rebellion against a social and political order which does not express the ‚true‘ needs of the identification group, usually the nation, tends to be characteristic of most highly authoritarian and fascist social movements“ (Duckitt 1989: 76).

Die gegenwärtige autoritäre Rebellion ist keine konstruktive, utopische Bewegung, die die Gesellschaft erneuern oder verbessern will. Sie „träumt von keiner neuen Sozialstruktur“, wie es Heumann und Nachtwey ausdrücken – „[v]ielmehr ist sie destruktiver Art und geht vom Untergang der alten aus“ (Heumann & Nachtwey 2020: 399). Die Angst vor dem Abstieg und das Erleben autoritärer Staatlichkeit, hier verstanden als neoliberal-autoritäre Pathologie der Anerkennung, sind zwei wichtige Triebfedern gegenwärtiger autoritärer politischer Mobilisierung. Eine rhetorische, diskursive Stärkung der Positionen der Autorität gegenüber den



regierten Bürger:innen oder sozialen Bewegungen ist ein Ausdruck autoritärer Staatlichkeit<sup>4</sup>, die demokratischer Staatlichkeit zuwiderläuft.

#### 2.2.1.4 Der sozialpsychologische Autoritarismusbegriff und *Soft Authoritarianism*

Das Paradoxe an autoritären Verhältnissen ist, dass sie Akteur:innen voraussetzen, die prinzipiell zum Widerspruch fähig sind, dieses Vermögen aber nicht umsetzen, sondern die Autorität anerkennen und so legitimieren. Sobald die Autorität in Frage gestellt wird, erlischt sie. Autoritarismus setzt zur Autonomie und zur Gegengrede fähige Individuen voraus, will sie aber zugleich abschaffen. Autoritarismus ist unvereinbar mit demokratischer Gesellschaftsordnung, benötigt aber dennoch ihre Akteur:innen und Strukturen, da seine virtuelle Legitimität ohne sie in sich zusammenfallen würde und der bloße Zwang sichtbar würde. Es muss also eine virtuelle Agency der Mitglieder in autoritären Gefügen und Ordnungen aufrechterhalten werden, die aber nie aktualisiert werden darf. Milbradt verdeutlicht diese Eigenheit von autoritärer Machtausübung mit einem Rückgriff auf Hegel und dessen Vorstellung von Herrschaft. Ein Schlüssel ist dabei die Anerkennung: Herrschaftsverhältnisse benötigen nur eine einseitige und ungleiche Anerkennung, nämlich die des Herren durch den Knecht.

Bei einem reinen Herrschaftsverhältnis könnte der Gehorsam auch durch bloßen Zwang, durch Gewalt herbeigeführt werden. Der Akt der Anerkennung und die damit verbundene Freiwilligkeit und Akzeptanz macht jedoch den Unterschied zur Herrschaft aus, und das Autoritätsverhältnis zu einer Variante von Macht. (Milbradt 2018: 32–33).

Gerade diese Freiwilligkeit der Einwilligung in die Unterordnung macht autoritäre Verhältnisse und Beziehungen so ambivalent und oftmals schwer zu durchschauen. Ihre Grenze zu Demokratie ist auch deshalb fließend, weil sie den Anschein demokratischer Handlungsmacht voraussetzen. Ein autoritärer Akt ist dann, so Milbradt, ein Akt, „der auf keinen *Widerstand* bei seinen Adressaten trifft, weil diese die Autorität des Handelnden *anerkennen*, sie vielleicht sogar lieben“ (Milbradt 2018: 14, Herv. i. O.).

---

4 Autoritäre Staatlichkeit wird als Begriff eigentlich in der Staatstheorie verwendet, siehe etwa Nicos Poulantzas und Alex Demirović (2002). Ich verstehe hier mit Decker et al. (2018: 161) darunter eine Verwaltungsdynamik, die Schutzrechte der Bürger:innen gegenüber dem Staat systematisch aufweicht, etwa durch Arbeitslosengeldreformen oder Ausweitung der Befugnisse der Polizei. Zudem zeigt sich autoritäre Staatlichkeit auch bereits auf der rhetorischen Ebene durch Abwertung der Regierten oder ihrer Nicht-Anerkennung als handlungsmächtige Akteure.

Es wird hier ersichtlich, dass zwar Teile des Autoritarismusbegriffs in der Sozialpsychologie auf den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit anzuwenden sind, aber längst nicht alle. So stellt eine demokratische, diverse und offene Gesellschaft wie Frankreich keine homogene Gruppe von Herrschern und Beherrschten dar, die in einem Autoritätsverhältnis zueinanderstehen. Massiver zivilgesellschaftlicher Druck und Widerstand gegen politische Maßnahmen oder Polizeigewalt zeugen davon. Generalisierbare Dispositionen von Individuen oder Gruppen helfen beim Verständnis des Erstarkens gewisser gesellschaftlicher Gruppierungen und wachsendem Zuspruch für autoritär-populistische Parteien oder Politiker:innen. So kann etwa der Sozialcharakter des regressiven Rebellen (Heumann & Nachtwey 2020) erklären, warum Politik Unterstützung findet, die auf Verschwörungsmythen und Abwertung migrantischer Outgroups basiert. Meine Analyseperspektive ist jedoch nicht die der Erschließung von Sozialcharakteren. Aus linguistischer Perspektive ließe sich über die innere Disposition der Sprecher:innen, um die es in der Sozialpsychologie geht, allenfalls mutmaßen. Ich frage daher vielmehr, was im öffentlichen Diskurs aus verschiedenen politischen Richtungen als autoritär wahrgenommen und verstanden wird, also welche Politiken mit dem Begriff Autoritarismus problematisiert, welche Personen bezeichnet und welcher soziale Stil, verstanden als Handlungs- und Interaktionsmuster, mit ihm kritisiert werden (siehe Kap. 3). In einem weiteren Schritt können dann informierte Aussagen über die diskursiven Praktiken des so als autoritär identifizierten Phänomens gemacht werden.

Ein Ansatzpunkt für die Analyse ist zudem die autoritäre Staatlichkeit, die sich in einseitigen, instrumentellen Anerkennungsverhältnissen Ausdruck verleiht. Mit dem verstärkten Aufkommen neoliberaler Sachzwänge als Vorwand für Kürzungen in der Sozialpolitik und den zunehmend als autoritär wahrgenommenen Konformitätsanforderungen an die Subjekte steigt auch das Protestpotential in der Bevölkerung. In Frankreich zeugen davon die Aufstände der *Gilets jaunes* aber auch der Generalstreik gegen Macrons intendierte (und letztlich durchgesetzte) Rentenreform in den Jahren 2020 sowie 2023. Auch Proteste gegen staatliche Coronamaßnahmen wie Ausgangssperren und Lockdowns und den sogenannten *pass sanitaire*<sup>5</sup> im Sommer und Herbst 2021 können als Reaktion auf autoritäre Staatlichkeit verstanden werden. Eine wichtige Erkenntnis aus der Leipziger Autoritarismus-Studie erscheint mir für meine Analyseperspektive noch zentral:

Je mehr der Staat etwa in Polizeigesetzen, im Arbeitsrecht oder im Umgang mit den Schwächsten der Gesellschaft die Position der Autorität stärkt, desto mehr wird auch die autoritäre

---

5 Als *pass sanitaire* wurde in Frankreich der Nachweis über den Impfstatus bezeichnet, der während der Covid-19-Pandemie eingesetzt wurde, den Zugang zu vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu regulieren.

Dynamik befeuert. Diese wird, das ist ausdrücklich noch einmal hervorzuheben, nicht nur bei denen angestoßen, deren Rechte bereits geschwächt sind. In die autoritäre Dynamik sind auch alle anderen Gesellschaftsmitglieder einbezogen, da sie potenziell immer schon diejenigen sind, die bei nächster Gelegenheit Staatsbürgerrechte, und damit auch Schutzrechte, verlieren. (Decker et al. 2018: 176)

Autoritäre Staatlichkeit wird an den Ohnmächtigen getestet, bevor sie auch auf weitere Teile der Mehrheitsgesellschaft übertragen wird. Polizeigewalt war in Frankreich beispielsweise lange Zeit ein Erleben der rassifizierten Minderheiten in sozial abgewerteten Orten, sprich *banlieues* (siehe Fassin 2015). Mit dem Ausbruch der Gewalt während und gegen die Proteste der *Gilets jaunes* haben auch Teile der weißen Mehrheitsbevölkerung erstmalig die rohe Gewalt der Sicherheitsorgane des Staates gegen sich angewandt gesehen. Solche Anteile autoritärer Verhältnisse der Bürger:innen zum Staat lassen sich in jeder Demokratie finden. Im Idealfall gibt es Möglichkeiten, sich durch Rechtsmittel oder zivilgesellschaftlichen Druck dagegen zu wehren. Soft-autoritäre Bestrebungen zeichnen sich dadurch aus, dass diese Herrschaftsverhältnisse schrittweise ausgeweitet werden. Sie tun dies jedoch im Allgemeinen im Einklang mit dem Gesetz und stellen so die demokratische Ordnung (initial) nicht in Frage. Im Gegenteil – für viele Reformen, die etwa Arbeitslose oder Geflüchtete betreffen und deren Rechte einschränken, finden sich demokratische Mehrheiten, obwohl sie liberale Grund- und Menschenrechte beschneiden. Zur Legitimierung dieser Ausweitung autoritärer Handlungsweisen des Staates können Regierungen und Verantwortliche oft auch auf den Argumentationsfundus neoliberaler Gouvernamentalität zurückgreifen, in dem Freiheit nur als Schutz des Individuums gedacht werden kann und kollektives solidarisches Handeln zu Gunsten persönlicher Optimierung und Selbstverantwortung aufgegeben wurde.

## **2.2.2 Autoritarismus in der vergleichenden Politikwissenschaft: Platzhalter zwischen Totalitarismus und liberaler Demokratie?**

Die sozialpsychologischen Erkenntnisse zum dispositionalen, relationalen und subjektivierenden Autoritarismus weisen durchaus konzeptuelle Parallelen zur Forschung über autoritäre Regime aus dem Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft auf. Im Gegensatz zu demokratischen sind autoritär regierte Staaten durch einen begrenzten Pluralismus gekennzeichnet. Pluralismus bezeichnet unter anderem die Möglichkeiten und Bedingungen des politischen Wettbewerbs, der durch die Abbildung verschiedener Meinungen und Politiken durch Parteien gewährleistet wird, aber auch durch zivilgesellschaftliche Akteur:innen wie NGOs oder Verbände. In autoritären Regimen ist dieser Pluralismus eingeschränkt und die Opposition ist von einer Regierungsbeteiligung systematisch ausgeschlossen, da die

Regeln des fairen, demokratischen Wettstreits eingeschränkt und verzerrt werden. Anders als totalitäre Regime verfügen autoritäre Staaten jedoch nicht über eine kohärente und mobilisierende Ideologie, wie es etwa im nationalsozialistischen Deutschland mit der rassistischen Vorstellung einer überlegenen, ‚arischen Volksgemeinschaft‘ der Fall war. Autoritäre Regime sind weniger festgelegt, oft lassen sie auch in begrenztem Rahmen oppositionelle Meinungen oder sogar regionale Wahlsiege der Opposition zu, sofern sie die Macht der regierenden Gruppe nicht grundsätzlich gefährden. So regieren autoritäre Herrscher nicht notwendigerweise durchgängig und flächendeckend mit. Dies erlaubt es ihnen, auf elektorale Legitimität zu verweisen und gleichzeitig demokratische Willensbildung zu unterdrücken und die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu lenken.

Juan Linz (2003) hat in seiner Arbeit zu autoritären und totalitären Regimen Autoritarismus als einen Regimetyp zu bestimmen versucht, der sich definitorisch und klassifikatorisch von Demokratie und Totalitarismus unterscheiden lässt. Demnach stellt er eine Art Zwischenkategorie dar, die sich von der Demokratie in erste Linie durch den begrenzten Pluralismus und vom Totalitarismus durch die mangelnde gesellschaftliche Mobilisierung abgrenzt. Wie Linz feststellt, lässt diese minimale Abgrenzung *ex negativo* aber eine „erhebliche Zahl von politischen Systemen übrig, die unsere Definitionskriterien erfüllen und es außerdem erforderlich machen, weitere Subtypen autoritärer Herrschaft zu bestimmen“ (Linz 2003: 130, Herv. i. O.). In der Folge entwickelt er eine Typologie autoritärer Regime. Dieses Vorgehen füllt die ansonsten recht vage Definition von Autoritarismus durch empirische Arbeit und Klassifikation von Länderbeispielen zwar an, dennoch verbleibt eine gewisse Leere im Kern der Definition – gibt es Autoritarismus nur in Abgrenzung zu Demokratie und Totalitarismus? Worin genau bestehen seine genuinen Eigenschaften, wenn wir ihn bisher nur als Negativfolie denken können? Marlies Glasius stellt treffend fest, „that authoritarianism is in fact a negative category without a definition of its own“ (Glasius 2018: 518). Auch die Bedeutung, die Linz dem begrenzten Pluralismus als „herausragendste Charakteristik dieser autoritären Regime“ beimisst, entwickelt er letztlich in Abgrenzung zu Demokratien „mit ihrem fast *unbegrenzten* Pluralismus, der zudem institutionalisiert ist“ (Linz 2003: 131). Linz nachfolgend wurde eine ganze Reihe von Konzepten entwickelt, die sich mit dem Problem der Abgrenzung von Demokratien und autoritären Regimen auseinandersetzen und besonders auch Mischformen in den Blick nehmen und hierfür gute und verallgemeinerbare Abgrenzungskriterien suchen.

### 2.2.2.1 Wie definiert man Demokratie?

Autoritarismus wird in Abgrenzung zu Demokratie gedacht – beide scheinen unterscheidbare Regimetypen zu sein, die aber an den Rändern der Konzepte

Überscheidungen aufweisen. Aus diesem Grund erscheint es lohnenswert, einen Blick auf gängige Definitionen von Demokratie zu werfen. Was macht *Demokratie* aus, was sind Anforderungen an sie sowohl institutionell als auch auf Ebene des Rechts und der Institutionen?

Hier lohnt sich der Blick in die politikwissenschaftliche Regimetypklassifikation, in der mit großen Aufwand Kriterien und Minimalanforderungen sowie notwendige Bedingungen für die Einordnung von Regimen als demokratisch entwickelt. Wolfgang Merkel (2004) zufolge müssen Demokratien auf drei Dimensionen insgesamt fünf verschiedene Teilregime beinhalten, die wiederum in insgesamt zehn Kriterien unterteilt sind. Wie in Abbildung 1 dargestellt, wird dabei die Dimension der vertikalen Legitimität der Herrschaft durch das Wahlregime und den Schutz politischer Rechte erfüllt. Die Dimension der Rechtsstaatlichkeit besteht aus der Wahrung der Rechte der Bürger:innen gegenüber dem Staat und der horizontalen Gewaltenteilung (Judikative, Exekutive, Legislative). Die letzte Dimension beschreibt die Macht der gewählten Repräsentant:innen, die politische Agenda tatsächlich zu steuern.

#### DIMENSIONS, PARTIAL REGIMES AND CRITERIA OF EMBEDDED DEMOCRACY

- I. Dimension of vertical legitimacy
  - A. Electoral regime
    - (1) Elected officials
    - (2) Inclusive suffrage
    - (3) Right to candidacy
    - (4) Correctly organized, free and fair elections
  - B. Political rights
    - (5) Press freedom
    - (6) Freedom of association
- II. Dimension of liberal constitutionalism and rule of law
  - C. Civil rights
    - (7) Individual liberties from violations of own rights by state/private agents
    - (8) Equality before the law
  - D. Horizontal accountability
    - (9) Horizontal separation of powers
- III. Dimension of effective agenda control
  - E. Effective power to rule
    - (10) Elected officials with the effective right to rule

**Abb. 1:** Dimensionen, Teilregime und Kriterien für *embedded democracy* (zitiert nach Merkel 2004: 42)

Auch wenn in der Forschung zu Regimetypen und ihrer Klassifikation viel geleistet und elaborierte Skalen und Minimalkriterien entwickelt wurden, die demokratische von autoritärer Herrschaft zu unterscheiden versuchen, zieht diese Sichtweise auch einige analytische Probleme nach sich. Eine dieser Schwierigkeiten liegt gerade im Fokus auf Regimetypen, dem die Vorannahme zu Grunde liegt, Autoritarismus sei im Kern ein Strukturphänomen, welches einzig auf Ebene des Staats

verortet sei (Glasius 2018: 519). Doch unterhalb der staatlichen Strukturebene gibt es eine große Menge an mindestens ebenso relevanten Kriterien, die demokratische von autoritärer Politik trennen. Schaut man sich Merkels Teilregime und Kriterien genauer an, so drängt sich der Gedanke auf, dass auch in liberalen Demokratien westlicher Prägung wichtige Bestandteile dessen, was wir als wichtig für Demokratien erachten, umkämpft ist und damit oft genug Resultat historischer Auseinandersetzungen – wie etwa das allgemeine Wahlrecht. Zudem besteht keine Garantie, dass demokratische Errungenschaften bestehen bleiben. Gegenwärtig ist vielmehr in vielen Ländern zu beobachten, wie demokratisch gewählte Parteien und Politiker:innen Demokratieabbau betreiben, ohne sich vom Begriff Demokratie und seiner legitimierenden Kraft zu verabschieden. Prominente Beispiele liefern die Praktiken der *voter suppression* durch die Republikanische Partei in den USA, die Missachtung internationalen Rechts an den EU-Außengrenzen oder auch die rechtlichen Praktiken in Ungarn, die unter *autocratic legalism* subsumiert werden können (siehe Scheppele 2018, dazu auch Kap. 2.3.4).

Zudem spielt die Ebene der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, Debatte und Diskurs, eine wesentliche Rolle in der Herstellung dessen, was zu einer gegebenen Zeit als legitim und politisch angezeigt gilt. Politik ist immer auch diskursiv geprägt, sie repräsentiert und konstituiert den gegenwärtigen hegemonialen Konsens und setzt ihn geltendes Recht um. Die scheinbar neutrale Ebene der Gesetze und des Rechts ist hochgradig vom Diskurs und den jeweils geltenden impliziten Vorannahmen und Wahrheits- bzw. Wissensregimen der jeweiligen Zeit beeinflusst. Kriterienkataloge für demokratische Regime stehen nicht außerhalb solcher umkämpften diskursiven Prozesse. Wir beobachten derzeit in vielen Ländern der Welt einen diskursiven Kampf darum, was als Demokratie bezeichnet werden kann und dieser Kampf wirkt sich unmittelbar auf politische Prozesse aus. Und nicht nur der Demokratiebegriff – und damit die Deutungshoheit darüber, was als demokratisch legitim wirkmächtig wird – kann zum Instrument antidemokratischer Akteur:innen werden, sondern auch Wahlen.

#### **2.2.2.2 Die ambivalente Rolle von Wahlen und blinde Flecken der Demokratisierungsforschung**

Auf den ersten Blick stellt die Abhaltung von allgemeinen, freien, fairen und regelmäßigen Wahlen ein naheliegendes Kriterium für die Klassifikation von Regimen als Demokratie dar. Wahlen legitimieren Herrschaft, sie binden politisches Handeln effektiv an das Votum der Bevölkerung und wirken so mehr als jede andere Form der Befragung direkt auf die gewählten Repräsentant:innen zurück. Ein Großteil der politikwissenschaftlichen Forschung im Demokratie-Autoritarismus-

Nexus nutzt sie daher als Ausgangspunkt, auch wenn schnell deutlich wird, dass der alleinige Fokus auf Wahlen nicht als hinreichendes Kriterium dienen kann.

So stellen Steven Levitsky und Lucan Way (2002) fest, dass Demokratien nicht nur durch regelmäßige Wahlen und die formale Existenz demokratischer Institutionen gekennzeichnet werden können. Ihr Konzept des *competitive authoritarian regime* beinhaltet einerseits formale demokratische Institutionen, die auch weithin als Quelle politischer Autorität anerkannt werden. Gleichzeitig werden die demokratischen Spielregeln von den Amtsinhaber:innen so häufig und grundlegend verletzt, dass Minimalstandards für die Klassifikation als Demokratie nicht mehr erfüllt werden (Levitsky & Way 2002: 52). In einer späteren Publikation charakterisieren die Autoren *competitive authoritarianism* als Regime, das zwar Opposition nicht per se verhindert, sich aber durch Wahlmanipulationen, unfairen Zugang zu Medien, Missbrauch von staatlichen Ressourcen, Gewalt und Belästigung der Opposition durch die Machthaber:innen klar von demokratischen Normen entfernt: „In other words, competition [is] real but unfair“ (Levitsky & Way 2010: 3). Wahlen werden in solchen Regimen für die Opposition oft zu einem Dilemma: Wegen der bereits stark veränderten Spielregeln sind die Erfolgchancen extrem gering bis inexistent, ein Verzicht auf die Teilnahme hätte aber zur Folge, dass das politische Feld ganz der dominanten Gruppierung überlassen würde.

Andreas Schedler bewegt sich im selben Spannungsfeld, wenn er seinen Blick auf die paradoxe Bedeutung von Wahlen in der Regimetypklassifikation richtet. Allzu oft werde Demokratie mit der Existenz von Wahlen gleichgesetzt, obwohl dieses Kriterium ihm zufolge genauso von autoritären Regimen eingesetzt werde: „Historically, [...] elections have been an instrument of authoritarian control as well as a means of democratic governance“ (Schedler 2002: 36). Die Infragestellung von Wahlen als Ausschlusskriterium für die Unterscheidung zwischen autoritär und demokratisch stellt die Forschung vor ein Abgrenzungsproblem. Diesem kann etwa mit Skalenmodellen begegnet werden, deren Pole *Demokratie* und *Autoritarismus* darstellen und auf dem Regime nach qualitativen Kriterien graduell eingeordnet werden können. Dies wiederum wirft die Frage auf, wann die Schwelle überschritten ist, die demokratische von autoritären Regimen unweigerlich trennt. Schedler schlägt daher eine Kombination beider Klassifikationstypen, also Ausschlusskriterien und Skalenmodell vor: „the idea of electoral authoritarianism combines insights from both perspectives. It introduces gradation while retaining the idea of thresholds“ (Schedler 2002: 37). Die resultierende Typologie unterscheidet vier Regimetypen. Die Pole *liberal democracy* und *closed authoritarianism* werden von zwei spiegelbildlichen Kategorien ergänzt: *electoral democracy* und *electoral authoritarianism*. So werden die wesentlichen Unterschiede im Bereich zwischen den Polen abgebildet, ohne auf eine sinnvolle Unterscheidung zwischen demokratischen und autoritären Regimen zu verzichten (Schedler 2002: 37). Die analytische

Herausforderung läge demnach darin, Kriterien zu finden, die in der Mitte der sich ergebenden Skala, zwischen *electoral democracy* und *electoral authoritarianism*, die Schwelle markieren, die Demokratie von Autoritarismus trennt.

Die in dieser Arbeit untersuchten Fragestellungen und Phänomene zielen jedoch auf eine andere Ebene, nämlich die zunächst paradox anmutenden These, dass gegenwärtig Teile der politischen Kräfte innerhalb liberaler Demokratien zu Populismus, Xenophobie, Misogynie, nationaler Abschottung und kulturalistischem Rassismus tendieren, ohne dass dies zunächst die Klassifikation als Demokratie in Frage stellt. Wahlen scheinen hier nicht als Abgrenzungskriterium auszureichen, da sie strategisch eingesetzt werden können und ihr Ausgang manipuliert werden kann. Autoritäre Regime scheinen Wahlen daher oftmals sogar zu begrüßen, da sie nach innen und außen Legitimität stiften und den Anschein des Demokratischen herstellen können. Zugleich verhindern Wahlen nicht zuverlässig, dass antidemokratische Parteien in liberalen Demokratien gewählt werden und sogar die Regierung bilden. Zudem ist zu beobachten, dass trotz der Verfeinerung der Klassifikation der Grauzonen zwischen demokratischen und autoritären Regimen das Abgrenzungsproblem nicht aufgelöst werden kann. In der Realität sind die Grenzen zwischen demokratischer und autoritärer Herrschaft fließend und die Übergänge oft unklar oder erst im Nachhinein ersichtlich. Wahlen stellen also ein notwendiges Kriterium für Demokratie dar, jedoch lange kein hinreichendes.

Zur ambivalenten Rolle von Wahlen gesellt sich eine zusätzliche Schwierigkeit, die die vergleichende Forschung zu Regimetypen mit sich bringt: Die Klassifizierung und Typologisierung von Staaten, auch die von hybriden Regimen und Mischformen, findet zu großem Teil im Framework der Demokratisierungsforschung statt. Vincent Geisser, Olivier Dabène und Gilles Massardier weisen darauf hin, dass diesem Teilbereich der Politikwissenschaft oft ein teleologisches Denken inneohnt, das das westliche, liberal-demokratische Modell zur Norm erhebt (Geisser et al. 2008: 9). Dieses USA- und Westeuropa-zentrische Modell ist aber nicht ohne Weiteres auf andere Weltregionen zu übertragen, in denen etwa als Folge jahrhundertelanger kolonialer Ausbeutung und andauernder wirtschaftlicher Abhängigkeit oder auch direkter Besatzung weniger Ressourcen, Infrastrukturen oder auch Bereitschaft der Übernahme westlich-liberaler Werte und Prozeduren vorhanden sind. Vor diesem Hintergrund wirken Skalenmodelle, die verschiedene Länder miteinander vergleichen und ranken eher als Bestätigung der vermeintlichen Überlegenheit des westlichen Modells, als dass sie hilfreiche diagnostische Anhaltspunkte für interne Schwachstellen demokratischer Verfahren in den einzelnen Ländern liefern könnten. Das Modell der westlichen liberalen Demokratie wird hier geradezu naturalisiert und implizit als Non-plus-ultra angesehen. Doch gerade innerhalb liberaler Demokratien erstarken gegenwärtig in großer Zahl und mit zunehmender Macht Tendenzen, die etwa Minderheitenrechte infrage stellen oder eine



Politik nationaler Abschottung befürworten. Darüber hinaus existieren auch viele Beispiele für Handlungen sogenannter liberaler Demokratien, die geltendes Recht missachten, Menschenrechte partikularisieren und undemokratische Vorgänge rechtfertigen.

### 2.2.2.3 *Autocratic legalism und post-shame-era: Grenzen der rechtbasierten Definition von liberaler Demokratie*

Der Begriff *liberale Demokratie* kann außerdem zu einer begrifflichen und diagnostischen Engführung verleiten. Allzu oft wird liberale Demokratie nämlich auf ihre rechtliche Basis begrenzt, also auf das, was unter *liberal constitutionalism* (siehe Abb. 1) zusammengefasst wird. Dieser Begriff beinhaltet die Gewaltenteilung, die Bindung der Staatsgewalt an eine Verfassung sowie den Schutz individueller und kollektiver Freiheitsrechte. Auch individuelle Schutzrechte wie das Eigentumsrecht oder politische Rechte wie das Versammlungsrecht fallen in den Bereich des *liberal constitutionalism*. Eine rein rechtliche Perspektive auf Demokratieabbau kann jedoch den Blick verengen und wichtige Entwicklungen außer Acht lassen. So analysieren die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt zwar den gegenwärtigen Verfall von Demokratie, ziehen aber das Fazit, dass sowohl in Westeuropa als auch in Staaten des Globalen Südens „demokratische Normen weitgehend intakt geblieben“ sind (Levitsky & Ziblatt 2018: 241). Diese Schlussfolgerung deutet angesichts der zuvor als Beispiel herangezogenen Fälle, die etwa Indien, Brasilien, die Präsidentschaft Trumps in den USA oder die Brexit-Kampagne im Vereinigten Königreich umfassen, darauf hin, dass die Autoren in ihrer Beurteilung den Blick vor allem auf die Intaktheit liberal-demokratischer, mithin durch die Sphäre des Rechts gesicherte Institutionen richten. Die Idee der *checks and balances*, oder „Leitplanken“ (Levitsky & Ziblatt 2018: 115), die dem demokratischen Prozess klare Verfahrens- oder Spielregeln geben und sie so vor dem Entgleisen bewahren ist bei Levitsky und Ziblatt stark zu erkennen.

Demokratie lässt sich jedoch nicht auf Rechte und ihren Schutz reduzieren und dies aus mindestens zwei Gründen. Erstens kann das Recht genutzt werden, um demokratische Institutionen abzubauen, ohne dass rechtliche Grenzen überschritten werden. Kim Lane Scheppele (2018) nennt dieses Phänomen *autocratic legalism*. Es beinhaltet den bewussten Einsatz rechtlicher Mittel zur Aushöhlung der Demokratie und zur Festigung der Herrschaft der Regierungspartei. Beispiele dafür liefern unter anderem der Ungarische Machthaber Viktor Orbán, der türkische Präsident Erdoğan und die Republikanische Partei in den USA sowohl während Trumps Präsidentschaft als auch danach, mit lokaler und Gesetzgebung und auf Bundesebene. Zu den oft genutzten Praktiken gehört zum Beispiel das *gerrymandering*, also das strategische Zuschneiden von Wahlkreisen mit dem Ziel, möglichst

viele Mandate im Parlament zu erhalten. Viktor Orbán konnte unter anderem mit diesem (legalen) Mittel bei der Parlamentswahl in Ungarn im Jahr 2022 seine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament verteidigen – bei Gewinn von 54% der abgegebenen Stimmen. *Autocratic legalism* beinhaltet aber auch das Ensemble der rechtlichen Praktiken zur zielgerichteten Ausschließung bestimmter Wählergruppen von Wahlen (*voter suppression*), oder die Änderung der Verfassung zur Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative. Dabei können sich die Akteure immer auf ihre demokratische Legitimität berufen, die durch gewonnene Wahlen gegeben ist. Die Intaktheit des *liberal constitutionalism* ist eine wichtige Voraussetzung für demokratische Gesellschaften. Scheppele betont daher:

Democracy without liberal constitutional constraint can degenerate quickly into pure majoritarianism, in which the rights of minorities are not recognized and in which leaders convert transient majorities into permanent authorizations to rule. (Scheppele 2018: 570)

Jedoch haben gegenwärtige autoritäre Leader gelernt, das Recht für ihre Zwecke einzusetzen und Gesetze, Verordnungen und sogar Verfassungsänderungen für ihre Zwecke zu nutzen. Scheppeles Forschung zeigt, dass Demokratieabbau in völligem Einklang mit geltendem Recht erfolgen kann. Verbriefte Rechte allein gewähren also nicht den Fortbestand von Demokratie.

Ein zweites Argument gegen die einseitige Definition liberaler Demokratie durch Rechte ist, dass Demokratie auch Verhaltensnormen, Diskursethiken und politische Kulturen beinhaltet, die sich nicht ohne weiteres rechtlich kodifizieren lassen und deshalb nicht von Gesetzen gewährleistet werden können. Wodak (2019) hat für das bewusste Verletzen solcher Verhaltensnormen und Gebote der Höflichkeit den Begriff der *schamlosen Normalisierung* vorgeschlagen. Er beinhaltet gezielte Tabubrüche im politischen Diskurs mit dem Ziel, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Sie analysiert am Beispiel Österreichs wie der Rechtsruck und die zunehmende Fokussierung auf Migrationspolitik nicht nur mit Lügen, Falschdarstellungen und demagogischer Rhetorik korreliert, sondern auch mit der Zunahme von schamlos zur Schau gestelltem, bewusst provozierendem Verhalten: „‘bad manners’, [...] anti-politics [and] non-complying behaviours of powerful politicians, that frequently resonate as ‘authentic’ with the core followers of these politicians, their parties or governments“ sind laut Wodak (2019: 197) ein Kennzeichen für den Übergang in die *post-shame era*. Mit diesem Begriff bezeichnet sie die Normalisierung rechtsextremer Positionen und Politiken durch Tabubrüche und bewusste Medienmanipulation durch zur Schau gestellte Schamlosigkeit. Damit werden demokratische Normen mit politisch-diskursiven Mitteln angegriffen, ohne dass die Grenzen des Legalen (notwendigerweise) überschritten werden. Schamlose Normalisierung ist weit mehr als individuelle Charakterschwäche oder abweichendes Verhalten. Es

handelt sich dabei um ein Set an diskursiven Praktiken, die gezielten und strategisch eingesetzt werden, um die Demokratie und den demokratischen Konsens zu schwächen – besonders unter gegenwärtigen Bedingungen, in denen Politik immer stärker nach den Regeln der mediatisierten Aufmerksamkeitsökonomie funktioniert.

John Keane (2020) widmet in seinem Buch *The New Despotism* den medialen Machttechniken zeitgenössischer despotischer Herrschaft ein ganzes Kapitel. Hier zeigt er, wie autokratische Herrscher in so unterschiedlichen Orten wie Abu Dhabi, China, Ungarn, oder der Türkei traditionelle wie neue soziale Medien gezielt einsetzen:

In the same way that in the 1920s the advent of mass broadcasting (radio and cinema, then television) gave a helping hand to the birth of totalitarian power, so the age of digital platforms and networks and communicative abundance makes possible the spread of despotic rule. (Keane 2020: 114)

Auch innerhalb liberal-demokratischer Ordnungen kann man beobachten, wie Politiker:innen zum einen eigene Social-Media-Kanäle als direkten Draht zu ihrer Wählerschaft nutzen und zum anderen, wie sie mit der Logik der traditionellen Medien spielen und gezielt Skandale heraufbeschwören: „Operating within media saturated environments serviced by large media conglomerates, rulers do all they can to be seen and heard constantly on multiple media platforms“ (Keane 2020: 118). Dies gilt nicht nur für Despoten, sondern auch für Politiker:innen innerhalb demokratischer Öffentlichkeiten.

Die Logik mediatisierter Aufmerksamkeitsökonomie dient Politiker:innen dabei in mehrerer Hinsicht. Beispiele wie das von Silvio Berlusconi in Italien zeigen zum einen, wie ein Medienunternehmer mit Hilfe des ihm gehörenden medialen Unterstützernetzwerks an die Macht gelangen und sich dort halten kann. Donald Trump konnte sich bis zum Sturm auf das Kapitol am sechsten Januar 2021 auf die getreue positive Berichterstattung des Senders Fox News verlassen. In Frankreich sorgte der Journalist und Moderator Éric Zemmour mit seiner sexistischen, rassistischen und islamfeindlichen Präsidentschaftskampagne 2021 und 2022 monatelang für nationales Aufsehen. Bis zur offiziellen Bekanntgabe seiner Kandidatur moderierte er allabendlich auf dem Sender CNEWS<sup>6</sup> eine Talkshow, bei der es hauptsächlich darum ging, dass er seine Meinung ungehindert kundtun konnte und bisweilen mit Gästen diskutierte, die ihm rhetorisch selten gewachsen waren. Auch als klar

---

<sup>6</sup> Der Sender CNEWS gehört zu einem Konzern des französischen Medienunternehmers und Milliardär Vincent Bolloré, der in der Öffentlichkeit für seine reaktionären Ansichten und seinen großen politischen Einfluss stark kritisiert wird, wie etwa Taburet (2022) berichtet.

wurde, dass er kandidieren würde, konnte er weiterhin auf Berichterstattung und mediale Dauerpräsenz bauen.

Neben diesen Beispielen für Unterstützung durch Medien mittels positiver oder skandalisierender Berichterstattung gelingt es soft-autoritären Politiker:innen zudem, die Medienlogik und die ihr zu Grunde liegende Aufmerksamkeitsökonomie für ihre Zwecke zu nutzen. Dazu gehört auch der Einsatz von politischen Schlagwörtern und Kampfbegriffen mit dem Ziel des Schürens von Medienhypes, die Umdeutung von Wörtern und die damit einhergehende Strukturierung der Positionierungsmöglichkeiten im Diskurs (siehe die Analysen in Kap. 4). Wie Rheindorf und Wodak zeigen, spielt diese diskursive Auseinandersetzung über Wortbedeutungen eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Politik und hat reale Auswirkungen auf die Gesetzgebung. „Mediatized politics, however, makes the struggle over meanings and the terminology associated with it a public spectacle“ (Rheindorf & Wodak 2018: 16). Der Aufmerksamkeit generierende und oft Empörung verursachende Stil der *post-shame era* dient dazu, im Gespräch zu bleiben und effektiv von anderen politischen Schauplätzen abzulenken. Im Prozess der Verwischung und Verschiebung von diskursiven Grenzen kommt ihm deswegen eine zentrale Funktion zu.

#### **2.2.2.4 Der politikwissenschaftliche Autoritarismusbegriff und *Soft Authoritarianism***

Der Blick in die politikwissenschaftliche Autoritarismusforschung zeigt, dass es weder das regelmäßige Abhalten von Wahlen noch der Fokus auf den Schutz individueller und kollektiver Rechte, oder das Aufrechterhalten aller fünf Teilregime der *embedded democracy* (Abb.1) vermögen, die komplette Verhinderung autoritärer Politiken zu gewährleisten. Zudem wird deutlich, dass dem Begriff der liberalen Demokratie und der Vorstellung der stetigen Demokratisierung eine teleologische Idee innewohnt, die von der Überzeugung der systemischen Überlegenheit des Westens gegenüber dem ‚Rest‘ der Welt gekennzeichnet ist. Darüber hinaus wird liberale Demokratie oftmals zu stark damit für gesichert gehalten, dass ihre rechtlichen Grundlagen nicht beschädigt werden. Diese Sichtweise verhindert einen klaren Blick auf die bereits stattfindende Aushöhlung demokratischer Ordnung und Institutionen mit rechtlichen und diskursiven Mitteln. Die *Nouvelle Droite* arbeitet seit Jahrzehnten an der Schaffung einer gegen das herrschende System gerichteten Gegenöffentlichkeit in Form von Thinktanks, Zeitschriften, Verlagen, Social-Media-Channels und anderen medial vermittelten Kulturformen wie Musikveranstaltungen, Festivals oder Lesungen. Es stellt sich also die Frage, wie Autoritarismus jenseits der Ebene der Regimetypklassifikation und rechtlicher Definitionen von Demokratie gedacht werden kann. Mit anderen Worten: Warum und mit welchen

Mitteln erstarken im Rahmen liberaler Demokratien politische oder ideologische Kräfte, die sowohl die diskursive als letztlich auch die politische Arena in Richtung autoritärer Politik und Herrschaftsformen verändern können? Und wie geschieht dies, ohne dass der äußere, rechtliche Definitionsrahmen der Demokratie verlassen wird?

## 2.3 *Soft Authoritarianism*: Eine diskursanalytische Perspektive auf autoritäre Verschiebung

Die sozialpsychologischen und politikwissenschaftlichen Begriffe von Autoritarismus sind wichtige Grundlagen und Ausgangspunkte zur Beantwortung dieser Fragen. Doch weder die Untersuchung von Persönlichkeitsstrukturen und individuellen und Gruppeneinstellungen noch der Fokus auf Regimetypen und staatliche Strukturen allein treffen den Kern der aufgeworfenen Fragen. Björn Milbradt formuliert in seiner bereits zitierten Untersuchung ein Forschungsprogramm für eine soziologische Autoritarismusforschung, die sich nicht damit begnügen dürfe, „formale[] Herrschaftsordnungen auf der organisationalen Makroebene zu beschreiben, wie dies teilweise in der politikwissenschaftlichen Autoritarismusforschung“ geschehe. Aufschlussreich sind ihm zufolge „vielmehr die Geschehnisse und Akteure auf der gesellschaftlichen Meso- und Mikroebene, die alltäglichen Praktiken und Sprechakte, die eine Gesellschaft Stück für Stück als eine autoritäre formieren“ (Milbradt 2018: 34–35).

Was hier für die Soziologie als Desiderat formuliert wird, gilt ebenso für eine soziolinguistische, diskursanalytisch ausgerichtete Perspektive. Alltägliche autoritäre Praktiken, sowohl sprachlich-diskursive als auch im engeren Sinne politisch-administrative, verändern Schritt für Schritt die demokratische Gesellschaft, ohne dass die Makroebene der staatlichen Ordnung zunächst davon berührt wird. Der Begriff *Soft Authoritarianism*, lenkt den Fokus von Regimetypklassifikationen auf flexible und fluide Übergänge zwischen demokratischen und autoritären Praktiken. Er bezeichnet zudem eine Handlungslogik, die bewusst in demokratische Prozesse eingeschrieben wird und so Effekte nach sich zieht, die exkludierend, marginalisierend oder nachteilig auf demokratische Partizipation wirken können. Deswegen widerspricht er demokratischen Normen, benötigt jedoch die demokratische Legitimität. *Soft Authoritarianism* lehnt das demokratische System nicht offen ab, sondern arbeitet an einer schrittweisen Aufweichung demokratischer Diskursethiken und Institutionen und richtet sich gegen die kulturelle Hegemonie liberaler Werte. Mit der Wahl des Begriffs *Soft Authoritarianism* richte ich mich bewusst dagegen, diese Tendenzen und Praktiken als *demokratisch* zu rahmen. Das Attribut *soft* soll nicht über die realen gewaltsamen, exkludierenden Effekte dieser Politik

hinwegtäuschen. Vielmehr deutet es an, dass diese Art der Demokratiefeindlichkeit nicht offen mit der Demokratie bricht, sie nicht rundheraus ablehnt und eine Alleinherrschaft einer Partei durchzusetzen versucht, wie die faschistischen Bewegungen der 1920er-Jahre.

*Soft Authoritarianism* bezeichnet zwei Dinge zugleich: erstens das Ensemble an Praktiken, das gegenwärtig in vielen liberalen Demokratien von politischen Akteur:innen genutzt wird, um die demokratischen Institutionen und Diskursethiken von innen heraus illiberaler und durch Sabotage der herrschaftsbegrenzenden Mechanismen auch autoritärer zu machen. Zweitens stellt *Soft Authoritarianism* auch einen Politik- und Regierungsstil dar, der es versteht, seine antidemokratischen und illiberalen Tendenzen als die eigentlich demokratische, da mehrheitsfähige Alternative darzustellen. Politische Rhetorik ist für soft-autoritäre Kräfte daher ein zentrales Mittel, das sie strategisch einsetzen, um politische Ziele zu erreichen und gleichzeitig ihre autoritären Absichten und Werte zu verschleiern: „It is the combination of authoritarian values disguised by populist rhetoric which we regard as potentially the most dangerous threat to liberal democracy“ (Norris & Inglehart 2019: 6).

Im autoritären Populismus der Gegenwart wird die Verbindung von demokratischer Legitimität und anti-demokratischen Inhalten besonders evident. Hinter der Rhetorik der nationalen Souveränität und des Willens der Mehrheit verbirgt sich der gezielte diskursive Kampf um die Deutungshoheit darüber, was Demokratie ist und sein soll. Anders als Pippa Norris und Ronald Inglehart trenne ich nicht zwischen autoritären Werten, populistischer Rhetorik und politischen Praktiken. Diese Trennung ist mit meiner pragmatisch-diskurslinguistischen Perspektive nicht vereinbar. Politische Handlungen sind sprachgebunden und Werte und Einstellungen von einzelnen Akteur:innen können hier nicht erhoben werden. Hier interessieren wiederkehrende sprachgebundene Handlungsmuster mit illiberalen, autoritären Effekten auf demokratische Institutionen, sowie Verschiebungen salienter Deutungsmuster und Argumentationsweisen, die politisch und sozial wirksam werden und eine Bewegung weg von liberal-demokratischen Überzeugungen hinzu majoritären, illiberalen und letztlich antidemokratischen Deutungen von *Demokratie* dokumentieren.

### 2.3.1 Antidemokratische Tendenzen

*Soft Authoritarianism* beschreibt demnach im Kern antidemokratische Tendenzen. Deswegen verwende ich für das hier untersuchte Phänomen keine Begriffe, die nach dem Muster ‚democracy with an adjective‘ aufgebaut sind, wie etwa *illiberal democracy*, *defective democracy* oder *reactionary democracy*. *Defective* oder

*electoral democracy* verbleiben in der Klassifikation von Regimetypen anhand von Kriterienkatalogen und treffen daher nicht den Kern meines Untersuchungsgegenstands. Der Begriff *illiberal democracy* wird sowohl im politisch-medialen als auch im wissenschaftlichen Diskurs weithin verwendet (Wodak 2019). Ich verstehe ihn aber als kalkulierte eingesetzten politischen Begriff, der zur Selbstbezeichnung von antidemokratischen, autoritären Politiker:innen mit autokratischen Bestrebungen wie Viktor Orbán eingesetzt wird, um ihrem Programm die Legitimität der Demokratie zu geben. In der Ideologie der FIDESZ-Partei wird Liberalismus zu einer Bedrohung für Europa und europäische Identität, während *Rechtsstaat* als Gegenprojekt die angeblichen totalitären Tendenzen des Liberalismus einzudämmen vermag (Scheppele 2019). Ähnliches gilt für den Begriff der *konservativen Demokratie* (*Muhafazakar Demokrasi*), der von der Regierungspartei in der Türkei eingesetzt wurde, um in der frühen Phase ihrer Herrschaftskonsolidierung ihre autokratischen Ansprüche zu verschleiern. Demokratisierungsversprechen, die mit diesen Begriffen einhergingen, wurden, wie heute klar ersichtlich ist, gebrochen und eine autoritäre Herrschaft mit unterdrückter Opposition und Angriffen auf Minderheiten hat sich durchgesetzt.

Eine Sonderstellung nimmt Aurélien Mondons und Aaron Winters (2020) Begriff der *reactionary democracy* ein, mit dem beschrieben wird, wie in den USA, Frankreich und dem Vereinigten Königreich rassistische Politiken in die liberale Demokratie eingeschrieben werden können. Mondon und Winter unterscheiden hierfür in *illiberal* und *liberal racism* und stellen den Befund, dass mithilfe des *liberal racism* Demokratie reaktionärer gemacht und gegen sich selbst gewendet werden kann. Fraglich ist dennoch, ob für solche Tendenzen der Begriff *Demokratie* genutzt werden sollte, oder ob er nicht durch Verwässerung und Vermischung mit ihm widersprechenden Ideologien an normativer Kraft einbüßt. Meine Verwendung des Begriffs *Soft Authoritarianism* ist von dem Anspruch getragen, antidemokratische Ideologien und Tendenzen nicht als demokratisch zu bezeichnen, sondern eben mit dem Begriff des Autoritarismus zu erfassen. Diese Begriffsverwendung ist deshalb nicht nur eine heuristische Entscheidung, sondern auch eine Selbstpositionierung. Demokratie kann, so meine Überzeugung, nicht ohne den Schutz von Minderheitenrechten auskommen, ebenso wenig ohne die reale Chance, dass oppositionelle Parteien durch fairen politischen Wettbewerb an die Macht kommen können. Zugleich müssen durch konstitutionelle Übereinkünfte Mittel geschützt werden, mit denen sich die Demokratie gegen antidemokratische Kräfte behaupten kann. Demokratien müssen entschieden und wehrhaft gegen ihre eigene Abschaffung, auch von innen heraus, vorgehen können. Die begriffliche und diskursive Verwirrung, die mit der Bezeichnung antidemokratischer politischer Projekte als *democracy* einhergeht, lehne ich deshalb aus analytischen sowie normativen Gründen ab.

### 2.3.2 Begriffliche Vorläufer: Abgeschwächter Autoritarismus auf Staatsebene

*Soft Authoritarianism* ist kein neuer Begriff. Er wird bereits in den 1990er Jahren genutzt, um hybride Regime in Südost-Asien zu klassifizieren (Fukuyama 1992; Roy 1994; Means 1996; Hood 1998). Hier wird auch argumentiert, dass viele asiatische Staaten aufgrund ihrer konfuzianischen Prägung nicht mit westlichen, individualistischen Demokratie-Prinzipien kompatibel seien und stattdessen kommunitaristische Gesellschaftsmodelle bevorzugen würden. Diese Sichtweise entsteht vor dem Hintergrund von Samuel Huntingtons (1991) Werk *The third wave. Democratization in the late Twentieth Century*. Ausgehend vom Zerfall der totalitären Staatskommunismen nach 1990 herrschte zu dieser Zeit die These vor, dass nun das Ende der großen gegensätzlichen Ideologien erreicht sei und die Welt sich ungehindert zur liberalen Demokratie hin entwickeln würde. Das Diktum des *Endes der Geschichte* von Francis Fukuyama ([1992] 2006) bringt diesen Gedanken in eine oft zitierte Formel, welche die damals herrschende Stimmung auch in Teilen der Sozialwissenschaften zusammenfasst. *Soft Authoritarianism* kennzeichnet hierbei auch die Verwunderung westlicher Beobachter:innen darüber, dass die liberale Demokratie sich nicht wie antizipiert in der ganzen Welt durchsetzt, sondern in Staaten wie Japan oder Malaysia weiterhin hybride Regime und Mischformen vorherrschen.

Später wird der Begriff vereinzelt auch auf zentralasiatische Staaten und die Ukraine angewandt (Prizel 1999; Schatz 2009) und zu Beginn der 2010er Jahre in der Literatur zu Singapur und Malaysia, wo er wiederum eine Herrschaftsform bezeichnen soll (Nasir & Turner 2013, 2014). Schatz' (2009) Analyse sticht aus den ansonsten sehr auf Regimetypen und Klassifikation bezogenen Studien heraus. Sie richtet sich zwar auch auf staatliche Strukturen, doch seine Analyse zweier beinahe gleichzeitig stattfindender Momente in der Geschichte Kasachstans und Kirgistans gehen auch deutlich in die Tiefe und zeigen Mikrostrukturen und Instrumente des *Soft Authoritarianism*. Laut Schatz unterscheidet sich *Soft Authoritarianism* von hartem Autoritarismus durch den dosierten Einsatz von Zwang: „Soft authoritarianism relies more centrally on the means of persuasion than on the means of coercion, although coercion remains a part of the ruling elite's arsenal“ (Schatz 2009: 203). Hilfreich ist besonders Schatz' Aufzählung von fünf miteinander verbundenen Werkzeugen („tools“) des *Soft Authoritarianism*. Wichtig ist die stabile Basis an Unterstützer:innen in der Bevölkerung. Es muss also, analog zum sozialpsychologischen Verständnis autoritärer Relationen, eine Einwilligung in das autoritäre Verhältnis bestehen, auch wenn längst nicht alle Teile der Bevölkerung zustimmen. Dies unterscheidet *soften* und *harten* Autoritarismus. Letzterer kann mit Zwang und Gewalt regieren, ersterer stützt sich auf eine Mischung aus Zustimmung seiner Parteigänger und Mobilisierung von Gruppen außerhalb der Kernwählerschaft durch materielle Anreize oder auch Zwangsmaßnahmen (Schatz 2009: 206).



Darüber hinaus lenkt der oder die soft-autoritäre Herrscher:in<sup>7</sup> effektiv Informationsflüsse: „He does not seek total control of the print, broadcast, and electronic media; such control could undermine any claims being made about media freedom“ (Schatz 2009: 207). Anstatt zu versuchen, die komplette Bevölkerung zu überzeugen, beeinflussen soft-autoritäre Herrscher:innen lieber das von den Medien hergestellte Image ihrer Macht: „Rather, he seeks to maintain the upper hand in guiding the media to project images that strengthen his position. Such management of the media may flirt with outright propaganda, but only occasionally“ (Schatz 2009: 207). Zentral bei dieser abgeschwächten Form der Propaganda ist eine Praktik, die Schatz *discursive preemption* nennt: „Discursive preemption is the staging of political dramas that undermine opponents’ efforts to gain popular support. Such a strategy involves the creation of plausible narratives and public rituals about political life“ (Schatz 2009: 207).

Indem der öffentliche Diskurs auf diese strategische, proaktive und dem politischen Gegner zuvorkommende Weise beeinflusst wird, können soft-autoritäre Akteur:innen effektiv öffentliche Meinungen lenken. Schatz’ Überlegungen setzen voraus, dass der oder die autoritäre Herrscher:in bereits an der Macht ist und diese konsolidieren und ausweiten will. Insofern unterscheidet sich sein Erkenntnisinteresse von dem dieser Arbeit, in der nach *Soft Authoritarianism* innerhalb liberaler Demokratie (genauer: in Frankreich) gefragt wird. Dennoch sind einige seiner Beobachtungen, besonders aus dem Bereich Agenda-Setting und *discursive preemption* hilfreich zur Schärfung und Anreicherung meiner Analyseperspektive. Denn diese setzen nicht notwendigerweise voraus, dass soft-autoritäre Akteur:innen zentrale Schaltstellen und Ämter im Staat übernommen haben. Jens Adam, Hagen Steinhauer & Shalini Randeria (2022) zeigen dies am Beispiel bewusst eingesetzter Kampfbegriffe, die zur Schaffung und Vertiefung gesellschaftlicher Trennlinien sowie zur Diffamierung emanzipatorischer Kritik eingesetzt werden. Indem sie Beispiele aus Polen und Frankreich kontrastieren wird deutlich, dass *Soft Authoritarianism* auch darin bestehen kann, dass soft-autoritäre Parteien aus der Opposition heraus Druck auf Regierungen ausüben und zentrale Inhalte ihrer Agenden und Politiken auf diese Weise politisch wirksam werden. So können rechtsradikale, rassistische und anderweitig diskriminierende Inhalte Teil der offiziellen Regierungsrhetorik werden, ohne dass autoritär-populistische Parteien an der Regierung

---

<sup>7</sup> Hier verwende ich bewusst die gegenderte Form, obwohl Schatz das generische Maskulinum wählt. Ein Beispiel wie die Wahl Giorgia Melonis zur italienischen Regierungschefin verdeutlicht, dass soft-autoritäre Politiken und Praktiken nicht notwendigerweise von Männern realisiert werden müssen. Zum Veröffentlichungszeitpunkt von Schatz’ Analyse gab es hierfür meines Wissens nach jedoch noch kein Beispiel.

beteiligt sind. *Discursive preemption* kann sich so auch in bewusst herbeigeführten medialen Hypes und Skandalisierungen ausdrücken, in deren Zuge vormalig tabuisierte Positionen salonfähig werden. Cammaerts (2022) beschreibt einen solchen Prozess am Beispiel des sogenannten *anti-woke culture war* im Vereinigten Königreich. Er zeigt, wie in diesem Zuge Anti-Rassismus und Anti-Sexismus abnormalisiert werden, während unter Berufung auf die Redefreiheit rassistische und sexistischer Sprachgebrauch als schützenswert dargestellt wird. Auch in Frankreich spielen solche Normalisierungsprozesse eine wichtige Rolle (siehe Kap. 4.4).

### 2.3.3 (Autoritärer) Populismus und liberaler Antipopulismus: Repräsentationskrise und Hegemonieherstellung von rechts

Zur Diagnose der antidemokratischen Normalisierung passt auch eines der wohl meistgebrauchten Schlagwörter der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen und auch medialen Diskussion, nämlich Populismus. Im Diskurs um Populismus vermischen sich wissenschaftliche Analysen, politisch motivierte Fremdbezeichnungen und politischer Journalismus. Gerade im medialen Diskurs wird der politische Klassifikator *Rechtspopulismus* oft zur Einordnung einer Parteienfamilie aber auch als Gegenwartsdiagnose genutzt, wenn es um den Aufstieg rechtsradikaler Politik vor allem in Europa und den USA geht. Zugleich bietet diese Einordnung die Gelegenheit, die als linkes Gegenstück hierzu verstandenen politischen Kräfte als *Linkspopulismus* zu benennen, was in Frankreich, besonders in Bezug auf die Partei *La France insoumise* (LFI) häufig geschieht.

Aus politik- und sozialwissenschaftlicher Sicht, aber auch in der Linguistik, wurde umfassend zum Populismus geforscht. Eine Minimaldefinition von Populismus bieten Cas Mudde und Cristobál Rovira Kaltwasser an. Demnach ist Populismus eine sogenannte *dünne* Ideologie, also eine Ideologie ohne ausgearbeiteten inneren Kern. Populismus „considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic camps, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“ (Mudde & Rovira Kaltwasser 2017: 5–6). Diese Definition erklärt zwar den Kern der rechtspopulistischen Polarisierung der Gesellschaft in ‚die da oben‘ und das (meist völkisch gedachte) ‚Wir hier unten‘, jedoch erzeugt es auch viele „falsche Positive“, wie Michael Zürn (2021b) es ausdrückt. Denn beispielsweise auch die Friedliche Revolution von 1989, die die DDR zum Einsturz brachte, würde unter einer solchen Definition als Populismus gelten. Sophia Hunger und Fred Paxton (2022) zeigen in einer systematischen Metastudie zum Gebrauch des Populismusbegriffs in der Populismusforschung noch weitere Probleme der vorherrschenden Definition. Populismus wird demnach oft als Bezeichnung für eigentlich

rechtsradikale, nativistische Bewegungen verwendet, was effektiv zur Verschleierung des politischen Programms und der Ideologie der radikalen Rechten beiträgt.

The blurring of populism and nativism plays into the hands of populist radical right parties as it enables them to disguise their nativism with populism, and thus supports their claims to be down to earth and close to 'the people'. (Hunger & Paxton 2022: 630)

Hier wird deutlich, dass bereits auf der Ebene der wissenschaftlichen Beschreibung und Begriffssetzung konzeptuelle Verwischungen eine wesentliche Rolle spielen können. Das *Blurring* von Konzepten im Begriff Populismus kann demnach rechtsradikale Ideologien als populär und volksnah erscheinen lassen, obwohl sich dahinter eigentlich nativistische, völkische Vorstellungen verbergen.

Zürn bietet eine politische Erklärung von Populismus an, die er als autoritären Populismus bezeichnet (2021a). Demnach ist der autoritäre Populismus eine Reaktion auf realen Verlust demokratischen Einflusses auf Politik durch die Stärkung sogenannter nicht-majoritärer Institutionen (NMI), wie etwa Verfassungsgerichte und Zentralbanken. Diesen NMIs, so Zürns These, wurden von den lange hegemonialen liberal-demokratischen Volksparteien ein liberaler Kern eingebaut, also eine Präferenz für den Schutz individueller Freiheitsrechte, freier Märkte und Rechtsstaatlichkeit. Zugleich wurden sie der demokratischen, also majoritären Kontrolle entzogen, sie sind also von Wahlen nur indirekt betroffen. NMIs sind demnach liberal aber nicht im prozeduralen Sinne demokratisch, also das genaue Gegenteil dessen, was autoritäre, illiberale Populisten politisch fordern und teilweise auch durchsetzen. Sie stellen somit die Trennlinie für eine zentrale gesellschaftliche Spaltung dar, die politisch immer deutlicher wirksam wird. Neben Zürns politischer Erklärung für autoritären Populismus sind in der Forschung noch zwei weitere Erklärungsmuster vorherrschend: die kulturelle und die sozio-ökonomische These für das Erstarken autoritärer Rebellion gegen die Demokratie. Diese zwei Erklärungsansätze können als einander ergänzend verstanden werden. Als Hauptvertreter:innen der Cultural-Backlash-These gelten Norris & Inglehart (2019), die Economic-Insecurity-These wird unter anderem von Adam Przeworski (2019) vorgebracht.

Laut Norris und Inglehart hat die tiefgreifende Verschiebung sozialer und kultureller Werte, die mit der größeren materiellen Sicherheit der Nachkriegszeit einhergeht, in allen Bereichen der Gesellschaft große intergenerationale Unterschiede in den Prioritäten und Lebensstilen erzeugt:

People changed from giving top priority to economic and physical safety and conformity to group norms toward increasing emphasis on individual freedom. Growing up under much more secure conditions than their elders, the younger birth cohorts had considerably more

tolerant social norms and as they replaced the older cohorts in the adult population, the prevailing culture of their societies were gradually transformed. (Norris & Inglehart 2019: 34)

Diese Trennlinie in der Gesellschaft verläuft jedoch nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch zwischen Stadt- und Landbevölkerung und entlang von Bildungsunterschieden. So stellen Norris & Inglehart (2019: 36) fest, dass beim Brexit-Referendum von 2016 die Merkmale *Alter* und *Bildungsgrad* die Öffentlichkeit stärker unterteilten als die sozial-ökonomische Klassenzugehörigkeit: „[t]he Brexit result in 2016 reflects the views of older voters who feared the cultural threat of open borders and migration from Europe“. Autoritärer Populismus kann also als Backlash gegen die Veränderung der gesellschaftlichen Werte und die liberaler werdende Politik und ihre anti-diskriminatorischen und somit weiße, männliche Vorherrschaft infrage stellenden Effekte verstanden werden.

Die Economic-Insecurity-These betont die Rolle der steigenden sozialen Ungleichheit und Prekarisierung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse als Triebfeder des autoritären Populismus. Trotz steigender Produktivität und Konzerngewinne werden Lohnabhängige nicht proportional am Wachstum beteiligt, viel eher wachsen Gewinne für Aktionär:innen und Kapitalakkumulation. Gut bezahlte Arbeitsplätze werden in günstigere Produktionsstandorte transferiert und durch prekäre Jobs ersetzt. Dies erzeugt Unzufriedenheit, Wut und Verlustängste. Die Economic-Insecurity-These erklärt zwar, warum autoritärer Populismus vor allem bei denjenigen verfängt, die sich subjektiv vom Abstieg bedroht fühlen, jedoch nicht, warum er denen dient, die von der gegenwärtigen sozio-ökonomischen Ungleichheit am meisten profitieren – denn Figuren wie Donald Trump oder Marine Le Pen stammen aus reichen und mächtigen Familien und sind keine prototypischen Arbeiter:innenführer:innen. Zudem bieten ihre Parteien kein Programm zur Überwindung der steigenden Ungleichheit an. Dennoch sind sie dazu imstande, die Unzufriedenheit der Subalternen gegen die politische Elite zu mobilisieren, „obwohl sie selbst zur bürgerlichen Klasse gehören und an der Führung der politischen Geschäfte teilnehmen“ (Demirović 2018: 29). Alex Demirović versteht autoritären Populismus als eine Reaktion des Machtblocks auf eine politische Repräsentationskrise, die durch neoliberale Politik erzeugt wurde. Er sieht darin den

Versuch von der Seite des Bürgertums [...], das Gleichgewicht der Kräfte in einer Phase zu verändern, in der es zu einer Krise der Repräsentation kommt, in der also – anders als Gramsci dies erwartete – die bisherigen politischen Kräfte nicht in der Lage sind, eine Entscheidung in die eine oder in die andere Richtung durchzusetzen. (Demirović 2018: 29)

In dieser Krise der Repräsentation, die sich unter anderem in sinkender Wahlbeteiligung und Parteienmitgliedschaften ausdrückt, aber auch in der Stärkung der politischen Ränder, kommt es nicht nur in den subalternen Klassen, sondern auch

im Bürgertum zu Unzufriedenheit mit der Politik. Daher beobachtet Demirović eine zunehmende Bereitschaft bürgerlich-konservativer Kräfte, mit Rechtsradikalen und autoritären Populisten zu kollaborieren, denen es gelingt, die Subalternen gegen die politische und soziale Elite zu mobilisieren (Demirović 2018: 29). Er führt weiter aus:

In der Krise ermöglicht es der autoritäre Populismus der bürgerlichen Klasse, offen auch kriminelle und faschistische Gruppierungen einzubeziehen und sich direkt auf Fragmente der subalternen Klassen zu stützen, um die Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme zu blockieren und gleichzeitig die Verhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern, ohne Kompromisse eingehen zu müssen. (Demirović 2018: 30)

Die autoritär-populistische Mobilisierung setzt im Wesentlichen auf „moralische Paniken, die mit einer Reihe von Themen geschürt würden. Dazu gehören Themen wie Sicherheit und Ordnung, Einwanderung, sexuelle Liberalisierung“ (Demirović 2018: 29). Demirović stützt sich in seiner Analyse auf die Theorie Stuart Halls, der ausgehend von der Hegemonietheorie Antonio Gramscis die Durchsetzung des Neoliberalismus im Vereinigten Königreich unter Margaret Thatcher als autoritären Populismus bezeichnet. Hall versteht unter autoritärem Populismus „an exceptional form of the capitalist state – which, unlike classical fascism, has retained most (though not all) of the formal representative institutions in place, and which at the same time has been able to construct around itself an active popular consent“ (Hall 2017: 174).

Hall nimmt die Prozeduren, Praktiken und Machttechniken in den Blick, mit denen dieser Konsens hergestellt wird. Wie werden Demokratien ausgehöhlt, während die formalen repräsentativen Institutionen der Demokratie weitgehend beibehalten werden? Autoritärer Populismus behauptet, den Willen des Volkes zu verkörpern und umzusetzen. Er nutzt die durch kulturellen Backlash, Abstiegsangst, Neoliberalisierung der Arbeits- und Lebenswelt und reale Stärkung der NMIs angefachte Unzufriedenheit in der Bevölkerung und wendet sie gegen Eliten und Outgroups. Dabei kann sich der autoritäre Populismus immer stärker auf konservative, bürgerliche Kräfte verlassen, die angesichts der sinkenden Wähleranteile in ihm eine Rettung eigener politischer Macht sehen, und sich so schrittweise vom liberal-demokratischen Konsens abwenden.

### 2.3.4 *Soft Authoritarianism* als diskursanalytische Praxisperspektive

*Soft Authoritarianism* ist eine Bezeichnung für eine Analyseperspektive auf das gegenwärtige Erstarken autoritärer Politiken im Rahmen liberaler Demokratie. Doch wo und wie genau können diese Tendenzen beobachtet werden, wie werden sie zu

einem Untersuchungsgegenstand? Glasius bietet dazu eine Lösung an, indem sie die Anforderungen an die gegenwärtige Autoritarismusforschung auf den Punkt bringt:

In sum, to understand contemporary politics we need a definition of authoritarianism that is substantive and dynamic rather than negative and systemic; that focuses on sabotage of accountability rather than the quality of elections alone; and that lends itself to assessing political institutions within, below or beyond the state. (Glasius 2018: 523)

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, schlägt sie vor, Praktiken zu analysieren, anstatt system-orientierte Definitionen von Autoritarismus und Demokratie gegeneinander abzuwägen. Einen ähnlichen Vorschlag machen Norris & Inglehart (2019) in ihrer Untersuchung über Cultural Backlash und autoritären Populismus. Bei den beiden Autor:innen spielt populistische Rhetorik eine große Rolle, doch sehen sie diese nur als äußere Schicht, die autoritäre Werte darunter überdeckt. Daher plädieren auch sie für eine Praxisperspektive:

In this regard, know them by what they do – not just by what they say. the populist words of parties such as the French national Front, the Swedish democrats, or Poland's Law and Justice – and leaders such as Orbán, Berlusconi, and Trump – are the external patina disguising authoritarian practices. (Norris & Inglehart 2019: 6)

Aus pragmatisch-linguistischer Sicht ist diese Trennung zwischen *do* und *say* nicht aufrecht zu erhalten. Politische Praktiken sind sprachgebunden, sowohl Gesetzestexte, Ansprachen, Parlamentsreden, mediale Berichterstattung als auch der Einsatz von Körpersprache und multimodalen Zeichen wie Plakaten, Bildern oder Memes sind daher linguistische Untersuchungsgegenstände. Ich verstehe sprachliches Handeln ebenso wie im engeren Sinne politische Praktiken als gleichwertige, diskursgebundene Aktionen, die eher nach ihrem Effekt analysiert werden sollten, als eine Trennung zwischen *do* und *say* zu vollziehen. Beide stellen für mich diskursive Praktiken dar, deren Wirkung autoritär und Demokratie einschränkend sein kann.

Eine Praxisperspektive auf Autoritarismus wird auch in der Politikwissenschaft eingenommen. Glasius analysiert, was autoritäre Akteur:innen tun, wenn sie einmal an der Macht sind (Glasius 2018: 516–517). Kann es „everyday acts of authoritarianism“ or „autocratic leadership“ (Glasius 2018: 515–516) innerhalb des demokratischen Rahmens geben und wie sähen sie aus? Hiermit eröffnet sie eine Perspektive auf Autoritarismus, die es erlaubt, ihn durch Praxen und Praktiken zu verstehen, und nicht durch vergleichende Klassifikation und Einordnung auf idealtypischen Skalenmodellen. Zudem eröffnet Glasius' Praxisperspektive die Möglichkeit, die Gleichzeitigkeit von demokratischen und autoritären und illiberalen

Handlungsweisen wahrzunehmen, sich widersprechende und ambivalente Praktiken als wertvolle Daten zu verstehen, die es näher zu betrachten gilt.

Autoritäre Praktiken setzen ihr zufolge ein Machtgefälle, eine Hierarchie voraus, in der politische Akteur:innen Kontrolle über die davon betroffene Bevölkerung ausüben (Glasius 2018: 527). In demokratischen Systemen gäbe es zugleich Möglichkeiten für die betroffenen Bevölkerung, ihrerseits ein gewisses Maß an Kontrolle über die Regierenden auszuüben – der offensichtlichste Fall wären Wahlen, aber auch darüber hinaus gibt es demokratische Mittel, die Herrschenden zur Rechenschaft zu ziehen, etwa durch Medien, zivilgesellschaftliche Kampagnen, Befugnisse der Parlamente wie Untersuchungsausschüsse, Anfragen und in extremen Fällen Misstrauensvoten. Daher definiert Glasius autoritäre Praktiken als

*a pattern of actions, embedded in an organized context, sabotaging accountability to people (the forum) over whom a political actor exerts control, or their representatives, by disabling their access to information and/or disabling their voice.* (Glasius 2018: 527, Herv. i. O.)

Autoritäre Praktiken sind darauf gerichtet, die Mechanismen zu stören, die es den Regierten erlauben, die Regierenden zur Rechenschaft zu ziehen, also effektiv dafür zu sorgen, dass der Einfluss auf das Regierungshandeln begrenzt wird. Rechenschaft (*accountability*), wie auch *voice*, setzen begrifflich voraus, dass eine Art der Interaktion und gegenseitige Kontrolle sowie Aufsicht über Handeln und Unterlassen zwischen den beiden Akteursgruppen besteht. Der Versuch, diese Beziehung zu stören oder nachhaltig zu verändern, kann als Handlungsweise verstanden werden, die demokratische Einflussnahme und Herrschaft einschränkende Mechanismen zu untergraben versucht. Dies stellt den Kern autoritärer Handlungsweisen dar – sie richten sich gegen demokratische Kontrolle und versuchen, Handlungsspielräume der Regierenden auszuweiten. Dazu kommen außerdem solche Praktiken, die Glasius unter *illiberal practices* zusammenfasst. Diese definiert sie als politische Handlungsmuster, die die Autonomie und Würde der Person einschränken:

*Belonging to the class of illiberal practices are patterns of interference with legal equality, legal recourse or recognition before the law; infringement of freedom of expression, fair trial rights, freedom of religion and the right to privacy; and violations of physical integrity rights.* (Glasius 2018: 530).

Die Trennung zwischen autoritären und illiberalen Praktiken ist aus theoretischer Sicht sinnvoll, doch ebnen gerade die von Glasius als illiberal bezeichneten Praktiken oftmals den Weg für eine breitere Akzeptanz autoritärer Politiken oder Gesetzesvorhaben. Einschränkungen von Grundrechten, die sehr oft zunächst marginalisierte Gruppen treffen, stellen zwar zunächst illiberale Handlungen dar, aber können ebenso gut herrschaftsstützend gebraucht werden, wenn etwa auf dieser

Grundlage Wahlrechte entzogen werden oder die Versammlungsfreiheit eingeschränkt wird. Ich nehme hier eine Perspektive auf sprachliche und diskursive Muster und Praktiken ein, die die Effekte illiberaler Praktiken berücksichtigt. Linz (2003: 132) spricht von Mentalitäten als Kennzeichen des Autoritarismus in Abgrenzung zu den festen Ideologien totalitärer Systeme. Demnach können *soft-autoritäre* Akteur:innen nicht auf ein starres Ideologiesystem zurückgreifen, mit dem die Massen mobilisiert und angerufen würden. Viel eher müssen antidemokratische Kräfte heute die Fassade der Demokratie aufrechterhalten, anstatt wie im historischen Faschismus die Beseitigung der Demokratie als Programm auszurufen. Aus diesem Grund richte ich mein Interesse auf diskursive Praktiken der Verwischungen und Verschiebung. Mit diesen können autoritäre Normen, Denklagen und Sprachgebräuche in der Öffentlichkeit zunehmend akzeptabel gemacht werden. Illiberale Praktiken werden dabei zur Normalisierung von internen Differenzen genutzt. Durch diese Konstruktion von Ungleichheiten und Ausschlüssen bereiten sie auch die Akzeptanz autoritärer Einschränkungen liberaler Freiheiten vor oder rechtfertigen staatliche Gewalt gegen rassifizierte oder anderweitig von einer (ideologisch aufgeladenen und diskursiv konstruierten) Norm ‚abweichende‘ Minderheiten.

Abseits von Definitions- und Einordnungsfragen stelle ich in dieser Arbeit die Frage, welche konkreten Praktiken und Strategien Akteur:innen nutzen, um ihre Macht innerhalb liberal-demokratischer Kontexte auszubauen, zu verfestigen und so gleichzeitig die Grundlage demokratischer Legitimität *de facto* abzuschaffen. Hier ist der Begriff der autoritären, also Autorität missbrauchenden und ausnützenden Asymmetrie sehr einschlägig. Die Grenze legitimer Autorität durch demokratische Verfahren und autoritäre Missachtung sowie Zweckentfremdung dieser Autorität ist einerseits genau die Linie, die Demokratie von Autoritarismus trennt und andererseits in der Realität nie so klar zu benennen wie in der Theorie. Mit dieser Unschärfe, so die These, arbeiten *soft-autoritäre* Akteur:innen, indem sie rhetorisch und diskursiv Praktiken der Verunklarung, Verwischung und *message control* einsetzen, um ihre Absichten zu verschleiern. Autoritäre Praktiken können so als demokratisch dargestellt, Positionen und Kritik delegitimiert und Grenzen effektiv verwischt und verschoben werden, die demokratische von antidemokratischen Praktiken trennen. *Soft-autoritäre* Akteur:innen verabschieden sich aber rhetorisch nie eindeutig von der Demokratie, ja oftmals gerieren sie sich sogar als Garanten der Demokratie oder als einzige Vertreter:innen des ‚echten Volkswillens‘. Hier blitzt eine bestimmte Idee von Demokratie durch, in der Demokratie die Erfüllung des Mehrheitswillens ist. Dies ist mit liberal-demokratischen Idealen von Minderheitenschutz und Deliberation oft nicht vereinbar – was in autoritär-populistischer Manier als Beweis dafür herhalten muss, dass im gegenwärtigen System der Wille des Volkes partikularen (elitären) Interessen untergeordnet wird.



Das Hauptinteresse dieser Arbeit liegt daher auf den diskursiven Strategien, Sprachhandlungen und Rhetorik, die eingesetzt werden, um autoritäre statt demokratischer Politik in der Bevölkerung und dem politischen Feld wünschenswert, sinnvoll oder gar normal erscheinen zu lassen. Die in diesem Kapitel referierten Forschungsansätze aus Soziologie, Sozialpsychologie, Politikwissenschaft und Linguistik dienen hierfür als Ausgangspunkte der Analyse. Die in Kapitel 2.1. dargestellten Modelle zur Verschiebung und Normalisierung und zur Hegemonie verankern die Analyse zudem in der Diskursanalyse.

Die neuere sozialpsychologische Forschung erlaubt es, Autoritarismus als Relation zu denken, ebenso wie als regressive Reaktion auf gefühlten und realen Machtverlust der Bevölkerung im gegenwärtigen neoliberal-kapitalistischen Zeitalter. Neoliberale Subjektivierungsformen setzen vor allem bereits (ökonomisch, kulturell oder sozial) benachteiligte Individuen unter einen hohen Konformitätsdruck, für deren Nichterfüllung sie zugleich verantwortlich gemacht und sozial sanktioniert werden. Der Aufstieg autoritärer Staatlichkeit, die diese Sanktionsfunktion übernimmt, prägt dabei stark die autoritär-rebellische Gegenreaktion der Betroffenen, die sich zunehmend vom Staat abwenden und immer öfter auch die herrschende Ordnung mitsamt ihrem Demokratieverständnis ablehnen. Dazu kommt der zentrale Gedanke, dass autoritäre Staatlichkeit jederzeit auch auf bisher nicht betroffene Gruppen ausgeweitet und zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen werden kann.

Die politikwissenschaftliche Forschung sensibilisiert meine Analyseperspektive für die Grauzonen, die zwischen autoritärer und demokratischer Herrschaft liegen. Diese werden bewusst genutzt, um Deutungen zu verunklaren, Mehrheitsmeinungen gegen Minderheiten zu wenden und dies als demokratisch legitimiert darzustellen. Demokratische Institutionen können von innen heraus zerstört werden, ohne dass soft-autoritäre Akteur:innen sich von der Fassade der Demokratie verabschieden. Unter dem Deckmantel der Demokratie kann es gelingen, autoritäre Politiken und Gesetze umzusetzen, die nicht nur den Minderheitenschutz aufheben, sondern in letzter Konsequenz sogar systemtransformierend wirken können. Wie die Forschung zum autoritären Populismus zeigt, können rechtsradikale Akteur:innen in Zeiten erodierender Mobilisierungskraft der ehemaligen Volksparteien und sich neu ausrichtender Parteiensysteme zunehmend auf Unterstützung aus Teilen des konservativen und bürgerlichen Lagers zurückgreifen. Diese Entwicklung steht auch in dieser Arbeit zu Frankreich im Vordergrund, denn der Analysefokus liegt nicht auf der Rhetorik und Ideologie des rechtsradikalen RN, sondern auf sprachlichen Praktiken der Regierungsparteien, der bürgerlichen und liberalen Medien und anderer Akteur:innen, die in der Mitte der Öffentlichkeit wirken und agieren. Die diskursiven Praktiken und Strategien, mit denen vormals

tabuisierte Ideologien und Politiken in die Mitte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung befördert werden, stellen den zentralen Gegenstand dieser Arbeit dar.

### 3 Überblicksanalyse: Polarisierte Öffentlichkeit und krisenhafte politische Repräsentation

Der Kampf um politische Vorherrschaft und Deutungsmacht wird zu einem großen Teil mit der Besetzung von Begriffen, ihrer Anreicherung mit Bedeutung, ihrer Rekontextualisierung oder gar kompletten Verkehrung geführt. Er ist daher ein Kampf um den Diskurs selbst – um die ihn bestimmenden Elemente, Argumentationen und Positionen, die seine Akteur:innen anordnen und ihre Praktiken in soziale Register einschließen. So sind die hier analysierten diskursiven Daten auch keine neutralen Auseinandersetzungen über die Themen *Demokratie* und *Autoritarismus* – vielmehr stellen sie Datenpunkte und Ereignisse im politischen Kampf um Hegemonie dar, in der Auseinandersetzung darum, was als *demokratisch* und was als *autoritär* verstanden wird und wie diese Begriffe in aktuellen Diskursen zusehends verschoben und verunklart werden.

Anhand welcher Daten, welcher Themen und in welchen Praxisfeldern lassen sich Praktiken der Verschiebung und des *Blurring* nachweisen? Diese Frage nach dem konkreten Gegenstand und Untersuchungsmaterial ist auch deswegen wichtig, weil ihre Beantwortung bereits großes Wissen über die Wirkweisen und präferierten Felder soft-autoritärer Verschiebung voraussetzt. Während das Makrophänomen der Erosion liberaler Demokratie in Wissenschaft und Öffentlichkeit einigermaßen anerkannt ist (siehe Kapitel 1.3), so herrscht über die konkreten Wirkweisen, Praktiken und Ursachen große Unklarheit. Die Herausforderung einer empirischen Untersuchung der Praktiken soft-autoritärer Verschiebungen und *Blurrings* liegt demnach zunächst darin, herauszufinden, wo und was genau untersucht werden kann und sollte. Diese diskursanalytische Erschließung des Feldes und die Identifizierung geeigneter konkreter Untersuchungsgegenstände ist in der Forschungspraxis geprägt von paralleler Rezeption theoretischer und empirischer Forschungsliteratur sowie eigenen Datenerhebungen und -auswertungen. Beide Prozesse geschehen gleichzeitig und wirken aufeinander ein, sodass eine präzise Trennung von Analyse, Erhebung, Theoretisierung und der damit einhergehenden zunehmenden Erschließung des Feldes nicht möglich ist. Dennoch können mehrere Schritte der Erhebung und Analyse auseinandergehalten werden.

Ich beginne die Untersuchung soft-autoritärer Verschiebungen und Verunklarungen mit einer Analyse des Mediendiskurses. Diesen Zugang wähle ich aus einer Reihe von forschungspraktischen und theoretischen Erwägungen. Massenmedien sind in modernen Gesellschaften wichtige Faktoren der politischen Willensbildung und zugleich Arenen der politischen Auseinandersetzung. Mediale und politische Diskurs beeinflussen sich gegenseitig und prägen so auch das gesellschaftlich geteilte Wissen, welches wiederum politisch wirksam wird. Eine Analyse der Medien-

diskurse um Autoritarismus und Demokratie kann deswegen wertvolle Hinweise darauf liefern, welche Phänomene und Konflikte gegenwärtig die Politik Frankreichs bestimmen. Zugleich ist es aber auch Aufgabe der Medien, Politik zu kritisieren, zu hinterfragen und gegebenenfalls, über die Herstellung von Öffentlichkeit, Rechenschaft von ihr zu fordern. Diese Funktion des kritischen Begleitens der Regierenden ist wiederum ein wesentlicher Faktor, der die Analyse des Mediendiskurses relevant für die Analyse soft-autoritärer Praktiken macht. Da der Zeitraum meiner Datenerhebung mit der globalen Covid-19-Pandemie zusammenfiel, waren Erwägungen möglicher Untersuchungsfelder zudem weniger ergebnisoffen als in Zeiten der freien Mobilität. Das Kriterium der Zugänglichkeit stellt ein drittes Argument für die Wahl der Mediendiskursanalyse als Einstieg in das Thema dar.

Die Leitfrage dieser Überblicksanalyse ist, wie in der französischen medialen Öffentlichkeit über Autoritarismus gesprochen wird. Welche Diskurse werden evoziert, welche Akteur:innen bezeichnen wen aus welchen Gründen und in welchen Kontexten als autoritär? Was wird diskursiv mit Autoritarismus verknüpft, an welchen Stellen werden Gefahren für die Demokratie benannt und analysiert? Mit dieser Analyse verschaffe ich mir einen Überblick über diskursiv geteiltes Wissen. Zugleich ist die Frage nach Verwendungsweisen der Begriffe *autoritaire* und *autoritarisme* mehr als die bloße datengeleitete Analyse einer Begriffsintension. Vielmehr drückt sich in den analysierten Diskursen ein Kampf um Bedeutung aus, der sich auf die Wirkmächtigkeit von politisch höchst bedeutsamen Konzepten bezieht. Der Kampf darum, was unter Autoritarismus verstanden werden soll, wer als autoritär und welche Ideologien und Praktiken als Autoritarismus bezeichnet werden, steht im Zentrum der politischen Auseinandersetzung um diskursive Deutungsmacht. Hegemoniale Sichtweisen über die ‚richtige‘ demokratische Ordnung sind extrem wirkmächtige und verbindliche Konzepte für alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Welche Deutung sich in diesem diskursiven Kampf durchsetzt, ist von integraler Tragweite für die Strukturierung des politischen Feldes. Der Diskurs um Autoritarismus innerhalb von Demokratien ist als ein Ringen um die richtige Ordnung zu verstehen – eine Ordnung, die aufgrund der hegemonialen Stellung von *Demokratie* als Ordnungsprinzip nahezu alle Bereiche des (sozialen) Lebens betrifft.

Zunächst erfolgt eine von der Grounded-Theory-Methodologie (GTM) (Glaser & Strauss 2010 [1967]) geleitete Analyse von Mediendiskursen. Die GTM eignet sich hierfür besonders gut, da sie einen hermeneutischen Forschungsrahmen liefert, der verschiedene Methoden zur Verfügung stellt, ohne eine festes Standardprogramm vorzuschreiben, wie Bettina Bock (2018: 307) aus Sicht der DL herausstellt. Zudem ist sie methodologisch auch in der WDA gut etabliert (Truschkat 2013: 70). Das Ziel dieser Mediendiskursanalyse ist in gewisser Weise die Herstellung eines *Plateaus* oder *Aussichtspunkts*. In Zeiten der sozialen Distanzierung, von Reise-

beschränkungen und einer gewissen ‚Unverfügbarkeit der Welt‘ (Hartmut Rosa) bietet die Auswertung medial vermittelter öffentlicher Kommunikation die Möglichkeit, das politische Geschehen in Frankreich von Deutschland aus zu verfolgen. Die so erhobenen Daten reiche ich durch theoretisches Sampling, thematisch kategorisierendes Kodieren und Verfeinerung meiner Suchparameter zu einem metaphorischen *Plateau* an. Von diesem aus kann ich das darunter liegende *Feld* besser in den Blick nehmen.

Analog zur Metaphorik des Überblicks besteht der zweite Hauptschritt der Analyse in mehreren *Tiefenanalysen* (siehe Kap. 4). Darunter verstehe ich eingehende, umfassende Analysen diskursiver Phänomene an bestimmten *Stellen* des Diskurses, die vor dem Hintergrund der vorangegangenen Mediendiskursanalyse Potential in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand versprechen. Diese *Stellen* oder *Orte* im Diskurs sind also thematische Cluster. Diese ergeben sich im explorativen Forschungsprozess aus der Häufigkeit ihres Auftretens im Zusammenhang des Themenkomplexes *Demokratie* und *Autoritarismus*. Mit anderen Worten: Die Analyse des Mediendiskurses dient dazu, einen Überblick über die Beschaffenheit des Diskurses um Autoritarismus und Demokratie zu erhalten. Außerdem dient sie der Identifizierung von *Stellen*, an denen die Analyse vertieft werden kann und an denen sich politisch-diskursive Kämpfe um Demokratie und Autoritarismus intensivieren.

Die Überblicksanalyse erfolgt anhand eines Korpus aus Presseartikeln. Die Untersuchung umfasst einen Kernzeitraum von sechs Monaten von Anfang Oktober 2019 bis Ende März 2020<sup>1</sup>. Hierfür sind einige Kriterien entscheidend. Der Zeitraum sollte zum Erhebungszeitpunkt so aktuell wie möglich sein, ohne die ab Mitte März die Berichterstattung beherrschende SARS-CoV2-Pandemie mit zu untersuchen. Gleichzeitig muss eine ausreichend große Datengrundlage berücksichtigt werden, um relevante Debatten und Diskurse einzuschließen. Zudem spielt das Kriterium der Überschaubarkeit eine wesentliche Rolle, damit das Korpus mit den Methoden der qualitativen Analyse auswertbar bleibt. Bei der Korpuserstellung geht es nicht darum, eine Repräsentativität aller möglichen Phänomene herzustellen, sondern „darum, anhand einer begrenzten Anzahl von Fällen die Bandbreite an auftretenden Phänomenen darzustellen und bewusst auch seltene und extreme Fälle zu berücksichtigen“ (Bock 2018: 307). Um den Diskursen im Zentrum der medialen Debatte möglichst nahe zu kommen, untersuche ich hauptsächlich vier Periodika, die

---

1 Für das Wochenmagazin *Le Point* wurde wegen der Erscheinungsweise ein Untersuchungszeitraum von zwei Jahren (März 2018 bis März 2020) berücksichtigt, da hier in der Themensetzung weniger Rücksicht auf Tagesaktualitäten genommen werden muss und die Artikelanzahl deutlich geringer war.

stellvertretend für die bürgerlich-konservative bzw. linksliberale Öffentlichkeit stehen: *Le Point*, *Le Figaro*, *Le Monde* und *Libération*. Diese werden an geeigneten Stellen durch Beiträge aus *Le monde diplomatique* ergänzt, auch kleinere Magazine (*Médiapart*, *AOC*) werden als Vergleich oder zur Ergänzung mitunter herangezogen. Die Datenerhebung erfolgt nach dem Prinzip des theoretischen Samplings aus der GTM: „Theoretisches Sampling meint den auf die Generierung von Theorie zielenden Prozess der Datenerhebung, währenddessen der Forscher seine Daten parallel erhebt, kodiert und analysiert“ (Glaser & Strauss 2010 [1967]: 61). Bei der Erhebung wird möglichst ergebnisoffen, unter Zurückstellung der Arbeitshypothesen, auf die Daten zugegangen. In diesem Prozess werden „induktiv ad-hoc-Hypothesen erarbeitet, die dann wiederum auf dem Wege der Deduktion auf die Daten bezogen werden“ (Bock 2018: 309).

Für die Datenerhebung habe ich die Archive der genannten Zeitungen über die Datenbanken *Factiva* und *Europresse* nach den Lemmata *autoritaire* und *autoritarisme* durchsucht. Dabei habe ich zunächst strikt verwendungsseitig nach konkreten Nennungen der betreffenden Begriffe gesucht, um so herauszufinden, in welchen politischen, historischen und sozialen Kontexten über Autoritarismus gesprochen wird. Die so gewonnene Datengrundlage basiert auf 193 Artikeln aus *Le Monde*, 185 aus *Libération*, 96 aus *Le Point* und 196 aus *Le Figaro*. Diese Rohdaten ordne ich dann im Laufe der Lektüre in Kategorien ein. Die Kategorien entwickle ich induktiv aus den Daten. Sie werden zwischenzeitlich verworfen oder neu gebildet, füllen sich an oder werden aufgrund größerer Differenzierung wieder aufgeteilt. Leitend für diese Kategorisierung ist die Frage nach dem spezifischen Verwendungskontext der betreffenden Lemmata: der Diskursstrang, auf welchen er hindeutet, der Gesellschaftsbereich oder historische Kontext, der angesprochen wird. Gleichzeitig stellen sich während dieser theoriegenerierenden – aber implizit auch theorieinformaten – Tätigkeit Bezüge zu zuvor rezipierten Konzepten her. Der Prozess der Kategorisierung ist also einerseits vom persönlichen Wissensstand und theoretischen Neigungen des Forschers geprägt; andererseits werden durch die aus den Daten gewonnenen *Entdeckungen* inhaltlicher oder theoretischer Art die eigenen impliziten Vorannahmen aktualisiert, modifiziert oder verworfen. Die Prozessualität der Kategorisierung ist maßgeblich für den Forschungs- und Erkenntnisprozess (Bock 2018: 311).

Diesem aufwendigen Verfahren des Close Reading gebe ich gerade wegen seiner subjektiven Prägung den Vorzug vor computergestützten lexikometrischen Zugängen wie etwa Topic-Modeling-Analysen. Angestrebt wird eine tiefgehende, gewissermaßen immersive Auseinandersetzung mit relevanten Diskursen und historischen Bezügen von Demokratie und Autoritarismus in der französischen Öffentlichkeit. Ziel ist es, eine Übersicht über Themen und Konflikte, mögliche Lagerbildungen, Ideologien und diskursive Kämpfe zu erhalten. Dafür wird zwar ähnlich

wie bei einer größeren computergestützten Korpusanalyse zunächst das Suchwort in seinem textuellen Kontext analysiert. Im Sinne des DIMEAN-Modells (siehe Kapitel 2.1) können hiermit auf der intratextuellen Ebene nur die wort- und propositionsorientierten Besonderheiten der Ergebnisse berücksichtigt werden. Doch anders als beim Distant Reading kann durch das intensive Close Reading sofort auch der gesamte Einzeltext in die Kategorienbildung einbezogen werden, also etwa textorientierte Analysekategorien wie Textsorte und -funktion oder die Art und Weise der Argumentationsentfaltung. Zudem erlaubt das Close Reading akteursbezogene Determinanten wie Medium, Autor:in, Interaktionsrollen (besonders bei Interviews oder Gastbeiträgen) in die Analyse einzubeziehen.

Leitend ist bei diesem Analysezugang eine Forschungshaltung, die Truschkat (2013: 71) als „Zum-Ereignis-Machen“ bezeichnet. Darunter versteht sie den für die Interpretative Analytik charakteristischen „Versuch, vermeintliche Selbstverständlichkeiten oder Normalitäten aufzubrechen“ und „die Kontingenz der Möglichkeiten aufzuzeigen“ – ein Unterfangen, das aufzeigen soll, dass die vorgefundene Wirklichkeit, also das, was als selbstverständlich gilt, erst diskursiv so konstruiert wurde (Keller 2011: 71). So mache ich mit dieser Analyse die Okkurrenz von Themen im Diskurs um Autoritarismus, die darin verwendete konkrete Wortwahl und den medialen Ort zum Ereignis. Ich analysiere sie hinsichtlich ihrer politischen Verortung, ihrer wissenskonstituierenden Effekte, sowie der diskurshistorischen Anknüpfungen. In Anlehnung an die WDA ist hier der Prozess der „sozialen Konstruktion von Deutungs- und Handlungsstrukturen“ sowie deren gesellschaftliche Wirkungen leitend für die Analyse (Truschkat 2013: 27): Wer wird von wem als autoritär bezeichnet, welche Parameter sind dabei entscheidend, und welcher implizite Begriff von Autoritarismus resultiert daraus? Und was sagt uns diese spezifische Konstruktion von Deutungs- und Handlungsstrukturen über den Stand des Demokratie- und Autoritarismuskurses in Frankreich?

**Tab. 1:** Datenkorpus der Medienanalyse.

Medium	Artikelanzahl	
	unkodiert	kodiert
Le Monde	193	67
Le Figaro	196	53
Libération	185	42
Le Point	96	38

Durch den Prozess des simultanen Lesens, Kategorisierens und Kodierens reduziere ich die Datenbasis auf 38 (*Le Point*), 42 (*Libération*), 53 (*Le Figaro*) und 67 (*Le Monde*) Artikel.<sup>2</sup> Ich stelle die Verwendungskategorien von *autoritaire* und *autoritarisme* in den jeweiligen Unterkapiteln dar und verknüpfe sie im Laufe der Verschriftlichung an geeigneten Stellen mit Erkenntnissen aus der Forschungsliteratur. Anregungen für die Auswahl dieser theoretischen Unterfütterung kommen dabei nicht selten aus den Daten selbst, wenn etwa Gastbeiträge von Wissenschaftler:innen, Rezensionen wissenschaftlicher Neuerscheinungen oder Interviews mit Forschenden in den Zeitungen veröffentlicht werden. An anderer Stelle können implizite Verweise festgestellt werden, wie etwa im Falle der thematischen Verdichtung um den autoritären Charakter (Kap. 3.1).

### 3.1 Der autoritäre Charakter im Mediendiskurs

In ihrer Studie über den autoritären Charakter untersuchen Adorno und Kolleg:innen die Bereitschaft zur Akzeptanz einer autoritären Führung und die Anfälligkeit für antidemokratische Propaganda. Dieser Untersuchungsgegenstand ist naheliegender Weise vor dem Hintergrund des NS-Terrors in Europa gewählt – doch die Studie untersucht die Prädisposition zu faschistischen Deutungsmustern anhand der US-amerikanischen Bevölkerung zwischen 1945 und 1946 (Adorno et al. 1950: 19–22). Bereits die Auswahl dieses Samples verdeutlicht, dass die Autor:innen mit der Hypothese arbeiten, dass der autoritäre Charakter keine deutsche Besonderheit darstellt und ebenso wenig ein bloßes Produkt materieller Faktoren und ideologischer Indoktrinierung ist. Faschismus, so Adorno et al. (1950: 10), benötigt für seinen Erfolg nicht nur die angstgetriebene Unterordnung, sondern auch die aktive Mitarbeit einer Mehrheit der Bevölkerung. Da er aber ein System der Ungleichheit ist, welches die Wenigen auf Kosten der Vielen bevorzugt, kann er mit rationalen Argumenten nicht überzeugen. Aus diesem Grund spricht der Faschismus die emotionalen Bedürfnisse der Bevölkerung an, ihre „most primitive and irrational wishes and fears“ (Adorno et al. 1950: 10). Je stärker die Persönlichkeitsmerkmale in Richtung Autoritarismus ausgeprägt sind, desto wahrscheinlicher ist die willentliche Zustimmung zum Faschismus. Zwar wurde diese frühe Autoritarismustheorie seit den 1950ern stetig weiterentwickelt (siehe Kapitel 2.2.1), dennoch ist die Studie zum autoritären Charakter auch über 70 Jahre nach ihrem Erscheinen noch von Bedeutung. Implizite und explizite Verweise hierauf finden sich im französischen

---

<sup>2</sup> Im Literaturverzeichnis gebe ich unter Medienkorpus Überblicksanalyse nur die im Laufe der Verschriftlichung zitierten Artikel an.



Mediendiskurs häufig und auch im allgemeinen Sprachgebrauch ist die Bezeichnung eines Menschen als *autoritaire* vorhanden. *Autoritarisme* wird als persönliche Charaktereigenschaft, aber auch als Bezeichnung für den Stil der Machtausübung genutzt. Im Mediendiskurs wird das Adjektiv oft zur Bezeichnung von Politiker:innen verwendet, etwa Kandidat:innen oder Inhaber:innen des Bürgermeisteramts, und je nach Ausrichtung des jeweiligen Mediums mit mehr oder weniger kritischem Impetus.

Eine Verwendungskategorie von *autoritarisme* im Korpus ist die Bezeichnung und Beschreibung eines Charaktermerkmals und des persönlichen Stils der Machtausübung bei Politiker:innen. In der konservativen Öffentlichkeit, hier repräsentiert durch die Medien *Le Point* und *Le Figaro*, ist aber anders als in Adornos et al. (1950) Studie nicht eine unbewusste oder offene Prädisposition für faschistische Herrschaftsformen oder antisemitische Deutungsmuster gemeint. Eher wird eine Art Eigenwilligkeit, Durchsetzungsfähigkeit, Handlungs- und Entscheidungsfreude damit verbunden, die zwar nicht immer gefällig, aber angesichts der Ergebnisse doch oftmals verzeihlich ist. Im eher linken Diskurs werden hingegen oft Autoritarismusvorwürfe transportiert. So finden sich hier Aussagen über den autoritären Ruf einer Person oder ihre öffentliche Wahrnehmung als autoritär. Darüber hinaus markieren die hier gefundenen Belege den Übergang von Autoritarismus als persönliche Charaktereigenschaft hin zu übergeordneten Fragen der politischen Führung und gesellschaftlichen Ordnung. Letzteres wird vor allem dort deutlich, wo Menschen in Machtpositionen als autoritär oder autokratisch bezeichnet werden.

Da der Untersuchungszeitraum mit dem Wahlkampf für die Kommunal- und Bürgermeisterwahlen 2020 zusammenfällt, wird häufig über lokale Politik und politische Würdenträger:innen berichtet, welche nicht selten als autoritär wahrgenommen oder bezeichnet werden. Die Bezeichnung wird für Politiker:innen beinahe jeder politischen Couleur, vom rechtsextremen *Rassemblement national* (RN) über die konservativ-liberalen *Républicains* (LR) bis hin zum *Parti socialiste* (PS) und *La France insoumise* (LFI) und der Gelbwestenbewegung verwendet. Während in den konservativen Medien *Le Point* und *Le Figaro* oft eher nachsichtig über den Autoritarismus hinweggegangen und er mit ansonsten guten Regierungsleistungen entschuldigt wird, wird er in der *Libération* und *le Monde* deutlicher problematisiert und es werden Vorwürfe zitiert. Ein Beispiel dafür bietet die Beschreibung des Bürgermeisters von Colmar, Gilbert Meyer (LR) in *Le Point* von 24.10.2020:

Le voilà donc docteur en droit public, et en lice pour briguer, à 78 ans, un cinquième mandat. 'C'est un sacré caractère', dit en souriant Françoise Sapin, présidente honoraire des Vitrines

de Colmar, l'association des artisans et commerçants. „Il est autoritaire, mais il faut reconnaître qu'il a transformé la ville et tient les finances à bras-le-corps“. (Woessner 2020)<sup>3 4</sup>

Die Charakterisierung als *autoritaire* wird im Verlauf des Artikels mit Effizienz in der Verwaltung verknüpft und gerechtfertigt und aufgewogen, wie schon eingangs in der Formel „Gilbert Meyer, un ‚taulier‘ à la poigne (de fer) efficace“ (Woessner 2020) deutlich wird – eisern aber effizient. Die redecharakterisierende Wendung „en souriant“ und die Bezeichnung als „sacré caractère“ verdeutlichen, dass die zitierte Sapin den Charakter Meyers nicht rundheraus ablehnt, sondern im Gegenteil eher schätzt.

Der ehemalige Präsident der Republik Nicolas Sarkozy beschreibt in einem Vorabdruck seiner Memoiren, wie er Simone Veil, die ehemalige Gesundheitsministerin, kennengelernt und erlebt hat:

C'est à cette époque que je l'ai bien connue, et aimée. Elle était intelligente, drôle, autoritaire, parfois brutale et assez souvent de mauvaise humeur. Dès le départ, elle m'a honoré de son amitié et même de son affection. (Sarkozy 2019)<sup>5</sup>

Die Charakterisierung als *intelligente, drôle, autoritaire* spricht für die Verwendungskategorie Charaktermerkmal, auch die direkt darauffolgende Beurteilung der Beziehung als Freundschaft und Zuneigung ist ein Indiz für die Verzeihbarkeit, vielleicht sogar Bewunderung für die autoritären Züge Veils. Auch Der amtierenden und kandidierenden Bürgermeisterin der Stadt Lille Martine Aubry wird ebenfalls ein autoritäres Temperament bescheinigt:

---

3 Wie oben beschrieben, wurden die Artikel über die Pressedatenbanken *europresse* und *factiva* bezogen. Aufgrund der hiermit zusammenhängenden Darstellungs- und Bereitstellungsmodalitäten der Texte können für die meisten hier zitierten Artikel keine Seitenzahlen angegeben werden. Dort, wo mir entweder die Printausgabe vorlag oder sich die Seitenzahlen ermitteln ließen, habe ich sie angegeben.

4 „Er ist also Doktor des öffentlichen Rechts und kandidiert mit 78 Jahren für eine fünfte Amtszeit. Er ist ein ziemlicher Charakter“, sagt Françoise Sapin, Ehrenvorsitzende der Vitaines de Colmar, des Verbands der Handwerker und Händler, lächelnd. Er ist autoritär, aber man muss anerkennen, dass er die Stadt umgestaltet hat und die Finanzen im Griff hat.“

5 „In dieser Zeit habe ich sie gut kennen und lieben gelernt. Sie war intelligent, witzig, rechthaberisch, manchmal brutal und oft genug schlecht gelaunt. Von Anfang an ehrte sie mich mit ihrer Freundschaft und sogar mit ihrer Zuneigung.“

Sur les questions de tempérament, c'est autre chose. Mauroy était d'une formidable rondeur, il écoutait, il discutait, il était admirablement entouré. Martine Aubry est réputée plus rude, plus autoritaire, dit-on, en tout cas d'un autre style. (Emery 2019)<sup>6</sup>

Es wird deutlich, dass es sich hier um den Stil der politischen Kommunikation und der Darstellung handelt. Dem barschen, autoritären Ruf Martine Aubrys wird der offene, kommunikative Stil Mauroys gegenübergestellt. Ein politischer Gegner Aubrys von den *Républicains* bezeichnet sie gar als „impératrice totalitaire“ (totalitäre Kaiserin) (Emery 2019). Dazu kommen Vorwürfe von der grünen Partei *Europe Écologies – Les Verts* (EE-LV), Aubry delegiere nicht, vertraue niemandem mehr und habe wichtige Instanzen der Diskussion abgeschafft (Emery 2019). Auch in der *Libération* finden sich Hinweise auf den autoritären, machtgerigen Stils Aubrys: „Sauf que Martine Aubry garde un fort capital sympathie à Lille, quoi qu'en disent ses adversaires sur l'usure du pouvoir ou sa gouvernance autoritaire“<sup>7</sup> (Maurice 2020: 12). Jedoch wird hier die fortdauernde Sympathie für die Bürgermeisterin betont, während die Vorwürfe ihren Gegnern zugeschrieben werden.

In einem Interview mit dem ehemaligen Bürgermeister von Lyon Gérard Colomb wird dieser direkt auf seinen autoritären Ruf angesprochen und nimmt sodann eine Selbstcharakterisierung vor:

Je suis devenu très gentil. Je suis d'une douceur que vous ne pouvez pas imaginer. Je suis dans la bienveillance perpétuelle [rires]. En fait, le problème, quand on est aux responsabilités, n'est jamais de dire oui, mais de dire non. Et, hélas, il faut souvent dire non. (Cordelier 2019)<sup>8</sup>

Hier wird nach dem Stil der Machtausübung und Führung gefragt, doch Colomb antwortet darauf mit der Betonung seiner persönlichen Sanftheit und Güte. Die im Nachsatz geäußerte Problematik, als Verantwortlicher öfter nein als ja sagen zu müssen, dient als Begründung der äußerlich wahrgenommenen Einschätzung als autoritär und hart.

Viele Artikel beschäftigen sich mit Anne Hidalgo (PS), der damals amtierenden und später wiedergewählten Bürgermeisterin von Paris. Ihr wird ebenfalls ein

6 „Was das Temperament angeht, ist das etwas ganz anderes. Mauroy war von bemerkenswerter Milde – er hörte zu, diskutierte, war von einem exzellenten Umfeld umgeben. Martine Aubry hingegen gilt als deutlich härter, autoritärer, heißt es – jedenfalls von ganz anderem Stil.“

7 „Nur dass Martine Aubry in Lille weiterhin über ein großes Sympathiekapital verfügt – ganz gleich, was ihre Gegner über Amtsmüdigkeit oder autoritären Führungsstil sagen.“

8 „Ich bin richtig freundlich geworden. Eine Sanftheit, die man sich kaum vorstellen kann. Ich bin praktisch dauerhaft von Wohlwollen erfüllt [lacht]. Aber das eigentliche Problem, wenn man Verantwortung trägt, ist nie das Ja-Sagen – sondern das Nein-Sagen. Und leider muss man das ziemlich oft tun.“

autoritärer Ruf bescheinigt. So wird sie im Wahlkampf der *Municipales* von einer konkurrierenden Kandidatin wegen ihrer autoritären Vorgehensweise gescholten: „Les gens n'ont pas supporté la méthode autoritaire de la maire sortante.“<sup>9</sup> (Siraud 2020). Diese sei dadurch charakterisiert, dass Hidalgo nicht zuhöre, Verantwortung abschiebe und in wichtigen Fragen, wie Ökologie und Migration im Streit mit allen wichtigen Partner:innen liege und sich außerdem zunehmend isoliere und hinter ihrer Mehrheit verschanze (Siraud 2020). Die Charakterisierung Hidalgos als autoritär ist jedoch nicht auf die konservativen Zeitungen beschränkt. Sowohl in der *Libération* als auch in *Le Monde* wird das öffentliche Image von Hidalgo als autoritär bezeichnet, auch wenn hier darauf hingewiesen wird, dass die Meinungen sich deutlich nach politischem Lager unterscheiden. So konstatiert *Le Monde*, dass Hidalgo zu den wenigen Politiker:innen gehört, von denen sich linke Wähler:innen wünschen, dass sie mehr politischen Einfluss hätte, während das rechte Lager sie als „autoritaire, méprisante, obstinée, inquiétante“ (autoritär, herablassend, eigensinnig, verstörend) betrachte (Cosnard 2020: 29). Auch in der *Libération* wird der Vorwurf erhoben, Hidalgo regiere mit einem autoritären Stil, er kommt in diesem Fall von dem Grünen-Politiker Cédric Villani (Belaïch 2020c).

In einem Vergleich Hidalgos mit ihrem ebenfalls sozialistischen Vorgänger Bertrand Delanoë werden aber auch Kritikpunkte aus den eigenen Reihen deutlich. Abermals wird auf Hidalgos Kommunikationsstil hingewiesen, der sich durch mangelnde Absprachen auszeichnet sowie auf das Fehlen von Erklärungen oder internen Diskussionen über Entscheidungen (Belaïch 2020b). Anders als in den vorherigen Fällen stammen die Vorwürfe hier von anonymen Parteigenossen Hidalgos. Ein Hintergrundartikel wirft einen Blick auf die zweckmäßige Komplizenschaft Hidalgos und der LR-Kandidatin Rachida Dati während des Wahlkampfs für die *Municipales*. Beiden wird bescheinigt, nur durch die Protektion mächtiger Männer (Nicolas Sarkozy resp. Bertrand Delanoë) in ihrer jetzigen Position zu sein; auch wird abermals der Vorwurf zitiert, beide Frauen seien „autocratique“ und „autoritaire“ (Belaïch 2020a).

Zu den als autoritär bezeichneten Frauen gesellt sich auch Marine Le Pen, die damalige Vorsitzende der rechtsradikalen Partei RN. Im Untersuchungszeitraum berichtet jedoch einzig die *Libération* über ihre öffentliche Wahrnehmung. Verhandelt wird die Frage der Eignung Le Pens für das Amt der Präsidentin der Republik. Demnach halten die Französ:innen Le Pen für

---

9 „Die Leute haben die autoritäre Vorgehensweise der bisherigen Bürgermeisterin nicht unterstützt.“

[...] courageuse et autoritaire, énergique et brutale, courte et redoutable. 57% estiment, selon la même étude, que si elle était élue, elle constituerait une menace pour les libertés, 58% qu'elle représenterait un danger pour l'économie, 60% qu'elle menacerait la paix civile, 64% quelle serait un péril pour l'euro. (Duhamel 2019a: 26)<sup>10</sup>

Eine Charakterisierung als autoritär kann also auch mit positiv besetzten Eigenschaften einhergehen, wie etwa Mut und Energie. Dennoch spiegelt sich in der Einschätzung der Befragten nicht nur Bewunderung für Le Pen, sondern klar auch die Skepsis an ihrer Eignung für das Amt der Präsidentin.

Einem Parteigenossen Le Pens, Stéphane Ravier, der sich in Marseille als Kandidat zur Bürgermeisterwahl aufstellt, wird in einem ausführlichen Porträt in *le Monde* nicht nur ein „frontisme à l'ancienne“<sup>11</sup> (Rof & Soullier 2020: 13) zugeschrieben, der sich etwa in der Verehrung Jean-Marie Le Pens ausdrücke, sondern zudem auch ein Autoritarismus, der sich etwa in der Bezeichnung Raviers durch Parteigenoss:innen als „dictateur nord-phocéén“<sup>12</sup> (Rof & Soullier 2020: 13) zeigt. Es werden Vorwürfe referiert, die Bedrohung und Nepotismus umfassen und aus dem Inneren der Partei kommen. Eine Politikerin vom PS nennt ihn nach einer öffentlichen Diffamierung ihrer Person unter anderem sexistisch und frauenfeindlich (Rof & Soullier 2020: 13).

In *Le Point* finden sich weitere Hinweise und implizite Verweise auf Adornos Begriff vom autoritären Charakter und der damit einhergehenden Prädisposition zur Unterwerfung und blindem Gehorsam. In einem Interview beschreibt die Soziologin und Tochter des Philosophen Raymond Aron, Dominique Schnapper, ihren Vater:

„Il n'était pas fait pour la vie politique. Trop indépendant, il n'aurait jamais pu suivre le mot d'ordre d'un parti. Il aurait été incapable de prendre certaines décisions, car il ne supportait pas la violence et était très peu autoritaire. Il a dit lui-même qu'il était trop impatient pour supporter les obligations de la vie politique. [...] Il n'a jamais eu de culte pour personne. En

<sup>10</sup> „(...) mutig und autoritär, energisch und rücksichtslos, kurz angebunden und gefürchtet. Laut derselben Umfrage sind 57 % der Meinung, dass sie im Falle eines Wahlsiegs eine Bedrohung für die Freiheitsrechte darstellen würde, 58 % sehen in ihr eine Gefahr für die Wirtschaft, 60 % glauben, dass sie den inneren Frieden gefährden würde, und 64 % halten sie für ein Risiko für den Euro.“

<sup>11</sup> Hiermit ist eine überkommene, oft rigide und konfrontative Form des Populismus bzw. Nationalismus gemeint, wie sie im FN unter Jean-Marie Le Pen praktiziert wurde.

<sup>12</sup> In etwa: Diktator aus dem Norden von Marseille.

politique, il était incapable de suivre aveuglément un homme et encore moins capable de le trahir'. (Mahrane 2019)<sup>13</sup>

Diese Definition *ex negativo* beinhaltet die Abstinenz Arons von jedwedem Personenkult, sowie die Unfähigkeit, blind zu folgen oder andere zu verraten und zu betrügen. Wesentliche Merkmale von Adornos Autoritarismusbegriff werden also implizit genannt und problematisiert. Eine dem autoritären Charakter zuzuordnende Verwendungskategorie ist demnach der wahrgenommene und in vielen Fällen von außen evaluierte Stil der Machtausübung bestimmter Akteur:innen mit politischem Einfluss. Bei den weiter oben als autoritär bezeichneten Politiker:innen war bereits eine Tendenz zu beobachten, vom Charakter auf die Art der Führung zu schließen. Oft wird aber auch anders herum der Führungsstil mit dem Charakter identifiziert, sodass eher bestimmte Regierungs- oder Führungshandlungen zum Anlass genommen werden, die Wertung *autoritaire* oder die Bezeichnung *autoritarisme* als Urteil sowohl über den Führungsstil als auch über die Person zu verwenden. So berichtet *Le Monde* am 06.12.2019 über Korruptionsvorwürfe gegen eine ehemalige Europaabgeordnete der Partei *Mouvement démocrate* (MoDem), Marielle de Sarnez. Ehemalige Mitarbeiter:innen beschreiben den Führungsstil der Politikerin als „un management par la terreur“ (Führung durch Angst und Schrecken) (Bouchez & Piel 2019: 12), ihr Charakter wird als „exigeante, difficile et tyrannique“ (fordernd, schwierig und tyrannisch) bezeichnet.

Auch in anderen Kontexten wird der individuelle Charakter in einen Zusammenhang mit übergeordneten politischen Prozessen gebracht. So schreibt Franz-Olivier Giesbert in einem Artikel über den Niedergang der Demokratie am 01.02.2019 in *Le Point*:

En perte de vitesse dans un monde fasciné par les populistes ou les tempéraments autoritaires à la Poutine, il est temps que la démocratie se reprenne et cesse de donner des gages à ses ennemis qui veulent, avec des référendums à tout-va et une assemblée constituante, la dépiauter vivante. (Giesbert 2019)<sup>14</sup>

---

13 „Er war nicht für das politische Leben gemacht. Er war zu unabhängig, er hätte niemals die Parole einer Partei befolgen können. Er wäre unfähig gewesen, bestimmte Entscheidungen zu treffen, denn er vertrug keine Gewalt und war nur sehr wenig autoritär. Er hat selbst gesagt, dass er zu ungeduldig sei, um die Zwänge des politischen Lebens zu ertragen. [...] Er hat nie einen Personenkult gepflegt. In der Politik war er unfähig, einem Mann blind zu folgen – und noch weniger fähig, ihn zu verraten.“

14 „Im Abwärtstrend in einer Welt, die von Populisten oder autoritären Persönlichkeiten à la Putin fasziniert ist, wird es Zeit, dass die Demokratie sich wieder fängt und aufhört, ihren Feinden Zugeständnisse zu machen – jenen, die mit Referenden im Übermaß und einer verfassunggebenden Versammlung versuchen, sie lebendig zu zerlegen.“

Neben der Referenz auf den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin fällt hier die metonymische Ausweitung des autoritären Temperaments auf die betreffende Person, den oder die Politiker:in auf. So bezeichnete *tempéraments autoritaires* werden als Feinde der Demokratie dargestellt, welche diese von innen heraus abschaffen wollen (*la dépiauter vivante*). Mit dieser martialischen Metapher nimmt Giesbert vor allem auf drei Forderungen Bezug, die im Zuge der Proteste der *Gilets jaunes* geäußert wurden: die Überarbeitung der Verfassung, die Forderung nach einer Ablösung der fünften zugunsten einer sechsten Republik sowie der Einführung von Volksabstimmungen (*référendums*). In einem Rekurs in die Geschichte der Französischen und Russischen Revolution warnt der Autor vor den Gefahren durch politische Extreme: „quand la machine est lancée, ce sont toujours les extrêmes qui gagnent, dans les flots de sang qu'ils n'hésitent pas à faire couler“<sup>15</sup> (Giesbert 2019). Mit den Bezügen auf die als präleninistisch bezeichneten Jakobiner und die Sowjetunion wird zudem klar vor den politisch linken Extremen gewarnt – das autoritäre Temperament Putins und die Proteste der *Gilets jaunes* werden in eine Linie mit revolutionären, autoritär-kommunistischen Bewegungen und Regimen gestellt.

Auch innerhalb Frankreichs wird der Zusammenhang von Charakter und autoritären politischen Strukturen thematisiert. Sowohl in *Le Point* als auch in *Le Figaro* wird der Vorsitzende der linksradikalen LFI Jean-Luc Mélenchon als autoritär bezeichnet: Der *Figaro* beschreibt dessen Abdriften ins Autoritäre (*dérive autoritaire*) in einem Artikel vom 11.12.2019 (Perrineau 2019). Wesentliche Bestandteile der Kritik an Mélenchon sind demnach dessen *tempérament eruptif* und seine Einschüchterungsversuche gegen die Justizbehörde sowie regelmäßige Rundumschläge gegen die Medien, die Regierung Macons (*macronie*) und andere Akteur:innen. Mélenchon und seiner Partei wird zudem, aufgrund der Vorkommnisse die nötige Abgeklärtheit und Ruhe (*la sérénité suffisante*) abgesprochen, eine politische Alternative oder Nachfolge (*relève politique*) zu verkörpern. Und auch *Le Point* beschreibt in einer Reportage über die Vorgänge innerhalb LFI „l'autoritarisme de la direction du mouvement“ (Bruckert 2018), welcher unter anderem die Vergabe von Listenplätzen für die Europawahl betreffe, aber auch Anfeindungen und Übergriffe innerhalb der Partei. Autoritarismus bezeichnet hier eher eine Art der Führung, die sich von oben nach unten in der Hierarchie weiterverbreitet.

In einem Artikel anlässlich der drohenden Streiks gegen Macrons geplante Rentenreform vom 28.11.2019 in der *Libération* wird die Situation Macrons mit der vom ehemaligen Präsidenten Jacques Chirac verglichen. Letzterer versuchte 1995

---

<sup>15</sup> „Wenn die Maschinerie erst einmal in Gang gesetzt ist, sind es immer die Extreme, die gewinnen – inmitten der Blutströme, die sie ohne zu zögern fließen lassen.“

eine Sozialreform umzusetzen, scheiterte aber am Widerstand der streikenden Bevölkerung und der Gewerkschaften. In dem Artikel werden Stil und Temperament der beiden Präsidenten verglichen, wobei Chirac in der Innenpolitik ein „style martial mais un tempérament accomodant“ (Duhamel 2019b: 24) zugeschrieben wird. Macron hingegen „s’exprime en séducteur mais agit en décideur“ (Duhamel 2019b: 24). Im Folgesatz wird daher Macron als der überraschenderweise autoritärere der beiden dargestellt. Hier werden zwei Ebenen der Bewertung politischer Akteure deutlich, die der Kommunikation und die der Handlung. Während Chirac im persönlichen Umgang als autoritärer wahrgenommen wurde, gilt Macron als derjenige, der autoritärer und weniger entgegenkommend und versöhnlich entscheidet. *Le Monde* ist hier dezidiert und zitiert eine Umfrage, der zufolge Macron von den Französ:innen allgemein als autoritär (72% der Befragten) und arrogant (70%) wahrgenommen wird (Fressoz 2020a: 30). Zugleich gilt er laut dieser Umfrage auch als dynamisch (61%).

Der Teildiskurs über den autoritären Charakter zeigt, dass mit der Charakterisierung politischer Akteure als autoritär auch die Art und Weise ihrer Machtausübung gemeint ist. Dies zeigt sich unter anderem darin, wie der Kommunikationsstil der betreffenden Politiker:innen beschrieben wird. Vor allem im rechten Teildiskurs zeigt sich aber auch, dass autoritären Charaktermerkmalen durchaus auch gute Seiten abgewonnen werden, etwa dort, wo es um effiziente und straffe Verwaltung geht. Dennoch ist der autoritäre Charakter fast immer mit einer negativen Wertung verbunden, auch wenn die Verortung des Mediums und des oder der Autor:in im politischen Raum positive oder negative Konnotationen mit dem Autoritarismusbegriff mit sich bringen können. Auch ist Gender bei der Charakterisierung von Bedeutung, denn Frauen wird Autoritarismus offenbar weniger bereitwillig verziehen als Männern.

Deutlich wird die Verbindung von individueller Charakterprägung und politischer Verortung und Handlung in einem Gastbeitrag der Neurowissenschaftlerin Sylvie Chokron in der *Libération* vom 20.11.2019, in welchem neue Studienergebnisse über den Zusammenhang von politischen Einstellungen mit der Erziehung referiert werden. Eine Langzeitstudie habe die Korrelation zwischen einer autoritären Erziehung und einer konservativen Ideologie belegt. Umgekehrt entwickelten Kinder, die egalitärer (*de manière plus égalitariste*) und mit der Möglichkeit, ihre Wünsche auszudrücken erzogen wurden, demokratischere Ansichten (Chokron 2019: 7). Die Gegenüberstellung von konservativer Ideologie („idéologie conservatrice“) als Ergebnis autoritärer Erziehung und eher demokratischen Meinungen („opinions [...] plutôt démocrates“) zeigt, dass Autoritarismus und Konservatismus als weniger demokratisch angesehen werden. Der Frame der *idéologie* im Bezug auf Konservatismus und Autoritarismus steht dem der *opinion* im Kontext Egalitarismus und Demokratie entgegen. Ideologien sind starre, dogmatische Deutungs-



muster, die interne Kohärenz aufweisen, aber keinen externen Widerspruch dulden, während Meinungen mit der Idee der freien Meinungsbildung und -äußerung assoziiert sind, mithin auch etwas Individuelles und Persönliches sind. Das Bewusstsein über den Zusammenhang von frühkindlicher Prägung des Individuums und gesamtgesellschaftlich bedeutsamen politischen Einstellungen ist im Mediendiskurs vorhanden und wird auch vor dem Hintergrund politischer Auseinandersetzungen über Demokratie thematisiert. Die politische Verortung der Medien spielt dabei eine wichtige Rolle hinsichtlich der Ursachen, die als demokratiegefährdend ausgemacht werden.

## 3.2 Krise der Gouvernamentalität

*Gouvernementalité* ist ein Neologismus, der im Allgemeinen Michel Foucault zugeschrieben wird<sup>16</sup>. Übersetzt als Gouvernamentalität wird es im Deutschen oft fälschlich als Kontraktion aus *gouvernement* und *mentalité* verstanden. Dieses Missverständnis geht auf die Abwesenheit einer deutschen Entsprechung für das französische Adjektiv *gouvernementale* zurück, was etwa als *die Regierung betreffend* übersetzt werden kann. Das deadjektivische Substantiv ist also in etwa zu verstehen als *Regierungshaftigkeit, die Art und Weise, wie die Regierung ist, wie regiert wird*. In seiner früheren Arbeit hatte Foucault noch die Macht über die Körper, über Leben und Tod und die Herkunft und Entwicklung der Disziplinarmacht in den Zwangsinstitutionen des 18. Jahrhunderts untersucht (Foucault 1977 [1975]). Mit dem Begriff der Gouvernamentalität richtet sich der Blick auf die Bevölkerung:

Statt als Ausdruck der Macht des Souveräns tritt die Bevölkerung vielmehr als Zweck und Instrument der Regierung hervor. Die Bevölkerung tritt als Subjekt von Bedürfnissen und Bestrebungen, aber ebenso auch als Objekt in den Händen der Regierung hervor; der Regierung gegenüber weiß sie, was sie will, zugleich aber weiß sie nicht, was man sie machen lässt. (Foucault 2005: 168)

Gouvernamentalität stelle einen neuen Machttypus dar, der den Blick auf die Sicherheit und die Regierung der Bevölkerung richte und hierzu die Machntechniken verwende, die mit den Wissensformen der politischen Ökonomie entwickelt würden. Dazu gehören etwa Statistiken über Geburten- und Todesraten, also die

---

<sup>16</sup> Auch wenn es frühere Belege gibt, ist es Foucaults Vorlesung am *Collège de France* im Studienjahr 1977/78 zuzuschreiben, mit welcher der Begriff produktiv für die Analyse gegenwärtiger Machtsysteme wurde. Im Forschungsfeld der *Gouvernementality Studies* beruft man sich für gewöhnlich auf den Foucault'schen Begriff.

Herstellung einer Normalität, deren Abweichungen adressiert werden können (Foucault 2005: 168).

Der Philosoph Jean-Claude Monod geht in einem Gastbeitrag in *Le Monde* mit dem Titel *Reconquérir la démocratie contre les oligarchies qui la détournent*<sup>17</sup> vom 09.11.2019 auf das Konzept der Gouvernamentalität ein, oder genauer auf ihren Gegenpol, die Krisen der Gouvernamentalität. Eine Gouvernamentalitätskrise liege vor, wenn ein erheblicher Teil der Regierten eine als missbräuchlich erachtete Handlung oder Maßnahme der Macht ablehnt und ihre Legitimität in Frage stellt. Sie könne sich Schritt für Schritt auf ein ganzes System ausbreiten (Monod 2019b). Historisch wie aktuell seien es oft Steuern oder Abgaben, die als akuter Auslöser aus schwelendem Unmut gewaltsame Proteste entstehen lassen. Monod nennt als Beispiel die Erhöhung der Ticketpreise für die Metro in Chile, die 2019 zu landesweiten Protesten führte. Und auch die Proteste der *Gilets jaunes* entflammten aufgrund einer Treibstoffsteuer, ähnlich wie die jüngsten Generalstreiks in Frankreich. Reaktionen auf die geplante und schließlich umgesetzte Rentenreform der Regierung Macrons waren.

Neben den wütenden und gewaltvollen Massenprotesten, in denen sich die Krise der Gouvernamentalität 2019-19 in Frankreich auf den Straßen Bahn brach, gibt es auch einen differenzierten Diskurs der Kritik, der Empörung und der Verärgerung. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen System und speziell der Administration Macrons findet sowohl im linken als auch im rechten Teildiskurs ihren Niederschlag. Diese Diskurse sind zugleich Berichte und Zeugnisse der gegenwärtigen Gouvernamentalitätskrise in Frankreich, in welcher auch das Fortbestehen der Demokratie in Frage gestellt wird. Ein Beispiel bietet ein offener Brief, der am 01.02.2020 in *Le Monde* erscheint. Hierin befürchtet eine Gruppe von Intellektuellen ein Massaker an der Demokratie und bezeichnet die Fünfte Republik als „malmenée par la perversion des usages gouvernementaux“<sup>18</sup> (Un collectif de personnalités 2020: 27). Anlass sind die bis dato über fünfzig Tage andauernden Streiks und Proteste gegen die Rentenreform der Regierung Macrons, welche als Auswuchs einer völlig verfahrenen und ausweglosen politischen Situation aufgefasst werden. Der individuelle und kollektive Glaube daran, dass die Zukunft besser werde als die Gegenwart sei nicht mehr vorhanden, denn:

la Ve République évolue vers un nouveau régime. Ce régime, nous hésitons encore à le qualifier car il ne dit pas son nom, il n'assume pas l'esprit de ses lois ni, surtout, de ses usages. Nous

17 Etwa: „Die Demokratie zurückerobern gegen die Oligarchien, die sie unterwandern“.

18 Etwa: „Beschädigt durch den Missbrauch staatlicher Praktiken“.

savons en tout cas ce qu'il n'est pas, ou plutôt ce qu'il n'est plus: il ne saurait prétendre au nom de ‚démocratie‘. (Un collectif de personnalités 2020: 27)<sup>19</sup>

Konkret wird kritisiert, dass die aktuelle Regierung aus Opportunist:innen bestehe, die in einem Maße vom Präsidenten abhängig seien, wie nie zuvor. Das Regime wandle sich hin zu einer bewusst autoritären Form („forme délibérément autoritaire“) (Un collectif de personnalités 2020: 27), die es nutzlos und vergebens mache, Opposition gegen sie auszuüben. Zudem verhärte sich die Gangart der Polizei, die dazu eingesetzt werde, diese Form der Repression durchzusetzen (Un collectif de personnalités 2020). Diese weitreichende Kritik verdeutlicht, wie die Regierungsmaßnahmen und -praktiken in Teilen der Bevölkerung und der Wissenschaftslandschaft wahrgenommen werden. Bezeichnend in Bezug auf die Hypothese der Normalisierung autoritärer Praktiken ist die Aussage: „Il semble presque normal de voir un président de la République et ses ministres gouverner contre la majorité des citoyens“<sup>20</sup> (Un collectif de personnalités 2020: 27) – ein Indiz sowohl für die voranschreitende Verschiebung von Normalitäten als auch für die noch vorhandene kritische Problematisierung dieser Entwicklung.

Die Gouvernamentalitätskrise zeigt sich im Mediendiskurs in drei thematischen Feldern. Das erste ist die Kritik an der Regierung und der Machtausübung im gegenwärtigen Frankreich. Diese Kritik ist durchaus auch eingebettet in die Betrachtung globaler Phänomene. So geht der Blick etwa nach Osteuropa, Südamerika und in Richtung der USA, aber in den meisten Fällen ist der Diskurs hier auf Frankreich gerichtet. Zweitens werden das politische System und die Verfassung der Fünften Republik in Frage gestellt. Konkret äußert sich dies in dem Diskurs über die umstrittene Rentenreform der Regierung unter Premierminister Édouard Philippe (sowie später unter Élisabeth Borne). In ihrem Verlauf wird der in diesem Zuge eingesetzte Artikel 49-3 der französischen Verfassung zum Gegenstand der Debatte. Im Diskurs um diesen Verfassungsartikel kristallisieren sich aus politisch ganz unterschiedlich verorteten Lagern Positionen heraus, die der Regierung autoritäre Vorgehensweisen vorwerfen. Drittens wird die Polizeigewalt gegen Demonstrierende kritisiert. Hier werden auch Analysen gestellt, die die Demokratie von den in geltendes Recht überführten Verordnungen des Ausnahmezustands von 2015

---

**19** „Die Fünfte Republik entwickelt sich zu einem neuen Regime. Es fällt uns noch schwer, dieses Regime zu benennen, denn es sagt nicht, was es ist – es bekennt sich weder zum Geist seiner Gesetze noch, vor allem, zu den gelebten politischen Gepflogenheiten. Eines aber wissen wir mit Sicherheit: was es nicht ist – oder vielmehr, was es nicht mehr ist. Es kann nicht länger den Anspruch erheben, sich Demokratie zu nennen.“

**20** „Es erscheint beinahe normal, einen Präsidenten und seine Minister gegen die Mehrheit der Bürger regieren zu sehen“.

bedroht sehen. Dieser Diskursstrang wird in den linksgerichteten Medien stärker thematisiert, doch auch *Le Point* und *Le Figaro* bieten hier eigene Einordnungen an.

### 3.2.1 Kritik an der Regierung

*Le Point* schreibt im Dezember 2019 in einem Ausblick auf das kommende Jahrzehnt der 20er-Jahre, Frankreich zeige auf dem Feld der Politik alle Risikofaktoren eines Erstarkens populistischer Parteien. Diese hätten bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2017 bereits 55% der Stimmen auf sich vereinen können, während das traditionelle politische System und seine politische Klasse im Auflösen begriffen seien:

La Ve République cumule désormais l'autoritarisme avec l'instabilité - qui touche moins les gouvernements que les présidents, incapables de se faire réélire, voire de se représenter dans le cas de François Hollande - et l'impuissance à réformer des IIIe et IVe Républiques, ouvrant la possibilité d'une prise du pouvoir par l'extrême droite au cours de cette nouvelle décennie. (Baverez 2020)<sup>21</sup>

Das Ergebnis sei Instabilität und Autoritarismus und die Gefahr einer Machtübernahme durch die extreme Rechte. Hier verdeutlicht sich auch die Wahrnehmungsweise, dass Autoritarismus mit Schwäche der Regierung einhergehe. Derselbe Kommentator beschreibt die von Macron ausgeübte und eingesetzte Macht als autoritär, technokratisch und ultrazentralisiert (Baverez 2019). Die Aufstände und Demonstrationen der Gelbwesten werden als die weitreichendsten sei dem Mai 1968 dargestellt, im späteren Verlauf des Artikels werden die Streiks gegen die von Macron geplanten Rentenreformen als die größten seit 1995 beschrieben. Die Formel der *pouvoir autoritaire, technocratique et hyperconcentré*, bzw. *ultracentralisé* die in allen drei gefundenen Fällen vom selben Autor stammt, wird von diesem zu einer weitreichenden Kritik genutzt, die auch die Umweltpolitik nicht ausspart. Demnach verzweifle die französische Bevölkerung an einer etatistischen, malthusianischen und strafenden Vision, die die Regierung ihrer Ökologiepolitik zu Grunde lege:

---

<sup>21</sup> „Die Fünfte Republik vereint inzwischen Autoritarismus mit Instabilität – die weniger die Regierungen als die Präsidenten betrifft, die unfähig sind, wiedergewählt zu werden oder sich, wie im Fall François Hollandes, überhaupt erneut zur Wahl zu stellen – sowie mit der Reformunfähigkeit der Dritten und Vierten Republik. Damit eröffnet sich in diesem Jahrzehnt die Möglichkeit einer Machtübernahme durch die extreme Rechte.“

Elle cristallise le malaise politique et social né d'un nouveau choc fiscal et d'un pouvoir autoritaire, technocratique et hyperconcentré, en rupture avec les citoyens, les élus et les territoires. Emmanuel Macron s'est piégé lui-même. (Baverez 2018)<sup>22</sup>

Die Kritik, die in *Le Point* geäußert wird, entfacht sich vor allem an neuen Steuerabgaben, welche als willkürlich und ineffizient bezeichnet werden. Auch im *Figaro* findet sich diese Kritik. So wird die geplante Rentenreform von Seiten der Selbstständigen als gigantische autoritäre Umverteilung zu deren Ungunsten bezeichnet:

Voilà les indépendants sommés de consentir à une gigantesque opération de réallocation autoritaire des revenus perçus par les Français pendant le dernier quart de leur existence, au sein de laquelle l'exécutif leur réserve le rôle de vache à lait. (Perrault 2020)<sup>23</sup>

Das Stichwort der autoritären Umverteilung wird auch in einem Zusammenhang genutzt, der sich vom Diskurs und der Haltung von *Le Point* und *Le Figaro* deutlich unterscheidet, nämlich im links einzuordnenden Diskurs öffentlicher Intellektueller wie Didier Eribon oder Geoffroy de Lagasnerie. Letzterer bezeichnet in einem Interview mit dem Schweizer Online-Magazin *Republik.ch* die Privatisierung von Krankenhäusern als autoritäre Intervention, bei der Kosten verstaatlicht und Gewinne privatisiert würden. Nutznießerin dieser als Klassenpolitik bezeichneten Umverteilung sei die herrschende Klasse, die so ihre Kapitalinteressen durchsetze (Binswanger 2019). Je nach politischem Lager oder Verortung wird also entweder die Privatisierung ehemals öffentlicher Güter oder die Besteuerung Selbstständiger als autoritäre Umverteilung geframet: neoliberale Kritik an staatlicher Umverteilung versus neue Klassenpolitik.

In einem Interview im *Figaro* mit dem Schriftsteller Olivier Guez und dem Rechtswissenschaftler Frédéric Rouvillois wird eine allgemeine Charakterisierung von Macron als Präsident vorgenommen (Devecchio & Richelme 2019). Diese ist verbunden mit dem Wiedererstarken der sogenannten *verticalité*, der Idee, ein Staat benötige einen Chef, einen mächtigen Anführer mit großen Machtbefugnissen. Macron wird als glaubwürdigster Erbe des Generals De Gaulle bezeichnet, dem die Idee und Verkörperung der *verticalité* zugeschrieben wird. Macrons Programmbuch *Révolution* (Macron 2016) wird herangezogen, in welchem dieser sich auf eine

---

22 „Sie bringt das politische und soziale Unbehagen zum Ausdruck, das aus einem neuen steuerlichen Schock und einer autoritären, technokratischen und hochkonzentrierten Macht entstanden ist – losgelöst von den Bürgern, den Volksvertretern und den Regionen. Emmanuel Macron hat sich selbst in die Falle manövriert.“

23 „Da werden die Selbstständigen aufgefordert, einer gigantischen autoritären Umverteilungsaktion der Einkommen zuzustimmen, die die Franzosen im letzten Viertel ihres Lebens beziehen – wobei die Exekutive ihnen dabei die Rolle der Melkkuh zuweist.“

Pressekonferenz im Jahr 1964 bezieht, die als Höhepunkt des de Gaulle'schen Absolutismus (Devecchio & Richelme 2019) bezeichnet wird. Die Frage, ob Macron ein Populist sei, wird aus verschiedenen Gründe verneint, zuvorderst wegen seines herabwürdigenden Tons gegenüber armen Menschen und seiner Preisung der Start-Up-Nation (Devecchio & Richelme 2019) – es genüge nicht, der *verticalité* oder dem Autoritarismus zuzustimmen, um als Populist zu gelten. Hier wird deutlich, dass die Einordnung von Macrons Regierungsstil vor dem Hintergrund vielfältiger historischer und theoretischer Bezüge stattfindet – jedoch findet sich noch kein passendes Label, mit dem zugleich *verticalité*, disruptive Start-Up-Mentalität und Verachtung von Armut bezeichnet werden. Die *Macronie* scheint (bis zu diesem Punkt) mit dem diskursiv verfügbaren Wissen noch nicht einwandfrei kategorisierbar zu sein – ein Beispiel für Unklarheit, die nicht von der Umdeutung von Begriffen herrührt, sondern von ihrer Überkommenheit und Unzulänglichkeit für das Neue im politischen Diskurs, das sich traditioneller Muster der Einordnung entzieht.

Während eine befriedigende Kategorisierung der *Macronie* vorerst ausbleibt, werden doch konkrete Regierungshandlungen deutlich bewertet. Ein wichtiger Diskursstrang der öffentlichen Debatte vor der Coronapandemie ist in Frankreich die geplante Rentenreform der Regierung Macron. Die Proteste dagegen legten zeitweise den kompletten Bahnverkehr im Land lahm, es kam zum größten Generalstreik der Geschichte Frankreichs. Im *Figaro* und in *Le Point* wird in diesem Zusammenhang vor allem Kritik oppositioneller Parteien in der *assemblée nationale* zitiert und dargestellt. Während die *Républicains* an der Finanzierbarkeit der Reform zweifeln, kommen von den linken Fraktionen auch Autoritarismusvorwürfe gegen die Regierung. So etwa vom Sozialisten David Habib, welchen der *Figaro* wie folgt zitiert: „L'élite pointe l'autoritarisme du gouvernement depuis le début du quinquennat, qui corsète l'opposition parlementaire“<sup>24</sup> (Maurer 2020). Die Kritik entfacht sich hier an der Art und Weise, wie die parlamentarische Zusammenarbeit organisiert ist, was mit der Metapher des Einschnürens umschrieben wird. Dazu kommt eine Kritik daran, dass den Parlamentariern nicht gestattet wurde, den Text des Gesetzesvorschlag in einer eigens eingerichteten Kommission zu prüfen. Den Abgeordneten, als gewählten Repräsentanten der Bevölkerung, wird demnach die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Reformvorschlag verwehrt.

Auch in der *Libération* und *le Monde* gibt es einige Artikel, die die gegenwärtige Machtausübung im Zusammenhang mit der Rentenreform kritisieren. Am 23. Oktober 2019 beschreibt so etwa der ehemalige Präsident der Republik François

---

24 „Seit Beginn der Amtszeit prangert der Abgeordnete den autoritären Kurs der Regierung an, der die parlamentarische Opposition systematisch einschnürt.“

Hollande die *Malaise*, die sich in der Demokratie ausgebreitet hat („*malaise qui s’est installé dans la démocratie*“) (Hollande 2019). Als Beispiele nennt er die sich überall äußernde Verärgerung der Bürger:innen mit der Untätigkeit der Regierenden angesichts drängender Herausforderungen. Er beklagt den lauter werdenden Ruf nach autoritären Lösungen. Dieser zeige sich etwa in der Meinung, China und Russland seien global betrachtet im Vorteil, da sie sich nicht um Pluralismus kümmerten. Auf Frankreich bezogen stellt Hollande fest, dass es dieser allgemeinen globalen Entwicklung sogar vorausgehe:

C’est dans notre pays que l’extrême droite a jailli au milieu des années 1980. C’est en France que la protestation se traduit par des mobilisations de rue, des violences urbaines ou des grèves plutôt que par l’ouverture de grandes négociations. (Hollande 2019)<sup>25</sup>

Hollandes Problemaufriss folgt ein Vorschlag für weitreichende Reformen am politisch-institutionellen System der Fünften Republik, die unter anderem eine Stärkung des Parlaments einschließt. Auch deutlich partikularere Kritiken werden in den Zeitungen genannt. So zitiert die *Libération* in einer Reportage vom 17. Januar 2020 über die Proteste gegen die Rentenreform vor allem Lehrer:innen und andere Demonstrierende (Lefilliâtre et al. 2020: 4). *Le Monde* berichtet vom Streik der Anwälte:innen in Marseille:

„Par qui sommes nous gouvernés? Par un pouvoir qui devient autoritaire et donne le sentiment qu’il veut détruire notre profession“, déclarait récemment Jérôme Gavaudan, président de la Conférence des bâtonniers.<sup>26</sup> (Leroux 2020: 17)

Die Kritik an der Regierung und den Regierenden geht auch hier mit ihrer Bezeichnung als autoritäre Macht einher. Vor allem ist aber parteigebundene Kritik von Seiten der LFI und PS am Präsidenten Macron im linken Teildiskurs zu finden. Einen Anlass zur Diskussion, die einige Tage lang die Schlagzeilen bestimmte, bot eine Wortmeldung von Ségolène Royal (PS), der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin von 2007 und Umweltministerin unter Hollande. In einem Fernsehinterview vom 24.01.2020 sagt sie, Frankreich sei ein autoritäres Regime und liefert auch ihre Definition eines solchen mit: „On est dans un régime autoritaire. C’est un pouvoir qui n’écoute pas, qui n’en fait qu’à sa tête, qui assiste à la souffrance des citoyens sans

---

25 „Gerade in unserem Land hat sich die extreme Rechte Mitte der 1980er Jahre formiert. In Frankreich schlägt Protest häufig in Straßenproteste, urbane Unruhen oder Streiks um – statt in groß angelegte Verhandlungen zu münden.“

26 „Von wem werden wir regiert? Von einer Macht, die zunehmend autoritär wird und den Eindruck erweckt, unseren Berufsstand zerstören zu wollen“, erklärte kürzlich Jérôme Gavaudan, ehemaliger Präsident der Konferenz Anwaltskammern.“

réagir<sup>27</sup> (Verner 2020). Sowohl *Le Figaro* (Lepelletier 2020a) als auch *le Monde* (Faye 2020) zitieren das Interview und Royals Aussagen direkt. Royal, die sich Ende Januar 2020 bereits als Kandidatin für die Präsidentschaft 2022 ins Spiel bringt, spart auch weiterhin nicht mit Kritik an Macron und seiner Regierungsweise.

„Déconnecté, ‚produit de l’élite mondialisée fasciné par le capitalisme anglo-saxon‘, qui ‚manque totalement d’empathie‘ et ne s’entoure que de gens ‚contaminés par la logique de la rigueur‘ [...]. La ‚brutalité‘ des réponses au mouvement des ‚gilets jaunes‘ ou à celui contre la réforme des retraites l’a profondément choquée, raconte Mme Royal. ‚C’est une vieille tactique dictatoriale que celle du pourrissement. On pousse les gens à bout‘, tacle-t-elle encore.“<sup>28</sup> (Zappi 2020: 11)

In seiner Replik geht Macron nicht inhaltlich auf die Autoritarismusvorwürfe ein. Stattdessen denunziert er die Vorwürfe als „discours politiques extraordinairement coupables“<sup>29</sup> (Berdah 2020). Macron spricht von einem Verbot des Hasses gegen gewählte Vertreter:innen in Demokratien und erklärt Jene, die demonstrieren oder schweigend zustimmen zu Komplizen in der Abschwächung der Demokratie und der Republik (Berdah 2020). So dreht er die Kritik gegen seine Regierung und Machtausübung um und verbleibt dabei auf einer metadiskursiven Ebene. Schuld am Demokratieverfall sind in seiner Betrachtung nicht autoritäre Regierungsmaßnahmen oder Polizeigewalt, sondern Diskurse, die sich schleichend in Frankreich ausbreiten.

Von der Partei LFI kommen im Untersuchungszeitraum, vor allem anlässlich der Rentenreform, die meisten Kritiken an der Regierung. Wie im Falle der Ankündigung eines Misstrauensvotums (*motion de censure*) vom 16. Januar 2020 sind diese oft verbunden mit dem Vorwurf des Autoritarismus. So wird die Abgeordnete Mathilde Panot mit der Aussage zitiert, die Regierung sei verantwortungslos, „autoritaire et pour les riches“ (Le Triennaire 2020), Jean-Luc Mélenchon bezeichnet Macron und die Regierung als „antisocial et autoritaire“ (Mestre 2020: 32). Auch in der *Libération* (Libération 2020; Bouchet-Petersen 2020) wird ähnliche Kritik seitens LFI zitiert, genau wie in *le Monde* (Fressoz 2020b: 31; Faye & Lemarié 2020: 7;

27 „Wir leben in einem autoritären Regime. Es ist eine Macht, die nicht zuhört, die nur nach ihrem eigenen Gutdünken handelt und tatenlos dem Leid der Bürger zusieht.“

28 „‚Abgehoben‘, ein ‚Produkt der globalisierten Elite, fasziniert vom angelsächsischen Kapitalismus‘, dem es ‚völlig an Empathie mangelt‘ und der sich ausschließlich mit Menschen umgibt, die ‚von der Logik des Sparkurses infiziert sind‘ [...]. Die ‚Brutalität‘, mit der auf die Bewegung der ‚Gelbwesten‘ und die Proteste gegen die Rentenreform reagiert wurde, habe sie tief erschüttert, berichtet Madame Royal. ‚Das ist eine altbekannte Taktik diktatorischer Regime – man sitzt die Situation aus und treibt die Menschen in die Verzweiflung‘, kritisiert sie weiter.“

29 Etwa: „zutiefst schuldhaft [auch: verantwortungslos] politische Aussagen.“



Carria 2020: 9). In einer Reportage über Interna der Regierungspartei LREM wird der interne Zentralismus und Autoritarismus beklagt (Lemarié 2019: 6) und die Enttäuschung einiger Mitglieder darüber verdeutlicht. In einem offenen Brief einiger bedeutender französischer Intellektueller wie Annie Ernaux, Didier Eribon und Thomas Piketty wird ebenfalls auf die Proteste und Streiks gegen die Rentenreform Bezug genommen, welche angesichts der als neoliberal und autoritär empfundenen Politik von den Unterzeichnenden unterstützt werden (Un collectif de personnalités 2019: 26).

Kritik an der Regierung kommt im Untersuchungszeitraum sowohl von linker als auch von konservativer Seite. Der Anlass der Rentenreform ist eher für *Le Monde* und *Libération* ausschlaggebend, während *Le Point* und *Le Figaro* Zentralismus, höhere Steuern und Abgaben sowie Umverteilung beklagen. Auch wenn die Stoßrichtungen sich unterscheiden, ist dennoch festzuhalten, dass mit der Rentenreform und den politischen Reaktionen darauf eine Krise der Gouvernamentalität verschärft wurde, die sich bereits in den ihr vorausgehenden Gelbwestenprotesten Ausdruck verlieh. In beiden Fällen waren es die angekündigte Einführung von Abgaben oder Sozialreformen, die den Zorn der Bevölkerung auf die Straße verlegten.

### 3.2.2 Polizeigewalt

Das Vorgehen der Polizei in Frankreich ist bereits Gegenstand vieler soziologischer und ethnographischer Untersuchungen geworden. Am prominentesten ist hier wohl Didier Fassins Studie *La force de l'ordre – Une anthropologie de la police des quartiers* für welche der Anthropologe zwei Jahre lang Polizist:innen einer *brigade anti-criminalité* (BAC) begleitete (Fassin 2015). Diese Spezialeinheiten werden vor allem in den *banlieues*, den Vorstädten französischer Metropolen, eingesetzt um für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Dabei kommt es aber oft zu diskriminierenden Vorfällen, die sich im Kontext von Racial Profiling und struktureller Gewalt ansiedeln lassen. Matthieu Rigouste (2012) befasst sich in seiner Monographie mit der sogenannten ‚Polizeiherrschaft‘ (*domination policière*). Er entwickelt die These einer Industrialisierung der Polizei und geht dafür vor allem auf die koloniale Geschichte der Sicherheitskräfte in Frankreich ein. Pierre Douillard-Lefevre (2016) vollzieht in seinem Buch *L'arme à l'oeil* den Prozess der Militarisierung der Polizei nach. Olivier Filleuile und Fabien Jobard (2016) vergleichen in einem online veröffentlichten Essay das Vorgehen der französischen Polizei mit anderen europäischen Ordnungsmächten und arbeiten heraus, dass beispielsweise in Schweden, Deutschland, den Niederlanden oder dem Vereinigten Königreich im Umgang mit Protesten und Demonstrationen auf Deeskalation und Dialog gesetzt werde. Die französische Polizei hingegen sei noch im Prinzip der Abschreckung verhaftet. Ähnliches stellt

Vincent Sizaire in *le monde diplomatique* fest: Die französischen Demonstrant:innen seien im Vergleich etwa mit deutschen Neonazis oder britischen Hooligans nicht besonders aggressiv. Vielmehr führe die Doktrin, den öffentlichen Raum um jeden Preis zu besetzen, zu einer Überbietung der Gewalt, die letztlich beiden Seiten, Demonstrierenden und Polizei, schade (Sizaire 2019: 4). Hinzu komme eine mangelnde Bereitschaft zur Selbstkritik und Reform. So bezeichnet etwa Innenminister Castaner<sup>30</sup> Gewalt gegen Demonstrierende als Selbstverteidigung: „Moi, je ne connais aucun policier, aucun gendarme qui ait attaqué des ‚gilets jaunes‘; par contre, je connais des policiers et des gendarmes qui utilisent des moyens de défense“<sup>31</sup> (Kempf 2019: 4).

Doch nicht nur Öffentlichkeit und Wissenschaft beklagen in Frankreich eine zunehmende Polizeigewalt. Im Zuge der Gelbwestenproteste kritisieren auch die Vereinten Nationen das Vorgehen der Polizei und drückten ihre Sorge aus, dass die Bürger:innen von der Ausübung ihrer Freiheiten abgehalten werden könnten (United Nations 2019). Nachdem der unverhältnismäßige Einsatz nicht-tödlicher Waffen wie Granaten und Gummigeschosse gerügt wird, appelliert der Bericht an die französischen Autoritäten:

We encourage France to rethink its law enforcement policies and encourage the French authorities to establish avenues for dialogue to reduce tension and to recognize the important and legitimate role that social movements play in governance. (United Nations 2019)

Und auch der Bericht von Human Rights Watch (2020) aus dem Folgejahr weist auf die Gefahr von Einschränkungen der Bürgerrechte hin, die vor allem von der massiven Gewalt gegen Demonstrierende und einem neuen Gesetz vom April 2019 ausgehe. Das *Loi visant à renforcer et garantir le maintien de l'ordre public lors des manifestations*<sup>32</sup> (République française 2019) laufe Gefahr, das Demonstrationsrecht einzuschränken, so Human Rights Watch (2020).

Die Gewalt gegen Demonstrierende, wie sie etwa bei den Protesten der *Gilets jaunes*, aber auch im Zuge des Generalstreiks gegen die Rentenreform im Fokus der Berichterstattung stand, wird in *Le Point* und *Le Figaro* eher randständig thematisiert. Ein seltenes Beispiel findet sich in einem Interview mit dem Schriftsteller Pierre Lemaitre, der angibt, dass er sowohl gegen Marine Le Pen als auch gegen

---

<sup>30</sup> Christophe Castaner war von 2018–2020 Innenminister im Kabinett von Premierminister Philippe. Ab 2020 wurde sein Amt von Gérard Darmanin übernommen.

<sup>31</sup> „Ich kenne keinen einzigen Polizisten oder Gendarmen, der ‚Gelbwesten‘ angegriffen hätte; wohl aber kenne ich Polizisten und Gendarmen, die Verteidigungsmittel einsetzen.“

<sup>32</sup> Etwa: „Gesetz zur Stärkung und Sicherung der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei Demonstrationen“

Emmanuel Macron auf die Straße gehen würde. Angesichts der Polizeigewalt bezeichnet er die gegenwärtige Lage des Landes als autoritäre Demokratie:

„Nous sommes entrés dans une démocratie autoritaire“, poursuit-il, dressant un sombre diagnostic de l'état du pays. La République s'est fragilisée dans ses fondements, liberté, égalité, fraternité. Nous n'analysons plus le monde avec nos valeurs, mais avec nos terreurs.<sup>33</sup> (Le Guen 2019)

Im linken Teildiskurs thematisiert vor allem *Libération* die Polizeigewalt. In einem dreiseitigen Beitrag vom 06. Februar 2020 berichten verschiedene Demonstrant:innen von der Angst, die sie bei den Protesten angesichts der zunehmenden Polizeigewalt verspüren. Eine Teilnehmerin wird wie folgt zitiert:

Je ne suis pas de ceux qui disent que la France est une dictature, mais je trouve que nous vivons dans une démocratie de plus en plus autoritaire. Il y a des policiers, notamment les gendarmes et les CRS, qui gardent leur contrôle, mais la BAC et la CSI sont de plus en plus autonomes.<sup>34</sup> (Darnault et al. 2020)

Ein anderer berichtet, wie er bei einer Demonstration von einem Gummigeschoss verletzt wurde und seitdem mit den psychischen Folgeschäden zu kämpfen hat (Darnault et al. 2020). Durch die Porträts der Interviewten und die persönlichen Aussagen ist die Berichterstattung der *Libération* emotional aufgeladen und eindeutig gegen Polizeigewalt gerichtet.

Didier Fassin fordert in einem ganzseitigen Gastbeitrag in *Libération* vom 29. Januar 2020, die Gewalt des Staates beim Namen zu nennen (*nommer la violence d'État*) (Fassin 2020: 24). Er stellt fest, dass die staatliche Gewalt bis vor Kurzem noch ignoriert werden konnte, da sie vor allem die Bewohner:innen der sogenannten *quartiers populaires*, also beispielsweise der *banlieues* betraf. Nun aber betreffe sie die Gesamtheit der Gesellschaft. Der Autoritarismus der Regierung täusche nicht über ihren Autoritätsverlust hinweg (Fassin 2020: 24). Besonders die Leugnung der Polizeigewalt kritisiert Fassin: hierdurch werde aus Polizeigewalt staatliche Gewalt. Macron und sein Innenminister Castaner werden mit direkten Leugnungen zitiert: „Ne parlez pas de violences policières! Ces mots sont

---

<sup>33</sup> „Wir leben inzwischen in einer autoritären Demokratie“, sagt er weiter und zeichnet ein düsteres Bild vom Zustand des Landes. Die Republik ist in ihren Grundfesten erschüttert – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Wir betrachten die Welt nicht mehr durch das Prisma unserer Werte, sondern durch das unserer Ängste.“

<sup>34</sup> „Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, dass Frankreich eine Diktatur ist, aber ich finde, wir leben in einer zunehmend autoritären Demokratie. Es gibt Polizisten – insbesondere Gendarmen und CRS –, die die Kontrolle wahren, aber die BAC und die CSI agieren immer eigenständiger.“

inacceptables dans un Etat de droit“<sup>35</sup> (Fassin 2020: 24). Macrons Versuch, die Benennung der Polizeigewalt zu untersagen, passt sich ein in seine Denunzierung der *discours coupables* mit welchen er zuvor auf oppositionelle Kritik reagiert hatte.

Im Zusammenhang mit der generellen Gefahr des Aufstiegs des Autoritarismus (*montée de l'autoritarisme*) diskutiert *Libération* zudem eine Personalie: den neuen Polizeipräfekten von Paris Didier Lallement. Dieser wird auch in *le Monde* als autoritär charakterisiert (Chapuis & Chemin 2020: 20), aber *Libération* bezeichnet sein Verhalten als das eines Machthabers in einem autoritären Regime (*potentat d'un régime autoritaire*) (Schneidermann 2019: 25). Bezeichnungen der *Macronie* als autoritäre Demokratie oder häufen sich in diesem Kontext. Gerade in der Personalie Lallement werden Anzeichen für eine Verschiebung hin zum Autoritären gesehen, wie die Berichterstattung zeigt. Hierauf geht auch der Journalist Romaric Godin in seinem Buch *La Guerre sociale en France* näher ein und erklärt, warum er Frankreich als autoritäre Demokratie bezeichnet. Ein Kritikpunkt richtet sich explizit gegen die Polizeigewalt. Eine autoritäre Demokratie charakterisiert Godin wie folgt:

C'est une démocratie où, pour mater un mouvement social, on peut laisser une immense latitude et, pour tout dire, presque la plus grande liberté à des forces de l'ordre équipées d'armes capables à crever des yeux, de mutiler des membres et de causer des blessures graves.<sup>36</sup> (Godin 2019: 8)

Zur Kritik steigender Gewalt durch Sicherheitskräfte gehört auch das Antiterrorgesetz, welches den zwei Jahre andauernden Ausnahmezustand nach den Terroranschlägen vom 13.11.2015 in ein zunächst zeitlich begrenztes Gesetz überführte. Dieses erregte vor allem die Kritik der Opposition. In *Le Point* wird diese in Person des LFI-Politikers Ugo Bernalicis zitiert, der die Verantwortlichen als Befürworter :innen einer sogenannten *démocrature* bezeichnet: Mit dieser Kontraktion aus den Wörtern *démocratie* und *dictature* soll verdeutlicht werden, dass es sich beim gegenwärtigen Regime nur mehr um den bloßen Anschein einer Demokratie handle: „On est en train d'introduire des mesures qu'on retrouve dans des régimes autoritaires“<sup>37</sup> (Lévy 2019).

Dieser Wahrnehmung des Gesetzes wird in dem Artikel widersprochen, indem darauf hingewiesen wird, dass das Gesetz zunächst zeitlich begrenzt ist und nach Ende der Testphase einer Evaluation unterzogen werde. Zudem seien die

35 „Sprechen Sie nicht von Polizeigewalt! Solche Worte sind in einem Rechtsstaat inakzeptabel.“

36 „Es ist eine Demokratie, in der man, um eine soziale Bewegung niederzuschlagen, den Ordnungskräften eine enorme Handlungsfreiheit einräumt – ja, man könnte sagen: nahezu uneingeschränkte Freiheit –, obwohl sie mit Waffen ausgerüstet sind, die Augen zerstören, Gliedmaßen verstümmeln und schwere Verletzungen verursachen können.“

37 „Es werden gerade Maßnahmen eingeführt, die man sonst aus autoritären Regimen kennt.“

Französischen und Franzosen sich laut einer Umfrage darüber im Klaren, dass das Gesetz ihre Freiheiten einschränke, während sie zugleich zu einem großen Anteil ihre Sicherheit dadurch erhöht sähen. Demnach sehen 85% der Befragten ihre Sicherheit durch das Gesetz erhöht, während 62% davon ausgehen, dass es zugleich ihre Freiheiten einschränke (Lévy 2019). Die Akzeptanz und abwägende Willensbildung der Bürger:innen dient in diesem Argument als Prüfstein für die Bewertung eines Gesetzes als autoritär. Zugleich wird hier deutlich, dass sich der Diskurs über Freiheit und öffentliche Ordnung innerhalb des für das Zeitalter der Gouvernamentalität charakteristischen Sicherheitsdispositivs bewegt. Die Einschränkung der Freiheit per Gesetz wird zu Gunsten der staatlicherseits versprochenen Sicherheit willentlich akzeptiert:

Ein Staat, der Sicherheit schlechthin garantiert, muss immer dann eingreifen, wenn der normale Gang des alltäglichen Lebens durch ein außergewöhnliches, einzigartiges Ereignis unterbrochen wird. Dann reicht das Recht nicht mehr aus; Eingriffe werden erforderlich, die trotz ihres außerordentlichen, außergesetzlichen Charakters dennoch nicht als Willkür oder Machtmissbrauch erscheinen dürfen, sondern als Ausdruck von Fürsorge. (Foucault et al. 2003: 498)

Die Krise der Gouvernamentalität zeigt sich im Erstarken von Protestdiskursen, die das Vorgehen der Polizei nicht mehr als Ausdruck einer pastoralen Fürsorge im Rahmen des höheren Gutes der Sicherheit sehen wollen, sondern sie als Machtmissbrauch, Gewalt und Repression verstehen. In diesem Zusammenhang ist Polizeigewalt ein wichtiges Thema im Diskurs. Wachsende Teile der Bevölkerung machen im Zuge von Protesten die Erfahrung, dass ihrer Kritik und dem Ausdruck ihrer politischen Forderungen mit Gewalt begegnet wird und die Regierung ihre Linie unbeirrt fortsetzt. Die Bewertung einer solchen Macht als autoritär und immer weniger demokratisch offenbart sich in den vielfältigen Diskursen, die in ihrer Gesamtheit den Eindruck einer Krise der Gouvernamentalität erzeugen. Neologismen wie *démocrature* oder (scheinbare) Oxymora wie *démocratie autoritaire* zeugen von dieser Krise, ebenso wie Forderungen nach einer Verfassungsreform oder einer Sechsten Republik.

### 3.3 Demokratie in Gefahr

Die meisten Nachweise der Begriffe *autoritaire* und *autoritarisme* finden sich im Zusammenhang mit der Beschreibung des politischen Zeitgeschehens weltweit. Hierzu gehören auch Erklärungsansätze und erste Diagnosen für das wahrgenommene Abdriften vieler Staaten und Regionen ins Autoritäre. Oft wird hier auf Russland, China und Ungarn Bezug genommen, aber auch die USA und die Türkei und

bestimmte Entwicklungen in Frankreich werden nicht ausgeklammert. Wie es für die französische Medienöffentlichkeit üblich ist, finden sich in diesem Teildiskurs viele Beiträge von Wissenschaftler:innen und Expert:innen, die das Thema historisch, soziologisch oder politologisch einordnen und so zu einem durchaus wissenschaftlich informierten Mediendiskurs beitragen. Anders als im Diskursstrang zum Neoliberalismus und Kapitalismus, in welchem vor allem linke Kritiken laut werden, sind in der Diskussion um globale Entwicklungen und Zeitdiagnosen durchaus auch konservative Stimmen und Erklärungsansätze zu wahrzunehmen. Zugleich wird in diesem Verwendungskontext besonders deutlich, dass es sich beim Diskurs über Autoritarismus um eine Auseinandersetzung über die legitime Auslegung von Demokratie handelt. Dies konkretisiert sich nicht nur an der diskursiven Auseinandersetzung mit der sogenannten *illiberalen* Demokratie (3.3.1), sondern auch am Thema der ökonomischen Ungleichheit und der damit verbundenen Forderung nach Umverteilung (3.3.2) sowie der Kritik autoritärer Regierungspraktiken in Frankreich (3.3.3).

### 3.3.1 Illiberale Demokratie

Am 07.11.19 schreibt der ehemalige Diplomat Michel Duclos in *Le Monde* anlässlich des bevorstehenden dreißigsten Jahrestags des Falls der Berliner Mauer:

Nous sommes entrés dans ce que l'on pourrait appeler le monde des ‚nouveaux autoritaires‘: ces ‚hommes forts‘, autocrates, chefs populistes et autres dictateurs qui définissent aujourd'hui l'air de notre temps.<sup>38</sup> (Duclos 2019: 29)

Diese Welt der neuen Autoritären wird mit dem Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich und dem Einzug Trumps ins Weiße Haus illustriert. Vor allem zeige sich die Entwicklung jedoch in den vielen neuen autoritären Politikern, so etwa Orbán, Erdoğan, Modi oder auch Netanyahu und Salvini. Duclos sieht die liberale Demokratie sowohl von außen als auch von innen bedroht. Die Einschätzung, dass das westliche Modell der Demokratie in Gefahr sei, wird auch in den konservativen Medien geteilt, wenngleich hier die Gefährdung von innen betont wird. So wird in *Le Point*, wiederum mit einem Blick auf die frühen 90er-Jahre, in einem Interview mit David Brooks eine Studie zitiert, die untersucht, für wie wichtig es junge Amerikaner:innen halten, in einer Demokratie zu leben. Die Zustimmungsrate sei seit

---

38 „Wir sind eingetreten in das, was man das Zeitalter der ‚neuen Autoritären‘ nennen könnte: diese ‚starken Männer‘, Autokraten, populistischen Führer und andere Diktatoren, die heute das Klima unserer Zeit prägen.“

1990 von 91% auf 57% gefallen. Und auch in anderen bedeutenden Nationen sinke dieser Wert rapide (Mahler & Mahrane 2018).

Ähnliches konstatiert der Politikwissenschaftler Yasha Mounk in einem Interview mit *Le Point* (Mahler 2018). Er weist auf ein Dilemma hin, welches er damit herleitet, dass (konstitutioneller) Liberalismus und Demokratie sich zwar in Westeuropa gemeinsam entwickelt haben, aber nicht untrennbar verbunden sind. In einer zunehmend komplexen Welt, in der Probleme, wie beispielsweise der Klimawandel, global zwischen ca. 200 Staaten abgestimmt werden müssen, könnten die Bevölkerungen nicht immer direkt nach ihrer Zustimmung gefragt werden. Dies bezeichnet er als antidemokratischen Liberalismus, da hier der Wille des Demos nicht berücksichtigt wird, jedoch zum Wohle Aller und auch der Minderheiten gehandelt wird. Ein solches Vorgehen jedoch kann schnell zum Nachteil der liberalen politischen Eliten gereichen und so den Gegenspieler, nämlich den demokratischen Illiberalismus auf den Plan rufen. Dieser liege vor, wenn populistisch, also im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung, etwa gegen Minderheiten vorgegangen wird. Die Bezeichnung *illiberale Demokratie* wird spätestens seit 2014 von Viktor Orbán selbstbewusst als Gegenmodell zur westlichen liberalen Demokratie propagiert (Tóth 2014). Sie betont den majoritären Charakter dieser Auslegung von Demokratie, der sich ostentativ gegen liberale Werte richtet und sie als potentiell antidemokratisch darstellt.

Wodak (2019: 199) zeigt, dass Orbáns Definition von illiberaler Demokratie in einer Intoleranz gegenüber Minderheiten und „supporting strong forms of majoritarianism“ besteht. Bis zu einem gewissen Grad kann Orbán sich in seinem Demokratieverständnis auf politikwissenschaftliche Forschung beziehen. So stellt Fareed Zakaria in seinem einflussreichen Artikel zum Aufstieg der illiberalen Demokratie fest:

Liberalism, either as a conception of political liberty, or as a doctrine about economic policy, may have coincided with the rise of democracy. But it has never been immutably or unambiguously linked to its practice. Today the two strands of liberal democracy, interwoven in the Western political fabric, are coming apart in the rest of the world. Democracy is flourishing; constitutional liberalism is not. (Zakaria 1997: 23)

In der Folge arbeitet Zakaria heraus, dass viele der neu entstandenen Demokratien nach 1990 in eine illiberale Richtung tendieren. Er hält fest: „Western liberal democracy might prove to be not the final destination on the democratic road, but just one of many possible exits“ (Zakaria 1997: 24). Diese Beobachtung war in den 1990er-Jahren unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Sowjetunion entstanden. Sie findet auch Eingang in den französischen Diskurs, in einem Porträt von Fareed Zakaria vom 17.12.2019 in *Le Monde*, welches sich vor allem dessen Konzept der illiberalen Demokratie widmet (Bherer 2019: 34). Im Unterschied zu *Le Point*

wird hier auch eine Gegenposition zu Zakarias eher formalem und reduzierten Demokratieverständnis zitiert:

Fareed Zakaria accorde un sens trop limité au terme de démocratie, comme s'il se réduisait au vote. Or, depuis les Anciens, la démocratie ne se réduit pas à une procédure: elle porte aussi des valeurs telles que l'égalité, l'attention aux citoyens ou le respect des libertés.<sup>39</sup> (Bherer 2019: 34)

Der hier zitierte Philosoph Florent Guénard besteht auf der Untrennbarkeit von Demokratie und Werten wie Gleichheit und Achtung der Bürgerrechte, die heute oft mit konstitutionellem Liberalismus assoziiert werden. Zakaria hingegen versteht Demokratie und konstitutionellen Liberalismus als getrennt entstehende und nur zufällig in Westeuropa gemeinsam auftretende Phänomene. Yasha Mounks Argument basiert auf Zakarias Beobachtungen, abstrahiert aber von der Regimeebene insofern, als er auch in liberalen Demokratien Ansätze des Illiberalismus aufkommen sieht. In dem Interview geht er, wie schon Brooks, auf die fallenden Zustimmungswerte gerade jüngerer Menschen zur Demokratie ein und weist zudem auf eine Bedrohung der liberalen Demokratie durch Immigration hin. Die Idee einer multiethnischen Gesellschaft sei historisch sehr neu und stelle auch liberale Demokratien und deren Bürger:innen vor Herausforderungen. Eine demographische Panik (*angoisse démographique*) sei omnipräsent, selbst in Frankreich, wo doch mit dem Republikanismus eine integrationistische Strömung vorherrsche (Mahler 2018).

Das Stichwort *angoisse démographique*, welches Mounk in seinem Interview nutzt, um die Skepsis oder Furcht vor Immigration zu verdeutlichen, ist auch in der Forschung präsent. Mit seiner englischen Entsprechung *demographic panic* bezeichnet Shalini Randeria (2018) das in gegenwärtigen politischen Diskursen westlicher Demokratien verbreitete Paradox, das darin besteht, die Welt zugleich als über- und unterbevölkert darzustellen (nämlich in Abhängigkeit vom jeweiligen Herkunftskontinent, Afrika respektive Europa). Angesichts dieser Panik, die sich aus Szenarien der Massenimmigration, der Überfremdung und des Identitätsverlusts speist, entscheiden sich die Regierenden oft, einen Anti-Immigrationskurs einzuschlagen: „Most politicians fearful of their jobs opt to go with the democratic will that stands in opposition to liberal principles“ (Hansen & Randeria 2016: 995). Auch hier wird implizit die zunehmende Spannung zwischen demokratischem Prozess und liberalen Prinzipien thematisiert.

---

39 „Fareed Zakaria gibt dem Begriff Demokratie eine zu enge Bedeutung, als ob sie sich nur auf das Wahlrecht beschränkte. Dabei ist Demokratie seit der Antike mehr als ein Verfahren: Sie beinhaltet auch Werte wie Gleichheit, Fürsorge für die Bürger und die Achtung der Freiheiten.“



In *Libération* werden ähnliche Problemlagen verhandelt. Der prominente Kommentator Alain Duhamel schreibt am 14.11.2020: „Depuis les années 30, le Vieux Continent n'a pas connu pareille fragilité, pareille vulnérabilité, pareille incertitude“<sup>40</sup> (Duhamel 2020c: 22). Dabei geht er auf die unterschätzten Auswirkungen der Krise von 2008, das Erstarken rechtsextremer Parteien unter anderem in Spanien, Italien und Deutschland, sowie die Auswirkungen der Immigration im Jahr 2015 ein. Frankreich stellt er aufgrund des soliden Sozialstaats und der Intaktheit seiner Institutionen als eine Art Ausnahme dar, verschweigt aber nicht die wachsende Unzufriedenheit der Französ:innen angesichts dieser Entwicklungen. Auch in Frankreich herrsche das Gefühl vor, dass die Demokratie zunehmend schlechter funktioniere. Das postsowjetische Osteuropa entwickle sich in Richtung illiberaler Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, Freiheiten, Unabhängigkeit von Justiz und Presse abbaue und hierfür Subventionen der EU verwende (Duhamel 2020c: 22). Derselbe Kommentator schreibt am 06. Februar 2020 in *Libération* aber auch über den ‚Mythos eines illiberalen Frankreichs‘ (*Mythe d'une France illibérale*) (Duhamel 2020a). Doch auch wenn er hier die demokratischen Institutionen der Republik in Schutz nimmt, sieht er eine illiberale Tendenz in der Bevölkerung, die sich nicht weniger, sondern mehr Autoritarismus wünsche:

[L]a tentation illibérale se loge principalement à la base et non pas au sommet: en particulier dans l'électorat même de ceux qui crient au loup illibéral face à notre imparfait exécutif.<sup>41</sup> (Duhamel 2020a: 26)

Wie in Duhamels erstem Kommentar werden auch an anderer Stelle Vergleiche mit den 30er-Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts gezogen. Der britische NS-Historiker Ian Kershaw wird in *le Monde* nach seiner Einschätzung der aktuellen Lage und ihrer Vergleichbarkeit mit dem Europa der Zwischenkriegszeit gefragt. Kershaw betont in seiner Antwort wiederum die zentrale Stellung des Wahlrechts in Demokratien. Zwar gebe es derzeit einen Zuwachs an Nationalismus, Xenophobie und Rassismus. Über die Selbstbezeichnung beispielsweise Polens und Ungarns als illiberal sieht er jedoch hinweg und auch die Instrumentalisierung des Wahlrechts durch autoritäre Leader stellt für ihn keine Infragestellung des demokratischen Systems dar (Semo 2020: 24). Im Unterschied zu den 1930er-Jahren werde heute die Demokratie nicht von Faschismus, Kommunismus und Teilen der Elite infrage

---

<sup>40</sup> „Seit den 1930er-Jahren hat der Alte Kontinent keine solche Zerbrechlichkeit, Verwundbarkeit und Unsicherheit erlebt.“

<sup>41</sup> „Die illiberale Versuchung kommt vor allem von der Basis und nicht von der Führung – besonders aus dem Wählerlager derjenigen, die angesichts unserer unvollkommenen Regierung den Alarm vor dem illiberalen Wolf schlagen.“

gestellt. Zakarias Trennung von konstitutionellem Liberalismus und demokratischem Prozess ist auch hier wiederzufinden.

*Le Point* wiederum sieht in den Demonstrationen und Protesten der *Gilets jaunes* eine Gefahr für die demokratischen Institutionen heraufziehen. Besonders die Forderungen nach mehr Bürger:innenbeteiligung durch Referenda werden in einem Meinungsartikel vom 01.02.19 als „bêtises“ (Giesbert 2019), also Unsinn, abgetan. Referenda werden als Möglichkeit verstanden, gewählte Politiker:innen zu stürzen und die Forderungen nach einer Verfassungsänderung in die Nähe der Demagogie und des Populismus gerückt. In dem vordergründig konservativen Beharren auf der Verfassung offenbart sich die Angst vor einem demokratischen Illiberalismus. Die Befürchtung ist, dass durch ständige Referenda die Stabilität der demokratischen Institutionen untergraben würden und so eine populistische, demagogische Schreckensherrschaft entstehen könnte. Die Gefahr komme von links. So zumindest können die Rekurse auf die Französische Revolution gelesen werden, die der Autor zitiert und in welchen er die Jakobiner als präleninistische Gruppe bezeichnet.

Der Diskurs über den (II)Liberalismus in *Le Point* trennt nicht immer klar zwischen wirtschaftlichem und konstitutionellem Liberalismus. So auch in einem Artikel vom 24.09.2018, der in der Überschrift den Liberalismus als Gegengift zum Populismus preist (Barochez 2018). Nach einem Lob der Werte und Errungenschaften des Liberalismus seit dem 19. Jahrhundert wird der Zustand des gegenwärtigen Frankreichs beklagt:

Peu de sociétés développées sont aussi hiérarchisées et sclérosées que la nôtre. Tout individualisme y est connoté négativement. Les élites y cultivent l'entre-soi, de la maternelle à la retraite. L'ascenseur social est depuis bien longtemps bloqué au rez-de-chaussée. La dépense publique, qui atteint le record de 57 % du produit intérieur brut – ce qui ne rend pas les services de l'Etat plus efficaces –, pèse d'un poids considérable sur la compétitivité de l'économie.<sup>42</sup> (Barochez 2018)

Die Kur für dieses Frankreich, „affligeante championne du monde des prélèvements obligatoires“<sup>43</sup> (Barochez 2018) sei wiederum der Liberalismus. Es wird deutlich, dass sowohl Werte wie soziale Durchlässigkeit als auch Ideen vom schlanken

---

<sup>42</sup> „Wenige entwickelte Gesellschaften sind so hierarchisch und verkrustet wie die unsere. Jeglicher Individualismus wird hier negativ bewertet. Die Eliten pflegen ihr unter sich bleiben – von der Vorschule bis zur Rente. Der soziale Aufzug ist schon lange im Erdgeschoss stecken geblieben. Die öffentlichen Ausgaben, die mit 57 % des Bruttoinlandsprodukts einen Rekordwert erreichen – was die Effizienz der Staatsdienste nicht steigert –, belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erheblich.“

<sup>43</sup> Etwa: „Bedauerlicher Weltmeister bei den Pflichtabgaben“.

Staat, Effizienz in der Verwaltung, sowie niedrigen Steuern und Abgaben mit Liberalismus assoziiert werden. Hier rückt die relative Höhe der Sozialabgaben und Steuern in Frankreich in die gleiche, als ‚nicht-liberal‘ kritisierte, Ecke wie etwa die Reproduktion der Eliten und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

In einer Reportage über die Abwendung der Partei *Les Republicains* (LR) vom Liberalismus vom Juni 2018 ist wiederum hauptsächlich der Wirtschaftsliberalismus gemeint – die Opposition der Partei gegen das Freihandelsabkommen CETA wird dargestellt und die ungewöhnliche Übereinstimmung mit der linken LFI betont (Denis et al. 2018). Diese mangelnde begriffliche Trennschärfe bemerkt in einem Interview mit *Le Figaro* der konservative Journalist und Romancier Joseph Macé-Scaron: „Vous avez raison, dans le débat public, par paresse autant que par calcul, le libéralisme est devenu synonyme de libéralisme économique“<sup>44</sup> (Thréard 2020). Die Begriffsverengung jedoch aufrechterhaltend geht er sogleich dazu über, die Ursprünge des Wirtschaftsliberalismus als Antwort auf die „ère des tyrannies“<sup>45</sup> (Thréard 2020) zu aktualisieren und sodann eine Rückkehr des Totalitarismus in Gestalt des Islamismus zu behaupten. Das liberale Erbe (diesmal ist wiederum der Schutz politischer Freiheiten gemeint) sei im Herzen des westlichen Projekts und werde zusehends bedroht – man befinde sich im Krieg (Thréard 2020).

Während im linken Teildiskurs, ganz im Sinne Zakarias, auf die Veränderung der Demokratie hin zum Illiberalismus hingewiesen wird, stehen im konservativen Teildiskurs Entwicklung im Vordergrund, die sich auf den wirtschaftlichen Liberalismus beziehen. Diese unterschiedlichen Auffassungen erlauben es, die mehr oder weniger diffuse Gefahr für die Demokratie, je nach Positionierung, links oder rechts zu verorten. *Le Monde* und *Libération* warnen vor autoritären Leadern, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit und sehen Donald Trump oder Viktor Orbán als Symbolfiguren einer möglichen illiberalen Zukunft auch westlicher Demokratien. *Le Point* kritisiert eher wirtschaftliche und Verteilungsfragen sowie Ineffizienz und richtet sich gegen eine als dirigistisch wahrgenommene, etatistische, hierarchische Politik, welche dem Markt als Hauptordnungsmacht des wirtschaftlichen Liberalismus zu wenig freie Hand lässt. In diesem Teildiskurs ist die Gefahr für die Demokratie auf der Seite der Verfechter:innen eines starken Staates verortet. Die Anspielungen auf die Französische Revolution und die Jakobiner und ihre Schreckensherrschaft im Kontext der Proteste der *Gilets jaunes* sind hier als

---

44 „Sie haben recht: Im öffentlichen Diskurs ist der Liberalismus – aus Bequemlichkeit ebenso wie aus Kalkül – zum Synonym für Wirtschaftsliberalismus geworden.“

45 Der Ordoliberalismus der Freiburger Schule entstand maßgeblich unter dem Eindruck der zentralistischen Wirtschaftsplanung NS-Deutschlands und der Sowjetunion. Auch Friedrich Hayeks (1971 [1944]) *Der Weg zur Knechtschaft* richtet sich gegen jegliche zentrale Wirtschaftsplanung, da diese in die Knechtschaft des Individuums führe.

Illustration zu begreifen – für eine diffuse Angst vor einer populistischen Diktatur des proletarischen Pöbels. Beide Szenarien gleichen sich darin, dass sie den Liberalismus bedroht sehen, auch wenn zwei unterschiedliche Konzepte desselben vorliegen. Diese grundlegende Unklarheit in einem zentralen Begriff in der Debatte um Demokratie und Autoritarismus führt im Diskurs Konfusion. Wirtschaftsliberale können Linke ebenso als *illiberal* bezeichnen, wie Sozialisten Konservative mit diesem Stigma belegen können – wenn auch mit jeweils deutlich unterschiedlichen Prämissen.

Die Folge dieser Begriffsverwirrung ist nicht zuletzt ein verunklarender Effekt, der die politische Positionierung in diesem umstrittenen und brisanten Diskurs betrifft: Ist es illiberal, gegen höhere Umweltabgaben auf die Straße zu gehen oder Volksabstimmungen zu fordern? Oder ist es die Einschränkung des Demonstrationsrechts, die mit diesem Begriff bezeichnet werden sollte? Unklarheit und Konfusion in diesem Grundbegriff des Diskurses um Autoritarismus und Demokratie führen zu einer öffentlichen Debatte, die wenig konstruktiv geführt wird und die den Eindruck einer politischen Polarisierung verstärkt.

### 3.3.2 Kapitalismus und Autoritarismus

In der Kritischen Theorie wird seit Langem die Verbindung zwischen Faschismus und kapitalistischer Klassengesellschaft untersucht. Bereits in dem 1963 veröffentlichten Vortrag *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit* geht Adorno auf das Fortleben des Nationalsozialismus in der Demokratie ein (Adorno [1963] 1971). Und auch in einem Vortrag mit dem Titel *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus* von 1967 stellt er fest, dass „die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus nach wie vor fortbestehen“ (Adorno [1967] 2019: 9). Zu diesen Voraussetzungen zählt er explizit die „nach wie vor herrschende Konzentrationstendenz des Kapitals“, die zur „permanenten Deklassierung von Schichten“ führe, die „ihrem subjektiven Klassenbewußtsein nach durchaus bürgerlich waren“ (Adorno [1967] 2019: 10) und die auf den sozialen Abstieg mit Hass und Ressentiment gegen die gegenwärtige wirtschaftspolitische Ordnung reagieren. Diese Diagnose ist vereinbar mit dem Konzept des autoritären Populismus (siehe Kap. 2.3.3) und prägt zudem die neuere Theoriebildung in der Kritischen Theorie (Brown 2018, siehe auch Kap. 3.4).

Auch in den französischen Mediendiskurs hat diese Denkrichtung Einzug gehalten. So äußert sich der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, nach der Möglichkeit des Trumpismus als neuer Norm innerhalb liberaler Demokratien gefragt (Le Fol 2019), kritisch über Kapitalismus und seinen Zusammenhang mit autoritären Regimen. Frankreich und die Europäische Union stellt Le Maire als Akteure dar, die sich im Angesicht der Gefahr des Trumpismus und

anderer autoritärer Regime in einem Kampf befänden, der Resultate und Entscheidungen benötige. Den Präsidenten Macron stellt er als Vorreiter der liberalen Demokratien in Europa dar, die er mit autoritären Regimen kontrastiert. Die Metapher des Trumpismus als Fieberschub („*poussée de fièvre*“), (Le Fol 2019) die hier in der Interviewfrage verwendet wird, passt in die Argumentation aus der Kritischen Theorie, Faschismus sei ein Effekt des Wiedererstarkens innerer Pathologien kapitalistischer Systeme (Brown et al. 2018: 4). Auch die Einordnung des Wirtschafts- und Finanzministers ist vordergründig kompatibel mit Kapitalismuskritischen Positionen:

Mais le capitalisme ne peut plus se donner comme seul objectif de générer du profit. Il doit avoir un sens politique et social. Le capitalisme que nous avons connu au XXe siècle est dans une impasse. Il a conduit à la destruction des ressources naturelles, à la croissance des inégalités et à la montée des régimes autoritaires.<sup>46</sup> (Le Fol 2019)

Letztlich geht es Le Maire aber eher um die Beibehaltung der europäischen Souveränität in Anbetracht globaler Herausforderungen, wie etwa der wachsenden Macht multinationaler Konzerne, denen es im Vergleich mit Staaten einzig an militärischer und monetärer Souveränität fehle, sowie an demokratischer Kontrolle durch die Bürger:innen (Le Fol 2019). Diese deutliche Kapitalismuskritik seitens des Wirtschaftsministers mag überraschen, zumal sie in einer dem konservativ-bürgerlichen Lager zuzuordnenden Zeitschrift veröffentlicht wurde. Im konservativen Teildiskurs ist die Verbindung von Autoritarismus und (wirtschaftlichem) Liberalismus äußerst selten. Der linke Teildiskurs ist hier deutlich direkter.

Am 06.01.2020 veröffentlicht *Libération* ein ausführliches Interview (Faure & Vécrin 2020) mit dem NS-Experten Johann Chapoutot über dessen Essay *Libres d'obéir* (Chapoutot 2020a). Chapoutot beschreibt darin das scheinbare Paradox, dass im Nationalsozialismus zunächst keine autoritäre Konzeption von Arbeit vorherrschte, die Deutschen also nicht zur Arbeit gezwungen wurden, sondern der NS eine lange Zeit als partizipative Bewegung beschrieben werden kann, wenn man die Ausgrenzung der sogenannten ‚Volksfeinde‘ und insbesondere der Jüdinnen und Juden ausklammere. Sogenannte ‚Volksgenossen‘ wurden vielmehr zur Arbeit motiviert, mit Anreizen, Vergünstigungen, oder den KDF-Maßnahmen. Anschließend zeigt er anhand der Biographie Reinhard Höhns die Verflechtungen von nationalsozialistischem Staatsdenken, Führungsstil der ‚Volksgenossen‘ und dem

---

46 „Der Kapitalismus kann sich nicht länger darauf beschränken, Profit zu erwirtschaften. Er muss auch einen politischen und sozialen Sinn haben. Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts steckt in einer Sackgasse: Er hat zur Zerstörung natürlicher Ressourcen, zum Anwachsen sozialer Ungleichheiten und zum Erstarken autoritärer Regime geführt.“

modernen Managerialismus, der vor allem im Prinzip des Führens durch Delegation der Verantwortung besteht. Das Harzburger Managementmodell, welches Höhn auch nach dem Ende der NS-Herrschaft bis in die 1980er-Jahre dem Großteil der bundesdeutschen Führungskräfte näherbrachte, sieht gute Unternehmensführung darin, den Untergebenen eine klare Mission zu geben und ihnen dann selber die Verantwortung zu überlassen, sie zu erfüllen. Im Falle des Scheiterns wird auch die Schuld an die Angestellten weitergegeben. Hierin besteht die paradoxe Freiheit der Angestellten: sie sind frei zu gehorchen (*libres d'obéir*). Die Verbindung zur Gegenwart stellt Chapoutot im Verlauf des Interviews mehrmals her. Die auffällige Nähe der Lexik etwa, die sich in Vokabeln wie *flexibilité*, *agilité* oder *souplesse* zeige, aber auch die Verwandtschaft zwischen der Fokussierung des Nazismus auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erholung und modernen Regimen der *Happiness* werden angeführt. Das Interview endet mit Chapoutots Bekenntnis, Management komplett abzulehnen, denn die Grundlage des Unternehmens und des Arbeitsvertrags sei Unterwerfung (Faure & Vécrin 2020).

Eine ähnliche Richtung schlägt die Forschung von Grégoire Chamayou (2019) ein, der die Genealogie des autoritären Liberalismus anhand von Strategiepapieren, Managementratgebern und Überlegungen zur Mikroökonomie seit den 1960ern nachvollzieht. Diese Art das Unternehmen und seine Führung zu denken habe sich auf die Lenkung von Staaten und seiner Staatsbürger:innen ausgeweitet. Autoritärer Liberalismus beschreibt eine Art zu regieren, in welcher der Staat die Wirtschaft und die Märkte möglichst unangetastet lässt. Marktwirtschaftliche Prinzipien sollen zudem auch andere gesellschaftliche Bereiche formen, so etwa die öffentliche Daseinsvorsorge, den Bildungssektor, das Gesundheitssystem oder die öffentliche Verwaltung. Autoritär ist dieser Liberalismus dort, wo „sich die Begrenzung des politischen Entscheidungsbereichs qua ökonomischem Verbot [...] mit einer Beschränkung der subalternen Druckmittel auf die politische Entscheidungsfindung [...] verbindet“ (Chamayou 2019: 347).

Im autoritären Liberalismus verbinden sich also eine (neo)liberale Wirtschaftsdoktrin mit autoritären Praktiken der Einschränkung der politischen Rechte, die geeignet sind, die Macht der Regierenden über die Regierten zu begrenzen und einzuhegen. Pierre Bourdieu kritisiert bereits 1998 in *le monde diplomatique* den von ihm als „Höllenmaschine“ bezeichneten Neoliberalismus als „ein Programm zur Zerstörung kollektiver Strukturen, die noch in der Lage sind, der Logik des reinen Marktes zu widerstehen“ (Bourdieu 1998)<sup>47</sup>. Für soft-autoritäre Entwicklungen müsste hier angefügt werden, dass auch politische Rechte wie die Versammlungsfreiheit oder die Freiheit der Forschung und Lehre von autoritär-liberalen

---

<sup>47</sup> Aus Gründen der Zugänglichkeit wird hier die deutsche Übersetzung zitiert.

Entwicklungen betroffen sind, sofern sie sich den neoliberalen Politiken entgegenstellen oder sie kritisieren.

Im Untersuchungszeitraum wird, ähnlich wie in Bourdieus Beitrag, neben eher partikularen Kritiken durchaus auch fundamentale Systemkritik geäußert. Dies beschränkt sich jedoch auf den linken Teildiskurs, hier repräsentiert durch *Le Monde* und *Libération*. So wird in einer Rezension zu Jean-Claude Monods Buch *L'Art de ne pas être trop gouverné* (Monod 2019a) der autoritäre Neoliberalismus, welcher Macrons Politik kennzeichne, im Rahmen der Gouvernamentalitätsstudien nach Foucault kritisiert (Weill 2019: 7). In einer Aktualisierung des Werks von George Orwell wird das 21. Jahrhundert als das Orwell'sche Jahrhundert beschrieben – aufgrund der Warnungen des Autors vor jeglicher Art des Totalitarismus, der Lüge als Mittel der Politik und vielem mehr (Truong 2020: 26). Der Totalitarismus sei nicht mit dem Fall der Berliner Mauer gestorben, das Ende der Geschichte sei nicht eingetreten. Auch habe sich die Welt nicht demokratisiert, was mit dem Beispiel der entfesselten Märkte bei gleichzeitiger Totalüberwachung und repressiver Politik gegenüber Minderheiten in China illustriert wird: „quoi de mieux pour faire des affaires que le capitalisme autoritaire?“<sup>48</sup> (Truong 2020: 26).

Eine Reihe von Artikeln weist auf die Ausweitung der Macht der Wirtschaft und ihrer Logiken auf andere gesellschaftliche Bereiche hin, so etwa die Universität oder die öffentliche Verwaltung. In einem Artikel vom 29.01.2020 wird über den Kampf von Universitätsmitgliedern gegen das geplante Gesetz *loi de programmation pluriannuelle de la recherche*<sup>49</sup> (République française 2020) berichtet. Eine Sprecherin der Organisation *Sauvons l'université* äußert die Befürchtung, in Zukunft von einer zunehmend hierarchischen und autoritären Verwaltung geleitet zu werden, die von einer Managerkaste kontrolliert wird, welche sich mehr und mehr von der Forschungspraxis entfernt (Larousserie & Stromboni 2020: 2). An anderer Stelle wird die Kritik des Komitees deutlicher: „La communauté scientifique ne veut pas de cette énième soi-disant réforme dont nous ne savons que trop qu'elle porte le darwinisme, la concurrence toxique, la bureaucratie de l'évaluation permanente“<sup>50</sup> (Larousserie & Stromboni 2020: 2). Die dem autoritären Liberalismus eigenen Wessenzüge des Konkurrenzdenken und der stetigen Evaluation anhand von marktwirtschaftlichen Kriterien scheinen der Sprecherin unvereinbar zu sein mit dem Feld der universitären Forschung. Ähnliches beschreibt in einem Gastbeitrag in *le*

48 „Was könnte besser fürs Geschäft sein als autoritärer Kapitalismus?“

49 „Gesetz zur mehrjährigen Planung der Forschungsausgaben“

50 „Die wissenschaftliche Gemeinschaft will diese x-te sogenannte Reform nicht, von der wir nur allzu gut wissen, dass sie für Darwinismus, toxischen Wettbewerb und eine bürokratische Dauerbewertung steht.“

*Monde* der Verwaltungsforscher Armand Hatchuel, indem er auf die Unvereinbarkeit von Evaluation und ständiger Aktivitätsüberprüfung mit einer echten Verwaltungsreform hinweist. Derartige Versuche, autoritäre Managementmethoden auf die professionelle Bürokratie anzuwenden, führt in den Augen des Experten zu einem Teufelskreis, da die so überwachten Verwaltungsmitarbeiter:innen aufgrund der mangelnden Wertschätzung nicht mit dem Management an einem Strang ziehen würden. So entstehe ein Misstrauen zwischen den beiden Lagern, was zugleich jede Reform unmöglich mache. Eine wirkliche Verwaltungsreform könne nur mit den Angestellten gemeinsam geschehen (Hatchuel 2020: 16). In der Evaluation und Marktanpassung und der Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung wird also ein Gegensatz gesehen, gegen den sich die Beschäftigten auflehnen.

Die beiden Beispiele zeigen ein Bewusstsein dafür, dass seitens der Politik ein Wille vorliegt, neue Arten der Führung und Regierung in den öffentlichen Sektor einzubringen. Der bereits oben zitierte Chapoutot geht in einem Gastbeitrag in *Libération* am 05.03.2020 geht näher auf die Praxis der Evaluation ein und beschreibt kurz ihre Historie im Kontext der Ausweitung des tertiären Sektors und der Deindustrialisierung. Evaluation sei eine Begleiterscheinung der so bezeichneten „gouvernance par les nombres“, von welcher Alain Supiot (2015) gezeigt habe, dass sie von der privaten in die öffentliche Sphäre hineinwirke und dies im Namen einer „gouvernance‘ neutre, objective (et bienveillante!) qui n’a plus rien à avoir avec le ‚gouvernement‘ (trop politique)“<sup>51</sup> (Chapoutot 2020b: 25). *Gouvernance* löse also allmählich das überkommene *gouvernement* ab. Zugleich beschreibt Chapoutot, eher anekdotisch illustrierend, wie die Allgegenwart der Evaluation und des gegenseitigen Bewertens das aktive Leben ersticke:

avant même de noter notre prestataire Uber (qui nous note également), nous sommes (auto-) évalués partout, et tout le temps, sous l’injonction impérieuse de millions de personnes dont c’est le métier principal.<sup>52</sup> (Chapoutot 2020b: 25)

Als Historiker weist er zudem darauf hin, dass diese Art, Gesellschaft, Wirtschaft und Regierung zu denken, bereits in autoritären und totalitären Regimen wie dem von Vichy und dem NS-Staat angelegt war, von den Nachkriegsdemokratien jedoch nicht beendet wurde (Chapoutot 2020b). Weitere Hinweise auf die historische Dimension und Genealogie gegenwärtiger Herrschafts- oder Regierungstransfor-

51 „Gouvernance‘ – neutral, objektiv (und natürlich wohlwollend!) –, die nichts mehr mit ‚Regierung‘ zu tun hat (zu politisch).“

52 „Noch bevor wir unseren Uber-Fahrer bewerten (der übrigens auch uns bewertet), werden wir überall und ständig (selbst) evaluiert – getrieben vom imperativen Anspruch von Millionen Menschen, für die genau das zum Hauptberuf geworden ist.“



mation finden sich in *Le Monde*. In einem Artikel vom 25.10.2019 wird über die Auswirkungen und die Kritik des Taylorismus berichtet, welcher seit den 1950er-Jahren in den Fabriken in Frankreich eingesetzt wurde, um die Produktivität zu erhöhen (Reverchon 2019). Die Einführung dieser Art der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit, die darauf beruht, Zeitnormen für jeden Arbeitsschritt zu bestimmen und autoritär durchzusetzen, hatte in Frankreich große Proteste und Streiks hervorgerufen. Der Artikel berichtet über die Forschung des Historikers Dominique Besson, der einen historischen Blick auf den Taylorismus wirft. Besson wird mit den Worten paraphrasiert:

En revanche, Dominique Besson est formel: comme le discours de la taylorisation mérite d'être vérifié dans la réalité de son application historique sur le terrain, celui de ‚l'entreprise libérée‘ devra l'être également par les futurs historiens.<sup>53</sup> (Reverchon 2019)

Die gleichzeitige Nennung des Taylorismus mit der Lehre der *entreprise libérée* ist bemerkenswert, denn vordergründig scheint *entreprise libérée* einen diametral entgegengesetzten Stil zu verfolgen als die ständige Überwachung, Messung und Ausbeutung von Arbeitskraft, mit dem der Taylorismus assoziiert wird. Hier wird auf Eigenverantwortung und -initiative der Mitarbeiter:innen gesetzt, starre Hierarchien sollen durchbrochen werden, das Stichwort lautet Augenhöhe. Der Ansatz wurde von Brian M. Carney und Isaac Getz (2016) beschrieben und fügt sich in das weitere Feld der Governance-Ansätze im Management ein. Während Besson die Beurteilung des Ansatzes zukünftigen Historiker:innenn überlässt, hat die Soziologie hierzu bereits substantielle Forschungsergebnisse produziert. Besonders in der von Foucault beeinflussten Gouvernementalitätsforschung wird neoliberale Governance untersucht. Laut Jarkko Pyysiäinen, Darren Halpin und Andrew Guilloyle (2017: 216) sind die Prozesse des Regierens, der Subjektivierung und des Übertrags von Verantwortung stark miteinander verwoben und verknüpft. Dem Subjekt sollen die Ziele der Regierungsrationalität nicht aufgezwungen werden, es soll stattdessen dazu gebracht werden, willentlich an sich zu selbst arbeiten, um gesellschaftliche Normen zu internalisieren (vgl. Gradin Franzén 2015: 252). So beschreiben Pyysiäinen et al. die neoliberale Praxis des Regierens wie folgt:

It is a form of governing – at least as an ideal type – which seeks to reshape the sensemaking, even subjectivity, of individuals in such a manner as to shift their explanations for problems or concerns from external agents or forces to the self. In other words, neoliberal govern-

---

53 „Dominique Besson hingegen ist eindeutig: So wie der Diskurs über die Taylorisierung an der Realität seiner historischen Umsetzung gemessen werden muss, wird auch der der ‚entfesselten Unternehmen‘ eines Tages von künftigen Historikerinnen und Historikern zu überprüfen sein.“

mentality emerges as a form of governance that relies on a generalized praxis of ‚responsibilization‘. (Pyysiäinen et al. 2017: 216)

Dem Individuum werden Selbsttechniken angeboten, um solchen Problemen entgegenzuwirken. Diese Selbsttechniken können laut Anna Gradin Franzén (in Rekurs auf Foucaults Technologien des Selbst) als Mittel verstanden werden „to become ethical human beings“ – es wird von ihnen erwartet „to willingly work on their own selves, to internalize societal norms and behave accordingly“ (Gradin Franzén 2015: 252). Freiheit der Entscheidung wird hier als Ressource der Menschenführung eingesetzt, das regierte Individuum wird selber zum aktiven Akteur seiner eigenen Disziplinierung. Hatte der Taylorismus noch straffe Zeitregime und Arbeitsnormen nötig, um die Arbeiter:innen zu disziplinieren, arbeitet die neoliberale Gouvernamentalität, in Gestalt der *entreprise libérée*, mit deutlich subtileren und feineren Mitteln der Subjektivierung. Sie gibt dem regierten Individuum die Verantwortung für die Erreichung der Unternehmensziele einfach zurück.

Der Begriff des autoritären Liberalismus taucht auch im Kontext der Politikberichterstattung auf. Hier ist der Diskurs weniger frankreichzentriert und richtet den Blick oft auf globale Entwicklungen, speziell nach Südamerika. Im Zuge der *Municipales* wird über die Verbindung der Pariser Bürgermeisterin Hidalgo mit dem brasilianischen Ex-Präsidenten<sup>54</sup> Lula berichtet. In diesem Zusammenhang wird eine Politikerin der Partei LFI zitiert. Diese wirft Hidalgo unter anderem vor, zu wenig über den autoritären Liberalismus zu sprechen, den es auch in Frankreich gebe. Da das Zitat nicht weiter eingeordnet wird und den Artikel abschließt, kann einzig aufgrund der thematischen Verbindung zu Brasilien angenommen werden, dass dieser Kontext den Rahmen für diese Einschätzung liefert. Was mit autoritärem Liberalismus im Falle Brasiliens gemeint ist, zeigt ein Artikel vom 31.12.19, ebenfalls aus der *Libération*. Er sei dadurch charakterisiert, dass die Macht der Konzerne kaum noch durch politische Institutionen gehemmt werde. Autoritärer Liberalismus werde verkörpert durch Bolsonaros Wirtschaftsminister Guedes, welcher kurz zuvor mit einer Neuauflage des Gesetzes AI-5 gedroht habe – eine Anspielung auf den Erlass, welcher 1968 der Militärdiktatur die Auflösung aller Parlamente in Brasilien erlaubte (Rayes 2019: 11). Auch wenn der Vergleich, den die LFI-Politikerin heranzieht vor diesem Hintergrund einigermmaßen übertrieben wirken mag, so bleibt doch festzuhalten, dass die Verbindung von wirtschaftlichem Liberalismus, der demokratische Kontrolle abbauen will, und autoritärer Politik manifest bleibt.

---

54 Luiz Inácio Lula da Silva war von 2003 bis 2011 Präsident Brasiliens und ist es seit 2023 wieder.

Diese Verbindung zieht sich durch den linken Teildiskurs und wird anlässlich des 30. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer aktualisiert. So wird in einer Kolumne in der *Libération* am 07.12.2019 auf die weltweiten Proteste und Revolten hingewiesen, die als Reaktion auf einen Neoliberalismus verstanden werden, welcher Ungleichheit, Korruption, antisoziales und autoritäres Regieren ansteigen lasse. Besondere Beachtung findet in diesem Kontext Chile, welches als Modellversuch neoliberalen Regierens verstanden wird, und wo die Bevölkerung geschlossen gegen die Regierung mobilisiert habe. Allgemein wird konstatiert, das neoliberale kapitalistische System habe Leck geschlagen, es wird als großer kranker Körper („*grand corps malade*“) bezeichnet, dessen Vorherrschaft sich dem Ende zu neige (Ducrozet 2019: 25).

(Neo)liberaler Autoritarismus ist ein Konzept, das fast exklusiv im linken Teildiskurs verhandelt wird. Auf der bürgerlich-konservativen Seite der Medienöffentlichkeit spielt er kaum eine Rolle. Festzuhalten bleibt, dass es im Mediendiskurs ein Bewusstsein für den Zusammenhang von kapitalistischer Ungleichheit, neoliberaler Subjektivierung und dem Erstarken autoritärer Tendenzen innerhalb von Demokratien gibt. Besonders bemerkenswert ist zudem die Nennung von Entwicklungen in Chile und Brasilien im selben Atemzug mit denen in Frankreich. Die französische Diskussion zum Stand der Demokratie und ihrer Gefährdung bezieht demnach auch globale Entwicklungen ein und scheut nicht davor zurück, politische Praktiken in Frankreich mit denen in Südamerika zu vergleichen.

### 3.3.3 Autoritäre Regierungspraktiken: Die Rentenreform und die Umgehung des Parlaments

Im Anschluss an Glasius (2018) verstehe ich autoritäres Regieren als das Ensemble der Praktiken der Machtausübung von politischen Akteur:innen über die repräsentierte Bevölkerung, welche das Merkmal erfüllen, die demokratische Rechenschaftspflicht gegenüber den Regierten zu beschränken oder zu sabotieren. Dies geschieht laut Glasius über den Weg, den Zugang zu Informationen einzuschränken und *Voice*, also die Möglichkeit, sich öffentlich Gehör zu verschaffen, zu behindern.

In der Soziolinguistik ist *Voice* ein zentrales Konzept, mit welchem unter anderem soziale Ungleichheiten und Machtdifferenzen erklärt werden können. Jan Blommaert definiert *Voice* als „capacity to make oneself understood, [...] to generate an uptake of one's words as close as possible to one's desired contextualisation“ (Blommaert 2005: 68). Eine autoritäre Einschränkung der *Voice* wäre dann, mit Bezug auf Glasius, beispielsweise direktes Ignorieren, Silencing oder absichtliches

Missverstehen und Rekontextualisieren von vorgebrachten Forderungen der Regierten durch die Regierenden.

Ein Beispiel für den Kampf um das Gehörtwerden, das Sich-Gehör-Verschaffen und die (absichtliche) Transformation von geäußerten politischen Forderungen analysiert der Schriftsteller Édouard Louis in einem Beitrag für die linke die Kultur- und Politikzeitschrift *Les Inrockuptibles* (Louis 2018b). Der Text, der in der englischen Übersetzung bezeichnenderweise *Can the yellow Vests speak?* (Louis 2018a) heißt, entstand im Dezember 2018 unter dem Eindruck der fortdauernden Proteste der *Gilets jaunes*. Louis beobachtet in seinem Beitrag zunächst die abwertende Berichterstattung über die *Gilets jaunes*, in welcher er eine klassistische Verachtung für das Proletariat erkennt. Relevant für die Analyse autoritärer Praktiken sind aber vor allem Louis' Beobachtungen zur Sprache der Proteste und der Transformation, welche das Vokabular in dem Moment der sozialen Erhebung durchlief:

There are different ways of saying ‚I am suffering‘. [...] At the outset, we only heard talk of petrol and sometimes unpleasant references to ‚benefits recipients‘. Now we hear words like inequality, wage rises, injustice (Louis 2018a).

Hierin zeigt sich gewissermaßen die Gegenbewegung zur Nichtrepräsentation der proletarischen Bevölkerung durch Politik und öffentliche Diskurse. Louis' Versuch, Partei für die Gelbwestenbewegung zu ergreifen, geht mit dem Bestreben einher, ihre Forderungen in die Logik des bürgerlichen öffentlichen Diskurses zu übersetzen. Dies stellt zugleich zweierlei dar: den Versuch, sich mit den Protestierenden zu solidarisieren, aber auch das Wissen darum, dass ihre Ausdrucksformen, ihre Äußerungsmodi, also ihre Voice, begrenzt ist und absichtlich missverstanden oder überhört werden wird. Louis greift zur Erklärung auf das Konzept der Objektklasse von Pierre Bourdieu zurück: eine Klasse von Menschen ohne die Möglichkeit, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, sodass sie je nach Kontext und Belieben in die Interessen der Regierenden eingebaut werden können. „[T]he underlying intention is the same: to prevent the popular classes' speech, about themselves, from ever coming to the surface“ (Louis 2018a).

In der Debatte um die angestrebte Rentenreform der Regierung von Premierminister Philippe spielen Regierungspraktiken eine zentrale Rolle, welche ich mit Glasius als autoritär bezeichne. Es handelt sich um die Verwendung des Artikels 49-3 der französischen Verfassung, welcher es der Regierung erlaubt, Gesetzesentwürfe ohne die Zustimmung der *assemblée nationale* an den Senat weiterzureichen. Dieser Artikel besteht erst seit der Verfassung der Fünften Republik von 1958. Er ist ein zentraler Baustein der starken, beinahe übermächtigen Stellung des Präsidenten im aktuellen politischen Systems Frankreichs, denn im Zweifelsfall macht er die Kooperation seiner Regierung mit dem Parlament überflüssig. Zwar

kann das Parlament hierauf mit einem Misstrauensvotum reagieren und so die Regierung absetzen, de facto ist dies aber unrealistisch und bisher nur einmal vorgekommen. Eine weitere Hürde ist zudem die Notwendigkeit der absoluten Mehrheit für ein erfolgreiches Misstrauensvotum. Hieran scheiterten beide Misstrauensanträge, die im Zuge der Durchsetzung der Rentenreform am 03.03.2020 per Artikel 49-3 gegen den Willen der Opposition ins Parlament eingebracht wurden.

Anlässlich der Debatte um die Rentenreform wurde auch in den Medien kontrovers über den Artikel 49-3 diskutiert und berichtet. Besonders im Februar 2020 wurde das Vorgehen der Regierung mehr und mehr in den Zusammenhang mit autoritärem Regierungshandeln gebracht. Eine Kommentatorin verortet den Punkt, seit welchem die Anwendung des Artikels 49-3 mit Autoritarismus und Schwäche assoziiert wird, mit seiner Verwendung durch Manuel Valls, der von 2014–2016 unter Hollande Premierminister war.

Aujourd'hui, cet article 49-3, notamment depuis son utilisation par Manuel Valls pour les lois de libéralisation de l'économie, se heurtant à la fronde d'une partie de sa majorité, a pris une image délétère, symbole d'autoritarisme et de faiblesse. L'ancien Premier ministre devenu candidat à la présidence de la République, voulait d'ailleurs supprimer cet article de la Constitution dont il avait pourtant fait un usage abondant.<sup>55</sup> (Tandonnet 2020)

Valls selber erinnert sich anlässlich des Vorhabens der Regierung unter Macron, die Rentenreform mithilfe des Artikel 49-3 bei der ersten Lesung durch das Parlament zu bringen, an seine eigene Erfahrung. Sein Image in der Öffentlichkeit sei von der Charakterisierung als autoritär übergegangen zum Label Autoritarismus (Quinault-Maupoil 2020). Die geplante Rentenreform und ihre Umsetzung per Dekret rief aber nicht nur ehemalige Regierungspolitiker auf den Plan, sondern sorgte auch in der aktuellen parlamentarischen Opposition für einen Aufschrei. André Chassaigne, Sprecher der drei linken Gruppen im Parlament bezichtigt die Regierung, das Recht mit Füßen zu treten (*piétiner le droit*). Das Vorgehen der Regierung sei:

„un simulacre de démocratie parlementaire“ et la „désinvolture“ du gouvernement. „Votre amateurisme et votre impréparation aboutissent à un désastre démocratique. Cette mise à mort

---

<sup>55</sup> „Heute haftet dem Artikel 49.3 ein negativer Beigeschmack an – insbesondere seit seiner Anwendung durch Manuel Valls zur Durchsetzung wirtschaftsliberaler Gesetze, als er auf den Widerstand eines Teils seiner eigenen Mehrheit stieß. Er ist zum Symbol autoritärer Machtausübung und politischer Schwäche geworden. Der frühere Premierminister, inzwischen selbst Präsidentschaftskandidat, wollte diesen Verfassungsartikel sogar abschaffen – obwohl er selbst ihn ausgiebig genutzt hatte.“

de nos débats souligne votre profond mépris du Parlement. C'est la négation de notre rôle de législateur et une nouvelle étape de la dérive autoritaire du régime<sup>56</sup> (Mourgue 2020a)

Wie im oben zitierten offenen Brief (Un collectif de personnalités 2020) wird hier das Vorgehen der Regierung mit einer Entwicklung vom Demokratischen zum Autoritären assoziiert. Ein politischer Kommentator ordnet die Strategie der Regierung in der Rentenreform so ein, dass der Aufschrei und Protest bereits vorher einkalkuliert gewesen sei. Dies macht deutlich, dass Präsident und Regierung mit dem Instrument des Artikels 49-3 sehr strategisch umgehen können, und mit ihm in der Lage sind, Chancen und Risiken aus einer Position der Sicherheit und Macht genau abzuwägen. Die Kritik am Vorgehen, auch der Vorwurf des Autoritarismus, sei einkalkuliert gewesen (Tabard 2020c). Trotz dieser Assoziation mit strategischem Kalkül aus einer Position der Macht, wird auch im konservativen Diskurs die Verwendung des Artikels 49-3 mit Schwäche und Autoritarismus in Verbindung gebracht. So konstatiert *Le Figaro* In einem kurzen Überblick über die Verwendung des Artikels seit 1958, dass die ursprüngliche Idee des Artikels durch die spätere Verwendung ins Gegenteil verkehrt wurde. Der Artikel bestätigt zudem die allgemeine Auffassung des Artikel als Symbol des Autoritarismus und der Schwäche (Boichot 2020).

In einem weiteren Kommentar aus dem *Figaro* vom 25.02.2020 wird die Kritik an der Verwendung des umstrittenen Artikels anders gerahmt. Das eigentlich Störende an der sich scheinbar endlos hinziehenden Debatte um die Rentenreform und die damit einhergehenden Proteste und Streiks sei weniger das autoritäre Vorgehen der Regierung, als vielmehr das Verhalten der Opposition, das als *obstruction* bezeichnet wird:

Si le 49-3 a un aspect autoritaire, l'obstruction n'est pas populaire. Le spectacle de la semaine écoulée à l'Assemblée ne donne pas plus une bonne image des opposants. Surtout, les Français qui se posent des questions réelles sur l'avenir de leurs retraites, voire qui sont carrément hostiles au projet d'Édouard Philippe, voient bien que dans cette bataille parlementaire, il est question de tout sauf du fond du sujet: 'amendements point virgule', incidents de séance, rappels au règlement, invectives... L'avenir des retraites semble passer au second plan.<sup>57</sup> (Tabard 2020b)

---

56 „Vortäuschung parlamentarischer Demokratie. „Ihr Dilettantismus und Ihre mangelnde Vorbereitung führen zu einer demokratischen Katastrophe. Diese Erstickung unserer Debatten offenbart Ihre tiefe Verachtung für das Parlament. Das ist die Verneinung unserer Rolle als Gesetzgeber – und ein weiterer Schritt in der autoritären Entgleisung des Regimes“.

57 „Mag der Rückgriff auf Artikel 49.3 autoritär wirken – beliebt ist die parlamentarische Obstruktion ebenfalls nicht. Das Schauspiel der vergangenen Woche in der Nationalversammlung hat auch dem Ansehen der Opposition nicht gerade gutgetan. Vor allem aber sehen viele Französinen und

Die Verhinderungstaktiken der Opposition werden als Problem ausgemacht, der Artikel 49-3 als Mittel der Beendigung der leidigen Debatte.

Der Artikel 49-3 und seine Verwendung durch die Regierung wird so als Mittel dargestellt, mit dessen Hilfe langwierige, zähe und von der Opposition unsachlich geführte Debatten endgültig beendet werden können. In einem weiteren Artikel wird ein Abgeordneter der *Républicains* zitiert:

„La gauche pousse le gouvernement au crime en jouant l'obstruction pour pouvoir relancer la mobilisation sociale. À l'inverse, le gouvernement dira qu'il n'avait pas d'autres choix que de dégainer le 49-3... C'est gagnant-gagnant“, soupire un député des *Républicains*.<sup>58</sup> (Lepelletier 2020b)

Die Mitschuld der Linken Parteien (LFI und *Parti communiste français* (PCF)) wird wiederum betont, die Regierung werde von der Opposition dazu gedrängt, den Artikel 49-3 anzuwenden. Die Verantwortung für das autoritäre Regierungshandeln wird so der Opposition zugeschrieben. Weniger explizit, da in Zitaten und unter Beachtung der Gegenposition, wird diese Kritik in *Le Monde* transportiert. Am 24.02.2020 berichtet sie, Macron zitierend, von der Obstruktionspolitik der linken Fraktionen. Diese bestehe vor allem aus ca. 41.000 Änderungsanträgen, die hauptsächlich von der linken LFI eingereicht wurden (Faye & Lemarié 2020: 7). Dazu kommen Verzögerungstaktiken wie Sitzungsunterbrechungen und Erinnerungen an die Geschäftsordnung. Dieses Vorgehen wird von Mitgliedern der Regierungspartei als „sabotage parlementaire“ bezeichnet (Faye & Lemarié 2020: 7). Die Fraktion der LFI hingegen bezeichnet das Vorgehen der Regierung als Autoritarismus, Brutalität und Verneinung der Demokratie. In einem Kampf um die öffentliche Meinung wird der Autoritarismusvorwurf gegen die Sabotageunterstellung ins Feld geführt. Beide Seiten bezeichnen sich gegenseitig als undemokratisch. Während *Le Monde* durch Zitat und Darstellung beider Seiten versucht, den Anschein von ausgewogener Berichterstattung zu wahren, ist für *Le Figaro* die Schuldfrage bereits geklärt. So fragt ein politischer Kommentator am 20.02.2020: „La seule question est de savoir qui, de l'exécutif ou des Insoumis, portera devant l'opinion la

---

Franzosen, die sich ernsthaft Sorgen um die Zukunft ihrer Rente machen – oder das Reformprojekt von Édouard Philippe sogar entschieden ablehnen –, dass es in dieser Parlamentsdebatte um alles geht, nur nicht um die Sache selbst: ‚Komma-und-Strich-Änderungsanträge‘, Ordnungsrufe, Geschäftsordnungsdebatten, gegenseitige Beschimpfungen ... Die Rentenfrage gerät zunehmend in den Hintergrund.“

58 „Die Linke treibt die Regierung zur Tat, indem sie mit Obstruktionsstaktiken die soziale Mobilisierung neu anheizen will. Umgekehrt wird die Regierung behaupten, sie habe keine andere Wahl gehabt, als den Artikel 49.3 zu ziehen ... Am Ende gewinnen beide Seiten“, seufzt ein Abgeordneter der *Républicains*.“

responsabilité de l'usage de cette arme institutionnelle de dernier recours<sup>59</sup> (Tabard 2020a). Diese ‚institutionelle Waffe der letzten Instanz‘ einzusetzen könne demnach ebenso die Schuld und Verantwortung der Opposition sein, die mit ihrer Obstruktionspolitik eine politische Debatte verhindert habe.

*Le Monde* stellt den Sachverhalt ähnlich dar, auch wenn auf weniger drastisches Vokabular zurückgegriffen wird. Am 27.01.2020 wird berichtet, sowohl die rechte als auch die linke Opposition wollten mit Blick auf die letzte, entscheidende Phase der Diskussion der Reform im Parlament für die anstehenden *Municipales* Punkte sammeln und die Regierung dazu bringen, das Projekt entweder fallen zu lassen, oder aber mit autoritären Mitteln durchzusetzen (Le Monde Éditorial 2020: 32). *Le Monde* gibt sich auch im weiteren Verlauf den Anschein einer ausgewogenen Berichterstattung und zeigt beide Seiten im Meinungskampf. So etwa am 27.02.2020 in einem ganzseitigen Pro und Contra, bei dem je ein Rechtsexperte Stellung für oder gegen die Verwendung des Artikel 49-3 bezieht. Die Position des emeritierten Juraprofessors Serge Sur wird bereits im Titel deutlich: „L'article 49.3 n'est nullement l'instrument d'un régime autoritaire“<sup>60</sup> (Sur 2020: 27). Der Einsatz des Verfassungsartikels wird als verantwortungsvolles Regierungshandeln und Charakteristikum der parlamentarischen Demokratie eingestuft. Der Opposition, namentlich der Partei LFI, wird Sabotage, systematische Obstruktion und Subversion vorgeworfen (Sur 2020: 27). In der Gegenposition kritisiert Jean-Philippe Derosier das Verhalten der Opposition zwar auch, jedoch sei die Anwendung des Artikel 49-3 noch schlimmer, da sie einen Angriff auf die Demokratie („atteinte à la démocratie“) darstelle (Derosier 2020).

Dass es sich beim Konflikt um die Rentenreform primär um einen Kampf um die öffentliche Meinung und Wahrnehmung handelt, zeigt ein weiterer Artikel vom 27.02.2020. Die Blockade durch die Opposition in der *assemblée nationale* sei von der öffentlichen Meinung nicht genügend anerkannt worden, sodass sich beim Rückgriff auf Artikel 49-3 ein Autoritarismusvorwurf nicht vermeiden ließe (Pietralunga & Rescan 2020: 5). Ein Abgeordneter wird zusammenfassend wie folgt zitiert: „On ne retiendrait que le fait que le pouvoir est brutal“<sup>61</sup> (Pietralunga & Rescan 2020: 5).

Tatsächlich wird wenig später, nachdem die *assemblée nationale* mit dem Artikel 49-3 umgangen und zwei Misstrauensanträge an der erforderlichen Mehrheit gescheitert sind, in *Le Monde* die parlamentarische Demokratie an sich in Frage

---

59 Die einzige Frage ist, wer in den Augen der Öffentlichkeit die Verantwortung für den Einsatz dieser institutionellen Waffe der letzten Instanz tragen wird – die Regierung oder die LFI.“

60 „Artikel 49.3 ist keineswegs das Instrument eines autoritären Regimes.“

61 „Am Ende wird man sich nur daran erinnern, dass die Machtausübung rücksichtslos war.“



gestellt. Am 04.03.2020 stellt Françoise Fressoz in einer Kolumne fest: „Car le Parlement n'est plus ce qu'il a été. Il a perdu en force démocratique“<sup>62</sup> (Fressoz 2020b: 31). Als Begründung werden verschiedene Argumente angeführt, wie etwa die mangelnde Repräsentation der Bevölkerung im Parlament seit der Einführung zweistufiger Abstimmungen und anderer Reformen. Der Kampf um die Rentenreform sei zudem zu einem Konflikt geworden, der populistischen Forderungen von links (LFI) und von rechts (RN) nach Volksabstimmungen hat laut werden lassen und in welchem die Legitimität Macrons als Präsident in Frage gestellt werde. Vorwürfe der Brutalität und sogar totalitären Miefs („*remugles de totalitarisme*“) (Fressoz 2020b: 31) werden zitiert. Entgegen der Befürchtung des LREM-Abgeordneten wird hier also nicht ausschließlich der Regierung, sondern auch der Opposition undemokratisches Verhalten vorgeworfen.

Auch in der Folge ist die Debatte um die Rentenreform noch nicht beendet, ein neuer Streit entbrennt um eine Kommission, vergleichbar mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss im deutschen Bundestag. Die Kommission soll klären, ob eine Studie, die ein Kernstück der Legitimierung der Rentenreform darstellte, angemessen und neutral war. Diese Kommission einzusetzen soll der Opposition nun verwehrt werden, was als eine fundamentale Einschränkung der Rechenschaftspflicht wahrgenommen wird (Besse Desmoulières & Bissuel 2020: 14). Am 05.03.2020 meldet sich der prominente Journalist Alain Duhamel in der *Libération* zu Wort. Er stellt die Rentenreform als ehrgeiziges Projekt dar, welches mittels einer geschickten und klug geführten Kampagne von Mélenchon (LFI) und Chassaigne (PCF) zum Nachteil für Macron geworden ist und auf sein Ansehen und seine Popularität rückwirken wird. Die Anwendung des Artikels 49-3 wird verteidigt, und zwar indem das weitere Verfahren der Gesetzgebung in Erinnerung gerufen wird: die Weiterleitung an den Senat, die üblichen Veränderungen am Text und die weitere Diskussion in der *assemblée nationale*. Von einem undemokratischen Vorgehen könne nicht die Rede sein (Duhamel 2020b: 24).

Für eine Regierungspraktik, die seit Bestehen der Fünften Republik bis zum Jahr 2020 89 Mal ausgeübt wurde, die also als gängig und normal gelten könnte, hat ihr Einsatz durch Macrons Premierminister Edouard Philippe einen bemerkenswerten Diskurs des Widerspruchs produziert, der sich sowohl aus dem konservativ-bürgerlichen wie auch aus dem linken Lager speist. Die Assoziation der Verwendung des 49-3 mit Autoritarismus und Schwäche ist, so zeigt bereits der kurze Untersuchungszeitraum von sechs Monaten, keineswegs neu und wird spätestens mit dem ehemaligen Premierminister Manuel Valls virulent. Bemerkenswert ist

---

62 „Denn das Parlament ist nicht mehr, was es einmal war. Es hat an demokratischer Schlagkraft eingebüßt.“

jedoch, dass die Kritik von linker und linksradikaler Seite im Parlament zwar transportiert und dargestellt wird, jedoch sowohl in *Le Point* und *Figaro* als auch in *Le Monde* umgekehrt und als Obstruktionspolitik und Manöver von Mélenchon und Chassaigne dargestellt wird. Aus der verfahrenen Konstellation, die durch die Situation auf den Straßen natürlich an Dringlichkeit und Gravität gewinnt, wird eine Schuldfrage. Die vier auflagenstarken und für die öffentliche Meinungsbildung ungemein wichtigen Zeitungen scheinen darin übereinzustimmen, dass die linke Opposition die Regierung dazu gedrängt habe, das autoritäre Mittel der Beendigung der Debatte anzuwenden und den Gesetzesentwurf ohne Zustimmung der *assemblée nationale* an den Senat weiterzureichen. Die rechte Opposition, die ebenso wie die linke einen Misstrauensantrag gestellt hatte, wird in beiden Teildiskursen weitgehend außer Acht gelassen. So entsteht das Bild einer linken Opposition, die ihre Verhinderungstaktiken kalkuliert einsetzt, um die Regierung und speziell Präsident Macron in der Öffentlichkeit als autoritär und schwach dastehen zu lassen. Der zeitgleich stattfindende Generalstreik und die landesweiten Unruhen werden in diesem Kontext kaum thematisiert.

Die Reform des Rentensystems war seit Beginn seiner ersten Amtszeit ein Kernbestandteil von Macrons Programm. Die Coronapandemie und die damit verbundene Verschiebung der politischen Prioritäten sorgte zu Beginn des Jahres 2020 für ein vorläufiges Ende der politischen Auseinandersetzung um dieses Thema. Erst nach seiner Wiederwahl 2022 setzte Macrons Regierung die Rentenreform wieder auf die Tagesordnung – diesmal jedoch mit deutlich veränderten Mehrheitsverhältnissen in der *assemblée nationale*. Nach seiner Bestätigung im Amt des Präsidenten in einer Neuaufgabe der Stichwahl von 2017 gegen Marine Le Pen musste Macron in der anschließenden Parlamentswahl den Verlust seiner absoluten Regierungsmehrheit im Parlament hinnehmen. Die Wahlen waren in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Zunächst muss konstatiert werden, dass mit einer Wahlbeteiligung von 47,5% im ersten und 46,2% im zweiten Wahlgang ein Negativrekord aufgestellt wurde – weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten gaben also ihre Stimme ab und dazu kommen noch mehrere Hunderttausend, die zwar zur Wahl gingen, aber leere Stimmzettel oder ungültige Stimmen abgaben. Zählt man diese mit, gaben im zweiten Wahlgang nur 42,7% der Wahlberechtigten eine gültige Stimme ab (Ministère de l'Intérieur 2022).

Diese Repräsentationskrise ist auch als Reaktion auf Macrons Politik zu verstehen. In Frankreich hat die fortgeschrittene Erosion der ehemaligen staatstragenden Parteien PS und LR Macrons LREM das Feld bereitet. Dessen Positionierung als weder links noch rechts wird jedoch zunehmend infrage gestellt – viel eher wird deutlich, dass eine wachsende Offenheit für die Kooperation mit rechtsradikalen Kräften besteht. Besonders nach dem Verlust der parlamentarischen Mehrheit

nach den Parlamentswahlen war Premierministerin Elisabeth Borne<sup>63</sup> ist auf Stimmen von anderen Fraktionen angewiesen, oder muss auf den umstrittenen Artikel 49-3 zurückgreifen, um Gesetzesentwürfe durch das Parlament zu bringen. Unter dem wachsenden Einfluss des RN, der mit 89 Sitzen im Parlament die Anzahl seiner Mandate gegenüber der vorherigen Amtszeit mehr als verzehnfacht hatte, gab es 2022 erste Wortmeldungen von LREM-Abgeordneten, die sich eine Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen Partei vorstellen können. So gab etwa der Abgeordnete Michel Lauzzana gegenüber der Zeitung *Sud Ouest* an, in bestimmten Fällen auch mit einzelnen RN-Abgeordneten kollaborieren zu wollen, sofern es dem politischen Ziel diene (*Sud Ouest* 2022). Zudem stünden dem RN aufgrund seines Status als größte Oppositionsfraktion auch Posten und Ämter im Parlament zu: „Conventions proved strong enough to grant the party access to offices in commissions and to the steering committee of the Assembly“ (Bendjaballah & Sauger 2023: 186). Vor der zweiten Runde der Parlamentswahlen richtete Premierministerin Borne sich gegen politische Extreme, worunter sie sowohl den RN als auch das neu gegründete Wahlbündnis *Nouvelle union populaire écologique et sociale* (NUPES) fasste (Gatinois 2022). NUPES besteht aus LFI, PS, EE-LV, PCF und weiteren kleineren linken Parteien. Während Borne vor der Wahl NUPES und RN gleichermaßen als extremistisch einstufte, herrschte nach der Wahl eine Strategie der relativen Öffnung vor, sodass es denkbar schien, Mehrheiten auch mithilfe dieser Fraktionen zu erwirken (Bristielle & Robert 2022: 5). Zudem wurden mit Stimmen des Regierungslagers und der konservativen Opposition der LR zwei RN-Abgeordnete zu Vizepräsident:innen des Parlaments gewählt (Bristielle & Robert 2022: 5–6).

Gemäß dem französischen Mehrheitswahlrecht entsendet jeder Wahlkreis eine:n Abgeordnete:n ins Parlament und traditionell erhält der Präsident eine klare Mehrheit der Sitze, da seine Partei vom Wahlrecht bevorzugt wird. Auch 2022 konnten so 38,6 % der Stimmen in 42,4 % der Parlamentssitze überführt werden. Das zweitplatzierte Wählerbündnis NUPES konnte im Vergleich mit 31,6 % der Stimmen gerade einmal 22,7% der Sitze erringen. Trotz dieser im Wahlsystem begründeten Bevorzugung verlor Macrons Partei im Vergleich zu 2017 105 Sitze, während NUPES 69 und der RN sogar 81 Sitze dazu gewann. Konnte der Sieg Macrons in der Präsidentschaftswahl noch als Anti-Le-Pen-Wahl verstanden werden, so müssen die herben Verluste und die Stärkung der politischen Ränder in der Parlamentswahl wohl als Anti-Macron-Wahl gelesen werden. Für diese Lesart spricht auch, dass in den 110 Wahlkreisen, in denen es zur Stichwahl zwischen Regierungspartei und RN-Kandidat:in kam, 62 Sitze an die Rechtsextremen gingen (Kempin & Mintel 2022).

---

63 Elisabeth Borne war vom 16.05.2022 bis zum 09.01.2024 Premierministerin. Sie wurde von Gabriel Attal im Amt abgelöst.

Macron räumte dementsprechend auch direkt nach seiner Wiederwahl als Präsident ein, dass Viele ihn nicht gewählt hätten, „um [s]eine Ideen zu unterstützen, sondern um einen Damm gegen die extreme Rechte zu errichten“ (Kempin & Mintel 2022).

Trotz dieser Einsicht forcierten Macron und seine Regierung unter Führung von Élisabeth Borne von Beginn der neuen Amtszeit an die rigorose Umsetzung der seit Langem geplanten Rentenreform – und dies nicht nur gegen die parlamentarischen Mehrheiten, sondern vor allem gegen den Unmut der Bevölkerung. 70% der Bevölkerung und sogar 90% der Erwerbstätigen sind laut *le monde diplomatique* gegen die Reform. In landesweiten Mobilisierungen gingen Millionen von Demonstrierenden ganze zehn Mal auf die Straße (Bréville 2023). Streiks in verschiedenen Branchen legten die öffentliche Versorgung und den Verkehr tageweise lahm. Gegen diesen Widerstand und ohne parlamentarische Mehrheit blieb der Regierung Borne nur der neuerliche Rückgriff auf den Verfassungsartikel 49.3, mit dem am 16.03.2023 das Gesetzesvorhaben endgültig verabschiedet wurde. Auch in dem nur indirekt gewählten Oberhaus des Parlaments, dem *sénat*, musste die Regierung auf rechtliche Mittel zurückgreifen, um die Debatte zeitlich zu begrenzen (mit Artikel 38 der Geschäftsordnung des Senats). Zudem wurden die Abgeordneten dazu verpflichtet, nicht wie üblich über jeden Artikel einzeln, sondern über das Gesetzespaket als Ganzes abzustimmen (Artikel 44.3). Die Kombination der Anwendung verschiedener Verfassungsartikel und Geschäftsordnungsparagraphen erzeugte die weit verbreitete Ansicht, dass die Rentenreform gegen jede demokratisch gewählte Mehrheit und gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt wurde. Der Journalist Benoît Bréville fasst diese Konstellation in *le monde diplomatique* als Gegensatz zwischen mobilisiertem Volk und störrischer Macht zusammen: „Un peuple debout, un pouvoir obstiné“ (Bréville 2023). In letzter Konsequenz, so die Analyse Brévelles, entschieden also über die Rentenreform nur die indirekt gewählten Senator:innen, die noch dazu darauf achteten, dass ihre eigenen Sondersysteme der Rentenversorgung bestehen blieben, während der Allgemeinbevölkerung zwei zusätzliche Jahre Lebensarbeitszeit verordnet wurden (Bréville 2023).

Im Diskurs um die Rentenreform kristallisiert sich ein zentrales Thema der gegenwärtigen Auseinandersetzungen über den Stand der Demokratie in Frankreich und ihre autoritären Tendenzen. Es ist kein Zufall, dass es gerade eine Sozialreform ist, die sowohl 2020 als auch 2023 so massive Mobilisierungs- und Streikbewegungen erzeugte. Schon die *Gilets jaunes* haben gezeigt, dass politische Konflikte in Frankreich sich an sozialpolitischen Fragen entzünden können – 2018 war es die geplante Einführung einer Treibstoffsteuer, die zu landesweiten Besetzungen von Kreisverkehren und Aufständen in den Innenstädten führte. Die Verbindung aus neoliberaler Kürzungspolitik, der Umgehung gewählter Mehrheiten, die die Proteste begleitende Polizeigewalt, aber auch oft das als skrupellos, abgehoben und

arrogant wahrgenommene Verhalten des Präsidenten befeuern Diskurse, in denen es zentral um Demokratie und Autoritarismus geht.

Als Illustration für die Ratlosigkeit und den Ärger, die in großen Teilen der Bevölkerung vorherrschen, sei hier eine in ihrer Kürze untypische Petition zitiert, die im April 2023 auf der Plattform *change.org* veröffentlicht wurde. Überschriften ist sie mit dem Aufruf: „Emmanuel Macron ne nous écoute pas, n'écoutez plus Macron“<sup>64</sup> (Collectif CITOYEN 2023). Der Aufruf, Macron nicht mehr zuzuhören beinhaltet die Forderung, systematisch Fernsehgeräte und Radios abzustellen, wenn Macron sich zu Wort meldet (Collectif CITOYEN 2023). Die Unterzeichnenden kritisieren hierin vor allem die Missachtung der demokratischen Debatten und auch die Mittel der Durchsetzung der Reform, die als bürokratischer Coup d'État bezeichnet werden. Macrons Fernsehansprachen, in denen er die Reform (nach vollendeten Tatsachen) dem Volk zu erklären versuchte, werden als „logorrhée méprisante adressée à un peuple supposé ignorant de ce qui le concerne“<sup>65</sup> (Collectif CITOYEN 2023) bezeichnet. Zugleich werden die Degradierung und Herabsetzung beklagt, die aus der Missachtung der Debatten spreche und die in einer Demokratie nicht akzeptabel seien. Sowohl die Praxis der Umgehung der parlamentarischen Mehrheiten und das Unterbinden der Debatten als auch die Pose des nachträglichen Erklärens werden von den Unterzeichnenden als autoritär, undemokratisch und paternalistisch aufgefasst.

### 3.4 Zwischenfazit: Liberaler Antipopulismus und Krise der politischen Repräsentation

Die sich im Diskurs ausspielende Debatte über Autoritarismus und die gefährdete Demokratie ist ein Ausdruck widerstreitender Positionen, und so letztlich ein diskursiver Kampf um Demokratie selbst. Dieser Kampf ereignet sich inmitten multipler Krisen, von denen eine zentrale die der politischen Repräsentation darstellt. Diese krisenhafte politische Situation kann im Sinne des autoritären Populismus als Hegemoniekrise verstanden werden:

In dieser Konstellation, die mit Blockade, Lähmung, Stillstand, Politikverweigerung beschrieben wird, erweisen sich die Kräfte auf die Dauer als nicht fähig, das Kräfteverhältnis in die

---

64 „Emmanuel Macron hört uns nicht zu – also hören wir ihm auch nicht mehr zu.“

65 „Eine herablassende Wortflut, gerichtet an ein Volk, das man für zu unwissend hält, um seine eigenen Belange zu verstehen.“

eine oder andere Richtung zu verändern. Es kommt deswegen zu einer Krise der Repräsentation. Gramsci begreift eine solche Situation als Hegemoniekrise. (Demirović 2018: 29)

Auf den ersten Blick bleibt vor diesem Hintergrund noch unklar, warum gerade die Regierung Macrons, die sich doch in den Präsidentschaftswahlen von 2017 und 2022 sowie vor allem in Fragen der Europapolitik klar als einzige Alternative zum rechtsradikalen, oft als rechtspopulistisch bezeichneten RN positionieren konnte, mit dem Begriff des autoritären Populismus klassifiziert werden sollten. Ist Macron nicht eigentlich der Gegenentwurf zum illiberalen, rechten Populisten, also ein liberaler Antipopulist?

Ich verstehe autoritären Populismus Anschluss mit Stuart Hall als einen Versuch eines Teils des Machtblocks, einen antisystemischen Kampf gegen den Machtblock selber zu inszenieren, sich also „aus dem Inneren dieses Machtblocks heraus gegen ihn zu wenden“ (Marchart 2017: 15). Macrons Werdegang als Investmentbanker und Wirtschaftsminister, der dann eine „scheinbar antisystemische[] ‚Bewegung‘“ (Marchart 2017: 15) gründete, die das Parteiensystem Frankreich nachhaltig umgestaltete, kann als genau eine solche Inszenierung verstanden werden. Die Mobilisierungsstrategien der LREM lebten im Vorfeld der Wahlen 2017 von der Opposition zur bestehenden Politik und richteten sich dem Anschein nach gegen bestehende Eliten. Wenn man populistische Mobilisierung als die Betonung eines Gegensatzes von Volk und Elite beschreibt, dann kann auch diese erfolgreiche Strategie Macrons als populistisch bezeichnet werden. Doch nicht nur die Mobilisierungsstrategien des liberalen Antipopulismus sind im Kern populistisch. Denn, wie Oliver Marchart ausführt, übernimmt der liberale Antipopulismus „die autoritären und rassistischen Forderungen seiner vorgeblichen Gegner, während zugleich die dringend notwendige Demokratisierung der Demokratie blockiert wird“ (Marchart 2017: 15). Gerade zum Ende der ersten Amtszeit Macrons begaben sich Mitglieder seiner Regierung immer deutlicher auf das diskursive Terrain des Rechtsradikalismus, wie etwa Äußerungen des konservativen Hardliners Gérard Darmanin als Innenminister illustrieren. Darmanin produzierte regelmäßig Skandale mit rassistischen Äußerungen (siehe etwa Berdah et al. 2020), und machte in einem denkwürdigen TV-Duell mit Marine Le Pen von sich reden, in welchem er der Vorsitzenden des RN vorwarf, in Bezug auf den Islam zu weich vorzugehen (Bertholomey et al. 2021). Auch in Fragen nationaler Identität ist die Politik Macrons von einer identitär-nationalistischen Verschiebung geprägt, die mit seinem liberalen, progressiven Image nicht vereinbar ist (siehe Kap. 4).

Frankreichs Präsident posiert als Antipopulist und Alternative zu den liberalen Eliten, betreibt aber zugleich eine neoliberale Politik des Sozialabbaus und beteiligt sich an der politisch-diskursiven Verschiebung nach rechts. Laut Marchart besteht der Sinn dieser Konvertierung des liberalen Antipopulisten zum autoritären

Populisten darin, „der Rückkehr des Politischen Einhalt zu gebieten“ (Marchart 2017: 16), also Bewegungen auszubremsen, die sich der neoliberalen Entthronung der Politik und ihrer Unterwerfung unter den Markt entgegenstellen. Macrons Umgang mit den sozialen Protesten der *Gilets jaunes* und seine Durchsetzung der Rentenreform gegen stärksten politischen Protest zeigt, dass er alles andere als eine Alternative zum neoliberalen Status Quo darstellt.

Dass der liberale Antipopulismus Macrons, der sich im Laufe von dessen Amtszeiten zunehmend als Spielart des autoritären Populismus entpuppt, dennoch politischen Erfolg verbucht, lässt sich auf die Konstruktion eines folgenreichen Gegensatzes zurückführen. Denn angesichts des Aufschwungs des Rechtsradikalismus in Frankreich und darüber hinaus ist es für den neoliberalen, bürgerlichen Machtblock ein Leichtes, diesen politischen Antagonismus als neue Systemfrage darzustellen: liberale Demokratie oder autoritäre, antipluralistische, illiberale „Demokratie“? Dabei wird verschleiert, dass die neoliberale Ideologie, die die Politik entpolitisiert und, gerade in Frankreich, den Sozialstaat angreift, selbst die Ursache des Vakuums im politischen Zentrum darstellt. Politische Repräsentation ist deshalb in der Krise, weil der Mehrheit der Bevölkerung im existierenden Parteiensystem keine Alternative zur Abschaffung des Wohlfahrtsstates und Neoliberalisierung der Lebenswelt zu Verfügung steht.

Die im Gewand des liberalen Antipopulismus auftretenden Kräfte liefern hierfür aber nicht nur keine politische Alternative, sondern blockieren sie noch zusätzlich – das Thatcher'sche Diktum *there is no alternative* fasst diese scheinbare Alternativlosigkeit, die der Neoliberalismus behauptet, in eine einfache Formel. So verhindert der liberale Antipopulismus letztlich die Repolitisierung der Politik selbst und öffnet sich zugleich für rechtsradikale identitäre Verschiebungen auf dem Gebiet der kulturellen Hegemonie. Wendy Brown versteht so auch die Reaktion großer Teile der (meist weißen) mittleren Klassen als „white backlash against socioeconomic dethronement by neoliberal economic policy“ (Brown 2018: 10). Tatsächlich sei die arbeitende Bevölkerung der mittleren Klassen in der gesamten Euro-Atlantischen Zone mit „declining access to decent incomes, housing, schools, pensions, and futures“ (Brown 2018: 10) konfrontiert. Die resultierende Rebellion, wie etwa die der Gelbwesten, richtet sich einerseits gegen die Folgen einer wirtschaftlichen Globalisierung und der damit einhergehenden steigenden ökonomischen Ungleichheit. Der Frust entlädt sich zuvorderst an den sozialen, politischen sowie ökonomischen Eliten und äußert sich als fundamentale Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie regiert und Politik betrieben wird. Der steigende Zusppruch zum rechtsradikalen RN weist jedoch andererseits auch darauf hin, dass nicht nur die Eliten, sondern auch Migration und (rassifizierte oder sexuelle) Minderheiten als Problem ausgemacht werden.

In der Reaktion des neoliberalen Machtblocks auf diese weitreichende Unzufriedenheit, die bisweilen Züge einer Gouvernamentalitätskrise annimmt, wird die soziale Ungleichheit fast gar nicht adressiert. Viel eher stellen die Diffamierungen des sozial-ökologischen Wahlbündnisses NUPES in der *assemblée nationale* und ihre Gleichsetzung mit dem RN sprechende Beispiele für eine fortschreitende autoritär-populistische Verschiebung dar. In Macrons Rentenreform kann gar eine Politikverweigerung gesehen werden, also das fortgesetzte Heraushalten der Sozialpolitik aus der Sphäre der politischen Auseinandersetzung durch vorgeschobene Sachzwänge und angebliche Unfinanzierbarkeit. Gleichzeitig gelingt es Macron, sich gerade auf der europäischen und internationalen Bühne als Vorkämpfer des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus zu positionieren. Die bereits oben konstatierte Verunklarung des Begriffs *Liberalismus* spielt auch auf dieser Ebene eine zentrale Rolle. Auch der sehr wirksame Gegensatz, der neoliberale Sparpolitik mit einem Eintreten für liberale Demokratie assoziiert und gegen illiberalen, identitären Majoritarismus in Stellung bringt, spricht für die Wirksamkeit der Verengung von politischen und demokratischen Positionierungsmöglichkeiten in einer Situation der Krise der politischen Repräsentation. Dennoch sind die vielfältigen Protestdiskurse innerhalb Frankreichs auch Zeugnis der Umstrittenheit und der Unzufriedenheit großer Teile der französischen Bevölkerung mit einer neoliberalen Politik, die sich nicht deutlich von rechtsradikalen Inhalten abgrenzt und immer deutlicher autoritäre Maßnahmen ergreift.

In einem Gastbeitrag in *Libération* beschreibt der Sozialwissenschaftler Michel Wieviorka (2020) diese polarisierte Konstellation entpolitisierter Alternativlosigkeit als Wahl zwischen zwei Autoritarismen: Dem integrierten Autoritarismus (*autoritarisme intégré*) des RN und dem uneinheitlichen Autoritarismus (*autoritarisme éclaté*), mit dem Macrons Regierung sich arrangiere und zu welchem sie gleichzeitig beitrage. Mit dieser Formel bringt Wieviorka (in zugespitzter Weise) die politische Situation auf den Punkt, die ich mit dem Begriff *Soft Authoritarianism* bezeichne: Angesichts der drohenden Möglichkeit rechtsradikaler Kräfte in politischen Machtpositionen tendiert das unter Druck geratene zentristisch-neoliberale Lager seinerseits zu autoritärer werdenden Politiken. Dies schließt sowohl die ideologische Ebene ein, auf der etwa nationale Identität in strikteren Bahnen gedacht wird, als auch die im engeren Sinne politische, wo eine Abgrenzung nach links bei gleichzeitiger Kooperation mit Rechtsradikalen möglich wird. Auf diese Weise schreitet die soft-autoritäre Diskursverschiebung voran und schafft so auch politische Möglichkeiten der Zusammenarbeit jenseits des konservativen Lagers.

Die oben zitierte Diagnose, es scheine fast normal, den Präsidenten gegen die Interessen der Bevölkerung regieren zu sehen, ist ein Sinnbild für die Infragestellung der Legitimität des herrschenden Status Quo, der jedoch in der gegenwärtigen politischen Lage nicht in politische Entsprechungen, also etwa Parteiprogramme



oder Gesetze, überführt werden kann. In den hier untersuchten Medien gibt es einen regen Diskurs der Kritik und des Protests gegen die Regierung – doch zugleich gewinnen auch autoritäre Parteien an Zulauf. Diesen gelingt es zunehmend, die Leerstelle im Zentrum des Politischen mit autoritär-populistischen, ressentimentgeladenen und verkürzten Deutungen und Scheinlösungen zu füllen, die der Mehrheit vermeintlich eine Stimme geben. Dabei wird ein Gegensatz zur liberalen politischen Elite geschürt. Diese Positionen werden im Verlauf des Untersuchungszeitraums stetig stärker. Jedoch geht Entwicklung nicht nur von rechtsradikaler Seite aus, sondern immer deutlicher auch vom Regierungslager. So übernimmt das bürgerlich-liberale Lager die Anti-System-Rhetorik und auch politische Inhalte des autoritären Populismus, verstärkt aber zugleich autoritär-liberale Regierungslogiken. Dies kann besonders dort festgestellt werden, wo die gebrochenen liberalen, anti-populistischen Versprechungen des Kandidaten Macron mit einem Regierungsstil der Machtvertikalität und staatlicher (symbolischer oder physischer) Gewalt, sowie Anti-Immigrations-Diskursen einhergehen. Die fortschreitende Normalisierung rechtsradikaler Ideologie profitiert so von den autoritär-liberalen Maßnahmen, mit denen die wirtschaftlichen Privilegien der herrschenden Eliten geschützt werden sollen. Diese Tendenz ist auf dem Feld der diskursiven Produktion nationaler Identität besonders gut beobachtbar, wo die Interessen einer abstiegsbedrohten Mittelschicht gegen den Schutzanspruch von Migrant:innen und Minderheiten ausgespielt werden.

## 4 Tiefenanalyse: *Soft Authoritarianism* als schleichende Identitätspolitik der Mehrheit

Die in den folgenden Tiefenanalysen untersuchten Diskurse kreisen um den Kern der nationalen Identität Frankreichs, den Republikanismus. Dieser ist tief in der Geschichte Frankreichs verankert. Konzepte wie Universalismus, Laizismus (*laïcité*) oder Menschen- und Bürgerrechte, aber auch historische Fakten wie Kolonialismus und Imperialismus sind daher immer kopräsent, wenn in Frankreich über Fragen der nationalen Identität diskutiert wird. Das historisch-diskursive Gewicht dieser Fragen prägt bis in die Gegenwart die diskursive Konstruktion nationaler Identität. Wer gehört zum *Demos* und für wen wird folglich Politik gemacht? Welche Handlungsweisen, politischen Positionierungen oder Subjektpositionen werden ausgeschlossen? Diese Fragen untersuche ich anhand potentieller *soft-authoritärer* Verschiebungen im Bereich der nationalen Identität. Dazu analysiere ich exemplarisch drei diskursive Formationen, die sich um politische Stigmawörter herum gruppieren: *Séparatisme* (Kap. 4.2), *islamo-gauchisme* (Kap. 4.3) und *wokisme* (Kap. 4.4). Die implizite Bedeutung im Gebrauch dieser drei Begriffe ist auf den ersten Blick relativ intransparent, auch wenn vage deutlich wird, dass mit ihnen diffamiert, disqualifiziert und der politische Gegner fremdpositioniert wird. Aus diesem Grund ist die jeweilige Diskursgeschichte, die historische Semantik dieser Konzepte oft aufschlussreich. Ihre spezifische Bedeutung ergibt sich vor dem Hintergrund dessen, was ich hier den republikanischen Metadiskurs nenne. Wie in Kapitel 1.1 angedeutet, stellt der Republikanismus in Frankreich die Matrix des Zusammenlebens und der Zugehörigkeit dar, die als Kern der nationalen Identitätskonzeption gilt. Hierzu gehören ganz zentral die Konzepte des Universalismus und der *laïcité* (Kap. 4.1).

In Anlehnung an den aus der CDA stammenden diskurshistorischen Ansatz gehe ich zur Analyse der Verwendungsgeschichte und ihrer Effekte in zwei Analysephasen vor (Wodak 2001a; Rheindorf & Wodak 2018). Zunächst vollziehe ich den Verwendungskontext des betreffenden Wortes in seinem historischen Kontext nach. Dazu identifiziere ich Schlüsseltexte und wichtige thematische Diskursstränge. In einem zweiten Schritt analysiere ich den situativen politischen Kontext. Das Untersuchungskorpus setzt sich aus unterschiedlichen Texten verschiedener Genres zusammen. Dazu gehören Reden des Präsidenten Macron (und teilweise auch seiner Vorgänger), Ansprachen bei Pressekonferenzen, Parlamentsdebatten, Gesetzestexte, Aussagen hochrangiger Politiker:innen, die in Zeitungsmeldungen wiedergegeben werden, Mitschnitte aus Talkshows, Tweets, Blogeinträge, Posts von politischen Gruppierungen und deren Selbstdarstellungen auf ihren Websites, Petitionen, Gastbeiträge (*tribunes*) oder Interviews mit öffentlichen Intellektuellen in

Zeitungen. Dieses Korpus beansprucht keine Repräsentativität oder Exhaustivität für den jeweiligen Gesellschaftsausschnitt. Analysiert werden vielmehr exemplarische Fallbeispiele aus den jeweiligen Gesellschafts- und Politikbereichen. Weitere, unterstützende oder graduell anders beschaffene Beispiele, auch mit anderer Medialität, Akteur:innen oder Genres, werden herangezogen, um die diskursive Salienz der betreffenden Verschiebung zu untermauern. So entsteht ein offenes Korpus, das während des Analyseprozesses stets erweitert wird und so auch auf aktuelle Verschiebungen, Medienereignisse und neue Diskursformationen reagieren kann, indem es sie in Bezug auf ihr Potential für soft-autoritäre Verschiebungen auswertet. Der Kernuntersuchungszeitraum ist dabei in der ersten Amtszeit Macron angesiedelt, wobei einzelne Diskursstränge auch deutlich weiter in die Vergangenheit zurückverfolgt werden. Andere Beispiele stammen aus der zweiten Amtszeit Macrons, wobei die jüngsten analysierten Quellen aus der Zeit kurz nach Macrons Wiederwahl im April 2022 stammen.

Autoritäre Verschiebungen im Bereich der nationalen Identitätskonstruktion verstehe ich, im Sinne der Forschung zum autoritären Populismus, als eine Reaktion der politischen Eliten auf eine tiefgreifende Krise. Sie zeigt sich in der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der sozio-ökonomischen Ungleichheit, die sich zunehmend als Ressentiment gegen politische oder mediale Eliten Bahn bricht und auch als Aufstand der ökonomisch Benachteiligten, wie die Proteste der Gelbwestenbewegung verdeutlichen. In diesem Kontext der multiplen Krisen demokratischer Ordnung gewinnt die politische Auseinandersetzung um ‚Identität‘ der Nation an Bedeutung. Das Vakuum, das die politische Pattsituation erzeugt und in dessen Zentrum neben dem neoliberal-fossilen Status Quo keine progressive politische Alternative zugelassen wird, wird durch medial vermittelte identitätspolitische Diskurse aufgefüllt, in denen die ethnische und religiöse Zusammensetzung der Nation und ihre Identität zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung werden.

Unter dem wachsenden politischen Einfluss des RN kann so eine Verschiebung festgestellt werden, die den Raum des Politischen und dessen, was in ihm legitimer Weise verhandelt werden kann, schrittweise nach rechts verschiebt. Demirović begreift diese Entwicklung als autoritär-populistische Strategie, neue Kräfteverhältnisse im Machtblock herzustellen:

Die Subalternen werden durch moralische Paniken und mediale Fokussierungen ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespaltene Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen – und dafür belohnt mit Aufmerksamkeit und Bekümmernis von oben: ‚wir haben verstanden‘, ‚die Sorgen der Menschen ernst nehmen‘. Kräfte des Machtblocks stützen sich auf die Subalternen als Instrument, um eigene Positionen im Machtblock durchzusetzen. (Demirović 2018: 32)

Diese autoritär-populistische Verschiebung geht neben der Etablierung neuer Bündnisse zur Wahrung politischer Macht auch mit spezifischen diskursiven Praktiken einher. Hierzu zählen das Schüren moralischer Paniken und Medienhypes, die oft kurzfristige Veränderungen in der diskursiven Landschaft nach sich ziehen. Soft-autoritäre Verschiebung wird von diesen ereignishaften, medial vermittelten und erzeugten Tabubrüchen immens befördert.

Die stattfindende und teils bereits verfestigte Normalisierung rechtsradikaler Ideologie ist unter anderem das Ergebnis einer strategisch herbeigeführten und planvollen Verschiebung im republikanischen Metadiskurs (Kap. 4.1). Die oft beschriebene Strategie der *dédiabolisation* des RN ist hierbei ein wesentliches Element. Schon unter Jean-Marie Le Pen deutete sich an, dass ein vordergründig gemäßigter Ton auch mit der Affirmation des französischen Republikanismus einhergehen würde (Bristielle & Robert 2022: 1–2). Unter seiner Tochter Marine Le Pen wurde die Linie der Partei dann ostentativ von jedweden Antisemitismus abgegrenzt. Unterstrichen wurde diese Hinwendung zum Republikanismus und zum Mainstream noch durch den Ausschluss Jean-Marie Le Pens aus der Partei im Jahr 2015.

Der französische Republikanismus stellt eine Matrix dar, in der alle nationalitätsbezogenen Fragen diskutiert werden. Aus hegemonietheoretischer Sicht ist es daher sinnvoll, die eigenen politischen Ziele in eine Sprache des Republikanismus zu kleiden, wenn man langfristig politisch erfolgreich sein will. Die metapolitische Strategie der *dédiabolisation* und die Hinwendung zum Republikanismus sind daher wichtige Säulen des Erfolges des RN. Doch auch die Übernahme ihrer Ideologien und Politiken durch das Regierungslager ist ein wesentlicher Faktor dieser soft-autoritären Verschiebung. Anhand des Diskurses um nationale Identität lässt sich illustrieren, wie rechtsradikale Deutungsmuster, gekleidet in die Sprache des Republikanismus, in die Mitte des politischen Diskurses vordringen können. So legte Emmanuel Macron bereits zu Beginn seiner Amtszeit einen Fokus auf Fragen der nationalen Identität, indem er den französischen Kolonialismus auf die politische Tagesordnung setzte. Dieser Diskurs, den ich anhand des Schlüsselworts *séparatisme* analysiere, bereitet tiefgreifende Verschiebungen im Bereich der Erinnerungspolitik und des nationalen Selbstverständnisses vor, tangiert aber auch ganz konkret Gesetzgebungsprozesse (Kap. 4.2).

Weitergeführt wird diese Verschiebung im republikanischen Metadiskurs im Diskurs um den sogenannten *islamo-gauchisme*. Dieser illustriert, wie das bereits bestehende Feindbild Islam diskursiv und argumentativ mit einem neuen Feindbild verbunden wird – dem/der kritischen Wissenschaftler:in und linken Kritik an sich. Im Nachklang der Terrorattacken vom Oktober 2020 bekam der zunächst eher opake und merkwürdig anmutende Begriff *islamo-gauchisme* Hochkonjunktur und strukturiert seitdem das Feld der öffentlichen politischen Positionierung maß-

geblich mit. An dieser Diskursformation lassen sich beispielhaft Muster zunehmender Normalisierung rechtsradikaler Ideologien aufzeigen. Diese vollzieht sich zentral in der Verbindung von inneren und äußeren Feindbildern in einem Kompositum, das zudem im Laufe seiner Diskursgeschichte mehrere Phasen der Rekontextualisierung durchläuft. Wichtig für die Akzeptanz dieser schleichenden und exkludierenden, identitären Sicht auf nationale Zugehörigkeit sind neben den rechtsradikalen Vordenker:innen zwei Gruppen von Akteur:innen: Medien und Politiker:innen (Kap. 4.3)

Während *islamo-gauchisme* ursprünglich ein Begriff aus der Sozialwissenschaft war, wurde er unter Mithilfe dieser beiden Akteursgruppen zwischen seiner Prägung im Jahr 2003 und seiner aktuellen Verwendungsweise heute zu einem politischen Kampfbegriff umgenutzt. Neben der diskursiven Verschmelzung verschiedener Argumentationsfiguren und Diskursstränge im Begriff *islamo-gauchisme* interessiert mich in diesem Prozess besonders das sprachliche Spiel aus (Eigen)Positionierung und (Fremd)Verortung der beteiligten Akteur:innen. Leitend ist dabei die Frage, wie innerhalb des republikanischen Metadiskurses Ausschlüsse produziert, diskursive Grenzen gezogen und Zugehörigkeit zur Nation neuformiert wird – und sich zudem in das gegenwärtige Klima wissenschaftsfeindlicher Delegitimierung von Kritik einfügt. Insbesondere Gender Studies, aber auch postkoloniale Studien und *critical race theory* werden hier diskreditiert. Unter Labels wie *cancel culture*, *idéologies woke* oder *wokisme* werden diese und andere Disziplinen und Theorien als Pseudo-Wissenschaften und US-amerikanische Importe verunglimpft, die mit der französischen Kultur vermeintlich nicht kompatibel sind. Damit werden zugleich auch ihre Vertreter:innen abgewertet und diskreditiert. Diese wissenschaftsfeindliche, reaktionäre Agenda wird in Frankreich längst nicht mehr nur von rechtsradikalen Intellektuellen als Teil ihrer metapolitischen Agitation im Kampf um kulturelle Hegemonie vertreten. Die Gründung des Thinktanks *laboratoire de la république* durch den Bildungsminister Jean-Michel Blanquer zeigt, dass es dem extrem rechten Lager gelungen ist, ihre Ideologien und Begriffe zu normalisieren und in die Terminologie des Republikanismus einzukleiden. In seiner Gründungsrede, symbolisch auf den 16. Oktober 2021 gelegt, ein Jahr nach der Ermordung des Lehrers Samuel Paty durch einen Islamistischen Attentäter, nennt Blanquer die Ziele seines neuen Republikanischen Laboratoriums. Demnach vertritt er eine „vision gramscienne“, nach der es keine politischen Erfolge geben kann, ohne dass die „bataille des idées“ zuvor gewonnen wurde (Archambault 2021). Konkret will Blanquer den Humanismus und Universalismus gegen den „wokisme“ verteidigen (Archambault 2021). Blanquers Vision nach müsse der Universalismus und damit auch das Verständnis der Republik als „indivisible, laïque, démocratique et

sociale“<sup>1</sup> auf vier wichtigen Feldern gegen den spalterischen *wokisme* verteidigt werden: in den Medien, dem akademischen Feld, der Kultur und der Politik (Archambault 2021, siehe hierzu Kap. 4.4).

Wie kommt es zu solchen diskursiven Fronstellungen, in denen eigentlich egalitäre, universalistische und humanitäre Werte progressiven und emanzipatorischen Projekten entgegengesetzt werden? Welche diskursiven Praktiken und Akteurskonstellationen begünstigen diese diskursiven Rekontextualisierungen und Umdeutungen? Und wie sind sie im Kontext soft-autoritärer Identitätspolitik zu verstehen, die in ihren Verschwörungserzählungen demografische Dystopien und rassistische Deutungsmuster aktiviert? In dieser soft-autoritären diskursiven Umdeutung dessen, was als Common Sense für selbstverständlich genommen wird, zeigen sich, um Blanquers Rede von der ‚vision gramscienne‘ wieder aufzugreifen, die Erfolge des rechtsradikalen Hegemoniekampfes. Grundlegende Konzepte der nationalen Identitätskonstruktion werden zusehends von autoritär-populistischen Deutungsmustern durchzogen. Wie Mondon (2015: 395) eindrücklich zeigt, war bereits zu Zeiten von Jean-Marie Le Pen im rechtsradikalen Lager in Frankreich die Idee verbreitet, dass Macht langfristig durch Ideen und nicht durch Gewalt zu erlangen sei. In gegenwärtigen Diskurskonstellationen und politischen Kräfteverhältnissen sowie Wahlergebnissen zeigt sich, dass diese Langzeitstrategie Früchte trägt. Auch über das Kanalisieren von Protestwählern hinaus wird der RN von immer mehr Menschen als veritable politische Alternative wahrgenommen – als eine Partei wie jede andere. Und, was vielleicht noch zentraler ist: neo-rassistische, kulturalistische und autoritäre Ideologien und Diskurse werden bis weit ins bürgerliche und sozialdemokratische Lager hinein geteilt und entfalten in der Mitte der Öffentlichkeit und den Gesetzgebungsprozessen ihre Wirkung, auch wenn der RN keine Regierungssämter innehat.

*Soft Authoritarianism* stützt sich in seinem Projekt der Hegemonieherstellung zentral auf eine Identitätspolitik, die die vermeintlich bedrohten Privilegien und Rechte der Mehrheitsbevölkerung (insbesondere der abstiegsbedrohten Klassen) gegen die Schutzrechte von Minderheiten in Stellung bringt.

## 4.1 Der republikanische Metadiskurs

Eine erste Erklärung für die erfolgreiche Normalisierung antidemokratischer Ideologien ist in der schleichenden ideologischen Unterwanderung des französischen Selbstverständnisses als universalistische, geeinte und laizistische Republik zu

---

1 „Untrennbar, laizistisch, demokratisch und sozial“.

suchen. Die Idee dieses Republikanismus geht auf das Erbe der Revolution von 1789 zurück, in der sich, dem allgemeinen Deutungsmuster nach, das Volk von der Tyrannei des Absolutismus befreite. Dieser Bezug ist unter anderem immer gegenwärtig, wenn von der politischen Verfassung des Staats als Fünfte Republik (*V<sup>e</sup> République*) gesprochen wird – also vom fünften republikanisch verfassten französischen Staat seit der Revolution. Auch der Wahlspruch der Republik *liberté, égalité, fraternité* ist ein Verweis auf die Losung der Revolution von 1789. Die positive und patriotische Referenz auf die Werte der Republik ist aus der französischen Öffentlichkeit und dem Alltagsleben nicht wegzudenken. In Frankreich stellt der Republikanismus einen Teil der kulturellen und nationalen Identität dar. Diese spezifischen Diskursbedingungen, unter denen über Themen wie nationale Identität, nationale Werte und Zugehörigkeit gesprochen wird, bezeichne ich als republikanischen Metadiskurs.

Zu den zentralen Diskursbestandteilen der nationalen Identitätskonstruktion in Frankreich gehört außerdem das Selbstverständnis als laizistische Republik mit universalistischen Werten der Gleichheit, gekennzeichnet zudem durch eine nationale Einheit, die sich in der Unterordnung Aller unter die republikanischen Werte Ausdruck verleiht. Dieser idealistische, abstrakte Republikanismus erzeugt jedoch epistemische Dissonanzen und Widersprüche, vor allem dann, wenn er mit den Folgen real existierender rassistischer, religiöser oder sexistischer Diskriminierung konfrontiert wird. Die Subjektpositionen und Ausschlüsse, die dies erzeugt, sind durchzogen von einer „hard-to-define combination of paradoxical predicates“, wie Étienne Balibar (2007: 51) es formuliert. Am Beispiel der Jugendrevolten von 2005 in den sogenannten *banlieues* verdeutlicht er die widersprüchlich Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion, die er auf die Formel der *internal exclusion* bringt – eine Subjektposition die besonders rassifizierte, junge Französinnen und Franzosen prägt, die sowohl geographisch als auch sozioökonomisch am Rand der Gesellschaft aufwachsen.

Die resultierende Unvereinbarkeit von diskriminierender Praxis und egalitärem Ideal führt zu politischen Gräben, die gegenwärtig insbesondere entlang der Frage nach der Stellung des Islam nachzuzeichnen sind. Islamophobie kann so aus Sicht der dominanten republikanischen Identitätsvorstellung nicht als Diskriminierungserfahrung verstanden werden, sondern wird als kommunitaristischer oder gar separatistischer Vorwurf aufgefasst, in dem Gruppenidentität auf unzulässige Weise überbetont und über den Wert der nationalen Einheit gestellt wird. Wie in verschiedenen Reden von Präsident Macron deutlich wird, ist Separatismus kein klassischer nationalistischer Diskurs, in dem nationale Einheit gegen die Gefahr interner Spaltungen und Forderungen nach territorialer und politischer Autonomie verteidigt wird. Vielmehr wird hier von höchster staatlicher Ebene aus ein Separatismusbegriff geprägt, der migrantische Minderheiten, postmigrantische und rassi-

fizierte Bevölkerungsgruppen und Muslime allgemein in ihrer Forderung nach politischer Anerkennung als Gefahr für die republikanische Identität versteht (Kap. 4.2).

#### 4.1.1 Das Paradox der ausschließenden *laïcité*

Ein Kernbestandteil dieses Republikanismus ist die weithin und über das politische Spektrum hinweg geteilte Präferenz für die *laïcité*, die auf den Anti-Klerikalismus der Revolution von 1789 verweist und spätestens seit der Verabschiedung des *Loi relative à la séparation des Eglises et de l'Etat*<sup>2</sup> von 1905 Gesetzesform hat. Einen Anhaltspunkt für die zentrale Bedeutung der *laïcité* bietet die nationale Debatte, die nach der Ermordung des Lehrers Samuel Paty durch einen islamistischen Terroristen im Oktober 2020 geführt wurde. Paty hatte mit seinen Schüler:innen über Meinungsfreiheit gesprochen und zu diesem Zweck umstrittene Karikaturen vom islamischen Propheten Mohamed gezeigt. Er wurde daraufhin von einem Islamisten auf offener Straße ermordet. Einige Wochen nach dem Attentat sollte eine landesweite, konzertierte Aktion in den Schulen der Republik veranstaltet werden, in der Lehrende mit ihren Schüler:innen über die Redefreiheit und die *laïcité* sprechen sollten.

Unter *laïcité* werden laut Patrick Weil (2021: 11–12) sowohl Gewissensfreiheit, Redefreiheit, Religionsfreiheit, Trennung von Staat und Kirche als auch die Neutralität des Staates verhandelt. Ebenfalls dazu zählen Werte wie Gleichheit und Brüderlichkeit, das Einhalten gemeinsamer Regeln, und das Verbot des Zurschaustellens religiöser Symbole in staatlichen Institutionen. *Laïcité* ist aufs Engste mit den diskursiv verankerten Werten der Aufklärung und des Universalismus verbunden. Sie ist ein unverzichtbarer Baustein des Republikanismus und integraler Bestandteil von Diskursen um nationale Identität. Zur theoretischen Fundierung, der historischen Entwicklung und der Bedeutung der *laïcité* für Frankreich ist die Literatur kaum zu überblicken. Wie Claire Demesmay (2015: 4) feststellt, ergab eine Befragung von 2015, dass „die Laizität als das wichtigste aller republikanischen Prinzipien eingestuft [wurde] – noch vor dem allgemeinen Wahlrecht und weit vor dem Vereinsrecht“. In diesem Kontext interessiert mich jedoch nur ein Teilaspekt, nämlich ihre gegenwärtige Umdeutung im reaktionären und konservativen Milieu. Kommentator:innen beschreiben diese Umdeutung als *weaponizing*, oder *dérive autoritaire*<sup>3</sup> der *laïcité*. Dieser Auslegung nach wird aus dem Recht auf freie

2 „Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat“.

3 „Autoritäre Tendenz“ oder „Ableiten in den Autoritarismus“.



Religionsausübung und Trennung von Staat und Kirche eine Ideologie der Kontrolle und des Ausschlusses, die insbesondere Muslim:innen betrifft. So weist die Anthropologin Geneviève Zoïa in einem Gastbeitrag in *Le Monde* auf unterschiedliche Konzeptionen der *laïcité* hin, die mit je eigenen Vorstellungen von öffentlichem Wohl einhergehen (Zoïa 2019: 27). Die erste und im Moment von Regierungsmitgliedern vertretene Vorstellung sei die einer regulierenden *laïcité*, welche religiöse Äußerungen ins Private verbannt. Sie versteht religiöse Symbole, wie das Kopftuch, als einen Angriff auf die öffentliche Ordnung. Ein Gegenentwurf hierzu stelle die Freiheit der Meinungsäußerung in den Vordergrund. *Laïcité* wird hier als Garant für eine liberale Gesellschaft verstanden. Hierin finden sich laut Zoïa Gedanken wieder, die mit den Menschenrechten, Emanzipation und Autonomie verbunden sind (Zoïa 2019: 27).

Kritische Stimmen, vor allem aus dem politisch linken Lager, sehen in der *laïcité* und dem Republikanismus Züge einer autoritären Ideologie, welche vor allem muslimische Immigrant:innen und Französ:innen ausschließt (Mondon 2015). Die *laïcité* soll durch die Neutralität des Staates gegenüber der Religion eigentlich liberal und integrativ wirken, werde aber gegenwärtig eher als Verbannung der Religion aus der Öffentlichkeit ausgelegt. Ein nationales Gesetz von 2004 verbietet etwa das muslimische Kopftuch sowie auch andere religiöse Kopfbedeckungen wie die Kippa in Schulen nicht nur für vom Staat beschäftigte Lehrer:innen, sondern auch für Schüler:innen. Gleichzeitig ist das Tragen kleinerer Symbole wie Kreuz oder Davidstern weiterhin erlaubt. Eine verbreitete Wahrnehmung ist daher, dass die geltende Auslegung der *laïcité* sich immer häufiger und deutlicher gegen den Islam richtet, anstatt Religionsfreiheit für alle zu garantieren.

Die vielfältigen Widersprüche und Dilemmata, die dieser französische Säkularismus angesichts der Existenz muslimischer Französinnen und Franzosen erzeugt, ist Gegenstand vieler aufschlussreicher ethnografischer Studien. So untersucht etwa Mayanti L. Fernando (2014) anhand von Feldstudien die Widersprüche und Ausschlüsse, die die *laïcité* in den Schulen der Republik erzeugt. Mondon sieht in diesem Feld eine hegemoniale Strategie des rechtsradikalen Lagers am Werk, die sich in der dominanten Auslegung der *laïcité* als ausschließendes, gegen Muslime und den Islam allgemein gerichtetes Konzept realisiert (Mondon 2015: 407). Dabei ist sehr auffällig, dass die ausschließende Auslegung nicht nur vom rechtsradikalen RN, sondern ebenso im konservativen, liberalen und sozialistischen Lager geteilt wird. Philippe Corcuff (2020) untersucht dieses von ihm als *confusionnisme* bezeichnete Phänomen in einer umfangreichen Analyse. Er beschreibt darin die ideologische Übernahme meistens rechtsextremer Ideologien durch Akteur:innen aller politischer Lager. Das Paradoxe, Kontraintuitive oder eben ‚Konfusionistische‘ daran ist, dass es oft originär progressive Ideen sind – etwa die Neutralität des Staates, universelle Gleichheit, Republikanismus – die von extrem rechter Seite umgeformt

und dann samt ihrem neuen Inhalt über die Grenzen der traditionellen politischen Lager hinweg übernommen werden. Diese (unfreiwillige) Transaktion von Ideologien vollzieht sich entlang einiger Schlüsselthemen, und mithilfe von diskurstransformierenden Schlüsselbegriffen, die den republikanischen Metadiskurs neu ausrichten und von innen heraus verändern. So werden in den Diskursen über die Bestandteile des Republikanismus – *laïcité*, *universalisme*, *unité nationale* – Widersprüche manifest, die das republikanische Selbstverständnis universalistischer Werte der Gleichheit und Freiheit mit realen Ausschlüssen, rassistischen Ressentiments und Ungleichbehandlung konfrontieren. Diese internen Widersprüche des republikanischen Selbstverständnisses verweisen auf eine tieferliegende Unvereinbarkeitsbeziehung zwischen Positionen und Wertansprüchen, auf eine sich herausbildende epistemische und politische Inkommensurabilität. Diese Unvereinbarkeitsbeziehung durchzieht zugleich alle Diskurse, die sich in Frankreich um Themen nationaler Identität und republikanischen Selbstverständnisses ranken. Sie formt die Beziehungen zwischen den traditionellen politischen Lagern neu und bricht diese auf. So sieht auch Philippe Marlière im gegenwärtigen politischen Diskurs in Frankreich eine

promotion d'un ‚universalisme républicain‘ théorique qui disqualifie tout discours examinant les apories pratiques du républicanisme français (allergie au multiculturalisme, désintérêt pour les discriminations raciales et liées au genre, racisme et islamophobie).<sup>4</sup> (Marlière 2021)

Damit verweist er auf die tieferliegende Unvereinbarkeit von abstrakten, theoretischen, universalistischen Werten und den ‚Niederungen‘ der konkreten, individuellen, erfahrungsbasierten Analysen und Zeugnisse des Ausschlusses, den Minderheiten in Frankreich täglich erleben.

#### 4.1.2 *Color-blind* oder blind für Rassismus?

Im Nachgang der antirassistischen Proteste der *Black Lives Matter*-Bewegung, die auch Frankreich erreichten, wurden im Abstand von circa drei Wochen zwei offene Briefe veröffentlicht. Darin werden zwei Positionen entwickelt, die zwar im Kern jeweils explizit gegen rechtsradikale Ideologie gerichtet sind, untereinander aber völlig unvereinbar scheinen. Die beiden Publikationen werfen ein Schlaglicht auf

---

<sup>4</sup> „Förderung eines theoretischen ‚republikanischen Universalismus‘, der jegliche Auseinandersetzung mit den praktischen Aporien des französischen Republikanismus diskreditiert (etwa die Abneigung gegenüber Multikulturalismus, das Desinteresse an rassistischen und geschlechtsspezifischen Diskriminierungen, Rassismus und Islamophobie).“

eine komplexe diskursive Konstellation, die sich um das universalistische, egalitäre Selbstbild der französischen Republik herum gruppiert. Verhandelt wird zudem der Status der sogenannten Identitätspolitik, also dem Ableiten politischer Forderungen auf Basis von Gruppenidentitäten, die oft aus der Erfahrung der strukturellen sozialen Ausgrenzung resultieren. Im ehemaligen Kolonialstaat Frankreich ist die Thematisierung dieser internen Ausschlüsse zudem oft mit post- und dekolonialen Projekten verknüpft, die etwa in der Ungleichbehandlung migrantischer Gruppen eine Kontinuität kolonialer Ideologien und Politiken sehen.

Am 03. Juli 2020 veröffentlichte eine Gruppe von 57 Intellektuellen einen Aufruf in der Online-Zeitschrift *Mediapart*, mit dem Titel *Pour une République française antiraciste et décolonialisée*<sup>5</sup> (Les invités de Mediapart 2020). Hierin findet sich der Aufruf zur Solidarität mit Protestierenden und Gruppen, die rassistische Polizeigewalt anprangern und auf die koloniale Geschichte des gegenwärtigen republikanischen Rassismus (*racisme républicain*) hinweisen. Der republikanische Universalismus (*universalisme républicain*), der von vielen als Mittel gegen die extreme Rechte verstanden wird, existiere ausschließlich in der Theorie. Dekoloniale und antirassistische Proteste und Bestrebungen, die koloniale Vergangenheit und Kontinuität aufzuarbeiten, seien in Wirklichkeit Beiträge zur Verwirklichung der Werte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Les invités de Mediapart 2020).

Als Reaktion darauf veröffentlichte die Zeitung *Marianne* am 23.07.2020 ebenfalls einen offenen Brief, der von zahlreichen zivilgesellschaftlichen, insbesondere feministischen Bündnissen unterzeichnet wurde (Tribune collective 2020). Darin wird ein Standpunkt formuliert, der im Kern die republikanische Konzeption nationaler Identität vor der dekolonialen, antirassistischen Kritik verteidigt. Die laizistische Republik, so der Text, erkenne Individuen und deren Rechte über alle Unterschiede hinweg an und sei demnach blind für jedweden Partikularismus. Hoffnung für den Kampf für die Ideale wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit könne es nicht geben, wenn jeder nur die Rechte seiner „race“ oder „religion“ verteidige (Tribune collective 2020). Weiter richteten sich die Unterzeichnenden gegen eine Sichtweise, die die Gesellschaft nur durch das „prisme de la différence entre les ‚blancs‘ et les autres“<sup>6</sup> betrachte (Tribune collective 2020). Hierin wird eine „victimisation généralisée“<sup>7</sup> gesehen, die es rechtfertige, nur noch in vorgefertigten Bahnen der Teilung und der unterdrückten Minderheiten zu denken. (Tribune collective 2020) Diese Denkart, so der offene Brief weiter, helfe nur der extremen Rechten, die genau jene Trennung als Kernmerkmal aufweise. Außerdem befördere sie einem

5 „Für eine antirassistische und dekolonialisierte französische Republik“.

6 Etwa: „die Brille der Unterscheidung zwischen den ‚Weißen‘ und den Anderen“.

7 Etwa: „allgemeine Opferrolle“.

ultralibéralisme mondialisé qui conteste la souveraineté des peuples, favorisant un modèle multiculturel anglo-saxon de cloisonnement identitaire qui annule la capacité à agir des forces sociales autant que celle à décider des citoyens.<sup>8</sup> (Tribune collective 2020)

Das erwähnte ‚angel-sächsische multikulturelle Modell der identitären Abschottung‘ wird im folgenden Satz näher charakterisiert. Es handele sich dabei um eine sogenannte „idéologie raciale“, die aus den USA importiert werde. Eine solche Sicht auf Gesellschaft, Zusammenleben und Diskriminierung sei in Frankreich unerwünscht (Tribune collective 2020). Der Kern des Beitrags ist die Auffassung, dass identitätspolitische, dekoloniale und antirassistische Kritik die soziale Frage, also den politischen Kampf der sozio-ökonomischen Klassen, rassifiziere. So werde der Klassenkampf zum Widerstreit der ‚Rassen‘: „La racialisation de la question sociale est une impasse“<sup>9</sup> lautet so auch der Titel des offenen Briefs.

Im Vergleich dieser beiden offenen Briefe wird deutlich, wie die vorherrschende Konzeption des republikanischen Universalismus es erschwert, dass Minderheiten auf Basis ihrer Ausgrenzungserfahrungen politische Forderungen erheben. Solche oft als kommunitaristisch (*communautariste*) oder identitär (*identitaire*) bezeichneten Bestrebungen sind mit dem abstrakten republikanischen Modell von Gleichheit unvereinbar. Die Betonung der Unterschiede wird, im Gegenteil, sogar gegen sie gewandt, wenn ihnen vorgeworfen wird, die soziale Frage zu rassifizieren. Zudem verdeutlicht eine Stelle aus dem offenen Brief aus der *Marianne*, dass die universalistisch-republikanische Sicht auf nationale Identität auch blinde Flecken erzeugen kann. So wird darin unter anderem behauptet, in der französischen Geschichte habe es nie rassistische Segregation gegeben und Frankreich habe es geschafft, jedem dieselben bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte zu geben (Tribune collective 2020). Diese idealistisch-abstrakte Sichtweise ist mit der empirisch beobachtbaren Realität in Frankreich kaum vereinbar. Bereits im Jahr 2001 weist Didier Fassin in einer Untersuchung über undokumentierte Immigrant:innen auf die rassistische Diskriminierung in der französischen Öffentlichkeit hin. Zwar verbiete das französische Selbstverständnis als universalistische Republik es kategorisch, Menschen nach biologischen Unterschieden zu betrachten. Dieses implizite Verbot führe jedoch paradoxerweise nicht zwangsläufig zu weniger Ausgrenzung oder Rassismus. Vielmehr, so Fassin, führt es dazu, dass die Ungleichheiten zwar wahrgenommen, aufgrund des Tabus jedoch nicht direkt benannt werden können. Die einzige juristisch haltbare und offen ansprechbare

---

8 „globalisierter Ultraliberalismus, der die Volkssouveränität in Frage stellt und ein angelsächsisches multikulturelles Modell der identitären Abschottung begünstigt, das sowohl die Handlungsmacht sozialer Kräfte als auch die Entscheidungsfähigkeit der Bürger neutralisiert.“

9 „Die Rassifizierung der sozialen Frage führt in eine Sackgasse.“

Unterscheidung, die in der französischen Öffentlichkeit noch zu Beginn des Jahrtausends vorgenommen wird, ist laut Fassin die der Nationalität:

All other distinctions, particularly those based on physical traits or biological characteristics, were unanimously condemned, to the point of defining the political boundary between the acceptable and unacceptable, between legitimate political parties and the extreme right. Thus denied, racial discrimination was assumed to be inexistent, in spite of all proofs to the contrary. (Fassin 2001: 3)

Diese partielle Tabuisierung von Differenzanerkennung, besonders auf Grundlage biologischer Unterschiede, führt nicht zuletzt auf der lexikalischen Ebene zu Verwirrungen, wie Fassin weiter ausführt. So werden etwa Menschen, die sowohl der Nationalität als auch des Geburtsorts nach aus Frankreich kommen, aufgrund ihrer Hautfarbe oder sonstigen äußerlichen Merkmalen als *maghrebin(e)s*, *africain(e)s*, *beurs* oder *immigré(e)s* bezeichnet, was deutlich offenlegt, dass rassistische Deutungen die Wahrnehmung und Differenzierung des oder der ‚Anderen‘ prägen (Fassin 2001: 6). Der Konflikt verweist auf eine tiefere ideologische Auseinandersetzung. In einem einschlägigen Sammelband, den Didier und Éric Fassin gemeinsam herausgaben, veranschaulicht Letzterer diese so: „Êtes vous universaliste ou différentialiste? Républicains ou communautariste? [...] [C]olor-blind [ou] color-conscious[?]“, „[a]veugles à la race ou au racisme?“<sup>10</sup> (Fassin 2009 [2006]: 114). Hier werden die zwei unterschiedlichen, beide im Kern gegen Rassismus gerichteten Betrachtungsweisen deutlich, die jedoch in wichtigen Punkten voneinander abweichen. Die universalistische, republikanische Sichtweise geht a priori davon aus, dass Menschen sich nicht in Rassen einteilen lassen und es daher unzulässig ist, diese Differenzierung überhaupt vorzunehmen, sei es im öffentlichen Diskurs oder etwa in Gesetzestexten oder auch in der Erhebung von Daten für offizielle Statistiken.

Die hier als *différentialiste* oder *communautariste* bezeichnete Sichtweise erkennt die Effekte des historisch gewachsenen, diskursiv verfestigten und zweifellos wirkmächtigen Komplexes Rassismus an, der Menschen in Gruppen aufteilt, die unterschiedliche Privilegien, Chancen und Perspektiven im Leben haben. Sie wendet sich also gegen Rassismus, bezieht aber die Effekte der Rassifizierung in ihre politische Beurteilung der Gesellschaft und ihre Stratifizierung ein. Es kann von einem *strategischen Essentialismus* (Gayatri Chakravorty Spivak) gesprochen werden, der als identitätspolitische Plattform zur Verbalisierung politischer Forde-

<sup>10</sup> „Verstehen Sie sich als Universalist oder Differenzialist? Eher republikanisch oder kommunitaristisch? Sind Sie ‚color-blind‘ – farbenblind – oder ‚color-conscious‘ – farbenbewusst? Und schließlich: blind gegenüber der Kategorie Rasse oder gegenüber dem Rassismus?“

rungen dient, die ohne die Diskriminierung aufgrund des tabuisierten Merkmals *race* undenkbar wären. Aus Sicht der *universalistes* spielen die *communautaristes* jedoch das Spiel des Rassismus mit, indem sie *race* als Kategorie der Diskriminierung anerkennen. Und letztere wiederum kritisieren am Universalismus eine Blindheit für reale Auswirkungen des Rassismus, welche dazu führt, dass er sich verfestigen und institutionalisieren kann, ohne dass seine Existenz überhaupt adäquat anerkannt wird. Diese zwei Sichtweisen sind diskursiv zu zwei konträren Positionen angewachsen, die sich in Frankreich oft unversöhnlich gegenüberstehen. Éric Fassin kommt gar zu dem Schluss „[l]’ennemi principal pour la pensée républicaine, c’est donc encore et toujours, le culturalisme – qu’on l’appelle différentialisme, relativisme ou coummunautarisme“<sup>11</sup> (Fassin 2009 [2006]: 119).

Es ist also weniger institutionelle rassistische und diskriminierende Praxis, die aus Sicht des Republikanismus abzulehnen ist, sondern eher der politische Kampf für gleiche Rechte, der diese Diskriminierungen als gegeben nimmt und abschaffen will. Vanessa E. Thompson fasst diese ideologische Konstellation so zusammen:

[...] the universalist conception of the Republican nation is bound to an inherent ethno-cultural particularism and cultural racialism. [...] [T]here is an inherent contradiction at the heart of abstract French Republicanism because it is a *particular* history and communality that is bound to French Republican citizenship [...], which thus universalises the particular by rendering another constructed (and racialised) particular the non-universal other. (Thompson 2020: 32)

Diese komplexe Diskurskonstellation macht es ungleich schwieriger, den inhärenten Rassismus im Republikanismus auf den Punkt zu bringen und politisch zu adressieren. Diese Kritik kann zudem leicht gekontert werden, indem man sich auf die idealisierte Farbenblindheit und den eingebauten Egalitarismus des republikanischen Universalismus beruft.

Einen anderen paradoxen Effekt dieses mit der *laïcité* verbundenen universalistischen Republikanismus illustriert Sarah Mazouz (2017) anhand eines anschaulichen Beispiels aus ihrer ethnographischen Forschung im Rathaus einer französischen Gemeinde. Der Beauftragte für soziale Entwicklung, Integration und Prävention der Verwaltung von Doucy, Boubacar Diawara, ist zum Zeitpunkt ihrer Datenerhebung der erste Mann mit Migrationshintergrund, der dieses Amt bekleidet. Wie Mazouz anhand eines Interviewausschnittes und weiterer Beispiele herausarbeitet, besteht oft eine implizite Spannung in den Aussagen der Interviewpartner:innen: Sie wollen gegen Diskriminierung kämpfen, müssen aber

11 „Der Hauptfeind des republikanischen Denkens ist also nach wie vor der Kulturalismus – ob man ihn Differenzialismus, Relativismus oder Kommunitarismus nennt.“

zugleich ständig ihre Zustimmung zum Republikanismus beteuern (Mazouz 2017: 211). Diawara erkennt an, dass seine Ernennung für das Amt bereits eine Art symbolischer Wiedergutmachung für rassistische Diskriminierung sei, zugleich lehnt er aber Quotenregelungen für solche Ernennungen mit Bezug auf republikanische Werte entschieden ab und stellt sich gegen eine Politik der positiven Diskriminierung oder Bevorzugung (Mazouz 2017: 210). Hier zeigen sich die Effekte, die das Spannungsfeld zwischen real existierender Diskriminierung und universalistischen Idealen erzeugt. Selbst Personen, die aufgrund persönlicher Diskriminierung und professioneller Eignung damit betraut werden, dieses gesellschaftliche Ungleichgewicht auszugleichen, kommen in ihren Urteilen und Rationalisierungen nicht umher, sich auf republikanische Werte und explizit die *laïcité* zu berufen.

Durch dieses „race-less“ framework“ (Thompson 2020: 32), das als leitendes Prinzip die französische Gesellschaft, ihre Gesetzgebung und politischen und gesellschaftlichen Diskurse rahmt, kann nicht nur der Status Quo erhalten, sondern auch Aktivismus und antirassistische Politik delegitimiert werden. So erfüllt laut Reza Zia-Ebrahimi die grundlegende Nichtanerkennung der Diskriminierung aufgrund von *race* die soziopolitische Funktion der Aufrechterhaltung bestehender Rassenhierarchien. Sie stellt die Legitimität antirassistischer Analysen infrage, marginalisiert und delegitimiert Kritik an rassistischer Diskriminierung. Sie sei außerdem Bestandteil einer politischen Strategie:

The denial that we can today observe across the western world is part of a broader elite strategy to push back against anti-racism, and delay, water down or indeed sabotage any practical and legislative process to address racial structures. (Zia-Ebrahimi 2020: 317)

Die Ambivalenzen und Widersprüche, die ein derartig ausgelegter republikanischer Universalismus auch innerhalb der hegemonialen Strategie von rechts erzeugt und in sich trägt, zeitigen reale Effekte. Diese können die Form von Diskursen annehmen, die bestehende Hierarchien konsolidieren und Kritik delegitimieren. Sie haben aber auch ganz konkrete Auswirkungen auf die Politik. Im Kontext von Asyl- und Migrationspolitik stellen sie damit oft genug eine Frage von Leben und Tod dar, wie Didier Fassin in seiner Untersuchung zur Körperpolitik im Kontext des französischen Asylsystems feststellt:

Republican universalism finds here its deepest contradiction – in the recognition that a difference read on the body can produce an inequality in terms of sickness and death. [...] [T]he recognition that a ‚natural or physical‘ difference, socially constructed as racial discrimination, can be at the origin of the most unacceptable ‚political‘ or ‚moral‘ inequality of all – inequality of life expectancy – would probably be the most radical invalidation of the human rights rhetoric so deeply bound to the French self-perception. (Fassin 2001: 7)

In den über zwanzig Jahren, die seit Fassins Forschung vergangen sind, hat sich potentiell tödliche Körperpolitik mit ihren auf Rassismus basierenden Ausschlüssen im Kontext der ‚Festung Europa‘ und restriktiven Asylpolitiken zugleich verschärft und normalisiert. Das Sterben von rassifizierten Menschen im Mittelmeer und an anderen EU-Außengrenzen sowie rechtswidrige Push- und Pullbacks von Menschen auf der Flucht sind an der Tagesordnung. Auch innerhalb Frankreichs wirkt sich institutionalisierter Rassismus auf Lebenschancen und sogar die Lebenserwartung aus. So belegt eine Studie von 2019 eine deutliche Übersterblichkeit in der Gruppe der männlichen Franzosen, deren Eltern aus Nordafrika stammen im Vergleich zur gleichen Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund (Guillot et al. 2019). Dies hat auch mit ungleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu tun, mit schlechteren Bildungschancen und oft beengten Wohnverhältnissen in vernachlässigten Trabantenstädten, deren zum Großteil rassifizierte Bevölkerung zudem deutlich öfter mit der Polizei in Berührung kommt, als die weiße Mehrheitsbevölkerung. Gleichzeitig leisten aber auch progressive, zivilgesellschaftliche Initiativen Pionierarbeit bei der Adressierung und Überwindung rassistischer Fortschreibungen und Ausschlüsse, wie Thompson anhand ihrer ethnografischen Forschung mit der *Brigade anti-négrophobie* (BAN) eindrücklich zeigt. Die Aktivist:innen schaffen es in ihrer solidarischen Praxis und darin verwurzelten Theoriebildung, die scheinbare politische und ideologische Inkommensurabilität des identitätspolitischen Partikularismus mit dem abstrakten Universalismus zu überbrücken (Thompson 2020: 40).

## 4.2 Bedrohte nationale Identität: *Séparatisme vs. unité nationale*

Während zivilgesellschaftliche, oft subalterne und von diskriminierenden Ausschlüssen betroffene Menschen in Initiativen an neuen Formen der solidarischen Aktion arbeiten und institutionalisierten Rassismus nicht nur anprangern, sondern auch überwinden wollen, setzt sich im politischen und medialen Diskurs die Herstellung rechtsradikaler Hegemonie weiter fort. Innerhalb des metadiskursiven Rahmens des universalistischen Republikanismus findet eine Verschiebung statt, die die Aushandlung nationaler Identität und Zugehörigkeit betrifft und diese gegen diskursiv konstruierte Bedrohungen in Stellung bringt. Diese Gegenüberstellung wird besonders in krisenhaften Ereignissen deutlich, etwa wenn das nationale Selbstverständnis durch Terroranschläge auf die Probe gestellt wird und das Gefühl der alltäglichen Sicherheit sich ganz konkret als Illusion erweist, die jederzeit erschüttert werden kann.



Die Anschlagserie von 2015 und 2016 in Frankreich, bei der zuerst die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo, dann ein koscherer Supermarkt, danach in einer Nacht Pariser Café-Terrassen, der Konzertsaal Bataclan, das Stade de France und zuletzt eine Promenade in Nizza angegriffen wurden, stellte zweifellos eine solche Krise nationaler Tragweite dar. Brouard et al. (2018) untersuchen, wie diese Anschlagserie die politische Einstellung der Bevölkerung in Frankreich beeinflusst hat. Anhand von insgesamt neun Surveys zu politischen Einstellungen in Frankreich, die vor, während und nach der Anschlagserie von 2015 und 2016 erhoben wurden, stellen sie einen Rechtsruck in der Bevölkerung fest, der sich jedoch nur auf Feld der Sicherheitspolitik beschränkt:

Moreover, and despite common beliefs among pundits, journalists, and scholars, our findings illustrate that opinion change in the aftermath of a terrorist attack is solely confined to the most relevant issue at hand (security) and does not express itself as a generalised right-wing or authoritarian switch. (Brouard et al. 2018: 1092)

Zudem ist festzuhalten, dass sich die Meinungsänderung auf linksgerichtete und als liberal zu kategorisierende Individuen beschränkt, während Rechte eher bei ihrer Einstellung bleiben und in der Gruppe der Rechtsextremen kaum ein Effekt beobachtbar ist (Brouard et al. 2018: 1092). Neben den kurzfristigen Effekten auf Einstellungen zur nationalen Sicherheit und die Präferenz für eine restriktivere Politik sind auch langfristige Effekte erkennbar – der Rechtsruck auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik ist nachhaltig und verstärkte sich laut Brouard et al. (2018: 1091) mit jeder weiteren Attacke.

Das Thema Sicherheit im Kontext einer äußeren Bedrohung hat einige Berührungspunkte mit nationaler Identität und Selbstverständnis. So analysiert Claire Demesmay den öffentlichen Diskurs um die französische Identität in der Folge der Anschläge von 2015 und stellt fest, dass kollektive Identität und gesellschaftlicher Zusammenhalt zusehends im Konflikt mit dem republikanischen Wert der *laïcité* gesehen werden (vgl. Demesmay 2015: 3). Religionsausübung in der Öffentlichkeit wird dabei als ein Ausdruck von *communautarisme* gesehen, welcher im französischen Verständnis die Überbetonung einer Gruppenidentität darstellt, die letztlich die nationale Einheit bedrohe. Diskutiert werden in diesem Zusammenhang die Integrationspolitik, der gesellschaftliche Zusammenhalt sowie der Platz des Islam in der Gesellschaft (Demesmay 2015: 1). Hier entstehen, vor dem Hintergrund der islamistischen Anschläge, Interferenzen zwischen eigentlich getrennten Diskursen: die Debatte um nationale Identität und ihre vermeintliche Bedrohung durch angebliche Überfremdung, Islamisierung, muslimische Parallelgesellschaften und ihre religiösen Praktiken ist an den Diskurs um die bedrohte nationale Sicherheit anchlussfähig. Das verbindende Glied ist die Figur des bedrohlichen Islam, repräsentiert durch gewaltsame fundamentalistische Attentate – aber eben auch durch so

alltägliche Praktiken wie das Tragen des Kopftuchs. So wird es aufgrund stereotyper Deutungsmuster und verallgemeinernder Gleichsetzungen möglich, aus dem Grundrecht der freien Religionsausübung eine Bedrohung der nationalen Sicherheit und Einheit zu konstruieren. Der zentrale Begriff, mit dem der Diskurs um nationale Identität und Sicherheit rassifiziert und gegen Muslim:innen gewendet wird, lautet seit Macrons Präsidentschaft *séparatisme*.

#### 4.2.1 Islamistischer Separatismus vs. republikanische Rückeroberung

„En France, décidément, tout commence par les mots“<sup>12</sup> (Macron 2020a). Mit diesen Worten fasst Emmanuel Macron in seiner Festrede anlässlich des 150. Jubiläums der Gründung der Dritten Republik am 04. September 2020 im Panthéon seine Sicht auf die zentrale Rolle der französischen Sprache für die Nation zusammen. In Frankreich beginnt alles mit den Worten – das bedeutet einerseits, dass Frankreich als Nation seinen Gründungsmythos dezidiert auf literarische und andere kulturelle Werke stützt. Macron nennt hier die Namen ‚großer Männer‘ der Geschichte: Victor Hugo, Émile Zola, André Malraux oder Aimé Césaire.<sup>13</sup> Andererseits stellt er mit seinem Satz heraus, dass der Erwerb der französischen Sprache ein zentraler Bestandteil in dem Prozess des *devenir Français*<sup>14</sup> darstellt – sie ist für ihn aufs Engste verbunden mit der Republik, ihren Werten und der Geschichte Frankreichs.

Dass der oberste Staatsvertreter anlässlich eines 150-jährigen Jubiläums die Gründungsmythen der Nation in Erinnerung ruft, ist zunächst wenig verwunderlich. Auch die Betonung der kulturellen Leistungen Frankreichs überrascht nicht unbedingt, zumal, wenn man bedenkt, dass mit dem Veranstaltungsort, dem Panthéon, das symbolische Herz der französischen Nation gewählt wurde, die letzte Ruhestätte wichtiger Persönlichkeiten und Geistesgrößen Frankreichs. Doch in Macrons Rede finden sich nicht nur die üblichen Muster nationaler Selbstvergewisserung nach innen – also Bezüge auf die glorreiche Geschichte und universalistischen Traditionen der Revolution. Er schneidet auch ein Thema an, dass er bereits in vorhergehenden Reden angelegt hatte und das im späteren Verlauf des Jahres 2020 noch in den Fokus seiner Regierungsarbeit rücken wird: die Einheit und Unteilbarkeit der Nation und ihre Bedrohung durch den sogenannten Separatismus.

<sup>12</sup> „In Frankreich beginnt alles mit den Worten.“

<sup>13</sup> Auch Jean-Jacques Rousseau und einige weitere finden Erwähnung, Frauen sucht man in Macrons Aufzählung hingegen vergebens.

<sup>14</sup> Etwa: „Französin oder Franzose werden“.

Die hier ausgewählten Äußerungen Macrons stellen selbstverständlich nur einen kleinen Ausschnitt des französischen Diskurses zum Separatismus dar. Noch dazu fokussiere ich mich hier auf eine einzelne Position im Diskurs, nämlich die des Präsidenten der Republik. Doch in diesen politischen Kommunikaten offenbaren sich einige grundlegende diskursive Praktiken und Argumentationsfiguren, die einerseits innerhalb der Matrix des republikanischen Metadiskurses anzusiedeln sind, andererseits von exkludierenden, stereotypen und Deutungsmustern durchzogen sind. Der Präsident der Republik hält das höchste repräsentative wie exekutive Amt im Staat und hat sowohl eine erhebliche politische Macht als auch eine absolut herausgehobene Stellung in Fragen des sozialen Zusammenlebens, der ethischen und moralischen Grundlagen der französischen Gesellschaft. Seine Worte sind also in nahezu jeglicher Hinsicht mit Macht ausgestattet – es ist so etwa undenkbar, dass Medienberichterstattung Macrons Argumentationen, ihre Prämissen und Präsuppositionen und ihren propositionalen Gehalt übergeht – sei es affirmativ oder kritisch und widersprechend. Äußert sich Macron nun also zu Fragen der nationalen Einheit, des republikanischen Zusammenlebens und, in Zeiten von Terroranschlägen, zu islamistischem Separatismus, so ist dies als der zentrale und machtvollste Diskurs zu verstehen, der zwar immer vor dem Hintergrund der spezifischen impliziten Regeln des republikanischen Metadiskurses stattfindet, diesen aber auch in besonderem Maße prägt, weiterführt, verändert, bestätigt oder auch instrumentell nutzt. Dazu kommt, dass der Separatismusdiskurs und einige in ihm angelegte Argumentationsfiguren und Praktiken im späteren Verlauf in andere Diskursstränge integriert werden und dort ihre Wirkung entfalten.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die These, dass der republikanische Metadiskurs im Zuge einer schleichenden nationalistisch-identitären Umdeutung mit Deutungsmustern durchzogen wird, die vor allem muslimische und migrantische Minderheiten in Frankreich diskriminiert, ist der präsidentiale Diskurs zum Separatismus zentral für die Analyse soft-autoritärer Identitätspolitik. Wenn, wie von Macron deklariert, in Frankreich alles mit den Worten beginnt, dann sollten diese Worte und ihre politischen Effekte auch angemessen hinterfragt und problematisiert werden. Was ist Macrons Begriff von Separatismus, und speziell des islamistischen Separatismus? Wie spricht er über nationale oder republikanische Identität, welche kulturellen oder politischen Positionierungen werden hier vollzogen und welches integrative oder diskriminierende Potential wohnt ihnen inne? Was meint Macron eigentlich mit Separatismus und vielleicht noch wichtiger: welche politische Wirkung wird damit erzielt?

Bereits einige Monate vor der Rede am Panthéon, am 18. Februar 2020, hielt Macron im Rahmen einer Pressekonferenz in Mulhouse eine Rede mit dem Titel *Protéger*

*les libertés en luttant contre le séparatisme islamiste*<sup>15</sup>. Hierin stellt er den Kerngedanken seines Begriffs von Separatismus vor. Darunter versteht er nicht etwa Bestrebungen nach nationaler Eigenständigkeit von französischen Überseegebieten oder Regionen innerhalb des Hexagons – ebenso wenig meint er damit die tatsächlichen Unabhängigkeitsbestrebungen Korsikas. Vielmehr betrifft dieser Separatismus das Gefühl, es gebe

des parties de la République qui veulent se séparer du reste, qui, au fond, ne se retrouvent plus dans ces lois, dans ses codes, ses règles que nous avons une partie de notre population qui se sépare du reste [...].<sup>16</sup> (Macron 2020b)

Es geht dem Präsidenten also um eine interne Aufspaltung der Bevölkerung Frankreichs, um entstehende Parallelgesellschaften von Gruppen, die sich vom Rest absondern. Diese Abwendung von den Regeln und Normen der Republik geschehe, so Macron weiter, „au titre d’une religion dont elle déforme les aspirations profondes et en faisant de cette religion un projet politique et au nom de l’Islam“<sup>17</sup> (Macron 2020b). Bereits der Kontext der Rede sowie ihr Titel ließen kaum begründeten Zweifel daran, dass Macron sich in seinem Verständnis von Separatismus ausschließlich auf den Islamismus bezieht. In der Folge bemüht der Präsident sich, den Eindruck einer differenzierten Kritik am Islam und vor allem seiner politischen Instrumentalisierung zu erzeugen, die sich nicht in Stigmatisierung und simplen Schuldzuweisungen erschöpft. Dazu geht er im folgenden Absatz auf den Begriff der *laïcité* ein. Diese drücke sich in der Möglichkeit aus, frei zu glauben oder nicht zu glauben, aber auch in der absoluten Pflicht, die Gesetze der Republik zu respektieren. Sie müsse zudem überall dort durchgesetzt werden, wo sie nicht respektiert werde – sie sei aber zugleich kein Instrument im Kampf gegen eine Religion oder in der Rückeroberung (*reconquête*) von Territorien (Macron 2020b). Die Zurückweisung der kontrollierenden oder wehrhaften Ausprägung der *laïcité* und der Beteuerung, keine einzelne Religion stigmatisieren zu wollen, wirken angesichts der ausschließlichen Fokussierung auf *islamistischen* Separatismus eher wie Absicherungen gegen Kritik. Denn trotz des negierenden Framings sticht die Wortwahl hier hervor – *reconquête* (Rückeroberung) taucht in der Folge noch drei Mal mit dem Attribut *republicaine* auf. Diese Republikanische Rückeroberung bezieht sich auf die von

15 „Den Schutz der Freiheiten durch den Kampf gegen islamistischen Separatismus gewährleisten“.

16 „Teile der Republik, die sich vom Rest lösen wollen, die sich im Grunde nicht mehr in unseren Gesetzen, unseren Normen und Regeln wiedererkennen – ein Teil unserer Bevölkerung trennt sich somit vom Rest [...]“.

17 „Im Namen einer Religion, deren eigentliche Bestrebungen sie verfälschen, indem sie daraus ein politisches Projekt machen – im Namen des Islam.“

Macron so genannte Rückkehr der republikanischen Autorität (*retour de l'autorité republicaine*) in insgesamt 47 französischen Stadtvierteln, die er als die verletzlichsten (*les plus sensibles*) bezeichnet (Macron 2020b).

Hiermit stellt Macron den Bezug zu einem 2018 gestarteten landesweiten Projekt her, das vom damaligen Innenminister Gérard Collomb unter dem Namen *Reconquête Republicaine* gestartet wurde (Leclère & Bénis 2018). Mit der Nennung des Programms stellt Macron zugleich den Bezug zum Ort seiner Ansprache her: Bourtzwiller ist ein Viertel von Mulhouse und Teil der Liste der *Quartiers de reconquête republicaine* (QRR). Das Programm sieht vor, in bis dato 62 französischen Stadtvierteln, die als soziale Brennpunkte verstanden werden, die Polizeipräsenz aufzustocken, um den Alltag sicherer zu machen (Gouvernement de la République Française 2021). Zudem sollen Sozialarbeiter:innen ausgebildet und eingesetzt und in soziale Infrastruktur investiert werden. Die Maßnahmen beinhalten neben der erhöhten Polizeipräsenz auch kulturelle, sportliche und Bildungsangebote. Ein zusätzliches Ziel ist es laut Macron dabei, gegen Bewegungen anzugehen, die Hass verbreiten, gegen Radikalisierung und den Rückzug in die Gemeinschaft (*repli communautaire*) und auch Drogenhandel vorzugehen (Macron 2020b). Die Fokussierung auf Gebiete (*territoires*), der Frame der Rückeroberung und des anti-republikanischen Separatismus lassen das Bild einer Konfliktkonstellation entstehen. Dieser wird eine Konzeption von Republikanismus entgegengesetzt, die integrativ, gleichberechtigend und auf gemeinsame Rechte und Pflichten ausgelegt ist: eine positive Idee des Zusammenlebens, die jedoch durch mutwillige Nichtbeachtung seitens der sich separierenden Gruppe für alle in Mitleidenschaft gezogen werde.

Dagegen setzt Macron jedoch auch Akzente, die die soziale Bedingtheit der von ihm beklagten separatistischen Entwicklungen aufzeigen: „En effet, le séparatisme se nourrit de l'absence dans certains territoires d'une offre alternative dans le champ social, sportif, périscolaire, sanitaire, culturel“<sup>18</sup> (Macron 2020b). Deshalb müsse man Verbände, die Gebietskörperschaften und andere staatliche Stellen noch stärker begleiten und stärken. Dies helfe sicherzustellen, dass überall in der Republik für Meritokratie, für den Zugang zu guter Bildung und zu Arbeit gekämpft werden könne (Macron 2020b). Tatsächlich wird im Verlauf der Rede deutlich, dass Macron den Eindruck einer Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung unbedingt verhindern will. Er bezeichnet es als ein großes Risiko und einen enormen Fehler, wenn die Gesellschaft die muslimischen Mitbürger (*concitoyens musul-*

---

18 „Der Separatismus speist sich in der Tat aus dem Mangel an alternativen Angeboten im sozialen, sportlichen, außerschulischen, gesundheitlichen und kulturellen Bereich in bestimmten Regionen.“

*mans*) als das Problem identifizieren würde (Macron 2020b). Die Ursache liege in der politischen Ideologie des islamistischen Separatismus, welcher manipulativ und die Religion ins Gegenteil verkehrend wirke (Macron 2020b). Dieser islamistische Separatismus sei „incompatible avec la liberté et l'égalité, incompatible avec l'indivisibilité de la République et la nécessaire unité de la Nation“<sup>19</sup> (Macron 2020b).

Besonders zwei Bereiche macht Macron aus, in denen Einfluss im Sinne dieses islamistischen Separatismus genommen wird: Bildung und Religion. Beiden widmet er aufeinanderfolgend längere Abschnitte seiner Rede und nennt auch konkrete administrative und gesetzliche Änderungen. Im Bereich der Bildung ist es speziell die gängige Praxis an französischen Schulen, Unterricht zur Sprache und Kultur von Kindern mit Migrationsgeschichte anzubieten, in der Macron einen Faktor externer Einflussnahme und einen wichtigen Vektor des Separatismus („*vecteur important du séparatisme*“) (Macron 2020b) sieht. Bisher seien die hiermit betrauten Lehrkräfte zu wenig kontrolliert und ihre Auswahl von den jeweiligen Herkunftsländern bestimmt worden. Kultur-, Sprach- und Bildungspolitik stellen einen zentralen Baustein des republikanischen Projekts dar. Durch eine Änderung in den Abkommen mit den Herkunftsländern soll erreicht werden, dass die entsandten Lehrkräfte republikanische Werte vermitteln und zudem die französische Sprache beherrschen.

Im Bereich der Religion stellt Macron am Beispiel einer neu gebauten Moschee und eines angeschlossenen Kultur- und Freizeitzentrums vor allem heraus, dass es oft keine Klarheit über die Finanzierung dieser Orte gebe. Zwar sei es wichtig, dass alle Mitbürger:innen ihren Glauben in guten Bedingungen ausüben könnten. Zudem sei die Trennung von Staat und Kirche einzuhalten und der Staat dürfe sich nicht in die Finanzierung einmischen – jedoch müsse er auch sicherstellen, dass alles, was damit zusammenhängt, im Rahmen der Gesetze der Republik ablaufe. Außerdem betont Macron die Wichtigkeit, die Imam-Ausbildung in Frankreich durchzuführen, anstatt, wie bisher, Personal aus dem Ausland in Frankreich predigen zu lassen. So könne man Bedingungen herstellen, unter denen Muslim:innen in Frankreich ihren Glauben sicher und frei von externen Einflüssen ausüben können. In diesen beiden Maßnahmen, der Kontrolle von Finanzflüssen und der Ausbildung von Imamen, sieht er „une étape absolument essentielle, là aussi, pour préserver, conforter l'indivisibilité de la République“<sup>20</sup> (Macron 2020b).

---

<sup>19</sup> „unvereinbar mit der Freiheit und der Gleichheit, unvereinbar mit der Unteilbarkeit und der notwendigen Einheit der Nation“.

<sup>20</sup> „einen absolut essentiellen Schritt, um die Unteilbarkeit der Republik zu wahren und zu stärken“.

Macron reagiert mit seinen rhetorischen und auch administrativen sowie gesetzgeberischen Vorstößen auf real existierende soziale Probleme und Schieflagen, die besonders in den Sozialbauvierteln und Trabantenstädten großer Metropolen zum Tragen kommen. Eine Broschüre des 2021 ins Leben gerufenen *comité interministériel des villes* zeigt die soziale Benachteiligung in den *banlieues* deutlich auf: die 5,5 mio. Einwohner:innen der *quartiers prioritaires*, immerhin 8% der französischen Bevölkerung, leben zu 42% unterhalb der Armutsgrenze, die Arbeitslosenquote ist 2,5 mal so hoch wie im Rest Frankreichs und auch der Anteil der Familien mit nur einem Elternteil ist mit über 30% doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (Gouvernement de la République Française 2021).

Der Ort Bourtzwiller, den Macron für seine Pressekonferenz auswählt, veranschaulicht diese Divergenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der republikanischen Rückeroberung (*reconquête republicaine*) sehr gut. Der Stadtteil im Norden von Mulhouse ist geographisch und raumplanerisch vom Zentrum separiert – einerseits durch die Flussläufe der Ill und des Doller, aber auch durch die Autobahn A36, zu der kein Zugang seitens des Viertels besteht, sowie durch eine Schienentrasse. Die einzige Verbindung zur Innenstadt ist eine Brücke, die zudem erst seit 2006 per Straßenbahn befahren wird. Besonders der Osten des Stadtteils ist von Mehrfamilienhäusern geprägt – hier besteht wiederum eine bauliche Barriere in Form einer Schnellstraße, die das Quartier vom angrenzenden Stadtteil trennt. Zu dieser städtebaulich erzeugten Abgeschlossenheit kommt in Bourtzwiller ein hoher Anteil an Haushalten, die unter der Armutsgrenze leben. Dies führte seit Jahrzehnten zur Abwertung des Stadtteils und erzeugte auch soziale Probleme wie Kriminalität, Drogenhandel und Arbeitslosigkeit. Seit einiger Zeit ist Bourtzwiller als Stadtteil klassifiziert, der überdurchschnittlich stark von sozialen Problemen betroffen ist. So ist es etwa seit 2012 als *zone de sécurité prioritaire* (ZSP) eingestuft, ein Programm, das ganz ähnlich wie das von Macron genannte Projekt der *reconquête republicaine* die Polizeipräsenz und Sozialarbeit in den designierten Vierteln erhöhen sollte.

Bourtzwiller ist also sowohl Teil nationaler Sozial- und Sicherheitspolitik als auch Beispiel für den politischen Diskurs über die sogenannten *quartiers populaires*. Um diese herum gruppieren sich viele, oft kontroverse bis skandalträchtige Äußerungen vor allem seitens hochrangiger Politiker:innen. Emblematisch dafür steht Nicolas Sarkozys Aussage nach den Unruhen im Pariser Vorort La Courneuve im Jahr 2005. Der damalige Innenminister gab an, den Ort mit einem Kärcher reinigen zu wollen (La Mornais & Gauthier 2005), was bis heute ein geflügeltes Wort im französischen politischen Diskurs bleibt. Das Verb *karcheriser* geht in seiner gegenwärtigen Verwendung auf Sarkozys Äußerungen zurück. Auf seine als rassistisch wahrgenommenen Aussagen von 2005 wird sich oft zynisch, bisweilen aber auch affirmativ bezogen. So versprach Valérie Pécresse (LR) im Präsident-

schaftswahlkampf 2022, Kriminalität in den Vororten hart entgegenzutreten und dafür auch den sprichwörtlichen Hochdruckreiniger wieder hervorzuholen (Assénat & Le Dù 2022).

Auch aus Macrons Kabinett heraus gab es mediale Skandale, wie um den damaligen Innenminister Gérald Darmanin, der in einem Interview mit *Le Figaro* den rassistisch unterlegten Terminus *ensauvagement*<sup>21</sup> verwendete, um Proteste gegen Polizeigewalt und Rassismus zu charakterisieren (Berdah et al. 2020). Im Zuge der Transnationalisierung der *Black-Lives-Matter*-Proteste hatte es vor allem in den Pariser Vorstädten massive Mobilisierungen gegen den Rassismus der Sicherheitskräfte in Frankreich gegeben. Der Mord an George Floyd traf in Frankreich besonders deshalb auf großen Widerhall, weil er stark an die Todesumstände eines Schwarzen Franzosen erinnerte: 2016 wurde Adama Traoré im Département Val d'Oise in Polizeigewahrsam getötet. Seine Schwester, Assa Traoré, mobilisiert seither mit dem *Comité Justice pour Adama* und setzt sich gegen Rassismus und Polizeigewalt ein. Im Juni 2020, während pandemiebedingter Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen, gingen in Paris bis zu 20.000 Menschen auf die Straße, um gegen Rassismus und Gewalt seitens der Sicherheitsbehörden zu demonstrieren. Darmanins Aussagen sind in diesem Kontext nicht nur als Ausdruck seiner Missbilligung der Missachtung der Ausgangssperren verstanden worden, sondern auch in ihrem potentiell rassistischen Gehalt. *Ensauvagement* kann als Referenz auf die kolonial-rassistische Figur des ‚wilden Ureinwohners‘ verstanden werden, der in der weißen europäischen Imagination Kennzeichen eines langanhaltenden Überlegenheitsdenkens ist.

Im Diskurs um die *banlieues* oder *quartiers populaires* und ihre Bewohner:innen kreuzen sich Diskurse um soziale Ungleichheit, republikanische Werte, Islam und Islamismus, Kriminalität und rassistische Ausschlüsse sowie Gewalt. Längst ist er in der politischen Debatte zu einem Fixpunkt geworden, an dem sich populistische und rassistische Losungen konkretisieren, mediale Aufmerksamkeit erzeugen und Pluspunkte bei der konservativen Wähler:innenschaft sammeln lassen (Couvellaire 2022). Mit dem Begriff des (islamistischen) Separatismus bringt Macron diesen komplexen Sachverhalt auf eine Formel, in der sowohl konservative bis populistische Deutungen enthalten sind als auch der zumindest vordergründige Versuch, Diskriminierung und Stigmatisierung von Muslim:innen zu vermeiden. So ist der Separatismusdiskurs auch als Versuch zu verstehen, die verschiedenen politischen Lager gleichermaßen anzusprechen, die in seiner Partei LREM vertreten sind – von der vormals sozialistischen bis zur konservativen gaullistischen Fraktion.

---

21 *Ensauvagement* lässt sich etwa als *Verrohung* übersetzen, der Wortbestandteil *sauvage* (wild), lässt aber auch kolonial-rassistische Assoziationen zu.



Dass dieser rhetorische Kunstgriff zum Scheitern verurteilt ist, wird jedoch im Verlauf seiner Rede deutlich.

Der islamistische Separatismus ist laut Macron eine politische Ideologie, die den Islam manipulativ missbraucht und so Muslim:innen in Frankreich dazu bringt, sich von der Republik und ihren Werten abzuwenden. Er falle insbesondere in benachteiligten Stadtvierteln auf fruchtbaren Boden, wo republikanische Versprechen nach gleichen Bildungschancen und Arbeitsplätzen unerfüllt bleiben. Er stelle eine ernstzunehmende Bedrohung für die Werte der Republik dar, welche in nationaler Einheit und Unteilbarkeit, *laïcité*, Gleichberechtigung von Mann und Frau bestehen. Bei der Problemdiagnose verbleibt Macron in dem Rahmen, den der republikanische Metadiskurs ihm vorgibt: Die Republik ist per Definition egalitär und neutral, soziale Unterschiede aufgrund institutionell-rassistischer Ausschlüsse und verfestigter Stereotypen können nicht anerkannt oder wahrgenommen werden. Das Problem liegt für ihn daher zuvorderst in der Unterwanderung von außen, in islamistischen Ideologien und zu wenig republikanischer Kontrolle. Eine solche Problemauffassung reagiert dementsprechend nur auf Symptome, wie die in seiner Rede angesprochene Erhöhung der Polizeipräsenz und Kontrolle von Finanzströmen aufzeigt.

Trotz anderslautender Beteuerungen ist Macrons Rede durchzogen von einer rhetorischen Trennung einer republikanischen Wir-Gruppe und einer davon abweichenden Outgroup, die ausschließlich muslimisch gedacht wird. Durch diese sprachliche Konstruktion von Gruppen grenzt Macron seine positive Idee der Republik von schädlichen, externen Einflüssen ab. Der Begriff des islamistischen Separatismus gewinnt so an Kontur: er sei spalterisch, unterwandernd, nutze soziale Verwerfungen aus und versuche, Muslim:innen für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Die Konsequenz ist laut Macron nicht weniger als die Spaltung der Nation, die als republikanische, unteilbare Einheit gedacht wird, aber auch als Garant für Freiheit, Meritokratie und Gleichberechtigung der Geschlechter.

#### **4.2.2 *Être fraternellement autoritaire*: Eine (post)koloniale Staatsbürgerpädagogik**

Macrons Separatismus ist eine diskursive Figur der Umkehrung: Bevölkerungsgruppen, die an sozial sowie infrastrukturell stark benachteiligten Orten leben und hoher Arbeitslosigkeit, starker Polizeipräsenz inklusive rassistischer Praktiken sowie hoher Kriminalität und Gewalt ausgesetzt sind, geraten unter den Generalverdacht, die Werte der Republik zu verachten und unterwandern zu wollen. Hierzu passt Macrons paternalistische Aussage im letzten Teil seiner Ansprache: Angesichts des von ihm dargelegten Problems des Separatismus müsse man anerken-

nen, dass es nicht immer einfach sei, ein *citoyen français* zu werden: „La République n’a pas toujours donné des preuves d’amour“<sup>22</sup> (Macron 2020b). Daher müsse man denjenigen, die von der republikanischen Ordnung abweichen, wieder beibringen, Staatsbürger:innen zu werden: „Il faut leur apprendre à être Français. Tout le monde a envie d’être pleinement Français“<sup>23</sup> (Macron 2020b). In diesem Erziehungsprozess helfe neben Entschlossenheit und Nachdruck (*fermeté*) auch Brüderlichkeit (*fraternité*). Dies bringt Macron auf die Formel: „Je pense qu’on peut être fraternellement autoritaire dans notre pays“<sup>24</sup> (Macron 2020b). Die Autorität des guldigen aber strengen großen Bruders bringt Macrons Sicht auf den Umgang mit muslimischen Franzö:innen anschaulich auf den Punkt. Dieser benevolent-pater-nalistischen Sicht auf die Minderheit wohnt eine deutliche koloniale Note inne. Die Rhetorik der Rückeroberung und der Territorialität, wie sie im *séparatisme* mitschwingt, rahmt Muslim:innen und den Islam zugleich als Sicherheitsrisiko für die Integrität der nationalen Einheit.

Angesichts Frankreichs imperialer Vergangenheit verwundert es nicht, dass auch im gegenwärtigen politischen Diskurs Versatzstücke mit kolonialer Genealogie und Ideologie noch eine Rolle spielen. Im Falle des Separatismus kommt aber auch schon früh der diskursive Gehalt der Bedrohung und Unterwanderung durch fremde Mächte hinzu. Bereits in einer Rede vom 05. Oktober 1947 verwendet Charles de Gaulle die Bezeichnung *séparatistes*. Er richtet sich mit dem Begriff einerseits gegen den damals starken *Parti communiste français* (PCF) sowie den allgemeinen Gewerkschaftsbund *Confédération générale du travail* (CGT), die zu dieser Zeit mit massiven Streiks gegen den französischen Indochinakrieg mobilisierten und ideologisch mit der Sowjetunion verbunden waren. Er bezichtigt sie, für fremde Herren zu arbeiten und Lüge und Propagandamethoden einzusetzen, um den Wiederaufbau eines bürgerlichen Staates zu verhindern (Leprince 2020). Später, als erster Präsident der Fünften Republik, wird aber auch De Gaulles koloniale Haltung in der Verwendung des Begriffs deutlich, wenn er nämlich anti-koloniale Unabhängigkeitskämpfe damit disqualifiziert. Vanessa Codaccioni zeigt dies anhand eines Austauschs de Gaulles mit seinem Informationsminister Alain Peyrefitte von 1964:

Voyez-vous, je vais crever l’abcès du séparatisme ou de ce qu’ils appellent l’autonomisme, parce que tous les comploteurs n’osent pas appeler les choses par leur nom. Ça suffit comme ça, ces velléités d’indépendance! [...] les Antillais ont bien de la chance d’être Français. [...] S’il

22 „Die Republik hat nicht immer ihre Liebe bewiesen“.

23 „Man muss ihnen beibringen, französisch zu sein. Jeder hat den Wunsch, voll und ganz französisch zu sein“.

24 „Ich glaube, wir können in unserem Land brüderlich autoritär sein“.

faut en découdre avec Césaire et avec les disciples de Fanon, nous irons au référendum.<sup>25</sup> (Co-daccioni 2015: 179)

Die Bezüge auf Aimé Césaire, der zu dieser Zeit bereits Bürgermeister von Fort-de-France, der Hauptstadt von Martinique, und Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung war, und Frantz Fanon, den Vordenker der Dekolonialisierung, verdeutlichen, dass es de Gaulle sowohl politisch als auch ideologisch um die Unterbindung anti- und dekolonialer Bestrebungen ging. Seine Aussage, dass die Bewohner der Antillen sich glücklich schätzen könnten, Franzosen zu sein, resoniert stark mit Macrons „tout le monde a envie d’être pleinement français“ (Macron 2020b). Das Echo dieses paternalistischen Überlegenheitsdenkens scheint ungebrochen, wenn man sich zusätzlich Macrons brüderlich-autoritäre Pädagogik der französischen Staatsbürgerschaft im heutigen Separatismusdiskurs vor Augen führt.

Woher stammt diese Kontinuität kolonialer Haltung in Frankreichs politischer Elite? Eine mögliche Antwort liegt in der mangelnden Bereitschaft zur Rezeption postkolonialer Theorie in Frankreich. In einem Aufsatz von 2010 zeigt Achille Mbembe, dass diese randständig geblieben ist und kontrastiert dies mit dem Stand der Debatte im „reste du monde“, wo „le virage postcolonial dans les sciences sociales et les humanités a été effectué il y a près d’un quart de siècle“<sup>26</sup> (Mbembe 2010: 159).

In den USA und dem Vereinigten Königreich sowie der gesamten südlichen Hemisphäre hätten die Postcolonial Studies zahlreiche politische, epistemologische, institutionelle und disziplinäre Debatten geprägt, so Mbembe weiter. In Frankreich hingegen treffe die hoch diverse postkoloniale Theoriebildung auf widrige Bedingungen. Mbembe nennt unter anderem den relativ starken Provinzialismus des in Frankreich produzierten akademischen Wissens und einen kulturellen Narzissmus bis hin zur Eitelkeit als Gründe, warum postkoloniales Denken in Frankreich lange auf Abwehr stieß (Mbembe 2010: 160).

Ein sprechendes Beispiel, welches Mbembes Analyse untermauert, findet sich bei Nicolas Sarkozy. Als Präsident der Republik hielt er im April 2011 eine Hommage an Aimé Césaire anlässlich der Überführung von dessen Kenotaph in das Panthéon. Neben der Ehrung seiner dichterischen und politischen Lebensleistung stellt

---

<sup>25</sup> „Ich werde dem Abzess des Separatismus oder dem, was sie Autonomismus nennen, den Boden entziehen, denn all die Verschwörer wagen es nicht, die Dinge beim Namen zu nennen. Es reicht mit den Unabhängigkeitsbestrebungen! [...] Die Bewohner der Antillen können sich glücklich schätzen, Franzosen zu sein. [...] Wenn wir uns mit Césaire und den Anhängern Fanons anlegen müssen, werden wir zum Referendum schreiten.“

<sup>26</sup> „Im Rest der Welt wurde der postkoloniale Turn vor bald einem Vierteljahrhundert vollzogen“.

Sarkozy auch heraus, dass Césaire sich nie des Separatismus und des als identitär verstandenen Kommunitarismus schuldig gemacht hätte:

Chez ce poète qui écrivait en français des poèmes antillais qui s'adressaient à tous les hommes, nulle revendication communautariste, nulle tentation de l'entre soi, nul désir de séparatisme, nulle demande non plus de réparation car pour lui le crime était irréparable. Et il disait: 'devant l'Histoire il ne faut pas seulement dire 'victime, victime!' mais choisir son destin' - Question de dignité.<sup>27</sup> (Sarkozy 2011)

Auch der Verzicht auf die Betonung des Opferstatus wirkt aus dem Munde des Staatspräsidenten seltsam geschichtsvergessen: Für Césaire mag es eine politische Haltung gewesen sein, doch als Vertreter der ehemaligen Kolonialmacht hierauf lobend Bezug zu nehmen zeugt von wenig Bewusstsein für die Verantwortung, die aus der Geschichte erwächst. Sarkozys Césaire-Rezeption findet so wiederum vor dem Hintergrund einer nationalistisch verengten Sichtweise auf Frankreich und seine universalistische Tradition statt, die blinde Flecken vor allem im Bereich der ehemaligen Kolonien und dem Fortbestehen rassistischer Hierarchien aufweist. Zudem wird hier deutlich, dass Separatismus auch schon zu Sarkozys Zeiten nicht ausschließlich als Unabhängigkeitsstreben gedacht wurde, sondern als kommunitäres *entre-soi*, das sich mit dem hegemonialen nationalen ‚Wir‘ nicht vereinbaren lässt. Hier lässt sich ein Unterschied zu De Gaulle erkennen, der *séparatisme* noch mit *autonomisme*, also dem Kampf für die Unabhängigkeit von der Metropole verband. Mbembe merkt zur Rezeption Césaires in Frankreich kritisch an:

De Césaire, l'élite bien-pensante ne veut rien savoir du *Discours sur le colonialisme*, et encore moins de la *Tragédie du roi Christophe* ou d'*Une Saison au Congo*. Elle ne veut retenir que l'image de l'homme qui, tournant le dos aux sirènes de l'indépendance, a fait le choix de faire de son île un département de la France.<sup>28</sup> (Mbembe 2010: 163)

Während also kolonialkritische Werke des Dichters ignoriert werden, kann sein politisches Vermächtnis, die Absage an die Unabhängigkeit Martiniques, ganz im brüderlich autoritären Narrativ des erzieherisch tätigen großen Bruders

27 „Bei diesem Dichter, der karibische Gedichte auf Französisch schrieb, die sich an alle Menschen richteten, gab es keine kommunitären Forderungen, keine Versuchung, unter sich zu bleiben, keinen Wunsch nach Separatismus und auch keine Forderung nach Wiedergutmachung, denn für ihn war das Verbrechen unwiederbringlich. Und er sagte: ‚Angesichts der Geschichte kann man nicht nur ‚Opfer, Opfer‘ sagen, sondern sein Schicksal selbst wählen‘ - Eine Frage der Würde.“

28 „Von Césaire will die wohlmeinende Elite weder den *Discours sur le colonialisme* und noch weniger die *Tragédie du roi Christophe* oder d'*Une Saison au Congo* zur Kenntnis nehmen. Sie will einzig das Bild des Mannes in Erinnerung behalten, der den Sirenen der Unabhängigkeit den Rücken kehrte und die Wahl traf, seine Insel zu einem Département Frankreichs zu machen.“

Frankreich aufgehen. Auch diese Haltung ist laut Mbembe kennzeichnend für die Kolonialgeschichte Frankreichs. Er erkennt eine asymmetrische Brüderlichkeit (*fraternité asymétrique*) im kolonialen Humanismus des *Empire*, dessen vordergründige Anerkennung der Gleichheit aller Menschen es nicht davon abhielt, kolonisatorisch tätig zu werden (Mbembe 2010: 164). So ist das französische koloniale Unternehmen paradoxerweise zugleich von humanistischen Vorstellungen der *égalité* einerseits und der Überlegenheit der (weißen) Franzosen andererseits geprägt – eine Kontinuität, die im republikanischen Metadiskurs weiterwirkt und sich im Separatismusdiskurs niederschlägt.

#### 4.2.3 Wessen Trauma? *Séparatisme* als Figur der Umkehrung

Die Krankheitsmetaphorik, die bereits in de Gaulles Rede vom Abszess des Separatismus angelegt ist, taucht fast sechzig Jahre später bei Macron wieder auf. Letzterer spricht jedoch von einer kollektiven Psyche sowie von Traumata, welche von der nicht aufgearbeiteten kolonialen Vergangenheit verursacht werden. Macrons Einlassungen werfen die Frage auf, wessen Trauma hier eigentlich thematisiert wird und wer unter den Kontinuitäten kolonial-rassistischer Unterdrückung leidet.

In seiner Rede vom 02.10.2020 in Les Mureaux nimmt Macron explizit Bezug auf den Algerienkrieg und den Kolonialismus: „toute cette période de notre histoire est revenue comme à rebours, parce que nous n’avons jamais déplié les choses nous-mêmes“<sup>29</sup> (Macron 2020d). So kehre die nicht aufgearbeitete Geschichte in veränderter Form, *comme à rebours*, wieder zurück und führe zu Dissonanzen im nationalen Selbstbild. Macron beklagt, es gebe „des enfants de la République, parfois d’ailleurs, enfants ou petits-enfants de citoyens aujourd’hui issus de l’immigration et venus du Maghreb, de l’Afrique subsaharienne, revisiter leur identité par un discours post-colonial ou anti-colonial“<sup>30</sup> (Macron 2020d). An gleicher Stelle spricht er gar von einem postkolonialen Über-ich (*surmoi post-colonial*), das, propagiert von Predigern und Imamen aus dem muslimischen Ausland, verhindere, dass der Islam in Frankreich angemessen voranschreite und sich anpasse. Anders als bei De Gaulle ist es also keine organische Pathologie, die als Metapher für die nationale Integrität herhalten muss, sondern unverarbeitete psychische Traumata und ihre

<sup>29</sup> „diese Periode unserer Geschichte ist wie umgekehrt zurückgekehrt, da wir die Dinge nie selber aufgearbeitet haben“.

<sup>30</sup> „Kinder der Republik, manchmal von anderswo, Kinder oder Enkelkinder von Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Maghreb oder aus Subsahara-Afrika, die ihre Identität durch einen postkolonialen oder antkolonialen Diskurs neu bewerten“.

post-traumatischen Symptome. So kehrt Macron auch in diesem Strang des Diskurses die Rollen der Opfer und der Täter um. Die kolonialen Verbrechen lasten bei ihm viel mehr auf dem nationalen Selbstbild als auf Gruppen und Individuen, die rassistische Ausgrenzungen erleben oder deren Vorfahren unter dem Französischen Kolonialismus litten.

Macron richtet sich daher, ganz ähnlich wie de Gaulle, explizit gegen post- und antikoloniale Diskurse, die den *enfants de la République* falsche Ideen einer kolonial geprägten Identität geben würden. Denn, so Macron, viele dieser Französ:innen, die aus dem Maghreb oder Sub-Sahara-Afrika stammen, hätten persönlich nie Erfahrungen mit Kolonialisierung gemacht. Auch hier ist für Macron der islamistische Separatismus maßgeblich verantwortlich für die vermeintliche Vermischung ideologischer Elemente:

Je distingue chacun de ces éléments méthodiquement, mais ils se mélangent tous dans la réalité de nos vies. Ils se mélangent tous, et se nourrissent les uns des autres. Et le projet politique d'ailleurs, c'est pour cela que je l'ai appelé séparatisme islamiste parce qu'il s'émancipe parfois même de la stricte religion dans un projet conçu -; eh bien mélange toutes ces réalités, mais elles sont là.<sup>31</sup> (Macron 2020d)

Zu den kollektiven Traumata gesellen sich in Macrons Diskurs so auch Ideologien und Kräfte von außerhalb, die gezielt auf Minderheiten in Frankreich einwirken. Mit der Idee eines schädlichen, unterwandernden und planvollen ideologischen Kampfes gegen die Republik werden zwei diskursive Leerstellen geschaffen: die des böswilligen Angreifers von außen sowie der verführten, missbrauchten Gruppe der Muslim:innen in Inneren. Die Rolle der äußeren Feinde besetzt Macron noch recht diffus mit der Ideologie des islamistischen Separatismus, jedoch finden sich auch andeutungsweise Formulierungen, die durch ihre Vagheit Raum für Spekulation bieten, wer hinter diesem Angriff auf die nationale Identität und Einheit stecken mag. So nennt er etwa „certaines autres, qui utilisent ce discours, cette forme de haine de soi que la République devrait nourrir contre elle-même“<sup>32</sup> (Macron 2020d). Diese *certaines autres* bringt er in Verbindung mit der Idee einer Falle (*piège*), mit welcher er zwei Gefahren verknüpft. Einerseits versinnbildlicht sie die Gefahr, dass die Minderheit der Muslim:innen in Frankreich durch den politisch-religiösen Islamismus indoktriniert und gegen die Republik aufgewiegelt werden

31 „Ich unterscheide jedes dieser Elemente methodisch, aber sie alle vermischen sich in der Realität unseres Lebens. Sie vermischen sich alle und nähren sich gegenseitig. Und das politische Projekt - deshalb habe ich es islamistischen Separatismus genannt, weil es sich manchmal sogar von der strikten Religion emanzipiert - vermischt all diese Realitäten, aber sie sind da.“

32 „gewisse Andere, die diese Diskurse, diesen Form des Selbsthasses ausnutzen, den die Republik gegen sich selbst nähren solle“.

könnte. Doch auch ein zweites Element dieser Falle spricht Macron an. Sie bestehe darin, jede:n französische:n Bürger:in muslimischen Glaubens als Opfer eines Systems darzustellen:

Ce piège, c'est celui que nous tendent les ennemis de la République, qui consisterait à faire de chaque citoyen de confession musulmane un allié objectif parce qu'il serait la victime d'un système bien organisé. Trop facile.<sup>33</sup> (Macron 2020d)

Hieran lässt sich Macrons Absage an post- und dekoloniale Bestrebungen andocken, die die Lage der rassifizierten Minderheiten in Frankreich in ihrem historischen Zusammenhang zu verstehen und kritisieren erlauben. Macrons Warnung vor der Falle, die der islamistische Separatismus installiere, nimmt so die Form postkolonialen und anti-kolonialen Denkens an, oder allgemeiner eines Denkens, das systemische Diskriminierung aufzeigt und kritisiert. Hierin zeigt sich bereits ein Anti-Intellektualismus Macrons, der im späteren Verlauf des Diskurses und in seinen Weiterführungen noch deutlicher und vordergründiger werden wird. Denn zum relativ klar umrissenen Feindbild des Islamismus gesellt sich im präsidialen Diskurs hier andeutungsweise bereits das Schreckgespenst eines Verbündeten im Inneren, der mit ideologischen Mitteln Zwietracht sät – eine diskursive Leerstelle, die im späteren Diskursverlauf mit anti-intellektuellen Aussagen gefüllt werden wird (siehe Kap. 4.4.2).

Die Analyse hat gezeigt, dass Macrons Diskurs über den islamistischen Separatismus in mehrerer Hinsicht ein Diskurs der Umkehrung ist: Verkehrung von Opfer- und Täter-Rollen, einseitige Einvernahme des politischen Vermächtnisses bestimmter Denker und Wendung von universalistischen Werten gegen rassifizierte Minderheiten. Eine Eigenheit des präsidialen Diskurses ist dabei das starke Bestreben, allen Anschein der Stigmatisierung und Ausgrenzung verhindern zu wollen. Doch dieses Ringen um Komplexität bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kritik am politischen Islam bleibt ein Lippenbekenntnis. Macrons Separatismusdiskurs ist durchzogen von der Pose des gleichzeitigen Anerkennens und Stigmatisierens: Kolonialismus und Verantwortung erwähnt er zwar, kehrt sie aber bereits im nächsten Satz um und wendet sie gegen Migrant:innen. Die *laïcité* will er nicht als Waffe verstanden wissen, spricht jedoch über sie im Rahmen der geplanten *reconquête républicaine* und stellt sie als Gegenbegriff zum Rückzug in die kommunitäre, identitäre Gemeinschaft dar. Den Bewohner:innen sozial stark benachteiligter und vernachlässigter Stadtviertel wird (mal implizit, mal deutlicher) ihre eigene

---

33 „Diese Falle stellen uns die Feinde der Republik, indem sie jeden Bürger muslimischen Glaubens zu einem potenziellen Verbündeten machen, weil er das Opfer eines gut organisierten Systems sei. Zu einfach.“

Ausgrenzung angelastet. Diese wird zudem stark in Begriffen der Sicherheit gedacht. Dieses als Bedrohung und Risiko dargestellte Gemisch aus Ideologie, Parallelgesellschaft sowie religiöser und kultureller Unterwanderung stellt Macron der Republik entgegen, die als Garantin für Gleichheit, Ordnung, Meritokratie und Sicherheit dargestellt wird. Dabei verweigert er sich trotz expliziter Erwähnung einer Auseinandersetzung mit der postkolonialen Verantwortung Frankreichs nahezu vollständig. Stimmen, die diese in Erinnerung rufen oder gar soziale Verwerfungen in der Republik auf koloniale Verbrechen Frankreichs zurückführen, werden von Macron ganz explizit delegitimiert, gar als bewusst gestellte Fallen bezeichnet, die von Feinden der Republik installiert wurden. Eine solche reflektierende Selbstkritik wird als Angriff, Hass oder, psychologisierend, als postkoloniales Über-Ich abgetan.

Es bleibt vorerst unklar, wer in diesem politischen Phantasma die Schuldigen, die Fallensteller, sind – diese Leerstelle im identitätspolitischen Diskurs bleibt nur vage angedeutet. Die vorläufigen Schuldigen findet Macron in *Ideologien* – postkolonialen, hasserfüllten, islamistischen, anti-republikanischen. Die präsidiale Ächtung dieser politischen und akademischen Diskurse, die hier noch angedeutet bleibt, wird im überhitzten Diskursklima nach den Terroranschlägen von Oktober 2020 wieder aufgenommen und verschärft sich drastisch im Diskurs um den so genannten *islamo-gauchisme*.

### 4.3 *Islamo-gauchisme*: Diskursgeschichte und Normalisierung einer Feindbildkonstruktion

Im Jahr 2020 verübten Islamisten in Frankreich eine Serie von Terrorattacken. Am 16.10. enthaupdete ein Terrorist den Lehrer Samuel Paty auf offener Straße. Paty hatte zuvor im Unterricht anlässlich einer Diskussion über Redefreiheit die umstrittenen Mohammed-Karikaturen gezeigt, was der islamistische Attentäter als Anlass nahm, ihn hinzurichten. Keine zwei Wochen später, am 29.10., ermordete ein weiterer Terrorist in der Basilika Notre-Dame in Nizza insgesamt drei Menschen. Der Tathergang legt nahe, dass das Attentat im Zusammenhang mit dem Anschlag in Paris stand.

Neben Solidaritäts- und Trauerbekundungen kam es von Seiten der Regierung Macrons auch zu Aussagen, die Ursachen und Schuldige für die Gräueltaten auch außerhalb radikalisierten islamistischer Terrorgruppen verortete. Ein eher befremdliches Statement machte Innenminister Gérald Darmanin am 21.10.2020 beim Radiosender *Europe 1* (Duchemin 2020). Er sprach im Interview über separatistische und kommunitaristische Tendenzen, die sich unter anderem in Kaufhäusern und ihren nach regionalen Küchen geordneten Lebensmittelregalen manifestierten.



Worüber Darmanin sich schockiert zeigte, rief in öffentlichen Reaktionen allenfalls Ironie und Spott hervor – sein Versuch, Hersteller:innen und Verkäufer:innen von Kleidung und Lebensmitteln, die er als *communautaire* versteht, in die Pflicht zu nehmen und einen ‚patriotischen Kapitalismus‘ zu fordern, der nicht am Separatismus mitwirkt, verfiel daher nicht – wohl auch weil Darmanins Problembeschreibung als konstruiert und weithergeholt empfunden wurde. Der Bezug zwischen Terroranschlägen und ‚separatistischen‘ Warenauslagen erschien der Öffentlichkeit offenbar nicht hinreichend plausibel.

Darmanins Kabinettskollege Jean-Michel Blanquer hingegen insinuierte eine andere Verbindung zwischen Islamismus und öffentlichen Akteur:innen und rief so ein Medienecho hervor, das monatelang die Schlagzeilen in Frankreich beherrschen sollte und auch Einzug in den wissenschaftlichen Diskurs fand. Der Begriff, den der Minister für Bildung in diesem Kontext verwendete, lautet *islamo-gauchisme*. Mit diesem Kompositum bezeichnet Blanquer am 22.10.2020 in einem Radio-Interview gefährliche intellektuelle Strömungen in linken Parteien und an Universitäten, die ideologische Nähe zu terroristischen, islamistischen Fundamentalen aufweisen würden (Durand 2020). *Islamo-gauchisme* ist nicht ohne weiteres direkt ins Deutsche zu übersetzen. Das liegt zunächst an der Vagheit des ersten Morphems {islamo} – es ist nämlich unklar, ob es sich auf den Islam als Ganzes oder nur den Islamismus beziehen soll. {gauchisme} kann entweder als Linksradikalismus oder -extremismus übersetzt werden. Auch dieser Wortbestandteil hat eine spezifische Diskursgeschichte der Diffamierung: Bereits Lenin ([1920] 1973) bezeichnet den *gauchisme* als *maladie infantile du communisme*<sup>34</sup> und nutzt den Begriff als Polemik zur Disqualifizierung politischer Abweichler:innen vom Bolschewismus. Später, im Kontext interner Kämpfe des *Parti communiste français* (PCF), wird *gauchisme* mit einer Abkehr von Belangen der Arbeiterklasse (Boulland et al. 2008: 35) und einem aufkommenden Intellektualismus (Boulland et al. 2008: 37) in der Partei verbunden.

Der Begriff *islamo-gauchisme* stellt Diskursteilnehmer:innen vor Verständnisschwierigkeiten. Handelt es sich bei den so Bezeichneten um linksradikale Muslim:innen, um islamistische Linksextremist:innen oder um linke Intellektuelle, die sich gegen Islamophobie aussprechen? Es ist gerade diese Vagheit, die den Begriff so attraktiv für den Einsatz im politischen Feld macht. Sie erlaubt es, vielfältige Problemlagen auf ihn zu projizieren. Der Bildungsminister Blanquer schreibt seine Interpretation von *islamo-gauchisme* früh in den Diskursverlauf ein: Der Äußerungskontext der Terroranschläge aber auch die Nennung der Partei *La France*

---

34 Der deutsche Titel des Buches lautet *Der „Linke Radikalismus“ – die Kinderkrankheit im Kommunismus*.

*Insoumise* (LFI) und der Studierendengewerkschaft *Union nationale des étudiants de France* (UNEF) im selben Interview verorten diese inhaltlich noch im Vagen verbleibende Ideologie im linken politischen Spektrum und an den Universitäten.

Mit *islamo-gauchisme* wählt Blanquer einen Begriff, sich thematisch und chronologisch an den Separatismusdiskurs anschließen lässt. Die vorangegangenen Äußerungen Darmanins, der direkt nach den Terroranschlägen über *communautarisme* und *séparatisme* spricht, zeigen, dass islamistische Gewalttaten in Teilen der Regierung direkt im Zusammenhang mit Integration und Identität gedacht werden. Dabei wirken die Anschläge wie ein Katalysator: das geplante Separatismusgesetz, deren politischer Legitimierung Macrons Reden letztlich dienten, wurde nach den Terrorakten beschleunigt verabschiedet und in Teilen auch verschärft. Mit der Rede vom *islamo-gauchisme* setzt die Regierung jedoch auch neue Themen, die Bedrohung für die nationale Identität und Sicherheit nicht mehr allein im Islamismus und vermeintlichen Parallelgesellschaften verorteten. Eher wird hier ein Element aus Macrons Diskurs wieder aufgegriffen, das bisher nur angedeutet wurde: die Betonung der negativen, zersetzenden Wirkung intellektueller Kritik und linker Ideologie. Macron hatte diese in seinen oben dargestellten Bezugnahmen auf post- und dekoloniales Denken schon angelegt. Im *islamo-gauchisme*-Diskurs werden die Figur und das Feindbild der kritischen Intellektuellen und ihrer Ideologien noch deutlicher ausgeformt.

Bereits seit seiner Prägung Anfang der 2000er-Jahre beinhaltet *islamo-gauchisme* Bedeutungsbestandteile, die linksradikale und islamistische Akteur:innen in einem ideologischen und politischen Zusammenhang sehen. Die Frage, welche diskursiven Elemente aus dem Entstehungskontext auch heute noch wirksam sind und wie sie sich im Laufe der zwei Jahrzehnte verändert haben, ist daher aufschlussreich für die Analyse soft-autoritärer Effekte auf den Diskurs: in der Nachzeichnung von Bedeutungsveränderungen und komplexer ideologischer Konstellationen kann auch ein Licht auf diskursverschiebende und -verwischende Effekte geworfen werden. Besonders das Verhältnis von *islamo-gauchisme* zum republikanischen Metadiskurs und der *laïcité* kann hier aufschlussreich für das Verständnis hegemonialer Konzepte von Nation und Zugehörigkeit, aber auch Störungen im republikanischen Diskurs nationaler Einheit sein.

Aus diesen Gründen ist *islamo-gauchisme* im Hinblick auf die Frage, welche diskursiven Muster und Praktiken soft-autoritäre Diskursverschiebung und *Blurring* begünstigen, gleich in mehrfacher Hinsicht ein geeignetes Beispiel. Einerseits lässt sich an ihm zeigen, welche Effekte langfristige metapolitische Umdeutungen auf gegenwärtige politische Debatten ausüben können. Andererseits verdeutlicht der *islamo-gauchisme*-Diskurs die Kraft von spontanen, ereignishaften Medienhypes und ihre diskurstransformierende Qualität. Beide Prozesse sind für die Normalisierung soft-autoritärer Identitätspolitik zentral. Das Zusammenspiel der

langfristigen Bedeutungsverschiebungen und der disruptiven, ereignishaften Umdeutungen bringt letztlich diskursverschiebende Dynamiken hervor. In Anlehnung an den diskurshistorischen Ansatz der CDA (siehe Wodak 2001a; Rheindorf & Wodak 2018), ist daher sowohl die Analyse des historischen Diskursverlaufs (Kap. 4.3.1) als auch die detaillierte Untersuchung des situativen Kontexts (Kap. 4.3.2) der Begriffsverwendung geboten.

#### 4.3.1 Diskursgeschichte: *Islamogauchisme* und Islamophobie

Wie Nikos Smyrnaiois (2021) feststellt, geht die Etablierung des Begriffs *islamo-gauchisme* maßgeblich auf den französischen Soziologen und Ideenhistoriker Pierre-André Taguieff zurück. Weitere mediale Verbreitung erfährt er über den Essayisten Pascal Bruckner, einen Vertreter der *nouvelle philosophie*, welche seit den 1970ern Kritik an als politisch links wahrgenommenen Theorien übt, sowohl am Existenzialismus als auch am Poststrukturalismus. Beide Autoren schrieben laut Smyrnaiois vor dem Hintergrund der neokonservativen Strömung, beeinflusst von Samuel P. Huntingtons (2002 [1996]) *Clash of Civilizations*<sup>35</sup>, und sprechen von einer strategischen Allianz zwischen Linken und Islamisten. Ein prägendes Ereignis zu Beginn der 2000er-Jahre war der gewaltsame Konflikt zwischen Palästinenser:innen und Israelis, die zweite Intifada, die auch in Europa und Frankreich den politischen Diskurs beeinflusste. Taguieffs Monografie *La nouvelle Judéophobie* (2002a) entstand so auch vor dem Hintergrund steigender antisemitischer Gewalt in Frankreich und antizionistischer Bewegungen, die den israelischen Nationalismus als eine koloniale, imperiale und rassistische Bewegung verstanden. Mit dem Begriff *islamo-gauchisme* will Taguieff Allianzen zwischen politischem Islam und dem sogenannten *altermondialisme* aufzeigen, welcher eine linksradikale, kapitalismuskritische Bewegung von Globalisierungsgegner:innen bezeichnet. Der Kritik Taguieffs zufolge laufen in dieser Bewegung Kapitalismuskritik und Antizionismus zusammen, was auch in Frankreich zu antisemitischen Gewalttaten führe.

Vor dem Hintergrund dieser politisch aufgeladenen Konstellation ist auch der Begriff *islamo-gauchisme* von dem Bestreben geprägt, politische Allianzen und ideologische Komplizenschaft offenzulegen. So erklärt sich auch die Ablehnung und scharfe Kritik, die von seinen Vertreter:innen schon früh an dem Begriff der

---

35 Grob zusammengefasst stellt Huntington in diesem kontrovers diskutierten Werk die These auf, dass die Weltordnung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vom Zusammenprall verschiedener Kulturräume oder Zivilisationen geprägt sei, die jeweils durch einen Kernstaat dominiert würden.

*Islamophobie* geübt wurde. Beide Wörter, *islamo-gauchisme* und *Islamophobie*, verweisen auf ideologische Konflikte, politische Unterdrückung und Gewalt. Gewissermaßen fassen sie daher diskursive, ideologische und politische Frontstellungen in Worte. Im Kontext der frühen 2000er-Jahre verwies *islamo-gauchisme* auf Antizionismus und Solidarisierung anti-imperialistischer und anti-kapitalistischer Gruppen mit den Palästinenser:innen sowie antisemitische Gewalt auch in Frankreich. Unter *Islamophobie* wird in diesem Kontext eine Form der Diskriminierung von Muslim:innen und negativen Einstellungen zum Islam als Ganzem verstanden, die nicht zwischen einzelnen Individuen und ihren Positionierungen unterscheidet, sondern pauschal urteilt. Erik Bleich definiert *Islamophobie* etwa als „indiscriminate negative attitudes or emotions directed at Islam or Muslims“ (Bleich 2011: 1593). Andere Autor:innen verstehen *Islamophobie* als einen Rassifizierungsprozess (Hajjat & Mohammed 2016), bei dem von der äußerlich wahrgenommenen ethnischen Herkunft auf Religionszugehörigkeit geschlossen wird. Ob es sich bei *Islamophobie* um einen Rassifizierungsprozess handelt, sei dahingestellt – für diese Untersuchung ist es deutlich relevanter, welche Positionierungen im politischen Diskurs diese Kontroverse ermöglicht oder zuschreibt. Mondon und Winter beobachten treffend:

Overall, the debate between *Islamophobia* being about religion or race is not solely about what Islam is, but what one wants to say about it and how they do it. Religion does provide a convenient cover for those wishing to argue that they are attacking a belief and not people, and in a context where racism is allegedly unacceptable, wriggle out of or deflect such charges. (Mondon & Winter 2017: 2156)

Ich interpretiere Beobachtung von Mondon und Winter dahingehend, dass besonders an Stellen, wo die Existenz oder die Zulässigkeit von *Islamophobie* diskutiert wird, Potential für die Legitimierung diskriminierender Diskurse besteht. Soft-autoritäre Verschiebungen und *Blurring* können von solchen diskursiven Kämpfen vorangetrieben werden. Dies zeigt das französische Beispiel sehr gut, denn hier ist das Konzept *Islamophobie* stark umstritten. Dabei reichen die Positionen in diesem kontroversen Diskurs von der direkten Ächtung des Begriff bis hin zur Anerkennung von Rassifizierungsprozessen und Kritik an staatlicher Diskriminierung von Muslim:innen.

In großen Teilen des publikumsorientierten populär-wissenschaftlichen Diskurses herrscht dabei jedoch die Ansicht vor, dass *Islamophobie* ein Begriff sei, der dazu genutzt werde, Schuldzuweisungen zu formulieren. So geht es bereits aus dem Titel von Pascal Bruckners (2017) Buch *Un racisme imaginaire: Islamophobie et*

*culpabilité*<sup>36</sup> hervor. Der Autor behandelt und kritisiert hier auch den *islamo-gauchisme* und versucht, dessen Ideologie in seiner Entwicklung nachzuzeichnen. Bruckner nennt einen Text von Chris Harman als ideologischen Ursprung des *islamo-gauchisme*. Harman, Journalist, sozialistischer Aktivist und Mitglied der britischen *Socialist Workers Party* publizierte 1994 einen Artikel mit dem Titel *The prophet and the proletariat* in der Zeitschrift *International Socialism* (Harman 1994b). Sowohl Taguieffs als auch Harmans Text sind für den entstehenden Diskurs und seinen weiteren Verlauf zentral. Die ansonsten sehr unterschiedlich einzuordnenden Werke haben die Gemeinsamkeit, dass sie die Möglichkeit einer ideologischen oder politischen Nähe zwischen dem politischen Islam(ismus) und der politischen Linken aufzeigen. Harman skizziert aus einer marxistischen Perspektive die Unterdrückung muslimisch geprägter Länder durch den kapitalistischen Imperialismus. Hierzu gehört für ihn auch die israelische Siedlungspolitik, welche er als „ungezügelter[] Diktatur des Staates Israel über das Volk von Palästina“ bezeichnet (Harman 1994a).<sup>37</sup>

Er plädiert dafür, dass die Linke den Islamismus weder pauschal als Faschismus noch als per se antiimperialistisch und progressiv verstehen dürfe und argumentiert im Sinne des historischen Materialismus, dass der Islamismus vielmehr Ausdruck der Klassenwidersprüche in der kapitalistischen und imperialistischen Weltordnung sei. Deswegen könne er von der Linken strategisch angesprochen und gegen die Unterdrückung durch den Staat mit ihm paktiert werden (Harman 1994b). Sein Hauptaugenmerk liegt auf Ländern im Nahen und Mittleren Osten, doch im letzten Kapitel geht Harman auch andeutungsweise auf die Situation in Europa ein:

On some issues we will find ourselves on the same side as the Islamists against imperialism and the state. This was true, for instance, in many countries during the second Gulf War. It should be true in countries like France or Britain when it comes to combating racism. Where the Islamists are in opposition, our rule should be, 'with the Islamists sometimes, with the state never'. (Harman 1994b)

Mit Blick auf den späteren Verlauf des Diskurses ist hier ein Punkt hervorzuheben: Harman stellt im direkt nachfolgenden Absatz klar, dass selbst bei einer solchen strategischen Kooperation mit Islamist:innen immer die Notwendigkeit bestehe, sich klar von ihnen abzugrenzen und sie argumentativ herauszufordern, wenn es

<sup>36</sup> Der Titel lässt sich in etwa wie folgt übersetzen: ‚Ein imaginierter Rassismus: Islamophobie und Schuldgefühle‘.

<sup>37</sup> Die zitierte Stelle findet sich nur in einem Vorwort, welches der deutschen Übersetzung vorangestellt wurde.

etwa um das Recht gehe, Religion zu kritisieren, oder um Selbstbestimmung in der Frage der Verschleierung von Frauen:

Above all, we are against any action which sets one section of the exploited and oppressed against another section on the grounds of religion or ethnic origin. And that means that as well as defending Islamists against the state we will also be involved in defending women, gays, Berbers or Copts against some Islamists. (Harman 1994b)

Der Hauptfeind ist aus Harmans Sicht also der kapitalistische, unterdrückerische Staat, gegen welchen sich benachteiligte und ausgebeutete Gruppen gemeinsam zur Wehr setzen sollten. Er argumentiert aus marxistischer Perspektive mit dem Klassenwiderspruch als Hauptwiderspruch und stellt Fragen der kulturellen, sexuellen oder religiösen Identität hintan. Islamist:innen stellen für ihn einen Teil der unterdrückten Klasse dar, mit der es dementsprechend gelte, strategische Allianzen bei gleichzeitiger inhaltlicher Abgrenzung zu knüpfen.

#### 4.3.1.1 Vorwurf der ideologischen Blindheit

Der Aspekt der strategischen Allianz der politischen Linken dem Islamismus gegen den Staat, um etwa Rassismus zu bekämpfen, wird im späteren Verlauf des Diskurses um *islamo-gauchisme* zentral. Das erste maßgebliche Diskursereignis im französischen Kontext jedoch fokussiert sich auf den Aspekt der Judenfeindschaft, welche aus dem Verständnis Israels als imperialistischer Unterdrücker der Palästinenser:innen erwachse. Pierre-André Taguieff bezeichnet als *islamo-gauchisme* die laut ihm in Frankreich zu beobachtende Tendenz zu Beginn des Jahrtausends, während der zweiten Intifada (2000-2005), dass Judenfeindschaft ein Teil des politischen Antirassismus geworden sei (Taguieff 2002b: 3). Während international der israelisch-palästinensische Konflikt die Hintergrundfolie darstellt, die laut Taguieff auch durch eine allgemeine antizionistische Berichterstattung bestärkt wird, diagnostiziert er im nationalen Kontext Frankreichs einen starken Anstieg antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten. Diese würden gerechtfertigt durch eine Verbindung von Islamismus und der Neuen Linken, die in der israelischen Politik und den Auseinandersetzungen mit den Palästinensern rassistische und imperialistische Unterdrückung sehe. So könne die Judenfeindschaft von der extremen Rechten, wo sie weiterhin bestehe, im Namen des Antirassismus von der extremen Linken übernommen werden. Dieser antisemitische Anti-Rassismus gehe zudem Hand in Hand mit einem anti-amerikanischen Anti-Imperialismus, der nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern allgemein westliche Demokratien kritisiert und dämonisiert (Taguieff 2002b: 3). Dem ‚klassischen‘ Antisemitismus stellt Taguieff eine neue Judenfeindschaft, *nouvelle judéophobie*, entgegen, welche sich aus der islamistischen, dschihadistischen Ideologie speise und durch die Furcht davor, als anti-

muslimische:r Rassist:in zu gelten, von der französischen (bzw. allgemein der westlichen) Mehrheitsbevölkerung geduldet oder unterstützt werde: „En outre, par l'effet d'une extension abusive de la vigilance antiraciste, toute critique de l'intégrisme islamique est immédiatement dénoncée comme manifestation d'islamophobie“<sup>38</sup> (Taguieff 2002b: 12).

Laut Taguieff ist die ideologische Verbindung von Neuer Linken und Islamismus vor allem der gemeinsamen Ablehnung der Palästinapolitik Israels geschuldet. Laut ihm verharmlosen linke Aktivist:innen im Namen des antirassistischen Aktivismus die Gefahren der islamistischen Ideologie. Doch sei der harte Kern der *nouvelle judéophobie* ein Amalgam aus Anti-Imperialismus und Antizionismus, der letztlich die Eliminierung Israels bezwecke (Taguieff 2002b: 13). Neben der Kritik an der linken Ideologie ist ein Charakteristikum dieser Begriffsverwendung für den weiteren Diskurs zentral: die von Taguieff behauptete Selbstzensur oder Übervorsicht der Linken bei Kritik am islamistischen Fundamentalismus aus Angst davor, als rassistisch zu gelten. Diese führe zu einer Art Selbstbezüglichkeit, der Tendenz im linken Milieu, den Islam als die Religion der Armen und Unterdrückten zu sehen, die aus der anti-imperialistischen und anti-kolonialen Grundhaltung herrührt und die auch im Inland zu einer tragischen Blindheit („tragique aveuglement“) gegenüber muslimischem Antisemitismus führe (Taguieff 2002b: 12).

Dieser Vorwurf der ideologischen Blindheit der Linken gegenüber Islamismus und islamistischem Antisemitismus bleibt im Diskurs erhalten. Laut Taguieff führt der Antirassismus im linken Denken zu einer Übervorsicht bei der Kritik am Islamismus, die letztlich bewirke, dass Judenfeindschaft nicht mehr angemessen bekämpft, sondern sogar ideologisch unterstützt werde. Dies ist die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs *islamo-gauchisme*, wie er ihn in *la nouvelle Judéophobie* entwirft. Dieses *aveuglement* findet sich laut Pascal Bruckner besonders im Begriff der Islamophobie wieder. So greift Bruckner Taguieffs Argumentation, welche der Neuen Linken eine Übervorsicht und absichtliches Wegsehen im Hinblick auf Islamismus und Fundamentalismus attestiert, implizit wieder auf. Aus Angst, als islamophob zu gelten, so der Vorwurf, zöge die antirassistische Linke eine ideologische Blindheit vor, die sich nicht zuletzt in der Verwendung des Begriffs Islamophobie Ausdruck verleihe. Diesen Gedanken zeigt das folgende Zitat aus Salman Rushdies Autobiographie *Joseph Anton* besonders verdichtet, welches Bruckner (2017: o.P.) seinem Buch zum ‚*racisme imaginaire*‘ voranstellt:

---

38 „Darüber hinaus wird aufgrund einer missbräuchlichen Ausweitung der antirassistischen Wachsamkeit jede Kritik am islamischen Fundamentalismus sofort als Manifestation von Islamophobie denunziert“.

Un nouveau mot avait été inventé pour permettre aux aveugles de rester aveugles: l'islamophobie. Critiquer la violence militante de cette religion dans son incarnation contemporaine était considéré comme du fanatisme.<sup>39</sup>

Hier sei angemerkt, dass Rushdies Zitat explizit militante Gewalt anprangert, die im Namen des Islam verübt wird. Bruckner, der Rushdies Zitat als Epigramm für sein Werk verwendet, geht deutlich über diese Art von Kritik hinaus und leugnet die Existenz von Islamophobie als konkrete Ausformung von (rassistischer) Diskriminierung. Selbstverständlich ist die Kritik am Islamismus nicht nur erlaubt, sondern in einer demokratischen Öffentlichkeit geradezu notwendig. Salman Rushdie ist zudem wie kaum eine andere öffentliche Person von der dschihadistischen Gewalt betroffen. Rushdie wurde 1989 vom Iranischen Regime, als Reaktion auf sein Werk *Die Satanischen Verse* zum Tode verurteilt. In der Folge musste er jahrelang untertauchen, da ein Kopfgeld auf ihn ausgesetzt wurde, und überlebte 2022 einen islamistischen Mordanschlag. Auch aufgrund dieser Sprecherposition ist seine Kritik und seine furchtlose Haltung gegenüber dem Islamismus wichtig. Dennoch zeigt sich, dass auch Rushdies Argumente (hier von Bruckner) verkürzt und verallgemeinernd wiedergegeben werden: Dem Islam als Ganzem einen Hang zur Gewalt und Fanatismus vorzuwerfen ist ein ebenso unzulängliches Argument wie jegliche Kritik am politischen Islam als rassistische Diskriminierung darzustellen.

Debatten um Islamophobie sind nicht zuletzt auch geprägt von den jeweiligen nationalen politisch-historischen Diskursen, in die sie eingebettet sind. Im Falle Frankreichs spielt der historische und bisher kaum aufgearbeitete Kolonialismus in Nordafrika eine zentrale Rolle (siehe Kap. 4.2.3). Ebenso wichtig ist das anti-klerikale Erbe der Revolution und das bereits genannte Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche von 1905, auf welches sich in Diskursen um *laïcité* standardmäßig positiv berufen wird.

Diese diskursiven Rahmenbedingungen betreffen nicht nur den medialen und politisch-publizistischen Diskurs, sondern beeinflussen in Frankreich ebenso wissenschaftliche Debatten. So wird etwa der internationale Forschungsstand zur Islamophobie in der französischen Forschungslandschaft allenfalls randständig behandelt (Hajjat 2021). Eher gesellt sich zum Vorwurf der ideologisch induzierten Blindheit im Diskurs um den *islamo-gauchisme* zusätzlich die Sichtweise, der Begriff Islamophobie sei eine ideologische Waffe, die es Islamist:innen erleichtere, Kritiker:innen zu diskreditieren. Dies bringt die Philosophin Elisabeth Badinter am 01. April 2016 in einem Interview mit *Le Monde* auf den Punkt. Auf die Frage, wie

---

39 „Ein neues Wort wurde erfunden, damit die Blinden blind bleiben konnten: Islamophobie. Die Kritik an der militanten Gewalt dieser Religion in ihrer zeitgenössischen Ausprägung wurde als Fanatismus angesehen.“



ihre frühere Aussage zu verstehen sei, man dürfe keine Angst mehr davor haben islamophob zu sein, antwortet sie:

Je considère que la plupart des Français partagent ce point de vue mais qu'ils sont tétanisés par l'accusation d'islamophobie. Être traité d'islamophobe est un opprobre, une arme que les islamo-gauchistes ont offerte aux extrémistes.<sup>40</sup> (Truong 2016)

Hier wird die Verbindung von *islamo-gauchisme* und Islamophobie besonders deutlich: Badinters Aussage zeigt präzise die rhetorische Funktion der Bezeichnung *islamo-gauchiste*. Sie dient zugleich der Abwertung der Linken und der Disqualifizierung des Islamophobie-Begriffs (Smyrnaio 2021). Diese beiden hochgradig aufgeladenen Begriffe, Islamophobie und *islamo-gauchisme* indizieren so gewissermaßen ideologische Gegensätze im polarisierten französischen Diskurs. Sie sind Embleme zweier sich unversöhnlich gegenüberstehenden Lager. Während die einen, beeinflusst von den konservativ geprägten Philosoph:innen der *nouvelle philosophie*, die Sichtweise ablehnen, dass Islamophobie eine Ausprägung des Rassismus sei, argumentiert die andere Seite, dass *islamo-gauchisme* nichts weiter als ein diffamierender Kampfbegriff sei, der mit keiner realen Begebenheit belegt werden könne. Simon Dawes zitiert so etwa den Zusammenschluss der Universitätspräsident:innen und das *Centre national de la recherche scientifique* (CNRS), welche *islamo-gauchisme* als „pseudo-notion“ with „no basis in scientific reality“ bezeichnen (Dawes 2023: 228).

#### 4.3.1.2 Vorwurf der islamistischen Unterwanderung

Die Nicht-Anerkennung von Islamphobie als Rassifizierungskategorie ist keineswegs auf den politisch-medialen Diskurs beschränkt, sondern kennzeichnet auch weite Teile der universitären Forschung in Frankreich. So stellt Abdellali Hajjat fest, dass der frankophone wissenschaftliche Diskurs zum Thema Islamophobie randständig sei und nicht in den zentralen, renommierten Zeitschriften stattfinde, sondern in nicht-peer-reviewten Journals, kritischen oder konservativen Periodika oder der nationalen Presse (Hajjat 2021: 625). Dies stellt einen scharfen Kontrast zur anglophonen Forschung dar, in der es seit den 1990er-Jahren einen regen Diskurs zum Thema gibt, der zudem auch in zentralen Journals stattfindet (Hajjat 2021: 623). Weiter stellt er heraus, dass die französische Forschung existierende theoretische und empirische Erkenntnisse zum Thema weitgehend ignoriere und stattdessen

---

<sup>40</sup> „Ich denke, dass die Mehrheit der Franzosen diesen Standpunkt teilt, dass sie aber gelähmt sind von der Anschuldigung der Islamophobie. Als islamophob zu gelten ist ein Stigma, eine Waffe, welche die Islamogauchisten den Extremisten angeboten haben.“

auf Argumente aus der Medienöffentlichkeit zurückgreife. So werde das Konzept Islamophobie sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Forschung zunehmend delegitimiert, ohne dass der Forschungsstand zum Thema zur Kenntnis genommen würde: „It is as if the constraints specific to academic discourse, based on the rules of sociological methods, no longer apply when it comes to talking about Islamophobia“ (Hajjat 2021: 627). Diese Verkürzung der Debatte führt laut Hajjat dazu, dass einflussreiche Sozialwissenschaftler wie Luc Boltanski, Gérard Mauger und Pierre-André Taguieff ganz ähnliche Argumente verwenden wie eher an einem größeren, allgemeinen Publikum orientierte Publizistinnen wie Caroline Fourest und Fiammetta Venner (2003). Die Letzteren argumentieren dafür, das Wort Islamophobie nicht mehr zu verwenden, da es von iranischen Islamisten ersonnen wurde, um die Debatte zu ersticken und Antirassismus für ihren Kampf gegen Blasphemie nutzbar zu machen.<sup>41</sup> „Il est urgent de ne plus l’employer pour combattre à nouveau le racisme et non la critique laïque de l’islam“<sup>42</sup> (Fourest & Venner 2003, o.P.). Diese Argumentation ähnelt der von Bruckner (2017) im oben zitierten Werk zum *racisme imaginaire*, dessen selbsterklärtes Ziel das folgende ist: „Délégitimer le terme d’islamophobie, instiller le doute à son sujet, l’affubler en permanence de guillemets, tel est l’objet de cet essai“<sup>43</sup> (Bruckner 2017, o.P.).

Diese Ansicht hat sich auch in großen Teilen des akademischen Diskurses durchgesetzt. Ein Beispiel liefert der renommierte Islamforscher Bernard Rougier in einem Interview mit *Le Point*. Darin kritisiert er eine politisch motivierte Blindheit der Forschung für das Problem des politischen Islams aus Angst davor, von rechtsextremer Propaganda vereinnahmt zu werden. Hierüber sei versäumt worden, das Problem in der Forschung, aber auch politisch anzugehen. Weder der politische Islam noch ausländische Regierungen muslimisch geprägter Staaten hätten Interesse daran, dass Muslim:innen sich in Europa integrierten. Die Vorstellung einer integrierten, gebildeten muslimischen Mittelschicht in Europa bedrohe den Zugriff religiöser Ideologen und autoritärer Regime auf die Menschen (Mahler & Pétreault 2020). Rougier schließt daraus:

---

41 Reza Zia-Ebrahimi (2020: 321–325) weist nach, dass diese Behauptung falsch ist und zudem von mehreren Autor:innen aufgenommen wurde, darunter vom bereits zitierten Pascal Bruckner (2017) und der Wissenschaftlerin Leïla Babès (2013) in ihrem Artikel zum Stichwort Islamophobie im von Pierre-André Taguieff herausgegebenen *Dictionnaire historique et critique du racisme*.

42 „Es sollte dringend nicht mehr verwendet werden, damit man wieder gegen Rassismus und nicht gegen laizistische Islamkritik vorgehen kann“.

43 „Das Ziel dieses Essays ist es, den Begriff Islamophobie zu delegitimieren, Zweifel an ihm zu schüren und ihn ständig in Anführungszeichen zu setzen.“

C'est un fait: l'islamisation des sociétés occidentales a été encouragée par des gouvernements autoritaires de pays musulmans. Aujourd'hui, on voit bien comment Erdoğan s'appuie sur les émigrés turcs en Europe pour renforcer son influence. Le pouvoir turc utilise le discours sur l'islamophobie pour ébranler les démocraties libérales européennes – et tout particulièrement la France.<sup>44</sup> (Mahler & Pétreault 2020)

Rougiers Analyse zufolge wird die europäische liberale Demokratie also doppelt bedroht. Erstens durch den anhaltenden Einfluss autoritärer islamistischer Regime auf Immigrant:innen muslimischen Glaubens und zweitens durch den kritischen Diskurs über Islamophobie, welcher es verbiete, mangelnde Integration zu benennen und politisch zu adressieren. Mit dem Begriff Islamisierung bezeichnet Rougier ein Projekt zur Destabilisierung Europas durch ausländische Mächte, stellvertretend durch Erdoğan Türkei.

Die Nicht-Anerkennung und Delegitimierung des Konzepts Islamophobie ist laut Zia-Ebrahimi (2020) kein Anliegen einzelner neo-konservativer Autor:innen sondern geradezu eine diskursive Praktik, die in weiten Teilen der Öffentlichkeit bis hinein in den antirassistischen Aktivismus geteilt wird. Dies sei in Frankreich besonders weit verbreitet:

In France, the use of the term ‚Islamophobia‘ carries a higher cost for activists and academics than elsewhere. Those invoking the term are perceived as passive abettors if not active accomplices of violent jihadism. (Zia-Ebrahimi 2020: 318)

Wer den Begriff dennoch verwende, müsse sich stark abwertenden Urteilen aussetzen, wie etwa der Bezeichnung als „crooks“, enemies of free speech, ‚guard dogs‘ and ‚useful idiots‘ of fundamentalism“ (Zia-Ebrahimi 2020: 321). Islamophobie-Leugnung als diskursive Praktik ist laut Zia-Ebrahimi als eine Ausprägung der Leugnung von Rassismus zu verstehen, wie sie Teun van Dijk (1992; 1993) mit Bezug auf mehrere westliche Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, analysiert.

Zu der Argumentation, Islamophobie sei Ausdruck ideologischer Verblendung, kommt in den hier gezeigten Diskursfragmenten eine weitere Figur hinzu. Die Vorstellung, dass ein Begriff als Waffe dienen könne, ist in diesem Diskursstrang sehr präsent. Sie verweist zugleich auf böswillige, feindliche Kräfte, die das Eigene, in diesem Fall das laizistische Frankreich und seine Demokratie, zerstören oder schwächen wollen. *Islamogauchistes* sind in dieser Denkweise Kompliz:innen des

---

<sup>44</sup> „Es ist eine Tatsache, dass die Islamisierung der westlichen Gesellschaften durch autoritäre Regierungen in muslimischen Ländern gefördert wurde. Heute zeigt sich, wie Erdoğan die türkischen Emigranten in Europa nutzt, um seinen Einfluss zu stärken. Die türkische Führung nutzt den Diskurs über Islamophobie, um die liberalen Demokratien in Europa - und insbesondere Frankreich - zu erschüttern.“

Islamismus, dem sie zusätzlich die Waffe des Islamophobie-Begriffs liefern. In dem bereits zitierten Interview mit Elisabeth Badinter wird auch deutlich, dass *islamo-gauchistes* bereits im Jahr 2016 als einflussreiche und gefährliche Gruppe gedacht wird: „Les islamo-gauchistes sont certes une minorité, mais influente et largement relayée par des grands médias et journalistes de gauche qui, par là même, se coupent du pays réel“<sup>45</sup> (Truong 2016). So entsteht das Bild einer gut vernetzten Minderheit, die auf machtvolle Mediennetzwerke zugreifen kann. Badinter differenziert im Interview auch dezidiert zwei Teile der Linken: die gemäßigte, die die universalistischen Werte hochhalte und die differentialistische, die Unterschiede menschlicher Kulturen betone. Das Zusammenspiel aus Kulturrelativismus und Differentialismus, so Badinter, führe seit den 1980ern dazu, dass die Universalität der Menschenrechte in Frankreich infrage gestellt werde (Truong 2016). Im späteren Diskursverlauf taucht auch diese Argumentation wieder auf und wird oft explizit als unvereinbar mit dem französischen System dargestellt (siehe Kap. 4.4.3.1). Das Gemisch aus verschiedenen geistigen Strömungen sei stark von Entwicklungen in den USA beeinflusst, wie die Soziologin Nathalie Heinich in einem ins Deutsche übersetzte Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* am 10.03.2021 zu Protokoll gibt. Und die Herkunft dieser Denkweisen spiele eine wichtige Rolle,

denn die amerikanische Tradition unterscheidet sich fundamental von der französischen. In den USA dominieren zurzeit kommunitaristische Ideen. Demnach sind die Individuen durch eine ethnische, religiöse oder geschlechtliche Gemeinschaft bestimmt und entsprechend unterschiedlich zu behandeln. Das republikanische Denken à la française aber ist universalistisch: Die Individuen sind zwar verschieden, aber aus den Unterschieden erwachsen keine festen Gemeinschaften, die Anspruch auf eine spezifische Behandlung hätten. Die einzig diesbezüglich relevante Gemeinschaft ist in Frankreich die Nation. (Scherrer & Mäder 2021)

Heinichs Statement bekräftigt die Grundlagen des republikanischen Metadiskurses und stellt zugleich eine Unvereinbarkeit mit differentialistischen, in ihren Worten ‚kommunitaristischen‘ Ideen fest. Auf dieser Argumentation aufbauend zieht sie zudem, ähnlich wie Badinter fünf Jahre zuvor, die Konzeption von Islamophobie als rassistische Diskriminierung in Zweifel. Konkret schreibt sie den „Islamogauchismus an der Universität“ einigen Forscher:innen zu, „die Islamophobie explizit mit Rassismus gleichsetzen“ und so „Rasse und Religion [vermischen], um Religionskritik als rassistisch erscheinen zu lassen“ (Scherrer & Mäder 2021). Dadurch, so Heinich weiter, werde es „unmöglich, vor dem islamistischen Fundamentalismus zu warnen, der doch einer Form des Faschismus ähnelt“ (Scherrer & Mäder 2021).

---

45 „Die Islamo-gauchisten sind zwar eine Minderheit, aber sie sind einflussreich und werden weitgehend von den großen linken Medien und Journalisten verbreitet, die sich dadurch vom realen Land abgrenzen.“

Auch hier zeigt sich deutlich die Ablehnung des Konzepts der Islamophobie und seine diskursive Gegenüberstellung mit dem *islamo-gauchisme*, die ihn in ideologischer Komplizenschaft mit dem Islamismus gegen die Nation und den Universalismus wende. Diese Denkweise führt die Soziologin auch dazu, zu beklagen, man könne nicht mehr über die Gefahren des Islamismus sprechen, ohne als islamophob zu gelten. Die Anschuldigung der Islamophobie sei zudem Teil einer Cancel Culture, mit der extremistische Ansichten an den Universitäten durchgesetzt würden und teilweise zu einer gefährlichen Vermischung von Aktivismus und Forschung führe (Scherrer & Mäder 2021).<sup>46</sup>

Das Argument der feindlichen Unterwanderung ist in Frankreich weit davon entfernt, ein randständiges Phänomen darzustellen. Es begünstigt die Akzeptanz diskriminierender Äußerungen und Gesetze, die einseitig gegen muslimische Personen und ihre religiösen Riten gerichtet sind. Zugleich kann mit ihm zivilgesellschaftlicher Aktivismus gegen diese Diskriminierungslage ideologisch delegitimiert werden. Islamophobie wird so zugleich gesellschaftlich akzeptabel und ihre Auswirkungen herabgespielt und verschleiert.

#### 4.3.1.3 Schleichende Umdeutung der *laïcité*

Aufgrund dieser Mischung aus Missachtung systemischer Diskriminierung und einer sich verfestigenden ausschließenden und kontrollierenden Auslegung von *laïcité* (siehe Kap. 4.1.1) trifft der Vorwurf der Islamophobie in weiten Teilen der Öffentlichkeit auf Ablehnung. Dazu kommt der Verdacht, spalterische, kommunitaristische Interessen zu verfolgen und die vernunftbasierte, aufklärerische Kritik an religiösen Dogmen einschränken zu wollen. Hier zeigt sich einmal öfter die ideologische Unvereinbarkeit des abstrakten republikanischen Universalismus mit realen Diskriminierungserfahrungen. Kritik an religiöser oder klerikaler Macht gehört gewissermaßen zum Selbstverständnis des französischen Republikanismus im politischen wie auch im intellektuellen Milieu. Gleichzeitig soll die *laïcité* aber auch die Neutralität des Staates und die freie Religionsausübung jeder und jedes Einzelnen gewährleisten. Dies führt angesichts der Präsenz muslimischer Bevölkerungsgruppen in Frankreich seit Jahrzehnten zu Konflikten und Spannungen, die einerseits antimuslimische Ressentiments in der nicht-muslimischen Mehrheitsbevölkerung schüren und andererseits einen Nährboden für islamistischen Fundamentalismus bei oft ausgegrenzten, perspektivlosen und rassifizierten muslimischen Gruppen bereiten. Zwar weisen Kommentator:innen und engagierte Intellektuelle

---

<sup>46</sup> Diese Argumentationslinie informiert im späteren Diskursverlauf besonders die Debatte um den Begriff *wokisme* (siehe Kap. 4.4)

immer wieder auf die Existenz staatlicher Diskriminierung von Muslim:innen hin, jedoch ist der Großteil der Öffentlichkeit anderer Meinung:

Large sections of the French intelligentsia believe that the invocation of Islamophobia undermines the laicist postulation that reason must trump religion. Many, especially on the left, consider anti-clericalism and criticism of religious dogma as a right, if not a duty. (Zia-Ebrahimi 2020: 319)

In der konkreten Analyse der Normalisierung von Islamophobie in Frankreich ist hier die Unterscheidung von liberaler und illiberaler Islamophobie, wie sie Mondon und Winter (2017) vornehmen, hilfreich. Laut den Autoren gibt es eine Artikulationsform von Islamophobie, die mit liberal-demokratischen Deliberationsprozessen kompatibel ist. Um den Begriff des Liberalismus, unter dem Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Wahlrecht und Gleichbehandlung aller Bürger:innen verstanden wird, formiere sich eine *liberale* Spielart von Islamophobie. Diese distanzieren sich offiziell von der herkömmlichen, kolonialen, rassistischen und orientalistischen Islamophobie und beziehe sich nur auf die vermeintliche Unvereinbarkeit des Islams mit der Kultur und den Werten liberaler Demokratien (Mondon & Winter 2017: 2162).

Durch diese Konturierung der, nichtsdestoweniger diskriminierenden, liberalen Islamophobie wird es laut den Autoren gar erst ermöglicht, sich von den offen rassistischen Ausprägungen der illiberalen Islamophobie abzuwenden, und gleichzeitig islamophobe Äußerungen zu tätigen. Liberale Islamophobie ist als Vehikel für die Normalisierung ausschließender, rassifizierender und orientalistischer Deutungen in der Mitte des medialen, akademischen und politischen Diskurses zu verstehen (Mondon & Winter 2017: 2157). Sie verschleiert effektiv die Trennlinie zwischen (zulässiger) Islamkritik und ausschließender oder sogar rassistischer Praktiken, die gegen Muslim:innen in Frankreich gerichtet sind.

Im Zuge dieses *Blurring* ist die *laïcité* der argumentative Dreh- und Angelpunkt. Ein Beispiel für die islamophobe Verwendung der *laïcité* bietet ein Auftritt Éric Zemmours in der Sendung *Face à la Rue* (CNEWS) bei welchem er am 25. Oktober 2021 im Pariser Vorort Drancy, von Moderator und Kamerateam begleitet, mit Menschen auf der Straße ins Gespräch kommt. Im Gespräch mit einer Passantin bringt er diese dazu, ihr Kopftuch abzunehmen, um so zu beweisen, dass sie wirklich frei sei. Seinerseits nimmt er, zur Verdeutlichung des Unterschieds zwischen der vermeintlichen Unfreiheit religiöser Kleiderordnung und seiner eigenen Wahlfreiheit dafür im Gegenzug seine Krawatte ab. In dem Moment, in dem die Frau<sup>47</sup> ihr

---

47 Einen Tag nach der Ausstrahlung der Sendung kam heraus, dass die scheinbar zufällig ausgewählte Passantin sehr wahrscheinlich für ihren Auftritt bezahlt wurde und in ihrem Privatleben

Kopftuch abnimmt, kommentiert Zemmour: „Voilà, très bien, eh ben, là, vous voyez là, là, vous respectez la laïcité“<sup>48</sup>. Kurz darauf fügt er hinzu: „Vous n’êtes pas libre, parce qu’en Islam il n’ya pas d’liberté individuelle“<sup>49</sup> (Morandini 2021).

Zemmour stellt hier individuelle Freiheit und *laïcité* als mit dem Islam und seinen Regeln unvereinbar dar. Die Neutralität des Staates gegenüber der Religionsausübung seiner Bürger:innen wird hier ad absurdum geführt. In dieser sich normalisierenden Auslegung der *laïcité* spiegelt sich zugleich die Formierung von illiberalen Diskursen und Praktiken, die ihrerseits für sich reklamieren, individuelle Freiheit durchzusetzen. Diese Verkehrung, das Wenden liberaler Grundsätze gegen Minderheiten und so letztlich gegen sich selbst, ist ein zentrales Kennzeichen soft-autoritärer Aufweichung liberal-demokratischer Prinzipien in Frankreich.

Diese Dynamik des *Blurring* von republikanischen und diskriminierenden Ideologien ist in Frankreich kein neues Phänomen. Gerade im Verhältnis der Mehrheitsbevölkerung zum Islam und damit zur Immigration von Menschen aus muslimisch geprägten Ländern manifestiert sich seit Jahrzehnten eine starke Tendenz des Othering und der Exklusion. Dies illustriert bspw. der Skandal nationaler Tragweite, der losgetreten wurde, als zwei Schülerinnen in Creil sich im Jahr 1989 weigerten, in der Schule ihr Kopftuch abzunehmen.

Wie Constanze Krosigk feststellt, manifestiert sich bereits damals in der Reaktion auf die sogenannte Kopftuchaffäre die ambivalente Funktion der *laïcité*: Sie ist der Inbegriff republikanischer Identität und Garant von Freiheit und Gleichheit und dient paradoxerweise zugleich als Mittel der Herstellung von Alterität (Krosigk 1999: 81). Der Islam als Träger religiöser, aber auch kultureller Werte spielt in diesem Diskurs die Rolle des größtmöglichen Kontrasts zur republikanischen Wertebasis. Unter anderem wurde dies im Präsidentschaftswahlkampf 2012 deutlich. Marine Le Pen, Präsidentschaftskandidatin des damaligen *Front National*, positionierte sich gegen eine angebliche Invasion, die von der schleichenden Kolonisierung der täglichen Gewohnheiten durch religiöse Praktiken ausgehe (Mondon 2015: 405). „To counter this ‘invasion’, Le Pen stated in an authoritarian manner that, if she were elected, ‘street prayers ... would come to an end’ and ‘intégristes’ would face, for the first time in decades, ‘an extremely determined power’“ (Mondon 2015: 405).

---

kein Kopftuch trägt. Beide Darstellungen lassen sich nicht angemessen auf Richtigkeit überprüfen. An der zur Schau gestellten Islamophobie Zemmours ändert dies indes wenig, auch wenn der Kontext sich durch das mögliche Engagement einer Schauspielerin durchaus ändert.

48 „Sehr gut, sehen Sie, jetzt respektieren Sie die *laïcité*.“

49 „Sie sind nicht frei, denn im Islam gibt es keine individuelle Freiheit.“

In der dämonisierenden Rhetorik Marine Le Pens spielt der Islam die Rolle der Bedrohung durch Radikalisierung, Terrorismus und Islamisierung, die sich nicht nur in Anschlägen und Gewalt, sondern auch in alltäglichen religiösen Bräuchen oder der Anzahl der Halal-Fleischereien in Paris zeige. Neben einer aggressiven, kolonialisatorischen Qualität wird dem Islam auch eine patriarchale Unterdrückung von Frauen zugeschrieben. Auf diese Sichtweise reagiert eine Spielart des Feminismus, die sich explizit als *universaliste* bezeichnet. Am 26. Januar 2021 veröffentlichte eine Gruppe von 55 *féministes universalistes* in *Le Point* einen offenen Brief zur Unterstützung des Gesetzesvorhabens *loi confortant le respect des principes de la République*<sup>50</sup> (République française 2021), genannt Separatismusgesetz (Comité féministes universalistes 2021). Das Gesetz, das eines der umstrittensten in Macrons erster Amtszeit war und weithin als ausschließlich gegen den Islam gerichtet verstanden wurde, geht den Unterzeichnerinnen nicht weit genug: Unter anderem werden weiter gehende Kopftuchverbote gefordert und auch im Sport- und Schulbetrieb fordern sie Verschärfungen bei der Partizipation von muslimischen Mädchen. Die Selbstpositionierung als universalistische Feministinnen kann hier als Gegenbegriff zu intersektionalen Feminismen gelesen werden – doch während sie angeben, sich gegen jede patriarchale Bevormundung zu wenden, sprechen sie zugleich muslimischen Frauen in Frankreich ab, sich selbstbestimmt für das Kopftuch entscheiden zu können. Dieser performative Selbstwiderspruch durchzieht die liberale Spielart der Islamophobie und die sich weiter durchsetzende islamophobe Auslegung der *laïcité*. Islamophobie wird so nicht nur salonfähig, sondern auch zu einem verbindenden ideologischen Element, hinter dem sich ganz unterschiedliche Gruppen versammeln können.

So stellt Timothy Peace (2019) fest, dass das Bekenntnis zur *laïcité* im gesamten politischen Spektrum geteilt wird und sogar anti-rassistische Projekte prägt. Die dominante, ausschließende Auslegung der *laïcité* sei zwar im Kern eine autoritäre und illiberale Lesart, sie sei aber auch jenseits des konservativen Lagers zentral. Dies zeigt Peace anhand von historischen Wegmarken wie der Verabschiedung eines einschlägigen Gesetzes bereits unter Jacques Chirac 2004 und der Einrichtung eines Staatsministeriums für Immigration und Integration sowie nationale Identität unter Nicolas Sarkozy im Jahr 2007. Im Jahr 2009 folgte darauf eine Debatte über nationale Identität, die laut Peace (2019: 112) als Debatte über den Islam gelesen werden kann. Die restriktive Lesart der *laïcité* setzte sich so immer weiter durch und wird auch von Teilen des linken Lagers geteilt: Tatsächlich spaltet die Kontroverse um Islamophobie und *laïcité* die Linke in Frankreich, was unter anderem zu der Besonderheit führt, dass die heftigsten, polemischsten und stereotypsten

---

50 „Gesetz zur Stärkung des Respekts vor den Prinzipien der Republik“



Beiträge in der Debatte oft von eigentlich progressiven Akteur:innen lanciert werden: „Ever since the first ‚headscarf affair‘ in 1989 [...], virtually every public discussion in France regarding its Muslim citizens relates back to the principle of *laïcité*, with those on the Left being its most ardent defenders“ (Peace 2019: 111).

Der Politikwissenschaftler Philippe Marlière nennt diese Dynamik ein „glissement des notions de république et de *laïcité* de la gauche vers la droite“<sup>51</sup> (Marlière 2021). Politische Akteur:innen, Journalist:innen und Intellektuelle hätten bewusst linke und rechte Themen miteinander verknüpft und verschmolzen, womit sie reaktionären Kräften objektiv Schützenhilfe geleistet hätten (Marlière 2021). Diese Verschmelzung, oder ‚Wanderung‘ rechter Themen bis ins linke politische Lager profitiert im Falle der Islamophobie, wie gezeigt wurde, von bereits angelegten Dissonanzen und Ambivalenzen im republikanischen Metadiskurs. Hierin zeigt sich die grenzverwischende Kraft soft-autoritärer diskursiver Praktiken. Als Projekt der Herstellung von Hegemonie sind sie auf langfristige Veränderung ausgelegt und begnügen sich oftmals mit nur minimalen Veränderungen und Umdeutungen kleiner Begriffsbestandteile oder ihrer Rekombination. Sie setzt dabei auf die konfusionistische Dynamik gezielter Begriffsumdeutungen, mit deren Hilfe es sogar progressiven, sich selbst als politisch links verortenden Akteur:innen sinnvoll und sogar politisch und moralisch geboten erscheint, illiberale Gesetzesvorhaben und reaktionäre Aussagen von politischen Eliten zu stützen. Die Praktik des *Blurring* zeigt sich hier als metapolitisch herbeigeführte ideologische Verwirrung von Grundbegriffen des Republikanismus. Beschreibungen wie *confusionnisme*, *glissement* oder *dérive autoritaire*, die aus dem Untersuchungskorpus und der Literatur stammen, bezeugen sowohl die Unklarheit, mit der Diskursteilnehmer:innen in dieser unübersichtlichen Konstellation konfrontiert sind als auch die Notwendigkeit eines dieser Entwicklung angemessenen Vokabulars.

Neben den auf Langfristigkeit angelegten diskursiven Umdeutungspraktiken, die ich hier anhand ausgewählter Beispiele aus der Diskursgeschichte des *islamo-gauchisme* illustriert habe, können soft-autoritäre Dynamiken aber auch von spontanen, disruptiven Diskursereignissen beschleunigt werden, in deren Verlauf sich ideologische Trennlinien und Überzeugungen grundlegend und radikal ändern können.

---

51 „Verschiebung der Begriffe der Republik und der *laïcité* von rechts nach links“.

#### 4.3.2 Situativer Kontext: *Islamogauchisme* als diskursives Ereignis und soft-autoritäre Verschiebung

Die Normalisierung illiberaler und rassistischer Ideologien ist ein Prozess, der sprachgebunden stattfindet und sich in Diskursen vollzieht. Denn der Diskurs ist die Instanz, in der gesellschaftlich geteiltes Wissen und hegemoniale Deutungsmuster produziert werden. Die hier bisher untersuchten Diskurse um *séparatisme islamiste* und *islamo-gauchisme* im Kontext von Islamophobie werden vom republikanischen Metadiskurs gerahmt. Die herausgearbeiteten Diskursthemen haben jeweils eine lange diskursive Geschichte und sind geeignet, die egalitären und universalistischen Begriffe des Metadiskurses langsam und schrittweise von innen heraus zu verändern – bis zu dem Punkt, dass ihre ursprüngliche soziopolitische Bedeutung ins Gegenteil verkehrt wird. Neben dieser hegemonialen Strategie der schleichenden Umdeutung gibt es aber auch bisweilen historische Momente, die alten Begriffen einen neuen Kontext, eine neue Dringlichkeit geben können.

Solche historischen Momente der Rekontextualisierung nennt Michel Foucault diskursive Ereignisse. Während Foucault diesen Begriff, wie viele andere in seinem Werk, nicht einheitlich gebraucht, gibt doch eine Stelle in *Die Ordnung des Diskurses* einen gewissen Aufschluss über den Begriffsinhalt. Hier nennt er für die Analyse von Diskursen vier regulative Prinzipien, von denen eines das Ereignis darstellt. Der Gegenbegriff, von dem diskursanalytische Arbeit sich abzugrenzen habe, ist nach Foucault der der Schöpfung – also der Gedanke eines planvollen, von einem Ursprung ausgehenden und von göttlicher Autorität und Vorsehung hergestellten Diskursverlaufs (Foucault 1997 [1972]: 35).

Im Begriff des Ereignisses spielt hingegen der Zufall eine zentrale Rolle – der unvorhersehbare und ungeplante Begleitumstand, das scheinbar Nichtige und für sich selbst genommen Bedeutungslose, das im Sog der Abfolge vorher unverbundener Geschehnisse eine neue Bedeutung erhält. Vanessa Kanz (2020) definiert dementsprechend diskursives Ereignis im Anschluss an Foucault als „unvorhergesehenes Auftreten einer Aussage bzw. eines Wissenslements, das, abhängig von der Intensität der Resonanz, den weiteren Diskursverlauf bestimmen kann“. Mit dieser Definition übereinstimmend erlangte der bis dato eher randständige, wenngleich im politischen Diskurs nicht unbekannte Begriff *islamo-gauchisme* im Nachklang der Terrorserie von Oktober 2020 eine unvorhergesehene Salienz. Zugleich erfuhr er eine beachtliche Rekontextualisierung sowie inhaltliche Neuausrichtung. Gepaart mit der großen Medienaufmerksamkeit und der Machtposition seiner Verwender:innen nahm *islamo-gauchisme* eine diskursbestimmende Position ein und entfachte eine unvorhergesehene Dynamik. Ich sehe diese Umdeutung weder als komplett zufällige und planlose, bloß diskursive Abfolge von Äußerungen noch als vollständig intentionale und durchgeplante Operation. Erstere Sichtweise läuft

Gefahr, strategische Interessen und hegemoniale Projekte zu vernachlässigen, während letztere genau in die Falle tappen würde, vor der Foucault in der Ordnung des Diskurses warnt: die irrije Annahme einer diskursiven Vorsehung oder Vorplanung durch machtvollen Akteur:innen im Hintergrund. Festzuhalten bleibt allemal, dass ohne die schrittweisen Verschiebungen im republikanischen Metadiskurs und die dargestellten diskursiven Praktiken und Kontinuitäten rund um die Begriffe *séparatisme* und *laïcité* eine ähnlich durchschlagende Diskursdynamik, wie sie im *islamo-gauchisme* zum Ausdruck kommt, nicht möglich gewesen wäre.

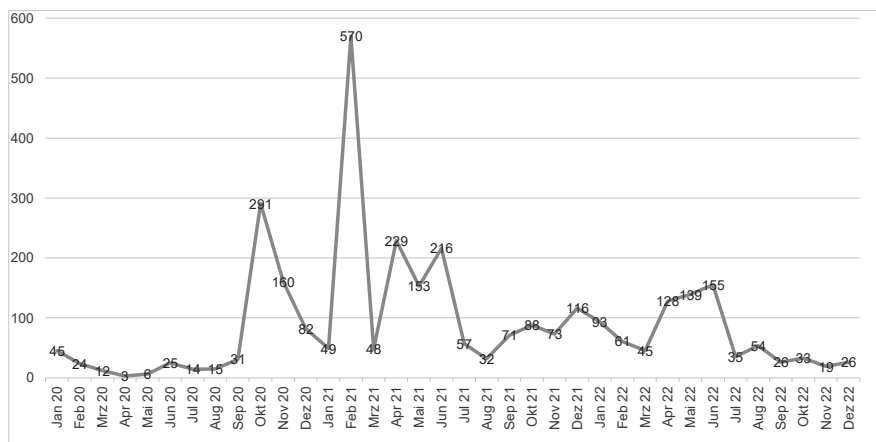
Vor dem Hintergrund der Verknüpfung langfristiger hegemonialer Rekontextualisierungen und ereignishafter Verschiebungen nehme ich den Prozess der Normalisierung rassistischer, ausschließender Ideologien am Beispiel des *islamo-gauchisme* in den Blick. *Islamo-gauchisme* ist ein Beispiel für die soft-autoritäre diskursive Verunklarung von Begriffen und Sachverhalten in der öffentlichen Wahrnehmung. Als solche vollzieht sie sich in den oben dargestellten Phasen der Normalisierung (siehe Kap. 2.1.4) und informiert letztlich auch einen Borderline-Diskurs, der sich als Überführung seiner zentralen ideologischen Gehalte in einen neuen, zivilen und ‚rationaler‘ wirkenden Diskurs realisiert – nämlich in der anti-intellektualistischen und anti-genderistischen Diskursfigur des *wokisme*. Dem Verlauf der Normalisierung von *islamo-gauchisme* folgend zeige ich, wie langfristige Umdeutungen und ereignishaft, kleinteilige Verschiebungen in der soft-autoritären Umgestaltung der französischen Öffentlichkeit zusammenspielen. Eine besondere Rolle kommt dabei dem Gefüge aus Medien und der politischen Elite zu, die im Falle des *islamo-gauchisme* einen Medienhype erzeugen.

#### 4.3.2.1 *Enactment*, Hype und Legitimierung: Wechselwirkung zwischen Presse und Politik

Das *enactment* des Begriffs *islamo-gauchisme* im französischen Diskurs ist eng verbunden mit dem Attentat auf Samuel Paty. Wie schon die islamistische Anschlagserie in den Jahren 2015 und 2016 wurde auch die Ermordung des Lehrers als direkter Angriff auf die elementaren republikanischen Werte, auf die Grundfesten Frankreichs verstanden. Die diskursive Vorherrschaft der restriktiven *laïcité* und der voranschreitenden Konzeption des Islam als kulturell fremd, intolerant und potentiell unterwandernd, bildet den weiteren Hintergrund dieses diskursiven Ereignisses. Sie informieren einen regelrechten Medienhype, der um den Begriff *islamo-gauchisme* entsteht. Eine Frequenzanalyse der Begriffsverwendung spricht eine deutliche Sprache. Für die Abfrage wurden insgesamt 877 Periodika berücksichtigt, die

online oder als Printversion publiziert werden.<sup>52</sup> Es wurde die Anzahl der Artikel abgefragt, in denen mindestens einmal die Lemmata *islamo-gauchisme* oder *islamo-gauchiste* vorkommen (es wurden auch die konkurrierenden Schreibweisen ohne Bindestrich berücksichtigt).

Zwar wird der Begriff auch schon zu Beginn des Jahres 2020 in der nationalen Presse von Zeit zu Zeit verwendet, ab Oktober 2020 jedoch ist ein explosives Wachstum der Artikelanzahl zu verzeichnen, die das Wort beinhalten. Der initiale Hype klingt dann zum Jahreswechsel hin ab und erreicht fast wieder das Niveau von vor den Attentaten (49 Artikel im Januar 2021). Die zweite Welle der Intensivierung erfährt die mediale Verwendung von *islamo-gauchisme* dann im Februar 2021 mit 570 Beiträgen. Erst in der zweiten Jahreshälfte 2021 nimmt die Frequenz dann wieder ab. Danach pendelt es sich nach einigen lokalen Höhepunkten in der ersten Hälfte des Jahres 2022 auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie vor Oktober 2020 wieder ein.



**Abb. 2:** Anzahl der Artikel mit den Lemmata *islamo-gauchisme* und/oder *islamo-gauchiste* von Januar 2020 bis Dezember 2022 (monatsweise).

<sup>52</sup> Die Abfrage erfolgte über die Pressedatenbank *europresse*. Konkret wurden alle Periodika berücksichtigt, die auf dieser Plattform unter *France – Presse nationale* kategorisiert werden. Zum Erhebungszeitpunkt (Oktober 2023) fielen darunter 877 Periodika. Mehrfach publizierte, identische Artikel (beispielsweise durch Publikation sowohl in der Print- als auch der Onlineausgabe) wurden nur einmal gezählt.

Auch zwei klare thematische Verschiebungen lassen sich konstatieren, die zudem mit den beiden Höhepunkten der Frequenz korrelieren. Dies belegen korpusanalytische Untersuchungen des Linguisten Nikos Smyrnaio, der mithilfe eines Topic-Modeling-Prozesses die Schwerpunkte in der Themensetzung herausarbeitet, die mit dem Begriff einhergehen. Aus seinem Datensatz, der Zeitungsartikel von Januar 2003 bis Februar 2021 berücksichtigt, extrahiert er so insgesamt sieben lexikalische Cluster. Der größte thematische Schwerpunkt liegt mit 21,2% der Artikel im Bereich der politischen Polemik und des Wahlkampfs, gefolgt von Polemiken im Zusammenhang mit dem Islam (16,1%) (Smyrnaio 2021). In Zeiten der aufkommenden Covid19-Pandemie überrascht es wenig, dass die Gesundheitskrisis (*crise sanitaire*) einen großen Anteil der Berichterstattung dominiert (16,7%). Ähnlich große Anteile haben intellektuelle Debatten über Geschichte und Geopolitik (13,2%) sowie Antisemitismus und Islamophobie (14,6%). In dieser Themensetzung spiegelt sich die Diskursgeschichte des Begriffs, der zunächst ein Fachbegriff aus den Sozialwissenschaften war und erst im Laufe der 2010er-Jahre auch politisch wirksam wurde. Als Stigmawort, das sowohl gegen linke Politiker:innen als auch gegen den politischen Islam gerichtet war, wird *islamo-gauchisme* hier mit der *laïcité* kontrastiert. Der Themenkomplex, der in Smyrnaio's Daten den kleinsten Anteil ausmacht, ist zugleich der neueste: Polemiken über die Universität (*polémiques sur l'université*) machen 8,1% der zwischen 2003 und Februar 2021 publizierten Artikel aus.

Stellt man diese thematisch geordneten Frequenzanalysen jedoch in ihrer chronologischen Abfolge dar, so ergibt sich sehr deutlich, dass sich eine komplette Fokusverschiebung in der Themensetzung ereignet hat, die in zwei Phasen verlief. Ab Oktober 2020 wird das Themenfeld *laïcité/Islam* dominant. Zu Beginn des Jahres 2021 wird diese Themensetzung dann abgelöst und arrangiert sich um ein einziges diskursbestimmendes Thema neu: *islamo-gauchisme* als schädliche Ideologie an den Universitäten und Forschungseinrichtungen. Diese beiden thematischen Verschiebungen korrelieren mit den Peaks in der Verwendung des Begriffs (siehe Abb. 5) und haben jeweils ganz konkrete auslösende Ereignisse: Die erste Themenverschiebung fällt zeitlich und kausal mit einem Interview mit Bildungsminister Jean-Michel Blanquer zusammen, das am 22.10.2020 auf dem Radiosender *Europe1* ausgestrahlt wurde (Durand 2020). Der zweite diskursive Shift wird von der Ministerin für Bildung und Forschung Frédérique Vidal ausgelöst, die das Bedrohungsszenario in einem Interview auf die Universitäten umlenkt (Bérichel 2021).

In seinem Interview stellt Blanquer eine Verbindung von kriminellen und terroristischen Gruppen und Amtsträger:innen her, denen er intellektuelle Radikalität vorwirft. Den Attentäter vom 20. Oktober bezeichnet der Minister als „*assassin qui est conditionné par d'autres gens, en quelque sorte des auteurs intellectuels de cet*

attentat“<sup>53</sup> (Durand 2020). Auf diese angebliche Komplizenschaft zwischen Terror und Intellektuellen geht er weiter ein:

Quand vous avez des officines, des groupes comme ceux que nous sommes en train de dissoudre en Conseil des ministres, qui ont pignon sur rue, qui ne commettent pas eux-mêmes les crimes mais qui encouragent cette radicalité intellectuelle, ils sont les complices intellectuels du crime.<sup>54</sup> (Durand 2020)

Mit den besagten Gruppen, die aufgelöst werden sollen, sind insgesamt 51 Organisationen gemeint, von denen viele staatlicherseits als *séparatiste* eingestuft wurden und denen teilweise Verbindungen zum Islamismus angelastet wurden. Darunter fanden sich neben pro-palästinensischen Vereinigungen auch NGOs wie das *Collectif contre l'Islamophobie en France* (CCIF), das sich gegen islamophobe Diskriminierung einsetzte und im November 2020 verboten wurde. Diese Auflösung sorgte auch über die französischen Grenzen hinaus für Kritik. So zeigte sich Amnesty International in einem Bericht besorgt darüber, dass dieses Vorgehen die Versammlungsfreiheit gefährden könnte und zudem einen allgemeineren „chilling effect on human rights defenders and civil society organizations“ bewirken könnte. Insbesondere die Ausweitung der Grundlagen zur Auflösung von Organisationen wird hier kritisiert, aber auch die Wortwahl des Inneministers Darmanin, der das CCIF als „enemy of the Republic“ und „back room of Islamism“ bezeichnet hatte (Spuzic 2020).

In diesem Zusammenhang nennt Bildungsminister Blanquer auch die Ideologie des *islamo-gauchisme*, die seiner Ansicht nach in verschiedenen Bereichen Schaden anrichte:

Ce qu'on appelle l'islamo-gauchisme fait des ravages [...]. Il fait des ravages à l'université, il fait des ravages quand l'Unef cède à ce type de choses, il fait des ravages quand dans les rangs de la France Insoumise, vous avez des gens qui sont de ce courant-là et s'affichent comme tels. Ces gens-là favorisent une idéologie qui ensuite, de loin en loin, mène au pire.<sup>55</sup> (Durand 2020)

---

53 „Ein Attentäter, der von anderen beeinflusst bzw. gesteuert wird – gewissermaßen die geistigen Urheber dieses Anschlags.“

54 „Wenn es Organisationen oder Gruppen gibt – wie jene, die wir gerade im Ministerrat auflösen –, die ein offizielles Auftreten haben, selbst keine Verbrechen begehen, aber diese intellektuelle Radikalisierung fördern, dann sind sie die geistigen Komplizen der Tat.“

55 „Was man ‚Islamo-Gauchisme‘ nennt, richtet verheerenden Schaden an [...]. Es richtet Schaden an an den Universitäten, es richtet Schaden an, wenn die UNEF sich auf solche Positionen einlässt, es richtet Schaden an, wenn es in den Reihen von La France Insoumise Personen gibt, die dieser Strömung angehören und offen dazu stehen. Diese Leute fördern eine Ideologie, die – wenn auch schrittweise – ins Schlimmste führt.“

Neben dem Verbot dieser zivilgesellschaftlichen Arbeit ist die Aussage eines Kabinettsmitglieds, linke und universitäre Milieus hätten Mitschuld und seien Komplizen von Terroristen, bemerkenswert. Blanquers Vorstoß führte zu einem nationalen Medienecho und provozierte auch innerhalb der akademischen Landschaft Kontroversen. In der Ausgabe von *Le Monde* vom 02. November 2020 werden die sich formierenden Positionen in Form von zwei Gastbeiträgen gegenübergestellt<sup>56</sup>. Ein offener Brief, der initial von 100 Wissenschaftler:innen unterschiedlicher Disziplinen unterzeichnet wurde, unterstützt Blanquers Aussagen aus dem Radio-Interview. In dem *manifeste des 100* betitelten Text beklagen sie, dass die Bedrohung durch den Islamismus anhaltend geleugnet werde und sich an den Universitäten oftmals eine gewaltsame Militanz ausbreite. Großen Einfluss schreiben sie sogenannten „idéologies indigéniste, racialiste et ,décoloniale“<sup>57</sup> (Collectif 2020) zu, die aus der nordamerikanischen Universitätskultur nach Frankreich gekommen seien und die Hass gegen Weiße und gegen Frankreich schüren würden. Die Sprecherin der *Parti des indigènes de la République* (P.I.R.), Houria Bouteldja wird namentlich als Vertreterin eines solchen Denkens genannt. Die linksradikale Vereinigung ist nach den Revolten in den Banlieues im Jahr 2005 zunächst als Verein gegründet worden und wird seit 2010 als Partei geführt. In ihrer Selbstpositionierung und Bewertung spiegeln sich die kontroversen und konflikthaften Fronten des öffentlichen Diskurses in Frankreich. P.I.R. versteht sich als antirassistisch und dekolonial. Der Partei wird aber zugleich *racialisme*, Antisemitismus und Antizionismus vorgeworfen. Mit dem Begriff *racialisme* ist im französischen Diskurs gewissermaßen eine Vorstufe des Rassismus gemeint. Anders als der Rassismus geht der *racialisme* nicht von einer Existenz oder gar Hierarchie menschlicher *Rassen* aus, sieht aber die immensen Wirkungen dieser sozialen Konstruktion, also des Rassismus, als gegeben an. Wenn also Gruppen wie die P.I.R. Diskriminierung und Ungleichbehandlung rassifizierter Personen anprangern und bekämpfen, wird ihnen zugleich unterstellt, mitsamt der Kritik an real existierenden Ausgrenzungspraktiken auch die Basis dieser Ausgrenzungen – in diesem Fall das Konstrukt biologischer Rassen – zu affirmieren. Der dekoloniale Antirassismus der P.I.R. kann so letztlich seinerseits als rassistisch und somit als Bedrohung für den republikanischen Universalismus dargestellt und wirksam delegitimiert werden. Diese diskursive Umkehr von Antirassismus zu Rassismus schreibt sich in eine spezifisch französische Diskurskonstellation ein, die Sarah Mazouz auf drei wesentliche Prämissen in Bezug auf den Begriff *race* in Frankreich zurückführt:

56 Die beiden Artikel wurden am 31.10.2020 zunächst auf der Website von *Le Monde* veröffentlicht. Hier zitiere ich im Folgenden daher die Online-Ausgabe.

57 „indigenistische, rassialistische und dekoloniale Ideologien“.

Le premier consiste à croire que la race au sens biologique n'existant pas, elle n'aurait aucune autre forme d'existence sociale. Le deuxième prétend que rappeler l'inanité de l'acception raciste du terme suffit à régler la question du racisme une bonne fois pour toutes. Le troisième, peut-être plus fort encore, postule que nommer la race ou mesurer les discriminations serait les faire exister.<sup>58</sup> (Mazouz 2022: 794)

Die hegemoniale Auslegung der republikanischen *color-blindness* führt hier also dazu, dass antirassistische Kritik als im Kern rassistisch verunglimpft werden kann – als würde die Benennung rassistischer Diskriminierung das Konstrukt Rasse erst erzeugen. Die Kritik am Anti-Rassismus wird sogar so weit geführt, dass er als Ausdruck eines „haine des ‚Blancs‘“ (Collectif 2020), also als Hass gegen Weiße verstanden wird. Diese komplette Verkehrung des Kritik-Diskurses ist ein wesentliches Charakteristikum des öffentlichen Diskurses über rassistische Diskriminierung in Frankreich und findet im *islamo-gauchisme*-Diskurs eine wirksame Überführung in einen umfassenden, stigmatisierenden Kampfbegriff.

Im *manifeste des 100* wird zudem betont, dass ein solches Denken seine Ursprünge außerhalb Frankreichs habe<sup>59</sup>: „L'importation des idéologies communautaristes anglo-saxonnes, le conformisme intellectuel, la peur et le politiquement correct sont une véritable menace pour nos universités“<sup>60</sup> (Collectif 2020). Die Markierung als *communautariste* betont die Unvereinbarkeit mit dem Universalismus. Intellektuellen Konformismus aufgrund von militantem, linksradikalem Aktivismus verstehen die Unterzeichner:innen als ernstzunehmende Bedrohung für die Universitäten. Daher fordern sie auch die zuständige Ministerin Frédérique Vidal dazu auf, eine Instanz einzurichten, die Verstöße gegen die republikanischen Grundsätze und Bedrohungen für die akademische Freiheit bekämpft (Collectif 2020). Auch die Aussage, politische Korrektheit stelle eine Gefahr für die Universitäten dar, zeugt von einer spezifischen Positionierung im Diskurs und reichert den Begriff des *islamo-gauchisme* um eine Dimension an, die vor Blanquers Aussagen nach dem Attentat nicht explizit mit ihm in Verbindung gebracht wurden.

---

58 „Der erste Irrtum besteht darin zu glauben, dass ‚Rasse‘ – da sie im biologischen Sinn nicht existiert – auch in keiner anderen sozialen Form existieren könne. Der zweite behauptet, dass es ausreiche, auf die Unsinnigkeit der rassistischen Bedeutung des Begriffs hinzuweisen, um das Problem des Rassismus ein für alle Mal zu lösen. Der dritte, vielleicht noch gewichtigere, geht davon aus, dass das Benennen von ‚Rasse‘ oder das Erfassen von Diskriminierungen diese erst zur Realität mache.“

59 Einige diskurshistorische Anmerkungen zu diesem Thema, insbesondere zum vermeintlichen Import von Ideologien aus den USA, finden sich in Kapitel 4.4.

60 „Der Import kommunitaristischer angelsächsischer Ideologien, der intellektuelle Konformismus, die Angst und die politische Korrektheit sind ernst zu nehmende Bedrohungen für unsere Universitäten.“



Die Gegenposition wird in derselben Ausgabe von *Le Monde* vom Soziologen Jean-François Bayart (2020) eingenommen. Die Rede vom *islamo-gauchisme* zeugt seiner Ansicht nach von einer historischen Unkenntnis und deutet auf die Konsolidierung eines republikanischen McCarthyismus (*republicano-mccarthyisme*) hin. Mit diesem Kompositum verweist Bayart auf die anti-kommunistischen *moral panics* und Verschwörungstheorien in den USA der 1950er Jahre während der sogenannten McCarthy-Ära. So wird eine Parallele zu den sogenannten *Red Scares* gezogen, einer Zeit, in der der bloße Verdacht des Kommunismus zu Vorverurteilungen und sogar zu Geld- und Haftstrafen führen konnte. Zugleich betont diese Wortwahl das irrationale und unsachliche Handeln, das in der Denunzierung von Akademiker:innen als *islamo-gauchistes* mitschwingt. Dem Vorwurf des *racisme* und Missachtung der *laïcité* setzt Bayart das Argument entgegen, dass es in Frankreich sehr wohl institutionalisierte, systemische, staatliche Diskriminierung gibt. So ist sein Beitrag mit dem Statement überschrieben: „Que le terme plaise ou non, il y a bien une islamophobie d’Etat en France“<sup>61</sup> (Bayart 2020). Er analysiert daraufhin die Verwendung des Begriffs *islamo-gauchisme* vor dem Hintergrund einer *laïcité*, die sich vor allem gegen den Islam richtet:

Cet Etat n’est pas ‚neutre‘ entre les religions [...]. Il n’a cessé, ces dernières décennies, de valoriser le christianisme et le judaïsme en développant une laïcité dite ‚positive‘ à leur égard, et de vouloir se subordonner politiquement l’islam pour le contrôler sous prétexte de l’éclairer.<sup>62</sup> (Bayart 2020)

So stellt er zugleich die Verbindung zwischen schleichender Umdeutung dieses republikanischen Grundbegriffs und der akuten diskursiven Panik des *islamo-gauchisme* heraus. Außerdem kritisiert Bayart in seinem Text bereits erste politische Effekte, die sich im Namen des Schutzes der akademischen Freiheit vor dem *islamo-gauchisme* de facto gegen die Wissenschaftsfreiheit richten. In diesem Zusammenhang nennt er eine Abstimmung im Senat vom 28. Oktober 2020, bei der dafür votiert wurde, dem umstrittenen Hochschulrahmengesetz *loi de programmation de la recherche pour les années 2021-2030* (LPR) (République française 2020) einen Passus hinzuzufügen, der besagt, dass die akademische Freiheit an die Bedingung geknüpft werden soll, die Werte der Republik zu achten (Bayart 2020; siehe hierzu auch Beaud 2021: 155–156).

<sup>61</sup> „Ob der Begriff gefällt oder nicht, es gibt sehr wohl staatliche Islamophobie in Frankreich“.

<sup>62</sup> „Dieser Staat ist nicht ‚neutral‘ gegenüber den Religionen [...]. In den vergangenen Jahrzehnten hat er fortwährend das Christentum und das Judentum aufgewertet, indem er ihnen gegenüber eine sogenannte ‚positive‘ Laizität entwickelt hat, während er gleichzeitig bestrebt war, den Islam politisch zu unterordnen, um ihn – unter dem Vorwand der Aufklärung – zu kontrollieren.“

In beiden Artikeln wird mit völlig unterschiedlichen Prämissen eine Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit beklagt. Das *collectif des 100* macht kommunitaristische Ideologien, Konformismus und militanten *islamo-gauchisme* dafür verantwortlich, an den Universitäten ein Klima der Angst und Selbstzensur zu erzeugen. Bayart hingegen hält diese Position für den Ausdruck einer unsachlichen Denkweise, die Züge von Verschwörungsnarrativen und Anklänge eines republikanischen McCarthyismus aufweist. Die eigentliche Gefahr für die akademische Freiheit geht seiner Ansicht nach davon aus, dass Regierungsmitglieder und der Senat diese diskursive Dynamik schüren und auf ihrer Grundlage sogar Gesetzesvorhaben anzupassen versuchen. Die so legitimierten Änderungen sind für Bayart die eigentlich schwerwiegenden Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit. Im Hinblick auf soft-autoritäre Diskursverschiebungen ist diese diskursive Frontstellung besonders relevant: Beide Diskurspositionen sehen die autoritäre Gefahr in den Handlungen und Ideologien der jeweils anderen Seite. In einer derartig polarisierten Diskussion um demokratische Prinzipien wird die gegenseitige Annäherung zusehends unwahrscheinlicher.

Die zweite thematische Verschiebung des *islamo-gauchisme*-Diskurses fällt wiederum mit einer abermaligen Intensivierung der Verwendungsfrequenz des Worts ab Februar 2021 zusammen (siehe Abb. 5). Dieser neuerliche Hype ist eine direkte Folge eines Interviews mit Frédérique Vidal, der Ministerin für höhere Bildung und Forschung. Am 14. Februar 2021 sagt Vidal in einem Interview mit dem TV-Sender CNEWS: „Moi je pense que l’islamo-gauchisme gangrène la société dans son ensemble, et que l’université n’est pas imperméable, l’université fait partie de la société“<sup>63</sup> (Bérichel 2021). Mit diesem Statement bezieht Vidal den Diskurs um die Bedrohung durch den *islamo-gauchisme* direkt auf die Universitäten um. Sie zitiert so außerdem implizit einen Artikel aus der konservativen Tageszeitung *Le Figaro*, die am 11.02.2021 mit einer eher reißerischen Schlagzeile aufwartet: „Comment l’islamo-gauchisme gangrène les universités“<sup>64</sup> (Beyer 2021).

In der Folge kündigt die Ministerin in der *assemblée nationale* öffentlich an, eine Untersuchung in den nationalen Bildungseinrichtungen zu lancieren, die herausfinden soll, in welchem Umfang im Sinne des *islamo-gauchisme* geforscht werde. Ziel sei die Erstellung einer „bilan de l’ensemble des recherches“ qui se déroulent à l’université, afin de distinguer „ce qui relève de la recherche

63 „Ich denke, dass der *islamo-gauchisme* die Gesellschaft als Ganzes unterwandert, und dass die Universität nicht davon abgeschottet ist – sie ist Teil dieser Gesellschaft.“

64 „Wie der *islamo-gauchisme* die Universität unterwandert“.

académique et ce qui relève du militantisme et de l'opinion“<sup>65</sup> (Le Nevé 2021) wie *Le Monde* berichtet. Die fast wörtliche Übernahme der Formulierung des *Figaro* durch die Ministerin zeigt erneut, dass in der Konstruktion des diskursiven Hypes Presse und Politik in einer sich gegenseitig bestärkenden Wechselbeziehung stehen. Tatsächlich ist die Rolle der Presse in der Formation und Amplifizierung sowie der thematischen Migration dieses Diskurses nicht zu unterschätzen. Denn neben einigen wenigen Aussagen von Politiker:innen zum Thema sind es vor 2020 vor allem Gastbeiträge und Polemiken einzelner Journalist:innen wie Ivan Rioufol und dem späteren rechtsradikalen Präsidentschaftskandidaten Éric Zemmour, die mit der Verwendung des Begriffs *islamo-gauchisme* auf obskure Allianzen von linken Parteien mit Islamist:innen aufmerksam machen wollen. So wird der Begriff über den langen Zeitraum seit seiner Prägung Anfang der 2000er in den Medien gleichsam ‚am Leben gehalten‘, auch wenn er in dieser Zeit kaum politische Wirkung entfalten kann. Smyrnaiois merkt zudem kritisch an, dass ohne das Zutun auch linker Zeitungen, der Terminus keine so große Verbreitung gefunden hätte. So weist er beispielsweise auf die große Anzahl an Texten hin, die im Stil einer Meta-Analyse die Verwendung des Begriffs im Mediendiskurs thematisieren. Diese journalistisch aufbereiteten Diskursanalysen zeigen zwar oft deutlich und mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen auf, welche semantischen Verschiebungen und ideologischen Gehalte sowie politischen Effekte mit der Verwendung von *islamo-gauchisme* einhergehen, tragen im selben Zuge aber auch zu seiner Verbreitung bei (Smyrnaiois 2021).<sup>66</sup>

Allgemein lässt sich festhalten, dass rechtsradikale Themen durch das (oft unbeabsichtigte) Zutun von Medien und auch kritischen Publikationen amplifiziert und teilweise auch legitimiert werden, selbst dann, wenn eigentlich das Gegenteil beabsichtigt wird. Laut Mondon und Winter trägt etwa die Inflation von Publikationen, die sich mit der radikalen Rechten befassen, wenig zu deren Bekämpfung bei:

Countless hours of news reports, opinion pieces, documentaries and films have covered these events, discussing and analysing the phenomenon more broadly. All of this, we argue, has

<sup>65</sup> „Eine Bestandsaufnahme aller Forschungsarbeiten an den Universitäten, um zu unterscheiden, was wissenschaftlicher Forschung entspringt – und was vielmehr politischem Aktivismus oder persönlicher Meinung.“

<sup>66</sup> Es sei hier angemerkt, dass selbstverständlich auch die Rolle wissenschaftlicher Publikationen (wie die von Nikos Smyrnaiois oder auch diese Dissertation) zum selben Thema der gleichen Kritik unterzogen werden könnten. Wie das Dilemma umgangen werden kann, dass Kritik zugleich auch amplifizierend wirkt, ist dabei ein (meines Wissens nach) noch ungelöstes Problem – umso wichtiger scheint mir deswegen die klare Selbstpositionierung in diesen umstrittenen Diskursen zu sein, wie ich sie in Kapitel 2.4.1 vorgenommen habe.

contributed to the hyping of far-right ideas, and played a key role in their legitimisation. (Mondon & Winter 2020: o.P.).

Auch der Medienhype um den *islamo-gauchisme* verfehlt seinen Zweck nicht: Die bloße Wiederholung des Begriffs, die mediale Daueraufmerksamkeit für das Thema und auch die Versuche seiner Dekonstruktion und Kritik führen zu einer regelrechten Überflutung der öffentlichen Debatte. Der diskursive Raum ist dadurch effektiv mit Themen und Begriffen besetzt, die konservativen, reaktionären und rechtsradikalen Akteur:innen in die Hände spielen. Dieser Effekt bleibt auch bestehen, wenn sich in den Publikationen gegen die Prämissen des fraglichen Konzepts oder Begriffs gewendet werden.

Diese Entwicklung entspricht exakt der metapolitischen Strategie der *Nouvelle Droite*, die in einem berühmt gewordenen Zitat ihres Vordenkers Stephen Bannon als „flooding the zone with shit“ (Lewis 2018) beschrieben wird. Mit dieser Formulierung fasst Bannon einige wesentliche Punkte zusammen, die mediale Desinformation ausmachen. Dazu gehört die Verbreitung von Lügen als Ablenkungsmanöver, wie sie etwa die Präsidentschaft Donald Trumps in den USA kennzeichnete, aber auch das Bestreben, Zweifel an Wissenschaft und Demokratie zu säen (Starr 2020: 69) und so letztlich autoritative Institutionen zu schwächen (Bennett & Livingston 2020).

Ein Indiz für die extreme Wirksamkeit dieser Strategie ist ein Sachverhalt, den Éric Fassin in einem Debattenbeitrag in der deutschsprachigen Zeitschrift für Medienwissenschaft konstatiert: „Wenn die Neonazis gegenwärtig denken, sie seien an der Schwelle zur Macht, dann liegt das auch daran, dass ihnen einige Medien den Weg bereitet haben“ (Fassin 2021: 144). Zur Untermauerung dieser kontroversen Aussage führt Fassin ein Beispiel des fundamentalen Ungleichgewichts an, das die Berichterstattung über islamistischen Terror im Vergleich zu rechtsradikalen Anschlägen durchzieht. Im Herbst 2020 gab es neben den Terrorakten in Conflans-Sainte-Honorine und Nizza nämlich auch einen versuchten Anschlag in Avignon, wo ein Neonazi einen maghrebinischen Verkäufer mit einem Messer bedrohte und den Hitler-Gruß zeigte bevor er von der Polizei erschossen wurde. Die Staatsanwaltschaft wollte trotz dieser Informationen nicht von einem politisch-motivierten terroristischen Akt sprechen und stellte stattdessen die psychische Erkrankung des Angreifers und seine vorangegangenen Klinikaufenthalte in den Vordergrund. Selbst als im Jahr 2019 der ehemalige Lokalpolitiker des RN Claude Sinké eine Moschee anzündete und dabei zwei Menschen schwer verletzte, berichtete etwa *Le Parisien* mehr über dessen psychischen Gesundheitszustand als über die rassistischen Motive (Décugis & Pham-Lê 2019). Dieses Ungleichgewicht zeigt sich im Umgang mit rechtsradikalen und rassistischen Straftaten in Frankreich immer wieder. Sie stehen in starkem Kontrast zur Bereitschaft, hinter kritischer Forschung und

linker Politik eine groß angelegte, schädliche Verschwörung zu wittern, die Frankreich unterwandere.

Dass die Taktik der Besetzung und Flutens des Diskursraumes mit Desinformation und eigenen Inhalten wirksam ist, zeigen auch die Ergebnisse einer Umfrage, die kurz nach Frédérique Vidals Interview von einer Meinungsforschungsagentur im Auftrag der Sender CNEWS und SudRadio durchgeführt wurde. Daraus geht hervor, dass eine Mehrheit von 58% der volljährigen Französ:innen *islamo-gauchisme* für ein Phänomen halten, das im Land verbreitet ist (IFOB-Fiducial 2021: 5). 56% der Befragten stimmen zudem der Aussage zu, dass diese Ideologie an den Universitäten verbreitet sei (IFOB-Fiducial 2021: 8). Die Zuverlässigkeit dieser Aussagen muss vor dem Hintergrund beurteilt werden, dass die Umfrage erstens im Auftrag des politisch nicht unabhängigen Sender CNEWS und zweitens mitten in der Hochphase des Hypes um *islamo-gauchisme* durchgeführt wurde.

Trotz der gebotenen Vorsicht bei der Interpretation dieser Umfrageergebnisse lässt sich doch festhalten, dass *islamo-gauchisme* mitsamt seinem ideologischen Gehalt erfolgreich in der französischen Öffentlichkeit, und auch im alltäglichen Denken der Bevölkerung verankert werden konnte. Außerdem zeigen die zwei hier dargestellten thematischen Verschiebungen in der Verwendung von *islamo-gauchisme* sowohl die diskurstransformierende Kraft des diskursiven Ereignisses als auch die machtvollen Sprecher:innenpositionen der beiden Kabinettsmitglieder Blanquer und Vidal. Ihre beiden öffentlichen Aussagen sind Katalysatoren sowohl für die Frequenz der Begriffsverwendung als auch für die dauerhafte thematische Ausweitung des Begriffs *islamo-gauchisme* vom (politischen) Islam hin zur universitären Forschung.

#### 4.3.2.2 Verfestigung und Radikalisierung: Akademiker = Attentäter?

Die initiale Verankerung des Wortes *islamo-gauchisme* in der französischen Öffentlichkeit verläuft, wie gezeigt, in zwei ereignishaften Wellen des medialen Hypes und profitiert stark von den Medienauftritten der beiden Minister:innen Blanquer und Vidal. Die Wechselwirkung von medialem Hype und politischer Legitimation durch hochrangige Politiker:innen ist ein wichtiger Baustein für die extreme Verbreitung des *islamo-gauchisme*-Diskurses in der französischen Öffentlichkeit. Dennoch stellt sich die Frage, warum die Idee einer so unwahrscheinlichen Allianz wie der von Akademiker:innen und islamistischen Attentäter:innen eine solche Überzeugungskraft auf viele Diskursteilnehmer:innen ausüben kann. Erklärungsansätze dafür liefern die Theorie der Normalisierung in Verbindung mit der Analyse rhetorischer Mittel im Hinblick auf ihre kognitive sowie diskursive Wirkung.

Laut Krzyżanowski wird in der zweiten Phase der Normalisierung, der *gradation* und *perpetuation*, die längerfristige Aufrechterhaltung des fraglichen

Diskurses bei gleichzeitiger Ausgestaltung oder Abstufung seiner Inhalte erreicht. Außerdem erfährt das neue Diskurselement hier eine Rekontextualisierung und wird intensiviert und oft radikalisiert (Krzyżanowski 2020: 514–515). Die Phasen sind nicht immer trennscharf voneinander zu unterscheiden, sondern verlaufen in der Realität auch gleichzeitig und ohne festes Zentrum und mit vielen verstreuten Äußerungsinstanzen. So gewinnt der neue *islamo-gauchisme*-Diskurs nach seinem ersten *enactment* aufgrund seiner polarisierenden und katalysatorischen Wirkung auf die Öffentlichkeit eine Eigendynamik, die ihn schnell zu einem festen Bestandteil des Medienalltags macht. Im von außen wenig durchschaubaren Feld der komplexen politischen Positionierungen können klare Zuschreibungen durch feststehende Begriffe oder Neologismen dabei helfen, dem (wahrgenommenen) Chaos eine (scheinbare) Ordnung zu geben. Mit solchen sprachlichen Mitteln können sich Akteur:innen in Relation zu anderen verorten und ihnen von anderen Ideologien und Intentionen zugeschrieben werden. Dieses Spiel der Positionierungen und Verortungen wird aber auch dazu genutzt, Gegner:innen zu disqualifizieren, heimliche Allianzen zu insinuieren oder Konflikte auszutragen.

Mit dem *enactment* des Diskurselements *islamo-gauchisme* wird ein neues diskursives Faktum geschaffen, das die Kollaboration von Akteursgruppen nahelegt, die in der Realität nichts miteinander zu tun haben. Diese beinahe verschwörungstheoretisch anmutende Denkweise verbindet die konkreten erschütternden Ereignisse vom Oktober 2020 mit nur vage benannten Ideologien und Akteursgruppen. Doch nicht nur die Verbindung von Konkretion und Vagheit im Begriff begünstigt seine Verankerung im diskursiven Feld. Ein weiterer wichtiger Grund für die Wirkmächtigkeit dieser Denkweise liegt in der Verschmelzung von bestehenden, über Jahrzehnte diskursiv geformten Vorurteilen und Feindbildern zu neuen Bedrohungs- und Unterwanderungsszenarien. Diese sprachlich und diskursiv konstruierten Szenarien formen den öffentlichen Diskurs und so auch die öffentliche Wahrnehmung.

Analog zur These des *confusionnisme* (Corcuff 2020), dass bestimmte Begriffe und Deutungen im politischen Spektrum wandern, Bedeutungen in ihnen verschmolzen werden und im Kalkül rechtsradikaler Metapolitik aufgehen, lässt sich im Gebrauch des Wortes *islamo-gauchisme* eine kognitive Verbindung mehrerer Konzepte konstatieren. Die suggestive Macht öffentlichen Sprachgebrauchs und insbesondere der Kombination von bestehenden mit neuen Konzepten spielt bei dieser Diskursverschmelzung eine wesentliche Rolle. Diese Dynamik wird bereits auf der Wortebene deutlich. Die Bedeutung des Kompositums *islamo-gauchisme* ist auf den ersten Blick opak und so sind Diskursteilnehmer:innen bei der Bedeutungserschließung besonders auf ihr Kontextwissen angewiesen. Gerade in der Verfestigungsphase der Normalisierung, in der Verwendungskontext und -frequenz ausgeweitet werden, kann es aufgrund dieser morphosemantischen Intransparenz

mit einer Vielzahl möglicher Bedeutungen angereichert werden. Die Vagheit des Begriffs bestärkt unter den gegebenen Diskursbedingungen die Unklarheit der Bedrohungslage und den verschwörungstheoretischen Anteil des Diskurses. Dazu kommt die ideologisch stark aufgeladene, polarisierte Debatte zu dem Thema mit schwierig zu durchschauenden Fronstellungen und Allianzen. Bei der Debatte um *islamo-gauchisme* und Islamophobie ist es extrem kompliziert auszumachen, wo die Grenzen zwischen Fakten, Expert:innenmeinung, politisch motivierter Polemik oder ‚neutraler‘ Beschreibung verlaufen. Hier bietet *islamo-gauchisme* als Begriff und Denomination für eine diffuse Akteursgruppe und Ideologiegattung einen orientierenden Anker. Zugleich ist diese vermeintliche Ordnung im diskursiven Chaos aber trügerisch, insofern sie einfache dichotome Freund-Feind-Schemata und Erklärungen anbietet, wo die Ursache der ideologischen Konflikte weitaus komplexer ist – ein Mechanismus, der aus Verschwörungsmythen bekannt ist.

Laut Scharloth (2022: 217) ist die Schließung rechter Diskursräume ein wesentlicher Bestandteil der Metapolitik, also des Prozesses der Herstellung kultureller Hegemonie von rechts. Demnach sind rechte Diskursräume in sich geschlossene Kommunikationssysteme, die sich „weitgehend autopoietisch“ konstituieren und „eine zirkuläre Verstärkung bedingen“. In rechten Diskursräumen wird also zunächst vorwiegend intern kommuniziert und Bedeutungen hergestellt. Die hier entstehenden „alternativen Gebrauchsmöglichkeiten“ von Wörtern tragen zur Stabilisierung des rechten Diskursraumes bei (Scharloth 2022: 218). Die diskursive Deklaration von neuen ideologischen Verbindungen ist dabei ein wesentliches Merkmal. Scharloth erklärt diesen Prozess mit dem sprachlichen Bild der *Faltungen*. Mit dieser Metapher macht er mehrere diskursive und ideologische Prozesse nachvollziehbar. Durch Faltung können vormals weit voneinander entfernte Punkte auf einer Fläche in unmittelbare Nähe gerückt werden. Übertragen auf diskursive Dynamiken bedeutet dies, dass ideologische Elemente, die zunächst keine offensichtliche Verbindung haben, mit sprachlichen Mitteln in einen Zusammenhang gebracht werden können – als würden zwei Enden eines Papierbogens aufeinander gefaltet.

Zudem können mit Faltungen Bedeutungsbestandteile betont oder verschleiert werden – bestimmte Bedeutungen sind an der Oberfläche des ‚gefalteten‘ Diskursbestandteils, während andere ‚eingefaltet‘, also zunächst nicht mehr sichtbar sind. Faltungen können so zu einem Prozess der Umsemantisierung beitragen, der ideologische Bestandteile und Argumentationstopoi herausstellt oder verdeckt und Wörter und ihre Kontextbedeutung signifikant verändern kann. Scharloth versteht Faltung daher als „differenzgetriebene[] Konventionalisierung neuer Gebrauchsmöglichkeiten, die es [erlaubt], durch (Re-)Konfigurationen sprachlicher Ausdrücke kulturelle Entitäten zu konstruieren“ (Scharloth 2022: 219). Unter anderem zeigt er, dass Komposita (speziell im Deutschen vielgliedrige Ad-hoc-Bildungen, meistens Kopulativkomposita) in diesem Prozess diskursiver Konstruktion eine wichtige

Rolle spielen. Der französische *islamo-gauchisme*-Diskurs ist hier also sowohl mit Blick auf die Morphologie als auch auf die Diskursgeschichte als Prozess und Resultat von Faltung anschlussfähig.

Scharloth stellt in seiner Analyse deutschsprachiger Online-Publikationen aus dem rechtsradikalen Spektrum unter anderem fest, dass eine signifikante Verbindung zwischen politisch linken Akteur:innen und dem Islam hergestellt wird. Den beiden Gruppen wird demnach unter anderem zugeschrieben, *zusammen-zuarbeiten*, *sich zusammen zu schließen*, *gemeinsam zu kämpfen*, *zu herrschen* und *zu zerstören*, wie eine Liste von Verbkollokationen mit den Aufzählungspaaren „Linke und Moslems“, „Linke und Migranten“, „Linke und Islamisten“ und „Islam und Sozialismus“ zeigt (Scharloth 2022: 230). Es wird deutlich, dass im deutschen rechtsradikalen Spektrum ganz ähnliche Verbindungen zwischen Islam und Linken angenommen werden, wie sie in Frankreich bereits im diskursiven Mainstream und sogar in Regierungsdiskursen an der Tagesordnung sind. Im deutschen Kontext beschränkt sich diese diskursive und kognitive Verbindung von Islam und Linken (bisher) noch auf den rechtsradikalen Diskursraum. Im medialen und politischen Mainstream in Deutschland ist bisher nur davon die Rede, wenn über die französische Polemik berichtet wird, wie beispielsweise in der *Süddeutschen Zeitung* im Februar 2021 (Pantel 2021).

Der Vergleich zwischen dem deutschen und französischen Diskurs zur vermeintlichen ideologischen Kollaboration von Islam und Linken zeigt, wie das metapolitische Kalkül rechtsradikaler Akteur:innen aufgehen kann – besonders dann, wenn Regierungsmitglieder ideologische Elemente aus dem rechtsradikalen Diskursraum in den politischen Mainstream übernehmen. Das Stigmawort *islamo-gauchisme* ist hierfür ein ideales Beispiel. Es stammt ursprünglich aus dem wissenschaftlichen Diskurs, ist aber einseitig anschlussfähig an rechtsradikale Verknüpfungen zwischen linker ideologischer Blindheit und islamistischem Terror und Unterwanderung. Die speziellen Diskursbedingungen in Frankreich, die der republikanische Metadiskurs vorgibt, begünstigten zudem den islamkritischen bis offen islamophoben ideologischen Gehalt, den *islamo-gauchisme* mitbringt. Gerade in der zweiten Phase der Normalisierung kann daher die radikale Ideologie der Kollaboration von linken Akademiker:innen mit islamistischen Attentätern aus dem geschlossenen rechtsradikalen Diskursraum in den bestehenden *islamo-gauchisme*-Diskurs eingefaltet werden. Dies geschieht, ohne dass der rechtsradikale Diskursraum sich auf den Mainstream zu bewegen müsste. Vielmehr gelingt es rechtsradikalen Akteur:innen, ihre ideologischen Inhalte mit bestehenden Begriffen zu verknüpfen und so zu normalisieren. Die Verwendung des Begriffs durch Medien und Regierungsvertreter:innen befördert auf diese Weise radikale Ideologien in die Mitte der öffentlichen Auseinandersetzung.



#### 4.3.2.3 Metaphern im *islamo-gauchisme*-Diskurs

Im Prozess der Verschmelzung von Islamist:innen und Akademiker:innen zu einem mentalen Konzept, sogenannten *islamo-gauchistes*, spielt der Gebrauch von Metaphern eine zentrale Rolle. Metaphern sind durch ihre Eigenschaft der selektiven Bedeutungsübertragung besonders gut geeignete sprachliche Mittel für die Schaffung neuer Bedeutungen und Bedeutungsnuancen. Metapherntheorie findet daher breite Anwendung in Diskursanalysen und ist sowohl in der CDA als auch in der DL als Analyseperspektive fest verankert (Hart 2008; Spieß 2017). Besonders einflussreich sind die konzeptuelle Metapherntheorie (CMT) von George Lakoff und Mark Johnson ([1980] 1996) sowie die Conceptual Blending Theory (BT) von Gilles Fauconnier und Mark Turner (2003). Beide Theorien verstehen Metaphern als sprachliche Mittel, aber auch als kognitive Prozesse der Bedeutungsherstellung. Beide beinhalten auch den zentralen Gedanken, dass durch Projektion zwischen konzeptuellen Domänen Bedeutung übertragen wird und durch die Mischung von Konzepten neue Bedeutungen entstehen (Hart 2008: 92). Die BT bietet sich aus mehreren Gründen für die Anwendung für (kritische) Diskursanalysen an. Sie erlaubt es, Metaphern zugleich als sprachlich-diskursive Phänomene zu betrachten und ihre kognitiv-konzeptuelle Dimension zu berücksichtigen (Hart 2008: 93). Außerdem können mit der BT mehrer sog. *mental spaces* und ihr Einfluss auf die Entstehung einer neuen Bedeutung berücksichtigt werden. Die BT berücksichtigt neben zwei *input spaces* auch den sogenannten *generic space* und den *blended space*, in dem eine Vermischung der Konzepte eine neue Bedeutung erzeugt.

Bei der diskursiven Verschmelzung von Islamismus und Linksextremismus im Kompositum *islamo-gauchisme*, werden also verschiedene Bedeutungsbestandteile aus den beiden konzeptuellen *input spaces* *Islam/Islamisme* und *gauchisme* in eine direkte Beziehung zueinander gesetzt. Das Ergebnis des Blending-Prozesses wird durch den *blended space* repräsentiert und als *emergent structure* bezeichnet. Diese ist keine bloße Addition von Bedeutungsbestandteilen, sondern vielmehr ein neues diskursives und mentales Konzept mit eigenen Bedeutungsspezifika. Gewissermaßen entwickelt die *emergent structure* ein Eigenleben im diskursiven Raum, das von den konzeptuellen *inputs*, aber auch ganz wesentlich vom gesellschaftlich und diskursiv wirksamen Wissen beeinflusst wird. Letztes wird durch den *generic space* repräsentiert, der die offensichtlichste Verbindung zum Komplex Sprache-Wissen-Diskurs darstellt: Das Wissen im Diskurs ist umkämpft, welche Deutungen vorherrschen ist in einem sozialen Prozess der widerstreitenden Ideologien und diskursiven Kämpfe begründet. So sind letztlich auch die möglichen Beziehungsherstellungen zwischen zwei diskursiven Konzepten vom Diskurs und den in ihm herrschenden Wissenskonstellationen geprägt. Das Verständnis und die Wirkung der *emergent structure* sind demnach nicht einseitig abhängig von der Intention der

Sprachverwender:innen, sondern hochgradig diskursiv und damit sozial und auch politisch geprägt.

Metaphern, aber auch andere diskursiv und kognitiv wirksame sprachliche Mittel der Bedeutungsverschmelzung, wie etwa Komposition, sind demnach für Diskursanalysen sehr aufschlussreich. So lassen sich mit metaphorischen Projektionsprozessen Gemeinsamkeiten zwischen Bereichen herstellen, die vorher noch nicht bestanden. Außerdem werden „nicht einfachhin nur Bedeutungsaspekte übertragen, sondern durch das Aufeinandertreffen zweier unterschiedlicher Bereiche werden neue Bedeutungen hervorgebracht“ (Spieß 2017: 98).

Metaphern sind aus mehreren Gründen ein wichtiger Bestandteil politischen Sprachgebrauchs. Sie entfalten ihre Bedeutung immer im Kontext des jeweiligen diskursiven Umfelds und können so gezielt eingesetzt werden, um bestimmte Bedeutungsaspekte hervorzuheben oder zu kaschieren. Diese Funktionen des *highlighting* und *hiding* können im politischen Feld persuasiv und wertend eingesetzt werden (Spieß 2017: 100). Somit eignen sich Metaphern auch gut für diskursive Kämpfe um Bedeutung und die Herstellung dominanter Wissenskonzepte. Sie sind ein wichtiges rhetorisches, aber auch kognitiv wirksames Mittel, um nicht nur neue Konzepte (etwa durch Diskursverschmelzung) zu schaffen, sondern auch bestehende Konzepte graduell umzudeuten, zu modifizieren und geringfügig aber entscheidend zu verändern (Spieß 2017: 101). Nicht zuletzt lässt sich mit Metaphern Aufmerksamkeit erzeugen (Spieß 2017: 102): das Beispiel der Gangrän-Metapher illustriert, wie mit metaphorischem Sprachgebrauch ein Medienhype angefacht werden kann, in dessen Folge der Begriff *islamo-gauchisme* zu einem diskursbestimmenden Stigmawort wird.

In den beiden Phasen des diskursiven Hypes ab Oktober 2020 und Februar 2021 finden sich im Kontext des Begriffs *islamo-gauchisme* eine ganze Reihe von Beispielen metaphorischer Sprachverwendung. Sie reichern ihn um weitere Bedeutungsnuancen an und formen so das mit dem Begriff verknüpfte mentale Konzept. Oft speisen sie sich aus bereits bekannten und gut untersuchten Metapherndomänen, sogenannten Diskursmetaphern wie der Krankheits- und Kriegsmetaphorik.

Mit der Metapher der Ideologie als Gangrän, mit der Frédérique Vidal das Fortschreiten der *islamo-gauchistischen* Ideologie beschreibt (Bérichel 2021), knüpft die Ministerin an die weit verbreitete Diskursmetapher der Krankheit an, die einige Tage zuvor von *Le Figaro* in den unmittelbaren diskursiven Kontext eingebracht wurde (Beyer 2021). Hier wird die Nation oder auch die Gesellschaft als Körper konzeptualisiert, der durch einen externen Erreger oder andere Pathogene in seiner Integrität bedroht wird. Wesentliche Bestandteile in diesem diskursiven Konzept sind zum einen also der Körper und die Krankheit, die sich in Symptomen manifestiert und zum anderen der externe Erreger, also die Ursache für die Erkrankung. In Caroline Beyers Artikel im *Figaro* vom 16. Februar 2021 werden bereits zentrale

Bestandteile dieser Konstellation besetzt. Sie zitiert Jean-Michel Blanquer, in dessen Rhetorik die Ursache des metaphorischen Gangräs auf Ebene der Ideologien zu verorten ist. So macht er „une matrice intellectuelle venue des universités américaines et des thèses intersectionnelles“<sup>67</sup> aus, deren Ziel es sei, Gemeinschaften und Identitäten zu essentialisieren. Dies sei „une vision du monde qui converge avec les intérêts des islamistes“<sup>68</sup>. Diese Entwicklung, so Blanquer weiter, „gangrené une partie non négligeable des sciences sociales françaises“<sup>69</sup> (Beyer 2021).

Die Herkunft der Gangrän-Metapher im Kontext der Forschung beziehungsweise Ideologie im französischen Diskurs lässt sich zu einer Neujahrsansprache von Marion Maréchal aus dem Januar 2020 zurückverfolgen. Die Nichte Marine Le-Pens und ehemalige Abgeordnete für den rechtsradikalen RN in der *assemblée nationale* hatte sich 2017 vordergründig aus der Politik zurückgezogen und mit anderen Parteigängern des RN in Lyon ein privates Institut für höhere Bildung gegründet. Das *Institut de Sciences Sociales, Économiques & Politiques* (ISSEP) zielt darauf, eine „new class of right-wing leaders“ auszubilden, „who will be able to influence the future of their countries from their positions not only in politics, but also in other realms such as media and business“ (Geva & Santos 2021: 1407). Das ISSEP unterhält vor allem politische Beziehungen im Umkreis der europäischen Rechten und viele seiner Entscheidungsträger:innen unterstützten bei den Wahlen 2022 den rechtsradikalen Präsidentschaftskandidaten Éric Zemmour. In ihrer Ansprache von 2020 nennt Maréchal Ideologien und Diskurselemente, die beinahe wortgleich im *islamo-gauchisme*-Diskurs Blanquers und Vidals wiederauftauchen:

*On ne compte plus au quotidien le militantisme, le sectarisme, l'uniformité idéologique qui sévit dans de trop nombreuses écoles ou universités. Encore récemment, en septembre, un jeune étudiant en science politique de l'université Lyon 2 a eu le courage de témoigner publiquement de l'idéologie qui gangrenait l'ensemble de ses cours de licence. On y retrouvait toute l'obsession pour la race et le genre, toutes les théories les plus incroyables venues des campus américains, comme les théories décoloniales, l'indigénisme, l'immigrationnisme, les théories du genre, le néo-féminisme, l'intersectionnalité, bref tout ce qui aujourd'hui contribue à malheureusement désunir notre peuple, dresser les communautés les unes contre les autres, et surtout laver le cerveau de toute une génération au détriment des savoirs bien sûr, des*

---

<sup>67</sup> „Ein intellektuelles Modell, das aus den amerikanischen Universitäten und den intersektionalen Theorien stammt.“

<sup>68</sup> „eine Weltsicht, die mit den Interessen der Islamisten zusammenläuft.“

<sup>69</sup> „unterwandert einen nicht zu vernachlässigenden Teil der französischen Sozialwissenschaften.“

*connaissances et de l'acquisition des compétences.*<sup>70</sup> (L'équipe des rédacteurs d'Academia 2020, Herv. i. O.)

Dieser Auszug aus Maréchals Ansprache ist beinahe eine Blaupause für den nur wenige Monate später von Regierungsmitgliedern perpetuierten *islamo-gauchisme*-Diskurs – er beinhaltet sowohl die Idee des intellektuellen Imports aus den USA, die Darstellung der genannten Theorien als Krankheitserreger als auch die diskursive Verbindung zum *séparatisme*, hier realisiert als *sectarisme*. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit die Wirkmacht metaphorischen Sprachgebrauchs und ihr Stellenwert für soft-autoritäre Normalisierung rechtsradikaler Ideologien. Mit der Gangrän-Metapher lassen sich komplexe Sachverhalte eingängig und überzeugend zusammenfassen und ihre Anschaulichkeit macht sie attraktiv für die Verwendung in politischen Kontexten – ungeachtet ihres rechtsradikalen ideologischen Gehalts wird sie zur Chiffre für Missstände an Universitäten. So kann sie im Kontext der Attentate von Oktober 2020 ihre ganze Wirkung entfalten, indem sie im *islamo-gauchisme*-Diskurs dazu dient, eine Verbindung zwischen Forschung und Terrorismus plausibel wirken zu lassen.

Neben der morbiden Metaphorik des absterbenden Gewebes im Bild der Gangrän sind es im Kontext des *islamo-gauchisme* vor allem Metaphern aus dem Bereich der psychischen Erkrankung, die als Quelldomäne dienen. Ähnliches konnte bereits in der Analyse von Macrons Separatismusdiskurses beobachtet werden (siehe Kapitel 4.2.3), wobei die Nachweise im Kontext des *islamo-gauchisme* deutlich weniger darum bemüht sind, einen Anschein der Vernunft und Nüchternheit zu wahren. So bezeichnet Pierre-André Taguieff in einem Interview mit *Le Point* vom 10. November 2020 den Dekolonialismus als „maladie sénile de la gauche intellectuelle contemporaine“<sup>71</sup> (Valentin 2020). In dieser Metaphorik übernimmt Dekolonialismus zugleich die Funktion der Ursache als auch die des Symptoms. Im Interview stellt Taguieff ihn als genuin nordamerikanisches Phänomen dar, das mit

---

70 „Täglich begegnet man inzwischen militantem Aktivismus, Sektierertum und ideologischer Gleichförmigkeit, wie sie an viel zu vielen Schulen und Universitäten herrschen. Noch im vergangenen September hatte ein junger Politikwissenschaftsstudent der Universität Lyon 2 den Mut, öffentlich über die Ideologie zu berichten, die all seine Lehrveranstaltungen im Bachelor-Studium durchdrang. Dort fand sich die ganze Fixierung auf Rasse und Geschlecht, sämtliche der abwegigsten Theorien, die von US-Campussen stammen – etwa die dekolonialen Theorien, der *Indigénisme*, der *immigrationnisme*, die Gender-Theorien, der Neofeminismus, die Intersektionalität – kurzum: alles, was heute leider dazu beiträgt, unser Volk zu spalten, die Gemeinschaften gegeneinander aufzubringen und vor allem eine ganze Generation einer Gehirnwäsche zu unterziehen – auf Kosten von Wissen, Bildung und Kompetenzentwicklung.“

71 „Alterskrankheit der zeitgenössischen intellektuellen Linken“.

Frankreich nichts zu tun habe. Zudem unterscheidet er zwei Teile der linken Bewegung:

La gauche ‚molle‘, celle des bien-pensants (opportunistes, apeurés, naïfs, peu informés) ayant pour seul horizon ‚l’ouverture‘, fournit des ‚idiots utiles‘ (et parfois inutiles) à la gauche folle, qui mène la danse. Le décolonialisme, c’est la maladie sénile de la gauche intellectuelle contemporaine. [...] La dénonciation litanique du ‚racisme systémique‘ fait partie de la rhétorique des mouvances décoloniales et islamogauchistes.<sup>72</sup> (Valentin 2020)

Er entwirft so ein Bild der Zweiteilung des linken Lagers in naive ‚Gutmenschen‘ (*bien-pensants*) und verrückte ‚nützliche Idioten‘, deren Verwirrung, metaphorisch als Senilität beschrieben, vom *décolonialisme* herrühre. Die Rede von systemischem Rassismus sei Teil der Rhetorik der dekolonialen und *islamo-gauchistischen* Strömung. Vor allem im diskursiven Kontext der Kriegsmetaphorik taucht die Figur des *idiot util* wieder auf – er dient im Szenario der *islamo-gauchistischen* Unterwanderung als ideologisch verblendeter, gutmeinender Handlanger, der unwissentlich die Sache der Islamist:innen unterstützt.

Im weiteren Interviewverlauf geht Taguieff noch weiter auf den *islamo-gauchisme* ein, den er wiederum sprachlich mit Bildern aus dem Bereich der Geisteskrankheit, Verwirrung und Dummheit, aber auch Besserwisserei oder Schulmeisterei (*cuistrerie*) verbindet:

Relevons d’abord le mélange de stupidité et de cuistrerie d’une telle affirmation, émanant de l’activiste qui incarne parfaitement l’islamo-gauchisme à la française. Elle témoigne de l’extrême confusion qui dérive d’un demi-siècle de déconstructionnisme en philosophie (‘tout est à déconstruire’) et de constructivisme en sciences sociales (‘tout est construction sociale’).<sup>73</sup> (Valentin 2020)

Diese Äußerung ist aus mehreren Gründen relevant und aufschlussreich. Zum einen beobachtet Taguieff eine extreme Konfusion im Bereich der politischen Ideologien und Positionierungen. Diese Diagnose deckt sich zunächst mit der

72 „Die ‚weichgespülte‘ Linke – jene der Gutmeinenden (opportunistisch, ängstlich, naiv, schlecht informiert), deren einziges Ideal die ‚Offenheit‘ ist – liefert die ‚nützlichen Idioten‘ (manchmal auch nutzlosen) für die verrückt gewordene Linke, die den Takt vorgibt. Der Dekolonialismus ist die Alterskrankheit der zeitgenössischen intellektuellen Linken. [...] Die gebetsmühlenartige Anklage des ‚strukturellen Rassismus‘ gehört zur Rhetorik der dekolonialen und islamogauchistischen Strömungen.“

73 „Stellen wir zunächst die Mischung aus Dummheit und Wichtigtuerei fest, die in einer solchen Aussage zum Ausdruck kommt – geäußert von der Aktivistin, die den französischen *islamo-gauchisme* geradezu verkörpert. Sie zeugt von der tiefgreifenden Verwirrung, die aus einem halben Jahrhundert Dekonstruktivismus in der Philosophie (‘alles muss dekonstruiert werden’) und Konstruktivismus in den Sozialwissenschaften (‘alles ist soziale Konstruktion’) hervorgegangen ist.“

Perspektive auf soft-autoritäre Diskurspraktiken des begrifflichen und ideologischen *Blurring*. Jedoch ist es in Taguieffs Problemaufriss die wissenschaftliche Theorie der Dekonstruktion, die jene Verwirrung in den Diskurs einbringt. Die diskursive Praxisperspektive des *Soft Authoritarianism* versteht ideologische Konfusion als Wirkung metapolitischer intellektueller Arbeit von rechts sowie die Übernahme ihrer Begriffe durch Politiker:innen in Regierungsverantwortung.

Zum anderen ist dieses Interview so bemerkenswert, da hier mit Taguieff der Urheber des Kompositums *islamo-gauchisme* selbst das Wort in seiner neuen Bedeutung verwendet: Die Rede ist hier nicht mehr wie ursprünglich von linksradikalen Antizionisten, die sich mit Islamisten als vermeintlichen Vertretern einer neuen revolutionären Klasse zusammenschließen. Es geht ihm stattdessen nun um radikale Kritik an sozialwissenschaftlichen und philosophischen Theorien, denen er mit der Krankheitsmetaphorik jede Gültigkeit abspricht. Hier wird deutlich, dass eine Verschiebung im Gange ist, die den Begriffsinhalt deutlich ausweitet und den Kern der Bedeutung des Kompositums rezentriert – die Dynamik dieser Entwicklung lässt nicht einmal den Autoren des initialen Werks zum *islamo-gauchisme* aus, sondern wird sogar von ihm vorangetrieben.

In eine noch radikalere Richtung weisen Kritiken und Polemiken, die sich auf den identitären Anteil des *islamo-gauchisme* beziehen. In der republikanischen Vorstellung ist *identitaire* als kommunitaristische Betonung der religiösen oder ethnischen Identität eines Individuum oder einer Gruppe zu verstehen und ist im Allgemeinen verpönt – nur die französische Identität soll von Bedeutung sein, Unterschiede aufgrund von Herkunft oder Glauben bestehen dem Anspruch nach nicht und sollen demnach auch nicht als Plattform für politische Forderungen dienen. Vor diesem Hintergrund liegt die Ablehnung von Theorien nahe, die gerade die multiplen und sich überschneidenden Diskriminierungsformen in den Fokus rücken, denen nicht-weiße Individuen in der französischen Gesellschaft ausgesetzt sind.

Ein Meinungsartikel in *Le Point* bringt die radikale Ablehnung dieser Denkweise auf den Punkt. Unter der Überschrift *Quand la fièvre identitaire frappe l'université*<sup>74</sup> (Pétreault 2021) stellt der Artikel dar, wie militante Verfechter:innen dekolonialen Denkens in den Universitäten angeblich ihre Ideologie verbreiten. In der Unterüberschrift benennt der Autor die Gruppen und Ideologien, die in seinen Worten ihren Einfluss ausweiten und die Debatten verunmöglichen: „Indigénistes, déboulonneurs de statues, gauche raciale, écriture inclusive“<sup>75</sup> (Pétreault 2021). Die Initiator:innen der Plattform *Observatoire du décolonialisme et des idéologies*

74 „Wenn die Universität vom identitären Fieber erfasst wird“.

75 „Indigenisten, Denkmalsstürzer, rassialistische Linke, inklusive Sprache“.

*identitaires* (siehe Kap. 4.4.3.2) stellt der Autor als Verteidiger:innen des wissenschaftlichen und vernünftigen Denken dar, während die Gegenseite als *pseudo-science* abgetan wird. In der Metaphorik des Fiebers werden so abermals die Rollen des angegriffenen, infizierten Körpers Universität und des schädlichen Erregers besetzt. Diese Darstellung legt eine medizinische Behandlung nahe, die im besten Fall mit der Abwehr des schädlichen Erregers und seiner Entfernung aus dem Organismus endet. Die Krankheitsmetaphorik ist ein wichtiger argumentativer Schritt hin zu Frédérique Vidals Forderung von Maßnahmen zur Untersuchung der Forschungslandschaft im Hinblick auf *islamo-gauchistische* Ideologien. Die metaphorisch geformte Vorstellung des Erregers, den es zu lokalisieren und kurativ zu behandeln (Fieber) oder auch herauszuoperieren (Gangrän) gilt, prägt dabei die vorstellbaren politischen Maßnahmen maßgeblich mit.

Auch zur Gleichsetzung von linken und rechten radikalen Kräften wird die Metapher der psychischen Krankheit verwendet, wie ein Interview vom 14. Februar 2021 mit Gilles-William Goldnadel in der rechtsgerichteten Zeitschrift *Valeurs Actuelles* verdeutlicht (Torres 2021). Bereits im Titel „La dissolution de Génération identitaire démontre la schizophrénie française“<sup>76</sup> (Torres 2021) richtet sich Goldnadel gegen die Auflösung der rechtsradikalen, rassistischen *Génération identitaire* (GI) in Frankreich, die im März 2021 im Ministerrat final beschlossen wurde. Goldnadel, der als Anwalt die GI vor Gericht vertrat, ist der Ansicht, dass die eigentliche Bedrohung für Frankreich von der extremen linken und dem Islamismus ausgehe, nicht von der GI:

Je ne pense pas que le Rassemblement national soit un parti d'extrême-droite. Le danger véritable, c'est l'extrême gauche et l'islamisme. Je suis l'un de ceux qui se battent depuis trente ans contre l'islamo-gauchisme. Les gens que je représente sont des patriotes désespérés. Mettre des équivalences entre l'islamisme et des jeunes patriotes qui n'utilisent pas la violence est pour moi une abomination morale. Je ne me laisse pas bernier par cette symétrie odieuse. L'identité n'est pas un gros mot.<sup>77</sup> (Torres 2021)

Goldnadel geht so über eine bloße Gleichsetzung von Links- und Rechtsradikalismus hinaus, und negiert gar die Existenz einer Gefahr von rechts. In seiner Darstellung gibt es gar keine extreme Rechte, sondern nur besorgte Patriot:innen, die sich

<sup>76</sup> „Die Auflösung der *Génération identitaire* verdeutlicht die französische Schizophrenie“.

<sup>77</sup> „Ich halte den Rassemblement National nicht für eine rechtsextreme Partei. Die eigentliche Gefahr sind die extreme Linke und der Islamismus. Ich gehöre zu denen, die sich seit dreißig Jahren gegen den Islamo-Linksradikalismus engagieren. Die Menschen, die ich vertrete, sind verzweifelte Patrioten. Den Islamismus mit jungen Patrioten gleichzusetzen, die keine Gewalt anwenden, ist für mich eine moralische Abscheulichkeit. Ich lasse mich von dieser abscheulichen Gleichsetzung nicht täuschen. Identität ist kein Schimpfwort.“

gegen den *islamo-gauchisme* und den Verlust nationaler Identität wehren. So wird im soft-autoritären Diskurs der französischen Rechten das Wort *identitaire* paradoxerweise zugleich als pathogene Gefahr von links (*indigénisme*, intersektionaler Feminismus, Dekolonialismus) und als Ausdruck eines gesunden Patriotismus, vertreten durch die GI, verstanden.

Im Kontext von islamistischem Terror überrascht es zunächst nicht, dass auch die rhetorische Rahmung der politischen Gegensätze als Krieg, Kampf und Unterwerfung vorherrscht. Doch wie schon angedeutet findet hier eine diskursive Verschmelzung statt, die sich anhand des sprachlichen Bildes der sich feindlich gegenüberstehenden Kriegsparteien plausibel darstellen lässt: Islamisten und auch *islamo-gauchistische* Intellektuelle stehen in diesem Szenario auf dem Schlachtfeld der Ideen zugleich dem französischen Geistesleben und der Nation mit ihren republikanisch-universalistischen Werten gegenüber. Die bereits erwähnte Figur des *idiot util* ist hierbei ein oft gebrauchtes sprachliches Mittel, das als naiver Handlanger der Islamist:innen verstanden wird. In dieselbe Richtung gehen Nachweise, die die „*phénomènes de soumission, de victimisation, de collaboration avec l'ennemi*“<sup>78</sup> kritisieren und dafür die *islamo-gauchistische* Verrücktheit („*folie islamo-gauchiste*“) (Goldnadel 2020) verantwortlich machen. Auch in dieser Vorstellung gibt es Kollaborateur:innen im Inneren, die dem eigentlichen externen Feind helfen – eine ausdifferenzierte Kriegsmetaphorik, die auch auf historische Begebenheiten wie der Besetzung Frankreichs im zweiten Weltkrieg und die Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern hindeuten mag.

Auch weniger radikale Kommentator:innen als Goldnadel nutzen die Kriegsmetaphorik, so etwa der konservative Politiker Xavier Bertrand, der eine „*stratégie globale portée par toute la nation*“<sup>79</sup> gegen diejenigen fordert, die Frankreich bekämpfen. Seiner Ansicht nach sind die Attentate von einer Ideologie durchzogen, die Frankreich dominieren und seine Werte und jüdisch-christlichen Wurzeln bekämpfen wolle und für die Frankreich ein zu bekämpfendes Symbol darstelle (Mourgue 2020b). Die Ideologie des Islamismus bringt er in Verbindung mit dem Druck der *islamo-gauchistes*, die ihren Einfluss auf Medien und Politik ausüben.

Auch jenseits der konservativen Medien findet ein ähnlicher Diskurs statt. In einem Gastbeitrag für *Le Monde* klagt Pascal Bruckner die Doppelzüngigkeit des radikalen Islam an:

L'islam radical parle en permanence deux langages: celui de la victime, véhiculé par les théologiens respectables et les idiots utiles de l'islamo-gauchisme, et celui du bourreau, qui veut

78 „Phänomene der Unterwerfung, der Viktimisierung, der Kollaboration mit dem Feind“

79 „umfassende Strategie, getragen von der ganzen Nation“



nous terroriser et nous prédit une vengeance terrible, l'anéantissement des impies.<sup>80</sup> (Bruckner 2020)

Hier wird deutlich, dass die Vorwürfe der ideologischen Blindheit und der feindlichen Unterwanderung im *islamo-gauchisme*-Diskurs fortauern und in der Figur des *idiot util islamo-gauchiste* einen neuen Ausdruck gefunden haben. Diese Figur entfaltet in der Diskursverschmelzung von Attentäter:innen und Akademiker:innen eine ungeahnte Wirkung, wenn sie, wie bei Bruckner, zum Handlanger des blutrünstigen Feindes und Peinigers (*bourreau*) von außen stilisiert wird. So dient *islamo-gauchisme* in der Vorstellungswelt der Rechten als Verbindungsglied der äußeren und inneren Bedrohung, Forschung und Terrorismus werden auf eine Stufe gestellt und verschmelzen im Kompositum *islamo-gauchisme* partiell zu einer Figur. Es wird auch deutlich, dass alte Diskurbestandteile nur neu kombiniert werden und das scheinbar Neue eigentlich nur eine Steigerung der Frequenz und Diskursdynamik ist. Die soft-autoritäre Diskursverschiebung profitiert demnach von zwei parallelen Entwicklungen, der schleichenden Verschiebung im republikanischen Metadiskurs und der ereignishaften Dynamisierung, befeuert durch den Medienhype um den *islamo-gauchisme*.

Die Veröffentlichung des Buches *Liaisons dangereuses: islamo-nazisme, islamo-gauchisme* von Pierre-André Taguieff (2021) im März 2021 markiert in gewisser Weise den Abschluss einer Diskursgeschichte, die mit einer Publikation desselben Autors gut 20 Jahre zuvor begonnen hatte. In dem neuen Werk rekonstruiert Taguieff die Geschichte der Konvergenzen von Linksradikalismus, Islamismus und Antisemitismus. Dabei scheut er nicht davor zurück, gegenwärtige politische Entwicklungen in Frankreich in eine Reihe mit islamistisch-faschistischen Bewegungen nach dem zweiten Weltkrieg zu stellen und die globalisierungskritische Linke der 2000er-Jahre pauschal als linksradikale Antisemiten abzustempeln. Zudem behauptet er die Existenz einer neuen gesellschaftlichen Trennlinie, die entlang der Frage nach der *laïcité* verlaufe und in der der Islamismus und so auch der *islamo-gauchisme* zentrale Rollen spielten:

En France, aujourd'hui, un profond clivage idéologico-politique oppose les anti-islamistes aux anti-islamophobes, lesquels sont souvent des islamo-gauchistes, c'est-à-dire des militants d'extrême gauche séduits par l'islam politique au point de s'en faire les défenseurs à travers des arguments antiracistes empruntés aux thèses décoloniales ou indigénistes. (...) Ils visent à

80 „Der radikale Islam spricht ständig in zwei Sprachen: der Sprache des Opfers – vermittelt durch respektable Theologen und die nützlichen Idioten des *islamo-gauchisme* – und der Sprache des Henkers, der uns einschüchtern will und eine schreckliche Rache sowie die Vernichtung der Ungläubigen prophezeit.“

placer les citoyens devant ce dilemme: être pro-islamistes ou ‚islamophobes‘.<sup>81</sup> (Taguieff 2021: o.P.)

Hier fasst Taguieff in wenigen Sätzen und stark zugespitzt die republikanisch-universalistische Lesart des gegenwärtigen Standes des identitätspolitischen Diskurses in Frankreich zusammen. Zugleich überführt er sie aber auch von der Sphäre des politisch-medialen Diskurses in die der universitären Forschung. Die diskreditierenden Bestandteile dieses polemischen Diskurselements bleiben dabei bestehen. Als Urheber des Kompositums *islamo-gauchisme* schreibt er sich so nach fast 20 Jahren wieder aktiv in die Debatte ein und setzt ihr neue, radikale Nuancen hinzu. Diese auf Taguieff zugespitzte Bilanz nach zwei Jahrzehnten *islamo-gauchisme* verdeutlicht, dass sich in der Zwischenzeit wesentliche Bestandteile des republikanischen Metadiskurses verändert haben, ohne dass sich die Themen grundlegend geändert hätten. Ausgestattet mit der wissenschaftlichen Legitimität und dem Renommee des Spitzenforschers Taguieff markiert die Publikation deshalb einen wichtigen Schritt in der Überführung islamophober und anti-intellektualistischer Ideologien in die Mitte des Sagbarkeitsfeldes und damit auch in der Normalisierung soft-autoritärer Identitätspolitik.

Nach der erfolgten Verankerung und Verstetigung des *islamo-gauchisme*-Diskurses in der französischen Öffentlichkeit schließt sich eine weitere Phase der Normalisierung an, die seine rechtsradikalen, islamophoben Inhalte in neues Vokabular kleidet. Dieser Borderline-Diskurs gruppiert sich um den Begriff *wokisme*.

#### 4.4 *Wokisme* als Borderline-Diskurs: Anti-Intellektualismus, Sexismus und Neoliberalismus

Das Diskurselement *islamo-gauchisme* steht wie kaum ein anderes emblematisch für die polarisierte Öffentlichkeit nach den Terroranschlägen des Jahres 2020. Sein Gebrauch als Stigmawort wirkt disqualifizierend, während die so Bezeichneten versuchen aufzuzeigen, dass es nicht auf reale Ideologien oder Netzwerke verweist. Es bündelt gewissermaßen bestehende Ideologeme und Konfliktlinien in einem Wort, das als politischer Kampfbegriff genutzt werden kann. Obwohl *islamo-*

---

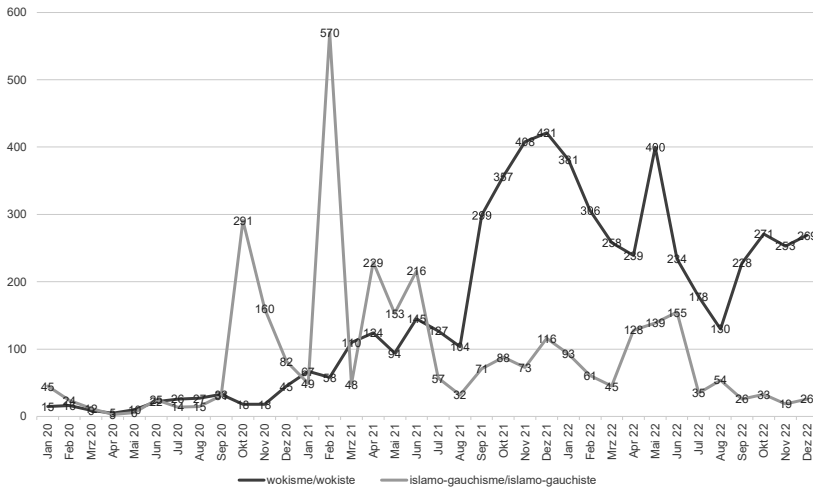
<sup>81</sup> „In Frankreich herrscht heute ein tiefer ideologisch-politischer Riss zwischen Anti-Islamisten und Anti-Islamophoben – Letztere sind häufig *islamo-gauchistische* Aktivisten, das heißt: extrem linke Milieus, die vom politischen Islam so sehr fasziniert sind, dass sie ihn mit antirassistischen Argumenten verteidigen, die aus dekolonialen oder indigenistischen Theorien stammen. (...) Ihr Ziel ist es, die Bürger vor ein Dilemma zu stellen: entweder man ist pro-islamistisch oder ‚islamophob‘.“

*gauchisme* nur bereits bestehende Feindbilder kombiniert, bringt der scheinbar neue Begriff eine neue Dynamik in den Diskursverlauf. Indem er politischen Akteur:innen eine griffige Formel zur Disqualifizierung ihrer (linken) politischen Gegner:innen liefert, strukturiert er das Feld des Sagbaren und die möglichen Selbst- und Fremdpositionierungsoptionen um. Bezogen auf die soft-autoritäre Diskursverschiebung innerhalb des republikanischen Metadiskurses spielt *islamo-gauchisme* eine zentrale Rolle, denn er hilft dabei, exkludierende Ideologien wie Islamophobie weiter zu enttabuisieren, oder die Ablehnung des Islams sogar als geboten erscheinen zu lassen. Zugleich kann an der zweiten Phase der Normalisierung des *islamo-gauchisme*-Diskurses verdeutlicht werden, wie eine inhaltliche Rezentrierung stattfindet, die die Bedrohung effektiv auf dem Terrain der universitären Forschung verortet. An dieser Stelle greifen zwei Diskurse ineinander und überlagern sich partiell: *islamo-gauchisme* und *wokisme*. Vergleicht man die Verwendungsfrequenz der beiden Begriffe *islamo-gauchisme* und *wokisme* sowie ihrer zugehörigen Adjektive, in der nationalen Presse<sup>82</sup> ergibt sich ein deutlicher Trend. Während *wokisme* im initialen Hype um den *islamo-gauchisme* in Oktober und November 2020 noch kaum eine Rolle spielt, so steigt die Verwendungsfrequenz dieses Konzepts in den folgenden Monaten kontinuierlich an. Im Sommer 2021 ist diese Tendenz zunächst leicht rückläufig, um dann ab September 2021 sprunghaft anzusteigen. Während *islamo-gauchisme* zwei starke, hype-artige Phasen der intensiven Verwendung erfährt, steigt die Verwendungskurve von *wokisme* kontinuierlich an, bis sie ab der zweiten Hälfte des Jahres 2021 einen deutlich stärkeren Gebrauch aufweist als *islamo-gauchisme*.

*Wokisme* löst *islamo-gauchisme* in gewisser Weise ab – als Chiffre und Stigmawort für die Gefahren linker akademischer Forschung und gefährlicher, identitärer und kommunitaristischer Ideologien in Wissenschaft und Politik. Damit wird auch die Betonung des Islamismus beziehungsweise des Islam aus dem Fokus gerückt, während vermehrt Gewicht auf gesellschaftlich umstrittene Themen wie postkoloniale und dekoloniale Theorie, Feminismus oder Antirassismus gelegt wird.

---

82 Die Frequenzdaten beziehen sich auf dieselbe Datenbasis und berücksichtigen dieselben Parameter wie die Erhebung für die Frequenz des Begriffs *islamo-gauchisme*.



**Abb. 3:** Anzahl der Artikel mit den Lemmata *wokisme/wokiste/woke* sowie *islamo-gauchisme/islamo-gauchiste* von Januar 2020 bis Dezember 2022 (monatsweise).

Im Kontrast zum *islamo-gauchisme* und *séparatisme* ist die Diskursfigur *wokisme* von Beginn an in doppelter Hinsicht im Bereich Wissenschaft und Forschung angesiedelt. Einerseits kommt sie in dem Moment auf, in dem der *islamo-gauchisme*-Diskurs auf das Terrain der universitären Forschung und Lehre verschoben wurde; andererseits ist *woke* in der französischen Verwendungsweise eine explizite Kritikformel an bestimmten Theorien der Geistes- und Sozialwissenschaften. Darin unterscheidet sich die französische Verwendungsweise von *woke* von ihren Ursprüngen in der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. *Woke* ist im afroamerikanischen Englisch (*African American Vernacular*) die Entsprechung von *awake* im *American English* und bezeichnet einen Zustand des Bewusstseins für das rassistische und soziale Unrecht. *Stay woke* wurde im Zuge der *Black-Lives-Matter*-Proteste seit Beginn der 2010er-Jahre zu einem Slogan, der mittlerweile in den allgemeinen Sprachgebrauch (auch jenseits der USA) übergegangen ist (Richardson & Ragland 2018: 42–44). Nach der Ermordung von George Floyd im Mai 2020 durch Polizisten in Minneapolis und die sich anschließende Transnationalisierung der BLM-Proteste wurden der Begriff *woke* auch in Frankreich bekannt – nicht zuletzt, weil der gewaltsame Tod Floyds in erschreckender Weise an die Tötung Adama Traorés im Jahr 2016 durch Polizisten in Persan erinnerte (Ibos & Fassin 2023: 293).

In Frankreich stieß *woke* jedoch von Beginn an auf eine Skepsis, die einen weiteren Hinweis auf die diskursive und politische Dominanz der Idee eines spezifisch französischen Republikanismus und Universalismus gibt, in dessen Ausgestaltung

weder Rassismus noch andere strukturelle staatliche Diskriminierung vorkommt. In Frankreich setzte sich vielmehr schnell die Auslegung durch, dass nicht nur das neue Bewusstsein für rassistische Diskriminierung aus den USA importiert wurde, sondern zugleich das gesamte theoretische Denkgerüst, das unter dem Label *wokisme* zusammengefasst wird.<sup>83</sup> Viele Bestandteile dieses *wokisme* sind ironischerweise in den USA lange unter dem nicht weniger pauschalen Label *French Theory* bekannt geworden. Die Übernahme des englischsprachigen Begriffs *woke* in den französischen Sprachgebrauch signalisiert daher mehr als nur mögliche Übersetzungsschwierigkeiten. Wie auch bei der Opposition zu „gender“ ist die Nutzung des englischen Begriffs bewusst gewählt, um *wokisme* als eine gefährliche Ideologie aus dem Ausland zu brandmarken. Denn mit der Bezeichnung *woke* wird ein direkter Bezug zu den USA hergestellt und damit an anti-amerikanische Diskurse angeknüpft, die in Frankreich eine lange Tradition haben. So wird ein „effective tool for delegitimizing the ideas of ones’ political adversaries“ geschaffen (Stambolis-Ruhrstorfer & Tricou 2018: 86). Mit der Markierung von Ideologien und politischen Diskursen als US-Import wird implizit der Gegensatz zwischen dem abstrakten französischen republikanischen Universalismus und dem individualistischen amerikanischen Partikularismus eröffnet (siehe Fassin 1999).

Judith Ezekiel (2002) untersucht schon früh den Einfluss solcher anti-amerikanischen Ressentiments – die nicht nur in rechten, sondern auch in links-intellektuellen Kreisen Frankreichs bestehen – auf die spezifisch französische Ausformung des Feminismus. Demnach haben anti-amerikanische ideologische Versatzstücke in Frankreich unter anderem dazu geführt, dass der Straftatbestand der sexuellen Belästigung nur in abgeschwächter Form in Gesetze aufgenommen wurde. Auch die Debatte um die sogenannte *political correctness* (PC) habe in Frankreich einen deutlich anderen Verlauf genommen, als beispielsweise in den USA: „[I]n France, feminists and left-wing intellectuals held the frontlines of the anti-PC crusade“ (Ezekiel 2002: 349). Ezekiel nennt im Jahr 2002 unter anderem Elisabeth Badinter, Jacques Julliard, Pascal Bruckner und Alain Finkielkraut als Widersacher der PC. Auffällig ist, dass die hier aufgezählten und als links-intellektuell kategorisierten Personen zwanzig Jahre später allesamt Wortführer:innen eines reaktionären, soft-autoritär umgekehrten Diskurses sind. In seinem umfangreichen Band, in dem er minutiös nachzeichnet, wie die extreme Rechte die Schlacht der Ideen gewinnt,<sup>84</sup>

<sup>83</sup> Der Begriff *woke* hat auch im US-amerikanischen Kontext eine Gebrauchsveränderung erfahren. Opposition gegen *wokeness* ist einer der zentralen politischen Themen vieler Politiker:innen der *Republican Party* und auch im Mainstream wird der Begriff oft ironisch oder direkt pejorativ verwendet.

<sup>84</sup> So meine Übersetzung des Untertitels „Comment l’extrême droite gagne la bataille des idées“.

widmet Corcuff vielen Protagonist:innen der französischen intellektuellen Szene kurze Einträge und beschreibt ihren ideologischen Werdegang. Ihm zufolge sind einige der Lebensläufe der genannten Intellektuellen Beispiele dafür, wie absichtsvolle intellektuelle *confusion* eine „*extrême droitisation idéologique*“<sup>85</sup> (Corcuff 2020: 15, Herv. i. O.) ermöglicht. So zeigt sich, dass wichtige Wortführer:innen des *wokisme*-Diskurses etablierte öffentliche Intellektuelle sind, die seit Jahrzehnten in Politik und Öffentlichkeit präsent sind. Anhand ihrer Lebensläufe, Positionsbezüge und auch Kritik lässt sich nachzeichnen, wie die öffentliche Diskussion um Themen wie Immigration, nationale Identität und Islamismus im Laufe der letzten Jahrzehnte zunehmend von einer Normalisierung rechtsradikaler und reaktionärer Standpunkte bestimmt wurde.

Die erfolgte Verschiebung des Bedrohungsszenarios in den Bereich der Wissenschaft begünstigt die Entstehung eines Borderline-Diskurses. In diesem grenzverschiebenden, scheinbar sachlicheren und weniger radikalen Anschlussdiskurs bleiben die zentralen Argumentationsweisen zwar erhalten, werden aber in weniger sensationsheischende Sprache verpackt. So wirken sie auf den ersten Blick wie eine sachlichere, nüchternere Debatte als der vorangegangene radikalere Diskurs. Im mehrstufigen Prozess der Normalisierung spielt der Borderline-Diskurs daher eine Schlüsselrolle, da er vormals radikale Ideologien für größere Gruppen anschlussfähig und sagbar macht. Dies ist auch den sprachlichen Mitteln geschuldet, mit denen, wie Krzyżanowski ausführt, „unmitigated radical statements“ in „civil, quasi-academic and politically correct language“ gekleidet werden (Krzyżanowski 2020: 505).

Im Kontext der soft-autoritären identitätspolitischen Diskursverschiebung innerhalb des republikanischen Metadiskurses nimmt der Diskurs um den sogenannten *wokisme* (auch: *idéologies woke*) die Funktion eines solchen Borderline-Diskurses ein. Im *wokisme* werden zentrale Argumentationsmuster der *séparatisme*- und *islamo-gauchisme*-Diskurse aufgenommen und in eine wissenschaftlich wie auch politisch legitimierte Figur überführt. Sie ist aufgrund ihrer weniger radikalen Mediendynamik und sprachlichen Vermittlung deutlich besser dazu geeignet, größere Teile der Öffentlichkeit zu überzeugen und macht somit zentrale ideologische Gehalte der vorangegangenen Diskurse für ein breites Publikum plausibel.

Neben der Normalisierung des Begriffs *wokisme* im öffentlichen Diskurs wird auch sein Begriffsinhalt ausgeweitet. So können post- und dekoloniale Theorien, Antirassismus sowie feministischer und LGBTQ+-Aktivismus als *woke* Ideologien bezeichnet werden – aber auch sogenannte falsche Toleranz gegenüber angeblich gefährlichen Minderheiten. *Wokisme* ist damit im Sprachgebrauch der Rechten ein

---

85 Etwa: „rechtsextreme ideologische Verschiebung“.

Ausdruck ideologischer Blindheit, die dem Islamismus in die Hände spielt. Hier zeigt sich, dass derselbe Vorwurf, der im islamophoben *islamo-gauchisme*-Diskurs zentral war, erneut eine wichtige Rolle spielt. Im Unterschied zum *islamo-gauchisme* wird *woke* jedoch auch mit der Bedrohung freiheitlicher sozialer Errungenschaften assoziiert. So ist *wokisme* aufs Engste mit der sogenannten *Cancel Culture* verbunden und wird als Gefahr für das aufklärerische Ideal der Vernunft und der Debattenkultur verstanden (siehe Kap. 4.4.3).

Diese diskurshistorischen und metadiskursiven Rahmenbedingungen bilden den Hintergrund für eine Diskursformation, die als reaktionäre Offensive oder auch moralische Panik bezeichnet werden kann, wie Alex Mahoudeau es in seiner Analyse der „panique woke“ tut (Mahoudeau 2022). *Wokisme* ist auch deswegen eine so erfolgreiche diskursive Figur, weil sie auf lange bestehende historische Entwicklungen und Verschiebungen aufbauen kann und viele ideologische Bestandteile illiberaler, reaktionärer und konservativer Diskurse in einem Wort zu vereinen vermag. Ein wesentlicher Bestandteil ist dabei der Anti-Intellektualismus, also die gezielte Abwertung akademischen, als elitär dargestellten Wissens. Dieser dient als Grundlage der Delegitimierung von Kritik und wird gleichermaßen zur Rechtfertigung neoliberaler und autoritärer Politiken genutzt (siehe Kap. 4.4.1). Ein zweiter wichtiger Bestandteil der diskursiven Vorläufer des *wokisme* ist die lange bestehende Opposition zu intersektional-feministischem Denken.

Unter dem Schlagwort Gender-Theorie oder auch Genderismus mobilisieren seit Beginn der 2010er-Jahre breite Gruppen und Bündnisse gegen die Liberalisierung des Ehe- und Adoptionsrechts und verbinden zudem heteronormative Sexualmoral mit ethnonationalistischen Identitätsvorstellungen (siehe Kapitel 4.4.2). Während der ersten Präsidentschaft Macrons und besonders ab der zweiten Hälfte des Jahres 2021 wird *wokisme* zunehmend von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten in beiden Kammern des nationalen Parlaments aufgegriffen und prägt so auch die nationale öffentliche Debatte wegweisend mit (siehe Kap. 4.4.3). Der lange bestehende anti-intellektuelle Gehalt des Wortes wird hier intensiviert und zeigt sich in direkten politischen Angriffen auf die Freiheit der Lehre und Forschung (Kap. 4.4.3.2). Nicht zuletzt ist *wokisme* auch deswegen ein so wirkungsvoller Kampfbegriff, weil er, anders als *islamo-gauchisme* und *séparatisme* direkter im Alltagsleben und in der Sphäre der Lifestyle-Entscheidungen und Konsumwelt verankert wurde (Kap. 4.4.4).

#### 4.4.1 Anti-Intellektualismus und Neoliberalismus

Anti-Intellektualismus besteht „in seiner allgemeinsten Form“ in der Hypothese, „dass menschliche praktische Intelligenz nicht auf menschliche theoretische

Intelligenz zurückzuführen“ sei (Worthmann 2019: 103). Diese grundlegende Zerteilung von Wissen in praktisch und anwendbar sowie nur theoretisch und mithin in gewisser Weise nutzlos kann politisch wirksam werden. Eine grundlegende Trennung, deren strategische Konstruktion dem Populismus zugeschrieben wird, ist die Trennung in ‚die da oben‘ und ‚wir hier unten‘ – also in korrupte Eliten und das einfache Volk (Mudde & Rovira Kaltwasser 2017: 5–6, siehe auch Kap. 2.3.3). Das Schüren von Ressentiments gegen kulturelle und Bildungseliten kann dabei gerade im autoritären Populismus die Betonung von Klassengegensätzen und somit progressiver, antikapitalistischer Politik ersetzen. Professor:innen, Politiker:innen in hohen Ämtern oder auch Künstler:innen oder prominente Journalist:innen können dann zu Projektionsfläche für sich in Hass entladende Ressentiments und Anfeindungen werden.

Auch in Frankreich bestehen anti-intellektualistische Ressentiments und werden politisch genutzt. Gerade im Kontext soft-autoritärer Identitätspolitik können mit der Figur des Anti-Intellectualismus politische Effekte erzielt werden, wie bereits das Beispiel des *islamo-gauchisme* gezeigt hat. Doch auch in weniger offensichtlichen Diskursdomänen wird Anti-Intellectualismus wirksam und lässt sich zudem mit neoliberal-autoritären Deutungsmustern verbinden. Ein Beispiel hierfür liefert die Leugnung der Existenz institutioneller Diskriminierung. Diese geht mit einer impliziten diskursiven Frontstellung zwischen individueller Verantwortung und sozialer Bedingtheit gesellschaftlicher Missstände einher. Hier können mehrere diskursive Einflüsse ausgemacht werden: die metapolitischen Bestrebungen der *Nouvelle Droite* verbinden sich mit Grundbegriffen des republikanischen Metadiskurses und neoliberalen Denken, in dem die Ebene des Individuums betont und die der Gesellschaft abgetan und negiert wird.

Diese diskursive Konstellation lässt sich anhand von Einlassungen des sozialistischen Politikers Manuel Valls konkretisieren. Der damalige Premierminister äußert sich im Januar 2016 bei einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Terroranschläge auf den HyperCacher in Paris. Über die Terroristen, die für die Anschläge verantwortlich sind, sagt er:

Pour ces ennemis qui s'en prennent à leurs compatriotes, qui déchirent ce contrat qui nous unit, il ne peut y avoir aucune explication qui vaille. Car expliquer, c'est déjà vouloir un peu excuser.<sup>86</sup> (Cluzel 2016)

---

86 „Für diese Feinde, die ihre Mitbürger angreifen und den Vertrag zerreißen, der uns verbindet, kann es keine gültige Erklärung geben. Denn erklären heißt immer schon, ein Stück weit entschuldigen wollen.“



Keine Erklärung sei angesichts der schrecklichen Taten zulässig und der Versuch grenze bereits daran, den Terror entschuldigen zu wollen. Stéphane Legrand und Éléonore Parchliniak (2016: 279) sehen diese Äußerung Valls' als Schlusspunkt einer Reihe anti-intellektualistischer Statements, die der Premierminister zuvor im Senat begonnen hatte. Dort ließ er am 26. November 2015 verlauten: „J'en ai assez de ceux qui cherchent en permanence des excuses ou des explications sociologiques ou culturelles à ce qui s'est passé“<sup>87</sup> (Legrand & Parchliniak 2016: 279). Valls ist nicht der erste Premierminister, der sich auf diese Weise soziologischem Wissen gegenüber ablehnend zeigt. Schon 1999 fordert Jacques Chiracs Regierungschef Lionel Jospin (PS) in einem Interview mit *Le Monde* mehr Härte im Umgang mit sozialen Problemen und Kriminalität in Frankreich, besonders in den berüchtigten Vorstädten. Zwar seien die Probleme, wie er einräumt, „liés à des phénomènes graves d'urbanisme mal maîtrisé, de déstructuration familiale, de misère sociale“ und außerdem „de défaut d'intégration d'une partie de la jeunesse vivant dans les cités.“<sup>88</sup> (Aphatie et al. 1999). Diese sozialen Faktoren stellen laut Jospin jedoch keine Entschuldigung für individuelles kriminelles Verhalten dar:

Il ne faut pas confondre la sociologie et le droit. Chacun reste responsable de ses actes. Tant qu'on admettra des excuses sociologiques et qu'on ne mettra pas en cause la responsabilité individuelle, on ne résoudra pas ces questions.<sup>89</sup> (Aphatie et al. 1999)

Das soziologische Wissen, das Kriminalität in ihrer sozialen Bedingtheit zu sehen und erklären versucht, wird hier pauschal mit Entschuldigungen gleichgesetzt. So entstehen zwei getrennte Bereiche: der des Rechts, der mit individueller Verantwortung assoziiert wird, und der der Soziologie. Loïc Wacquant führt diese diskursive Entgegensetzung auf die konstruierte Opposition zwischen den Bereichen des Sozialen und des Wirtschaftlichen zurück: das Soziale sei in dieser Vorstellung „habité par l'arbitraire imprévisible des passions et des pouvoirs“<sup>90</sup> und das Wirtschaftliche „prétendument régi par le mécanisme neutre, fluide et efficient du marché“<sup>91</sup>

---

87 „Ich habe genug von denen, die permanent Entschuldigungen oder soziologische oder kulturelle Erklärungen für das finden wollen, was passiert ist.“

88 „...verbunden mit ernststen Problemen schlecht gesteuerter Stadtentwicklung, familiärer Desintegration, sozialem Elend“ und außerdem „mit dem Scheitern der Integration eines Teils der in den Vorstädten lebenden Jugend.“

89 „Man sollte Soziologie und Recht nicht verwechseln. Jeder bleibt für seine Taten selbst verantwortlich. Solange man soziologische Entschuldigungen nicht in Frage stellt und die individuelle Verantwortung nicht berücksichtigt, wird man diese Probleme nicht lösen können.“

90 „geprägt von der unvorhersehbaren Willkür, von Leidenschaften und Mächten“.

91 „angeblich geregelt durch den neutralen, fließenden und effizienten Mechanismus des Marktes.“

(Wacquant 2000: 16). Diese Trennung sieht er als Folge neoliberaler Ideologie, der es so ermöglicht wird, individuelle Bestrafungen oder Sanktionen (wie etwa im staatlichen Umgang mit Arbeitslosen) zu rechtfertigen, da dem Individuum die alleinige Verantwortung für soziale Benachteiligung und Delinquenz zugeschrieben werden kann. Legrand & Parchliniak (2016: 279) sehen in Manuel Valls' Ablehnung der Soziologie gar eine „*métonymie de la scotomisation (sinon même du mépris) du social en régime du „socialisme de gouvernement“*“<sup>92</sup>. Sowohl bei Wacquant als auch bei Legrand & Parchliniak schwingt eine deutliche Kritik an der Neoliberalisierung des PS in der Regierungsverantwortung mit.

Die Ablehnung, mit der zu Beginn der 2020er-Jahre auf soziologische Erklärungen und Kritik reagiert wird, ist also auch im Kontext des zwar verspäteten aber dennoch voranschreitenden neoliberalen Siegeszugs in Frankreich zu verstehen. Jedoch nimmt diese diskursive Formation im Kontext soft-autoritären Wandels eine zunehmend zentrale Rolle ein. In dem Maße, in dem politische und soziale Gräben tiefer werden, neue Kontroversen geschürt werden und der politische Gegner unter Beschuss gerät, nimmt auch die Missbilligung wissenschaftlicher Erklärungen für soziale Phänomene zu. Diese Entwicklung hat sich seit den Äußerungen der beiden zitierten sozialistischen Premierminister auch auf andere Wissensfelder ausgeweitet. So zeigt sich in der Rhetorik von Macrons Regierung nicht mehr nur eine Missachtung sozialwissenschaftlichen Wissens. Die Covid-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben dies besonders deutlich illustriert. Hier wurde nicht nur politische Kritik an der Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit von Schutzmaßnahmen geübt, sondern in vielen Fällen medizinische und epidemiologische Tatsachen an sich geleugnet. Ein Beispiel liefert der Umgang des französischen Staates mit dem Mangel an Schutzmasken im frühen Stadium der Pandemie im Jahr 2020. Es wurden weder die schlechte Ausstattungs- und Vorratslage essentiellen medizinischen Materials eingestanden, noch an der Sparpolitik gezweifelt, die sie hervorgerufen hatte. Stattdessen wurde kurzerhand deklariert, Masken seien nicht nur nicht hilfreich, sondern dem Infektionsschutz sogar abträglich (Philippin et al. 2020). Und auch in viel beiläufigeren Formulierungen und Nebenbemerkungen wird deutlich, dass wissenschaftliches Wissen in der Regierung Macron geringgeschätzt wird. So fragte der Präsident in den einleitenden Worten seiner Neujahrsansprache in einem Rückblick auf das Jahr 2022: „*Qui aurait pu prédire la vague d’inflation, ainsi déclenchée? Ou la crise*

---

92 „*Metonymie der Ausblendung (wenn nicht sogar der Geringschätzung) des Sozialen im System des „Regierungssozialismus“*“.

climatique aux effets spectaculaires encore cet été dans notre pays?“<sup>93</sup> (Macron 2022).

In Macrons Darstellung sind die raschen Folgen des Klimawandels genauso unvorhersehbar wie die Inflationswelle, die nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine eintrat. Mit seiner Äußerung spielt er auf die extreme Sommerhitze und Trockenheit an, die in Frankreich im Sommer 2022 unter anderem dazu geführt hatten, dass Atomkraftwerke aufgrund niedriger Pegelstände der Flüsse nicht mehr ausreichend gekühlt werden konnten. Die Behauptung, dass solch ein rascher Klimawandel nicht vorstellbar gewesen sei, spiegelt eine weitgehende Missachtung der Ergebnisse der Klimaforschung sowie ständiger und stetiger Warnungen von Wissenschaftler:innen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen wider, die sich für Klimaschutz in Frankreich und darüber hinaus einsetzten. In einem anlässlich dieser Ansprache geführten Interview spricht der Forscher Jérôme Santolini daher von einem Mangel an Respekt vor der Wissenschaft und stellt die These auf, dass Macrons angebliches Unwissen und die Behauptung der Unvorhersehbarkeit der Effekte des Klimawandels die Untätigkeit der Regierung rechtfertigen würden (Clévenot 2023). Besonders im Kontext einer wenige Monate zuvor medienwirksam abgehaltenen Veranstaltung wird Macrons Umgang mit Wissenschaft und ihren Erkenntnissen deutlich: Die Regierungsmitglieder wurden von der renommierten Klimaforscherin Valérie Masson-Delmotte über die wichtigsten Folgen des Klimawandels unterrichtet. Sie hatte in ihrer Präsentation explizit darauf hingewiesen, dass der Sommer 2022 als emblematisch für kommende Klimaentwicklungen angesehen werden kann (Assemblée Nationale 2022). Macron geht in seiner Ansprache über dieses Treffen hinweg und täuscht Unwissenheit vor, um die nicht ausreichenden Bemühungen in der Klimapolitik zu rechtfertigen.

Legrand und Parchliniak sahen in Manuel Valls' Ablehnung der Soziologie im Jahr 2016 eine Metonymie für die Missachtung des Sozialen im Neoliberalismus. Parallel dazu kann man Macrons Verkennung der Vorhersagbarkeit klimatischer Katastrophen als ein Pars pro Toto für dessen Ablehnung politischer Maßnahmen und Einschränkungen verstehen, die zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase notwendig wären – ein Beispiel für die Selbstentthronung der Politik im Neoliberalismus, die Kapitalinteressen schützt und ihre eigene Agency leugnet, indem sie Sachzwänge vorschiebt. Die Leugnung dieses Wissens und die Weigerung, aus ihm politische Konsequenzen abzuleiten, schützen den fossil-kapitalistischen Status Quo und verkennen die sozialen und ökologischen Konsequenzen dieser Tatenlosigkeit. Hier wird deutlich, dass die von Wacquant beschriebene Frontstellung

---

93 „Wer hätte die dadurch ausgelöste Inflationswelle voraussehen können? Oder die Klimakrise, deren spektakuläre Auswirkungen wir noch diesen Sommer in unserem Land erleben?“

zwischen dem Sozialen und dem Ökonomischen auch auf die ‚hard facts‘ der Naturwissenschaften ausgeweitet werden kann, sofern das von ihnen produzierte Wissen den Bereich des Sozialen berührt, wie es in der Klimakrise der Fall ist. Betrifft naturwissenschaftliches Wissen also kollektive Akteur:innen und legt unliebsame Handlungen oder Schlussfolgerungen nahe, wird es ebenso wie soziologische Befunde über Diskriminierung oder öffentliche Gesundheit schnell diskreditiert oder missachtet.

Dem Neoliberalismus wohnt eine Aversion gegen das Soziale inne. Ralf Ptak spitzt dies sogar so weit zu: „Der Neoliberalismus [stellt] ein Projekt zur Auflösung der politisch organisierten Gesellschaft dar. Sein Thema ist allein die Ökonomie in einem weit gefassten Sinne“ (Ptak 2008: 51). Ptak zufolge existiert „die Gesellschaft im neoliberalen Weltbild nur als Rahmenbedingung des Marktes, als exogene Größe oder gar als Synonym für den Markt. Im neoliberalen Denken ist die Gesellschaft keine eigenständige Kategorie“ (Ptak 2008: 51). So ist auch das Verhältnis des Neoliberalismus zur Demokratie immer von der Präferenz marktwirtschaftlicher Ordnung vor demokratischen Verfahren geprägt. Bettina Lösch (2008: 221) merkt an: „Zur Implementierung neoliberaler Politik werden seit jeher autoritäre Herrschaftsstrukturen befürwortet, die der Verteidigung und Aufrechterhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien dienen“. Soft-autoritäre Diskurspraktiken verbleiben in ihrem Schutz fossilen Kapitals jedoch im Bezugsrahmen und der Lexik der Demokratie. So kann die voranschreitende Entdemokratisierung effektiv verschleiert werden und die sozialen Grundlagen und der „öffentliche Charakter“ (Lösch 2008: 222) der Demokratie zugunsten ihrer Reduktion auf individuelle Verantwortung, privates Eigentum und Verfügungsrecht aufgegeben werden. Anti-Intellektualismus spielt dabei eine zentrale Rolle, da mit ihm wissenschaftlich fundierte Kritik an sozialen Phänomenen effektiv angegriffen werden kann – und zwar mit einem Gestus der Rationalität, die sich ökonomischen Notwendigkeiten und Sachzwängen wie selbstverständlich beugt. Lance Bennet und Steven Livingston zeigen, wie diese „commonsense understandings“ auf „anti-state, anti-science [...] and, ultimately, anti-fact campaigns“ aufbauen und sprechen von einem koordinierten Angriff auf autoritative Institutionen wie Presse und Wissenschaft im Zuge dessen, was sie die gegenwärtige „disinformation disorder“ nennen (Bennett & Livingston 2020: 262).

In der Diskreditierung soziologischen Wissens und seiner Gegenüberstellung mit dem Common Sense (frz.: *sens commun*) erkennt Éric Fassin eine ideologische Übereinkunft von neoliberalen und autoritären Interessen. Konkret betrifft seine Analyse die Verengung des Ressentiments, das im Populismus eine zentrale Rolle spielt, von *den Eliten an sich* auf die *kulturellen Eliten*. Mit Fassin gesprochen stellt der Anti-Intellektualismus also eine Rhetorik bereit, die es erlaubt, ökonomisches Kapital im Ressentiment der abstiegsbedrohten Klassen durch kulturelles Kapital zu ersetzen (Fassin 2019b). Der autoritär-populistische Anti-Intellektualismus lenkt

das (durch neoliberale Austeritätspolitik produzierte) Ressentiment auf (liberale, progressive, kritische) Intellektuelle um und stellt es so dar, als seien diese die wahren Privilegierten. Die Kapitaleigner:innen werden auf diese Weise, ganz im Sinne des Neoliberalismus, effektiv vor den politischen Protesten geschützt und der fossil-kapitalistische, ausbeuterische und austeritätspolitische Status Quo nicht angetastet. Das Schüren, Umlenken und Ausnutzen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist ein zentraler Bestandteil autoritär-populistischer Politik. Die von den autoritären Kräften adressierten Klassen „werden durch moralische Paniken und mediale Fokussierungen ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespaltene Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen“, wofür sie „mit Aufmerksamkeit und Bekümmernis von oben [belohnt werden]“ (Demirović 2018: 32).

In diesem Licht betrachtet spielt die Entwertung soziologischer Erklärungen für soziale Phänomene und Missstände eine doppelte Rolle in der soft-autoritären Verschiebung des Diskurses: sie delegitimiert effektiv kritisches Wissen und bereitet den öffentlichen Raum für die Besetzung mit eigenen Deutungsmustern, neuen Feindbildern und letztlich für eine neue Diskursordnung vor. Klassenhierarchien werden so verschleiert und anstelle ihrer Kritik kann der Unmut in der Bevölkerung effektiv auf Politikfelder wie Migration, nationale Identität, Geschlechterordnung oder *laïcité* verlagert werden. Für Wähler:innen ist es die (ressentimentgeladene) Ablehnung liberaler Eliten, die sie zur Wahl autoritär-populistischer Alternativen bewegt, welche sich teils explizit gegen liberale Werte stellen. So stellt die autoritär-populistische Opposition für immer größere Bevölkerungsschichten eine Wahlalternative dar. Die oft negativen Folgen der neoliberalen Globalisierung, die damit einhergehende wachsende Ungleichheit, der gefühlte Machtverlust durch Transnationalisierung politischer Prozesse (Grzebalska & Pető 2018: 165) und die speziell in Frankreich stark verankerte Reproduktion politischer und ökonomischer Eliten führen zu einer weit verbreiteten Ablehnung des liberal-demokratischen Status Quo.

Die soft-autoritäre Diskursverschiebung profitiert von der Bündelung dieser Ressentiments: Die Opposition zu liberalen Institutionen wie Minderheitenschutz und Pluralismus sowie die Ablehnung liberaler Migrationspolitik und Schutz von Asylrechten werden im Zuge der Konstruktion neuer Antagonismen zusammengefasst (vgl. Zürn 2021a: 2). Ihnen wird eine majoritäre und nationalistische Version von *Demokratie* entgegengesetzt, die vorgibt, zuallererst die nationalen Interessen der heimischen, arbeitenden Bevölkerung zu schützen, anstatt in ‚falscher‘ Toleranz und Solidarität Geflüchteten und Migrant:innen Schutz zukommen zu lassen. Das im rechtsradikalen politischen Spektrum in Frankreich weit verbreitete

Diktum *les nôtres avant les autres*<sup>94</sup>, welches das Prinzip der *préférence nationale* bei der Vergabe von Sozialleistungen auf eine griffige Formel bringt, ist ein Beispiel für diese Denkweise.

An diesen neuen Oppositionslinien wird deutlich, dass neoliberale Parteien wie Macrons LREM im Zweifel nicht offensiv liberale Werte verteidigen, sondern im Glauben, damit im rechten Wähler:innenspektrum Stimmen sammeln zu können, immer deutlicher auf das diskursive Terrain des organisierten Rechtsradikalismus zusteuern. Gerade die Opposition zum soziologischen Wissen und Denken stellt hier einen Punkt der Konvergenz dar, an dem autoritär-populistische oder-konservative (LR), neofaschistische (RN) und neoliberale (LREM) bis hin zu neoliberalisierten sozialdemokratischen Parteien (PS) zueinander finden – der mediale Hype um den *islamo-gauchisme* ist hierfür ein sprechendes Beispiel. Im Zuge der voranschreitenden Normalisierung und der Implementierung des Borderline-Diskurses um den *wokisme* wird der Anti-Intellectualismus in einen an der Oberfläche deutlich sachlicheren Ton gekleidet. Er wird zudem mit wissenschaftlicher und politischer Legitimität ausgestattet, wodurch er noch besser in einer Rhetorik des Common Sense aufgehen kann. Besonders bei der vehementen Opposition zur Liberalisierung der Geschlechterpolitik wird dieser Gestus der Vernunft politisch wirksam.

#### 4.4.2 Anti-Gender-Agenda und Ethnonationalismus

Juliane Lang (2015: 167) zeigt in ihrer Analyse des extrem rechten Diskurses um Gender, dass das Politikfeld der Geschlechter- und Familienpolitik ein Einfallstor für rechtsradikale Ideologien in einen breiteren öffentlichen Diskurs darstellt. Um das Thema für ein großes Publikum anschlussfähig zu machen, eignet sich das Feindbild des sogenannten *Genderismus* besonders gut: hier können viele Gruppen, von „Maskulist/innen über fundamentalistische Christ/innen bis hin zur Bewegung der ‚Besorgten Eltern‘“ gegen eine gemeinsam abzulehnende Ideologie vereint werden (Lang 2015: 167). Sabine Hark und Paula-Irene Villa (2015: 7) verstehen unter Anti-Genderismus eine „Anti“-Haltung, eine Abwehr gegen Gender beziehungsweise gegen das, was diesem Begriff unterstellt wird“, nämlich, dass er für „eine nicht-natürliche, damit also post-essentialistische Fassung von Geschlecht (und

---

<sup>94</sup> Der Slogan, übersetzbar etwa als „die Unseren vor den Anderen“, wird aktuell (2023) vom RN auf lokalpolitischer Ebene verwendet und war zuvor der Wahlspruch der rechtsradikalen Partei *Dissidence française*, die sich 2020 selbst auflöste und heute unter dem Namen *Mouvement national-démocrate* weiter aktiv ist.

Sexualität)“ stehe. Weronika Grzebalska und Andrea Pető (2018) weisen anhand ihrer Analysen zur illiberalen Staatstransformation in Polen und Ungarn auf den „gendered modus operandi“ hin, der in der Opposition zu LGBTQ+-Aktivismus, Gender Studies und liberalen Reproduktionsrechten einen gemeinsamen Nenner für politische Bündnisse findet. Hier ist *Gender* zur Chiffre geworden, die dem illiberalen Umbau des Staates Legitimität verleiht.

Es ist also kein Zufall, dass gerade Gender Studies in soft-autoritären Kontexten zur Zielscheibe werden – und mit ihnen eine progressive Politik, die Frauen mehr gleichberechtigte Teilhabe, Selbstbestimmung und sexuellen Minderheiten gleiche Rechte verspricht. Denn *Gender*, oder *Genderismus*, vereint als gemeinsam abgelehnte Ideologie neoliberale bis neofaschistische Kräfte und dient in der Herstellung soft-autoritärer Diskursverschiebung als ein zentraler Angelpunkt der Produktion von Hegemonie. In Ungarn zeugt die sogenannte Lex CEU, in deren Zuge die Central European University teilweise nach Wien emigrierte (Pető 2021), und das Verbot der Lehre von Gender Studies per Dekret von der staatlichen Opposition zum von Orbán so betitelten „Gender-Wahnsinn“ (Ungarn Heute 2022). In Polen nimmt die Regierungsrhetorik ähnliche Züge an, wie Adam, Steinhauer und Randeria (2022: 24–25) am Beispiel des Präsidenten Andrzej Duda illustrieren, der im Sommer 2020 die „LGBT-Ideologie“ als „noch zerstörerischer als den Kommunismus bezeichnete“.

In Frankreich deutet einiges darauf hin, dass auf der diskursiven Ebene ähnliche Fronten hergestellt werden, auch wenn sich bisher keine tiefgreifenden staatstransformierenden Praktiken feststellen lassen. Die Produktion dieses diskursiven Kampfes profitiert in Frankreich von der soft-autoritären Konvergenz neoliberaler und rechtsradikaler (neofaschistischer) Ideologie, sodass Gender Studies im Kern auf zwei Fronten der Ablehnung stoßen. In der neoliberalen Ideologie kommt hier die generelle Missachtung soziologischen Wissens zum Tragen. Sie speist sich aus seiner vermeintlichen Nichtverwertbarkeit für ökonomische Zwecke und der Weigerung, das Subjekt in seinem sozialen Kontext zu verstehen. Hier werden die Gender Studies also unter die überflüssigen, weil nicht genug direkten Impact liefernden, mithin teuer mit öffentlichen Geldern alimentierten Fächern subsumiert. Éric Fassin (2019b) erkennt hierin einen intersektionalen Moment, wenngleich einen ins Gegenteil verkehrten: der reaktionäre Anti-Genderismus spielt eine zentrale Rolle im gegenwärtigen neoliberalen Dispositiv. Geschlechter- und Wirtschaftspolitik konvergieren in der Mischung von moralischem Konservatismus, der die ‚Familienwerte‘ bewahren will, und Neoliberalismus, der das Kapital vor einer Aufweichung der ihm nützlichen geschlechtlichen Arbeitsteilung zu schützen sucht. So wird dem Feminismus angelastet, sowohl die traditionellen Geschlechterverhältnisse als auch das männliche Ernährermodell zerrüttet zu haben. Dies produziert aus Sicht des Anti-Genderismus zum einen durch neue „familiäre Arrangements [...] sexuell

desorientierte Kinder“ (Maihofer & Schutzbach 2015: 205) und zum anderen eine Prekarisierung der geschlechterdifferenzierten Arbeitsteilung, Entfremdung von der angeblichen ‚weiblichen Bestimmung zur Mutterschaft‘, und Kinderlosigkeit (Wimbauer et al. 2015: 45).

Unter Ethnonationalismus verstehe ich mit Bernadette Hayes und John Nagle (2019: 457) eine Ideologie, der zufolge die Grenzen eines Nationalstaats mit ethnischen Grenzen identisch sein sollen. Die Autor:innen unterscheiden zwischen bürgerlichem und ethnischem Nationalismus, wobei ersterer als relativ liberal und kosmopolitisch verstanden wird, da er nationale Zugehörigkeit an Staatsbürgerrechte knüpft. Ethnischer Nationalismus hingegen präsentiert eine Kombination aus Konservatismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Vorstellung einer nationalen Gemeinschaft, die durch eine gemeinsame Kultur und Abstammung verbunden ist (Hayes & Nagle 2019: 457). Frauen spielen im Ethnonationalismus die wichtige Rolle der „biological producers of members of ethnic collectivities“ (Hayes & Nagle 2019: 457). Diese Vorstellung begünstigt Politiken, die Fortpflanzung belohnt und wertschätzt und Kinderlosigkeit ablehnt oder gar sanktioniert (Hayes & Nagle 2019: 457). Folgerichtig sind auch sexuelle Identität und Begehren Teil ethnonationalistischer Politik. Wie Hayes und Nagle weiter ausführen, werden Abweichungen von der (vermeintlichen) heterosexuellen Norm als Destabilisierung und Gefahr für die fixierte ethnische nationale Identität verstanden. Sexuelle Minderheiten werden als „pollutants to the idea of the national family“ aufgefasst, während gleichgeschlechtliche Ehe, Abtreibung, Scheidung, oder auch nicht-ehelicher Sex Störungen im Narrativ nationaler Einheit darstellen (Hayes & Nagle 2019: 457).

Aus ethnonationalistischer Sicht ist *Genderismus* ein Ausdruck für die Dekadenz und den geistigen Verfall des politischen Westens und krankhaftes Symptom des Liberalismus. Die Opposition zu sexueller Selbstbestimmung rührt aus dem Phantasma her, in einem demografischen Wettlauf mit anderen *Rassen* oder essentialistisch verstandenen *Kulturen* zu stehen (Randeria 2018). In diesem Denken führt der Verlust der traditionellen patriarchalen Familienstruktur zu einer sinkenden Fertilität der vermeintlich ‚richtigen‘, also weißen, christlichen Bevölkerung, während liberale Immigrationspolitiken zugleich den Anstieg der vermeintlich ‚falschen‘ Bevölkerungsanteile begünstigt. Gleichgeschlechtliche Ehen, individuelle geschlechtliche Anpassung oder Frauen, die anstatt Kinder zur Welt zu bringen die berufliche Karriere in den Vordergrund stellen, sind in dieser Denkweise eine Bedrohung für den Fortbestand der Nation, welche in völkischen Kategorien gedacht wird. Gender Studies und kritische intellektuelle Arbeit allgemein werden in der soft-autoritären Identitätspolitik also paradoxerweise mit zwei eigentlich konträren Argumenten bekämpft: Sie sind aus neoliberaler Sicht unwirksam und nutzlos, aus ethnonationalistischer Sicht aber auch zerstörerisch und gefährlich –



also gewissermaßen *zu* wirksam.<sup>95</sup> Das soft-autoritäre Moment in dieser diskursiven Konstellation ist die alarmierende Tatsache, dass ethnonationalistische Denkweisen bis in die Mitte des Sagbarkeitsfeldes vorgedrungen sind und für breite soziale Schichten und zivilgesellschaftliche Gruppen anschlussfähig geworden sind.

Der sogenannte *Genderismus* spielt dabei eine zentrale Rolle, da er als ideologischer Gegenentwurf zu ‚traditionellen Familienwerten‘ aufgefasst wird. Für die Wahrung dieser Werte mobilisierte in Frankreich seit Beginn der 2010er-Jahre ein kaum überschaubares Feld von über 30 Gruppierungen, von denen die *Manif pour tous* und die sich davon abgespaltene Gruppe *Printemps français* die bekanntesten sind (Morabito 2013). Der Auslöser des Protests war eine 2013 von Präsident François Hollande (PS) vorgeschlagene Erweiterung des Gesetzes zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen durch das Recht auf Adoption. Im Namen einer der kleineren Protestgruppen *sens commun* deutet sich bereits der anti-intellektuelle Bezug an, der dem Gesetzesvorschlag die Berufung auf den gesunden Menschenverstand gegenüberstellt. Gleichgeschlechtliche Ehe und Elternschaft werden hier als unvernünftig, widersprüchlich und mit den alltäglichen Selbstverständlichkeiten normaler Menschen unvereinbar gekennzeichnet. Auch die politische Geschichte der Gruppe *sens commun*, die seit 2020 unter dem Namen *Mouvement conservateur* firmiert, zeugt von der ideologischen Offenheit der Gender-Opposition für den Neofaschismus. Sie selbst verortet die Bewegung im konservativen Spektrum, bezieht sich auf die Christdemokratie und propagiert den Schutz traditioneller Familienwerte. Bei der Präsidentschaftswahl 2022 unterstützte sie jedoch offen den rassistischen und rechtsradikalen Kandidaten Éric Zemmour. Auch die im selben Zeitraum in Frankreich gegründete politische Gruppierung *La Manif pour tous* (LMPT) richtet sich gegen die sogenannte Gender-Ideologie. Dabei ist es vor allem die Vorstellung gleichgeschlechtlicher Elternpaare, die in christlich-konservativen bis hin zu rechtsradikalen Kreisen auf vehemente Ablehnung stößt: „In der Angst vor dem Verlust heteronormativer Hegemonie drücken sich verschiedene Ängste vor der Auflösung einer sozialen Ordnung und kollektiven nationalen Identität“ aus, die sich „affektiv an der (vermeintlichen) Sorge um die Kinder festmachen“ (Schmincke 2015: 94). Der Schutz des Kindes vor den vermeintlich schädlichen Einflüssen gleichgeschlechtlicher Elternschaft wird so, wie Schmincke ausführt, im Kontext neuer konservativer Protestbewegungen zur Chiffre und „moralischen Waffe“ im „Kampf um heteronormative Hegemonie“ sowie „Dämonisierung von

---

95 Dieses Argument übernehme ich von Éric Fassin, der es in einem Vortrag vom 29.10.2022 so formulierte: „Neofascists think that intellectual work matters, because they don't want people to think for themselves“ Fassin (2022). Intellektuelle Arbeit bringt demnach kritisches Denken hervor, was von Neofaschist:innen abgelehnt wird.

Gender bzw. von Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung“ (Schmincke 2015: 94).

Die Anti-Gender-Agenda der neuen konservativen bis rechtsradikalen Protestbewegungen verbindet Antifeminismus mit Ethnonationalismus und fügt der ursprünglichen politischen Trennlinie christlich-konservativ vs. liberal-progressiv eine ethnisch-nationale Dimension hinzu. Dabei wird von drei Oppositionen Gebrauch gemacht: ‚Gesunder Menschenverstand‘ (*sens commun*) gegen ‚Gender-Ideologie‘, ‚Kindeswohl‘ gegen sexuelle Desorientierung‘ und ‚nationale Identität‘ gegen ‚chaotische, unbegrenzte Immigration‘. Parallel zur Betonung der Natürlichkeit der heterosexuellen Kernfamilie wird nämlich auch die Nation als Abstammungsgemeinschaft verstanden. In diesem Zuge werden auch soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern als biologische Tatsache dargestellt. Imke Schmincke (2015: 101) weist darauf hin, dass in diesem Diskurs „verschiedene Konflikte miteinander verschmolzen werden“. Neben der Naturalisierung von Heterosexualität und Geschlechterdifferenz wird auch die Ungleichheit zwischen „den französischen“ und als „fremd wahrgenommenen Gruppen“ als natürlich verstanden (Schmincke 2015: 101). Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch Maxime Cervulle, der die Medienberichterstattung um LMPT analysiert. Die Kontroversen um das Gesetzesvorhaben offenbaren ihm zufolge deutlich die Artikulation eines ethno-sexuellen Differentialismus, welcher die Heterosexualität und die Geschlechterasymmetrie betont und dabei eine ethnische Identität bewahren will (Cervulle 2013: 220). So werden im diskursiven Konflikt um die *mariage pour tous* der Staat, als Regelungsinstanz von Abstammungs- und Verwandtschaftsverhältnissen, und die Nation, als Regelungsinstanz kultureller und ethnischer Identität angerufen (Cervulle 2013: 220).

Soft-autoritäre Identitätspolitik in Frankreich kombiniert ideologische Elemente aus dem geistigen Bestand des Ethnonationalismus mit Grundbegriffen des universalistischen Republikanismus und kleidet diese *Mélange* in eigene, teilweise diskursbestimmende Stigmawörter. Das resultierende *Blurring* von Diskurspositionen und politischen Trennlinien, das soft-autoritäre Diskurse kennzeichnet, findet sich auch in der Anti-Gender-Agenda wieder. Dies lässt sich bereits auf der Ebene der sprachlichen Handlungen der mobilisierenden Gruppen verdeutlichen, die sich, wie Cervulle zeigt, anti-rassistische Slogans aneignen: Anhänger:innen der konservativen UMP (heute LR) skandieren in Anlehnung an das berühmte *touche*

*pas à mon pote*<sup>96</sup> der Initiative SOS Racisme „touche pas à ma mère et mon père“<sup>97</sup> (Cervulle 2013: 219). Die Anhänger:innen der rechts-katholischen Institut Civitas lassen verlauten: „Première, deuxième, troisième génération, nous sommes tous des enfants d’hétéros!“<sup>98</sup> (Cervulle 2013: 219) und eignen sich so den Spruch der antirassistischen Gruppen der 1980er-Jahre an, die sich jedoch nichts als Nachkommen von *hétéros*, sondern von Eingewanderten (*immigrés*) positionierten. Auch 40 Jahre später wird gerade bei Demonstrationen gegen den rechtsradikalen RN noch oft skandiert: „Première, deuxième, troisième génération, nous sommes tous des enfants d’immigrés!“ (Cervulle 2013: 219).

Die Übernahme der Protestpraktiken und sprachlichen wie visuellen Repertoires ist eine wichtige Praktik der Anti-Gender-Mobilisierungen in Frankreich. Dabei legten die Organisator:innen viel Wert darauf, weder als religiös motiviert noch als „anti-gay and regressive“ wahrgenommen zu werden (Stambolis-Ruhrstorfer & Tricou 2018: 89). LMPT-Demonstrationen sollen nicht als katholische, konservative Mobilisierungen wahrgenommen werden, sondern ein positives Identifizierungsangebot darstellen, um möglichst breite Bevölkerungsschichten anzusprechen. Schlüsselfiguren wie die frühere Comedienne Frigide Barjot sorgten daher dafür, dass bei LMPT-Demos „techno music, dancing and a light-hearted atmosphere“ vorherrschten, die in ihrer Ausgelassenheit an Gay-Pride-Veranstaltungen erinnerten (Stambolis-Ruhrstorfer & Tricou 2018: 90). So konnte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit effektiv von „hardline conservative and anti-gay attitudes“ abgelenkt werden und der Eindruck einer emanzipatorischen Bewegung erzeugt werden (Stambolis-Ruhrstorfer & Tricou 2018: 86).

Die LMPT-Bewegung ist ein Meilenstein im *Blurring* der öffentlichen Wahrnehmung von religiös-konservativen und rechtsradikalen Positionen. Gerade wegen ihrer positiven Identifizierungsangebote schaffte LMPT es, ein breites Bündnis an Gruppen gemeinsam auf die Straße zu bringen und gegen ein konkretes politisches Projekt zu vereinen. Auch wenn Präsident Hollande das Gesetz zur Liberalisierung gleichgeschlechtlicher Elternschaft letztlich durchsetzte, hatte die Kampagne der LMPT, die heute als Partei auftritt, doch einen nachhaltigen Effekt auf politische Debatten rund um Reproduktionsrechte, LGBTQ+-Diskurse und sexuelle Gleichberechtigung allgemein (Stambolis-Ruhrstorfer & Tricou 2018: 93–94). Die LMPT-

---

96 Übersetzt etwa: „Fass meinen Kumpel nicht an!“. Der Slogan wird seit 1984 medial verbreitet und oft verwendet. Zugleich ließe sich kritisch einwenden, dass auch diese vom PS lancierte Kampagne die ursprünglich klassenkämpferische Absicht des sogenannten „Marche des beurs“, einer Protestbewegung rassifiziert Jugendlicher in den 1980ern, auf eine nur gegen alltäglichen Rassismus gewendete Ebene abflachte, wie Lindner (2009) aufzeigt.

97 „Fass meine Mutter und meinen Vater nicht an!“

98 „Erste, zweit oder dritte Generation: Wir sind alle Kinder von Heteros!“

Bewegung liefert so ein sprechendes Beispiel für erfolgreiches Verschleiern regressiver Politik. Zudem zeigt sie, wie die katholische Agenda in Familien- und Genderfragen als laizistische Position dargestellt werden kann. Der Bezug auf die Nation und ihren Fortbestand und ihre Identität öffnet den Weg zu einer ethnonationalistischen Rahmung der Debatte um gleichgeschlechtliche Elternschaft.

Auf diesen ideologischen Konvergenzen aufbauend ist das neu in den Diskurs eingebracht Stigmawort *wokisme* als eine Bündelung von bestehenden Diskurssträngen zu verstehen. Mit ihm kann eine lange und ausdifferenzierte Debatte in ein neues Gewand gekleidet und zugleich ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt werden. Im *wokisme* laufen die Disqualifizierung soziologischen Wissens und die Anti-Gender-Agenda in einem Begriff zusammen. Auch LMPT übernimmt das Stigmawort in ihr ideologisches Repertoire. Auf ihrer Website bietet die Partei in einem Überblicksartikel ihre Definition von *wokisme* an. Hierin werden Intersektionalität, postkoloniale Theorie und das Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeiten als Bestandteile des *wokisme* aufgeführt (La Manif Pour Tous 2023). Der zweite Teil des Artikels, der sich zuvor bereits mit indirekter Rede und Anführungszeichen von den referierten Inhalten distanziert, ist mit dem Zwischentitel „En quoi le wokisme est-il dangereux?“<sup>99</sup> überschrieben. Darin wird *wokisme* in die Nähe von verschwörungstheoretischem Denken gerückt:

Penser que la culture et la société occidentales sont organisées pour opprimer des minorités est une forme de paranoïa, de complotisme, qui génère du ressentiment, voire de la haine.<sup>100</sup> (La Manif Pour Tous 2023)

Ressentiment und Hass sind laut der LMPT Produkt *woker* Denkweisen und Kritik an systemischen Ausschlüssen in westlichen Gesellschaften ein Ausdruck von Paranoia. Die Kritik der LMPT geht noch weiter: sie stellt den *wokisme* als totalitäre Ideologie dar, die auf einer Utopie der idealen Gesellschaft beruhe. In dem Glauben, dieses utopische Ziel zu erreichen, verkenne der *wokisme* das reale Leben und nutze Überwachung und Denunzierung aller, die nicht seiner Meinung seien:

Et pour réaliser cette utopie, il faut aussi surveiller et dénoncer toute personne qui ne pense pas comme il faut: si elle n'est pas pour la lutte contre les stéréotypes de genre, la transidentité

<sup>99</sup> „Worin besteht die Gefahr des *wokisme*?“

<sup>100</sup> „Zu glauben, dass die westliche Kultur und Gesellschaft so organisiert sind, dass sie Minderheiten unterdrücken, ist eine Form von Paranoia und Verschwörungstheorie, die Ressentiments und sogar Hass erzeugt.“

et toutes les revendications militants woke, elle est ‚transphobe‘, ‚homophobe‘, ‚sexiste‘, et même ‚fasciste‘, ‚réactionnaire‘, etc.<sup>101</sup> (La Manif Pour Tous 2023)

Hier ist die metainvektive Übernahme der Position der Herabgewürdigten bemerkenswert: *Woken* Akteur:innen wird die Ächtung trans- oder homophoben Sprachgebrauch vorgeworfen und diese als denunziatorische und zu Unrecht stigmatisierende, invektive Handlungen dargestellt. Auf diese Weise wird der Vorwurf, sexistisch, faschistisch oder reaktionär zu handeln als die eigentlich herabsetzende Sprachhandlung dargestellt und die Denkweisen oder Äußerungen, die eine solche Bezeichnung rechtfertigen würden, verlieren an Bedeutung. Wie Scharloth betont, ist dieses metainvektive Sprachhandeln dazu geeignet, soziale Ordnungen zu thematisieren und zu verändern – es stellt eine „strategische Ressource für politische Zwecke“ dar (2018: 18). Dies zeigt sich auch in der Radikalität des Beitrags, die hinter der vorgeschobenen Neutralität und bloßen Wiedergabe von Positionen zunächst in den Hintergrund rückt.

In dem Artikel wird das Bild eines totalitären Tugendterrors erzeugt, der vom *wokisme* ausgeht: Überwachung und Denunziation seien Teil des *woken* Strebens nach der Realisierung ihrer Utopie. Anklänge an totalitäre Regime sind auch implizit im Text vorhanden, wenn etwa das Thema Umerziehung aufgegriffen wird: „Le wokisme implique de rééduquer pour bien penser (d’où les formations mises en place pour les fonctionnaires, les salariés, etc) et en particulier les enfants ‚dès le plus jeune âge‘, à l’école ou ailleurs“<sup>102</sup> (La Manif Pour Tous 2023). Der Artikel endet mit dem Schlusswort: „Le wokisme est un nouveau totalitarisme“ – *wokes* Denken wird also mit einer neuen Form des Totalitarismus gleichgesetzt. Mit dieser Deutung stellt die Positionierung der LMPT im *wokisme*-Diskurs eine Bündelung und Radikalisierung bestehender Diskurselemente dar. Die Opposition zu gleichgeschlechtlichen Ehen und Elternschaft, die Nichtanerkennung systemischer Diskriminierung und das vermeintlich lebensferne Denken intersektionaler und postkolonialer Theorie können mit demselben Stigmawort bezeichnet werden wie die sogenannte *Cancel Culture* oder imaginierte Umerziehungspläne.

---

**101** „Und um diese Utopie zu verwirklichen, muss man auch jede Person überwachen und denunzieren, die nicht richtig denkt: Wenn sie nicht für den Kampf gegen Geschlechterstereotype, Transidentität und alle Forderungen der *woken* Aktivist\*innen ist, wird sie als ‚transphob‘, ‚homophob‘, ‚sexistisch‘ und sogar als ‚faschistisch‘, ‚reaktionär‘ usw. bezeichnet.“

**102** „Der *wokisme* beinhaltet eine Umerziehung zum ‚richtigen Denken‘ (daher die Schulungen für Beamte, Arbeitnehmer usw.) und insbesondere für Kinder ‚schon ab dem frühesten Alter‘, in der Schule oder anderswo.“

#### 4.4.3 *Wokisme* im Parlament und im Regierungsdiskurs ab 2021

Borderline-Diskurse machen es möglich, radikale Ideologien in, oberflächlich betrachtet, neutraler sprachlicher ‚Verpackung‘ ins Zentrum der öffentlich-politischen Debatte zu befördern. Wie die diskursgeschichtliche Einordnung der anti-intellektuellen und anti-genderistischen Stränge des *wokisme*-Diskurses gezeigt haben, finden radikale, ausschließende, rassistische und autoritäre Ideologien im Begriff *wokisme* eine Bündelung. Auch der vorangegangene Medienhype um den *islamo-gauchisme* kann inhaltlich und ideologisch gut in den *wokisme*-Diskurs überführt werden. Diskursstränge aus dem Separatismusdiskurs, die schleichende Umdeutung der *laïcité* in eine islamophobe Praktik des Othering und die Täter-Opfer-Umkehr im Umgang mit der kolonialen Vergangenheit wirken hier ebenso fort – mit *wokisme* wurde gewissermaßen eine Strohmann konstruiert, dessen zur Schau gestellte Bekämpfung es erlaubt, strukturelle Ausschlüsse zu negieren, Kritik zu diffamieren und zugleich einen neoliberal-kapitalistischen Status Quo ideologisch zu stützen.

Schon in der Nutzung des Stigmaworts *islamo-gauchisme* von Kabinettsmitgliedern deutet sich an, dass Macrons Regierung nicht davor zurückschreckt, rechtsradikale Ideologien gegen Kritik von links nutzbar zu machen. Im *wokisme*-Diskurs setzt sich dies fort und wird zudem mit weiteren diskursiven Arenen verknüpft: beispielhaft dafür stehen die Debatte um inklusive Schreibweise und die Bedrohung für die Freiheit der Forschung und Lehre durch *wokisme*. In einer neuerlichen diskursiven Umkehrfigur werden hier als *woke* bezeichnete Theorien und Ideologien als identitär, unterdrückend und anti-aufklärerisch gebrandmarkt. Diese Diskurse schlagen sich nicht nur in der Medienöffentlichkeit, sondern auch in Parlamentsdebatten, Äußerungen von Regierungsmitgliedern und in Teilen des sozialwissenschaftlichen und philosophischen Diskurses nieder.

##### 4.4.3.1 *L'écriture inclusive* – Verrat am Universalismus?

Die starke Ablehnung und Skepsis, mit der in den 2000ern der *Political Correctness* in Frankreich begegnet wurde, ist auch im *wokisme*-Diskurs gegenwärtig. Unter den mit *woke* kookkurrenten Phänomenen findet sich auch die kontroverse Debatte um die inklusive Schreibweise (*écriture inclusive*). Im Mai 2021 untersagte Bildungsminister Blanquer in einem Rundschreiben offiziell die *écriture inclusive* an den Schulen der Republik (Ministère de l'Éducation Nationale et de la Jeunesse 2021). Weiterhin erlaubt ist demnach die Kennzeichnung von Frauen und Mädchen etwa durch die weibliche Berufsbezeichnung, verboten ist jedoch die Markierung

beider (grammatischer) Geschlechter in einem Wort vor der Genus anzeigenden Endung.<sup>103</sup>

Dieses Verbot wurde am 06. Mai 2021 im Senat kontrovers diskutiert. Anhand dieser Debatte lassen sich die widerstreitenden Positionen nachzeichnen, die weit über die Verwendung von Satzzeichen zur Markierung beider Genera hinausgeht. Vielmehr kristallisieren sich in der Opposition zur *écriture inclusive* widerstrebende Positionen und Ideologien heraus, die auch im *wokisme*-Diskurs virulent sind. Das Diskursobjekt, an dem sich die widerstreitenden politischen Positionen ausrichten ist in diesem Fall die französische Sprache. In seinem Rundschreiben stellt Bildungsminister Blanquer die Sprache als wertvolles Gemeingut dar, dass es weiterzugeben gelte:

Notre langue est un trésor précieux que nous avons vocation à faire partager à tous nos élèves, dans sa beauté et sa fluidité, sans querelle et sans instrumentalisation.<sup>104</sup> (Ministère de l'Education Nationale et de la Jeunesse 2021)

Dieses durchaus puristische Verständnis der Nationalsprache als Schatz ist auf Engste mit Frankreich als Nation und seiner kulturellen Identität verbunden. Veränderungen der Orthografie, auch im Namen der Gleichberechtigung der Geschlechter, werden deshalb als politisch motivierte Eingriffe verstanden, die weit über Schreibkonventionen hinausgehen. Sprachgebrauch, insbesondere die Kennzeichnung der Geschlechter (Sexus) mit grammatischen Mitteln (Genus), wird deswegen zu einer politischen Arena. Durch die starke Verwobenheit der Nationalsprache mit der französischen republikanischen Identität wird auch die sich in der *écriture inclusive* ausdrückende Kritik an mangelnder Gleichberechtigung der Geschlechter zum Diskursobjekt. Ausgehend von metasprachlichen Debatten über Sinn und Unsinn der *écriture inclusive* wird die Reichweite dieser Kontroverse erweitert: Über Sprache und Geschlechtergerechtigkeit zu diskutieren wird so zu einer Debatte um den republikanischen Universalismus; Sprachgebrauchskritik wird zu Kritik an diskriminierenden Strukturen und staatlicher Verantwortung. Diese Ausweitung der diskursiven Reichweite zeigt sich deutlich in der Parlaments-

---

**103** Ähnlich wie sich im deutschen Kontext verschiedene gendergerechte Schreibweisen etabliert haben, gibt es auch im Französischen mehrere Möglichkeiten der *écriture inclusive*. Mir bekannte Möglichkeiten zur Markierung beider Genera umfassen die Trennung mit Binnenmajuskel (*CherEs collègues*), Punkt (*Cher.es collègues*), Mittelpunkt (*Chèr·e·s collègues*), Bindestrich (*Cher-es collègues*) Klammern (*Cher(es) collègues*), Nennung der femininen und maskulinen Form (*Chères et chers collègues*) und auch Neologismen wie *„Bonjour à toutes“*.

**104** „Unsere Sprache ist ein kostbarer Schatz, den wir allen unseren Schülerinnen und Schülern nahebringen sollen – in ihrer Schönheit und Klarheit, ohne Streit und ohne ideologische Vereinnahmung.“

debatte vom 06. Mai 2021. Blanquers Staatsministerin Nathalie Élimas von der Partei *Mouvement Démocrate* (MoDem) rechtfertigt hier in einer Ansprache das Verbot der inklusiven Schreibweise. Neben Argumenten, die die schlechte Verständlichkeit und Erlernbarkeit einer *écriture inclusive* betonen, führt Élimas auch die Bedrohung der Prinzipien der Republik ins Feld:

Quatre ans après la circulaire de 2017 et l'avertissement de l'Académie française, je veux donc le redire avec la force et avec la conviction que seule donne l'évidence: l'écriture inclusive est un danger pour notre pays. Elle est un danger pour notre école, elle est un danger pour notre langue, elle est un danger pour les principes même de notre République.<sup>105</sup> (Élimas 2021)

Im Folgenden stellt sie die *écriture inclusive* als einen Teil einer Ideologie dar, die keinen Widerspruch aushalte. Élimas vermischt die grammatische Konvention des generischen Maskulinums zur Bezeichnung (auch) gemischtgeschlechtlicher Gruppen mit den Prinzipien der Republik. Die Ablehnung des generischen Maskulinums durch Vertreter:innen der *écriture inclusive* stehe in totalem Widerspruch zum republikanischen Wert der Einheit (Élimas 2021). Die französische Sprache wird hier metonymisch als Ausdruck universalistischer Prinzipien dargestellt, die von spalterischen Ideologien unterwandert und bedroht wird. Zu dieser Konvergenz von Ablehnung des generischen Maskulinums mit der Ablehnung republikanischer Werte gesellen sich in Élimas' Ansprache sprachnationalistische Argumente, die den Fortbestand der französischen Sprache mit dem gemeinsamen Schicksal der nationalen Wir-Gruppe verbinden: „Notre langue est notre destinée commune; c'est par elle que nous nous projetons vers l'universel.“<sup>106</sup> (Sénat 2022a). Die Paralleltät zum Bedrohungsszenario des *wokisme* ist evident; So wie die Republik als Garantin für Gleichheit und Universalismus steht, so garantiert auch die französische Sprache die universelle Gleichbehandlung der Geschlechter. Kritik oder Forderung nach mehr Repräsentation des weiblichen Geschlechts wird als Negierung dieses Universalismus aufgefasst und somit als Angriff auf die Republik selbst.

Diese Denkweise geht von Parlamentsdebatten auch in den Gesetzgebungsprozess über. So legt der Abgeordnete der Nationalversammlung Étienne Blanc (LR)

---

**105** „Vier Jahre nach dem Rundschreiben von 2017 und der Warnung der *Académie française* möchte ich es daher mit der Kraft und Überzeugung wiederholen, die nur aus der Klarheit des Offensichtlichen kommt: Die inklusive Sprache ist eine Gefahr für unser Land. Sie ist eine Gefahr für unsere Schule, eine Gefahr für unsere Sprache und eine Gefahr für die Grundprinzipien unserer Republik.“

**106** „Unsere Sprache ist unser gemeinsames Schicksal; durch sie richten wir unseren Blick auf das Universelle.“



dem Senat am 25. Januar 2022 in einem *exposé de motifs*<sup>107</sup> die Beweggründe für ein geplantes Gesetzesvorhaben dar, das die inklusive Schreibweise in Frankreich regulieren – in diesem Falle verbieten – soll. Blanc zeichnet zunächst die Geschichte der Debatte um die *écriture inclusive* nach und kennzeichnet sie als Import aus Nordamerika. Demnach brachte die Ministerin Yvette Roudy bereits in den 1980ern nach einem Besuch in Québec die Kontroverse in den französischen Diskurs ein (Sénat 2022b). In der Folge fasst Blanc die Argumente der Befürworter:innen der *écriture inclusive* zusammen, um diesen dann eine Absage zu erteilen. In sechs Thesen argumentiert er nicht nur für die Neutralität der Verwendung des generischen Maskulinums im Plural, sondern beschreibt die *écriture inclusive* auch als eine Sprache der Spaltung (*langue de la séparation*), die einen Verrat des *universalisme à la française* darstelle, eine Abdankung im Prozess der Amerikanisierung Frankreichs. Zudem treibe die *écriture inclusive* Frankreich in die Unterwerfung unter die Tyrannei der Identitäten (*soumission à la tyrannie des identités*) (Sénat 2022b).

Eine metonymische Erweiterung im *exposé de motif* verdeutlicht, wie die Forderung nach sprachlicher Repräsentation aller Geschlechter als Bedrohung der ganzen Nation dargestellt werden kann. Eine Studie von 1984 zitierend argumentiert Blanc, es gebe keine Äquivalenz zwischen grammatischem Genus und biologischem Sexus – die Nutzung des generischen Maskulinums sei demnach eine grammatikalische Konvention, die alle Geschlechter gleichermaßen einschließe: „Autrement dit le masculin renvoie à l’universel donc à ce qui est commun aux êtres humains, à ‘l’humaine condition’ comme dirait Montaigne“<sup>108</sup> (Sénat 2022b). Durch die Referenz auf Montaigne rahmt er die *écriture inclusive* als Abkehr von der *conditio humana*, also dem, was allen Menschen gemein sei. Eine Abweichung vom generischen Maskulinum als Nutzung zur neutralen Bezeichnung gemischtgeschlechtlicher Gruppen stellt für Blanc einen Schritt hin zu einer „*langue de séparation*“ (Sénat 2022b) dar.

Blanc stellt an einer Stelle auch eine direkte Verbindung zu *wokisme* her, wenn er das Argument der besseren Sichtbarmachung von Frauen durch die *écriture inclusive* referiert. Darin unterstellt er, es gehe den „*éveillés* (woke)“ nicht mehr darum, dass Frauen die gleichen Rechte wie Männer genießen könnten, sondern lediglich um die Sichtbarkeit von Frauen und Minderheiten (Sénat 2022b). So unterstellt er den als *woke* bezeichneten Gruppen, Frauenrechte effektiv für einen rein

<sup>107</sup> Ein *exposé de motif* ist ein Teil des Gesetzgebungsprozesses in Frankreich. In diesem *exposé* sollen in einfacher und verständlicher Sprache die Ziele und Zwecke des vorgeschlagenen Gesetzes dargelegt werden.

<sup>108</sup> „Anders gesagt: Das Maskulinum verweist auf das Universelle, also auf das, was allen Menschen gemeinsam ist – auf die ‚*conditio humana*‘, wie Montaigne es ausdrücken würde.“

symbolischen Kampf um mehr Repräsentation und sprachliche Sichtbarmachung in den Hintergrund zu rücken. Weiter argumentiert er, dass inklusive Schreibweise in Wahrheit spalterisch und separierend sei, den Universalismus verrate und somit letztlich Teile einer identitären Logik sei (Sénat 2022b). Die diskursive Verknüpfung von *écriture inclusive* mit spalterischen, identitären Ideologien ist ein sprechendes Beispiel für die diskursstrukturierende Kraft von Sprachideologien – besonders dann, wenn sie im hegemonialen Metadiskurs des Republikanismus aufgehen können.

#### 4.4.3.2 *Wokisme* und Wissenschaftsfreiheit

In der politischen Debatte um die *écriture inclusive* ist der *wokisme*-Diskurs bereits präsent; sowohl ideologisch als auch teilweise explizit, wenn Befürworter:innen der geschlechtergerechten Schreibweise als *woke* bezeichnet werden. Außerdem sind die Argumente gegen die *écriture inclusive* teilweise deckungsgleich mit bereits analysierten identitätspolitischen Diskursen, die alle im Rahmen des republikanischen Metadiskurses angesiedelt sind: vorgeworfen wird ihnen die Spaltung der Gesellschaft, Import von Ideologien aus Nordamerika, eine Ablehnung des Universalismus und insgesamt eine politische Positionierung, die sich gegen die republikanischen Werte, hier insbesondere *égalité*, richtet.

Dieselben Muster im Diskurs der Regierung und der Parlamente lassen sich ab 2021 in Bezug auf akademische Forschung nachweisen. Wie bereits in der stigmatisierenden Diskursfigur des *islamo-gauchisme* wird mit dem Label *wokisme* Wissenschaftler:innen ideologische Unterwanderung der Werte der Republik vorgeworfen. Im Unterschied zu ersterem ist die direkte Gleichsetzung von Wissenschaftler:innen mit Terroristen im *wokisme* jedoch nicht explizit vorhanden.

Eher geht die Kritik am *wokisme* mit pauschalen Vorwürfen an ganze Disziplinen oder Theorieschulen einher. Sie umfassen im Wesentlichen poststrukturalistische Ansätze wie Dekonstruktion und Diskursanalyse, aber auch postkoloniale und dekoloniale Theorie. So ist beispielsweise eine der ersten akademischen Gruppierungen, die sich gegen als *woke* bezeichnete Ideologien richtet, das sogenannte *observatoire des idéologies identitaires et du décolonialisme*.<sup>109</sup> Dieser Verbund vereint viele renommierte Wissenschaftler:innen und öffentliche Intellektuelle. Auf seiner Website sammelt das *observatoire* Gastbeiträge aus der nationalen Presse und andere Meinungsartikel. Es stellt sich als Organisation von allgemeinem Interesse („*association d'intérêt général*“) dar, dessen Ziel es sei „de défendre et d'illustrer les

<sup>109</sup> Bei der letzten Überprüfung am 30.11.2023 wurde der Titel in *observatoire des idéologies identitaires* geändert. Die URL bleibt mit <decolonialisme.fr> jedoch dieselbe.

principes qui engagent l'Université en démocratie: la langue, l'école et la laïcité“<sup>110</sup> (Observatoire du décolonialisme 2023). Im Januar 2022 organisierten Mitglieder des *observatoire* eine große Tagung an der Pariser Sorbonne, die mit einer Eröffnungsrede von Bildungsminister Blanquer auch politische prominent besetzt war. Bereits der Klappentext des zugehörigen Tagungsbands liest sich wie eine kondensierte Zusammenfassung des *wokisme*-Diskurses:

La déconstruction est devenue folle. Entreprise jadis salubre pour dénicher les préjugés et démasquer les illusions, elle a engendré une mode délétère, prétexte d'un nouvel ordre moral, suppôt d'une idéologie qui envahit les savoirs, tétanise la culture et terrorise le débat.<sup>111</sup> (Hénin et al. 2023)

Hier steht die Theorie der Dekonstruktion pars pro toto für eine aus den Fugen geratene, ideologisierte und militante Wissenschaft, die im Vorwort mit dem sogenannten „mouvement woke“ in Verbindung gebracht wird (Hénin et al. 2023: 9). Die Autor:innen zeigen sich besorgt um den Fortbestand der kritischen Wissenschaft: „il faut sauver l'esprit critique face au dogme des études critiques“<sup>112</sup> (Hénin et al. 2023: 9). Dabei schrecken sie auch vor harschen Urteilen nicht zurück, etwa wenn sie die Funktionsweise der „idéologie woke“ mit der des Totalitarismus vergleichen:

Concrètement, l'idéologie woke fonctionne comme un totalitarisme: par le projet d'imposer une grille de lecture unique sur la totalité du réel; de censurer et intimider les contrevenants, n'hésitant pas à encourager la délation; de promouvoir un nouveau langage pour faire advenir une réalité nouvelle (ainsi de l'écriture inclusive), ou subvertir les mots pour leur faire dire le contraire de ce qu'ils signifient (l'égalité devient l'oppression, la laïcité devient la tyrannie).<sup>113</sup> (Hénin et al. 2023: 9–10)

---

**110** „die Prinzipien zu verteidigen und zu veranschaulichen, denen die Universität in einer Demokratie verpflichtet ist: die Sprache, die Schule und die *laïcité*.“

**111** „Die Dekonstruktion ist verrückt geworden. Einst ein heilsames Unterfangen, um Vorurteile aufzudecken und Illusionen zu entlarven, hat sie eine zerstörerische Mode hervorgebracht – zum Vorwand eines neuen Moralregimes geworden, zum Helfershelfer einer Ideologie, die das Wissen unterwandert, die Kultur lähmt und die Debatte einschüchtert.“

**112** „Man muss den kritischen Geist vor dem Dogma der *études critiques* beschützen.“

**113** „Konkret funktioniert die woke Ideologie wie ein Totalitarismus: durch das Bestreben, der gesamten Wirklichkeit ein einziges Deutungsrastrer aufzuzwingen; durch Zensur und Einschüchterung von Abweichlern, wobei auch Denunziation gefördert wird; durch die Einführung einer neuen Sprache, um eine neue Realität herbeizuführen (wie etwa durch *écriture inclusive*); oder durch die Umdeutung von Begriffen, sodass sie das Gegenteil dessen bedeuten, was sie ursprünglich ausdrücken: Gleichheit wird zu Unterdrückung, *laïcité* zur Tyrannei.“

Zensur, Einschüchterung aber auch Umkehrung von Begriffsinhalten gehören zu den Vorwürfen gegen die *idéologie woke*, die in diesem Fall aus dem Feld der Wissenschaft selbst kommen. Auch wird deutlich, dass die *écriture inclusive* einen wichtigen Platz in der Konstruktion des *wokisme* als umfassende, gefährliche Ideologie einnimmt. Zudem ist die Bezugnahme auf die Subversion der Begriffe *égalité* und *laïcité*, ihre diskursive Umkehrung, besonders auffällig – denn hier wird deutlich, dass je nach Standpunkt und politischer Positionierung komplett gegenteilige Auslegungen entstehen: Teile der französischen Wissenschaftslandschaft verorten antidemokratische Bestrebungen in einem identitätspolitischen, postkolonialen, ‚woken‘ Milieu, das sich mit aktivistischen Mitteln die Deutungsmacht in den Universitäten aneigne. Die hier entwickelte diskursanalytische Praxisperspektive auf soft-autoritäre Verschiebungen diagnostiziert hingegen eine hegemoniale Strategie der kleinteiligen Umdeutung zentraler Begriffe des Republikanismus von rechts-identitärer Seite. Die Übernahme solcher Deutungsmuster von Vertreter:innen der Regierung und in der Wissenschaft zeugt davon, dass das metapolitische Kalkül der *Nouvelle Droite* in Frankreich bereits deutliche Wirkungen im Kampf um intellektuelle Deutungshoheit zeigt.

Auch im Senat wird das Thema *wokisme* diskutiert – Anfang Februar 2022 debattiert das parlamentarische Oberhaus über die „Menaces que les théories du wokisme font peser sur l’université, l’enseignement supérieur et les libertés académiques“<sup>114</sup> (Sénat 2022c). Die Anberaumung und so auch der Titel der Debatte gehen auf einen Antrag der konservativen Partei LR zurück. Die Themensetzung verdeutlicht bereits, dass im *wokisme* eine Gefahr für die Freiheit der Forschung und Lehre gesehen wird. Wissenschaftsfreiheit war bereits im *islamo-gauchisme*-Diskurs ein wichtiges Thema. In diesem wurde vor allem von Kritiker:innen betont, dass *islamo-gauchisme* Wissenschaftler:innen stigmatisiere und auf eine Stufe mit Terrorist:innen stelle. Die Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit ging laut (vor allem linken) Kritiker:innen also von der Verwendung des Stigmaworts von Politiker:innen und Medien aus. Die Kritik am *wokisme* hingegen suggeriert eine einheitliche ideologische Denkweise beziehungsweise politische Einstellung an den Universitäten, die das freie Denken und so auch Forschung und Lehre beschränke.

In der Senatsdebatte wird deutlich, dass diese Trennung in Frankreich nicht nur im medialen, konservativen bis rechtsradikalen Diskursraum vorherrscht. Vielmehr wird sie von Regierungsakteur:innen und großen Teilen der konservativen Opposition geteilt und findet im Zentrum der politischen Auseinandersetzung, dem Parlament, statt. Sarah el Haïry, Staatssekretärin in Blanquers Ministerium,

114 „Bedrohungen, die von den Theorien des *wokisme* für die Universität, die Hochschulbildung und die akademische Freiheit ausgehen“.

versteht den *wokisme* als Gefahr für die Universität und das Erbe der dritten Republik:

Nous luttons précisément pour garantir ce pluralisme et cette liberté académique, héritage de la IIIe République, et pour éviter de tomber dans la facilité qui consisterait à ne plus étudier certains auteurs ou à regarder l'histoire avec les lunettes du présent.<sup>115</sup> (Sénat 2022c: 1187)

Mit dem Bezug auf die Dritte Französische Republik wird zugleich auf den Staat verwiesen, der die Gesetze zur Trennung von Staat und Kirche, die Grundlage der gegenwärtigen *laïcité*, hervorgebracht hat. Außerdem kann el Haïry mit dem Bezug auf die *IIIe République* auf die historische Verankerung des Pluralismus in Frankreich hinweisen:

Certaines universités outre-Atlantique se posent aujourd'hui la question de savoir comment ramener du pluralisme en leur sein. En France, ce pluralisme s'est bâti depuis la IIIe République et nous devons conserver cet héritage.<sup>116</sup> (Sénat 2022c: 1195)

Zugleich wird das französische Modell einem Klima der Intoleranz und des Militantismus entgegengesetzt, welches sich in einer sogenannten Cancel Culture, wiederum markiert als ideologischer Import, Ausdruck verleiht. Hier bezieht die Staatssekretärin sich positiv auf die oben genannte Tagung des *observatoire des idéologies identitaires*. Diese habe kritische Diskussionen entfacht und es auch den Studierenden erlaubt, ihre eigenen Standpunkte zu hinterfragen. Dieser als positiv und gesund dargestellten Debattenkultur an den Universitäten stellt El Haïry das sogenannte „pensée unique ou l'autocensure“, also eine Art Einheitsdenken gepaart mit Selbstzensur, entgegen (Sénat 2022c: 1195), welche sie mit dem wokisme assoziiert.

Der Abgeordnete Jacques Grosperin (LR) stellt den *wokisme* als eine Ideologie dar, die

sait utiliser à plein la légitimité potentielle des causes défendues, grâce à la sensibilité des consciences au principe de l'égalité des droits. La confusion entre recherche et militantisme

---

115 „Wir kämpfen genau dafür, diesen Pluralismus und diese akademische Freiheit zu garantieren – ein Erbe der Dritten Republik – und um der Bequemlichkeit zu entgehen, bestimmte Autoren nicht mehr zu studieren oder die Geschichte mit der Brille der Gegenwart zu betrachten.“

116 „Bestimmte Universitäten jenseits des Atlantiks stellen sich heute die Frage, wie sie wieder mehr Pluralismus in ihre Institutionen bringen können. In Frankreich wurde dieser Pluralismus seit der Dritten Republik aufgebaut, und wir müssen dieses Erbe bewahren.“

s'ajoute alors à la cancel culture pour imposer une conception égalitariste comme seul critère de production académique.<sup>117</sup> (Sénat 2022c: 1193)

Er stellt die Legitimität von Forschung infrage, indem er ihr Vermischung mit Aktivismus unterstellt. Akademische Leistungen würden so politischen, aktivistischen Zielen untergeordnet. Hierunter leide die Wissenschaftsfreiheit, der wachsende Einfluss dieses Aktivismus könne dazu führen, dass Klassenräume zu Orten der Indoktrinierung gerieten (Sénat 2022c: 1193). Vor diesem Hintergrund der diskursiven Konstruktion vom wachsenden Einfluss schädlicher Ideologien kann der universalistische Republikanismus als Schutz vor dem *wokisme* dargestellt werden. Außerdem können politische Gegenmaßnahmen als plausibel und geboten gerahmt werden – auch wenn sie, wie Frédérique Vidals Untersuchung der Universitäten auf *islamo-gauchistischen* Einfluss, nie über den Ankündigungsstatus hinauskommen. Groperrin fordert so etwa:

Devant les attaques dont la liberté académique est victime, l'État doit apporter de nouvelles garanties. Il faut mettre un terme à la confusion qui s'est installée. Les menaces, internes et externes, sont incontestables.<sup>118</sup> (Sénat 2022c: 1193).

Neben Cancel Culture, *écriture inclusive* und Vermischung von Aktivismus und Forschung bringt el Haïry zum Schluss der Debatte noch weitere ideologische Gefahren ins Spiel: *racialisme* und *angélisme*. Unter *racialisme* versteht sie eine neue Spielart des Rassismus:

Mesdames, messieurs les sénateurs, le racialisme est un nouveau racisme. Ce racialisme qui s'installe, prenant ses racines dans l'essentialisme, oppose, sépare, fragmente ; il est en réalité à l'origine des communautarismes. C'est un mal qui peut contaminer, si tel n'est pas déjà le cas, le débat politique. Le Gouvernement y oppose l'universalisme français, républicain, qui est essentiel à l'unité nationale.<sup>119</sup> (Sénat 2022c: 1201)

---

117 „Sie versteht es, die potenzielle Legitimität der vertretenen Anliegen voll auszuschöpfen – gestützt auf das ausgeprägte Bewusstsein für das Prinzip der Gleichberechtigung. Die zunehmende Vermischung von Forschung und Aktivismus verbindet sich mit der Cancel Culture, um eine egalitaristische Sichtweise als alleiniges Kriterium wissenschaftlicher Arbeit durchzusetzen.“

118 „Angesichts der Angriffe, denen die akademische Freiheit ausgesetzt ist, muss der Staat neue Garantien schaffen. Es gilt, der entstandenen Verwirrung ein Ende zu setzen. Die Bedrohungen, sowohl von innen als auch von außen, sind unbestreitbar.“

119 „Meine Damen und Herren Senatoren, der Rassialismus ist eine neue Form von Rassismus. Dieser sich ausbreitende Rassialismus, der im Essentialismus wurzelt, stellt Gegensätze her, trennt und spaltet – er ist in Wahrheit die Ursache für Formen des Kommunitarismus. Es handelt sich um ein Übel, das – falls es nicht bereits geschehen ist – die politische Debatte vergiften kann. Die

Essentialismus und Kommunitarismus sind Vorwürfe an den *wokisme*, die bereits aus dem Separatismusdiskurs Emmanuel Macrons bekannt sind. Sie werden als spalterisch dargestellt und mit dem Verb *contaminer* metaphorisch als ansteckende Krankheit gerahmt – beides implizite Verweise auf weiter oben analysierte identitätspolitische Diskurse. Diesem wird abermals die universalistische Republik als Garant sowohl der Wissenschaftsfreiheit als auch des Pluralismus entgegengestellt:

Une seule ligne, un seul combat: la protection des libertés académiques, le pluralisme, et surtout une République universaliste qui reconnaît chacun de ses enfants comme un citoyen, et rien d'autre. (Sénat 2022c: 1201)

Die Kampf- und Kriegsmetaphorik in el Haïrys Ansprache sind bereits aus dem *islamo-gauchisme*-Diskurs bekannt. Sie verstärken den Eindruck der Bedrohung und so auch der Notwendigkeit der Gegenwehr. Eine weitere, zunächst eher formale Nähe zum *islamo-gauchisme* besteht im Vorwurf des sogenannten *angélisme*. Damit bezeichnet El Haïry in ihrem Schlusswort der Debatte eine gefährliche Leugnung der angeblichen Bedrohung durch den *wokisme*:

Ce n'était pas le fond du débat d'aujourd'hui, mais je crois que la négation des dérives que nous constatons est une manifestation d'angélisme particulièrement dangereuse au sein tant de l'université que de notre société.<sup>120</sup> (Sénat 2022c: 1201)

*Angélisme* bezeichnet sowohl Naivität und Weltfremdheit als auch den Wunsch nach Reinheit und Perfektion. Hier klingt deutlich der dem *islamo-gauchisme*-Diskurs immanente Vorwurf der ideologisch induzierten Realitätsverleugnung, des Blindseins für gefährliche Entwicklungen aufgrund des Wunsches nach politischer Korrektheit an. *Wokisme* kann diese Denkfigur integrieren, ohne dass der radikale, islamophobe Bezug explizit wird. Der direkte Bezug zum Islamismus, der sowohl im *islamo-gauchisme* als auch im *séparatisme* eine zentrale Rolle spielte, ist in diesem Diskurs getilgt. Das oft wiederholte Argument, dass woke Ideologien aus Nordamerika importiert wurden, mithin nicht mit dem französischen Modell der nationalen Einheit in Einklang zu bringen seien, deutet dennoch darauf hin, dass eine Verbindung von äußeren und inneren Bedrohungen konstruiert wird. Paradoxiert werden auf diese Weise wissenschaftliche Theorien als Gefahr für die

---

Regierung stellt ihm den französischen, republikanischen Universalismus entgegen, der für die nationale Einheit von grundlegender Bedeutung ist.“

**120** „Das war zwar nicht der Kern der heutigen Debatte, aber ich bin der Auffassung, dass das Leugnen der Fehlentwicklungen, die wir beobachten, ein Ausdruck von besonders gefährlichem Gutmenschentum ist – sowohl innerhalb der Universitäten als auch in unserer Gesellschaft insgesamt.“

Wissenschaftsfreiheit dargestellt – ein Beispiel für die soft-autoritäre Logik, die Diskurse verunklart und verkehrt und mit eigenen Deutungsmustern anfüllt.

In der Senatsdebatte gibt es aber auch entschiedenen Widerspruch. Der Senator Yan Chantrel (PS) sieht in Diskursen wie *islamo-gauchisme* und *wokisme* eine fortschreitende diskursive Dominanz rechtsradikaler Ideologien, die bis in die zentristischen, liberalen und konservativen Kreise Anschluss finden. Zugleich formuliert er Kritik am strategischen Einsatz dieser Begriffe im anstehenden Wahlkampf: „Ce débat est donc un nouvel écran de fumée, bien pratique pour celles et ceux qui, à droite comme au Gouvernement, défendent le statu quo et son cortège de privilèges“<sup>121</sup> (Sénat 2022c: 1188). In diesen Debatten sieht Chantrel semantische Nebelkerzen (*écrans de fumées sémantiques*), die Debatten abwürgen und von den eigentlichen Problemen an den Universitäten ablenken sollen (Sénat 2022c: 1188). Diese identifiziert der Senator in der Prekarisierung akademischer Karrieren und der finanziellen Not der Studierenden, sowie dem Sparen im Bereich der Studienbedingungen (Sénat 2022c: 1194). Hierin besteht für Chantrel die eigentliche Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit. Außerdem benennt er klar die diskursive Umkehrung, die mit den Begriffen *islamo-gauchisme* und *wokisme* und den sie umgebenden Diskursen betrieben wird:

Vos interventions dans ce débat sont l'illustration même du vrai danger que nous devons combattre: l'ingérence du politique dans la recherche. [...] Vous pratiquez vous-même ce nouveau maccarthysme, cette culture de l'annulation que vous voulez précisément fustiger!<sup>122</sup> (Sénat 2022c: 1188–1189)

Die wirkliche Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit geht laut Chantrel vom politischen Projekt der Konservativen und der Regierung aus, das von dem der extremen Rechten nicht mehr zu unterscheiden sei (Sénat 2022c: 1195). Die Argumentation des Senators deckt sich in zentralen Punkten mit der Praxisperspektive auf soft-autoritäre Diskurse. *Wokisme* stellt im Kontext der Debatte um Wissenschaftsfreiheit eine wirkungsvolle Figur der Verunklarung und Umkehrung dar. Mit ihr können Bedrohungen konstruiert und radikale Deutungsmuster aus den *islamo-gauchisme*- und *séparatisme*-Diskursen in einen neuen, weniger radikal anmutenden Diskurs überführt werden. Die Sozialwissenschaftler:innen Caroline Ibos und Éric Fassin sehen

<sup>121</sup> „Diese Debatte dient einmal mehr als Nebelkerze – ein willkommenes Mittel für diejenigen, die aufseiten der Rechten wie der Regierung den Status quo und die damit verbundenen Privilegien schützen wollen.“

<sup>122</sup> „Ihre Wortmeldungen in dieser Debatte sind geradezu das Paradebeispiel für die eigentliche Gefahr, die wir bekämpfen müssen: das Eindringen der Politik in die Forschung. [...] Sie selbst betreiben jenen neuen McCarthyismus, jene Cancel Culture, die Sie doch angeblich anprangern wollen!“



in der Wissenschaftspolitik der *Macronie* eine Konvergenz von neoliberaler und illiberaler Rationalität:

Au nom d'une double rationalité, néolibérale et illibérale, les réformes et les discours du premier quinquennat ont visé à étouffer la pensée critique, par les armes du sous-financement, de la répression policière et de la disqualification politique.<sup>123</sup> (Ibos & Fassin 2023: 286)

*Wokisme* stellt in einer solchen Konvergenz ein wichtiges Bindeglied dar, da er, wie oben gezeigt, illiberale oder autoritäre Disqualifizierung von Intellektuellen und (kritischem) wissenschaftlichen Wissen und neoliberale Austeritätspolitik zusammen zu denken und zu rechtfertigen erlaubt.

#### 4.4.4 *Wokisme* zwischen Radikalität, Kommodifizierung und Kritik

Yan Chantrels kritische Perspektive setzt sich im politischen Diskurs nicht als dominante Lesart durch. Regierung und konservative Opposition im Senat sind sich in der Debatte um die Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit durch den *wokisme* sehr einig – demnach wird die Freiheit von Forschung und Lehre und, in einer diskursiven Erweiterung, auch die universalistische Republik an sich, von intoleranten, radikalen und spalterischen Ideologien bedroht. Diese Haltung nimmt Bildungsminister Blanquer auch außerhalb des parlamentarischen Diskurses ein. Dabei nimmt er immer wieder auch Bezug auf eine gramscianische Konzeption der öffentlichen-politischen Sphäre, in der es eine Hegemonie herzustellen gelte. Anlässlich der Gründung seines Thinktanks *Laboratoire de la République* beschrieb Blanquer dessen Zweck als wesentlichen Beitrag dazu, die Schlacht der Ideen („*bataille des idées*“) zu gewinnen. Er beschreibt dies als „vision gramscienne“, aus der sich ergebe, dass politische Auseinandersetzungen nur zu gewinnen seien, wenn der Kampf der Ideen erfolgreich betrieben werde (Archambault 2021). Blanquer will diesen Kampf um Hegemonie gegen eine vermeintliche ideologische Übermacht führen, die durch *wokisme* und Cancel Culture charakterisiert ist. Ausgestattet mit der politischen Macht eines hohen Regierungsamts stellt der Minister die hegemoniale republikanische Konfiguration der Nation als bedroht und den *wokisme* als vorherrschende Ideologie dar. Die analysierten Diskursfragmente zeigen zudem, dass durch die diskursive Konstruktion des Labels *wokisme* viele verschiedene Kämpfe um soziale Gerechtigkeit zugleich adressiert werden können: so etwa

---

<sup>123</sup> „Im Namen einer doppelten Rationalität – einer neoliberalen und einer illiberalen – zielten die Reformen und Diskurse der ersten Amtszeit darauf ab, kritisches Denken zu ersticken: mit den Mitteln der Unterfinanzierung, der polizeilichen Repression und der politischen Diffamierung.“

Antirassismus oder LGBTQ+-Aktivismus. Diese aktivistischen Kämpfe werden mit wissenschaftlichen Theorien zusammen als woke Ideologien bezeichnet, ohne eine Trennung von wissenschaftlichem Wissen und politischen Projekten vorzunehmen. Die so gefasste *idéologie woke* wird dann als Ganze als gefährlich, totalitär, undemokratisch oder intolerant dargestellt. So wird *wokisme* zu einem „discursive shorthand [...] for being anti-racist, anti-sexist, pro-LGBTQ rights“ (Cammaerts 2022: 735), aber zugleich zum Label eines antirepublikanischen und spalterischen Projekts. Diese diskursive Verknüpfung im Label *wokisme* befeuert die soft-autoritäre Diskursverschiebung im Sinne des rechtsradikalen hegemonialen Projekts: die Opposition zu ausgrenzenden Politiken und Ideologien wird ihrerseits als antidemokratische Ideologie gebrandmarkt.

Opposition zu *wokisme* ist längst eine transnationale Diskurspraktik geworden, die es ihren Nutzer:innen erlaubt, sich zugleich gegen Kritik zu immunisieren und gegenläufige politische Positionen zu abnormalisieren. Dies zeigt Cammaerts (2022) am Beispiel des Vereinigten Königreichs, Daub (2022) nimmt eine transnationale Perspektive ein, die vor allem das eng mit *wokisme* einhergehende Diskursphänomen Cancel Culture kritisch einordnet. Bettag et al. (2023) konzentrieren sich auf den deutschen Verwendungskontext und konstatieren:

[Der Gebrauch der Chiffre woke] schreibt ihrem Benutzer/ihrer Benutzerin eine privilegierte Einsicht gegenüber den weltfremden ‚Woken‘ zu, durch den Sarkasmus stellt sie eine Überheblichkeit gegenüber dem politischen Gegner zur Schau, sie hebt in ihrer Kritik der Scheinmoral der ‚Woken‘ die eigene Kritik in die Sphäre des Moralischen und hat die Funktion der Ab- und Ausgrenzung. Die Vokabel woke avanciert so zur Grundunterscheidung eines polarisierenden Diskurses, der selbst herstellt, was er zu kritisieren vorgibt. (Bettag et al. 2023: 12)

All diese Diagnosen lassen sich auch für den französischen Kontext bestätigen. Gerade der Effekt der Polarisierung ist im französischen Kontext wirkungsvoll, wie etwa die oben analysierte Senatsdebatte illustriert. Auch im publizistischen Kontext gibt es eine Vielzahl von Debattenbeiträgen, die sich oft diametral gegenüberstehen. Hier sind etwa die zweiteilige Studie von Pierre Valentin (Valentin 2021a, 2021b) und die darauf bezogene Entgegnung von Alex Mahoudeau (2022) anzuführen. Während Valentin die *anatomie du wokisme* zu untersuchen angibt, richtet Mahoudeau sein Augenmerk auf die Anatomie der reaktionären Offensive rund um diese politische Ideologievokabel. Valentins Studie wird vom konservativen Think-tank *Fondapol* verlegt, der sich als liberal, progressiv und pro-europäisch versteht. Mahoudeaus Buch ist als politisch links zu verortende Antwort auf die konservative, anti-woke Studie zu verstehen. Im publizistischen Kontext gibt es darüber hinaus eine Fülle an Beiträgen zu dieser polarisierten Debatte, die zum großen Teil eine anti-woke Haltung einnehmen. Hier melden sich neben Journalisten wie Valentin oder Mathieu Bock-Coté (2023) auch angesehene Hochschullehrer:innen zu

Wort, wie etwa die Soziologin Nathalie Heinich (2023), die im Untertitel ihres Buches festhält: „L'enfer woke est pavé de bonnes intentions“<sup>124</sup>. Unter diesen Diskursbedingungen wird *wokisme* zu einem machtvollen, diskursbestimmenden Stigma-Wort, welches gleichermaßen im politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Diskurs verankert ist.

Wie die Analysen zeigen, bündelt der *wokisme*-Diskurs ideologische Inhalte aus den ihm vorangehenden *séparatisme*- und *islamo-gauchisme*-Diskursen. Stärker als diese beiden jedoch wird er durch die Bereiche Wissenschaft, Publizistik und Politik legitimiert und zu einem wichtigen kulturellen Streitthema ausgebaut, das medial und politisch aufgegriffen und zur politischen Positionierung genutzt werden kann. Die Reichweite des Anti-woke-Diskurses ist dabei deutlich größer, als die Diffamierung von Islamist:innen und Akademiker:innen es zulassen würden: *woke* ist eine Diagnose, die sowohl das politische als auch das akademische und kulturelle Feld betreffen kann. So gibt es auf dem Buchmarkt mittlerweile etwa Ratgeber für Eltern mit woken Kindern (Salvador 2022) oder auch eine Abrechnung mit den Mythen der „génération woke“ von einem Autoren aus der Generation „baby-boomer“ (Couturier 2021). Große Medienhäuser widmen dem Phänomen *wokisme* nicht nur erklärende Hintergrundartikel oder Glossare (Gestas 2021), sondern auch Podcastfolgen (Le Monde 2021). Diese können dem radikalen Gehalt zwar auch widersprechen, befördern mit der Reichweite ihrer Medienprodukte jedoch zugleich die Verankerung des Diskurses in der öffentlichen Sphäre.

Die genannten populärwissenschaftlichen und medialen Beiträge zeigen, dass *wokisme* als Borderline-Diskurs bestens geeignet ist. Er ist an große Teile des öffentlichen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Diskurses anschlussfähig und lässt sich sogar kommodifiziert als Ware des kulturellen Konsums vermarkten. Der reaktionäre Gehalt wird dabei auf den ersten Blick nicht notwendigerweise sichtbar, auch weil die Grenzen zwischen *radikal* und *normal* durch die Legitimierung des Diskurses in Politik, Wissenschaft und Medien stark verwischt sind. Die Normalisierung soft-autoritärer Identitätspolitik wird durch diesen kulturell, politisch und medial verankerten Borderline-Diskurs maßgeblich vorangetrieben. *Wokisme* vermittelt zwischen rechtsradikal-identitärer Weltsicht und den sozioökonomischen Abstiegsängsten weißer Mittelschichten und gibt beiden ein gemeinsames Feindbild: woke, ideologisch verblendete – im Extremfall sogar als ihrerseits identitär und intolerant bezeichnete – kulturelle Eliten. Hierin ähnelt er dem *islamo-gauchisme*-Diskurs, ohne jedoch dessen Radikalität offen an den Tag zu legen.

Trotz dieser weniger radikalen Oberfläche und substantieller Kritik auch von dezidiert linker Seite (Mahoudeau 2022; Ibos & Fassin 2023) zeigt die Analyse

---

124 Etwa: „Der Weg in die woke Hölle ist mit guten Absichten gepflastert.“

kookkurrenter Diskurse, wie *wokisme* immer wieder mit Ideologien interagiert, die in politischen Projekten der Gleichstellung totalitäre Tendenzen erkennen. Das Beispiel der Kontroverse um die *écriture inclusive*, aber auch die pauschale Diffamierung post- und dekolonialen Denkens als identitär (Hénin et al. 2023; Observatoire du décolonialisme 2023) illustriert diesen Kurzschluss zur Genüge.

Die Verortung von *wokisme* im universitären, intellektuellen Feld zieht auch dezidierte Kritik von politisch linker Seite nach sich. So widmen sich etwa die renommierten Wissenschaftler Stéphane Beaud und Gérard Noiriel (2021) in einem gemeinsamen Buch der Frage nach der Verwendung der Kategorie *race* in den Sozialwissenschaften. Sie arbeiten heraus, wie die sogenannte *question raciale* in Frankreich im 19. Jahrhundert von konservativen Kräften konstruiert wurde, um dem sozialistischen Deutungsmuster des Klassenkampfes etwas entgegenzusetzen: „Dès le départ, on peut donc dire que la lutte des races a été présentée comme une alternative à la lutte des classes“<sup>125</sup> (Beaud & Noiriel 2021: 365). Kurz gesagt ist laut den Autoren die graduelle Verdrängung der *question sociale* durch die *question raciale* im Interesse der herrschenden Klassen, da sie sozial und ökonomisch niedriggestellte Klassen spalte und entlang ethnischer Linien gegeneinander aufbringe. Dem gegenüber betonen sie, dass der Gefahr einer identitären Schließung nur durch politische Projekte entgegengewirkt werden könne, die antirassistische mit progressiven sozialen Kämpfen verbinden (Beaud & Noiriel 2021: 370). Auch Susan Neiman kritisiert in ihrem Essay *Left is not woke* aus linker Sicht *woke* Denkweisen. Zwar erkennt sie die Wirkmacht der diskursiven Umkehrungen an, die *woke* zu einem „battle cry to attack anyone standing against racism“ (Neiman 2023: 10) machen. Dennoch sieht sie auch reale Prozesse der innerlinken Ausgrenzung und ideologischen Verhärtung am Werk, die eine falsch verstandene und verkürzte Identitätspolitik nach sich ziehe.

Sowohl in der Kritik von Beaud und Noiriel als auch der von Neiman schwingt die Sichtweise mit, dass die Fokussierung auf Identitäten, *tribal thinking* und innerlinke Spaltungen das Bewusstsein der progressiven Klasse in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung trübe. Deswegen sei *woke* eben nicht links, wie Neiman bereits im Titel ihres Essays proklamiert – *woke* stehe der genuin linken Vorstellung entgegen, es gebe reale und begründete Hoffnung auf eine gerechtere und bessere soziale und politische Ordnung. Dementsprechend sei auch die Fokussierung auf die Kategorie *race*, die aus den antirassistischen Kämpfen spreche, letztlich mit den Kapitalinteressen vereinbar, wie Beaud und Noiriel resümieren.

---

125 „Schon von Beginn an wurde der Rassenkonflikt als Gegenmodell zum Klassenkampf positioniert.“

Einer solchen Kritik halten die Sozialwissenschaftlerinnen Eléonore Lépinard und Sarah Mazouz (2019) entgegen, dass sie einmal öfter verdeutliche, wie schwierig es für einen Teil der französischen Sozialwissenschaften sei, sich vom hegemonialen republikanischen Diskurs zu lösen. Intersektionale Forschung (und damit eine Forschungsrichtung, die oft pauschal als *woke* diffamiert wird) berücksichtige nicht nur Prozesse der Rassifizierung, sondern eben auch die Produktion gegenderter Machtverhältnisse sowie sozioökonomische Ausschlussprozesse in der Klassengesellschaft. Die *question raciale* zu ignorieren berge demnach die Gefahr, eine hegemoniale, staatlich beförderte und elitäre Sicht auf Identitäten und ihre Legitimität zu reproduzieren (Lépinard & Mazouz 2019). Nicht zuletzt verdeutlicht diese wissenschaftliche Kontroverse die konfusionistische Eigenschaft des *Wokisme*-Diskurses: politische und moralische Positionen im Kontext von Diskriminierungsformen in eine Links-rechts-Matrix eizuordnen wird zunehmend komplizierter. Vorwürfe des identitären Denkens sind in Frankreich dabei besonders wirksam, da sie an den hegemonialen republikanischen Metadiskurs anschlussfähig sind.

In diesem Kontext hat *Wokisme* als Borderline-Diskurs die Funktion, radikale Ideologien an den politischen Mainstream anschlussfähig zu machen. Zudem hilft dieser Diskurs, in kommodifizierter Warenform, die Frage *woke* oder *anti-woke* als eine Frage des Lebensstils darzustellen: Streamingdienste, Modelabels oder auch Investmentmöglichkeiten<sup>126</sup> werden zunehmend in diesem Gegensatz sozial registriert. Die Entscheidung für oder gegen eine inklusive Schreibweise positioniert Akteur:innen ebenso in einer *Woke-anti-woke*-Matrix wie die Angabe der präferierten Pronomen in einer E-Mail-Signatur. Über diese beiden Funktionen des *wokisme*-Diskurses hinaus zeigt sich auch, dass er innerhalb der politischen Linken Wirkungen entfaltet, die im Extremfall Spaltungen und Grabenkämpfe erzeugen können. Dabei ist die transnationale Dimension dieser diskursiven Konstellation nicht außer Acht zu lassen – in den USA, Deutschland oder Frankreich wirkt sie stark auf das politische und kulturelle Feld ein, während etwa in Ungarn oder Russland die offizielle Regierungshaltung von einer zur Schau gestellten Widerstandshaltung gegen den politischen Westen geprägt ist. So wird etwa eine Anti-Genderismus-Haltung zu einer Chiffre für den Widerstand gegen liberale Werte, die Positionierung in Sachen LGBTQ+-Rechte zu einer Frage nach kultureller und nationaler Identität. Für den französischen Kontext muss gesondert festgehalten werden, dass es der

---

<sup>126</sup> Die Organisation *Woke Finance* (2024) aus dem Vereinigten Königreich gibt so etwa an: „we’re keen on raising awareness and tackling financial exclusion, which often contributes to social exclusion. We want to help young people (particularly those from underserved communities) have access to quality financial education and guidance many say they never got at home or in school“.

politischen Rechten gelingt, ihre Deutung in dieser kulturellen und politischen Kontroverse mit dem hegemonialen republikanischen Metadiskurs zu verbinden. Dementsprechend kann dieser Borderline-Diskurs in der Mitte der öffentlichen Auseinandersetzung seine Wirkung entfalten. Wie kaum ein anderer Diskurs steht *wokisme* deshalb für die schleichende, soft-autoritäre Diskursverschiebung und das zunehmende *Blurring* ideologischer und politischer Trennlinien, welches auch den wissenschaftlichen Diskurs durchzieht. *Wokisme* ist in hohem Maße an populärkulturelle und mediale Diskurse anschlussfähig und verstetigt daher die Präsenz radikaler Inhalte im Zentrum der gesellschaftlichen Debatte.

## 5 *Blurred lines*: Verwischte Grenzen und Konzepte in der *Macronie*

Die hier entwickelte diskursanalytische Praxisperspektive auf soft-autoritäre Diskursverschiebungen und Prozesse des *Blurring* hat sich besonders im Bereich der schleichenden Umordnung von diskursiven Identitätskonstruktionen als sehr fruchtbar erwiesen. Im französischen Kontext können durch diese analytische Brille betrachtet zahlreiche wirkungsvolle diskursive Praktiken ausgemacht werden, die zu einer Aushöhlung demokratischer Normen beitragen. So werden autoritäre Entwicklungen innerhalb demokratischer Institutionen unter Beibehaltung demokratischen Vokabulars vorangetrieben. Autoritär-populistische Diskurse und Politiken werden so normalisiert, ohne dass der rechtsradikale RN an der Regierung beteiligt ist. Die maßgeblichen Akteur:innen dieser soft-autoritären Normalisierung sind daher im Zentrum des politischen und ökonomischen Machtblocks zu suchen: Macrons Diktum des *en même temps*, sein Bestreben, die politische Links-rechts-Matrix zu überwinden, ebnet allem Anschein nach der *Nouvelle Droite* ideologisch und politisch den Weg ins Zentrum des Diskurses. Soft-autoritäre Diskursverschiebungen sind Bestandteile des hegemonialen Projekts des organisierten Rechtsradikalismus – doch sie werden von den Parteien des Zentrums ermöglicht, die dem steigenden Druck von rechts nachgeben.

Die analysierten Beispiele zeigen das komplexe Zusammenspiel von langfristigen Hegemoniekämpfen und disruptiven Medienhypes, die soft-autoritäre Diskursverschiebungen begünstigen. Außerdem deuten sie darauf hin, dass das Feld der Identitätspolitik ein wesentlicher diskursiver Angriffspunkt für rechtsradikale Umformungen gesellschaftlich geteilten Wissen darstellt. Soft-autoritäre Verschiebungen sind demnach komplexe Praktiken der Normalisierung rechtsradikaler Diskurse und Ideologien, in deren Verlauf Rekontextualisierungen zentraler identitätsbezogener Begriffe vorgenommen werden. Soft-autoritär sind diese identitätspolitischen Verschiebungen, wenn sie, wie in den oben analysierten Diskursformationen, im Bezugsrahmen demokratischer Institutionen verbleiben, wie hier dem Metadiskurs des französischen Republikanismus, aber zugleich einen direkten oder mittelbaren entdemokratisierenden Effekt zeitigen. Der ausgrenzende, nationalistische und rassistische ideologische Gehalt wird in demokratische Terminologie verpackt, sodass eine offene Demokratiefeindlichkeit nicht auf den ersten Blick erkennbar ist. Soft-autoritäre Verschiebungen zeichnen sich dadurch aus, die Diskurse, Positionierungsmöglichkeiten und Begriffsinhalte so umzuformen, dass im Gewand demokratischer Terminologie autoritäre Inhalte transportiert werden können. Letztlich kann so eine undemokratische Gesellschaftsvision als demokratisch und der liberal-demokratische Status Quo als korrupt, gefährlich oder sogar

totalitär dargestellt werden. Das Resultat solcher diskursiven Praktiken stellt sich den Diskursteilnehmer:innen als Diskursordnung dar, die hochgradig komplex erscheint, in der politische und ideologische Grenzen verwischt und unklar erscheinen, Allianzen scheinbar zufällig und kontraintuitiv entstehen und Wörter unvorhergesehene, oft gegenteilige Effekte hervorzurufen scheinen. Soft-autoritäre Diskurspraktiken verwischen Grenzen, verkehren Opfer- und Täterrollen ins Gegenteil, lassen Szenarien der Bedrohung entstehen, wo eigentlich eine sozio-ökonomische und politische Privilegierung vorliegt.

In Frankreich kann insbesondere eine politisch-strategisch motivierte Verschiebung der Grundbegriffe des universalistischen Republikanismus beobachtet werden. Unter dem Einfluss der *Nouvelle Droite* verschieben sich bereits seit Jahrzehnten zentrale Grundbegriffe der Republik, wie das Beispiel der *laïcité* zeigt. Diese Entwicklung betrifft sowohl den kulturellen und zivilgesellschaftlichen als auch den im engeren Sinne politischen Diskurs, wie etwa in den Parlamenten. Insbesondere diese Übernahme des republikanischen Vokabulars wirkt sich erheblich auf ideologische und politische Abgrenzungen aus und verunklart die Zuordnung zu politischen Lagern enorm.

Die rechtsradikalen Parteien lehnen währenddessen vordergründig nicht die Demokratie an sich ab, wie es etwa die faschistischen Bewegungen der 1920er und 30er-Jahre taten. Stattdessen zeichnet sich der gegenwärtige Angriff auf die Demokratie dadurch aus, den demokratischen Diskurs zu nutzen, um eine illiberale, majoritäre und identitäre Version von Demokratie populär und für wachsende Teile der Bevölkerung attraktiv zu machen. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Marine Le Pen den Wahlerfolg des RN bei den Parlamentswahlen 2022 nicht nur als Wahlrevolution von großem Ausmaß („*révolution électorale de grande ampleur*“), sondern eben auch als demokratische Revolution („*révolution démocratique*“) bezeichnet (RN - Rassemblement National 2022). Sie fährt fort, indem sie ihren Wahlerfolg als ‚demokratischen Aufstand‘ bezeichnet:

Nous vivons, mes amis, un véritable soulèvement démocratique contre le joug de ces idéologies corruptrices et destructrices: le mondialisme, l'affairisme, l'immigrationnisme, le wokisme, l'indigénisme, la dictature de groupes extrémisés parlant au nom de minorités qui ne demandent pas d'être instrumentalisées.<sup>1</sup> (RN - Rassemblement National 2022)

---

1 „Wir erleben, meine Freunde, einen echten demokratischen Aufstand gegen das Joch jener korrumpierenden und zerstörerischen Ideologien: Globalismus, Profitstreben, Migrationsdogmatismus, Wokismus, Indigenismus – und gegen die Herrschaft extremisierter Gruppen, die im Namen von Minderheiten sprechen, die gar nicht vereinnahmt werden wollen.“



Le Pen verbindet in autoritär-populistischer Manier verschiedene Diskurselemente wie Immigration, *wokisme*, Korruption und Anti-Elitismus und zielt darauf ab, ihre Partei als die wahre demokratische Alternative darzustellen. Immigration stelle für die politische Elite kein Problem dar, wie Le Pen ausführt, sondern ein Projekt (RN - Rassemblement National 2022) – hier spielt sie gezielt auf Denkmuster an, die aus dem Verschwörungsmythos des ‚großen Austauschs‘ bekannt sind (Camus 2011). Der Diskurs des organisierten Rechtsradikalismus stellt solche neofaschistischen Ideologien als demokratisch dar.

Hier liegt ein Unterschied zum historischen Faschismus vor, der offen antideмократisch war, auch wenn er demokratische Institutionen nutzte, um seine Machtbasis herzustellen und zu legitimieren. Der gegenwärtige Kampf ist nicht der Gegensatz von Demokratie und Autokratie – Demokratie ist als normativer Rahmen gesetzt und kann in der hegemonialen Diskursordnung nicht offen abgelehnt werden. Stattdessen wird die Demokratie selbst zum diskursiv umkämpften Gegenstand. Die *Nouvelle Droite* entwirft in diesem diskursiven Kampf eine Vision der Demokratie, die dem Schutz von Minderheiten eine ethnonationalistische Ideologie entgegenstellt. Schutzbedürftig sind in dieser Ideologie nicht die Minderheiten, sondern die Mehrheit, die vor ihrer drohenden Auslöschung geschützt werden muss. Zu den hierfür verwendeten Persuasionsstrategien gehören die Produktion medialer Hypes, Schüren von Ressentiments auf politische und kulturelle Eliten sowie rassifizierte Minderheiten und die Abnormalisierung des Kampfes um soziale Gerechtigkeit (Demirović 2018: 29; Cammaerts 2022). Auch diese Diskurspraktiken tragen zum *Blurring* bei: aufgeweichte ideologische Grenzen und die gleichzeitige Affirmation faktischer Gegensätze. Exemplarisch dafür kann Macrons Separatismusdiskurs angeführt werden, in dem der Präsident explizit angibt, den Islam nicht stigmatisieren zu wollen, und dennoch antimuslimische Stereotype bedient. Der Separatismusdiskurs wurde zudem dafür genutzt, ein einseitig gegen muslimische Gruppen gerichtetes Gesetz zu rechtfertigen.

Die *Nouvelle Droite* ist in ihrem Kampf um kulturelle und politische Vorherrschaft auf Verbündete angewiesen, die ihnen Zugang zur öffentlichen Debatte verschaffen. Deswegen ist die Analyse rechtsradikaler Diskurse besonders dort relevant, wo sie einen Einfluss auf konservative, liberale und sozialdemokratische Politik ausüben – wo also anti-demokratische Deutungen in das Vokabular des hegemonialen Demokratiediskurses überführt werden können. Diese Übernahme rechtsradikaler Deutungsmuster ins Zentrum der diskursiven Auseinandersetzung ist (auch) ein Produkt der mangelnden Abgrenzung demokratischer Akteur:innen nach rechts. Der Versuch, der politischen Repräsentationskrise und der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit populistischer Antisystem- und Anti-Elitenrhetorik zu begegnen, führt daher nur kurzfristig zu politischem Erfolg. Dies hat das Beispiel Emmanuel Macrons und seiner als ‚Bewegung‘ dargestellten, im Kern neoliberalen

Partei *La République en Marche* bzw. *Renaissance* gezeigt. 2017 gelang es Macron, die Sozialisten und die konservativen *Républicains* als maßgebliche politische Parteien zu beerben. Jedoch stieg auch der RN während seiner ersten Amtszeit zu vorher nicht gekannter Popularität auf. Diese Entwicklung wird auch dadurch befeuert, dass zentrale Akteur:innen des Regierungsblocks diskursive Praktiken und Inhalte ihrer rechtsradikalen Konkurrent:innen übernehmen und ihnen so zusätzliche Legitimität verleihen. Auch hier werden politische und diskursive Grenzen verwischt, bis zu dem Punkt, dass rechtsradikale Politiken in geltendes Recht überführt werden und dies sogar noch als ideologischer Sieg der Regierung dargestellt wird.

Die Analysen haben gezeigt, dass soft-autoritäre Diskursverschiebungen von einer Reihe von diskursiven Praktiken getragen werden, die zentral darauf beruhen, dass eine Bedrohungslage behauptet wird. Die nationale Einheit, die französische Identität, die Demokratie und der universalistische Republikanismus werden als gefährdet dargestellt. Die Gefahr geht in diesen Szenarien vom Islam(ismus), linken Ideologien, *woken* Denkweisen und Akademiker:innen sowie der Ausweitung der Rechte sexueller Minderheiten aus. Diese Umkehrung der Rollen mündet in einer Vorstellung von einer Mehrheitsbevölkerung in ständiger Gefahr durch Minderheiten. Diese Mimikry der Marginalität ist eine zentrale diskursive Praktik soft-autoritärer Diskursverschiebungen (Kap. 5.1) (Warnke et al. 2022, Steinhauer 2024).

Soft-autoritäre Verschiebungen ordnen Diskursräume um, indem sie die Positionierungsmöglichkeiten verengen. Sie besetzen den politischen Raum mit Kampfbegriffen und Stigmawörtern, die es notwendig machen, sich entweder für oder gegen sie zu positionieren. Auf diesem Wege kann der Diskursraum umgeordnet werden, indem neue Gegensätze und Abgrenzungsnotwendigkeiten geschaffen werden. Nach und nach kann so unter dem ideologischen Einfluss der *Nouvelle Droite* eine Diskurslandschaft konstruiert werden, die zunehmend identitärer wird, und die, anstatt lebhafte und nuancierte Debatten zu ermöglichen, reflexhafte Einordnungen in verkürzte Dichotomien vornimmt. Komplexe Argumente werden zunehmend durch einfache Deutungsmuster ersetzt, die oft die soziale, religiöse, politische oder ethnische ‚Identität‘ des sprechenden Subjekts zur alleinigen Matrix seiner Positionierung machen. Eine solche identitär umgeformte Diskursordnung ermöglicht es auch, autoritäre Ideologien als einzige Alternative zum krisenhaften Status Quo darzustellen (Kap. 5.2).

Soft-autoritäre Diskursverschiebungen ziehen politische Effekte nach sich. Ändern sich die diskursiven Spielregeln im Bereich des Politischen, so ändern sich auch die Parameter, nach denen politische Inhalte als wünschenswert, geboten oder alternativlos verstanden werden. In Frankreich führt der Einfluss fortschreitender soft-autoritärer Verschiebung dazu, dass besonders Elemente des liberalen

Konstitutionalismus langsam in Zweifel gezogen und teilweise aktiv angegriffen werden – und das nicht nur von rechts, sondern auch von Seiten der Regierung. Das in der Einleitung erwähnte Einwanderungsgesetz ist nur eines von mehreren Beispielen, in denen Macrons Regierung liberale Grundrechte aufweicht. Auch in den Bereichen Wissenschaftsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit zeigen sich ernst zu nehmende Erosionsbewegungen (Fassin 2024).

## 5.1 Mimikry der Marginalität als soft-autoritär-identitäre diskursive Praktik

In Demokratien wie Frankreich ist Faschismus nach wie vor mit einem starken Tabu belegt. Auch biologistischer Rassismus oder Antisemitismus und explizite Diskriminierung werden sanktioniert. Rechtsradikale bedienen sich daher diskursiver Praktiken, mit denen sie solche tabuisierten und geächteten Ideologien dennoch in die Sphäre des Sagbaren transportieren können – genauer gesagt, ihre ideologischen Gehalte in anderen Worthülsen präsentieren. Diese soft-autoritäre Herstellung von kultureller und auch politischer Hegemonie ist in Frankreich bereits fortgeschritten. Besonders wirkmächtig ist in diesem Zusammenhang die Darstellung der Mehrheitsbevölkerung oder des nationalen ‚Wir‘ als bedroht. Die in der Tiefenanalyse untersuchten Diskurse um *séparatisme*, *islamo-gauchisme* und *wokisme* tragen jeweils mit unterschiedlicher inhaltlicher Ausformung zu dieser Wahrnehmung bei.

Gekleidet in die staatstragende Rhetorik des Präsidenten der Republik wird die soft-autoritäre Dimension der Umkehrfigur *séparatisme* verschleiert. Sie stellt gerade auf diese Weise eine Anschlussmöglichkeit für Verschwörungsmymen wie den Glauben an einen Bevölkerungsaustausch und planvolle Islamisierung westlicher Demokratien her. Die Umkehrdynamik bezieht sich auch auf die Rollen, die in dieser politischen Imagination den verschiedenen demografischen Gruppen zugeschrieben werden: die weiße (säkulare oder katholische) Mehrheit der Bevölkerung gerät in dem Szenario in die Rolle der bedrohten Minderheit, die angeblich sozial, politisch, sexuell, moralisch und ökonomisch entmachtet wird. Eine solche kontrafaktische und politisch motivierte Umkehr von Machtverhältnissen spielt gezielt mit der Einnahme der Position der Marginalität zur Absicherung sozialer und politischer Privilegien und Macht. Gleichzeitig verschleiert sie die fortschreitende Ausgrenzung rassifizierter, migrantisierter Minderheiten. Die Mimikry der Marginalität, wie Warnke et al. (2022) diese Pose der strategischen Selbstmarginalisierung nennen, führt dazu, dass real-existierende systemische Ausschlüsse verschleiert oder sogar vehement geleugnet und politisch bekämpft werden können. Hier laufen, in einer Art pervertiertem intersektionalen Kampf um Anerkennung,

verschiedenste Diskurse ineinander und weisen wie in einem Zerrbild die Mehrheit als bedroht und die Minderheit als Bedrohung aus: Die nationale Einheit wird durch postkoloniale Theorien, die Rechte weißer Männer durch feministische Emanzipation, der Wohlstand der Mittelschicht durch Kultur- und Bildungseliten und die heteronormative Familie durch queere Lebensentwürfe bedroht. Ein sprechendes Beispiel liefert die Sozialstruktur der LMPT-Bewegung, die entgegen dem Anschein eine breite soziale Protestbewegung zu sein, im Kern eine Mobilisierung der „decidedly white, Christian, right-wing and upper middle-class“ darstellt (Stambolis-Ruhrstorfer & Tricou 2018: 88). In Übereinstimmung mit modernem neofaschistischen Denken wird so der prototypische weiße Mann der Mittelschicht („*homme blanc majoritaire de classe moyenne*“) zum wahren Opfer erklärt und die Wahrung seiner Rechte gegen die von (ethnischen, religiösen oder sexuellen) Minderheiten ausgespielt (Fassin 2019b).

Anschlussfähige Stichworte für diesen politischen und diskursiven Kampf liefern die oben analysierten Diskurse: *séparatisme* als prototypische Figur der Umkehr; *islamo-gauchisme* als aggressive Konstruktion von Komposit-Feindbildern; *wokisme* als neoliberal-autoritärer Backlash gegen Politiken der Antidiskriminierung und Dekolonialisierung. Allen dreien ist gemein, dass sie, ganz im Sinne der Mimikry der Marginalität, Kritik an systemischen Ausschlüssen bewusst als invektive Diskurse darstellen. Diese Darstellung kann dann, wie Scharloth (2017: 117) zeigt, „dazu genutzt [werden], soziale Ordnungsvorstellungen entweder kritisch zu thematisieren oder als hegemonial erscheinen zu lassen“. Die Präsentation der Gegenseite als hegemonial geht mit der Markierung der Eigenposition als marginal einher – eine diskursive Praktik der Umkehr, die in den analysierten diskursiven Konstellationen umso erstaunlicher wirkt, wenn sie zu großen und maßgeblichen Teilen vom Präsidenten der Republik oder Mitgliedern seiner Regierung geäußert wird.

Ein weiteres sprechendes Beispiel ist die oben analysierte soft-autoritäre Wendung Macrons in seinen Reden zum *séparatisme*: die Thematisierung postkolonialer Kontinuitäten und Ausschlüsse wird als unzulässige Überbetonung kommunitaristischer Gruppenidentität gerahmt, ferner als traumatisierend, spaltend und gegen Frankreich gerichtet. So stellt Macron politischen Aktivismus und akademische Theorien als Angriff, als verwerflich und verletzend dar – ein metainvektiver Diskurs, der eine Opposition konstruiert und der Mehrheit der weißen Französischen die Rolle der zu Unrecht an den Rand Gedrängten und in die moralische Defensive Gezwungenen anbietet. An den Universitäten wird die Hegemonie militanter linksradikaler, *woker* und *islamo-gauchistischer* Gruppen behauptet, die in autoritärer Manier Debatten unterbinden und ihnen widersprechende Standpunkte nicht zu Wort kommen lassen (Cancel Culture). Hier wird der sogenannte *wokisme* als hegemoniale Ideologie dargestellt, die ihrerseits metadiskursive Praktiken

beinhalte, nämlich das moralische Herabsetzen bestimmter Positionen, oder das aggressive Zensieren missliebiger Inhalte.

Die unter *wokisme* subsumierten Gender Studies und dekolonialen Studien stellen als Objekt solcher Debatten wohl den deutlichsten Kristallisationspunkt des soft-autoritären Potentials der Metainvektivität dar. Ihnen wird vorgeworfen, schädlichen Ideologien Vorschub zu leisten, die nicht nur die universitäre und öffentliche Debattenkultur, sondern letztlich sogar die Nation in ihrer Identität und ihrem Fortbestand bedrohen:

La dérive de ces idéologies menace directement l'art de vivre et de penser à la française, et compromet la possibilité de le transmettre aux générations futures. Le décolonialisme est un danger pour l'université, pour la démocratie et pour la société.<sup>2</sup> (Hénin et al. 2023: 12)

Das diskurstransformierende Potential metainvektiver Debatten wird in soft-autoritären Kontexten genutzt, um Kritik an Diskriminierung unwirksam zu machen und sie sogar ihrerseits als diskriminierend oder herabsetzend, zumindest aber ungebührlich darzustellen. So nehmen die (in ihrer Sicht) zu Unrecht als rassistisch, islamophob oder sexistisch Bezeichneten die Position der Herabgesetzten und Ausgeschlossenen – *Gecancelten* – ein. Die Diskursgeschichte von *islamo-gauchisme* zeigt dies besonders deutlich: Kritik an islamophober Diskriminierung wird in diesem Diskursstrang als böswilliger Vorwurf und sogar als ideologische Unterstützung des Islamismus dargestellt. Islamophobie kann auf diese Weise sogar als Ausdruck des Protests gegen den vermeintlich hegemonialen, *woken* und politisch korrekten Diskurs dargestellt werden.

Eben diese Konstellation kennzeichnet die überaus wirksame und machtvolle Diskursfigur der Mimikry der Marginalität. Sie stützt sich auf metadiskursiv konstruierte Normalitätserwartungen, wie sie in der Opposition von *sens commun* und *pseudo-science* deutlich werden. Mittels Diskurselementen wie *séparatisme*, *wokisme* und *islamo-gauchisme* kann diese diskursive Ordnung aktualisiert und ins alltägliche politisch-diskursive Geschehen eingebracht werden. Dort gestaltet sie den politisch-medialen Alltagsdiskurs aktiv um. Je nachdem, welche Auslegung metadiskursiver Elemente Hegemonie erlangt hat, können so politische Positionen als realitätsfern, nicht-laizistisch, spaltend oder unfranzösisch dargestellt werden. Die Mimikry der Marginalität wirkt auf diese Weise direkt auf die Landschaft der möglichen politischen Positionierungen ein. Sie stellt eine zentrale diskursive Praktik dar, mit deren Hilfe im republikanischen Metadiskurs die Leitlinien dessen

---

2 „Die Fehlentwicklung dieser Ideologien bedroht direkt die französische Lebens- und Denkweise und gefährdet die Möglichkeit, sie an zukünftige Generationen weiterzugeben. Der Dekolonialismus stellt eine Gefahr für die Universität, für die Demokratie und für die Gesellschaft dar.“

verändert werden können, was als *universalistisch*, *republikanisch* oder *laizistisch* verstanden wird. Diese Verschiebungen innerhalb der metadiskursiven Ordnung weisen jedoch weit über das diskursive Feld politischer Ideologien und Konflikte hinaus. Sie haben das Potential, radikale politische Positionen zu befördern und so die demokratische Ordnung nachhaltig zu transformieren. Minderheitenschutz ist ein zentraler Baustein liberal-demokratischer konstitutioneller Ordnung. Wenn dieser demokratische Grundbaustein sukzessive als radikale, schädliche, unrepublikanische Position gebrandmarkt wird, ist dies ein Schritt zu seiner Aufweichung und Erosion.

In einem Gastbeitrag in der Wochenzeitung die ZEIT widmet Randeria (2021: 47) zwei Aspekten des *Soft Authoritarianism* besondere Aufmerksamkeit: „der systematisch herbeigeführten Verzerrung von Wahlergebnissen sowie den gezielt geschürten demografischen Ängsten“. Letztere sieht Randeria als einen wesentlichen Bestandteil dessen, was sie als „unsichtbare Identitätspolitik der Mehrheit“ bezeichnet, bei der es darum gehe, „dauerhafte Wahlmehrheiten auf der Grundlage von Religion, Rasse oder Ethnizität zu schaffen“ (Randeria 2021: 47). Soft-autoritäre Identitätspolitik verbindet in Frankreich die Diskreditierung emanzipatorischer Projekte mit einer Vorstellung des Demos, die zentral auf einer säkularen oder jüdisch-christlichen Nationalidentität beruht. Zwar ist in dieser offiziellen republikanischen Idee von Zugehörigkeit keine Rede von ethnischer Herkunft; die sich verändernde, restriktiv gegen den Islam gewendete Auslegung der *laïcité* beinhaltet jedoch ein klares Othring von Muslim:innen oder als solchen gelesenen Menschen in Frankreich.

Gezielt geschürte *demographic panics* sind in Immigrations- und Integrationsdebatten, Diskursen über Terror, Islamismus und Islamisierung in Frankreich, wie im gesamten politischen Westen, zu beobachten. So berufen sich politische Kräfte der extremen Rechten, aber zunehmend auch konservative Akteur:innen, auf Szenarien des sogenannten Bevölkerungsaustauschs, die auf dem Glauben an geplant herbeigeführte Überfremdung und Islamisierung beruhen. Wie Randeria weiter ausführt, wird in diesen Bedrohungsszenarien mit der angeblich hohen Geburtenrate von Minderheiten argumentiert, aufgrund derer die Mehrheitsbevölkerung nach und nach in die Minderheit gerate. Dies wird als eine „existenzielle Bedrohung für die ethnisch definierte ‚Reinheit der Nation‘ konstruiert.“ (Randeria 2021: 47).

Das Szenario des Bevölkerungsaustauschs ist ein Grundpfeiler der Ideologie der globalen radikalen Rechten (Bhatt 2021). Auch in Frankreich hat dieses Szenario seit seiner Veröffentlichung durch Renaud Camus im Jahr 2011 seinen Weg in die Mitte der Öffentlichkeit gefunden, wie eine Meinungsumfrage vom Oktober 2021 anlässlich der Präsidentschaftswahlen 2022 verdeutlicht. Den Befragten wurde unter anderem die Frage gestellt, ob die europäische, weiße und christliche Bevöl-

kerung in Frankreich aufgrund von muslimischer Immigration aus dem Maghreb und Sub-Sahara-Afrika<sup>3</sup> vom Aussterben bedroht sei. 61% der Befragten bejahten dies. Dabei hielten es 27 % für gewiss, 34% für wahrscheinlich, dass sich ein solches Szenario in Frankreich ereignen wird (Levy et al. 2021: 42).

Diese Meinungsumfrage verweist auf die Aktualität und Salienz rassistisch und ethnonationalistisch geprägter Bedrohungsszenarien in Frankreich und auf ihre fortgeschrittene Normalisierung. Auf die Umfrage reagiert der Sender CNEWS am 31.10.2021 mit einer Sendung, zu der der Urheber der Verschwörungserzählung des ‚großen Austauschs‘ Renaud Camus persönlich eingeladen wird. Hier vertritt er unwidersprochen seine These der stattfindenden schleichenden Kolonisierung Frankreichs durch Einwanderung und den Islam:

[L]es femmes voilées aujourd’hui sont un peu le drapeau de la conquête, de la colonisation. [...] Le grand remplacement s’inscrit dans l’histoire globale de la colonisation.<sup>4</sup>

Einen weiteren Hinweis darauf gibt die hohe Zustimmungsrates sowie die mediale Dauerpräsenz des Publizisten und Journalisten Éric Zemmour, der zu dieser Zeit als möglicher Präsidentschaftskandidat galt, die Kandidatur aber noch nicht bestätigt hatte. In der genannten Umfrage lag er mit 17 bzw. 18% an zweiter Stelle, hinter dem amtierenden Präsidenten Macron und einen Prozentpunkt vor der Kandidatin des RN Marine le Pen. Zemmour vertritt rassistische und islamophobe Ansichten, polarisiert etwa mit der Forderung, Migrant:innen müssten traditionelle französische Vornamen annehmen und steht für einen Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union. Und auch die bei der Präsidentschaftswahl erfolglos gebliebene Kandidatin der konservativen Partei LR Valérie Pécresse sah sich vehementer Kritik ausgesetzt, als sie bei einer Wahlkampfveranstaltung am 13. Februar 2022 in Paris den ‚großen Austausch‘ als Gefahr für Frankreich anführte. Sie skizziert in ihrer Rede vor Anhänger:innen das Bild Frankreichs als Nation, die geopolitisch zwischen den Interessen der Großmächte China und USA aufgerieben werde (Le Monde 2022). Angesichts dieses Szenarios stellt Pécresse die Frage:

Dans dix ans, serons-nous encore la septième puissance du monde? Serons-nous encore une nation souveraine ou un auxiliaire des Etats-Unis, un comptoir de la Chine? Serons-nous une

<sup>3</sup> Im französischen Original wird der umstrittene Terminus ‚Schwarzafrika‘ („*Afrique noire*“) verwendet (Levy et al. (2021: 38).

<sup>4</sup> „Verschleierte Frauen sind heutzutage gewissermaßen die Fahne der Eroberung, der Kolonisierung. [...] Der große Austausch schreibt sich in in die globale Geschichte der Kolonisation ein“. Das Video ist nicht mehr abrufbar, der Zugriff zum Zweck der teilweisen Transkription erfolgte am 02.11.2021.

nation unie ou une nation éclatée? Face à ces questions vitales, pas de fatalité. Ni au grand remplacement ni au grand déclassement. Je vous appelle au sursaut.<sup>5</sup> (Le Monde 2022)

Diese Beispiele zeigen, dass die Identitätspolitik der Mehrheit, wie Randeria sie als Bestandteil soft-autoritärer Herausforderungen für die Demokratie beschreibt, in Frankreich zu großen Teilen normalisiert ist. Nationale Zugehörigkeit wird als exkludierender Diskurs verhandelt, indem bestimmte Minderheiten und die Immigration bestimmter Gruppen als bedrohlich und ihre Verhaltensweisen als illegitim dargestellt werden. Die grundlegende diskursive Figur in diesem Kontext ist jedoch nicht ausschließlich die der Exklusion von Minderheiten, sondern immer deutlicher eine der Umkehr: Die Erzählung von der bedrohten weißen Mehrheit stellt rassifizierte Trennlinien innerhalb der Bevölkerung her und suggeriert, die weiße (christliche oder säkulare) Mehrheitsbevölkerung gerate in die Minderheit. Die Bandbreite an Positionen, die innerhalb dieser diskursiven Umkehrung eingenommen werden, erstrecken sich von der Erforschung des sogenannten anti-weißen Rassismus (*racisme anti-blanc*) (Yildiz 2021) bis hin zur Angst vor der *white extinction*, die laut Chetan Bhatt (2021) das übergreifende Thema des gegenwärtigen westlichen Faschismus darstellt. In Frankreich ist zu beobachten, dass Szenarien des Austauschs und der Auslöschung der weißen Mehrheit nicht mehr Alleinstellungsmerkmal rechtsradikaler Verschwörungstheorien sind, sondern zunehmend in der Öffentlichkeit diskutiert und von wachsenden Teilen der Bevölkerung geteilt werden.

Wenngleich sich eine solche Diagnose wohl für viele europäische und dem politischen Westen zuzuordnenden Staaten stellen ließe, sind die spezifischen Diskursbedingungen und -ereignisse in Frankreich besonders brisant. Hier besteht seit Jahrzehnten eine blühende intellektuelle Landschaft im rechtsradikalen Spektrum. Vordenker:innen der *Nouvelle Droite* finden hier mit ihren Ideen vermehrt großen Anklang, identitäre und ethnonationalistische Bewegungen beziehen sich auf Theorien von französischen Vordenkern wie Renaud Camus und Alain de Benoist. Rechtsradikale haben hier früh begonnen, Verlage und Thinktanks zu gründen. An privaten Universitäten können Studierende mit rechtsradikalem Gedankengut beeinflusst werden. So bildet das von Marion Maréchal, Marine Le Pens Nichte, gegründete *Institut de Sciences Sociales, Économiques & Politiques* (ISSEP) in Lyon

---

5 „Werden wir in zehn Jahren noch die siebtgrößte Macht der Welt sein? Werden wir noch eine souveräne Nation sein oder nur ein Anhängsel der Vereinigten Staaten, ein Außenposten Chinas? Werden wir eine geeinte Nation bleiben oder in Stücke zersplittert sein? Angesichts dieser existenziellen Fragen verbietet sich jeder Fatalismus. Weder beim großen Austausch noch beim großen Abstieg. Ich rufe Sie zu einem Aufwachen, zu einem Aufbruch auf.“



hauptsächlich Mitglieder der rechtsradikalen Szene aus (Delaporte 2021; Geva & Santos 2021).

Auch im literarischen Feld verschwimmen die Grenzen zwischen Verschwörungsmmythen und literarischer Gesellschaftskritik, hält man sich etwa die Szenarien vor Augen, die Jean Raspail (1973) in *Le Camp des Saints* und Michel Houellebecq (2015) in *Soumission* entwerfen. Während Raspail die Belagerung und Besetzung Südfrankreichs durch Massen von Geflüchteten beschreibt, entwirft Houellebecq das Szenario eines islamistischen Präsidenten, der sich 2017 im zweiten Wahlgang gegen Marine Le Pen durchsetzt. Es folgt eine detaillierte Schilderung der Unterwerfung der Republik unter den politischen Islam und die Gesetze der Scharia. Solche Szenarien der Islamisierung, die damit einhergehende Konstruktion von Feindbildern, und die geschürten demografischen Ängste wirken weit über das literarische Feld hinaus. Extrem-rechte Bedrohungsszenarien beeinflussen in Frankreich aktiv den öffentlichen Diskurs und auch wichtige Politikfelder und Gesetzgebungsprozesse. Zudem fassen sie (hier in literarisch verdichteter Form) zwei Szenarien zusammen, die den Kern des untersuchten Diskursphänomens ausmachen: erstens die Vorstellung der feindlichen Bedrohung und Okkupation durch äußere Feinde und zweitens die interne Unterminierung durch politische Kräfte und Ideologien im Inland. Die hier im Mittelpunkt stehenden Diskurselemente *séparatisme*, *islamo-gauchisme* und *wokisme* sind ein wichtiger Bestandteil des Fortschreitens dieser voranschreitenden Identitätspolitik der Mehrheit. Die diskursive Praktik der Umkehrung ist in der Inanspruchnahme der Rolle der (politisch, demographisch, kulturell) marginalisierten Gruppe sehr präsent. Zugleich werden mit der Übernahme dieser Diskurse und Ideologien durch liberale und konservative Akteur:innen diskursive Grenzen verwischt und verunklart. Diese Konstellation stellt sich besonders deswegen als so wirkungsvoll dar, weil die sich darin manifestierenden Protestbekundungen so gut an Ängste und Ressentiments anschließbar sind, die bis weit in die sogenannte Mitte der Bevölkerung hinein bestehen. Die Furcht vor dem wirtschaftlichen Abstieg ist in Frankreich sehr real, steigende Ungleichheit, Sozialabbau und Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen politisch gewollt. Dass es im Moment den Rechtsradikalen mit autoritär-populistischen, reaktionären Antworten auf diese neoliberale Deklassierung der Mittelschicht gelingt, das Wählerpotential zu aktivieren, ist zu einem großen Teil der Wirkmacht ihrer diskursiven Verwischungen und Umkehrungen zuzuschreiben.

## 5.2 Autoritäre Diskurs(um)ordnung

Eine weitere Gemeinsamkeit der in der Tiefenanalyse untersuchten Diskurse ist ihr Effekt auf diskursive Positionierungsmöglichkeiten. Schon die Überblicksanalyse

hat gezeigt, dass im Diskurs um Autoritarismus eine polarisierte Debatte über Demokratie und ihre Gefährdung geführt wird. In der diskursiven Umgestaltung des republikanischen Metadiskurses und vor allem im Boderline-Diskurs um den *wokisme* wird zudem deutlich, wie die Möglichkeiten der politischen Positionierung zunehmend eingeschränkt werden. Soft-autoritäre Verschiebungen ziehen demnach auch Umordnungen nach sich, die den Diskurs oft unterkomplex, unnuanciert und in seinen Positionierungsmöglichkeiten auf identitäre Kennzeichen der sprechenden Subjekte reduziert wirken lassen.

In diesem Kontext ist wiederum das Konzept der Metainvektivität hilfreich. In diskursiven Kämpfen darum, was als invektiv gelten kann, verschieben sich zugleich Parameter der Beurteilung und Einordnung öffentlicher Sprechakte. Metainvektive Debatten sind kennzeichnend für die schleichende Normalisierung von exkludierenden Ideologien: die Aushandlung dessen, was als herabsetzend, beleidigend, verletzend oder zu Unrecht kritisierend verstanden wird, bestimmt auch, welche Ideologien sanktioniert oder geduldet werden. Dies wird in Frankreich in einem Rahmen debattiert, den der republikanische Metadiskurs setzt. So richten sich metainvektive Debatten zuvorderst auf die Auslegung dessen, was als *universalistisch*, *republikanisch* oder *laizistisch* verstanden wird, weil daraus folgt, was legitimer Weise gesagt und was kritisiert und verworfen werden kann.

Dieses Spiel mit Metapositionierungen, also dem (Um)Formen von Möglichkeitsbedingungen für Positionen, die einzunehmen sind, hat reale und tiefgreifende Effekte auf die politische Landschaft Frankreichs. Stigmawörter wie *wokisme* sind Materialisierungen dieser metainvektiven Debatten, die das reale, wahrgenommene Positionierungsfeld im Vollzugsgeschehen strukturieren und (neu)ordnen. Ihre deklarative Kraft, die bereits in der Verwendung der Substantive auf den Diskurs wirkt, trägt ebenso dazu bei, dass *islamo-gauchisme*, *séparatisme* oder *wokisme* als reale Phänomene verstanden werden. Ihre Existenz abzustreiten ist damit schon auf der Wortebene eine komplexe sprachliche Handlung, da die Verwendung die Existenz eines damit bezeichneten Sachverhalts präsupponiert. Präsuppositionen haben die Eigenschaft, auch unter Negation bestehen zu bleiben (Szigeti 2019). Das In-die-Welt-Setzen dieser politischen Positionierungswörter formt die möglichen einzunehmenden Positionen im betreffenden Thema: stimmt man den Prämissen zu, die ihre Verwendung transportiert, oder lehnt man sie ab? Eine Infragestellung der Präsuppositionen des Begriffs, genauer der Existenz eines realen Phänomens, das mit dem Wort bezeichnet wird, ist ungleich aufwendiger. Das Widersprechen wird so zu einem komplexen Akt der Dekonstruktion und der politischen Positionierung.

Die umordnende, verengende Wirkung soft-autoritärer Verschiebungen auf den öffentlichen Diskurs betrifft übergeordnete politische Ideologien, aber auch ganz konkrete Positionierungshandlungen einzelner Akteur:innen. Letzteres kann

am folgenden Beispiel illustriert werden: Ende 2021 wurde die französische Grünen-Politikerin Sandrine Rousseau in einem Interview mit dem Sender *Europe1* gefragt, ob sie sich als *woke* bezeichnen würde, oder ob ihr diese Bezeichnung angeheftet wurde (Mabrouk 2021). Ihre Antwort stellt eine komplexe Positionierungshandlung dar, in der sie die Diskursgeschichte von *woke* ebenso anspricht wie seine Effekte auf die öffentliche Debatte:

Je ne me suis jamais revendiquée woke, déjà parce que je pense que c'est un mot qui est utilisé pour éteindre le débat et puis c'est un mot qui est utilisé ou qui a été utilisé par les partisans des droits civiques, enfin par les luttes des droits civiques et que je ne suis pas de ces luttes-là, même si je les respecte énormément évidemment et donc on m'a plaqué ce mot-là – on me l'a plaqué, moi je ne me revendique pas de ça, après woke je rappelle quand même pour les auditeurs et auditrices que ça veut dire éveillé aux injustices [...].<sup>6</sup> (Mabrouk 2021)

Rousseau heißt demnach den ursprünglichen Gebrauch des Wortes und seine Herkunft aus der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung explizit gut, will sich jedoch trotzdem nicht als *woke* qualifiziert wissen. Hierfür nennt sie explizit das Argument, dass dieses Wort benutzt wird, um Debatten zu ersticken – ein Verweis auf die Effekte, die in der Wortverwendung auf öffentliche Diskurse wirken. Rousseaus Antwort wirft ein Schlaglicht auf die verengten Positionierungsmöglichkeiten, die das Stigmawort *wokisme* nicht nur im universitären Diskurs erzeugt, sondern eben auch im politisch-medialen. Eine Selbstbezeichnung als *woke* und eine positive Identifizierung mit seiner Diskursgeschichte ist politisch unvorteilhaft, obwohl die Politikerin den eigentlichen politischen Inhalt nicht ablehnt. Die Umdeutung von Wörtern verändert demnach nicht nur Begriffsinhalte, sondern verengt auch die Möglichkeiten der politischen Positionierung.

Soft-autoritäre Diskursverschiebungen wirken durch die Umordnung diskursiver Positionierungsmöglichkeiten auf die generelle diskursive Ordnung und können so sozial geteilte Gewissheiten transformieren und verwischen. Meine Analysen zeigen, dass es insbesondere identitäre und autoritäre Deutungsmuster sind, die gegenwärtig den politischen Diskurs in Frankreich durchziehen – ohne dass dies an der sprachlichen Oberfläche immer direkt ablesbar wäre. Viel eher kleidet sich diese autoritäre Umordnung in ein demokratisches Gewand, beschwört die Werte der Aufklärung und brandmarkt angeblich identitäre und sogar totalitäre

---

6 „Ich habe mich nie als ‚woke‘ bezeichnet, zum einen, weil ich denke, dass dieses Wort dazu benutzt wird, um Debatten zu ersticken, und zum anderen, weil es von den Befürwortern der Bürgerrechte verwendet wurde oder wird — also von den Kämpfern um Bürgerrechte, denen ich zwar großen Respekt entgegenbringe, aber denen ich selbst nicht angehöre. Trotzdem wurde mir dieses Wort angeheftet – ich habe mich nie damit identifiziert. Dabei erinnere ich das Publikum auch daran, dass ‚woke‘ eigentlich ‚wachsam gegenüber Ungerechtigkeiten‘ bedeutet [...].“

Tendenzen in Gestalt dekolonialer oder anti-genderistischer Theorien. Autoritär-populistische Politik will die Gesellschaft entlang verschiedener (ideologischer und identitärer) Linien spalten. Indem Gegensätze und Konflikte geschürt werden, können bedeutende Teile der Bevölkerung gegeneinander aufgebracht werden – so sollen besonders die kleinbürgerlichen (meist weißen) Mittelschichten dazu gebracht werden, den neoliberal-kapitalistischen Status Quo ideologisch und elektoral weiter zu stützen, anstatt progressive Allianzen mit migrantischen oder feministischen Gruppen zu schließen.

In den untersuchten Diskursen zeigt sich, dass die diskursiv konstruierten Gegensätze im Dienst einer zunehmend rechts-identitären Vision der französischen Bevölkerung stehen. Dafür spricht zuvorderst der *séparatisme*-Diskurs und seine erinnerungspolitischen Bezüge. Hier wird ein Bild der französischen nationalen Identität transportiert, das sich sowohl von historischer Verantwortung für koloniale Herrschaft als auch von politischen Kämpfen rassifizierter und vor allem muslimischer Gruppierungen abgrenzt. In diesem Kontext ist die koloniale Lexik der Erziehung, der autoritären *fraternité* und vor allem der Bedrohung der Mehrheit durch separatistische Spaltung eine Triebfeder der soft-autoritären Verschiebung (siehe Kap. 4.2.2). Die diskursive Vermischung der dekolonialen Sicht auf französische Nationalidentität mit Islamismus und damit implizit auch Terrorismus führt wiederum zu einer Grenzverwischung: wenn Postkoloniale Theorie und Djiḥād in einen Topf geworfen werden, wie ist dann intellektuelle Kritik an nationalistischen und exkludierenden Ideologien noch möglich? Wenn der Präsident in seinen Reden vorgibt, den Islam nicht pauschal mit Islamismus identifizieren zu wollen, aber ihm zugleich separatistische, die Nation spaltende Absichten unterstellt, dann wird auch die Kritik dieses Diskurses erschwert. Gleiches gilt, wenn nicht nur rassifizierte Minderheiten, sondern auch kulturelle Eliten in diese Bedrohungsmatrix aufgenommen werden, wie im *islamo-gauchisme*-Diskurs (siehe Kap. 4.3).

Mit dem letztgenannten Stigmawort werden nicht nur (rassifizierte und migrantische) Minderheiten der Spaltung bezichtigt, sondern auch die politische Linke sowie kulturelle und akademische Eliten. Dieses Gegensatzprodukt ist wohl am direktesten als rechtsradikal klassifizierbar, da sie einen diffusen Generalverdacht gegenüber Forschung, Aktivismus und religiösen Gruppen im politisch linken Spektrum formuliert. Diese werden zu einem konzeptuellen Amalgam verschmolzen, mit dem die diskursive Ordnung nachhaltig transformiert werden kann. Gerade die Abgrenzung zu kulturellen Eliten kann hier genutzt werden, um Ressentiments in der Bevölkerung zu kanalisieren und gleichzeitig vom Klassenwiderspruch abzulenken – anstatt gegen ausbeuterische und immer ungleicher werdende Herrschaftsverhältnisse richtet sich der Unmut in der Bevölkerung gegen Akademiker:innen oder allgemein als linksliberal verstandene kulturelle Eliten. Dies wird im *wokisme*-Diskurs weitergeführt und oberflächlich deradikalisiert,

während der ideologische Gehalt bestehen bleibt (siehe Kap. 4.4). *Woke* ist eine extrem wirkungsvolle Chiffre für eine neue politisch-soziale Trennlinie, die Ursachen für politische, soziale und ökonomische Krisen im Verlust nationaler und kultureller Identität verortet. So kann eine Abkehr von einem menschenrechtskonformen Asylrecht mit derselben Chiffre ideologisch gestützt werden wie die Warnung vor vermeintlich totalitären Bestrebungen einer inklusiven Schreibweise.

Diese autoritär umgeformte Diskursordnung wirkt sich besonders im politischen Feld aus, indem sie sozial registrierte Räume schafft, in denen Akteurstypen verortet werden. Hier werden stereotype Handlungs- und Verhaltensweisen zugeschrieben, Alterität deklariert und so auch Trennlinien und Bedrohungsszenarien konstruiert. Die diskursive Produktion neuer Trennlinien in soft-autoritären identitätspolitischen Diskursen dient so auch der Ablenkung von der stattfindenden neoliberalen Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates und dem aktiven Aufweichen demokratischer Institutionen wie dem Asylrecht, der Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Freiheit von Forschung und Lehre.

Diskursive Verschiebungen haben auch einen direkten Effekt auf politische Prozesse. Die legitimierende, rechtfertigende Qualität, die politischen Diskursen innewohnt, betrifft nicht nur die diskutierten Themen, sondern auch ganz konkret die Gesetzgebungsprozesse. Änderungen und Verschiebungen im republikanischen Metadiskurs haben somit auch Auswirkungen darauf, was als republikanisch, laizistisch oder universalistisch gilt. So können die Maßstäbe der politischen Bewertung verändert werden – Regelungen, die vormals ausgeschlossen waren, können diskutiert, verhandelt und letztlich in geltendes Recht umgesetzt werden. Die diskursiven Verschiebungen liefern den Legitimierungsrahmen für gesetzliche Regelungen, die liberal-demokratische Übereinkünfte schrittweise aushöhlen können. Im Kontext der soft-autoritären Diskursverschiebungen während Macrons erster Amtszeit gab es versuchte und auch erfolgreiche Gesetzesänderungen, die direkt oder mittelbar die Bereiche Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Wissenschaftsfreiheit und Religionsfreiheit betrafen. Diese Grundpfeiler des liberalen Konstitutionalismus sollten aus normativer Sicht in liberalen Demokratien geschützt sein und als Garanten einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dienen. Besonders in den oben analysierten Themenfeldern nationale Identität, Anti-Intellectualismus und Kritik zeigt sich, dass soft-autoritäre Verschiebungen in Frankreich bereits den Bereich des im engeren Sinne Diskursiven verlassen haben – die diskursiv konstruierten Antagonismen und Bedrohungen ziehen bereits Eingriffe in die gesetzliche Ordnung nach sich.

An dieser Stelle sei nur auf eines von mehreren Beispielen hingewiesen: Am 24.08.2021 wurde das *Loi confortant le respect des principes de la République*, genannt Separatismusgesetz, von der *assemblée nationale* verabschiedet (République française 2021). Es kann als direkte Folge des Separatismusdiskurses des Prä-

sidenten verstanden werden und wurde nach den Terroranschlägen von Oktober 2020 beschleunigt auf den Weg gebracht. Neben der Regulierung von Finanzströmen für muslimische Verbände und Gruppierungen gibt das Gesetz den Sicherheitsbehörden weitreichende Befugnisse im Bereich des Vereinsrechts und der Versammlungsfreiheit. Auf seiner Basis wurden einige NGOs aufgelöst, die sich gegen Islamophobie in Frankreich einsetzten, darunter das seit 2003 aktive *Collectif contre l'Islamophobie en France* (CCIF). Ebenso wurde die NGO *BarakaCity* verboten, der eine Nähe zum Salafismus nachgesagt wurde. Der anti-muslimische Gehalt, der dem Separatismusdiskurs innewohnt, wird also in seiner gesetzlichen Regulierung weitergeführt. So wird etwa das Verbot des Tragens von Kopftüchern auf weitere Gruppen ausgeweitet und das Schließen von Moscheen erleichtert. Wie Fatima Khemilat bemerkt, richtet sich das Gesetz gegen den Grundsatz der Religionsfreiheit, während es vorgibt, ebendiesen zu stärken:

The law against separatism could thus weaken the Republican principles it claims to strengthen and further exclude an already marginalised population by denying its members any form of social visibility or the right to mobilise, either individually or as a collective. (Khemilat 2021)

Neben dem anti-islamischen Gehalt dieses Gesetzes und der begleitenden und flankierenden Diskurse ist hier ein weiterer Aspekt besonders frappierend: die Abschwächung republikanischer Prinzipien unter dem Vorwand, ebendiese schützen zu wollen. Diese Umkehrung kann nur vor dem Hintergrund der schleichenden Umdeutung des Begriffsinhalts der *laïcité* verstanden werden. Außerdem stellt sie ein schlagendes Beispiel für eine diskursive und ideologische Konvergenz dar, die ich am Beispiel der *féministes universalistes* (siehe Kap. 4.3.1.3) verdeutlicht habe: durch die sich in der Ablehnung des Kopftuchs manifestierende liberale Islamophobie sehen sich feministische Gruppen und Anhänger:innen des Rechtsradikalen Éric Zemmour plötzlich in einer gemeinsamen Sache vereint. Ebensolche Grenzverwischungen, oder *blurred boundaries* (Habed et al. 2024), sind ein wesentliches Merkmal ideologischer Konvergenzen, die unter soft-autoritär umgeformten Diskursbedingungen entstehen und diese weiter verstärken.

Die Gleichzeitigkeit und das Nebeneinander demokratischer und autoritärer Diskurse und Praktiken sind charakteristisch für die hier analysierten Verschiebungen und *Blurrings* – eindeutige Bewertungen sind deshalb extrem kompliziert und vieles hängt von der subjektiven Bewertung und der Positionalität des oder der Bewertenden ab. Mit den hier präsentierten Analysen weise ich darauf hin, dass die französische Öffentlichkeit in der Diskussion um Demokratie und Autoritarismus Zeichen von Polarisierung aufweist und besonders in identitätsbezogenen Fragen von der Regierung gezielt Trennlinien vertieft werden.

Sollten persönliche Identitätsmerkmale wie ethnische Herkunft, Glauben oder sexuelle Identität politisch eine Rolle spielen, oder gilt in einer Diskussion nur der propositionale Gehalt und die Schlüssigkeit der Argumentation? Auf solche Gegensätze hin wird dieser Identitätsdiskurs zugespitzt, wobei identitäre Ideologien klar der politischen Linken zugeschrieben werden. Gleichzeitig wird der offizielle republikanische Metadiskurs als Garant für aufklärerische, egalitäre Ideale dargestellt. Außer Acht gelassen wird dabei allzu oft der autoritäre Identitarismus von rechts, dem es gelingt, seine radikalen ideologischen Inhalte in die scheinbar neutrale Lexik des Republikanismus zu kleiden. Als scheinbar ‚farben-blinde‘ Sicht auf die Gesellschaft können so ausschließende Ideologien als neutral, egalitär und legitim dargestellt werden – das ‚raceless framework‘ des republikanischen Universalismus verschleiern wirkungsvoll die Existenz rassistischer und anderer identitätsbezogener Ausschlüsse.

### 5.3 Ausblick: Jenseits des identitären Determinismus

Wie kann identitärer Determinismus überwunden werden? Die offizielle Antwort des französischen Staates besteht in der Nichtanerkennung von Unterschieden. Dies wird unter soft-autoritär umgeformten Diskursbedingungen zu einer Sanktionierung von Kritikdiskursen – zugespitzt formuliert besteht die offizielle, hegemoniale Haltung in einem Nein zur *écriture inclusive* und zur postkolonial informierten Erinnerungspolitik, während sie *séparatisme islamiste* und *wokisme* bekämpft. Die Bedrohung der Demokratie wird im öffentlichen Diskurs auf diese Weise immer direkter kulturellen, intellektuellen Eliten und rassifizierten, entindividualisierten, migrantischen Minderheiten zugeschrieben, während die identitäre Ideologie der *Nouvelle Droite* bis ins Zentrum des Sagbarkeitsfeldes vordringt. Diskursiv konstruierte Gegensätze spalten die französische Bevölkerung entlang identitätsbezogener Merkmale und produzieren Antagonismen anstatt zu einen. Konservative bis rechtsradikale Akteur:innen können in dieser diskursiven Umgebung ihre Inhalte als vernünftig und legitim darten, während antirassistische, anti-islamophobe Politik als identitär, spalterisch und gefährlich abgetan werden kann.

In dieser Arbeit habe ich einen diskursanalytisch informierten Blick auf ausgewählte Themen und Praktiken geworfen, die geeignet sind, die diskursive und politische Ordnung nach rechts zu verschieben und demokratische Prinzipien zu verwischen und zu unterminieren. Abschließend und als Ausblick möchte ich auf einige Stimmen und Forschungsansätze hinweisen, denen es gelingt, trotz der fortschreitenden Erosion demokratischer Prinzipien, dem soft-autoritären, identitären Majoritarismus Visionen einer demokratischen und solidarischen Zukunft entgegenzustellen.

Die Philosophin Eva von Redecker entwickelt anhand der Analyse neuer Protestformen die Idee einer *Revolution für das Leben*, die von den Zwischenräumen der Herrschaft ausgehend zu einer Praxis der Verbundenheit, der Befreiung und des Für-einander-Sorgens führt. Anstatt auf die sozialistische Revolution, verstanden als Bruch mit der kapitalistischen Herrschaft, setzt von Redecker auf eine revolutionäre Praxis, die sich als stetige Wiederholung von Sorge- und Solidaritätspraktiken aus dem alltäglichen Kampf gegen das Töten und Sterbenlassen ergibt. Diese vielfältigen Kämpfe fügen sich zusammen zu einer Rebellion für das Leben:

Diese Rebellion weigert sich, eine Abstufung vorzunehmen und das Leben der Einen dem Wohlstand der Anderen als Ressource einzuverleiben. Sie beharrt darauf, dass es möglich sein muss, als ‚Gemeine‘ Zugang zu lebenswichtigen Infrastrukturen zu haben. (Redecker 2020: 149)

Eine solche Revolution für das Leben entsteht aus alltäglichen Praktiken der Solidarität, die identitären Determinismus überwinden, auch wenn sie von diskriminierten Gruppen ausgehen können. Dies verdeutlicht die Forschung Vanessa E. Thompsons. In Ihrer Arbeit mit der Pariser Gruppe *Brigade Anti-Nérophobie* (BAN) begegnet sie einer Form der *black collective solidarity*. Diese erlaube es, sowohl dem abstrakten Universalismus als auch den Fallstricken liberaler Identitätspolitik eine Idee von antirassistischer Solidarität entgegenzusetzen. *Black collective solidarity* weist nicht nur dem Erleben von anti-Schwarzem Rassismus einen epistemologischen Wert zu, sondern liefert auch eine Basis für „inter-racial solidarity based on notions of urban conviviality and collective action“ (Thompson 2020: 31). Aus der Erfahrung diskriminierter Gruppen und ihren alltäglichen Praktiken der Solidarität in den Zwischenräumen der Herrschaft können sich emanzipatorische Ideen für die ganze Gesellschaft ergeben. Ein solcher *Universalismus von unten* hat den Vorteil, konkret in der Praxis der Menschen verankert zu sein, anstatt abstrakte Prinzipien zu deklarieren, die mit der erlebten Realität des Ausgeschlossenseins oft unvereinbar sind.

Wenn uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine demokratische Zukunft immer gefährdeter erscheint, so liegt dies nicht nur an den internen Trennlinien, die Menschen in unterschiedlich wertvolle Kategorien einteilen, sondern auch an der kapitalistischen Logik, die Ausbeutung und Rücksichtslosigkeit belohnt. So wird Ungleichheit zementiert und Solidaritätsstrukturen zerstört. Eine demokratische Zukunft benötigt daher sowohl die Einsicht, dass aus dem Erleben der Ausgeschlossenen Prinzipien abgeleitet werden können, die für die Gesamtheit Vorteile bereithält als auch die simple Forderung danach, dass die Lebensgrundlagen aller Menschen garantiert werden können und müssen.

Mit diesen *universalistischen* Forderungen könnte eine Vision demokratischer Zukunft jenseits des identitären Determinismus entstehen, welcher Mehrheiten



gegen Minderheiten in Stellung bringt und Nationen und essentialistisch verstandene Völker in einem zivilisatorischen und demographischen Konkurrenzkampf wäht. Frankreich kann in dieser zentralen politischen Frage der Gegenwart eine wesentliche Rolle spielen – sowohl als historischer Geburtsort der Menschen- und Bürgerrechte als auch wegen seiner immer noch starken zivilgesellschaftlichen und sozialen Bewegungen und Protestkultur gegen die Übermacht vermeintlicher kapitalistischer Sachzwänge.



# Literaturverzeichnis

## Forschungsliteratur

- Adam, Jens, Ulrike Flader, Hagen Steinhauer & Shalini Randeria. 2024. Soft Authoritarian Lawfare: Threats to Democracy from Within. In Luigi Lonardo (ed.), *Addressing Hybrid Threats*, 130–148. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Adam, Jens, Hagen Steinhauer & Shalini Randeria. 2022. Von Differenzlinien und moralischen Mehrheiten: Majoritäre Identitätspolitik als soft-autoritäre Herrschaftspraxis. *Polylog. Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren* (48). 15–39.
- Adorno, Theodor W. [1963] 1971. Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In Theodor W. Adorno (ed.), *Eingriffe: neun kritische Modelle*, 7th edn. (edition suhrkamp 10), 125–146. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. [1967] 2019. *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W., Else Frenkel-Brunswick, Daniel Levinson & R. Nevitt Sanford (eds.). 1950. *The Authoritarian Personality* (Studies in prejudice 3). New York, NY [u.a.]: Harper.
- Alkemeyer, Thomas, Nikolaus Buschmann & Matthias Michaeler. 2015. Kritik der Praxis: Plädoyer für eine subjektivierungstheoretische Erweiterung der Praxistheorie. In Thomas Alkemeyer, Volker Schürmann & Jörg Volbers (eds.), *Praxis denken: Konzepte und Kritik*, 25–50. Wiesbaden: Springer VS.
- Altemeyer, Bob. 1988. *Enemies of Freedom: Understanding Right-Wing Authoritarianism*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Altemeyer, Bob. 2006. The Authoritarians. <https://theauthoritarians.org/>. (25 March, 2024.)
- Arendt, Hannah. 1956. Was ist Autorität? *Der Monat* 8(89). 29–44.
- Babès, Leïla. 2013. Islamophobie. In Pierre-André Taguieff (ed.), *Dictionnaire historique et critique du racisme: publié sous la direction de Pierre-André Taguieff*, 908–909. Paris: Presses Universitaires de France.
- Balibar, Étienne. 2007. Uprisings in the Banlieues. *Constellations* 14(1). 47–71.
- Beaud, Olivier. 2021. *Le savoir en danger: Menaces sur la liberté académique*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Beaud, Stéphane & Gérard Noiriel. 2021. *Race et sciences sociales: Essai sur les usages publics d'une catégorie*. Marseille: Agone.
- Bendjaballah, Selma & Nicolas Sauger. 2023. France: Political Developments and Data for 2022. *European Journal of Political Research Political Data Yearbook* 62(1). 167–189.
- Bennett, W. L. & Steven Livingston. 2020. The Coordinated Attack on Authoritative Institutions: Defending Democracy in the Disinformation Age. In W. L. Bennett & Steven Livingston (eds.), *The Disinformation Age: Politics, Technology, and Disruptive Communication in the United States* (SSRC Anxieties of Democracy), 261–293. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bettag, Lukas, Sven Bloching, Jöran Lanschoff, Ulrike Lohner, Yuanyuan Wang & Joachim Scharloth. 2023. Woke: Ein Stigmawort zwischen Begriff und Chiffre. *Sprachreport* 39, <https://pub.ids-mannheim.de/laufend/sprachreport/sr23.html>. (1 December, 2023.)
- Bhatt, Chetan. 2021. White Extinction: Metaphysical Elements of Contemporary Western Fascism. *Theory, Culture & Society* 38(1). 27–52.
- Bleich, Erik. 2011. What Is Islamophobia and How Much Is There? Theorizing and Measuring an Emerging Comparative Concept. *American Behavioral Scientist* 55(12). 1581–1600.

- Blommaert, Jan. 2005. *Discourse: A Critical Introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bock, Bettina M. 2018. Diskurslinguistik und Grounded-Theory- Methodologie. In Ingo H. Warnke (ed.), *Handbuch Diskurs*, 305–336. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Bock, Bettina M., Ulla Fix & Steffen Pappert (eds.). 2011. *Politische Wechsel - Sprachliche Umbrüche*. Berlin: Frank&Timme.
- Boulland, Paul, Nathalie Ethuin & Julian Misch. 2008. Les disqualifications des gauchistes au sein du PCF. *Savoir/Agir* 6(4). 29.
- Bristielle, Antoine & Max-Valentin Robert. 2022. *Der rassemblement national im französischen Parlament: Eine Zwickmühle für die demokratischen Parteien*. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/19860.pdf>. (13 December, 2023.)
- Brouard, Sylvain, Pavlos Vasilopoulos & Martial Foucault. 2018. How Terrorism Affects Political Attitudes: France in the Aftermath of the 2015–2016 Attacks. *West European Politics* 41(5). 1073–1099.
- Brown, Wendy. 2018. Neoliberalism's Frankenstein: Authoritarian Freedom in Twenty-First Century "Democracies". In Peter E. Gordon & Max Pensky (eds.), *Authoritarianism: Three Inquiries in Critical Theory* (Trios), 7–44. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Brown, Wendy, Peter E. Gordon & Max Pensky. 2018. Introduction: Critical Theory in an Authoritarian Age. In Peter E. Gordon & Max Pensky (eds.), *Authoritarianism: Three Inquiries in Critical Theory* (Trios), 1–6. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Busse, Dietrich, Fritz Hermans & Wolfgang Teubert (eds.). 1994. *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Busse, Dietrich & Wolfgang Teubert. 1994. Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In Dietrich Busse, Fritz Hermans & Wolfgang Teubert (eds.), *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Cammaerts, Bart. 2022. The abnormalisation of social justice: The 'anti-woke culture war' discourse in the UK. *Discourse & Society* 33(6). 730–743.
- Carney, Brian M. & Isaac Getz. 2016. *Freedom, Inc: How Corporate Liberation Unleashes Employee Potential and Business Performance*.
- Cervulle, Maxime. 2013. Les controverses autour du « mariage pour tous » dans la presse nationale quotidienne : du différentialisme ethno-sexuel comme registre d'opposition. *L'Homme et la société* 189-190(3). 207.
- Chamayou, Grégoire. 2019. *Die unregierbare Gesellschaft: Eine Genealogie des autoritären Liberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Chapoutot, Johann. 2020a. *Libres d'obéir: Le management, du nazisme à aujourd'hui*. Paris: Gallimard.
- Codaccioni, Vanessa. 2015. *Justice d'exception. La cour de sûreté de l'Etat sous la Ve République: L'État face aux crimes politiques et terroristes* (Littérature et linguistique). CNRS Editions.
- Corcuff, Philippe. 2020. *La grande confusion: Comment l'extrême droite gagne la bataille des idées* (Petite encyclopédie critique). Paris: textuel.
- Crouch, Colin. 2005. *Post-Democracy* (Themes for the 21st century). Cambridge [u.a.]: Polity Press.
- Dang-Anh, Mark. 2023a. „Partei der Deserteure“ (1932) – Ein politisch brisanter Positionierungsausdruck. Aus der Rubrik „Wörter und Wörterbücher“. *Sprachreport* 39, <https://pub.ids-mannheim.de/laufend/sprachreport/sr23-3.html>. (25 March, 2024.)
- Dang-Anh, Mark. 2023b. Politische Positionierung. Sprachliche und soziale Praktiken der Relationalitätskonstitution. In Mark Dang-Anh (ed.), *Politisches Positionieren: Sprachliche und*

- soziale Praktiken (Akademiekonferenzen 33), 7–38. Heidelberg, Neckar: Universitätsverlag Winter GmbH Heidelberg.
- Daub, Adrian. 2022. *Cancel culture transfer: Wie eine moralische Panik die Welt erfasst*, 2nd edn. (edition suhrkamp 2794). Berlin: Suhrkamp.
- Dawes, Simon. 2023. « Islamogauchisme » ? The fallacy and function of an empty signifier. *French Cultural Studies* 34(3). 227–233.
- Decker, Oliver, Alexander Yendell & Elmar Brähler. 2018. Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit. In Oliver Decker & Elmar Brähler (eds.), *Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, 157–178. Gießen: Psychosozial.
- Demesmay, Claire. 2015. Frankreichs Identitätskrise: Auf die Anschläge folgt die Debatte. *DGAP kompakt* 8, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-53923-1>. (25 March, 2024.)
- Demirović, Alex. 2018. Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48(190). 27–42.
- Douillard-Lefevre, Pierre. 2016. *L'arme à l'oeil: Violences d'état et militarisation de la police*. Lormont: Bord de l'eau.
- Duckitt, John. 1989. Authoritarianism and Group Identification: A New View of an Old Construct. *Political Psychology* 10(1). 63–84.
- Duckitt, John & Chris G. Sibley. 2010. Personality, Ideology, Prejudice, and Politics: A Dual-Process Motivational Model. *Journal of personality* 78(6). 1861–1893.
- Fassin, Didier. 2001. The biopolitics of otherness: Undocumented foreigners and racial discrimination in French public debate. *Anthropology Today* 17(1). 3–7.
- Fassin, Didier. 2015. *La force de l'ordre: Une anthropologie de la police des quartiers, suivi de La vie publique des livres* (Points Essais 753). [Paris]: Éditions du Seuil.
- Fassin, Éric. 1999. The Purloined Gender: American Feminism in a French Mirror. *French Historical Studies* 22(1). 113–138.
- Fassin, Éric. 2009 [2006]. Aveugles à la race ou au racisme ? : Une approche stratégique. In Didier Fassin & Éric Fassin (eds.), *De la question sociale à la question raciale ? : Représenter la société française*, 114–140. Paris: La découverte.
- Fassin, Éric. 2012. *Démocratie précaire: Chroniques de la déraison d'État*. Paris: La découverte.
- Fassin, Éric. 2019a. *Revolte oder Ressentiment: Über den Populismus*. Berlin: August.
- Fassin, Éric. 2021. Wer ist hier wessen Komplize?: Die Freiheit der Wissenschaft ist in Gefahr. *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 13(2). 142–148.
- Fassin, Éric. 2022. Discursive Practices of Soft Authoritarianism: Keynote at the YISARES Autumn Research School 2022. <https://www.youtube.com/watch?v=5wUocob1rQM>. (23 November, 2023.)
- Fassin, Éric. 2024. *State Anti-Intellectualism and the Politics of Gender and Race: Illiberal France and Beyond* (CEU Press Perspectives Series). Budapest: Central European University Press.
- Fauconnier, Gilles & Mark Turner. 2003. *The Way We Think: Conceptual Blending and the Mind's Hidden Complexities*. New York, NY: Basic Books.
- Felder, Ekkehard. 2011. Pragma-semiotische Textarbeit und der hermeneutische Nutzen von Korpusanalysen für die linguistische Mediendiskursanalyse. In Friedemann Vogel, Marcus Müller & Ekkehard Felder (eds.), *Korpuspragmatik: Thematische Korpora als Basis diskurslinguistischer Analysen*, 115–174. De Gruyter.
- Fernando, Mayanthi L. 2014. *The Republic Unsettled: Muslim French and the Contradictions of Secularism*. Durham & London: Duke University Press.
- Fillieule, Olivier & Fabien Jobard. 2016. Un splendide isolement: Les politiques françaises du maintien de l'ordre. *Laviedesidees.fr*, <https://laviedesidees.fr/Un-splendide-isolement.html>. (25 September, 2020.)

- Foucault, Michel. 1977 [1975]. *Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 1997 [1972]. *Die Ordnung des Diskurses: Aus dem Französischen von Walter Seitter*. Mit einem Essay von Ralf Konersmann. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Foucault, Michel. 2003. Der Diskurs darf nicht gehalten werden für... In Michel Foucault, Daniel Defert & Michael Bischoff (eds.), *Dits et écrits: Schriften* (Band 3), 164–165. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2005. Die Gouvernementalität. In Daniel Defert & Francois Ewald (eds.), *Analytik der Macht*, 148–174. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel, Daniel Defert & Michael Bischoff. 2003. *Dits et écrits: Schriften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fromm, Erich. 1993 [1936]. Der autoritäre Charakter. In Erich Fromm (ed.), *Die Gesellschaft als Gegenstand der Psychoanalyse: Frühe Schriften zur Analytischen Sozialpsychologie*. Herausgegeben von Rainer Funk, 69–133. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fromm, Erich. 2016. *Die Gesellschaft als Gegenstand der Psychoanalyse: Frühe Schriften zur analytischen Sozialpsychologie*, 2nd edn. (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1054). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fukuyama, Francis. 1992. Asia's Soft Authoritarian Alternative. *New Perspectives Quarterly* 9(2). 60–61.
- Fukuyama, Francis. [1992] 2006. *The End of History and the Last Man: With a New Afterword*. New York: Free Press.
- Geisser, Vincent, Olivier Dabène & Gilles Massardier. 2008. Introduction - La démocratisation contre la démocratie. In Vincent Geisser, Olivier Dabène & Gilles Massardier (eds.), *Autoritarismes démocratiques et démocraties autoritaires au XXIe siècle: Convergences Nord/Sud*. Mélanges offerts à Michel Camau, 7–26. Paris: La découverte.
- Geva, Dorit & Felipe G. Santos. 2021. Europe's far-right educational projects and their vision for the international order. *International Affairs* 97(5). 1395–1414.
- Girnth, Heiko. 2015. *Sprache und Sprachverwendung in der Politik: Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*, 2nd edn. (Germanistische Arbeitshefte 39). Berlin: De Gruyter.
- Glaser, Barney G. & Anselm L. Strauss. 2010 [1967]. *Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung*, 3rd edn. Bern: Huber.
- Glasius, Marlies. 2018. What authoritarianism is... and is not: A practice perspective. *International Affairs* 94(3). 515–533.
- Godin, Romaric. 2019. *La guerre sociale en France: Aux sources économiques de la démocratie autoritaire*. Paris: La découverte.
- Govrin, Julie J. 2016. *Sex, Gott und Kapital: Michel Houellebecqs Unterwerfung zwischen neoreaktionärer Rhetorik und postsäkularen Politiken*. Münster: edition assemblage.
- Gradin Franzén, Anna. 2015. Responsibilization and Discipline. *Journal of Contemporary Ethnography* 44(3). 251–279.
- Grzebalska, Weronika & Andrea Pető. 2018. The gendered modus operandi of the illiberal transformation in Hungary and Poland. *Women's Studies International Forum* 68(3). 164–172.
- Guillot, Michel, Myriam Khlal & Matthew Wallace. 2019. Adult mortality among second-generation immigrants in France: Results from a nationally representative record linkage study. *Demographic research* 40. 1603–1644.
- Habed, Adriano J., Anette Henninger & Dorothee Beck. 2024. Introduction: Blurring Boundaries: Uncanny Collusions, Overlaps, and Convergences in the Discursive Field of 'Gender'. In Dorothee Beck, Adriano J. Habed & Anette Henninger (eds.), *Blurring Boundaries - 'Anti-Gender' Ideology Meets Feminist and LGBTIQ+ Discourses*, 7–24. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich.

- Hagedorn, Ludger, Katharina Hasewend & Shalini Randeria (eds.). 2019. *Wenn Demokratien demokratisch untergehen* (Passagen Thema). Wien: Passagen Verlag.
- Hajjat, Abdelalli & Marwan Mohammed. 2016. *Islamophobie: Comment les élites françaises fabriquent le « problème musulman »* (La Découverte/poche : essais 444). Paris: La découverte.
- Hajjat, Abdellali. 2021. Islamophobia and French academia. *Current Sociology* 69(5). 621–640.
- Hall, Stuart. 2017. The Great Moving Right Show. In Sally Davison, David Featherstone, Michael Rustin & Bill Schwarz (eds.), *Selected Political Writings: The Great Moving Right Show and Other Essays: Stuart Hall*, 172–186. Durham: Duke University Press.
- Hansen, Randall & Shalini Randeria. 2016. Tensions of refugee politics in Europe. *Science* 353, <https://science.sciencemag.org/content/353/6303/994>.
- Hark, Sabine & Paula-Irene Villa. 2015. »Anti-Genderismus« — Warum dieses Buch? In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (eds.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, 7–14. Bielefeld: transcript.
- Hart, Christopher. 2008. Critical discourse analysis and metaphor: toward a theoretical framework. *Critical Discourse Studies* 5(2). 91–106.
- Hayek, Friedrich A. 1971 [1944]. *Der Weg zur Knechtschaft*, 2nd edn. München: V. Moderne Industrie.
- Hayes, Bernadette C. & John Nagle. 2019. Ethnonationalism and attitudes towards same-sex marriage and abortion in Northern Ireland. *International Political Science Review* 40(4). 455–469.
- Heinich, Nathalie. 2023. *Le wokisme serait-il un totalitarisme?: L'enfer woke est pavé de bonnes intentions*. Paris: Albin Michel.
- Hénin, Emmanuelle, Xavier-Laurent Salvador & Pierre-Henri Tavoillot (eds.). 2023. *Après la déconstruction: L'université au défi des idéologies : actes du colloque organisé en Sorbonne les 7 et 8 janvier 2022 par l'Observatoire du décolonialisme et le Collège de philosophie*. Paris: Odile Jacob.
- Herzog, Benno. 2021. Authoritarianism as pathology of recognition: the sociological substance and actuality of the authoritarian personality. *Humanities and Social Sciences Communications* 8(1). 174.
- Heumann, Maurits & Oliver Nachtwey. 2020. Regressive Rebellen: Konturen eines Sozialtyps des neuen Autoritarismus. In Katrin Henkelmann, Christian Jäckel, Andreas Stahl, Niklas Wunsch & Benedikt Zopes (eds.), *Konformistische Rebellen: Zur Aktualität des autoritären Charakters*, 385–402. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Honneth, Axel. 1994 [1992]. *Kampf um Anerkennung: Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Mit einem neuen Nachwort. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel. 2007. Recognition as Ideology. In Bert van den Brink & David Owen (eds.), *Recognition and Power: Axel Honneth and the Tradition of Critical Social Theory*, 323–347. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hood, Steven J. 1998. The Myth of Asian-Style Democracy. *Asian Survey* 38(9). 853–866.
- Horkheimer, Max. [1936] 2005. *Studien über Autorität und Familie: Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, 2nd edn. (Schriften des Instituts für Sozialforschung 5). Springe: zu Klampen.
- Hunger, Sophia & Fred Paxton. 2022. What's in a buzzword? A systematic review of the state of populism research in political science. *Political Science Research and Methods* 10(3). 617–633.
- Huntington, Samuel P. 1991. *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Huntington, Samuel P. 2002 [1996]. *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York, London: Free Press.
- Ibos, Caroline & Éric Fassin. 2023. Ce que nous faisons, et ce que l'on nous fait. Les luttes politiques universitaires. *French Cultural Studies* 34(3). 284–300.
- Iser, Mattias. 2019. Recognition. <https://plato.stanford.edu/archives/sum2019/entries/recognition>. (25 March, 2024.)

- Jobard, Fabien. 2022. Police et sécurité publique: L'atrophie du domaine de l'action gouvernementale. In Bernard Dolez, Anne-Cécile Douillet, Julien Fretel & Rémi Lefebvre (eds.), *L'entreprise Macron à l'épreuve du pouvoir* (Libres cours politique), 449–460. Fontaine, Grenoble: Presses universitaires de Grenoble; UGA éditions.
- Jorek, Tim. 2022. Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts. In David Meiering (ed.), *Schlüsseltexte der „Neuen Rechten“: Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Lehrbuch), 79–90. Wiesbaden: Springer VS.
- Kämper, Heidrun. 2011. Politische Wechsel - sprachliche Umbrüche: Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Sprachgeschichte. In Bettina M. Bock, Ulla Fix & Steffen Pappert (eds.), *Politische Wechsel - Sprachliche Umbrüche*, 31–50. Berlin: Frank&Timme.
- Kanz, Vanessa. 2020. diskursives Ereignis: discursive event. [https://www.degruyter.com/database/WSK/entry/wsk\\_id0bf43851-f1c3-40ed-bd2d-bc58b9d7eab3/html](https://www.degruyter.com/database/WSK/entry/wsk_id0bf43851-f1c3-40ed-bd2d-bc58b9d7eab3/html). (12 October, 2022.)
- Keane, John. 2020. *The New Despotism*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Keller, Reiner. 2013. Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In Reiner Keller & Inga Truschkat (eds.), *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse: Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven*, 27–68. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kempin, Ronja & Julina Mintel. 2022. *Handlungsunfähiges Frankreich*. Stiftung Wissenschaft und Politik. <https://www.swp-berlin.org/publikation/handlungsunfaehiges-frankreich>. (13 February, 2024.)
- Kojève, Alexandre & Philipp Wüschner. 2020. *Der Begriff der Autorität* (Merve 473). Leipzig: Merve Verlag.
- Krzyżanowski, Michał. 2018. Discursive Shifts in Ethno-Nationalist Politics: On Politicization and Mediatization of the “Refugee Crisis” in Poland. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16(1-2). 76–96.
- Krzyżanowski, Michał. 2020. Discursive shifts and the normalisation of racism: imaginaries of immigration, moral panics and the discourse of contemporary right-wing populism. *Social Semiotics* 30(4). 503–527.
- Krzyżanowski, Michał & Mats Ekström. 2022. The normalization of far-right populism and nativist authoritarianism: discursive practices in media, journalism and the wider public sphere/s. *Discourse & Society* 33(6). 719–729.
- Krzyżanowski, Michał & Per Ledin. 2017. Uncivility on the web: Populism in/and the borderline discourse of exclusion. *Journal of Language and Politics* 16(4). 566–581.
- Laclau, Ernesto & Chantal Mouffe. 2001. *Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics*, 2nd edn. London, New York: Verso.
- Lakoff, George & Mark Johnson. [1980] 1996. *Metaphors We Live By*, 11th edn. Chicago: University of Chicago Press.
- Lang, Juliane. 2015. Familie und Vaterland in der Krise: Der extrem rechte Diskurs um Gender. In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (eds.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, 167–182. Bielefeld: transcript.
- Legrand, Stéphanie & Éléonore Parchliniak. 2016. 9 janvier 2016 – Manuel Valls condamne les explications. In Laurent de Sutter (ed.), *Le livre des trahisons* (Hors collection), 279–288. Paris: Presses Universitaires de France.
- Lépinard, Éléonore & Sarah Mazouz. 2019. Cartographie du surplomb: Ce que les résistances au concept d'intersectionnalité nous disent sur les sciences sociales en France. <https://mouvements.info/cartographie-du-surplomb/>. (19 December, 2023.)
- Levitsky, Steven & Lucan A. Way. 2002. Elections without Democracy: The Rise of Competitive Authoritarianism. *Journal of Democracy* 13(2). 51–65.



- Levitsky, Steven & Lucan A. Way. 2010. *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes after the Cold War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Levitsky, Steven & Daniel Ziblatt. 2018. *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Lindner, Kolja. 2009. 25 Jahre ‚Marche des Beurs‘: Kämpfe der Migration im Frankreich der 1980er Jahre und heute. *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* 29(114/115). 304–324.
- Lindner, Kolja. 2011. Policing minorities and postcolonial condition. In Frank Baasner, Vincent Hoffmann-Martinot, Dietmar Hüser, Ingo Kolboom, Peter Kuon, Stefan Seidendorf, Ruthard Stäblein & Henrik Uterwedde (eds.), *Frankreich Jahrbuch 2010*, 105–121. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lindner, Kolja. 2017. *Die Hegemoniekämpfe in Frankreich: Laizismus, politische Repräsentation und Sarkozismus* (Argument SonderbandNeue Folge, 321). Hamburg: Argument.
- Linz, Juan J. 2003. *Totalitäre und autoritäre Regime* (Potsdamer Textbücher 4). Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Lösch, Bettina. 2008. Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie. In Christoph Butterwegge, Bettina Lösch & Ralf Ptak (eds.), *Kritik des Neoliberalismus*, 2nd edn., 221–283. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mahoudeau, Alex. 2022. *La Panique woke: Anatomie d'une offensive réactionnaire*. Paris: Les Éditions Textuel.
- Maihofer, Andrea & Franziska Schutzbach. 2015. Vom Antifeminismus zum ‚Anti-Genderismus‘: Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (eds.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, 201–217. Bielefeld: transcript.
- Marchart, Oliver. 2017. Liberaler Antipopulismus: Ein Ausdruck von Postpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67(44-45). 11–16.
- Marlière, Philippe. 2021. Prendre au sérieux le « confusionnisme politique ». *AOC - Analyse Opinion Critique*, 07.10.2021 2021, <https://aoc.media/opinion/2021/10/06/prendre-au-serieux-le-confusionnisme-politique/>. (3 November, 2021.)
- Mattfeldt, Anna. 2020. Agonalität. In Stefan J. Schierholz (ed.), *Wörterbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (WSK) Online*. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Mazouz, Sarah. 2017. *La République et ses autres: Politiques de l'altérité dans la France des années 2000*. Lyon: ENS Éditions.
- Mazouz, Sarah. 2022. Race. In Didier Fassin (ed.), *La société qui vient*, 792–808. Paris: Seuil.
- Mbembe, Achille. 2010. Faut-il provincialiser la France ? *Politique africaine* (119). 159–188.
- Means, Gordon P. 1996. Soft Authoritarianism in Malaysia and Singapore. *Journal of Democracy* 7(4). 103–117.
- Meiering, David (ed.). 2022. *Schlüsseltexte der „Neuen Rechten“: Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Lehrbuch). Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Wolfgang. 2004. Embedded and defective democracies. *Democratization* 11(5). 33–58.
- Milbradt, Björn. 2018. *Über autoritäre Haltungen in ‚postfaktischen‘ Zeiten*. Opladen, Berlin, Toronto: Budrich.
- Mondon, Aurelien. 2013. Nicolas Sarkozy's legitimization of the Front National: background and perspectives. *Patterns of Prejudice* 47(1). 22–40.
- Mondon, Aurelien. 2015. The French secular hypocrisy: the extreme right, the Republic and the battle for hegemony. *Patterns of Prejudice* 49(4). 392–413.

- Mondon, Aurelien & Aaron Winter. 2017. Articulations of Islamophobia: from the extreme to the mainstream? *Ethnic and Racial Studies* 40(13). 2151–2179.
- Mondon, Aurélien & Aaron Winter. 2020. *Reactionary Democracy: How Racism and the Populist Far Right Became the Mainstream*. London: Verso.
- Monod, Jean-Claude. 2019a. *L'art de ne pas être trop gouverné: Sur les crises de gouvernementalité* (L'ordre philosophique). Paris: Éditions du Seuil.
- Morabito, Léa. 2013. The French Spring of la Manif pour tous: Conservative Protests against Same-Sex Marriage and Adoption in France. *Reviews and Critical Commentary*. 1–5.
- Mudde, Cas & Cristóbal Rovira Kaltwasser. 2017. *Populism: a Very Short Introduction* (Very short introductions). Oxford: Oxford University Press.
- Nasir, Kamaludeen M. & Bryan S. Turner. 2013. Governing as gardening: reflections on soft authoritarianism in Singapore. *Citizenship Studies* 17(3-4). 339–352.
- Nasir, Kamaludeen M. & Bryan S. Turner. 2014. *The future of Singapore: Population, society and the nature of the state* (Routledge contemporary Southeast Asia series 66). New York: Routledge, Taylor & Francis Group.
- Neiman, Susan. 2023. *Left is not woke*. Cambridge: Polity.
- Nonhoff, Martin. 2015. Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung. In Martin Nonhoff (ed.), *Diskurs - radikale Demokratie - Hegemonie: Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe* (Edition Moderne Postmoderne), 7–24. Bielefeld: Transcript-Verlag.
- Norris, Pippa & Ronald Inglehart. 2019. *Cultural Backlash: Trump, Brexit and Authoritarian Populism* (17). Cambridge: Cambridge University Press.
- Palma, Silvia. 2023. En même temps : comment tenter de concilier l'inconciliable. *Çédille* (23). 123–134.
- Peace, Timothy. 2019. Islamophobia and the Left in France. In Irene Zempi & Imran Awan (eds.), *The Routledge International Handbook of Islamophobia*, 110–122. London: Routledge.
- Pető, Andrea. 2021. Feminist Stories from an Illiberal State: Revoking the License to Teach Gender Studies in Hungary at a University in Exile (CEU). In Katharina Bluhm, Gertrud Pickhan, Justyna Stypinska & Agnieszka Wierzbowska (eds.), *Gender and Power in Eastern Europe: Changing Concepts of Femininity and Masculinity in Power Relations*, 35–44. Basel: Springer International Publishing.
- Pfeifer, Wolfgang. 1993. autoritär. <https://www.dwds.de/wb/autorit%C3%A4r>. (16 August, 2022.)
- Poulantzas, Nicos & Alex Demirović. 2002. *Staatstheorie: politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Prizel, Ilya. 1999. Ukraine between proto-democracy and “soft” authoritarianism. In Karen Dawisha & Bruce Parrott (eds.), *Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova* (Democratization and authoritarianism in postcommunist societies), 330–370. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam. 2019. *Crises of Democracy* (Cambridge EBA Collection). Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Ptak, Ralf. 2008. Grundlagen des Neoliberalismus. In Christoph Butterwegge, Bettina Lösch & Ralf Ptak (eds.), *Kritik des Neoliberalismus*, 2nd edn., 13–134. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pyysiäinen, Jarkko, Darren Halpin & Andrew Guilloyle. 2017. Neoliberal governance and ‘responsibilization’ of agents: reassessing the mechanisms of responsibility-shift in neoliberal discursive environments. *Distinktion: Journal of Social Theory* 18(2). 215–235.
- Randeria, Shalini. 2018. Demographic Bulimia. *IWM Post* (122). 12–13.
- Redecker, Eva von. 2020. *Revolution für das Leben: Philosophie der neuen Protestformen*. Frankfurt am Main: S. FISCHER.

- Reisigl, Martin. 2002. „Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen“: Von populistischen Anrufungen, Anbiederungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen. In Wolfgang Eisenmann (ed.), *Rechtspopulismus: Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?*, 149–198. Wien: Czernin.
- Reisigl, Martin. 2014. Argumentation Analysis and the Discourse-Historical Approach: A Methodological Framework. In Christopher Hart & Piotr Cap (eds.), *Contemporary Critical Discourse Studies*, 67–108. London: Bloomsbury Academic.
- Rheindorf, Markus & Ruth Wodak. 2018. Borders, Fences, and Limits—Protecting Austria From Refugees: Metadiscursive Negotiation of Meaning in the Current Refugee Crisis. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16(1-2). 15–38.
- Richardson, Elaine & Alice Ragland. 2018. #StayWoke: The Language and Literacies of the #BlackLivesMatter Movement. *Community Literacy Journal* 12(2). 27–56.
- Rigouste, Mathieu. 2012. *La domination policière: Une violence industrielle*. Paris: La fabrique éditions.
- Roth, Kersten S., Martin Wengeler & Alexander Ziem. 2017. Einleitung. In Kersten S. Roth, Martin Wengeler & Alexander Ziem (eds.), *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft* (Handbücher Sprachwissen (HSW) 19), IX–XVII. Berlin, Boston: De Gruyter Mouton.
- Roy, Denny. 1994. Singapore, China, and the “Soft Authoritarian” Challenge. *Asian Survey* 34(3). 321–242.
- Scharloth, Joachim. 2017. Hassrede und Invektivität als Gegenstand der Sprachwissenschaft und Sprachphilosophie: Bausteine zu einer Theorie des Metainvektiven. *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* 13(2). 116–131.
- Scharloth, Joachim. 2018. Sprachliche Gewalt und soziale Ordnung: Metainvektive Debatten als Medium der Politik. In Fabian Klinker, Joachim Scharloth & Joanna Szczęk (eds.), *Sprachliche Gewalt*, 7–28. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Scharloth, Joachim. 2022. Faltungen: Die Schließung des rechten Kommunikationssystems aus korpuspragmatischer Perspektive. In Heidrun Kämper & Albrecht Plewnia (eds.), *Sprache in Politik und Gesellschaft: Perspektiven und Zugänge*, 217–240. De Gruyter.
- Schatz, Edward. 2009. The Soft Authoritarian Tool Kit: Agenda-Setting Power in Kazakhstan and Kyrgyzstan. *Comparative Politics* 41(2). 203–222.
- Schedler, Andreas. 2002. The Menu of Manipulation. *Journal of Democracy* 13(2). 36–50.
- Scheppele, Kim L. 2018. Autocratic Legalism. *The University of Chicago Law Review* 85, <https://chicagounbound.uchicago.edu/uclrev/vol85/iss2/2>. (15 November, 2021.)
- Scheppele, Kim L. 2019. The Opportunism of Populists and the Defense of Constitutional Liberalism. *German Law Journal* 20(3). 314–331.
- Schmincke, Imke. 2015. Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (eds.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, 93–107. Bielefeld: transcript.
- Seipel, Christian, Susanne Rippl & Angela Kindervater. 2015. IX. Autoritarismus. In Sonja Zmerli & Ofer Feldman (eds.), *Politische Psychologie: Handbuch für Studium und Wissenschaft* (Politische Psychologie 1), 144–162. Baden-Baden: Nomos.
- Six, Bernd. 2022. Autoritarismus. <https://dorsch.hogrefe.com/stichwort/autoritarismus>. (25 March, 2024.)
- Smyrniaos, Nikos. 2021. Le rôle de la presse dans la diffusion du terme « islamo-gauchisme ». <http://ephemeron.eu/2259>. (22 April, 2021.)
- Spieß, Constanze. 2017. 5. Metaphern. In Kersten S. Roth, Martin Wengeler & Alexander Ziem (eds.), *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*, 94–115. De Gruyter.

- Spieß, Constanze. 2018. „Deutschland muss Deutschland bleiben“ – Sprachliche Selbst- und Fremdpositionierungsaktivitäten im Kontext politischer Äußerungen über Migration am Beispiel des Ausdrucks Leitkultur.
- Spitzmüller, Jürgen. 2013. Metapragmatik, Indexikalität, soziale Registrierung: Zur diskursiven Konstruktion sprachideologischer Positionen. *Zeitschrift für Diskursforschung* (3). 263–287.
- Spitzmüller, Jürgen. 2022. *Soziolinguistik: Eine Einführung* (Springer eBook Collection). Stuttgart: J.B. Metzler; Imprint: J.B. Metzler.
- Spitzmüller, Jürgen, Brigitta Busch & Mi-Cha Flubacher. 2021. Language ideologies and social positioning: the restoration of a “much needed bridge”. *International Journal of the Sociology of Language* 2021(272). 1–12.
- Spitzmüller, Jürgen, Mi-Cha Flubacher & Christian Bendl. 2017. Soziale Positionierung: Praxis und Praktik: Einführung in das Themenheft. *Wiener linguistische Gazette* (81). 1–18.
- Spitzmüller, Jürgen & Ingo Warnke. 2011. *Diskurslinguistik: Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse* (De Gruyter Studium). Berlin, Boston: De Gruyter.
- Stambolis-Ruhrstorfer, Michael & Josselin Tricou. 2018. Resisting “gender theory” in France: A fulcrum for religious action in a secular society. In Roman Kuhar & David Paternotte (eds.), *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality*, 79–98. Lanham, New York: Rowman & Littlefield.
- Starr, Paul. 2020. The Flooded Zone: How We Became Vulnerable to Disinformation in the Digital Era. In W. L. Bennett & Steven Livingston (eds.), *The Disinformation Age: Politics, Technology, and Disruptive Communication in the United States* (SSRC Anxieties of Democracy), 67–91. Cambridge: Cambridge University Press.
- Steinhauer, Hagen. 2024. Mimicry of Marginality in Soft Authoritarian Identity Politics. Intersectional Configurations of the »Menaced Majority« in France. *Journal for Discourse Studies* 2/2023. 143-162.
- Stögnér, Karin. 2020. Autoritärer Charakter und Identitätspolitik: Vom Hass auf Differenz zum Identitätszwang. In Katrin Henkelmann, Christian Jäckel, Andreas Stahl, Niklas Wunsch & Benedikt Zopes (eds.), *Konformistische Rebellen: Zur Aktualität des autoritären Charakters*, 265–280. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Supiot, Alain. 2015. *La Gouvernance par les nombres*. Paris: Fayard.
- Szigei, Imre. 2019. Präsupposition. In Stefan J. Schierholz (ed.), *Wörterbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (WSK) Online*. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Taguieff, Pierre-André. 2002a. *La nouvelle judéophobie* (Essai). Paris: Mille et une Nuits.
- Taguieff, Pierre-André. 2002b. Retour sur la nouvelle judéophobie. *Cités* 12(4). 117.
- Taguieff, Pierre-André. 2021. *Liaisons dangereuses: Islamo-nazisme, islamogauchisme* (Questions sensibles). Paris: hermann.
- Thompson, Vanessa E. 2020. “We have to act. That is what forms collectivity”: Black solidarity beyond identity in contemporary Paris. In Felipe Espinoza Garrido, Caroline Koegler, Deborah Nyangulu & Mark U. Stein (eds.), *Locating African European studies: Interventions, intersections, conversations* (Routledge studies on African and Black diaspora 10), 31–44. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge.
- Truschkat, Inga. 2013. Zwischen interpretativer Analytik und GTM – Zur Methodologie einer wissenssoziologischen Diskursanalyse. In Reiner Kelle & Inga Truschkat (eds.), *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven*, 69-87. Wiesbaden: Springer VS.
- Valentin, Pierre. 2021a. *L'Idéologie woke. 1. Anatomie du wokisme*. Fondation pour l'innovation politique.
- Valentin, Pierre. 2021b. *L'Idéologie woke. 2. Face au wokisme*. Fondation pour l'innovation politique.
- Van Dijk, Teun A. 1992. Discourse and the denial of racism. *Discourse & Society* 3(1). 87–118.

- Van Dijk, Teun A. 1993. Denying Racism: Elite Discourse and Racism. In John Wrench & John Solomons (eds.), *Racism and Migration in Western Europe*, 179–194.
- Vogel, Friedemann. 2023. Diskurs. <https://diskursmonitor.de/glossar/diskurs/>. (5 September, 2023.)
- Voigt, Rüdiger. 2015. *Der moderne Staat: Zur Genese des heutigen Staatsverständnisses* (Essentials). Wiesbaden: Springer VS.
- Wacquant, Loïc. 2000. « Excuses sociologiques » et « responsabilité individuelle ». *La vache folle*, <http://homme-moderne.org/societe/socio/wacquant/excuses.html>. (5 December, 2022.)
- Warnke, Ingo H. (ed.). 2007a. *Diskurslinguistik nach Foucault: Theorie und Gegenstände* (Linguistik, Impulse & Tendenzen 25). Berlin, New York: Walter de Gruyter.
- Warnke, Ingo H. 2007b. Diskurslinguistik nach Foucault – Dimensionen einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen. In Ingo H. Warnke (ed.), *Diskurslinguistik nach Foucault: Theorie und Gegenstände* (Linguistik, Impulse & Tendenzen 25), 3–25. Berlin, New York: Walter de Gruyter.
- Warnke, Ingo H. 2009. Die sprachliche Konstituierung von geteiltem Wissen in Diskursen. In Ekkehard Felder & Marcus Müller (eds.), *Wissen durch Sprache: Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse des Forschungsnetzwerkes „Sprache und Wissen“*, 113–140. Berlin: De Gruyter.
- Warnke, Ingo H. 2018. Diskurslinguistik – Verdichtete Programmatik vor weitem Horizont. In Ingo H. Warnke (ed.), *Handbuch Diskurs*, IX–XXXIV. De Gruyter.
- Warnke, Ingo H., Charlotta Seiler-Brylla & Silvia Bonacchi. 2022. Mimikry der Marginalität. In Laura Auteri (ed.), *Akten des XIV. Internationalen Germanistenkongresses Palermo 2021: Wege der Germanistik in transkultureller Perspektive*. Berlin: Peter Lang Verlag.
- Weil, Patrick. 2021. *De la laïcité en France*. Paris: Bernard Grasset.
- Wimbauer, Christine, Mona Motakef & Julia Teschlade. 2015. Prekäre Selbstverständlichkeiten: Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In Sabine Hark & Paula-Irene Villa (eds.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, 41–57. Bielefeld: transcript.
- Wodak, Ruth. 2001a. The Discourse-Historical Approach. In Ruth Wodak & Michael Meyer (eds.), *Methods of Critical Discourse Analysis: Introducing Qualitative Methods*, 63–94. London: SAGE.
- Wodak, Ruth. 2001b. What CDA is About - A Summary of its History, Important Concepts and its Development. In Ruth Wodak & Michael Meyer (eds.), *Methods of Critical Discourse Analysis: Introducing Qualitative Methods*, 1–13. London: SAGE.
- Wodak, Ruth. 2019. Entering the 'post-shame era': the rise of illiberal democracy, populism and neo-authoritarianism in EUrope. *Global Discourse* 9(1). 195–213.
- Wodak, Ruth. 2021. *The Politics of Fear: The Shameless Normalization of Far-Right Discourse*, 2nd edn. Los Angeles: SAGE.
- Worthmann, Hannes. 2019. *Praktische Intelligenz und die Zweiteilung des Wissens*. J.B. Metzler.
- Zakaria, Fareed. 1997. The Rise of Illiberal Democracy. *Foreign Affairs* 22(76). 22–43.
- Zia-Ebrahimi, Reza. 2020. The French origins of 'Islamophobia denial'. *Patterns of Prejudice* 54(4). 315–346.
- Zürn, Michael. 2021a. How Non-Majoritarian Institutions Make Silent Majorities Vocal: A Political Explanation of Authoritarian Populism. *Perspectives on Politics*. 1–20.
- Zürn, Michael. 2021b. *Zum Aufstieg des autoritären Populismus. Michael Zürn im Gespräch mit Bernhard Zangl*.

## Medienkorpus Überblicksanalyse

Baroche, Luc de. 2018. Le libéralisme, antidote au populisme. *Le Point*, 24.09.2018.

- Baverez, Nicolas. 2018. Écologie, lost in transition. *Le Point*, 05.12.2018.
- Baverez, Nicolas. 2019. Réforme des retraites : la France à quitte ou double. *Le Point*, 19.12.2019.
- Baverez, Nicolas. 2020. Que les années 2020 ne soient pas vaines. *Le Point*, 13.01.2020.
- Belaïch, Charlotte. 2020a. Hidalgo et Dati, les meilleures ennemies. *Libération*, 13.01.2020. 14–15.
- Belaïch, Charlotte. 2020b. A Paris, l'ombre de Delanoë plane sur la campagne d'Hidalgo. *Libération*, 28.02.2020. 12.
- Belaïch, Charlotte. 2020c. La guerre des trois aura bien lieu. *Libération*, 12.03.2020. 2–3.
- Berdah, Arthur. 2020. La France, un pays autoritaire ? « Essayez la dictature et vous verrez ! ». *Le Figaro*, 25.01.2020.
- Berdah, Arthur, Jean Chichizola, Christophe Cornevin & Albert Zennou. 2020. Gérald Darmanin : « Il faut stopper l'ensauvagement d'une partie de la société ». *Le Figaro*, 24.07.2020, <https://www.lefigaro.fr/politique/gerald-darmanin-il-faut-stopper-l-ensauvagement-d-une-partie-de-la-societe-20200724>. (18 October, 2022.)
- Bertholomey, Élisabeth, Benjamin Duhamel, Thomas Soulié & Clarisse Martin. 2021. Marine Le Pen « molle » : les propos de Gérald Darmanin sèment l'embarras au sein de LaREM. *BFMTV*, 15.02.2021, [https://www.bfmtv.com/politique/marine-le-pen-molle-les-propos-de-gerald-darmanin-sement-l-embarras-au-sein-de-la-rem\\_AN-202102150325.html](https://www.bfmtv.com/politique/marine-le-pen-molle-les-propos-de-gerald-darmanin-sement-l-embarras-au-sein-de-la-rem_AN-202102150325.html). (16 March, 2023.)
- Besse Desmoulières, Raphaëlle & Bertrand Bissuel. 2020. Retraites : LRM s'oppose à la commission d'enquête sur l'étude d'impact: Les députés socialistes avaient demandé la possibilité de mener ces investigations. *Le Monde*, 06.03.2020. 14.
- Bherer, Marc-Olivier. 2019. Fareed Zakaria Pourfendeur de la « démocratie illibérale ». *Le Monde*, 17.12.2019. 34.
- Binswanger, Daniel. 2019. Das ist nicht Neoliberalismus, das ist Klassenkampf. *Republik.ch*, 14.01.2019, <https://cdn.repub.ch/pdf/2019/01/14/das-ist-nicht-neoliberalismus-das-ist-klassenkampf.pdf>. (25 September, 2020.)
- Boichot, Loris. 2020. Le 49-3 est-il utilisé « pour la première fois » contre l'opposition, comme l'affirme Ségolène Royal ? *Le Figaro*, 03.03.2020.
- Bouchet-Petersen, Jonathan. 2020. La mobilisation marque le pas, l'exécutif avance. *Libération*, 30.01.2020. 8–9.
- Bouchez, Yann & Simon Piel. 2019. MoDem : Marielle de Sarnez mise en examen. *Le Monde*, 06.12.2019. 12.
- Bréville, Benoît. 2023. Un peuple debout, un pouvoir obstiné. *Le monde diplomatique*, 01.04.2023, <https://www.monde-diplomatique.fr/2023/04/BREVILLE/65646>. (21 April, 2023.)
- Bruckert, Erwan. 2018. La France insoumise, la nébuleuse décryptée. *Le Point*, 24.08.2018.
- Carria, Julie. 2020. Les tirs groupés de l'opposition contre le projet de réforme. *Le Monde*, 09.01.2020. 9.
- Chapoutot, Johann. 2020b. De l'évaluation au doigt mouillé du capitalisme. *Libération*, 05.03.2020. 24–25.
- Chapuis, Nicolas & Ariane Chemin. 2020. Le préfet du président. *Le Monde*, 25.02.2020. 20.
- Chokron, Sylvie. 2019. Pourquoi êtes-vous pour ou contre ? *Le Monde*, 20.11.2019. 7.
- Cordelier, Jérôme. 2019. Gérard Collomb : son appel à Macron. *Le Point*, 03.04.2019.
- Cosnard, Denis. 2020. Anne Hidalgo, mal-aimée mais favorite à Paris. *Le Monde*, 22.01.2020. 29.
- Darnault, Maïté, Eva Fonteneau, Donia Ismail & Stéphane Thépot. 2020. En manif, « j'ai la peur qui me prend aux tripes ». *Libération*, 06.02.2020. 16–18.
- Denis, Tugdual, Hugo Domenach & Samuel Dufay. 2018. Le tournant antilibéral de la droite. *Le Point*, 21.06.2018.

- Derosier, Jean-philippe. 2020. « Il existe d'autres moyens pour contrer l'obstruction ». *Le Monde*, 26.02.2020, [https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/02/26/il-existe-d-autres-moyens-pour-contrer-l-obstruction\\_6030832\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/02/26/il-existe-d-autres-moyens-pour-contrer-l-obstruction_6030832_3232.html). (15 February, 2024.)
- Deveschio, Alexandre & Marguerite Richelme. 2019. Olivier Guez et Frédéric Rouillois: « Vivons-nous le retour des années 1930 ? ». *Le Figaro*, 27.12.2019.
- Duclos, Michel. 2019. Aujourd'hui, la démocratie libérale n'apparaît plus comme le modèle légitime. *Le Monde*, 07.11.2019. 29.
- Ducrozet, Pierre. 2019. Le grand corps malade. *Libération*, 07.12.2019. 25.
- Duhamel, Alain. 2019a. Marine Le Pen peut-elle gagner en 2022 ? *Libération*, 24.10.2019. 26.
- Duhamel, Alain. 2019b. Le Président et le mur du 5 décembre Emmanuel Macron va-t-il vivre son hiver 1995 ? Pour celui qui s'exprime en séducteur mais agit en décideur, tout va se jouer dans la bataille de l'opinion. *Libération*, 28.11.2019. 24.
- Duhamel, Alain. 2020a. Le mythe d'une France illibérale. *Libération*, 06.02.2020. 26.
- Duhamel, Alain. 2020b. 49.3 : une victoire de Jean-Luc Mélenchon. *Libération*, 05.03.2020. 24.
- Duhamel, Alain. 2020c. La crise des démocraties européennes. *Libération*, 14.11.2020. 22.
- Emery, Audrey. 2019. Lille - Wallon-Leducq : « Martine Aubry est isolée, mais nul n'en profite ». *Le Point*, 11.11.2019.
- Fassin, Didier. 2020. Nommer la violence d'Etat. *Libération*, 29.01.2020. 24.
- Faure, Sonya & Anastasia Vécrin. 2020. Johann Chapoutot : « Le nazisme a été une matrice du management moderne ». *Libération*, 06.01.2020. 20.
- Faye, Olivier. 2020. Le chef de l'Etat dénonce « la violence et la radicalité de certains blocages ». *Le Monde*, 27.01.2020. 10.
- Faye, Olivier & Alexandre Lemarié. 2020. Le gouvernement dénonce « l'obstruction » de l'opposition et n'écarte pas l'adoption sans vote du projet de loi. *Le Monde*, 24.02.2020. 7.
- Fresso, Françoise. 2020a. Retraites : la réforme de trop ? *Le Monde*, 29.01.2020. 30.
- Fresso, Françoise. 2020b. La démocratie parlementaire en question. *Le Monde*, 04.03.2020. 31.
- Gatinois, Claire. 2022. Législatives 2022 : le camp macroniste se divise sur le front républicain face au RN. *Le Monde*, 14.06.2022, [https://www.lemonde.fr/elections-legislatives-2022/article/2022/06/14/legislatives-2022-le-camp-macroniste-se-divise-sur-le-front-republicain-face-au-rn\\_6130214\\_6104324.html](https://www.lemonde.fr/elections-legislatives-2022/article/2022/06/14/legislatives-2022-le-camp-macroniste-se-divise-sur-le-front-republicain-face-au-rn_6130214_6104324.html). (13 December, 2023.)
- Giesbert, Franz-Oliver. 2019. FOG - Comment les démocraties finissent. *Le Point*, 01.02.2019.
- Hatchuel, Armand. 2020. Avis d'expert | Entreprises Services publics : pas de réforme sans les équipes. *Le Monde*, 20.02.2020. 16.
- Hollande, François. 2019. François Hollande Instaurer un véritable régime présidentiel avec un Parlement plus fort. *Le Monde*, 23.10.2019.
- Kempf, Raphaël. 2019. Des violences policières aux violences judiciaires. *Le monde diplomatique*, 02.2019 66, <https://www.monde-diplomatique.fr/2019/02/KEMPF/59541>. (25 September, 2020.)
- Larousserie, David & Camille Stromboni. 2020. La recherche mobilisée contre la loi de programmation. *Le Monde*, 29.01.2020. 2.
- Le Fol, Sébastien. 2019. Bruno Le Maire : « Le capitalisme est dans une impasse ». *Le Point*, 24.02.2019.
- Le Guen, Erwana. 2019. Pierre Lemaitre fustige les «embourgeoisés Renaud et Souchon» qui encensent Macron. *Le Figaro*, 20.12.2019.
- Le Monde Éditorial. 2020. Retraites : le poids de la défiance. *Le Monde*, 27.01.2020. 32.
- Le Triennaire, Virginie. 2020. Mathilde Panot (LFI) : « Le gouvernement est irresponsable ». *Le Figaro*, 16.01.2020.
- Lefilliâtre, Jérôme, Tristan Berteloot, Rachid Laïreche & Marlène Thomas. 2020. Dans le cortège parisien, « vous pensez que c'est un plaisir pour nous, la grève ? ». *Libération*, 17.01.2020. 4.

- Lemarié, Alexandre. 2019. Dissidences en série chez les « marcheurs ». *Le Monde*, 08.11.2019. 6.
- Lepelletier, Pierre. 2020a. Ségolène Royal estime que la France « est dans un régime autoritaire ». *Le Figaro*, 24.01.2020.
- Lepelletier, Pierre. 2020b. Réforme des retraites : après une semaine de débats houleux, le recours au 49-3 se dessine. *Le Figaro*, 21.02.2020.
- Leroux, Luc. 2020. « Plus le gouvernement continuera à ignorer ce qu'on dit, plus on sera motivés ». *Le Monde*, 03.02.2020. 17.
- Lévy, Bernard-Henri. 2019. La « Lettre aux Français » d'Emmanuel Macron : où sont les amis du peuple ? *Le Point*, 18.01.2019.
- Libération. 2020. Adrien Quatennens veut une « motion de censure citoyenne ». *Libération*, 09.03.2020. 16–17.
- Mahler, Thomas. 2018. Yascha Mounk : « Le peuple contre la démocratie ». *Le Point*, 30.08.2018.
- Mahler, Thomas & Saïd Mahrane. 2018. David Brooks, le bad boy du « New York Times ». *Le Point*, 07.06.2018.
- Mahrane, Saïd. 2019. Dominique Schnapper : « Raymond Aron a été condamné par le monde intellectuel ». *Le Point*, 01.02.2019.
- Maurer, Pierre. 2020. La colère monte d'un cran dans l'opposition : « On piétine le Parlement ! ». *Le Figaro*, 11.02.2020.
- Maurice, Stéphanie. 2020. Martine Aubry en terrain conquis. *Libération*, 12.03.2020. 12–13.
- Mestre, Abel. 2020. Divisée, la gauche échoue à proposer un débouché politique à la grève. *Le Monde*, 21.01.2020. 32.
- Monod, Jean-Claude. 2019b. Reconquérir la démocratie contre les oligarchies qui la détournent. *Le Monde*, 09.11.2019. 30.
- Mourgue, Marion. 2020a. Droite et gauche dénoncent un « fiasco parlementaire ». *Le Figaro*, 04.03.2020.
- Mourgue, Marion. 2020b. Xavier Bertrand : « Il faut un référendum sur la laïcité, la protection des Français et l'immigration ». *Le Figaro*, 04.12.2020.
- Perrault, Guillaume. 2020. Les professions libérales sous Macron, derniers des Mohicans ? *Le Figaro*, 13.02.2020.
- Perrineau, Maxime. 2019. Comment l'image de Mélenchon s'est-elle dégradée dans l'opinion ? *Le Figaro*, 11.12.2019.
- Pietralunga, Cédric & Manon Rescan. 2020. Face aux réticences des députés LRM, l'exécutif choisit de repousser « l'acte d'autorité ». *Le Monde*, 27.02.2020. 5.
- Quinault-Maupoil, Tristan. 2020. Manuel Valls, déjà la tentation du retour. *Le Figaro*, 09.03.2020.
- Rayes, Chantal. 2019. Au Brésil, l'avènement d'un « libéralisme autoritaire ». *Libération*, 31.12.2019. 11.
- Reverchon, Antoine. 2019. Entreprises Services publics : pas de réforme sans les équipes. *Le Monde*, 25.10.2019.
- Rof, Gilles & Loucie Soullier. 2020. Stéphane Ravier, le frontisme à l'ancienne en embuscade à Marseille. *Le Monde*, 07.03.2020. 13.
- Sarkozy, Nicolas. 2019. EXCLUSIF. Chirac, Balladur, Mitterrand... les « Passions » de Sarkozy. *Le Point*, 26.06.2019.
- Schneidermann, Daniel. 2019. Couverture géographique Nationale Provenance Georgelin et Lallement, deux révélateurs. *Libération*, 25.11.2019. 25.
- Semo, Marc. 2020. Fareed Zakaria Pourfendeur de la « démocratie illibérale ». *Le Monde*, 31.01.2020. 24.
- Siraud, Mathilde. 2020. Agnès Buzyn : « Je ne ferai aucune alliance d'appareils ». *Le Figaro*, 09.03.2020.



- Sizaire, Vincent. 2019. Des sans-culottes aux « gilets jaunes », histoire d'une surenchère répressive. *Le monde diplomatique*, 04.2019 66, <https://www.monde-diplomatique.fr/2019/04/SIZAIRE/59748>. (25 September, 2020.)
- Sud Ouest. 2022. Relation avec les députés RN : le député d'Agen/Nérac Michel Lauzzana précise sa pensée. *Sud Ouest*, 04.10.2022, <https://www.sudouest.fr/politique/relation-avec-les-deputes-rn-le-depute-d-agen-nerac-michel-lauzzana-precise-sa-pensee-12473241.php>. (13 December, 2023.)
- Sur, Serge. 2020. Assemblée nationale : « L'article 49.3 de la Constitution n'est nullement l'instrument d'un régime autoritaire », selon Serge Sur. *Le Monde*, 27.02.2020. 27.
- Tabard, Guillaume. 2020a. « Pourquoi la réforme des retraites finira par un 49-3 ». *Le Figaro*, 20.02.2020.
- Tabard, Guillaume. 2020b. L'exécutif à la recherche d'un « effet Brexit ». *Le Figaro*, 25.02.2020.
- Tabard, Guillaume. 2020c. Municipales, retraites : tenir avant l'acte II. *Le Figaro*, 04.03.2020.
- Tandonnet, Maxime. 2020. « Le 49-3 est devenu un aveu de faiblesse des gouvernements ». *Le Figaro*, 25.02.2020.
- Thréard, Yves. 2020. Joseph Macé-Scaron : « Notre époque considère la liberté comme un fardeau ». *Le Figaro*, 03.01.2020.
- Truong, Nicolas. 2020. George Orwell, penseur du XXI<sup>e</sup> siècle. *Le Monde*, 18.11.2020. 26.
- Un collectif de personnalités. 2019. Grève du 5 décembre : plus de 180 intellectuels et artistes soutiennent « celles et ceux qui luttent ». *Le Monde*, 05.12.2019. 26.
- Un collectif de personnalités. 2020. Quand la réforme des retraites tourne au jeu de massacre démocratique. *Le Monde*, 01.02.2020. 27.
- Verner, Robin. 2020. « On est dans un régime autoritaire » : limogée, Royal dénonce un « pouvoir qui n'en fait qu'à sa tête » sur les retraites. *Bfmtv*, 24.01.2020, [https://www.bfmtv.com/politique/on-est-dans-un-regime-autoritaire-limogee-royal-denonce-un-pouvoir-qui-n-en-fait-qu-a-sa-tete-sur-les-retraites\\_AV-202001240047.html](https://www.bfmtv.com/politique/on-est-dans-un-regime-autoritaire-limogee-royal-denonce-un-pouvoir-qui-n-en-fait-qu-a-sa-tete-sur-les-retraites_AV-202001240047.html). (5 December, 2023.)
- Weill, Nicolas. 2019. Critiques Essais Jean-Claude Monod assume un « journalisme philosophique » : Les révoltes à la lumière de Foucault. *Le Monde*, 08.11.2019. 7.
- Wieviorka, Michel. 2020. Les deux autoritarismes. *Libération*, 17.11.2020, [https://www.liberation.fr/debats/2020/11/17/les-deux-autoritarismes\\_1805862/](https://www.liberation.fr/debats/2020/11/17/les-deux-autoritarismes_1805862/). (15 December, 2023.)
- Woessner, Géraldine. 2020. Colmar, la ville plus vertueuse que l'État. *Le Point*, 24.10.2020.
- Zappi, Sylvia. 2020. Ségolène Royal rêve déjà de 2022: Critique contre Macron, qu'elle soutenait en 2017, l'ex-socialiste veut se présenter à la présidentielle. *Le Monde*, 23.02.2020. 11.

## Korpus Tiefenanalyse

- Aphatie, Jean-Michel, Patrick Jarreau, Laurent Maduit & Michel Noblecour. 1999. Lionel Jospin trace sa route en « mettant le cap sur l'an 2000 ». *Le Monde*, 07.01.1999 55(16780). 6–7.
- Archambault, Christophe. 2021. Jean-Michel Blanquer lance son « Laboratoire de la République », destiné à remporté la « bataille des idées ». *TF1 Info*, 14.10.2021, <https://www.tf1info.fr/politique/think-tank-le-ministre-de-education-jean-michel-blanquer-lance-son-laboratoire-de-la-republique-destine-a-remporte-la-bataille-des-idees-contre-wokisme-pour-defendre-humanisme-universalisme-2198923.html>. (4 October, 2022.)
- Assemblée Nationale. 2022. Formation des députés aux enjeux environnementaux - Présidence de l'Assemblée nationale. <https://presidence.assemblee-nationale.fr/activites/discours/32434>. (24 March, 2024.)

- Assénat, Nelly & Fabien Le Dû. 2022. Salon-de-Provence : la méthode musclée de Valérie Pécresse contre les dealers. *France Bleu*, 06.01.2022, <https://www.francebleu.fr/infos/politique/securite-dans-les-cites-valerie-pecresse-en-visite-a-salon-sur-un-point-de-deal-1641465478>. (19 October, 2022.)
- Bayart, Jean-François. 2020. Jean-François Bayart : « Que le terme plaise ou non, il y a bien une islamophobie d'Etat en France ». *Le Monde*, 31.10.2020, [https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/10/31/jean-francois-bayart-que-le-terme-plaise-ou-non-il-y-a-bien-une-islamophobie-d-etat-en-france\\_6057987\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/10/31/jean-francois-bayart-que-le-terme-plaise-ou-non-il-y-a-bien-une-islamophobie-d-etat-en-france_6057987_3232.html).
- Benoist, Alain de, Michael Böhm & Armin Mohler. [1985] 2017. *Kulturrevolution von rechts*. Dresden: Jungeuropa Verlag.
- Bérichel, Quentin. 2021. Frédérique Vidal lance une enquête sur «l'islamo-gauchisme» à l'université, <https://www.cnews.fr/videos/france/2021-02-16/frederique-vidal-lance-une-enquete-sur-lislamo-gauchisme-luniversite>.
- Bernard, Philippe & Service International (Philippe Bernard). 2010. La querelle des Roms : M. Sarkozy et les « indésirables ». *Le Monde*, 17.09.2010, [https://www.lemonde.fr/idees/article/2010/09/17/la-querelle-des-roms-m-sarkozy-et-les-indesirables\\_1412513\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2010/09/17/la-querelle-des-roms-m-sarkozy-et-les-indesirables_1412513_3232.html). (26 January, 2024.)
- Beyer, Caroline. 2021. Comment l'islamo-gauchisme gangrène les universités. *Le Figaro*, 11.02.2021. <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/comment-l-islamo-gauchisme-gangrene-les-universites-20210211>.
- Bock-Côté, Mathieu. 2023. *La révolution raciste et autres virus idéologiques*. Monaco: Éditions du Rocher.
- Bourdieu, Pierre. 1998. Die Sachzwänge des Neoliberalismus. *Le monde diplomatique*, 13.03.1998 49, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!3204120>. (25 September, 2020.)
- Bruckner, Pascal. 2017. *Un racisme imaginaire: Islamophobie et culpabilité*. Paris: Bernard Grasset.
- Bruckner, Pascal. 2020. Dieu lui-même est sans doute lassé. *Le Monde*, 10.11.2020. 32.
- Camus, Renaud. 2011. *Le Grand Remplacement*. Neuilly-Sur-Seine: David Reinharc.
- Clévenot, Emmanuel. 2023. « Pour Macron, les savoirs scientifiques sont des outils de communication ». *Reporterre*, 06.01.2023, <https://reporterre.net/Pour-Macron-les-savoirs-scientifiques-sont-des-outils-de-communication>. (10 January, 2023.)
- Cluzel, Thomas. 2016. Expliquer, c'est excuser: La Revue de Presse Internationale. *France Culture*, 11.01.2016, <https://www.radiofrance.fr/franceculture/podcasts/la-revue-de-presse/expliquer-c-est-excuser-4707811>. (5 December, 2022.)
- Collectif. 2020. Une centaine d'universitaires alertent : « Sur l'islamisme, ce qui nous menace, c'est la persistance du déni ». *Le Monde*, 31.10.2020, [https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/10/31/une-centaine-d-universitaires-alertent-sur-l-islamisme-ce-qui-nous-menace-c-est-la-persistance-du-deni\\_6057989\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/10/31/une-centaine-d-universitaires-alertent-sur-l-islamisme-ce-qui-nous-menace-c-est-la-persistance-du-deni_6057989_3232.html). (21 November, 2022.)
- Collectif CITOYEN. 2023. Petition. Emmanuel Macron ne nous écoute pas, n'écoutons plus Macron. <https://www.change.org/p/emmanuel-macron-ne-nous-%C3%A9coute-pas-n-%C3%A9coutons-plus-macron>. (21 April, 2023.)
- Comité féministes universalistes. 2021. « Nous, féministes universalistes... ». *Le Point*, 26.01.2021, [https://www.lepoint.fr/politique/nous-feministes-universalistes-26-01-2021-2411232\\_20.php#11](https://www.lepoint.fr/politique/nous-feministes-universalistes-26-01-2021-2411232_20.php#11). (1 November, 2022.)
- Conseil constitutionnel. 2024. Décision n°2023-863 DC du 25 janvier 2024 - Loi pour contrôler l'immigration, améliorer l'intégration, <https://www.conseil-constitutionnel.fr/decision/2024/2023863DC.htm>.

- Couturier, Brice. 2021. *OK millenials!: Puritanisme, victimisation, identitarisme, censure... : l'enquête d'un baby-boomer sur les mythes de la génération « woke »*. Paris: Éditions de l'Observatoire.
- Couvelaire, Louise. 2022. Election présidentielle 2022 : les quartiers populaires au cœur de la campagne. *Le Monde*, 31.01.2022, [https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2022/article/2022/01/31/election-presidentielle-2022-les-quartiers-populaires-au-c-ur-de-la-campagne\\_6111651\\_6059010.html](https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2022/article/2022/01/31/election-presidentielle-2022-les-quartiers-populaires-au-c-ur-de-la-campagne_6111651_6059010.html). (18 October, 2022.)
- Décugis, Jean-Michel & Jérémie Pham-Lê. 2019. Mosquée de Bayonne : la santé mentale du tireur au cœur de l'enquête. *Le Parisien*, 30.10.2019, <https://www.leparisien.fr/faits-divers/mosquee-de-bayonne-la-sante-mentale-du-tireur-au-coeur-de-l-enquete-30-10-2019-8182989.php>. (12 January, 2023.)
- Delaporte, Lucie. 2021. École de Marion Maréchal : anatomie d'un fiasco. *Mediapart*, 10.05.2021, [https://www.mediapart.fr/journal/france/100521/ecole-de-marion-marechal-anatomie-d-un-fiasco?utm\\_source=global](https://www.mediapart.fr/journal/france/100521/ecole-de-marion-marechal-anatomie-d-un-fiasco?utm_source=global). (1 December, 2023.)
- Delmas-Marty, Mireille. 2022. De l'état d'urgence au despotisme doux. *Libération*, 13.02.2022, [https://www.liberation.fr/debats/2017/07/16/de-l-etat-d-urgence-au-despotisme-doux\\_1584185/](https://www.liberation.fr/debats/2017/07/16/de-l-etat-d-urgence-au-despotisme-doux_1584185/). (5 October, 2022.)
- Duchemin, Rémi. 2020. Gérald Darmanin "choqué" par les rayons de "cuisine communautaire" dans les hypermarchés. *Europe1.fr*, 21.10.2020, <https://www.europe1.fr/politique/gerald-darmanin-choque-par-les-rayons-de-cuisine-communautaire-dans-les-hypermarches-4000044>. (15 November, 2022.)
- Durand, Mathilde. 2020. « Ce qu'on appelle l'islamo-gauchisme fait des ravages », dénonce Jean-Michel Blanquer. *Europe1.fr*, 22.10.2020, <https://www.europe1.fr/politique/ce-quon-appelle-lislamo-gauchisme-fait-des-ravages-denonce-jean-michel-blanquer-4000366>. (15 November, 2022.)
- Élimas, Nathalie. 2021. Déclaration de Mme Nathalie Élimas, secrétaire d'État à l'éducation prioritaire, sur l'écriture inclusive qui sera désormais proscrite à l'école, au Sénat le 6 mai 2021.
- Fassin, Éric. 2019b. Brésil : le laboratoire intersectionnel du néolibéralisme. *AOC - Analyse Opinion Critique*, 04.10.2019, <https://aoc.media/opinion/2019/10/04/bresil-le-laboratoire-intersectionnel-du-neoliberalisme/>. (1 March, 2023.)
- Fourest, Caroline & Fiammetta Venner. 2003. Islamopobie? *ProChoix*, <http://www.prochoix.org/frameset/26/islamophobie26.html>.
- Garcia, Sascha, Lucas Biosca & AFP. 2023. Gabriel Attal annonce l'interdiction de l'abaya dans les établissements scolaires. *Libération*, 28.08.2023, [https://www.liberation.fr/societe/education/gabriel-attal-annonce-linterdiction-de-labaya-a-lecole-20230827\\_FL6GOOHDZBWTG22BGNEJXFWI/](https://www.liberation.fr/societe/education/gabriel-attal-annonce-linterdiction-de-labaya-a-lecole-20230827_FL6GOOHDZBWTG22BGNEJXFWI/). (12 March, 2024.)
- Gestas, Maguelonne de. 2021. Parlez-vous le « woke »? *Le Figaro*, 22.10.2021, <https://www.lefigaro.fr/langue-francaise/actu-des-mots/parlez-vous-le-woke-20211022>. (1 December, 2023.)
- Goldnadel, Gilles W. 2020. Goldnadel: « Extension du domaine de la soumission à l'islamisme ». *Figaro Vox*, 02.11.2020.
- Gouvernement de la République Française. 2021. *Comité interministériel des villes*.
- Guillou, Clément. 2023. Projet de loi « immigration » : le baiser de la mort de Marine Le Pen, qui revendique une « victoire idéologique ». *Le Monde*, 20.12.2023, [https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/12/20/projet-de-loi-immigration-le-baiser-de-la-mort-de-marine-le-pen-qui-revendique-une-victoire-ideologique\\_6206819\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/12/20/projet-de-loi-immigration-le-baiser-de-la-mort-de-marine-le-pen-qui-revendique-une-victoire-ideologique_6206819_823448.html). (21 December, 2023.)

- Harman, Chris. 1994a. Der Prophet und das Proletariat: übersetzt von David Paenson. *International Socialism Journal* 2, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/harman/1994/prophet/text.html>. (26 March, 2024.)
- Harman, Chris. 1994b. The prophet and the proletariat. *International Socialism Journal* 64, <https://www.marxists.org/archive/harman/1994/xx/islam.htm>. (20 April, 2021.)
- Houllebecq, Michel. 2015. *Soumission*. Paris: Flammarion.
- Human Rights Watch. 2020. World Report 2020. <https://www.hrw.org/world-report/2020/country-chapters/european-union#0309a6>. (21 April, 2020.)
- IFOB-Fiducial. 2021. Balises d'opinion #127: Les Français et la notion d'islamo-gauchisme. Ifop-Fiducial pour CNews et Sud Radio. <https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-la-notion-dislamo-gauchisme/>.
- Khemilat, Fatima. 2021. France's new 'separatism' law stigmatises minorities and could backfire badly. *The Conversation*, 15.08.2021, <https://theconversation.com/frances-new-separatism-law-stigmatises-minorities-and-could-backfire-badly-162705>.
- La Manif Pour Tous. 2023. Le wokisme – La Manif Pour Tous. <https://web.archive.org/web/20230129133811/https://www.lamanifpourtous.fr/nos-combats/le-wokisme>. (23 November, 2023.)
- La Mornais, Loïc de & Sylvain Gauthier. 2005. Nicolas Sarkozy « Le terme nettoyer au karcher est un terme qui s'impose ». *TF1 Info*, 29.06.2005, <https://www.ina.fr/ina-eclairage-actu/video/i09086606/nicolas-sarkozy-le-terme-nettoyer-au-karcher-est-un-terme-qui-s-impose>. (7 November, 2023.)
- Lamort, Édouard. 2022. Présidentielle : c'est quoi le concept de remigration dont Éric Zemmour souhaite faire un ministère ? - Editio. *Ouest-France*, 23.03.2022, <https://www.ouest-france.fr/leditiondusoir/2022-03-23/presidentielle-c-est-quoi-le-concept-de-remigration-dont-eric-zemmour-souhaite-faire-un-ministere-5c53d8ba-aa03-4328-b558-f409e923936f>. (26 January, 2024.)
- Le Monde. 2022. Valérie Pécresse justifie son utilisation de l'expression complotiste « grand remplacement » au cours d'un meeting à Paris. *Le Monde*, 14.02.2022, [https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2022/article/2022/02/14/valerie-pecresse-se-defend-de-son-utilisation-du-terme-complotiste-du-grand-remplacement-au-cours-de-son-meeting-a-paris\\_6113617\\_6059010.html](https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2022/article/2022/02/14/valerie-pecresse-se-defend-de-son-utilisation-du-terme-complotiste-du-grand-remplacement-au-cours-de-son-meeting-a-paris_6113617_6059010.html). (10 October, 2022.)
- Le Monde. 2021. C'est quoi exactement, le « wokisme »? <https://podcasts.lemonde.fr/en/lheure-du-monde/202111040100-cest-quoi-exactement-le-wokisme>. (1 December, 2023.)
- Le Nevé, Soazig. 2021. Frédérique Vidal lance une enquête sur « l'islamo-gauchisme » à l'université. *Le Monde*, 16.02.2021, [https://www.lemonde.fr/societe/article/2021/02/16/frederique-vidal-lance-une-enquete-sur-l-islamo-gauchisme-a-l-universite\\_6070195\\_3224.html](https://www.lemonde.fr/societe/article/2021/02/16/frederique-vidal-lance-une-enquete-sur-l-islamo-gauchisme-a-l-universite_6070195_3224.html). (12 January, 2023.)
- Leclère, Emmanuel & Olivier Bénis. 2018. La « reconquête républicaine » des quartiers sensibles selon Emmanuel Macron et Gérard Collomb. *France Inter*, 18.09.2018, <https://www.radiofrance.fr/franceinter/la-reconquete-republicaine-des-quartiers-sensibles-selon-emmanuel-macron-et-gerard-collomb-3019208>. (18 October, 2022.)
- Lemoine, Anne-Elisabeth. 2023. C à vous Loi immigration : un compromis à tout prix ? - Emmanuel Macron, <https://www.france.tv/france-5/c-a-vous/saison-15/5571447-loi-immigration-un-compromis-a-tout-prix-c-a-vous-20-12-2023.html>. (21 December, 2023.)
- Lenin, Vladimir I. [1920] 1973. *La maladie infantile du communisme (le "Gauchisme")* (Classiques du marxisme-lénisme). Paris: Editions Sociales.
- Leprince, Chloé. 2020. « Séparatisme » : de l'anti-France chez les Soviétiques à l'islam en passant par la négritude. *France Culture*, 11.09.2020, <https://www.radiofrance.fr/franceculture/separatisme-de->

- l-anti-france-chez-les-soviets-a-l-islam-en-passant-par-la-negritude-3610070. (2 November, 2022.)
- L'équipe des rédacteurs d'Academia. 2020. Mais qui souffle aux oreilles de MM. Macron et Blanquer ? <https://academia.hypotheses.org/27305>. (20 February, 2023.)
- Les invités de Mediapart. 2020. Pour une République française antiraciste et décolonialisée. *Mediapart*, 03.07.2020, <https://blogs.mediapart.fr/les-invites-de-mediapart/blog/030720/pour-une-republique-francaise-antiraciste-et-decolonialisee>. (6 March, 2023.)
- Levy, Jean-Daniel, Pierre-Hadrien Bartoli & Antoine Gautier. 2021. Baromètre d'intentions de vote à l'élection présidentielle de 2022: Vague 18. Semain du 20 octobre 2021. [https://harris-interactive.fr/opinion\\_polls/barometre-dintentions-de-vote-pour-lelection-presidentielle-de-2022-vague-18/](https://harris-interactive.fr/opinion_polls/barometre-dintentions-de-vote-pour-lelection-presidentielle-de-2022-vague-18/). (14 July, 2023.)
- Lewis, Michael. 2018. Has Anyone Seen the President? *Bloomberg*, 09.02.2018, <https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2018-02-09/has-anyone-seen-the-president>. (12 January, 2023.)
- Louis, Édouard. 2018a. Can the Yellow Vests Speak? *Jacobin*, 12.08.2018, <https://jacobinmag.com/2018/12/france-yellow-vests-gilets-jaunes-austerite-macron>.
- Louis, Édouard. 2018b. « Chaque personne qui insultait un gilet jaune insultait mon père ». *Les Inrockuptibles*, 04.12.2018, <https://www.lesinrocks.com/2018/12/04/livres/actualite/edouard-louis-chaque-personne-qui-insultait-un-gilet-jaune-insultait-mon-pere/>. (25 September, 2020.)
- Maad, Assma, Romain Geoffroy, Gary Dagorn & Adel Miliani. 2023. Loi « immigration » : les erreurs et omissions d'Elisabeth Borne. *Le Monde*, 20.12.2023, [https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2023/12/20/loi-immigration-les-erreurs-et-omissions-d-elisabeth-borne\\_6206963\\_4355770.html](https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2023/12/20/loi-immigration-les-erreurs-et-omissions-d-elisabeth-borne_6206963_4355770.html). (21 December, 2023.)
- Mabrouk, Sonia. 2021. Entretien - Sandrine Rousseau répond aux questions de Sonia Mabrouk, Dimitri Pavlenko et Mathieu Bock-Côté. *Europe1*, 15.12.2021, <https://www.europe1.fr/emissions/linterview-politique-de-8h20/entretien-sandrine-rousseau-repond-aux-questions-de-sonia-mabrouk-dimitri-pavlenko-et-mathieu-bock-cote-4082662>. (27 June, 2023.)
- Macron, Emmanuel. 2016. *Révolution: C'est notre combat pour la France*. [Paris]: XO Éditions.
- Macron, Emmanuel. 2020a. Discours du Président de la République à l'occasion de la célébration du 150ème anniversaire de la proclamation de la République, au Panthéon. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/09/04/150-ans-en-republique>.
- Macron, Emmanuel. 2020b. Protéger les libertés en luttant contre le séparatisme islamiste : conférence de presse du Président Emmanuel Macron à Mulhouse. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/02/18/protoger-les-libertes-en-luttant-contre-le-separatisme-islamiste-conference-de-presse-du-president-emmanuel-macron-a-mulhouse>. (7 October, 2022.)
- Macron, Emmanuel. 2020c. Adresse aux Français, 16 mars 2020. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/03/16/adresse-aux-francais-covid19>. (26 January, 2024.)
- Macron, Emmanuel. 2020d. Discours du Président de la République sur le thème de la lutte contre les séparatismes. <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/10/02/la-republique-en-actes-discours-du-president-de-la-republique-sur-le-theme-de-la-lutte-contre-les-separatismes>. (26 March, 2024.)
- Macron, Emmanuel. 2022. Ensemble, nous allons réussir. Mes vœux 2023 aux Français. Ensemble, nous allons réussir. Mes vœux 2023 aux Français. (10 January, 2023.)

- Mahler, Thomas & Clément Pétreault. 2020. Bernard Rougier : « L'islamisme est un projet hégémonique ». *Le Point*, 02.01.2020, [https://www.lepoint.fr/societe/bernard-rougier-l-islamisme-est-un-projet-hegemonique-02-01-2020-2355726\\_23.php](https://www.lepoint.fr/societe/bernard-rougier-l-islamisme-est-un-projet-hegemonique-02-01-2020-2355726_23.php). (10 July, 2023.)
- Ministère de l'Éducation Nationale et de la Jeunesse. 2021. *Règles de féminisation dans les actes administratifs du ministère de l'Éducation nationale, de la Jeunesse et des Sports et les pratiques d'enseignement*.
- Ministère de l'Intérieur. 2022. Résultats de l'élection présidentielle 2022. [https://mobile.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Presidentielles/elecresult\\_\\_presidentielle-2022/\(path\)/presidentielle-2022/FE.html](https://mobile.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Presidentielles/elecresult__presidentielle-2022/(path)/presidentielle-2022/FE.html). (14 July, 2023.)
- Morandini, Jean-Marc. 2021. Éric Zemmour Face à la rue à Drancy. *CNEWS*, 25.10.2021, <https://www.dailymotion.com/video/x852smb>. (26 March, 2024.)
- Observatoire du décolonialisme. 2023. Observatoire du décolonialisme. <https://decolonialisme.fr/>. (30 November, 2023.)
- Pantel, Nadia. 2021. Frankreich debattiert über „Islam-Linke“. *Süddeutsche Zeitung*, 22.02.2021, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/frankreich-islamismus-hochschulen-1.5214459>. (26 April, 2023.)
- Pétreault, Clément. 2021. Quand la fièvre identitaire frappe l'université. *Le Point*, 13.01.2021.
- Philippin, Yann, Antton Rouget & Marine Turchi. 2020. Masques : les preuves d'un mensonge d'État. *Mediapart*, 02.04.2020, <https://www.mediapart.fr/journal/france/020420/masques-les-preuves-d-un-mensonge-d-etat>. (23 November, 2023.)
- Randeria, Shalini. 2021. Wer ist das Volk? Die neuen sanft autoritären Regime wie in Ungarn oder Indien sind demokratisch gewählt. Einmal an der Macht, hohlen sie die liberalen Institutionen aus, indem sie die Mehrheiten der Wähler strategisch verändern. *Die Zeit*, 15.04.2021. 47.
- Raspail, Jean. 1973. *Le Camp des saints*. Paris: Robert Laffont.
- Reporters without borders. 2019. Six months of “yellow vest” protests and police violence against journalists: at least 54 reporters injured and 120 incidents listed, 17.05.2019, <https://rsf.org/en/news/six-months-yellow-vest-protests-and-police-violence-against-journalists-least-54-reporters-injured>.
- République française. 2019. *LOI n° 2019-290 du 10 avril 2019 visant à renforcer et garantir le maintien de l'ordre public lors des manifestations*.
- République française. 2020. *LOI n° 2020-1674 du 24 décembre 2020 de programmation de la recherche pour les années 2021 à 2030 et portant diverses dispositions relatives à la recherche et à l'enseignement supérieur: LPPR*.
- République française. 2021. *LOI n° 2021-1109 du 24 août 2021 confortant le respect des principes de la République*.
- RN - Rassemblement National. 2022. Discours de Marine Le Pen - Agde 18 septembre 2022. <https://rassemblementnational.fr/discours/discours-de-marine-le-pen-agde-18-septembre-2022>. (15 December, 2023.)
- Salvador, Xavier-Laurent. 2022. *Petit manuel à l'usage des parents d'un enfant woke*. Paris: Les éditions du Cerf.
- Sarkozy, Nicolas. 2011. *Discours de M. Nicolas Sarkozy, Président de la République, en hommage à Aimé Césaire, écrivain et homme politique martiniquais, à Paris le 6 avril 2011*.
- Scherrer, Lucien & Claudia Mäder. 2021. Islamogauchisme: Nathalie Heinich über französische Universitäten. *Neue Zürcher Zeitung*, 10.03.2021, <https://www.nzz.ch/feuilleton/islamogauchisme-nathalie-heinich-ueber-franzoesische-universitaeten-ld.1605481>. (18 January, 2023.)

- Sénat. 2022a. Comptes rendus analytiques officiel du 6 mai 2021: « Écriture inclusive : langue d'exclusion ou exclusion par la langue ». [https://www.senat.fr/cra/s20210506/s20210506\\_2.html](https://www.senat.fr/cra/s20210506/s20210506_2.html). (27 November, 2023.)
- Sénat. 2022b. Écriture inclusive (exposé des motifs): Texte n° 385 (2021-2022) de M. Étienne BLANC et plusieurs de ses collègues, déposé au Sénat le 25 janvier 2022. <https://www.senat.fr/leg/exposes-des-motifs/pp121-385-expose.html>. (27 November, 2023.)
- Sénat. 2022c. Séance du 1er février 2022: Menaces que les théories du wokisme font peser sur l'université, l'enseignement supérieur et les libertés académiques. Débat organisé à la demande du groupe Les Républicains. <https://www.senat.fr/seances/s202202/s20220201/s20220201001.html>. (28 November, 2023.)
- Spuzic, Sanja. 2020. *Austria/France: Measures Announced by the Governments Threaten Freedom of Association: Amnesty Public Statement*.
- Taburet, Marceau. 2022. « Stop Bolloré »: un collectif dénonce l'empire médiatique « réactionnaire » du milliardaire. *Libération*, 17.02.2022, [https://www.liberation.fr/economie/medias/stop-bollore-un-collectif-denonce-lempire-mediatique-reactionnaire-du-milliardaire-20220216\\_4UXXYBB6EZBNJBKNKHPNKMII35I/](https://www.liberation.fr/economie/medias/stop-bollore-un-collectif-denonce-lempire-mediatique-reactionnaire-du-milliardaire-20220216_4UXXYBB6EZBNJBKNKHPNKMII35I/). (11 March, 2024.)
- Torres, Jules. 2021. Gilles-William Goldnadel : « La dissolution de Génération identitaire démontre la schizophrénie française ». *Valeurs Actuelles*, 14.02.2021, <https://www.valeursactuelles.com/societe/gilles-william-goldnadel-la-dissolution-de-generation-identitaire-demonstre-la-schizophrenie-francaise>. (24 January, 2023.)
- Tóth, Csaba. 2014. Full text of Viktor Orbán's speech at Băile Tușnad (Tusnádfürdő) of 26 July 2014. *The Budapest Beacon*, 29.07.2014, <https://budapestbeacon.com/full-text-of-viktor-orbans-speech-at-baile-tusnad-tusnadfurdo-of-26-july-2014/>. (5 December, 2023.)
- Tribune collective. 2020. La racialisation de la question sociale est une impasse. *Marianne*, 23.07.2020, <https://www.marianne.net/agora/tribunes-libres/la-racialisation-de-la-question-sociale-est-une-impasse>. (6 March, 2023.)
- Truong, Nicolas. 2016. Elisabeth Badinter appelle au boycott des marques qui se lancent dans la mode islamique: Pour la philosophe et féministe, le relativisme culturel a empêché de voir l'inquiétante montée de l'islamisme radical en France. *Le Monde*, 01.04.2016, [https://www.lemonde.fr/idees/article/2016/04/02/elisabeth-badinter-une-partie-de-la-gauche-a-baisse-la-garde-devant-le-communautarisme\\_4894360\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2016/04/02/elisabeth-badinter-une-partie-de-la-gauche-a-baisse-la-garde-devant-le-communautarisme_4894360_3232.html).
- Ungarn Heute. 2022. Orbán: Es ist an der Zeit, den „Gender-Wahnsinn“ zu stoppen. <https://ungarnheute.hu/news/orban-es-is-an-der-zeit-den-gender-wahnsinn-zu-stoppen-59067/>. (23 November, 2023.)
- United Nations. 2019. France: UN experts denounce severe rights restrictions on “gilets jaunes” protesters. <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24166&LangID=E>. (21 April, 2021.)
- Valentin, Pierre. 2020. Taguieff: « Le décolonialisme est la maladie sénile de la gauche intellectuelle contemporaine ». *Le Point*, 10.11.2020.
- Vie publique. 2023. Projet de loi pour contrôler l'immigration, améliorer l'intégration. *vie-publique.fr*, 20.12.2023, <https://www.vie-publique.fr/loi/287993-projet-de-loi-immigration-integration-asile-2023>. (8 January, 2024.)
- Woke Finance. 2024. WHO WE ARE. <https://www.wokefinance.co.uk/who-we-are-1>. (22 February, 2024.)

Yildiz, Tarik. 2021. Racisme anti-blanc: « Traiter la question sans attiser les haines ». *Le Figaro.fr*, 07.10.2021, <https://www.lefigaro.fr/vox/societe/racisme-anti-blanc-traiter-la-question-sans-attiser-les-haines-20211007>. (10 October, 2022.)

Zoïa, Geneviève. 2019. Une laïcité conçue comme « religion d'Etat » contribue à renforcer un climat de guerre. *Le Monde*, 30.10.2019. 27.



# Register

- Anti-Genderismus 214, 215, 237
- Anti-Intellektualismus 26, 159, 202, 207, 208, 212, 214, 253
- Antipopulismus 66, 125, 126, 127
- Autoritarismus 12, 16, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 60, 61, 63, 64, 70, 72, 73, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 85, 87, 88, 92, 94, 96, 99, 100, 102, 105, 108, 109, 115, 117, 118, 119, 121, 125, 128, 136, 250, 254
- Blurring 1, 9, 14, 46, 67, 75, 162, 164, 174, 175, 177, 198, 218, 219, 238, 239, 241
- Écriture inclusive 198, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 230, 236, 255
- Faschismus 30, 38, 39, 72, 80, 105, 108, 109, 165, 172, 241, 243, 248
- Hegemonie 4, 14, 23, 24, 25, 26, 34, 61, 73, 75, 127, 133, 144, 177, 191, 215, 217, 233, 243, 244, 245
- Identitätspolitik 130, 134, 139, 147, 162, 202, 208, 216, 218, 235, 236, 239, 246, 248, 249, 256
- Illiberale Demokratie 103
- Islamismus 11, 107, 148, 152, 158, 159, 161, 162, 165, 166, 167, 168, 172, 173, 182, 183, 193, 199, 200, 201, 203, 206, 207, 231, 245, 246, 252
- Islamo-gauchisme 130, 132, 133, 160, 161, 162, 163, 165, 166, 167, 168, 169, 173, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 184, 185, 186, 188, 189, 190, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 206, 207, 208, 214, 222, 226, 228, 231, 232, 235, 243, 244, 245, 249, 250, 252
- Islamophobie 12, 135, 138, 161, 163, 164, 165, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 181, 182, 185, 191, 203, 245, 254
- Laïcité 7, 130, 136, 137, 142, 145, 148, 153, 159, 162, 168, 173, 174, 175, 176, 177, 179, 181, 185, 201, 213, 227, 228, 229, 240, 246, 254
- liberale Demokratie 57, 60, 63, 64, 102, 127, 128, 171
- Liberalismus 5, 63, 103, 104, 106, 107, 109, 110, 111, 114, 128, 174, 216
- Macronie 3, 8, 9, 11, 12, 15, 94, 100, 233
- Metadiskurs, republikanischer 130, 132, 134, 135, 138, 147, 153, 157, 162, 177, 178, 179, 192, 201, 226, 237, 238, 239, 245, 250, 253, 255
- Metainvektivität 34, 221, 245, 250
- Metapolitik 4, 25, 190, 191
- Neoliberalismus 46, 47, 69, 102, 110, 111, 115, 127, 202, 207, 211, 212, 213, 215
- Normalisierung 6, 9, 17, 23, 24, 26, 27, 29, 30, 33, 58, 66, 72, 73, 91, 129, 132, 133, 134, 160, 162, 174, 178, 179, 189, 190, 192, 196, 202, 203, 206, 214, 235, 239, 247, 250
- Nouvelle Droite 3, 4, 5, 6, 7, 8, 12, 14, 25, 60, 188, 208, 228, 239, 240, 241, 242, 248, 255
- Polizeigewalt 10, 11, 50, 51, 91, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 124, 139, 152
- Populismus 13, 56, 62, 66, 67, 68, 69, 70, 73, 85, 106, 108, 125, 126, 127, 129, 131, 208, 212
- Positionierung 20, 22, 27, 28, 31, 32, 33, 107, 108, 122, 130, 132, 133, 147, 164, 184, 190, 197, 221, 226, 228, 235, 237, 242, 245, 250, 251
- Praktik 9, 11, 14, 15, 17, 18, 19, 22, 24, 27, 28, 31, 32, 33, 34, 50, 54, 57, 58, 59, 61, 62, 65, 69, 70, 71, 72, 73, 75, 76, 90, 91, 110, 115, 116, 131, 132, 134, 145, 146, 147, 153, 162, 171, 174, 175,

- 177, 179, 213, 215, 219, 222, 239, 240, 242,  
243, 244, 245, 249, 254, 255, 256
- Praxis 9, 14, 16, 17, 18, 22, 23, 27, 28, 30, 47, 112,  
113, 125, 135, 142, 144, 150, 256
- Rechtspopulismus 12, 27, 66
- Rechtsstaat 63, 105, 174
- Republikanismus 7, 104, 130, 132, 133, 135, 136,  
137, 138, 142, 144, 149, 173, 177, 204, 218,  
226, 228, 230, 239, 240, 242, 255
- Séparatisme 11, 132, 146, 148, 149, 150, 154, 156,  
158, 162, 178, 179, 196, 204, 206, 207, 231,  
232, 235, 243, 244, 245, 249, 250, 252, 255
- Soft Authoritarianism 12, 13, 14, 34, 35, 49, 60,  
61, 62, 63, 64, 65, 69, 72, 73, 128, 130, 134,  
147, 162, 175, 177, 198, 202, 208, 215, 235,  
246
- Universalismus 7, 130, 133, 136, 138, 139, 140,  
142, 143, 144, 173, 183, 184, 204, 222, 223,  
224, 226, 231, 255, 256
- Verschiebung 4, 7, 17, 22, 27, 28, 29, 30, 33, 34,  
60, 67, 72, 73, 75, 91, 100, 122, 126, 128, 131,  
132, 144, 177, 178, 186, 198, 201, 206, 213,  
239, 242, 246, 250, 253, 254
- Wissenschaftsfreiheit 185, 186, 226, 228, 230,  
231, 232, 233, 243, 253
- Wokisme 9, 130, 133, 173, 179, 202, 203, 204,  
205, 206, 207, 214, 220, 221, 222, 223, 224,  
225, 226, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234,  
235, 236, 237, 240, 241, 243, 244, 245, 249,  
250, 251, 252, 255